UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Systemtransformation in der Ukraine: “Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie”(1990-2010)

Liubov Volkova

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Volkova, Liubov. 2013. “Systemtransformation in der Ukraine: ‘Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie’ (1990-2010).” Augsburg: Universität Augsburg.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Systemtransformation in der Ukraine: „Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie“ (1990 – 2010)

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophisch-
Sozialwissenschaftlichen
Fakultät der

Universität Augsburg

Vorgelegt von

Liubov Volkova aus München
Geburtsort: Novosibirsk
Jahr der Annahme: 2011

Erstgutachter: Prof. Dr. Theo Stammen

Zweitgutachter: Prof. Dr. Peter Guggemos

Tag der mündlichen Prüfung: 02.04.2011

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort / Problemstellung / jüngste Entwicklungen seit 2004……S. 7

II. Historische Dimension

1. Historische Problematik der ukrainischen Staatlichkeit……...S. 9

a) Die Frühzeit……S. 10

b) Kiewer Rus'……S. 12

c) Der galizisch- wolhynische Staat…….S. 15

d) Die westlichen Fürstentümer unter Polen – Litauen……S. 18

e) Zwischen der polnischen Adelsrepublik und dem russischen Reich…… (1569-1657)……S. 22

f) Die Dnjepr- Kosaken und die Entstehung des Hetmanats……...S. 24

g) Ukraine unter Zar und Kaiser als österreichische und russische Provinz…….S. 28

1. Habsburgische Länder……..S.29

2. Russisches Reich……...S. 31

h) Die gescheiterten Staatsversuche: Die Ukrainische Volksrepublik der Zentralrat (Central`na Rada)……S. 32

i)Die Periode des Hetmanats……S. 36

j) Die UNR des Staatsdirektoriums……S. 37

k) Die Westukrainische Volksrepublik (WUNR)……...S. 38

l) Das Warschauer Abkommen und seine Folgen für Osteuropa……S. 40

m) Die Ukrainische Sowjetrepublik: Nationsbildung in den zwanziger, Terror in den dreißiger Jahren……S. 42

n) Tauwetter und erneutes Erstarren…….S.45

2. Historische Dimension der politischen Kultur……...S. 46

3. Historische Dimension der Gesellschaft: Bevölkerung, Gesellschaftsstrukturen..... ……S. 47

4. Historische Dimension der Wirtschaft und der Industrie / Prozess der Industrialisierung ab dem Russischen Zarenreich und in der Sowjetherrschaft / sozialistische Arbeitsteilung…….S. 52

III. Systemtransformation der Ukraine 1989 – 1991……

a) Begriffe und theoretische Konzepte zur politischen Transformation…….S. 59

b) Die Besonderheiten der politischen Transformation in der Ukraine 1989 – 1991… Vorbereitung: Ära Breschnew, Gorbatschow……S. 61

IV. Ukraine auf dem Weg zur Demokratie. Dimensionen 1991-2004 …….S. 83

a) Frage der Staatlichkeit: politische Identität als Voraussetzung……..S. 83
b) Politisches System……S. 88
c) Verfassungsentwicklung / Umriss des Verfassungssystems: Präsidial-parlamentarisches System……..S. 90
d) Wahlregime / politische Partizipation / politische und gesellschaftliche Eliten: Die Regierung……S. 98
e) Regierungen der Ära Krawtschuk……S. 99
f) Regierungen der Präsidentschaft Kutschmas bis 1999……S. 105
g) Regierungen der Präsidentschaft Kutschmas bis 2004……...S. 109
h) Das Parlament: Die Werchowna Rada……S. 113
i) Die Mehrheitsverhältnisse seit dem 31.März 2002……...S. 116
j) Wirtschaftsverflechtungen im Parlament……S. 120
k) Analyse der "Transform"- Zusammenfassung……S. 122
l) Verflechtungsgrad zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung……..S. 124
m) Oligarchen und Clans……...S. 126
n) Aussage für den Transformationsprozess……S. 133
o) Rechtsstaatlichkeit……..S. 134
p) Medienfreiheit……S. 136
q) Menschenrechte / Zivilgesellschaft……...S. 137
V. Orangene Revolution 2004- 2005: kritische Analyse der Wirkung der Orangenen Revolution auf Politik und Gesellschaft in der Ukraine
(Endgültiger Durchbruch?)…….
1. Die ukrainische Präsidentschaftswahl 2004……..S. 144
1.1 Wahlverlauf……..S. 144
1.2 Die „Geburt" der freien Ukraine / Die Spaltung der ukrainischen Elite……S. 147
1.3 Der ukrainische Kapitalismus……S. 148
1.4 Skeptische Bevölkerung……...S. 149
1.5 Zivilgesellschaft……S. 151
1.6 Internationale Organisationen……S. 152
1.7 Die Einschätzung der Orangenen Revolution……S. 156
1.8 Was ist nach der Revolution zu tun?.....S. 159
VI. Parlamentswahlen 2006 / Das Problem der Koalitions- und Regierungsbildung…
1. Die politische Stimmung in der Ukraine vor der Parlamentswahl 2006……..S. 161
2. Orangener Lager……S. 165

3. Die Opposition und die bevorstehende Parlamentswahlen……S. 166

4. Die freien Wahlen in der Ukraine und das Wahlergebnis……S. 167

5. Mögliche Koalitionen……S. 168

6. Kräfteverschiebung im Orangenen Lager……S. 169

7. Ausblick……...S. 170

8. „Damit müssen wir leben“: Das neue Parlament und das neue Regierungssystem der Ukraine……S. 171

a) Historische Veränderungen……...S. 171

b) Konsolidierung des Parlamentssystems?.....S. 172

c) Mehrheitsbildung im Parlament……...S. 173

d) Blau- Orangene Alternative?.....S. 175

e) Verfassungsreform als Streitpunkt……..S. 176

f) Zusammenfassung der Verfassungsänderungen vom Dezember 2004…….S. 176

VII. Außenpolitische Rahmenbedingungen in der ukrainischen Systemtransformation……..

a) Außenpolitische Beziehungen zwischen Russland und Ukraine: Streitpunkt Schwarzmeerflotte / Sonderfall Krim / Tschernobyl……..S. 178

b) Ostorientierung: Russland……S. 182

c) Westorientierung und EU- Beziehungen……S. 190

d) NATO……S. 192

VIII. Die Wahl von Viktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine…….

a) Das amtliche Wahlergebnis……...S.195

b) Internationale Wahlbeobachtung: Eindrucksvolle Demonstration einer demokratischen Wahl……..S.196

c) Anfechtung der Wahl ohne Druck von der Strasse……S.199

d) Kein „zweiter Maidan“……...S.202

IX. Janukowitsch nicht unser Präsident?

Absetzgefecht Julia Timoschenko vor Gericht……S.204

X. Der ungute Nachgeschmack der Orangenen Revolution……..S.207

1. Die Wahl: Kein Votum für den „Wechsel“……S.208

2. Die erste Runde: Vorgezogene Wahl des Premierministers durch das Volk ?..S.212

3. Präsident Juschtschenkos persönlicher Wahlkampf gegen Julia Timoschenko S.215

XI. Machtwechsel in der Ukraine

Exkurs: Die „de- formierte“ Verfassung - die Wurzel allen Übels……S.217

1. Nach der Präsidentschaftswahl ist vor der Parlamentswahl ……..S.220

2. Der „Block Juschtschenko“ nach der Wahl - ein koalitionspolitisch wertvoller Scherbenhaufen……S.223

3. Machtübernahme der „Regionalen“……S.232

4. Das Misstrauensvotum gegen die Regierung Timoschenko……..S.233

5. Die Koalition „Stabilität und Reformen“: eine „Koalition der Schlachthühner“…S.235

6. Der 11. März – Tag der Machtergreifung……S.240

XII. Julia Timoschenko: Führerin der „vereinigten Opposition“…….S.241

XIII. Die innenpolitischen Konsequenzen

1. Autoritäre Restauration ?.....S.245

2. „Regierender Präsident“……S.247

a) „Kampf gegen die Armut“ – anhaltender Populismus……S.249

b) „Bekämpfung der Korruption“ - allen Ernstes ?.....S.250

c) „Niedrige Gaspreise“ - Täuschung der Wähler……S.251

d) Wirtschaftliche Reformen- in wessen Interesse ?.....S.252

3. „Kaderpolitik“…….S.253

4. Premierminister Mykola Azarov:“Apparatschik“ als Chef einer Reformregierung..S.257

5. Das Ministerkabinett – eine Regierung sowjetischen Typs……S.259

6. Janukowitsch - Präsident aller Ukrainer oder „Präsident des Donbass“…….S.262

XIV. Rückkehr zu bi- vektoraler Außenpolitik?.....S.265

1. Die NATO- ein Unthema……S.266

2. „Euro-Isolation“……..S.267

3. Wiederannäherung an den „strategischen Partner“ Russland……..S.274

XV. Ausblick: Ukraine als gelungene oder defizitäre Demokratie? Perspektive der Entwicklung……S.278

Quellen – Literaturverzeichnis……..S.282

I. Vorwort / Problemstellung

1. Als es 1990 in zahlreichen Ländern des sozialistischen Lagers zu einem plötzlichen Systemwechsel kam, haben sich die Sozialwissenschaften (Soziologie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Ökonomie) bald daran gemacht, die neuen Realitäten zum Thema wissenschaftlicher Untersuchungen zu machen. Bald entwickelte sich aus den zunächst eher diffusen Ansätzen eine theoretisch und methodisch begründete „Systemtransformationsforschung“ als empirische Wissenschaft mit normativen Elementen.

In der Regel gingen die Forscher in diesem neuen Forschungsfeld von optimistisch vorwissenschaftlichen Vermutungen aus: man erwartete – nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems – einen raschen Systemwandel in diesen Ländern in Richtung westliche Demokratien. Es lag in der Konsequenz dieser Vermutungen, dass zahlreiche westliche Länder als einzelne, aber auch transnationale Organisationen (wie NATO und EU) und internationale Kooperationen diverse Hilfsprogramme auflegten, die Systemtransformationsländer auf diesem Weg zur (westlichen) Demokratisierung zu fördern und nachhaltig zu unterstützen. Beispiele der westlichen Länder für Transformation(z.B.: Spanien).

Der sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft zunächst vorherrschende Optimismus wurde indes, je weiter der Transformationsprozess fortschritt, zunehmend gedämpft und in Frage gestellt. Neben den erfolgreichen und vielversprechenden Systemtransformationen zeigten sich im zeitlichen Verlauf doch etliche Fehlentwicklungen, zumindest Blockaden, die den raschen und erfolgreichen Abschluss der demokratischen Transformation zum Problem werden ließen. Die Wissenschaft vor allem, deren Tendenz stets dahingeht, allgemeinere Gesetzmäßigkeiten auszumachen, musste zur Kenntnis nehmen, dass die Ost – und mitteleuropäischen Systemtransformationen keine Einbahnstraßen sicherer Entwicklung zur Demokratie westlicher Prägung sein können.

So hat sich in letzter Zeit in der Systemtransformationsforschung ein neues Forschungsparadigma ergeben, in dessen Zentrum die Frage nach **„Defekten Demokratien“** steht, deren Entstehung und Entwicklung mit differenzierten Kategorien zu erforschen nötig ist, um die aufkommenden Defizite der Transformation zum Forschungsthema zu machen.

2. Das hier vorbereitete Forschungsvorhaben stellt sich in den Kontext dieser revidierten Systemtransformationsforschung und will am Beispiel der **Ukraine** Aspekte und Probleme einer **„Defekten Demokratie“** erforschen und ihre Defizite in verschiedenen Politikbereichen aufzeigen und Vorschläge zu ihrer Therapie machen.

Die Ukraine hat seit der „Wende“ eine wechselvolle Entwicklung genommen; aufs Ganze gesehen konnte das Land bis heute keine konsequente demokratische Entwicklung nehmen. Auch die so genannte „Orangene Revolution“(2004) hat da keinen definitiven Durchbruch gebracht und noch nicht sichtbar in eine Phase der Stabilisierung der Demokratie geführt.

Sowohl die **Verfassungsstrukturen** als auch die **politischen Kräfte und ihre Interaktionen** scheinen zu einer solchen demokratischen Entwicklung noch nicht den Durchbruch zu haben.

Die hier vorgestellte Forschungsarbeit soll eine gründliche Analyse der **Bedingungen, Ursachen, Strukturen und Kräfte** in der problematischen Systemtransformation der Ukraine bieten. Sie will sich vor allem den Schwierigkeiten widmen, die der erfolgreichen Systemtransformation entgegenstehen. Für diese Analyse wird folgende Untersuchungsstrategie eingeschlagen.

II. Historische Dimension

Die historische Dimension der Systemanalyse hat den Zweck, die Individualisierung und Spezialisierung im Ablauf des Systemtransformationsprozesses aufzuzeigen.

1. Historische Problematik der ukrainischen Staatlichkeit

Eine erste wichtige Dimension, die zu untersuchen ist, ist die historische.
Die Ausarbeitung kann sich hier nur auf die zentrale Aspekte beziehen; in deren Mittelpunkt wird das Problem der **Staatlichkeit** der Ukraine als Voraussetzung politischer Entwicklung, auch im Zeitalter des Systemtransformation zu stehen haben. Die leitende Frage hier lautet: Gibt es in der Ukraine **Traditionen eigenständiger Staatlichkeit** und wenn ja, welcher Art sind diese, kann auf der Basis dieser Traditionen eine erfolgversprechende Entwicklung eines modernen rechtsstaatlich- demokratischen Staates erfolgen und vermutet werden?
Diese Frage kann sinnvollerweise lediglich vor der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts beantwortet werden.
Der Rückgriff auf ältere, vielleicht sogar mittelalterliche Traditionen kann hier keinen Sinn machen, weil hier keine direkten Übernahmen aus der Frühzeit aufzuweisen sind. Bis ins 19. und 20. Jahrhunderts kann von keinen nennenswerten Traditionen einer ukrainischen Staatlichkeit gesprochen werden: im 19. und früheren 20. Jahrhundert war die Ukraine Bestandteil des russischen Zarenreiches, danach im 20. Jahrhundert Teilrepublik der Sowjetunion.
Lediglich in einer ganz kurzen Phase zwischen dem Ende des Zarismus und dem Entstehen der Sowjetunion gab es – für 2 –3 Jahre – den Ansatz, (aber auch nicht mehr) zu einer eigenen (sowjetischen) Entwicklung, die aber bald in den großen Rahmen der Sowjetunion aufging.
Das bedeutet, dass erst **nach** dem Zusammenbruch der Sowjetunion (1991) der Weg zu einer Staatsentwicklung eigenständiger Staatlichkeit frei wurde, die entsprechend nicht auf ältere Traditionen von Staatlichkeit zurückgreifen konnte.
In der gebotenen Kürze soll daher im folgenden der Versuch unternommen werden, die mittelalterliche Geschichte des historischen Raumes der heutigen Ukraine frei von nationalistischem Ballast – sei er ukrainisch, sei er großrussisch geprägt – in ihrem altrussischen Bezugsrahmen nachzuzeichnen. Drei Phasen gilt es dabei zu unterscheiden: die Frühzeit des ostslawischen Raumes vor Entstehung des Kiewer Reiches, das Reich von Kiew als erste großräumige Herrschaftsbildung auf ostslawischem Boden sowie nach dessen Niedergang das Fürstentum Galizien- Wolhynien als regionales Herrschaftsgebiet.

a) Die Frühzeit

Die national- ukrainische Geschichtsschreibung ist bestrebt, die Ursprünge eines national identifizierbaren Ukrainertums in möglichst ferne Zeiten zurückzuverlegen. So reichen seine Wurzeln laut Antonowitsch bis in die Neusteinzeit.[1] Die Ukraine war schon im ersten Jahrtausend unserer Zeitrechnung Einfallspforte für Invasoren aus der asiatischen Steppe und Durchzugsgebiet nomadisierender Stämme, deren Ziel das Innere Europas oder die Balkanhalbinsel war. Jedoch bildeten sich auf dem Gebiet der Ukraine auch Reiche. Die meisten Funde stammen aus der Zeit der Skythen.

Schon in der frühen Eisenzeit besiedelten Skythen und ihre Nachbarstämme die Ukraine, seinen Höhepunkt durchlebt das skythische Reich hier im 4.Jahrhundert v. Chr. "Fürstengräber"(Kurgane) im Steppen- und Waldsteppengebiet sind von alters her bekannt. Es sind Grabhügel, die bis zu 10 m hoch und somit weithin zu sehen sind. Den Zaporoger Kosaken dienten sie als Sammel- und Orientierungspunkte, sie sind auch Thema mancher Volkslieder. Die Skythen fanden diese Grabform bereits vor, sie datiert aus dem 3.Jahrtausend v. Chr. Die Skythen gehörten zur iranischen Sprachgruppe. Im Norden des Perserreiches, östlich und westlich des Kaspischen Meeres breiteten sie sich aus. Die Perserkönige unternahmen seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. Mehrere Feldzüge gegen sie, deren Richtung beweist, dass die Skythen ihren Schwerpunkt damals bereits in der heutigen Ukraine hatten. Auch die Makedonen unter Philipp und Alexander dem Großen schlugen sich im 4. Jahrhundert erfolglos mit ihnen herum. In diese Zeit fallen die meisten skythischen Gräberfunde in der Ukraine. Die Kultur der Waldsteppe, u.a. große Festungsanlagen mit Ringwällen, auch Zeugnisse einer schweren skythischen Reiterei weisen darauf hin, dass dieses Volk (vielleicht waren es auch nur lose Stammesverbände) damals kein Nomadendasein mehr führte.
Während die Goten an Dnjestr, Dnjepr und auf dem Krim im 4. Jahrhundert nach Chr. von den – nun wieder aus östlicher Richtung – herandrängenden Hunnen überrannt wurden, ist die Entstehung einer frühslawischen Ethnie zu diesem Zeitpunkt historisch noch nicht nachvollziehbar.

[1] M. Antonowitsch, Die Geschichte der ukrainischen Staatlichkeit, in: Handbuch der Ukraine, S.99-134. Eine ausführliche Darlegung der Anten- Theorie findet sich bei S. Mitschko, Narys rann`oi istorii Rusy-Ukrainy, New York 1981.

Eine eher vorsichtig und weiträumig argumentierende Deutung erscheint folglich wesentlich angemessener als manche Äußerungen über eine „Urheimat der ukrainischen Stämme“ am mittleren Dnjepr.[2] Die Wanderungsbewegung führte die östliche Slawengruppe, deren Dasein von einer Waldbauernkultur ohne signifikante soziale Unterschiede geprägt war, auf ihrem Weg nach Osten und Nordosten in die nur dünn besiedelte osteuropäische Tiefebene.
Zu einer Reichsbildung im ostslawisch besiedelten Gebiet kam es erst gut ein Jahrhundert nach Entstehung dieser Handelsimperien, und entscheidend hierfür wurde eine erneute „Völkerwanderung“, nämlich die der skandinavischen ‚Normannen‚.

Entgegen der national- ukrainischen Konzeption von einer Herrschaft der im Vergleich zu Normannen und Nordostslawen als Vorläufer der späteren Russen „zivilisierteren ukrainischen Slawen“[3] in der frühen Rus, ist somit angesichts der vielfältigen und alles andere als ethnisch einheitlichen Prozesse als Voraussetzung für die Entstehung des entsprechenden Herrschaftsgebietes voll und ganz dem folgenden Fazit des Harvard- Historikers ukrainischer Herkunft Omeljan Pritsak:
„Im 8. und 9. Jahrhundert entstand eine multiethnische, vielsprachige, vereinheitlichte soziale und wirtschaftliche Entität(mit niedrigem Kulturniveau), die durch die See- und Handelsgesellschaft des mare Balticum repräsentiert und durch die Träger der Kultur des Mare Nostrum übertragen wurde. In wenig mehr als zwei Jahrhunderten hatten die multiethnischen und vielsprachigen Handelsunternehmen der Kaufleutekompanien und Seenomaden die politische Struktur und das Charisma übernommen, das mit den Steppenreichen verbunden war; sie formten sie um zu einer christlichen und linguistischen Hochkultur, welche die Kiewer Rus´ wurde.“[4] Entstehung, Blütezeit und Niedergang dieser Kiewer Rus, sollen Gegenstand der nun folgenden Betrachtung sein.

[2] So z.B. B. Krupnyckyj, Geschichte der Ukraine. Von den Anfängen bis zum Jahre 1920, Leipzig 1943.
[3] F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 22.
[4] O. Pritsak, The Origin of Rus`. Vol. I. ‚Cambridge/ Mass. 1981, S.33.

b) Kiewer Rus´

Ostslawische Stämme besiedelten das Gebiet der Ukraine seit dem 6. Jahrhundert n.Chr., vielleicht schon früher. Ob der Stammesverband der Anten, über den byzantinische Geschichtsschreiber berichten und der schon Ende des 4. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Hunneninvasion erwähnt wird, slawischen Ursprungs war, ist nicht sicher.
Ganz sicher aber hatte die Ukraine zur Zeit des Kiewer Reiches (also ab dem 9. Jahrhundert) einen anderen Hauptnamen: die Rus´. Um diese Bezeichnung herum entstanden viele Missverständnisse, deren Erläuterung unmittelbar zum Kern des ukrainischen historischen Eigenbewusstseins führt. Zum Namen „Rus´" gibt es viele Theorien. Die Haupttheorie lautet: Das Wort Rus ist aus dem finnischen Wort für die schwedischen Nachbarn, die „Ruotsi" (Ruderleute), entstanden. Dieses Wort ist von den Rudermännern, die die Flüsse bis nach Kiew hinunterfuhren, auf das Land um Kiew übertragen worden.

Im 9. Jahrhundert bestand ein Reich mit dem Zentrum Kiew (Beginn der Christianisierung der Oberschicht 988 nach byzantinischem Ritus), und das trug den Namen Rus,. Es war sicher ein multiethnisches, aber überwiegend ostslawisches Reich. Die ersten Fürstennamen waren germanisch, später wurden sie dann slawisch, d.h., die Rjurikiden wurden slawisiert. Kann man damals schon von einem russischen, ukrainischen, weißrussischen Volkstum sprechen? Dies ist wohl zu verneinen. Es gab ostslawische Stämme, kaum schon „Russen", „Ukrainer", „Weißrussen".
Die Taufe der Rus, deren Tausendjahr 1988 von Russen wie Ukrainer mit einigem Aufwand begangen wurde, diente in politischer Hinsicht vor allem einem Ziel: der christlichen Legitimierung des Reichsgedankens. In dieser Funktion war das östliche Christentum – seit 1054 als „Orthodoxie" (Rechtgläubigkeit) in Abgrenzung vom westlichen Lateinertum- nicht nur der Zeit der Konsolidierung des Reiches, sondern insbesondere auch in der Phase seiner Zersplitterung in konkurrierende Teilfürstentümer, die nur etwa 100 Jahre nach dem Taufakt von 988 begann, die wichtigste Integrationskraft der Rus,.[5] Das Konzept einer im engeren Sinne „politischen Rus´" verfolgte als einziger altrussischer Herrscher nur Jaroslav der Weise (1036 – 1054); in seinen Bemühungen, dem Land eine auch territorial strukturierte Erbfolgeordnung zu geben, war – allerdings gescheiterter- erster Versuch einer „Nationalisierung" der Rus´.[6]

[5] F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 27.
[6] Ebd.

Unter Jaroslav dem Weisen erlebte das Kiewer Reich im 11. Jahrhundert seine Blütezeit. Jaroslavs komplizierter Plan sah einen territorial- genealogisch gegliederten Reichaufbau vor: an dessen Spitze stand das Fürstentum Kiew mit dem Großfürstenthron, dessen zweites Zentrum nach wie vor Nowgorod bildete (auch für Jaroslav war die Stadt am Volchov wichtigste Operationsbasis im brüderlichen Nachfolgekampf, der nach dem Tode Vladimirs des Heiligen 1015 erneut ausbrach und bis 1036 anhielt). Es folgten in der hierarchischen Ordnung Tschernigov (Tschernihiv) und Perejaslav (Perejaslavl,), die zusammen mit Kiew als eigentliche Kernlande der Rus, die „tragenden Pfeiler der Reichskonstruktion“[7] darstellten; ihnen nachgeordnet waren Smolensk und Vladimir- Volynsk (ukr. Volodymyr). Dieser territorialen Pyramide sollte eine genealogische gemäß dem Senioratsprinzip entsprechen, nach welchem die Herrschaft in den nachgeordneten Fürstentümern von den jüngeren Brüdern des Großfürsten ausgeübt werden sollte und die Erbfolge im Todesfalle die Amtsübernahme durch den jeweils ältesten nachgeborenen Bruder – gleichsam im Rotationsverfahren – vorsah.

Wenngleich gerade diese Ordnung nach dem Tode Jaroslavs 1054 mitverantwortlich wurde für den Niedergang des Reiches, so ist die Herrschaftszeit dieses Fürsten dennoch als Höhepunkt in der Entwicklung der Kiewer Rus, anzusehen. Durch eine gezielte, weiträumig konzipierte Heiratspolitik mit dynastischen Verbindungen nach Nord-, Mittel- und Westeuropa machte Jaroslav die Rus, zu einem gleichrangigen Mitglied in der Familie der europäischen Fürstenhäuser jener Zeit.

Doch unterschied sich die Rus, in ihren inneren Strukturen auch weiterhin deutlich von den Reichen West- und Mitteleuropas. Wichtigste Herrschaftsträger waren die Fürsten und ihre Gefolgschaften (altrussisch: druschina). Die fürstliche druschina hatte ihre organisatorischen Wurzeln in der warägischen Raubkriegertradition, doch fanden vermutlich schon im 9. Jahrhundert auch Männer ostslawischer oder baltisch- finno- ugrischer Herkunft Aufnahme in diese „Kriegerkaste“.[8]

Im Zuge der Institutionalisierung der Herrschaftsformen kam es in der Folgezeit auch zu Ansätzen einer Ämterentwicklung sowohl im administrativen als auch im militärischen Bereich: die Funktion eines Statthalters (posadnik) oder Tausendschaftsführers (tysjackij) wurden an die Gefolgschaftsmitglieder delegiert.

[7] G. Schramm, Die Herkunft des Namens Rus`, in : Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 30 (1982), S. 37.
[8] Heller, S. 17. Bulkin/ Dudov/ Lebedev, S. 19-20, gehen davon aus, dass die finno-ugrische und skandinavische Komponente im 10. Jahrhundert durch die ostslawische weitgehend assimiliert wurde; sie schließen dies daraus, dass sich ab Ende des 10. Jahrhunderts kaum noch skandinavische Elemente nachweisen lassen.

Obzwar mit dem westlichen Feudalsystem nicht gleichsetzbar, entfaltete sich im 11. Jahrhundert auch der gefolgschaftsadlige Grundbesitz, und spätestens im 12. Jahrhundert wurde aus der Kriegerkaste die grundbesitzende Oberschicht der Bojaren als wichtigster Machtfaktor nach der fürstlichen Herrschaft. Zu Recht ist hier darauf hinzuweisen, dass der altrussische Adel nicht, wie im Westen, zu einem ständischen Gegengewicht zur Herrschermacht wurde; er führte dies auf die „patrimoniale Staatsstruktur“[9] als ein wesentliches Kennzeichen Altrusslands zurück: der Herrscher hatte hier gleich einem Obereigentümer alle Gewalt gegenüber der Beherrschten inne, ohne dass Zwischeninstanzen mit eigenen Machtbefugnissen gebildet wurden.
Über das altrussische *Vetsche*, die Versammlung aller freien Städter, berichten die Chroniken erstmals im 11. Jahrhundert. Teilnehmer waren im Allgemeinen die mächtigen Bojaren, Kaufleute und die sog. Schwarzen Leute, d.h. Handwerker und (Klein-) Händler.

Mit Ausnahme der späteren nordwestrussischen Stadtrepubliken Nowgorod und Pskov gelang es aber den Städten Altrusslands nicht, sich auf Dauer von der fürstlichen Vormacht zu befreien; der Versuch der sowjetischen Geschichtsschreibung der späteren achtziger Jahre, mit der Wiederentdeckung „demokratischer“ Strukturen am altrussischen Städtewesen an historiographische Traditionen des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen, indem der mittelalterliche Stadtbewohner zu einem „freien Bürger“ modernen Zuschnitts gemacht wird, erscheint wenig überzeugend.[10]
Was aber ließ dieses Reich, das noch in der Herrschaftszeit Jaroslavs des Weisen in voller Blüte stand, untergehen?
Der Mongoleneinfall und die Eroberung Kiews durch Chan Batu im Dezember 1240 markieren nach allgemeiner Auffassung das Ende der Kiewer Rus,. Zerfall und Niedergang des Reiches hatten jedoch bereits zwei Jahrhunderte früher begonnen. Wie bereits erwähnt, scheiterte der Versuch Jaroslavs, die Reichseinheit durch eine Nachfolgeordnung zu festigen. Im Gegenteil brachen unter den Erben in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts heftige Fürstenfehden aus: das Senioratsprinzip brachte vor allem Onkel- Neffen- Konflikte mit sich, die offenbar nur durch brutale Gewalt lösbar waren und letztlich zu fortgesetzten Gebietsaufsplitterungen führten.
Trotz gewaltiger Verheerungen und großer Bevölkerungsverluste blieb die Struktur der Fürstentümer unter mongolischer Oberherrschaft erhalten, auch die Kirche behielt ihre Bedeutung.

[9] O. Pritsak, Kievan Rus` and Sixteenth- Seventeenth Centry Ukraine, in: Rethinking Ukrainian History, hg. V. I.L. Rudnytsky, Edmonton 1981, S. 6-8.
[10] Siehe z.B. I. Ja. Frojanov/ A .Ju. Dwornitschenko: Goroda- gosudarstva Drevnej Rusi, Leningrad 1988.

Das reich hatte aber kein Zentrum mehr. So kam es., dass neue Machtzentren entstanden, die die Tradition des Kiewer Reiches fortzuführen trachteten: zunächst in Galizien- Wolhynien, wo die Mongolenherrschaft nur kurz dauerte, da dies schon die westlichen Grenzgebiete waren- in unmittelbarer Nachbarschaft des aufstrebenden litauischen Reiches; dann aber im Nordosten mit Suzdal, Vladimir und Moskau(Moskwa).

c) Der galizisch- wolhynische Staat

Fast könnte man den Eindruck gewinnen, dass die national- ukrainische Geschichtsschreibung den Einfall der Tataren in Osteuropa als positives Ereignis werte – trennten sich doch nach dieser Auffassung die Wege des russischen und des ukrainischen Volkes als Folge dieses Ereignisses endgültig.[11]

Scheinbare Gewissheit herrscht auch darüber, dass nur Galizien- Wolhynien nach dem Zerfall des Kiewer Reiches dem neuen Machtzentrum im Nordosten, dem Fürstentum Vladimir- Suzdal, - einem „slawisch- finnischen Staatsgebilde" – „die Stirn bieten konnte".[12] Es sei dies der beginn des ukrainisch- moskowitischen Dualismus, der Beginn des ukrainischen Kampfes gegen Panrussismus und die repressive Herrschaft des Fürstentums Suzdal, - Moskau.[13] Festgehalten wird des Weiteren an der aufgestellten These, dass der einzige wahre Erbe des Kiewer Reiches das Fürstentum Galizien- Wolhynien sei und das Moskauer Reich keine Kontinuität in bezug auf die Kiewer Periode für sich beanspruchen könne.[14] Überdeutlich zeigt sich an diesen Beispielen die Projektion nationaler Konflikte des späteren 19. und des 20. Jahrhunderts auf die mittelalterliche Geschichte. Gewiss zeichnet sich der im Mittelalter noch (alt-) russische Südwesten durch regionale Eigenheiten aus. Doch auch in anderen Gebieten der Rus, entfaltete sich eine regionale Eigendynamik, so vor allem in den nordwestrussischen Stadtrepubliken Nowgorod und Pskov, deren kommunaler Sonderweg erst Ende des 15./ Anfang des 16. Jahrhunderts ein Ende fand. Gemeinsam blieb diesen immerhin über 1000 km voneinander entfernt liegenden regionalen Zentren eines: dass sie sich nämlich auch nach dem Einfall der Tataren weiterhin als Teile der Rus, verstanden, die geeint blieb durch Sprache und Religion (Kiew war mit dem Metropolitensitz auch nach 1240 das kirchliche Zentrum der Rus,) und die in sozialpolitischer Hinsicht nach wie vor „patrimoniale Strukturen" kennzeichneten.

[11] B. Krupnyckyj, Geschichte der Ukraine. Von den Anfängen bis zum Jahre 1920, Leipzig 1943, S. 16.
[12] M. Antonowitsch, Die Geschichte der ukrainischen Staatlichkeit, in: Handbuch der Ukraine, S. 108. Immerhin hält auch Subtelny, S. 65, Galizien- Wolhynien noch 1988 für das einzige Gegengewicht zum russischen Nordosten.
[13] S. Tomascheivskyj, Istorija Ukrainy. Starynni i seredni viky, München 1948, S. 80-82.
[14] M. Hruschewskyj, Das übliche Schema der „russischen" Geschichte und die Frage einer rationalen Gliederung der Geschichte des Ostslawentums, in: Prof. Michael Hruschewskyj. Sein Leben und Wirken, Berlin 1935, S. 40.

Der galizisch- wolhynische Staat gehört zur ukrainischen Geschichte. Schon um ca. 1000 n. Chr. Waren die hier siedelnden ostslawischen Stämme unter die Herrschaft der Rus, geraten, bald erhielten sie auch diesen Namen.

Galizien und Wolhynien, zunächst getrennte Fürstentümer unter Herrschern aus Seitenlinien der Rjurikiden, vereinte um 1200 der mächtige wolhynische Fürst Roman nach dem Aussterben der galizischen Linie. Galizien, benannt nach dem Mittelpunkt Halytsch am Dnister (daher ukr: Halytschina) war handelspolitisch der bedeutendere Teil des Terrorismus, denn von hier konnte über den Unterlauf des Dnister das Schwarze Meer und somit Byzanz erreicht und der Westhandel damit verknüpft werden. Als Kriegsheld in den Kämpfen gegen die Polovcer wurde Roman in alten Liedern besungen, die ihren Niederschlag noch in den Chroniken fanden.[15]
Das galizisch- wolhynische Gebiet wurde unter Vladimir dem Heiligen in das Kiewer Reich integriert. Wie erwähnt, eroberte Vladimir 981 die Tschervenischen Burgen zwischen Bug und San, die zwar zunächst unter Boleslaw Chrobry 1018 wieder an das junge polnische Reich gingen, jedoch 1031 von Jaroslav dem heiligen zurückgewonnen wurden. Das Fürstentum Vladimir- Volynsk stand auch in der Zeit des beginnenden Niedergangs unter Kiewer Oberhoheit. Dem Beispiel Vladimirs folgend, setzten die Kiewer Großfürsten ihre Söhne dort als Herrscher ein, was die enge Bindung an das Reichszentrum dokumentiert. Nach dem Tode Vladimir Monomachs gelangte Mitte des 12. Jahrhunderts die älteste Linie seiner Nachkommen, der Monomaschitschi, in den Besitz Wolhyniens und beteiligte sich von dort aus am Kampf um die Kiewer Großfürstenwürde. Da ihr Hauptaugenmerk aber auf Kiew gerichtet war, zerfiel die Herrschaft im Fürstentum Vladimir- Volynsk zunehmend in kleine Unterfürstentümer.[16] Erst unter Roman Mstislavitsch (1173- 1205) konsolidierte sich das Fürstentum erneut so weit, dass Roman seit den achtziger Jahren des 12. Jahrhunderts von dort aus, nachdem er zuvor unter anderem zwei Jahre lang den Nowgoroder Fürstenthron innegehabt hatte, auch die Herrschaft über das benachbarte Galizien anstreben konnte.
Dort herrschte seit Ende des 11. Jahrhunderts die lokale Dynastie der Rostislawitschi, deren bedeutendste Vertreter im 12. Jahrhundert die Fürsten Vladimir- Volodimirko Volodarevitsch (1141- 1153) und Jaroslav Osmomysl, (1153- 1187) waren.

[15] E. Lüdemann, Ukraine, 3., neu bearbeitete Auflage, Verlag C.H. Beck oHG, München 2006, S. 61.
[16] Für Frojanov/ Dwornitschenko, S. 129, Anm. 145, stellt Vladimir- Volynsk in dieser Phase kein Fürstentum, sonder eine „Republik“ dar. Diese Auffassung erscheint aber einigermaßen fragwürdig.

Auch Rostislav, Ahnherr dieser Fürstenfamilie, hatte in den sechziger Jahren des 11. Jahrhunderts als Fürst in Nowgorod residiert,[17] doch konnten sich seine Söhne dort nicht durchsetzen und wurden so zu „izgoi“ (Vertriebenen oder Ausgestoßenen), bevor sie sich im galizischen Grenzgebiet niederließen.

Vladimir Volodarevitsch verlegte bei seiner Inthronisierung die fürstliche Residenz von Peremysl‚nach Galitsch. Zwar taucht diese städtische Siedlung in den altrussischen Chroniken erstmals 1140/ 1141 auf, doch wird sie im Paterikon des Kiewer Höhlenklosters schon zu einem früheren Zeitpunkt erwähnt.[18] Dies erfolgt in Zusammenhang mit dem Salzhandel – ein Indiz für das vergleichsweise hohe wirtschaftliche Niveau dieser Region. Darin ist auch eine Voraussetzung für die Entstehung einer mächtigen und eigenständig agierenden galizischen Bojarenaristokratie zu sehen; diese wurde im Gegensatz zur wolhynischen Oberschicht, die sich gegenüber den Fürsten stets loyal zeigte, insbesondere nach dem Aussterben der Rostislavitschi-Dynastie zu einem entscheidenden Faktor im Kampf um die Macht.

Jaroslav Osmomysl, ist als Fürst von Galitsch eine durchaus schillernde Figur.

Im altrussischen Igorlied spiegeln sich Jaroslavs vielfältige Außenkontakte: da sich die Rostislavitschi durch Ansprüche des Kiewer Großfürsten in ihrer Herrschaft mehrfach gefährdet sahen, kam es zu wechselnden Bündniskonstellationen, in denen sowohl die westlichen Nachbarn Polen und Ungarn als auch nordostrussischen Suzdal, wahlweise zu Kampfgefährten wurden. Zweifelsfrei nachweisbar ist die ungarische und polnische Einflussnahme auf die Geschicke Galiziens für die krisenhafte Zeit nach dem Tod Jaroslavs 1187. Es begann ein Machtkampf zwischen den letzten Rostislavitschi (bis zum Aussterben der Dynastie 1199), dem ambitionierten Fürsten von Vladimir- Volynsk Roman Mstislavitsch (der zeitweise mit den galizischen Bojaren konspirierte und dessen Bestrebungen, Galizien und Wolhynien unter einer Herrschaft zu vereinen, nach seinem Tode von seinem Sohne Danylo(Daniel) fortgesetzt wurden), den ungarischen Königen, die 1189, 1214- 21, 1227- 30 und 1232- 33 ungarische Fürsten auf den galizischen Thron brachten, sowie den polnischen Herzögen.[19]

Roman erreichte sein Ziel der Herrschaftsausdehnung auf Galizien 1199. Bis zu seinem Tode im Jahre 1205 waren die Fürstentümer Vladimir- Volynsk und Galitsch vereinigt, doch konnte von einem „Gesamtstaat“ noch keineswegs die Rede sein,[20] zumal offen bleibt, wie und von wem die Herrschaft in Vladimir nach Romans Inthronisierung in Galitsch ausgeübt wurde.

[17] H. Rüß, Die frühen Rjurikiden, in: Handbuch der Geschichte Russlands, Bd.1, Stuttgart 1981, Stammtafel 1, S. 426.
[18] Siehe Frojanov/ A .Ju. Dwornitschenko, S.130.
[19] G. Stökl, Das Fürstentum Galizien- Wolhynien, in: Handbuch der Geschichte Russlands, S. 484- 533, hier: S.500.
[20] Ebd. S. 503.

So musste auch sein Sohn Danylo(Daniel) jahrzehntelang gegen aufständische kämpfen, bis er endgültig die Macht über Galizien- Wolhynien festigen konnte.
Die letzte Phase in der Entwicklung des galizisch- wolhynischen Fürstentums vollzog sich nach dem Tode Danylo(Daniels) 1264.
Sein Sohn Lev (1264- 1301) musste die Macht zunächst mit seinem Onkel, dann mit seinem Vetter teilen; dies zeigt, dass die Vereinigung der beiden Fürstentümer Galizien und Wolhynien auch durch Danylo(Daniel) noch keineswegs dauerhaft institutionalisiert, sondern gleichsam personengebunden war. Lev konnte das Territorium seines Fürstentums zwar noch einmal erweitern und für einige Jahre Lublin sowie das westliche Karpatenvorland einnehmen. Beides ging aber unter seinen Nachfolgern, den letzten Romanovitschi, wieder an Polen verloren. Es zeichnete sich hier bereits ab, was Mitte des 14. Jahrhunderts das Schicksal Galizien- Wolhynien besiegeln sollte: dass nämlich die Nachbarreiche Ungarn unter dem Haus Anjou, Polen unter Wladislaw Lokietek und Litauen unter Gediminas zu einer übermächtigen Bedrohung geworden waren, für die das Fürstentum eine leichte Beute darstellte.

d) Die westlichen Fürstentümer unter Polen- Litauen

Nachdem das einst mächtige Reich von Kiew bereits im 12. Jahrhundert endgültig in einzelne Fürstentümer zerfallen war, wurde der größte Teil seines Gebietes in den Jahren 1237- 1240 von den Mongolen erobert. Mit Einschränkungen hinsichtlich des nur begrenzt betroffenen Fürstentums Galizien- Wolhynien gehörten dazu auch die Länder der späteren Ukraine. Sie unterstanden nun den Chanen des mongolischen Teilreiches der „Goldenen Horde“, dessen Residenzstadt Saraj an der unteren Wolga lag. In den anschließenden Jahrzehnten wurde Galizien- Wolhynien zum Zankapfel zwischen Litauen, Polen und Ungarn und schließlich zwischen diesen Mächten aufgeteilt. Dabei behielt Polen seine Eroberungen, die Kasimir der Große schon 1349 in Galizien und einem kleinen Teil Wolhyniens getätigt hatte, die Litauer bekamen den Nordteil Wolhyniens, sie drangen weiter nach Osten vor und entrissen sogar Kiew den Mongolen. So gelangten schließlich die meisten ukrainischen Fürstentümer, außerhalb Galiziens, unter litauische Oberhoheit, dazu kam noch das heutige Belarus, (Weißrussland).
In der Mitte des 13. Jahrhunderts ernannten die Mongolen zwei ostslawische Großfürsten, einen für Kiew, den bekannten Aleksander Newskij, den anderen für Vladimir an der Kljaz`ma, also für den Nordosten der Rus,. Kiew als der einstigen Hauptstadt und der Verlagerung des politischen Schwergewichts der Rus, in den Nordosten im 12.Jahrhundert wurde damit gleichermaßen Rechnung getragen.

Die Tatsache, dass Kiew bei der Eroberung durch die Mongolen zerstört worden war, trug sicher ebenso wie die starken Bevölkerungsverluste des Kiewer Landes dazu bei, dass die Großfürstenwürde bald nur noch mit der Stadt Vladimir verknüpft war. Im 14. Jahrhundert übernahm dann Moskau deren Nachfolge als großfürstliche Residenz.

Das Großfürstentum Litauen entstand in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts.[21] Das Großfürstentum Litauen war ein locker organisierter Vielvölkerstaat. Die politische Führungsschicht stellten die baltischsprachigen heidnischen Litauer. Die wichtigeren ostslawischen Fürstentümer wurden an Angehörige der litauischen Herrscherdynastie vergeben, die dann in der Regel zur Orthodoxie übertraten. Die ukrainischen Länder konnten sich aber eine gewisse Autonomie und ihre aus dem Kiewer Reich tradierte Rechts- und Sozialordnung bewahren.

Der ostslawisch- orthodoxe Adel behielt seinen Grundbesitz und seine Privilegien.[22]

Als sein Gründer gilt Fürst Mindaugas, dem durch die Beseitigung oder Unterwerfung anderer Kleinfürsten die Zusammenfassung der politischen Macht in Litauen gelang. Um einer politischen Isolierung entgegenzuwirken und die Entwicklung seines Landes zu fördern, ließ sich Mindaugas sogar taufen, und im Jahre 1253 wurde er im Auftrage des Papstes zum einzigen König gekrönt, den es in Litauen je gegeben hat. Dies geschah gleichzeitig mit der Königskrönung des Fürsten Danylo(Daniel) von Galizien- Wolhynien. Was die Litauer betrifft, folgten sie dem Entschluss ihres Herrschers zur Taufe freilich nicht; als letztes heidnisches Volk Europas nahmen sie erst 1387 den christlichen Glauben an.[23]

Das Großfürstentum Litauen erstreckte sich von „Meer zu Meer“, d.h. von der Ostsee bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres. Es umfasste den größten Teil des ukrainischen Siedlungsgebiets- nur Galizien und Teile Wolhyniens gehörten weiterhin zu Polen, das Gebiet der späteren Bukowina zum Fürstentum Moldau und das der Karpatenukrainer zum Königreich Ungarn. Da auch das gesamte weißrussische und sogar ein Teil des großrussischen Territoriums dem Großfürstentum einverleibt worden waren, umfasste das Gebiet der ethnischen Litauer nur ein Zehntel des litauischen Großfürstentums; alles andere war Siedlungsraum von Ostslawen. Diesen großen Landgewinn hatten die Litauer zu erzielen vermocht, weil die Rus bereits vor dem Mongolensturm politisch zersplittert war und dann durch diesen zusätzlich geschwächt wurde.

[21] Die beste deutschsprachige Geschichte des Großfürstentums Litauen von M. Hellmann erschien im Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 1, II, Stuttgart 1989, S. 717- 851. Dort werden allerdings das ethnographische Litauen und die Litauer stärker berücksichtigt als die ostslawischen Gebiete und Bevölkerungsteile des Großfürstentums.
[22] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 43.
[23] F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 38.

Hinzu kam aber noch der für die Geschichte der Ukraine wesentliche Umstand, dass die Litauer bei der Einnahme der ostslawischen Fürstentümer die traditionelle Herrschafts-, Verwaltungs- und Rechtsordnung bestehen ließen. Zu einem Teil traten an die Stelle der Rjurikidenherrscher Fürsten litauischer Herkunft. Nicht selten blieben aber auch loyale Ostslawen an der Macht. Die Teilfürsten waren zwar zu Abgaben an den Großfürsten verpflichtet und leisteten ihm militärischen Beistand, ihre Länder blieben aber ansonsten autonom. Außerdem tolerierten die heidnischen Litauer den orthodoxen Glauben. Obwohl die Tataren die gleiche Toleranz zeigten, zogen es die Slawen vor, unter der Herrschaft der weniger willkürlich vorgehenden und weniger fremdartigen Litauer zu leben, deren Fürsten nicht selten mit Rjurikiden versippt und orthodox geworden waren. So kam es zur freiwilligen Unterwerfung von Ostslawen unter die Litauer, die allerdings oft gegen die Truppen der Goldenen Horde zu kämpfen hatten, mit deren Macht es aber seit dem Tode des Chans Özbeg(1341) allmählich abwärts ging.

Was den im 14. Jahrhundert an Polen gelangten Teil des Fürstentums Galizien- Wolhynien betrifft, so war König Kazimierz der Große, um seine Macht zu stabilisieren, bemüht gewesen, die traditionellen Verwaltungs- und Rechtsverhältnisse unangetastet zu lassen.

Die Grenzen zu Litauen blieben lange umstritten. Die Polen nannten das neu erworbene Gebiet „regnum Russiae“(Königreich Rus,), Rotreusen oder Galizien.[24] Es machte um diese Zeit einen beträchtlichen Teil des noch kleinen polnischen Königreiches aus. Galizien sollte mehr als vier Jahrhunderte, bis zur ersten Teilung, bei Polen teilen.

Auch die Polen garantierten zunächst den Status quo, das ostslawische Recht und die ostslawische Amtssprache, die Landbesitzrechte des Adels und eine Verwaltungsautonomie. Auch die Stellung der orthodoxen Kirche blieb vorläufig erhalten, und die schon von den Fürsten von Halytsch begründete Metropole wurde wiederbelebt.[25] Bald drangen aber polnische Adlige in großer Zahl in das Land ein, besetzten die höchsten Staatsämter und erhielten umfangreichen Grundbesitz. 1431 wurden die galizischen Bojaren den polnischen Adligen gleichgestellt, was ihre Polonisierung förderte. Bald darauf wurde die Verwaltung der polnischen angepasst. Aus den ukrainischen Ländern bildete man Woiwodschaften; Galizien wurde zur Woiwodschaft Rus. In den nicht zu Polen gehörenden Gebieten der Ukraine erfolgte diese Angleichung an das polnische Vorbild wesentlich später.

Nachdem das Großfürstentum Litauen während des 14. Jahrhunderts als Nachfolger der Goldenen Horde zur stärksten Macht im östlichen Europa geworden war, folgte nach dem Tode von Vytautas (1430) sein schrittweiser Niedergang.

[24] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S.44.
[25] Ebd.

Bereits 1434 wurde der westliche Teil Podoliens dem Königreich Polen einverleibt, und in zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts begannen die Krimtataren, deren Chanat sich von der Goldenen Horde abgespalten hatte, mit ihren räuberischen Einfällen, die zur Entvölkerung und damit zur Entstehung des unbesiedelten „Wilden Feldes“ (*dyke pole*) im Süden der Ukraine führten.[26] Da sich die Großfürsten Litauens, sofern sie aufgrund der Union von Krewo auch Könige Polens waren, jetzt vor allem mitteleuropäischen Problemen zuwandten, gaben sie den Konkurrenzkampf mit Moskau um das „Sammeln“ der ostslawischen Länder auf, wobei auch eine Rolle spielte, dass sie seit der Annahme des Katholizismus von der ostslawischen Bevölkerung außerhalb des eigenen Herrschaftsbereichs weniger akzeptiert wurden als zuvor.[27]
Bereits am Ende des 15. Jahrhunderts, vor allem aber im Ergebnis des russisch- litauischen Krieges von 1500- 1503 gelangen dem Großfürstenrum Moskau erhebliche Einbrüche in den litauischen Einfluss- und Herrschaftsbereich.[28]
In der Zeit des großen Livländischen Krieges (1558- 1582), bei dem Russland und das litauisch-ostslawische Großfürstentum zeitweilig die Hauptwidersacher waren, gelangten die Litauer in eine sehr bedrängte Lage. Sie mussten nun dem Druck des polnischen Adels, der auf Besitzerwerb im Osten erpicht war, nachgeben und 1569 der Union von Lublin zustimmen, die die Unabhängigkeit Litauens beendete. Zwar blieben dem Großfürstenrum Litauen manche Sonderrechte erhalten, dennoch war nun das Königreich Polen- Litauen entstanden.[29]
Für die Ukraine war von entscheidender Bedeutung, dass nun die ukrainischen Länder aus dem Gebiet des Großfürstentum Litauen ausgegliedert und direkt dem Königreich Polen unterstellt wurden. Damit waren fast alle von Ukrainern bewohnten Gebiete unter polnischer Herrschaft vereint. Die Ausnahmen waren einige bei Litauen verbliebene Grenzgebiete zu Weißrussland, die wenige Jahrzehnte zuvor an Moskau gefallenen Territorien, die Bukowina im Rahmen des Fürstentums Moldau und die ungarische Karpato- Ukraine, die sich beide unter der Oberherrschaft der Osmanen befanden. Die polnische Ukraine wurde nun in Woiwodschaften aufgeteilt und in die polnische Verwaltung eingegliedert. Der mittlere ukrainische Adel hatte sich im Gegensatz zu den Magnaten für die Realunion und für die Unterstellung unter Polen eingesetzt.

---

[26] F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 40.
[27] Die ostslawische Bevölkerung des Großfürstentums selbst blieb loyal. Vgl. dazu H. Jablonowski, Westrussland zwischen Wilna und Moskau. Die politische Stellung und die politischen Tendenzen der russischen Bevölkerung des Großfürstentums Litauen im 15. Jh., Leiden 1955.
[28] In Geschichtsdarstellungen der ukrainischen Emigration wird das Phänomen der Westexpansion seit Iwan III. geradezu regelmäßig mit der Lehre von Moskau, dem Dritten Rom, verknüpft(vgl. O. Subtelny, Ukraine. A. History, Toronto 1988, S. 77). Indessen beinhaltete diese Lehre kein politisches Programm, sondern den Anspruch Moskaus, nach dem Abfall von Rom in die lateinische Häresie und von Byzanz (des Zweiten Rom) in die verderbliche Union mit den Lateinern der Hort des wahren Glaubens zu sein.
[29] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 46.

Seine Sonderstellung und sein Landbesitz wurden vom polnischen König bestätigt, ebenso der orthodoxe Glauben, die ostslawische Amtssprache und die Geltung des Litauischen Status.[30]
Gleichzeitig mit dem staatlichen Zusammenschluss wurde durch eine besondere Verordnung des Königs Zygmunt II. August festgelegt, dass die bisher zum Großfürstentum gehörenden ukrainischen Länder in Zukunft Teil Polens sein sollte. Für den historischen Weg der Ukraine bildete dies naturgemäß eine deutliche Zäsur.[31]

e) Zwischen der polnischen Adelsrepublik und dem russischen Reich (1569 – 1657)

Als im Jahre 1569 durch die Union von Lublin auch Kiew und Wolhynien dem polnischen Reichsteil zugeschlagen wurden, begann für die dort lebende Bevölkerung ein weitreichender Transformationsprozess, der die bis dahin gültige Kultur-, Sozial- und Herrschaftsordnung erschütterte. Obwohl nun – mit Ausnahme der bis 1618 unter Moskauer Herrschaft stehenden severischen Fürstentümer – erstmals seit dem Kiewer Reich alle ruthenischen Siedlungsgebiete in einem Reichsverband vereinigt waren, kann nur bedingt von einer in Kultur, Sprache und Gesellschaftsstruktur einheitlichen Region „Ukraine“ gesprochen werden. Zu stark hatten sich die regional verschiedenen Lebensumstände der vorgegangenen Zeit auf die Menschen niedergeschlagen und sie in Vorstellungen und Handlungsweisen geprägt. Nicht nur, dass die Zugehörigkeit oder Nähe der westlichen Woiwodschaften Rus, und Wolhynien zu Kronpolen auch zu einer stärkeren Beeinflussung durch die polnische Kultur führte, sie waren auch dichter besiedelt und hatten einen Entwicklungsgrad erreicht, der dem Kernpolens durchaus entsprach. Hier wie auch bereits in Teilen des litauischen Großfürstentums war eine Gesellschaftsordnung entstanden, die streng zwischen einzelnen Schichten unterschied und sich auf der Basis eines sesshaften Ackerbaus entwickelt hatte, der als die Voraussetzung für die Herrschaft über Land und Leute und für eine – wenn auch geringe – Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land zu gelten hat.[32]
Dem stand das ukrainische Grenzland gegenüber, das als strukturschwaches und bevölkerungsarmes Gebiet weiterhin unter dem Fehlen einer festen Grenze litt.

[30] Ebd., S. 47.
[31] F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 41.
[32] Carsten Kumke, in: F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 58.

Bezeichnenderweise sollte aber gerade dieses Gebiet im Verlaufe der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zum maßgeblichen Träger einer partiell entwickelten ukrainischen Selbständigkeit avancieren. Das Grenzland, das sich etwa südlich der Linie Kiew – Bila Cerkva – Braclav – Vinnycja sowie entlang des Dnjepr und seiner zahlreichen Zuflüsse erstreckte, zeichnete sich durch extreme Lebensbedingungen aus. Das Gebiet war seit der Mitte des 15. Jahrhunderts jährlich von tatarischen Überfällen heimgesucht worden und konnte vom litauischen Reich nicht geschützt werden.

Geprägt war es durch das langsame Abklingen sozialer Schichtung und vereinheitlichend wirkender staatlicher Herrschaft. Solange die wenigen Bewohner sich unterschiedslos an der Verteidigung des Grenzlandes beteiligen mussten, konnten sich weder gesellschaftlich noch materiell definierte Schichtengrenzen entwickeln.[33]

So war im litauischen Reichsteil der gesellschaftliche Status von individuellen, z.T. historisch erworbenen Rechten und von der direkten Beziehung von Einzelpersonen bzw. Personengruppen zum großfürstlichen Herrscher abgeleitet worden. Dadurch hatte sich eine Vielzahl unterschiedlicher Abhängigkeitsverhältnisse entwickelt. Dieses individualisierte Beziehungsgeflecht hatte es sogar Nichtadligen ermöglicht, aufgrund von Dienstleistungen in den Genuss von Privilegien zu gelangen, und vor allem im Grenzland die Entstehung von regionalen Personenverbänden gefördert. Da der ferne Staat keinen ausreichend verwurzelte adlige Kriegerschicht hatte, blieb die hier lebende Bevölkerung weitgehend auf sich gestellt.

Der Wechsel der ukrainischen Gebiete von der litauischen zur polnischen Gesellschaftsordnung vollzog sich nur zögernd. Während der Anpassungsprozess in den Woiwodschaften Wolhynien und Rus, schon vor 1569 erhebliche Fortschritte gemacht hatte, hinkten die südlichen und östlichen Gebiete hinterher. Da die Entwicklung zu einem kooperativen Adelsstand nicht mit der 1569 plötzlich verfügten politischen Emanzipation Schritt gehalten hatte, fehlten in diesen zumeist orthodox bevölkerten Gebieten die politischen Grundlagen für die neue Ordnung. Gleichzeitig aber konnte man an der alten nicht mehr festhalten, weil ihr politischer Orientierungspunkt, der Großfürst, fortgefallen war.[34]

[33] Ebd., S. 59.
[34] Ebd., S. 61.

f) Die Dnjepr- Kosaken und die Entstehung des Hetmanats

Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts treten an der Ukraine, der Steppengrenze, neue historische Akteure auf, die für die Geschichte der Ukraine zentrale Bedeutung gewinnen sollten: die Kosaken. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass dieser Gemeinschaft „freier Krieger"(so die Übersetzung des Begriffs turksprachigen Ursprungs) gerade kein nationaler Kern innewohnte. Die ersten, im 15. Jahrhundert auftauchenden Quellenzeugnisse beziehen sich denn auch auf Tataren, die im Dienste tatarischer, litauischer, polnischer oder ostslawischer Herrscher militärische und diplomatische Aufgaben an der Steppengrenze erfüllten. Zu diesen tatarischen Kosaken stießen immer mehr Ukrainer und Russen, und schon im 16. Jahrhundert war das Kosakentum überwiegend ostslawisch geprägt.

Die ukrainischen und russischen Kosaken waren entscheidend von ihrer räumlichen Umwelt, der Steppengrenze, geprägt. Sie lebten in den Flusswäldern am unteren Dnjepr und unteren Don, die Schutz vor den Einfällen der Tataren boten. Die Kosaken sind immer wieder mit anderen Typen von Grenzgesellschaften verglichen worden, etwa mit den Haiducken der österreichischen Militärgrenze oder der Pionieren des amerikanischen Frontiers.

In der Ukraine errichteten Kosaken ihre befestigten Lager in den Uferwäldern oder auf Inseln des Dnjepr. Die ukrainischen Kosaken, nach der Gegend ihres Wirkens Zaporoger (wört. „jenseits der Stromschnellen lebend") genannt, bekämpften die Tataren mit deren eigenen Mitteln. Sie überfielen tatarische Siedlungen und machten selbst Beute. Adlige übernahmen die Führung und Organisation der Kosaken- Krieger- Gemeinschaften. Das wichtigste befestigte Lager der Kosaken hieß *Sitsch*, das der Dnjepr- Kosaken demnach Zaporoger Sitsch(ukrainisch Zaporiz`ka Sitsch).[35]

Im Laufe des 16. Jahrhundert schlossen sich Kosaken an der Steppengrenze der Ukraine zu größeren Verbänden zusammen. Sie lebten zunächst unter sehr loser polnischer Oberhoheit und weitgehender Selbstverwaltung in den ohnehin nicht zu kontrollierenden Gegenden des Grenzlandes, sie entwickelten dabei eine Art Demokratie. Oberstes Entscheidungsgremium war die Versammlung aller Kosaken, der Ring (kolo) oder Rat (rada), der die Offiziere und den obersten Anführer des Kosakenheeres, den Hetman oder Ataman, wählte und Gericht hielt. Der gewählte Hetman erhielt weitgehende Kompetenzen, Recht über Leben und Tod. Ihm schuldeten alle Kosaken absoluten Gehorsam, doch konnte er wieder abgewählt werden. Die politische Organisation der Dnjepr- Kosaken zeigt eine eigentümliche Mischung aus zentralistischer Disziplin und demokratischer Verfassung.

[35] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 55.

Die militärische und politische Bedeutung der Dnjepr- Kosaken nahm in den ersten beiden Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts ständig zu. Mit dem Anwachsen der Kosakengemeinschaft wurde die Heeresstruktur immer ausgeformter, und von ihr ausgehend entstanden Grundzüge einer Zivilverwaltung. Die Zaporoger erhielten Zustrom von weither aus allen möglichen Völkerschaften – Balten, Moskowitern, Weißrussen, Südslawen, Rumänen, Juden – rekrutierte sich das Kosakenheer, alleinige Aufnahmebedingung war das Bekenntnis zur Orthodoxie. Sie organisierten sich in Regimentern (polky) unter der Führung von Obersten (polkovnyky). Sie kontrollierten die Steppengrenze und unternahmen mit ihren Booten immer kühnere Expeditionen gegen osmanische und tatarische Festungen.[36]

Im zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts wurde Petro Konaschevitsch- Sahajdatschnyj Hetman der Register- Kosaken. Er führte nicht nur die wichtigsten Kriegszüge der Kosaken an, sondern war auch wesentlich dafür verantwortlich, dass die Dnjepr- Kosaken sich mit der sich in dieser Zeit formierenden religiös- kulturellen Elite in Kiew verbanden. Damit verlagerte sich der Schwerpunkt der ukrainischen Geschichte und Kultur vom Westen, wohin er sich seit dem Mongolensturm verschoben hatte, zurück in die Region am mittleren Dnjepr. Die Kontrolle der polnischen Adelsrepublik über das Grenzland der Ukraine verstärkte sich im 17. Jahrhundert. Diesem Ziel diente nicht nur die Kooperation der Register- Kosaken, sondern auch die Anlage von zahlreichen befestigten Stützpunkten.[37] Aus sozialen und staatenpolitischen Gründen wurden die Kosaken ihren polnischen Herren allmählich unbequem. Das Grenzgebiet zu den Tataren war sozusagen der Wilde Osten der polnisch- litauischen Adelsrepublik. Wer in dieses Gebiet gelangte und unter die Zaporoger aufgenommen wurde, war vor der Leibeigenschaft sicher und wurde nicht nach seiner Herkunft gefragt. Bei den Kosaken war jeder ein freier Krieger, Jäger, Fischer oder Bauer. So erhielten die Kosaken ständig Zustrom von entlaufenden Leibeigenen, und die Klagen der Grundbesitzer häuften sich. Andererseits hatten gerade die adligen Verwalter und Militärbefehlshaber bald erfasst, welch starke Waffe gegen die Tatarengefahr ihnen mit diesem neuen Stand in die Hand gegeben war. Die Kosaken wurden in den Sold der Krone genommen, allerdings nach festen Registern, damit so der unerwünschte Zulauf von armen Bauern gestreut werden konnte.[38]

[36] Ebd. S. 58.
[37] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 59.
[38] E. Lüdemann, Ukraine, 3., neu bearbeitete Auflage, Verlag C.H. Beck oHG, München 2006, S. 68.

Doch auch die eigentliche Daseinsberechtigung der Zaporoger, die Verteidigung des Grenzlandes gegen die islamischen Feinde, erwies sich mit der Zeit als zweischneidiges Schwert für Polen- Litauen. Krieg gegen die „Türken und Tataren“ war der Lebensinhalt der Kosaken, und sie ließen sich auch von ihren polnischen Soldgebern nicht abhalten, immer erfolgreiche Feldzüge gegen die Krimtataren und sogar die türkische Pforte zu führen. Das Osmanische Reich machte die polnische Krone für diese Angriffe verantwortlich und drohte mit Krieg. 1620 rückte ein gewaltiges osmanisches Heer gegen Polen vor. Bei Chotyn am Dnister hielt ein polnisches Heer von 35 000 Mann, den Angriffen weit unterlegen, die Türken auf. Rechtzeitig erschien Hetman Sahajdatschnyj mit 40 000 Kosaken auf dem Schlachtfeld, die Türken wurden entscheidend geschlagen.[39]

Seit 1591 erhoben sich die Kosaken immer wieder in Aufständen gegen die polnische Regierung. Streitigkeiten um den Umfang des Kosakenregisters, den Sold, das Schicksal der nicht registrierten zugelaufenen Kosaken, mehr und mehr auch religiöse Gründe, bildeten den Kern der Auseinandersetzungen und Kämpfe.

Die Kosaken verstanden sich als Hüter der Orthodoxie, nachdem 1595 ein Teil der orthodoxen Geistlichkeit in der Kirchenunion von Brest- Litovsk – unter Beibehaltung der orthodoxen Riten und sogar der Priesterehe – den Primat des Papstes anerkannt und somit die auch heute in der Westukraine stark vertretene Unierte oder Griechisch- Katholische Kirche gegründet hatte.[40] Als Polen- Litauen begann, die Privilegien und die Zahl der Register- Kosaken zu beschneiden, engagierten sich auch diese vermehrt in den Protestbewegungen, die in den dreißiger Jahren zu Volksaufständen gegen die polnisch- litauische Herrschaft wurden. Die große Erhebung von 1637 / 38 wurde von polnischen Truppen blutig niedergeschlagen, und in der Folge verstärkte sich der polnische Druck erheblich.

Alle diese Aufstände scheiterten, bis 1648 ein neuer Hetman, Bohdan Chmelnizkyj, eine Erhebung gegen Polen- Litauen anführte und zu einem regelrechten Volkskrieg steigerte. Dieser Krieg der Kosaken gegen Polen war gekennzeichnet durch glänzende militärische Erfolge Chmelnizkyjs, die von Rückschlägen abgelöst wurden, von den Verhandlungen und Verträgen, die den Kosaken auf einem großen Teil der heutigen Ukraine weitgehende Selbstverwaltung ließen, aber von beiden Seiten nur als Vorstufe zu neuen Kämpfen betrachtet wurden, und von der Suche Chmelnizkyjs nach Bundesgenossen, nachdem sich das Verzweiflungsbündnis mit den Krimtataren als zweischneidige Waffe erwiesen hatte.

[39] Ebd.
[40] E. Lüdemann, Ukraine, 3., neu bearbeitete Auflage, Verlag C.H. Beck oHG, München 2006, S. 68.

Der Hetman verkündete, dass er das ganze Volk der Rus, von den Polen befreien werde und als unabhängiger Herrscher der Rus, für den orthodoxen Glauben kämpfen werde. Sein primäres Anliegen war aber nicht die religiöse Emanzipation oder die soziale Revolution der Bauern, sondern die Bestätigung der kosakischen Privilegien, die er sich von dem neuen polnischen König Jan Kazimierz erhoffte. So schloss Chmelnizkyj im August 1649 in Zboriv einen Vertrag mit dem polnischen König, der dem Kosakenheer wesentliche Konzessionen machte: Die Zahl der registrierten Kosaken wurde auf 40 000 erhöht, den Kosaken wurde freies Leben in den drei Woiwodschaften Kiew, Tschernihiv und Braclav zugesichert, polnische Soldaten und Juden sollten sich hier nicht niederlassen dürfen. Die orthodoxe Kirche sollte nicht weiter diskriminiert, Ämter in der Ukraine nur noch an Adlige verliehen werden. Der Vertrag von Zboriv war ein Sieg der Kosaken und der ukrainischen Elite: Die Bauern und ihre soziale Lage wurden nicht erwähnt. Der Vertrag gab dem Kosakenheer eine kurze Pause, die eine politische Konsolidierung erlaubte. Die Kosaken schufen in der Ukraine einen Herrschaftsverband, der offiziell Zaporoger Heer hieß, heute gewöhnlich als Hetmanat bezeichnet wird.[41] Die Verwaltungsorganisation folgte der Militärorganisation der Kosaken: Die von Chmelnizkyj kontrollierten Gebiete der Ukraine zu beiden Seiten des Dnjepr wurden in 16 Regimenter gegliedert. Der Heeresstab der Kosaken – Offiziere (Starschyna) diente als zentrale Exekutive, die dem Hetman zur Seite stand.[42] Was die soziale Ordnung betrifft, so stellte sich die Frage, ob sich die egalitären kosakischen Ideale durchsetzen oder ob die Kosakenelite die Stelle der vertriebenen polnischen Adligen einnehmen würde. Diese für die weitere Entwicklung der Ukraine entscheidende Frage wurde erst im Laufe der folgenden Jahrzehnte beantwortet. Das Hetmanat der Dnjepr- Kosaken war für sich allein dem Königreich Polen- Litauen, der damals noch führenden osteuropäischen Macht, nicht gewachsen. So war Chmelnizkyj gezwungen, Bündnispartner zu suchen. Die 1648 geschlossene Koalition mit den Krimtataren hatte sich als instabil erwiesen; im Jahre 1651 ging der Hetman deshalb eine Vereinbarung mit dem Osmanischen Reich als möglicher Schutzmacht ein. Gleichzeitig traten die Dnjepr- Kosaken auch in Kontakt mit dem Moskauer Reich.[43] Der Anschluss der Hetman- Ukraine 1654 an das Moskauer Zarenreich war nicht nur für die ukrainische Geschichte von höchster Bedeutung, er veränderte auch die Staatenwelt Europas und legte den Grundstein zum eigentlichen Aufstieg Russlands. Seither ist die ukrainische Geschichte eng mit der russischen verbunden.

Zwar konnte der Zar im nachfolgenden Krieg mit Polen nur die linksufrige Ukraine behalten, dennoch wurde Polen dadurch geschwächt und das russische Reich gestärkt.

[41] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 63.
[42] Ebd.
[43] Ebd. S. 64.

In den polnisch- litauischen Teilungen 1722- 95 kamen noch weite ukrainisch besiedelte Gebiete Polens außerhalb Galiziens an Russland.

Das 17. Jahrhundert ist eine zentrale Epoche in der ukrainischen Geschichte. Für viele ukrainische Historiker gilt die Zeit Chmelnizkyjs als „Goldenes Zeitalter". Erstens seit den Tagen des Fürstentums Galizien- Wolhynien vollzog sich eine staatliche Konsolidierung der Ukraine. Gleichzeitig hat man sich immer wieder nach den Gründen für das Misslingen dieser Staatsbildung gefragt: Weshalb wurde das Kosaken- Hetmanat nicht zu einem eigenständigen Staat, zu einer souveränen europäischen Macht, wie es um diese Zeit die Niederlande, die Schweiz schafften? Zum einen im internationalem System der Zeit: Die Großmächte trugen ihren Kampf um die Vorherrschaft in Osteuropa auf dem Rücken der Ukraine aus, und das Hetmanat wurde zwischen dem Moskauer Reich, Polen- Litauen und dem Osmanischen Reich zerrieben. Zum anderen in der inneren Labilität des Hetmanats, den sozialen Spannungen unter den Kosaken und dem Antagonismus zwischen den Kosaken und den übrigen Ständen der Ukraine.[44]

g) Ukraine unter Zar und Kaiser als österreichische und russische Provinz

Im 19. Jahrhundert standen alle Ukrainer unter der Herrschaft der Kaiser in Petersburg oder Wien. Die Aufteilung auf das Russische und das Habsburger Reich ließ die Unterschiede zwischen der seit dem 14. Jahrhundert polnischen Westukraine und der zentralen und östlichen Ukraine weiter anwachsen. Doch auch in der unter russischer Herrschaft stehenden Ukraine blieben historisch bedingte Besonderheiten der Teilregionen, der südlich, der rechts- und der linksufrigen Ukraine, bestehen.

Bereits in den vergangenen Jahrhunderten hatte die Zugehörigkeit zu Russland bzw. zum polnisch- litauischen Kulturraum eine unterschiedliche Entwicklung bedingt, wobei die Grenze zwischen den beiden Räumen seit dem 17. Jahrhundert in etwa dem Lauf des Dnjepr folgte. Die beschleunigte soziale und nationale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert machte die neue Grenze, die quer durch ehemals polnisches Staatsgebiet verlief, noch wichtiger. Für das zum abendländischen Wien hin tendierende Galizien bürgerte sich in der Historiographie der Terminus „Westukraine" ein, während die zum Russischen Reich gehörenden Ukraine-Gouvernements allgemein als „Ostukraine" oder „Grosse Ukraine" (Velyka Ukraina) bezeichnet werden.[45]

[44] Ebd. S. 70.
[45] Wolfdieter Bihl, in: F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 126.

1. Habsburgische Länder

1772 kamen Galizien und Auschwitz, von 1795 bis 1809 auch das nördlich davon gelegene Gebiet bis zum Bug und Pilica (mit Lublin und Chelm) an die Habsburger. Krakau- Zator-Auschwitz und Galizien bildeten das österreichische Kronland „Königreich Galizien und Lodomerien, Großherzogtum Krakau, Herzogtum Auschwitz und Zator", welches gemeinhin kurz „Galizien" genannt wurde. Damit war erstmals die von dem mittelalterlichen Fürstentum Halytsch abgeleitete Bezeichnung auch auf ethnisch rein polnische Gebiete ausgedehnt worden.[46] Der Begriff Galizien ist im 19. Jahrhundert zweideutig, deshalb wird das eigentliche Galizien, die Gegend um Lemberg, oft als Ost- Galizien bezeichnet.

Zum Kronland Galizien gehörte bis 1849 auch die außer von Ukrainern von Rumänen und Juden bewohnte Bukowina, während die von Ukrainern besiedelten Gebiete jenseits der Karpaten weiter in die ungarischen Komitate eingegliedert blieben.[47] Die ersten Auswirkungen der österreichischen Herrschaft begünstigten die Ruthenen.

Unter dem Eindruck der von Kaiser Joseph II. eingeleiteten Reformen, die die Einführung der im Absolutismus üblichen zentralisierten Bürokratie zum Ziel hatten, wurden die Vorrechte des polnischen Adels zurückgedrängt, und die Rechtsposition der ukrainischen Bauern verbesserte sich. Die als Verwaltungsbeamte nach Galizien entsandten deutschsprachigen Österreicher waren den Ukrainern gegenüber nicht ganz so herablassend, wie es die langjährigen polnischen Adelsherren gewesen waren.[48] Die politische führende Gruppe der Westukraine stellten nun die deutsch- österreichische Bürokratie und Armee, doch blieb in Galizien der polnische Gutsadel die sozial und kulturell dominante Schicht, in der Bukowina die Rumänen, in Transkarpatien die Magyaren.

Unter den Kaisern Leopold II. und Franz wurde zwar ein großer Teil der nur halbherzig betriebenen Josephinischen Reformen wieder rückgängig gemacht, und der polnische Adel erhielt in materieller Hinsicht seine früheren Vorrechte zurück. Insgesamt jedoch hatten die ersten Jahrzehnte österreichischer Herrschaft den galizischen Ruthenen einen Weg zu ihrer bürgerlichen und kulturellen Emanzipation eröffnet. Erneut erfolgt eine Besserstellung der ruthenischen Bauern Galiziens, denen dank einer Initiative des Staatshalters Franz Graf Stadion – gemeinsam mit ihren polnischen Standesgenossen – die Aufhebung des Frondienstes (Robot)

[46] Ebd.
[47] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 112.
[48] Wolfdieter Bihl, in: F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 127.

und des Untertänigkeitsverhältnisses frühern gewährt wurde als den übrigen Völkern Österreichs, nämlich schon im April 1848.[49] Im gleichen Monat richteten die Ruthenen eine Petition an den Kaiser, in der sie die Anerkennung als Nationalität und die Gleichberechtigung beider Nationalitäten in Galizien forderten. Es kam zur Gründung der ersten politischen Organisation der Ruthenen, am 2. Mai 1848 konstituierte sich die Holovna Rus,ka Rada (Oberster Ruthenischer Rat) unter Bischof Hryhorij Jachimovytsch. Ein Manifest vom 10. Mai stellte fest, dass die Ruthenen ein von Russen und Polen gleichermaßen unabhängiges Volk und die galizischen Ruthenen ein Teil der gesamtruthenischen Nation seien.

Ein Hauptanliegen der Ruthenen war die Teilung Galiziens in einen polnischen und einen ruthenischen autonomen Teil – diese Forderung konnten sie bis 1918 nicht durchsetzen – und die Schaffung eines selbstständigen ruthenischen Kronlandes aus Ostgalizien, der Nordbukowina und den ungarischen karpatenruthenischen Gebieten.[50] Der ruthenisch- ukrainische Nationalgedanke hatte unter der Ägide Stadions zu ersten nationalen Folgen bei den Ruthenen geführt. Durch die oktroyierte, gegen die Polen gerichtete Aufhebung der Leibeigenschaft wuchs die Anhänglichkeit der Ruthenen gegenüber der österreichischen Herrschaft.

Die osmanische Bukowina wurde 1774 militärisch besetzt und kam 1775 zu Österreich; von 1786 bis 1849 war sie mit Galizien vereinigt, ab 1849 – abgesehen von einer neuerlichen Unterstellung unter Galizien 1860/61 – als „Herzogtum Bukowina“ selbstständiges Kronland. Im Gegensatz zu Galizien gab es hier ein relativ harmonisches Zusammenleben der Nationalitäten.[51]

Seit Beginn der ungarischen Geschichte waren jene Gebiete an den Karpatenabhängen, die sicher erst ab dem 13. Jahrhundert von Ruthenen besiedelt wurden, Teil des ungarischen Staates (ukrain. Zakarpattja). Die ersten politischen Forderungen der dortigen Ruthenen wurden auf dem Prager Slawenkongress von Adolf Dobrjanskyj erhoben, und dort auch nur in Verbindung mit den Slowaken, mit denen die Ruthenen in enger räumlicher Verbindung lebten.

Das Maximalprogramm der Jahre 1848/49 war die Bildung eines ruthenischen Kronlandes aus allen österreichischen und ungarischen ruthenischen Gebieten (und damit das Ausscheiden der karpatenruthenischen Territorien aus dem Verbande der ungarischen Krone), das Minimalprogramm sah die Einrichtung einer autonomen ruthenischen Provinz aus den oberungarischen Komitaten (im Rahmen des ungarischen Staates) vor.[52]

[49] Ebd.
[50] W. Bihl, Die Ruthenen, in: Die Habsburgermonarchie 1848- 1918, Bd. 3, Wien 1980, S.555-584.
[51] W. Bihl, Die Beziehungen zwischen Österreich- Ungarn und Russland in bezug auf die galizische Frage 1908-1914, in: Galizien und die Jahrhundertwende. Politische, soziale und kulturelle Verbindungen mit Österreich, hg. v. K. Mack, Wien/München 1990, S. 35-50.
[52] Ebd.

2. Russisches Reich (unter den Zaren)

Die Ukraine hatte zur Zeit ihres Anschlusses an das Zarenreich viele Attribute eines selbstständiges Staates, die eine Zeit lang aufgrund der vom Zaren gewährten und urkundlich bekräftigten Privilegien aufrechterhalten werden konnten. Sie hatte ihre eigene Verwaltung, ihr eigenes Heer (die Kosaken). Justiz, Bildungs- und Schulwesen waren unabhängig von Moskau. Die Ukraine konnte ihre eigene Handelspolitik betreiben.

Die ukrainische Geistlichkeit unterstand ihrer eigenen Hierarchie, dem Metropoliten von Kiew.

Doch sehr bald aber wurden diese Freiheiten schrittweise aufgehoben, nachdem die außenpolitische Entscheidungsfreiheit in der Zeit der ukrainischen Wirren von Perejaslavl (1654) verlorengegangen war und einer engen Anbindung an Russland wich (dennoch verkehrte der Zar mit dem Hetman über seine Gesandtenkammer). [53] Die zunehmende Gleichschaltung mit anderen Gebieten des Russischen Reiches zeigte sich zunächst in einer Ausdehnung der russischen Besatzungskontingente auf Orte außerhalb Kiews, entgegen den Vereinbarungen von Perejaslavl.

Nach der epochalen Niederlage der Schweden und der ukrainischen Kosaken bei Poltawa (1709) nahm die Einebnung der Reste ukrainischer Autonomie, die Angleichung ihrer Besonderheiten an das übrige russische Reich dramatisch zu. Die Hetmanen wurden zu Handlangern des Zaren degradiert; auf allen wichtigen Gebieten des öffentlichen Lebens wurden Maßnahmen zur Russifizierung eingeleitet; Kirche ,Wirtschaft, Bildungswesen, Militärverfassung wurden geändert und umorganisiert und Moskau direkt unterstellt. Die Vollenderin der Schritte Peters I. war Katharina II. Sie schaffte das Hetmanat gänzlich ab und ließ die Ukraine durch Provinzgouverneure regieren. Die Kosaken wurden in die reguläre Armee eingegliedert, die bis dahin in der Ukraine unübliche Leibeigenschaft der Bauern eingeführt. Zugleich wurde den „Kleinrussen“, wie man die Ukrainer schon seit Ende des 17. Jahrhunderts nannte, jede Eigenständigkeit als Volk entzogen, vor allem die Zaren und ihre Beamtenschaft würdigten die ukrainische Sprache zu einem Dialekt des Russischen herab.

Die ukrainische Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts ging von kleinen literarischen Zirkeln und Gelehrtenkreisen aus, die zunächst die darniederliegende Kultur und Sprache ihre Volkes nur erhalten wollten. Die ukrainische Variante der Volkstumsbewegung (russ.: *narodnitschestvo*) des Zarenreiches war die Volksbildungsinitiative der *hromoda*(Gemeinde), die die kulturelle Erweckung der gesamten Bevölkerung durch Lesezirkel, Sonntagsschulen, Druck von Zeitschriften in ukrainischer Sprache fördern wollte.

[53] E. Lüdemann, Ukraine, 3., neu bearbeitete Auflage, Verlag C.H. Beck oHG, München 2006, S. 71.

Die Zarenregierung reagierte alarmiert und verbot zweimal (1863 und 1876) den Gebrauch der kleinrussischen“ Sprache in der Schrift und bei öffentlichen Vorführungen. Der Russifizierungsdruck wurde auch durch die Industriearbeiterschaft der neuen industriellen Zentren unterstützt, dennoch hatte sich um die Jahrhundertwende ein teil der ukrainischen Intelligenz der Nationalbewegung angeschlossen. Erste Parteien entstanden, vor allem die ukrainische Sozial- Demokratische Arbeiterpartei (USDRP).

Nach der Revolution 1905 wurde das Druckverbot für ukrainische Schriften aufgehoben, ukrainische Vertreter ließen sich in das neugeschaffene Parlament, die Duma, wählen. Ein reges politisches Leben der verschiedenen politischen Richtungen der ukrainischen Nationalbewegung entfaltete sich und bereitete den Grund für den ersten unabhängigen ukrainischen Staat des 20. Jahrhunderts am Ende des Ersten Weltkrieges. Dieser Staat, Die ukrainische Volksrepublik, war allerdings die Frucht der gesamtrussländischen Revolution, bis dahin hatte nur eine kleine Minderheit der ukrainischen politischen Kräfte die volle Selbstständigkeit befürwortet – die große Mehrheit um die stärksten Richtungen der Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten war für großmögliche Autonomie und den garantierten Schutz der nationalen Kultur innerhalb eines reformierten Russland.

h) Die gescheiterten Staatsversuche

Die Ukrainische Volksrepublik der Zentralrat (*Central`na Rada*)

Die Nachricht von der Februar- Revolution, die Meldung, dass sich am 12. März 1917[54] in Petrograd ein Exekutivkomitee der bis dato über nur geringe Kompetenzen verfügenden Staatsduma konstituiert hatte, erreichte einen Tag später Kiew und mobilisierte dort die politische Öffentlichkeit. Behörden, Verbände und Parteigruppierungen organisierten Komitees und Versammlungen- die einen, um der Provisorischen Regierung Gehör und Autorität zu sichern, die anderen, um auch in Kiew nach Petrograder Muster einen Rat(Sowjet) der Arbeiter- und Bauerndeputierten ins Leben zu rufen. Nachdem dann Zar Nikolaus II. offiziell abgedankt und die neue Regierung ihre Arbeit aufgenommen hatte, formierte sich ein aus Vertretern der wichtigsten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen bestehendes Kiewer Exekutivkomitee, das als oberstes Vollzugsorgan der Zentralregierung in der Ukraine fungieren sollte.

[54] Alle Datumangaben nach dem neuen Still, d.i. dem Gregorianischen Kalender.

Es stand jedoch in Konkurrenz mit einer Vielzahl paralleler Selbstverwaltungskörperschaften, die aus Gouvernement- und *zemstwa*- Verwaltungen entstanden waren. Kaum konstituiert, wurde das Exekutivkomitee von einer Institution verdrängt, die fortan weitgehend allein das politische Geschehen bestimmen und ein neues Kapitel in der Geschichte der Ukraine eröffnen sollte: von der ***Rada***.[55]

Wohl nur eine Minderheit der russischen Ukrainer hat daran gedacht, die Ukraine politisch von Russland abzutrennen. Erst am 17.03.1917 bildete sich aus Vertretern der ukrainischen Parteien eine Art Parlament, die Ukrainische Zentralrada.

Für den 19. April (NS) wurde die Einberufung eines Ukrainischen Nationalkongresses festgelegt, vor diesem Zeitpunkt begann aber schon innerhalb der russischen revolutionären Demokratie, vor allem bei den Bolschewiken, eine antiukrainische Bewegung.

Der Nationalkongress wurde zu einem Triumph für die Idee der ukrainischen Staatlichkeit und für den Historiker, Professor Mychajlo Hruschewskyj. Es versammelten sich 900 Deputierte mit Mandaten und Mitglieder verschiedener Institutionen Kiews, - zusammen etwa 1 500 Personen. Hruschewskyj wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt und in der Resolution des Kongresses war die Forderung nach einer Autonomie der Ukraine in einer föderativen demokratischen Republik Russland enthalten.

Der Kongress bestätigte den Zentralrat als Landesvertretung und forderte die unverzügliche Freilassung der verbannten Galizier. Es fand eine Neuwahl des Präsidiums des Zentralrates statt, Hruschewskyj wurde mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt. Auf diese Weise wurde die erste Zentralregierung der Ukraine gebildet. Neben den ukrainischen Räten gab es auch die russischen Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die zu den einflussreichsten Organisationen wurden. In allen Gouvernements der Ukraine(es wurden nur fünf anerkannt) gründete man Filialen der „Prosvita“, ukrainische Schulen und Klubs, man gab ukrainische Zeitungen heraus und berief Versammlungen ein, die Beschlüsse zur Unterstützung des Zentralrates fassten und die Autonomie der Ukraine sowie eine Verfassungsgebende Versammlung forderten. Somit beschränkte sich in den ersten Monaten nach der Revolution die Zielsetzung der Politiker aller Parteien auf eine Autonomie der Ukraine in einem föderativen russischen Staat. Von der Selbständigkeit und dem Aufbau eines unabhängigen Staates träumten nur Einzelne. Am 28.06.1917 konstituierte sich das Generalsekretariat, die provisorische Regierung der Ukraine. Am 16.07.1917 wurde das II. Universal erlassen:

[55] „Rada“(Rat) ist die ukrainische Entsprechung für das russische Wort „Sowjet“, R. A. Mark, in: F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 173.

Drei Minoritäten Vertreter wurden als Unterstaatssekretäre in die Regierung genommen, ein Russe, ein Pole und ein Jude. Am 7. November (25.Oktober AS) 1917 ergriffen die Bolschewiken unter Lenins Führung die Macht in Petrograd, die provisorische Regierung wurde gestürzt. Der Vorsitzende des Ministerrates, A. Kerinskij, flüchtete, die anderen Minister wurden verhaftet. Die bolschewistische Revolution erfasste weitere Gebiete des Reiches, sie stieß aber in der Ukraine sowie an Don und Kuban, auf Widerstand. Die Situation in Kiew war äußerst kompliziert. Am 20.11.1917 wurde durch das III. Universal eine Ukrainische Volksrepublik (Ukrains`ka Narodna Respublika) bei Verbleib in einer russischen Föderation proklamiert.[56]

Man erklärte die Abschaffung des Privateigentums an Land, die Einführung des Achtstundetages, Produktionskontrolle, die Abschaffung der Todesstrafe, eine Reform des Gerichtswesens und eine national- personale Autonomie für die Nichtukrainer. Ferner legte das III. Universal die Grenzen der Ukrainischen Republik fest, zu den bereits erwähnten fünf Gouvernements kamen die Gouvernements Charkiv, Katerynoslavl, Cherson und ein Teil Tauriens hinzu.

Über das Schicksal der Gebiete Cholm und Voronesch sollte ihre Bevölkerung selbst entscheiden. Außerdem wurde die Freiheit des Gewissens, der Rede, der Presse und Information, der Versammlung, der Berufsvereinigungen und der Sprache verkündet.

Das III. Universal enthielt aber auch Widersprüche. Neben der umfassenden Kennzeichnung der Ukraine als unabhängigen Staat wurde die föderative Verbindung zu Russland, das als Staat nicht mehr existierte, beibehalten.[57]

In der Verfassungsgebenden Versammlung, die Ende November 1917 zusammentrat, zeigte sich ein Übergewicht der ukrainischen Parteien; sie erhielten 75 % der Stimmen, die Bolschewiken lediglich 10 %. Dessen ungeachtet gewannen die Bolschewiken mit ihrer Propaganda immer mehr an Bedeutung. Dabei half ihnen die Unentschlossenheit des Zentralrats in den wichtigen Fragen, - auf dem Agrarsektor (ein Gesetz über die Landfrage wurde erst am 31. Januar 1918 verabschiedet), hinsichtlich einer Beendigung des Krieges und der Regelung militärischer Angelegenheiten.[58] Unter dem Einfluss der bolschewistischen Agitatoren machte sich in der Ukraine Anarchie breit. Zum Kampf gegen diese Anarchie reichten die Kräfte nicht aus.

---

[56] Bihl, Wolfdieter: Österreich- Ungarn und der „Bund zur Befreiung der Ukraina“. In: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag, Graz- Wien 1965, S. 505-526; Ebd.: Einige Aspekte der österreichisch- ungarischen Ruthenenpolitik 1914 – 1918. In: Jb. F. Gesch. Osteuropas N.F.14, 1996, S.539-550; Hornykiewicz, Theophil (Hrsg.): Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe, 4 Bde. (Philadelphia 1966-1969); Mark Rudolf A.: Die Ukrainische Revolution 1917-1921. Ein Quellen- und Literaturbericht. In: Jb. F. Geschichte Osteuropas N.F. 34, 1986, S. 403-419.

[57] Natalija Polonska- Vasylenko, Geschichte der Ukraine, Von den Anfängen bis 1923, Ukrainische Freie Universität, München 1988, S. 739- 753.

[58] Ebd. S. 741.

Massen von Frontdeserteuren überflutete die Ukraine, raubten die Dörfer aus und setzten sie in Brand. Die ukrainischen Regimenter lösten sich auf und die Soldaten gingen nach Hause. Die Tragödie der Ukraine lag darin, dass die Bolschewiken nirgends auf entschlossenen Widerstand trafen. Der größtenteils sozialistische Zentralrat machte aus seinen probolschewistischen Neigungen kein Hehl, und eines seiner einflussreichsten Mitglieder erklärte offensichtlich, dass man, „falls die Ukraine nicht sozialistisch werde, überhaupt keine Ukraine brauche“.[59]

Zwischen der Ideologie des Zentralrats und jener der Bolschewiken gab es kaum Unterschiede, und somit konnte die *Rada* keinen Kampf gegen die Bolschewiken führen, vor allem im Hinblick auf die wichtigsten Aspekte in der Landfrage und der Liquidierung von Gutsbesitz.

Am 16. Dezember 1917 trafen in Brest- Litovsk Delegierte der Rada ein, die nachträglich den Waffenstillstand (15. Dezember) unterzeichnen und an den kommenden Friedensverhandlungen teilnehmen wollten. Am 25. Dezember richtete die Rada eine Friedensnote an die kriegführenden und neutralen Staaten. Am 4. Januar 1918 kam eine ukrainische Delegation mit allen Vollmachten in Brest- Litovsk an. Inzwischen hatten am 26. Dezember 1917 die ukrainischen Bolschewiken in Charkiv eine ukrainisch- bolschewikische Gegenregierung, das „Volkssekretariat“ gebildet. Die Entente blieb auch nicht untätig.

In einem britisch- französischen Geheimvertrag vom 23. Dezember 1917 wurde die Ukraine der französischen Einflusssphäre zugesprochen; am 3. Januar 1918 wurde die Ukrainische Volksrepublik von Frankreich, einige Tage später von Großbritannien offiziell anerkannt (vor den Mittelmächten).[60]

Der Zentralrat existierte insgesamt dreizehneinhalb Monate, vom 17. März 1917 bis zum 29. April 1918. In dieser Zeit fielen zwei stürmische Ereignisse, die März- und die Oktoberrevolution, die das Fundament, auf dem das alte Leben aufgebaut war, zerstört haben. Diese Ereignisse und die Begeisterung für sozialistisches Gedankengut spiegelten sich auch im Zentralrat wider. Eine riesige Errungenschaft des Zentralrats und seiner Führung war die Tatsache, dass sie in der Ukraine das Selbstbewusstsein, das zwei Jahrhunderte lang durch die russische Okkupation getrübt worden war, zu neuem Leben erweckt haben.

Im Verlauf eines Jahres machte der Zentralrat zusammen mit der ganzen Ukraine eine große Evolution durch, angefangen bei der Untertanenschaft gegenüber Russland über die Autonomie bis hin zum unabhängigen ukrainischen Staat.

[59] Ebd. S. 743.

[60] Horak, Stefan: Ukraine in der internationalen Politik 1917- 1953. Verträge, Abkommen, Deklarationen, Noten und Interventionen, München 1957.

In den schweren Zeiten des Krieges und der Anarchie knüpfte die *Rada* diplomatische Beziehungen zur Entente, während sie auf der Konferenz in Brest- Litovsk die Anerkennung der Unabhängigkeit durch die feindliche Mittelmächte erlangt hat. Auf dieser Konferenz behaupteten sich die jungen, unerfahrenen Diplomaten des Zentralrats gegenüber den bewährten und erprobten Diplomaten der vier Bündnisstaaten.

In diesem einen Jahr hat der Zentralrat kaum etwas leisten könne, es war aber ein Jahr des ununterbrochenen Kampfes um die Existenz und um die Idee des parlamentarischen Staates. Seine wichtigste Errungenschaft war die Anerkennung des Rechts des ukrainischen Volkes auf sein eigenen Staat, auf seine Sprache und Kultur.

i) Die Periode des Hetmanats

Die Periode des Hetmanats, die siebeneinhalb Monate gedauert hatte, war von Anfang an ein Zeitabschnitt des ständigen Kampfes der Regierung an verschiedenen Fronten gewesen. Diesen Kampf- nach außen gegen die Bolschewiken, im Inneren gegen russische Organisationen und vor allem gegen die ukrainische Opposition – hat man geschildert. Zu den großen Nachteilen zählten das Fehlen einer eigenen Armee und die völlige Abhängigkeit von den Okkupanten. Dazu ist auch das schwere Erbe aus der vorangegangenen Periode zu erwähnen, die Verpflichtung der Ukraine aus dem Frieden von Brest zur Lieferung großer Mengen Getreide, Fleisch und Zucker an Deutschland und Österreich- Ungarn.

Ein schweres Erbe trat die Hetmanregierung auch in bezug auf die sozialen Beziehungen an, die Bauernschaft erwartete die unentgeltliche Übergabe des Landes der Grundherren und die Abschaffung ihrer Güter. Der Zentralrat war nicht in der Lage gewesen, dieses Problem zu lösen, und so wurde es an die Hetmanregierung weitergegeben. In diesem Zusammenhang erhielt sie auch eine andere Hinterlassenschaft, nämlich die „Strafbataillons“, die zusammen mit der deutschen Besatzung aufgetaucht waren und für die die gesamte Verantwortung dem Hetmanat aufgebürdet wurde. Neben diesen negativen Erscheinungen brachte die Periode des Hetmanats aber auch viel Positives hervor. In diesem kurzen Zeitraum knüpfte die Hetmanregierung diplomatische Beziehungen zu Deutschland, Österreich, der Schweiz, Bulgarien, Polen, Finnland, der Türkei und Krim, zu skandinavischen Staaten und, gemäß dem schwindenden Einfluss der Okkupationsmacht, zu Frankreich, England und Rumänien. Diplomatische Beziehungen bestanden auch zum kommunistischen Russland, Don und Kuban,. Große Errungenschaften gab es auch im Bereich des Finanzwesens, man schuf eine ukrainische Währung und gründete Banken. Besonders wichtig war auch die Justizreform.

Man regelte die Gerichtsbarkeit, schuf den Senat und Gerichte auf neuen Grundlagen und verabschiedete viele neue Gesetze. Ferner wurde die Ukrainisierung der Schulen aller Stufen durchgeführt, angefangen bei den Volksschulen bis hin zur Gründung von zwei Universitäten. Es entstanden die Ukrainische Akademie der Wissenschaften, die Nationalbibliothek und die Nationalarchiv und man ergriff Maßnahmen zur Einrichtung der Nationalen Kunstgalerie und des Ukrainischen geschichtlichen Museums.
Dies waren die Ergebnisse der Arbeit in den siebeneinhalb Monaten des Jahres 1918 unter außerordentlich schweren Bedingungen.

j) Die UNR des Staatsdirektoriums

Der Hetmansstaat hielt sich nur bis Dezember 1918. Dann löste ihn ein mehrköpfiges Direktorium unter Führung Symon Petljuras ab. Nachdem die deutschen Truppen die Ukraine Ende 1918 verlassen hatten, brach im Land ein Chaos aus, dem das Direktorium kein Ende bereiten konnte. Die Bolschewiki zettelten überall Unruhen an. Im Süden herrschten anarchistische Bandenführer wie Machno, die das Direktorium nicht anerkannten. Rumänien besetzte Bessarabien, in Odessa landeten die Franzosen. Das Direktorium erwies sich in der Frage der Aufstellung einer starken ukrainischen Armee und in der Organisation des Staatsapparates als viel zu schwach.
Das Jahr 1919 war mit Kämpfen gegen russische Bolschewiki und gegen zaristische generale im Südosten erfüllt. Die neuen Partner des Direktoriums wurden die Entente und Polen. Unter polnischem Druck musste Petljura auf die Westukraine, Cholm, Podlachien und Westwolhynien verzichten (21.April 1920). Polnische und ukrainische Truppen eroberten am 6. Mai 1920 Kiew, mussten dieses aber am 16. Juni 1920 aufgeben. Die sogenannte Budennyj- Offensive der Bolschewiki endete kurz vor Warschau. Die Polen begannen direkte Verhandlungen mit den Sowjets, d.h. Petljura wurde fallengelassen. Mit dem Präliminarfrieden vom 12. Dezember 1920 und dem Friedensvertrag vom 18. März 1921 erkannte Polen die bolschewikische Herrschaft in Russland und der Ukraine an. Im November 1921 brach das Direktorium endgültig zusammen. Seit Februar 1919 gab es auch schon eine eigene sowjetukrainische Regierung, die sich im Dezember 1922 mit der Russischen SFSR, der Weißrussischen SSR und der Transkaukasischen SFR zur UdSSR zusammenschloss.[61]

[61] Bihl, Wolfdieter: Die historischen und ethnischen Grundlagen der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine, 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin, S. 157.

k) Die Westukrainische Volksrepublik (WUNR)

In Lemberg wurde im November 1918 eine sogenannte „Westukrainische Volksrepublik“ unter dem früheren Reichratsabgeordneten Dr. Petruschevytsch ausgerufen. Im Januar 1919 wurde die Vereinigung mit der Ostukraine (Direktorium) beschlossen. Am 22. Januar 1919 wurde in Kiew feierlich der Zusammenschluss Galiziens, der Bukowina, der Ungarischen Rus, und der Dnipro-Großukraine zu einer Nationalrepublik verkündet. Seit dieser Zeit nannte sich die WUNR Westgebiet der Ukrainischen Nationalrepublik (*Zachidnja Oblast, Ukrajins, koji Narodnoji Respubliky* – ZOUNR). Diese Vereinigung hat aber faktisch nicht stattgefunden, der Aufbau der Regierungsgewalt in der ZOUNR blieb derselbe, und beide Staaten entsandten ihre eigenen Missionen ins Ausland. Im Januar 1919 entsandten beide Republiken eine gemeinsame Delegation zur Friedenskonferenz nach Paris, dort wurden aber die Angelegenheiten der vier Teile der Ukraine gesondert behandelt. Galizien befand sich in der günstigsten Lage, da nach dem Zerfall Österreichs allen Völkern, die zu seinem Bestand gehört hatten, das Recht auf eigenständiges Leben und den Aufbau eigener Staaten eingeräumt wurde.[62] So sah dieses Problem aber nur in der Theorie aus, in der Praxis ergab sich ein anderes Bild.

Unverzüglich nach ihrer Bildung hatte die Regierung der WUNR noch im November 1918 den amerikanischen Präsidenten Wilson über diese Regierungsbildung unterrichtet und ihn um Schutz gegen die polnischen Bestrebungen zur Annexion Galiziens gebeten. Das polnische Nationalkomitee, die diplomatische Vertretung Polens auf der Friedenkonferenz, ergriff sämtliche Maßnahmen, um vor aller Welt nachzuweisen, dass die ukrainische Streitkräfte unter dem Befehl deutscher Offiziere gestanden hätten und dass die Entstehung des ukrainischen Staates im Interesse Deutschlands und Österreichs gelegen habe.

Polens Premier Paderewski informierte die Friedenskonferenz über Galizien, brachte es absichtlich mit den Bolschewiken in Zusammenhang und wies die Unterstellungen über die Beteiligung der Deutschen nicht zurück.

Im polnischen Programm wurde nicht nur auf Ostgalizien bis zum Zbruc Anspruch geltend gemacht, sondern auch auf das Cholmer Land, Pidljassja, Polissja und Wolhynien bis zum Sluc sowie auf die Bezirke Proskuriv und Kam`jnec.[63]

[62] Natalija Polonska- Vasylenko, Geschichte der Ukraine, Von den Anfängen bis 1923, Ukrainische Freie Universität, München 1988, S. 786.

[63] Natalija Polonska- Vasylenko, Geschichte der Ukraine, Von den Anfängen bis 1923, Ukrainische Freie Universität, München 1988, S. 787.

Anfang Januar 1919 war das Direktorium jedoch mit anderen Problemen konfrontiert. Seine politischen Vorstellungen konnten wegen des sowjetischen Vormarsches nicht in die Tat umgesetzt werden. Dazu gehörte auch ein am 8.Januar erlassenes Agrargesetz, das nicht zur Ausführung kam, während die bedingungslose Enteignung verheißenden Parolen der Bolschewiken unter der landlosen Bauernbevölkerung entsprechend Gehör fanden. Schon seit Ende Dezember 1918 waren die zu den Fahnen der UNR geeilten Soldaten und Freiwilligen wieder in Massen desertiert, weil sie ihre Aufgabe, das verhasste Hetman- Regime zu stürzen, als erfüllt betrachteten.[64] Daran änderte sich in der Folgezeit wenig. Andere Probleme kamen dazu und absorbierten die eigentlich für die Innenpolitik nötige Energie der UNR- Führung. In Odessa war es bereits zu Zusammenstößen mit der russischen zarentreuen Freiwilligen- Armee gekommen, und blutige Grenzkonflikte gab es mit Rumänien. In Westwolhynien waren polnische Truppen eingedrungen, um das Cholmer Land zu sichern, während südlich davon Westukrainer und Polen sich offene Schlachten lieferten. Die dunkelste Wolke zog aber von Moskau her auf.

Seit dem Jahreswechsel bewegten sich sowjetische Truppen gegen Kiew, nachdem in der Nähe von Kursk eine provisorische ukrainische Regierung unter Grigorij L. Pjatakov (1890-1937) eingesetzt worden war, da Moskau schon aus wirtschaftlichen Gründen keine unabhängige Ukraine hinnehmen wollte.[65]

In der UNR hatten sich zudem die rechten Flügel der Regierungsparteien durchgesetzt, die – geschart um den Oberkommandierenden, den *Holownyj Otaman* (Hauptataman) Petljura – den Krieg gegen die Bolschewiken bewusst riskierten. Hinter den roten Bannern sah er den gleichen russischen Imperialismus am Werk, wie er unter weißer Flagge von den Politikern und Generalen der Freiwilligen- Armee vertreten wurde. Beiden wollte Petljura entgegentreten, gestützt auf eine ihm ergebene Armee und unterstützt von der am Schwarzen Meer bereits engagierten Entente.

In dieser kurzen und besonders tragischen Periode ihrer Geschichte von 1918- 1919 lieferte die Westukrainische Nationalrepublik genügend Beweise für ihre nationale Solidarität und ihr Verständnis für staatliche Interessen. Im Kampf gegen Polen hatten sich alle Parteien, einschließlich der russophilen, vereinigt. Es gab weder soziale Auseinandersetzungen noch Aufstände. Die bolschewistische Propaganda fand in der Westukraine keinen fruchtbaren Boden.

---

[64] M.Kapustjanskyj, Pochid ukrainskych armij na Kiew Odesu v 1919 roci, L`viv 1921, S. 17-18; vgl. A.E. Adams, The Great Ukrainian Jacquerie, in: T. Hunczak (Hg.), The Ukraine 1917-1921: A Study in Revolution, Cambridge MA 1977, S. 249-254.

[65] Rudolf A. Mark, Die gescheiterten Staatsversuche, in: F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S.191.

l) Das Warschauer Abkommen und seine Folgen für Osteuropa

Anfang 1920 hielt Polen folgende Gebiete besetzt: Lemkenland, Posjannja, Cholmer Land, Pidljassja (seit 1918), Westwolhynien (seit Mai 1919) und ganz Galizien (seit Juli 1919). In Polen gab es keine einhellige Meinung zur Frage des ukrainischen Staates. Sozialisten und einige Zentrumsparteien befürworteten den ukrainischen Staat, da sie eine Wiedergeburt des russischen Imperialismus befürchteten; die Mehrheit der polnischen Gesellschaft, vor allem die Nationaldemokratische Partei, war aber zur Ukraine feindlich eingestellt. Sie war der Auffassung, dass es besser sei, mit Russland zu tun zu haben als mit einer unabhängigen Ukraine. Unter diesen allgemeinen Umständen wurde ein Abkommen zwischen der diplomatischen Mission der UNR in Polen und der polnischen Regierung getroffen.
Die wichtigsten Punkte des Warschauer Abkommens waren folgende:

1. Die polnische Regierung erkennt das Recht der Ukrainischen Nationalrepublik auf eine unabhängige Existenz auf dem Territorium in den Grenzen an die in gesonderten Abkommen der UNR und ihrer Nachbarn festgelegt werden; Polen erkennt das Direktorium und den Oberbefehlshaber S. Petljura als die höchste Gewalt der UNR an. **2.** Die Grenze zwischen der UNR und Polen wird folgendermaßen festgelegt: entlang des Flusses Zbruc und weiter die Grenze zwischen Österreich – Ungarn und Russland sowie die administrative Ostgrenze des Bezirks Rivne am Fluss Pryp`jat bis zu seiner Mündung. Eine genaue Beschreibung der Grenzen soll von einer polnisch- ukrainischen Sonderkommission angefertigt werden. **3.** Das Territorium in den Grenzen, die bis 1772 bestanden hatten, erkennt Polen als Staatsgebiet der UNR an. **4.** Die polnische Regierung verpflichtet sich, keine internationalen Abkommen zum Schaden der UNR zu treffen. **5.** Beiden Nationalitäten werden ihre nationalen und kulturellen Rechte garantiert. **6.** Das Problem der Agrarreform in der Ukraine wird von einer Konstituierenden Versammlung entschieden. **7.** Es wird ein Militärabkommen geschlossen. **8.** Das Abkommen bleibt geheim und darf ohne Einwilligung beider Seiten nicht veröffentlicht werden. **9.** Das Abkommen tritt nach seiner Unterzeichnung unverzüglich in Kraft.[66]
Dieses Warschauer Abkommen rief große Unzufriedenheit hervor, besonders in Galizien, da es den ganzen Unabhängigkeitskampf Galiziens zunichte gemacht und das Land der polnischen Herrschaftsgewalt unterstellt hätte.

[66] Klymkevyc, R.: Die höchsten Abzeichen der Westukrainischen Nationalrepublik, in: Ukr. Istoryk, Nr. 1-4, 1968.

Die Regierung des Direktoriums und die Armee waren über dieses Abkommen sehr bestürzt, da es nicht von der Regierung , sondern von der diplomatischen Mission unter dem Vorsitz von A. Livyckyj getroffen worden war und die Regierung somit vor vollendeten Tatsachen gestellt hat.
Unter diesen Umständen – den Misserfolgen an der Front und der Aussicht auf einen Friedenschluss – kam in der UNR- Regierung der Gedanke auf, nach Bündnispartnern bei den antibolschewistischen Organisationen in der Emigration, bei der russischen Armee unter General Peremykin, den Donkosaken unter der Führung von Osavul Jakovlev, dem Russischen Politischen Komitee unter der Führung von B. Savinkov und General Wrangel auf der Krim zu suchen.[67] Inzwischen unternahm die bolschewistische Armee einen Vorstoß nach Westen in Richtung Zamos`c - Warschau, Ende August wurden die Bolschewiken aber bei Zamos`c zurückgeschlagen und danach bei Warschau vernichtend geschlagen.
Während die ukrainische Armee aber im Kampf gegen die Bolschewiken ihre letzten Kräfte mobilisierte, führte Polen Verhandlungen mit Moskau. Am 18. Oktober 1920 wurde ein Waffenstillstandsabkommen getroffen und die ukrainische Armee geriet in eine äußerst schwierige Lage, da ihre Nordfront der Sowjetarmee nun offenstand. Diesen Waffenstillstand nutzte die Sowjetregierung zur Vorbereitung einer Offensive an der ganzen Front. Am 10. November gelang der bolschewistischen Kavallerie ein Durchbruch an der ukrainischen Front bei Mohyliv, der die ukrainische Armee nach schweren Kämpfen dazu zwang, sich hinter den Zbruc zurückzuziehen. Am 16. November wurde auf der Krim General Wrangels Armee vernichtend geschlagen. Damit endete der reguläre Krieg um die Freiheit der Ukraine.
Am 18. März 1921 wurde in Riga das Friedensabkommen zwischen Polen und Sowjetrussland unterzeichnet. Polen erkannte die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik an. Die rechtsufrige Ukraine wurde aufgeteilt, das Cholmer Land, Pidljassja, Westwolhynien und Westpolesijen kamen an Polen, Ostwolhynien an Sowjetrussland. Das Schicksal Galiziens wurde noch nicht entschieden, erst 1923 fasste die Botschafterkonferenz in Paris den Entschluss, Galizien unter Gewährung autonomer Rechte an Polen anzuschließen.[68]
Im Frieden von Riga wurde ferner ein Aufenthaltsverbot für antibolschewistische Organisationen auf dem Territorium Polens vereinbart. Damit büßten das Direktorium, die Regierung der UNR und alle ihre Organisationen das Recht auf legale Existenz in Polen ein. Sie setzten ihre Tätigkeit aber illegal fort.

[67] Natalija Polonska- Vasylenko, Geschichte der Ukraine, Von den Anfängen bis 1923, Ukrainische Freie Universität, München 1988, S. 800.
[68] Natalija Polonska- Vasylenko, Geschichte der Ukraine, Von den Anfängen bis 1923, Ukrainische Freie Universität, München 1988, S. 802.

m) Die Ukrainische Sowjetrepublik: Nationsbildung in den zwanziger, Terror in den dreißiger Jahren

Das Kriegsende und unmittelbare Nachkriegszeit sahen den ukrainischen Siedlungsboden auf 4 Staaten aufgeteilt: UdSSR, Polen, Rumänien, CSR.

1929 fanden sich verschiedene nationalistische Gruppen zur „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) zusammen, die bis Mai 1938 von oberst Konovalec geführt wurde. Sein Nachfolger Mel`nyk setzte die Konovalec eingeleitete Zusammenarbeit mit der deutschen Abwehr fort. Die Propaganda der OUN wandte sich vor allem an die in Polen lebenden Ukrainer. Das Wohlwollen der Deutschen war aber taktisch bedingt und von außenpolitischen Zweckmäßigkeiten abhängig.

In den Jahren 1922/23 kam es zur von Stalin zu verantwortenden Hungerkatastrophe mit Millionen Toten – ein Trauma für die Ukrainer bis heute.

Als Voloschyn am 15.März 1939 die Unabhängigkeit der Karpatoukraine Transkarpatien) unter dem Schutze des Reiches proklamierte, blieb eine Unterstützung durch Berlin aus – die Freundschaft Ungarns war Hitler wichtiger. Für den Einsatz im Polenfeldzug stellte die Abwehr eine ukrainische Legion auf; ihre Rolle war ausgespielt, als Hitler Ostgalizien der Sowjetunion auslieferte.[69]

Im Februar 1940 kam es zu einer Spaltung innerhalb der OUN, der aktivistische Flügel unter Bandera (OUN- B) sagte sich von den Gemäßigten unter Mel`nyk (OUN- M) los. Im Dezember 1940 kappte die Abwehr mit Rücksicht auf den Hitler- Stalin- Pakt die Kontakte zu den ukrainischen Nationalisten. Beim Einmarsch in die die Sowjetunion beteiligten sich im Rahmen der deutschen Abwehr die zwei ukrainischen Legionen „Roland“ und „Nachtigall“. Am 30. Juni 1941 erreichten deutsche Truppen Lemberg.

Bandera, Mel`nyk, Skoropads`kyj (lebte in Berlin im Exil) appellierten an Hitler, der Ukraine die Unabhängigkeit oder zumindest eine Autonomie zu geben; als Gegenleistung boten sie die deutsch- ukrainische Zusammenarbeit und die Aufstellung eines ukrainischen Heeres an. Solche Appelle blieben ungehört, denn Hitler strebte keine souveräne Ukraine an, sondern nach britisch-indischem Vorbild die Schaffung eines Koloniallandes. Mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besatzung durchlebte das Land nach Bürgerkrieg und Stalinterror die dritte große Leidenszeit.

[69] Wolfdieter Bihl: Ukrainer als Teil der Streitkräfte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg. In: Österr. Osthefte 29 (1987), S. 28-55; Kosyk, Wolodymyr (Hrg.): das Dritte Reich und die ukrainische Frage. Dokumente 1934- 1944, München 1985; Stoy, Manfred: Hans Uebersbergers Kritik an der Deutschen Ostpolitik, Berlin 1943. In: Mitt. d. Inst. F. Österr. Geschichtsforschung 97, 1989, S. 105-124.

Die deutsche Besetzung der Ukraine artete in eine von der Bevölkerung traumatisch durchlebte Schreckensherrschaft aus. Dabei waren anfänglich durchaus Sympathien der gebildeten ukrainischen Schichten für das deutsche Reich und seine Wehrmacht vorhanden gewesen, vom denen man sich die endgültige Befreiung von polnischer Bevormundung und sowjetischem Terror erhoffte. So wurde auch die ukrainische Regierung in Lemberg, die am 30. Juni 1941 unter dem Bandera- Anhänger Stec`ko gebildet wurde, umgehend wieder aufgelöst. Dem ukrainischen Nationalismus wurde ein weiterer Schlag versetzt, als die Westukraine (Galizien) im Juli 1941 dem Generalgouvernement angegliedert wurde. Am 15. September 1941 verhafteten die Deutschen Tausende OUN- B- Mitglieder und deportierten sie in Konzentrationslager und Gefängnisse.

Die übrige Ukraine wurde von Reichskommissar Erich Koch regiert, der in jedem Ukrainer einen „Untermenschen“ sah, den es sofort zu erschießen gelte, sollte er es wagen, sich mit dem deutschen “Herren“ auf eine Stufe zu stellen, konnte für beide Seiten nur schlimmes Unheil bewirken. Die Hoffnungen der ukrainischen Nationalisten, mit deutscher Hilfe einen eigenen Staat zu erringen, wurden sofort enttäuscht: Galizien wurde dem polnischen „Generalgouvernement“ zugeschlagen, Bukowina, Bessarabien und Transnistrien dem rumänischen Verbündeten Deutschlands gegeben, der Rest als „Reichskommissariat Ukraine“ von Deutschen verwaltet.[70] Geiselerschießungen waren an der Tagesordnung. Sie steigerten sich in den Jahren 1943/44, als eine breite Partisanenbewegung den Kampf gegen die Besatzer aufgenommen hatte. In einzelnen Fällen wurden Dörfer in Racheaktionen durch deutsche Sondereinheiten vernichtet. Auch die Ukraine ihr hatte Lidice und Oradour: Kortylisy, Kam`janka, Cuman, Romel,.

Goebbels zog am 26. April 1042 eine negative Bilanz der bisherigen deutschen Ostpolitik: „Wir haben in unserer Politik die Russen und vor allem die Ukraine zu stark vor den Kopf geschlagen. Der Knüppel auf den Kopf ist eben auch Ukrainern und Russen gegenüber immer überzeugendes Argument.“ Eine Revision des bisherigen Besatzungsregimes wurde aber nicht im Reichskommissariat Ukraine eingeleitet, sondern in der zum Generalgouvernement gehörenden Westukraine (Galizien). Die deutschen Behörden hatten den Ukrainern ab 1941 gewisse kulturell- politische Zugeständnisse gemacht, um sie gegen die Polen auszuspielen.

Der Befehl vom 30. Juli 1943 legte die Vereidigung auf Adolf Hitler fest; die ukrainischen Freiwilligen schworen auf die deutsche Reichkriegsflagge und die ukrainische Nationalflagge (Tryzub = Dreizack, Dreizahn auf gold und hellblau).

[70] E. Lüdemann, Ukraine, 3., neu bearbeitete Auflage, Verlag C.H. Beck oHG, München 2006, S. 76.

Um die Division vom Bazillus eines gesamtukrainischen Nationalgedankens fernzuhalten, erließ Himmler am 14. Juli 1943 einen Befehl, wonach es verboten sei, von einer „ukrainischen" Division zu sprechen (die Strafandrohung zog er am 11. August 1943 zurück). „Galizien" bzw. „galizisch" blieb so der Divisionsname.

Im Juli 1944 wurde die Division bei Brody fast aufgerieben. Bandera wurde Ende September 1944 aus der KZ- Haft entlassen. Mit Divisionsbefehl vom 27. April 1945 erhielt die Division definitiv die Bezeichnung „Ukrainische Nr. 1". Am selben Tag wurde die Division an den Leiter des Ukrainischen Nationalkomitees General Pavlo Sandruk (das Nationalkomitee wurde im März 1945 von der deutschen Reichsregierung anerkannt) übergeben, der sie als „1. Ukrainische Division der Ukrainischen National- Armee" übernahm.

Zwischen 8. und 10. Mai 1945 ergab sich die Division bei Tamsweg. Sandruk konnte die Britten von einer Gleichsetzung Galizier = Polen (!) überzeugen.

Die Bezeichnung „galizisch" rettete nun den Ukrainern Leben und Gesundheit; als polnische Einheit wurden sie von den Britten nicht ausgeliefert, sondern in Rimini interniert.

In den Jahren 1944/45 wurden zum ersten Mal seit Jahrhunderten alle ukrainisch besiedelten Territorien (einschließlich Ostgaliziens, der Nordbukowina und sogar der Karpatoukraine) vereinigt – durch Stalin, der 1930- 1933 Millionen Ukrainer hatte verhungern lassen und der alle Ansätze eines ukrainischen Nationalgefühls ausgerottet hatte. Ein genialer politischer Trick Stalins war es, bei den Amerikanern drei Stimmen für die Vereinten Nationen durchsetzen (eine für die Gesamtsowjetunion, eine für die Ukrainische SSR und eine für die Weißrussische SSR).[71] Anderseits wurde 1944/46 die griechisch- katholische Kirche liquidiert. Nach Stalins Tod wurde 1954 zur Feier der „Wiedervereinigung des russischen Volkes mit dem ukrainischen Volk" (Perejaslav) die Halbinsel Krim der Ukrainischen SSR überantwortet. In der Nachstalinzeit durfte in der sowjetukrainischen Geschichtsschreibung eine gewisse ukrainische Eigenständigkeit betont werden.[72]

[71] Kis, Theofil: Nationhood, Statehood and the International Status of the Ukrainian SSR / Ukraine, Ottawa- London 1989.

[72] Forschungen zur osteuropäischen Geschichte. Bd. 40 (darin der Aufsatz von Ernst Lüdemann), Wiesbaden 1988.

n) Tauwetter und erneutes Erstarren

Nach Stalins Tod 1953 herrschte in der gesamten Sowjetunion für einige Jahre eine freiere Atmosphäre, die im Kulturleben als „Tauwetterperiode“ bezeichnet wird. Sie prägte sich auch in der Ukraine aus und schuf die Grundlagen für den geistigen Aufbruch eines Teils der ukrainischen Elite und letztlich – nach erneuter Repression – für die Unabhängigkeit. Diese seit dem 20. Parteitag 1956 in der Zeit der „Entstalinisierung“ wirksame Strömung war in der Hauptsache eine reine Kulturbewegung, ein Versuch, die forschreitende Russifizierung umzukehren und an die Zeit der Ukrainisierung der 20er Jahre anzuknüpfen. Der Prozess der Russifizierung war ein wichtiges Motiv für die Opposition, die in der Ukraine seit den sechziger Jahren ihre Stimme erhob. Wie überall in der Sowjetunion ermöglichte die Abkehr von den stalinistischen Methoden nicht nur das Entstehen einer systemimmanenten nationalkommunistischen Strömung (z.B. verkörpert durch Schelest), sondern auch einer potentiell systemsprengenden Opposition.[73] Die sogenannten Dissidenten organisierten sich vor allem in den sechziger Jahren, als klar wurde, dass Destalinisierung auf halbem Wege steckengeblieben war.

Träger und Führer der ukrainischen Opposition setzten sich vornehmlich aus der städtischen Intelligenz zusammen, die sich neu formiert hatte und in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zu den russischen und russifizierten Eliten stand. Die Basis der ukrainischen Oppositionsbewegung war in der Westukraine, vor allem in Lemberg, und in Kiew breiter als im Osten und Süden. Die Mehrheit der national- ukrainischen Oppositionellen setzte sich öffentlich gegen die Russifizierung und für die freie Entwicklung der ukrainischen Kultur im Rahmen der europäischen Kultur ein. In der Mitte der siebziger Jahre wurde aus unterschiedlichen oppositionellen Richtungen die ukrainische Helsinki- Komitee gegründet, das die allgemeinen Ziele der Demokratisierung und der Menschenrechte in den Vordergrund rückte, auch die Russen, zusammenarbeitete. Die Helsinki- Komitees setzten sich für die Einhaltung der an der KSZE- Konferenz von Helsinki getroffenen Vereinbarungen, besonders den Schutz der Grundrechte, ein. Vorsitzender des 1976 begründeten Ukrainischen Helsinki- Komitees war der Schriftsteller Mykola Rudenko, der früher offizielle Funktion innegehabt hatte.[74] Die Breitenwirkung der ukrainischen Oppositionsbewegung war gering. Trotzdem reagierte Moskau sehr scharf. Schon in der Mitte der sechziger Jahre kam es zu einer ersten Verhaftungswelle.

[73] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 240.
[74] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 243.

Viel repressiver waren dann die „Säuberungen“ von 1972/73: Mindestens 70 Oppositionelle wurden verhaftet. Zahlreiche der Verurteilten setzten nach ihrer Entlassung ihre oppositionelle Tätigkeit fort und wurden dann erneut verhaftet und verurteilt. Von seinen 33 Mitgliedern waren 1983 einundzwanzig im Straflager oder in Haft, vier in der Verbannung und fünf im Exil im Westen. Unter den politischen Gefangenen der Sowjetunion waren die Ukrainer erheblich übervertreten, und auch das Strafmaß war gegenüber den ukrainischen Dissidenten in der Regel höher als gegenüber russischen.[75] Die Haltung Moskaus gegenüber der ukrainischen Opposition setzte also die Tradition der besonders harten Reaktion des Zentrums auf alle destabilisierenden Handlungen unter dem zweitgrößten Volk des Reiches fort. Eine ganze Anzahl von Personen, die seit den sechziger Jahren in der national- ukrainischen Opposition aktiv tätig waren und dafür zum Teil lange in sowjetischen Straflagern eingesperrt worden waren, spielten am Ende der achtziger Jahre in der Unabhängigkeitsbewegung und darauf im neuen ukrainischen Staat eine große Bedeutung. Trotz ihrer schmalen Basis hatte die Oppositionsbewegung der sechziger und siebziger Jahre wie man sieht, eine hervorragende Rolle für die Heranbildung einer kleinen Gruppe von unabhängig denkenden Politikern.

2. Historische Dimension der politischen Kultur

In enger Verbindung mit der historischen Dimension der Staatlichkeit steht die der **politischen Kultur**; gemeint sind damit die Einstellungen der Bürger zu Politik und Staat. Die Forschung hat hier zur empirischen Untersuchung politischer Kultur verschiedene Typen ausgearbeitet: Von der partizipierenden „Staatsbürgerkultur“ bis zur „Untertannenkultur“. Hier kommt es zunächst nur auf die **historische Dimension** der ukrainischen politischen Kultur an. Die entsprechende Frage, die die Untersuchung leiten soll, lautet: Hat es in der Ukraine im 19. und 20. Jahrhundert Ansätze oder Elemente einer auf Partizipation und bürgerlicher Aktivität beruhenden politischen Kultur gegeben oder entsprach in diesen historischen Epochen unter dem Zarentum und dem Sowjetsystem die politische Kultur den autoritären und totalitären, vor- und undemokratischen Verfassungszuständen im Lande? Die Frage wird zu bejahen sein; eine politische Kultur, auf die eine selbstständige Entwicklung zur Demokratie aufbauen könnte (seit 1990), gab es offensichtlich nicht.

Dieses Defizit belastet die Systemtransformation in der Ukraine in demokratischer Richtung stark negativ.

[75] Ebd.

Seit dem Beginn der Systemtransformation sind keine wesentlichen Entwicklungen erkennbar. Hier ist die Frage nach den Anfängen nationaler politischer Identität zu stellen.

3. Historische Dimension der Gesellschaft: Bevölkerung, Gesellschaftsstrukturen

Eine nächste wichtige Dimension, die im historischen Teil zu untersuchen ist, ist die der Gesellschaft. Es handelt sich hier um die geschichtliche Entwicklung von Bevölkerung, Bevölkerungszahl, Nationalitäten, Minderheiten, Religion, Sprachen und Grenzen.

Die komplizierte nationale Vergangenheit erklärt die relative Rückständigkeit der Ukraine. Die Geschichte des Landes verlief zwischen den russischen, polnischen, litauischen und österreichischen Fronten. Das ukrainische Reich entstand durch die Kiewer Rus im 9. Jahrhundert. Die Zersplitterung in Fürstentümer im 13. Jahrhundert, das Eindringen der Mongolen und die Annexion von Teilen des Reiches durch Litauen, Polen und Österreich-Ungarn und schließlich die zunehmende Macht Russlands verhinderten eine gesamtnationale Entwicklung.

Das brachte die Ukraine nach dem gescheiterten Kosakenaufstand unter der Führung Bogdan Chmelnizkis 1654 unter die Herrschaft Russlands. 1917 wurde die ukrainische Volksrepublik deklariert, die aber von den Bolschewiki zerschlagen wurde.

Bereits 1922 erfolgte der Anschluss an die Sowjetunion und erst deren Auseinanderbrechen führte zur Proklamation der Unabhängigkeitserklärung am 24. August 1991.[76]

Die Ukraine ist mit über 600.000 km nach Russland und Kasachstan das drittgrößte und mit 49,2 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Transformationsland Osteuropas. Die Bevölkerungszahl der Ukraine hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Die Ukraine nimmt heute einen zentralen Platz im postsozialistischen Ost-, Mittel- und Südosteuropa ein. Sie hat Grenzen zu Polen, Russland, Weißrussland, Moldova, Rumänien, der Slowakei und Ungarn. Der Anteil der ukrainischen Nation an der Gesamtbevölkerung beträgt 73 %. Die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe stellen mit 22 % die Russen. Der Anteil der Russen und auch der russischsprachigen Ukrainer nimmt von Osten nach Westen stark ab. Neben den Russen gibt es noch eine Vielzahl anderer nationaler Minderheiten. Es handelt sich um Weißrussen, Moldauer, Krimtataren, Polen, Bulgaren, Ungarn, Rumänen, Griechen, Tataren, Armenier, Zigeuner, Deutsche u.a.[77]

[76] Vgl. Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2000.
[77] Robel 1996: 12f.

Die Ukraine hat unter den Unionsrepubliken der ehemaligen Sowjetunion eine große Rolle gespielt und war hinter der Russischen Republik das wichtigste Mitglied der Union.
Obwohl diese Ereignisse inzwischen mehr als ein Jahrzehnt zurückliegen, stand Ukraine im Jahr 2006 am Scheideweg zwischen Demokratie und Rückfall in autokratische Strukturen.
Ein spezifisches Problem der Ukraine ist das Fehlen einer den neuen Staat tragenden einheitlichen nationalen Identität. Dies ist auf die starke regionale, ethnische und kulturelle Spaltungen in der Ukraine zurückzuführen. Nur knapp drei Viertel zählen sich selbst zur Titularnation der Ukrainer, 22 % sind Russen und 5 % gehören anderen Nationalitäten an. Ein Teil der ukrainischen Bevölkerung spricht überdies im Alltag russisch, nicht wenige Ukrainer verfügen nur über geringe oder über gar keine Ukrainischkenntnisse.[78] Die große ethnodemographische Trennlinie verläuft zwischen dem Westen des Landes und den anderen Regionen. Im Westen dominieren die ethnischen Ukrainer, der Osten und der Süden werden dagegen von starken russischen Minderheiten oder von russischen Mehrheiten geprägt.
All diese Merkmale sind historisch bedingt. Während die gesamtsowjetische Nationalitätenpolitik bis in die Mitte der siebziger Jahre am flexiblen Kurs festhielt und vorerst weiter verkündete, dass zwischen Annäherung und Aufblühen der sowjetischen Nation ein Gleichgewicht zu wahren sei, ging man in der Ukraine schon seit 1972 zu einer repressiven Linie über. Wie schon im 19. und früheren Jahrhundert und in der Zwischenkriegszeit betrachtete das russisch dominierte Zentrum auch diesmal nationale Bestrebungen in der Ukraine als besonders gefährlich. Wie damals folgte nach einiger Zeit die gesamtsowjetische Politik der gegenüber der Ukraine eingeschlagenen Richtung.
In der zweiten Hälfte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre verstärkten sich überall die Russifizierungstendenzen. Der Russischunterricht auf allen Stufen wurde stärker gefördert, 1979 wurde auch in den Vorschuleinrichtungen der obligatorische Russischunterricht eingeführt. Die Hochschulen der Unionsrepubliken sollten möglichst vollständig zur russischen Unterrichtssprache übergehen. Russisch sollte zur „zweiten Muttersprache“ aller Völker und zur Verwaltungs- und Bildungssprache in allen Regionen der Sowjetunion werden. Ziel der Politik war nicht primär die vollständige Assimilation, sondern das allmähliche „Verschmelzen“ der Nationalitäten zu einem „Sowjetvolk“. Diese von Breznev propagierte „neue historische Gemeinschaft von Menschen“ ließ Raum für Zweisprachigkeit, sollte aber eine vorwiegend russische Prägung erhalten.[79]

---

[78] Münz/Ohlinger, 1999,S. 9
[79] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 236.

Die Förderung der russischen Sprache, die mit der Schulreform von 1959 eingesetzt hatte, hatte in der Ukraine viel tiefergehende Auswirkungen als in den nichtslawischen Republiken.

Zwar gab es weiter ukrainischsprachigen Grundschulen, doch der Prozentsatz der von ihnen erfassten Schüler ging sukzessive zurück. Im Jahre 1954 besuchten in der Ukraine noch 72 % der Schüler ukrainischsprachige Grundschulen (bei einem Bevölkerungsanteil der Ukrainer von 77 %). Bis zum Jahr 1974 war der Anteil auf 60 % gesunken, und 1986 besuchten schon mehr al die Hälfte der Schüler der Ukraine russischsprachigen Schulen. In der Westukraine blieb der Anteil von Schülern in ukrainischsprachigen Schulen allerdings viel höher als im Osten. So boten im Gebiet Lemberg 1968 noch 95 % der Schulen ukrainischsprachigen Unterricht an. Im Jahre 1989 besuchten in ländlichen Gebieten Galiziens fast alle Kinder ukrainischsprachige Schulen, während es in der Ost- und Südukraine nur etwa ein Viertel waren.[80] Große Unterschiede bestanden zwischen Stadt und Land. Während auf dem Dorf weiter die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Kinder muttersprachige Schulen besuchte, wurden es in den Städten immer weniger.

In den Hochschulen verlor das Ukrainische gegenüber dem Russischen noch erheblich rascher an Boden. Schon 1965 waren an den acht Universitäten der Republik nur 34 % der Vorlesungen in ukrainischer Sprache gehalten worden, bei einem ukrainischen Studentenanteil von 61 %. Auch der Anteil der ukrainischsprachigen Publikationen ging in den siebziger Jahren massiv zurück. Nachdem um 1930 mehr als drei Viertel der Publikationen der Republik ukrainischsprachig gewesen waren, sank ihr Anteil auf 49 % im Jahre 1960, 39 % im Jahre 1971 und nur mehr 22 % im Jahre 1987. An ihre Stelle traten russischsprachige Publikationen. Die fortschreitende Russifizierung eines Teils der Ukrainer, die durch die sozio- ökonomische Entwicklung und die Nationalitätenpolitik der zentrale gefördert wurde, spiegelt sich auch in den Daten der Volkszählungen wider. Infolge der Zuwanderung von Russen und der Assimilation von Ukrainern ging der Anteil der Ukrainer an der Gesamtbevölkerung der Ukrainischen Sowjetrepublik zwischen 1959 und 1989 von 76,8 auf 73 % zurück, während derjenige der Russen von 16,9 auf 22 % anstieg.[81] Die absolute Zahl der Russen in der Ukraine nahm in den sechziger und siebziger Jahren von 7 auf 10 Millionen zu. Russen wanderten bevorzugt in die Städte der ost- und südukrainischen Industriegebiete, wo sich schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts viele Russen angesiedelt hatten. Der Anteil der übrigen ethnischen Gruppen nahm von 6,3 auf 5 % ab, die größte von ihnen, die Juden, schrumpfte infolge Auswanderung und Assimilation von 2,0 (1959) auf 0,9 % (1989).

[80] Ebd. S. 237.
[81] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 238.

Zusätzlich sank in der Ukrainischen Republik die Zahl der Ukrainer, die in den Volkszählungen das Ukrainische als ihre Muttersprache angaben, zwischen 1959 bis 1979 von 93,5 auf 89,1 und bis 1989 weiter auf 87,7 %.[82]

Das Ukrainische verlor immer mehr Funktionen, die es in den zwanziger Jahren übernommen hatte. Die ukrainische Sprache wurde in den Städten allmählich wieder zu einer Sprache der Unterschichten, die dem Russischen als Sprache der Gebildeten gegenüberstand.

Auf dem Lande blieb es fest verankert, oft als einzige Umgangssprache, die von der Mehrheit verstanden wurde. Noch im Jahre 1970 bejahten jedenfalls von allen Ukrainern der Sowjetunion mit ukrainischer Muttersprache nur 36 % die Frage, ob sie „die russischen Sprache frei beherrschten". In der Volkszählung von 1979 war der Anteil auf fast 50 % gestiegen, doch sind diese Daten möglicherweise künstlich überhöht, wie es bei den entsprechenden Angaben zu den Usbeken der Fall war. Immerhin gaben auch 1989 56 % der Ukrainer an, Russisch zu beherrschen.[83]

Die ukrainische Sprache und Kultur wurden zusehends aus der Stadt verdrängt und wieder vermehrt mit Bauerntum und Provinzialismus verbunden.

Allerdings hatte sich die Gesellschaft der Ukraine in der Zwischenzeit grundlegend verändert. Mit fortschreitender Industrialisierung stieg die Stadtbevölkerung der Ukraine zwischen 1959 und 1979 von rund 20 auf rund 30 Millionen an, was einer prozentualen Steigerung von 46 auf 61 % der Gesamtbevölkerung entspricht.[84] Auch der Urbanisierungsprozess des ukrainischen Volkes setzte sich ungehindert fort. Der Urbanisierungsgrad der Ukraine in der ganzen Sowjetunion stieg zwischen 1959 und 1979 von 39,2 auf 55,6 %, doch blieb der Abstand zu den Russen (57,7 bzw. 74,7 %) erhalten.[85] Die Sozialstruktur der Ukrainer modernisierte sich weiter, indem ihr Anteil an den Industriearbeiten und Angestellten stark anwuchs. Die Kolchosbauernschaft aber blieb weiter überdurchschnittlich vertreten.

Während die Ukrainer in der westlichen Ukraine ihre Sprache und ihre ethnische Identität weitgehend erhalten konnten, waren sie im russisch geprägten städtischen Milieu der östlichen und südlichen Ukraine und außerhalb ihrer Republik einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt. Der Übergang zur russischen Nationalität vollzog sich oft über russische – ukrainische Mischehen, die vor allem in den Städten immer häufiger wurden. Ein großer Teil der außerhalb der Ukraine siedelnden ukrainischen Bauern waren schon in den dreißiger bis fünfziger Jahren russifiziert.

[82] Ebd.
[83] Ebd. S.239.
[84] Ebd.
[85] Ebd. S.240.

In den östlich der Ukrainischen Republik gelegenen Regionen zählte man im Jahre 1926 etwa 4,7 Millionen Ukrainer, 1959 waren es nur noch 450 000, also ein Zehntel.[86]

Besonders deutlich wird die regionale Spaltung der heutigen Ukraine in Bezug auf die von der Bevölkerung gewünschte Außenpolitik (Westorientierung oder Russlandorientierung). Die regionale Spaltung in der Ukraine zeigt sich auch bei der Bewertung der Auflösung der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Ukraine.

Die Tatsache, dass 1997 insgesamt 62 % der ukrainischen Bevölkerung das Ende der UdSSR negativ und nur 45,2 % die Unabhängigkeit der Ukraine positiv bewerteten, ist wohl darauf zurückzuführen, dass beide Ereignisse sehr schnell mit wirtschaftlichem Niedergang und sinkendem Lebensstandard verbunden wurden.[87]

Die Wiederkehr des christlichen Glaubens in die Öffentlichkeit ist in der Ukraine ebenso wie in Russland eines der markantesten Zeichen des großen Umbruchs im Gefolge der Auflösung der Sowjetunion.

Die ukrainische orthodoxe Kirche ist die zahlenmäßig stärkste Glaubensgemeinschaft. Aus ihr haben sich in der Ukraine zwei Denominationen herausgebildet, deren national ausgerichtete Strömung sich bald nach der Selbstständigkeit des Staates wiederum in zwei Hierarchien aufspaltete.[88] Die frühere offizielle und allein geduldete, die bis 1989 „Russische Orthodoxe Kirche“ hieß, seither in „Ukrainische Orthodoxe Kirche“ (UOK) umbenannt ist, steht der „Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche“(UautOK) gegenüber. Diese „Verwirrung“ innerhalb der ukrainischen Orthodoxie versetzt Regierung und Staatsführung in die Lage, sich aus dem Konkurrenzkampf der verschiedenen kirchlichen Gruppen herauszuhalten zu müssen. Die Orthodoxe Kirche, aufgespaltet in drei Teile, kann also der ukrainischen Staatsführung, anders als in Russland der Fall ist, keine verlässliche Stütze sein. Selbst die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats ist in sich nicht homogen. Ein Teil hält stark zu Moskau, ein anderer will sich von Russland emanzipieren.

Eine ukrainische Besonderheit ist die Unierte Kirche, auch Griechisch-Katholische Kirche, Katholische Kirche des byzantinischen Ritus oder Ukrainische Katholische Kirche genannt. Sie entstand aus dem Übertritt einer Reihe orthodoxer Bischöfe zur Katholischen Kirche im Jahr 1595 in der Kirchenunion von Brest.

Sie stützt sich auch heute auf den Hauptteil ihrer Gläubigen in der Ukraine. Kleinere Untergliederungen dieser Kirche finden sich auch in den Nachbarländern Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien und in den USA.

---

[86] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 240.
[87] Münz/Ohlinger, 1999,S.26
[88] Ernst Lüdemann, 2006,S.189

Auch diese bestehen zu einem großen Teil aus ethnischen Ukrainern bzw.(im Westen) ukrainischen Emigranten. Die Schaffung der Union wurde von der orthodoxen Kirche von Anfang an als Verrat angesehen. Als das Zarenreich im Verlauf der polnischen Teilungen die weißrussischen Gebiete erhielt, wurde die Unierte Kirche dort verboten, die orthodoxe gefördert.[89]

Während des Stalinismus wurde die Vereinigung der Unierten mit der Orthodoxen, d.h. die Auflösung der Unierten Kirche beschlossen. Dennoch kämpfte die Unierte Kirche im Untergrund um den Fortbestand der Glaubensgemeinschaft. Diese immer wieder auftretende Konkurrenz zwischen Union und Orthodoxie verstärkt also das Bild kirchenpolitischer Vielfalt und Auseinandersetzungen in der Ukraine.

Die evangelischen Gemeinden der Ukraine fallen dagegen zahlenmäßig ins Gewicht. Zudem sehen sie sich die traditionell stärksten evangelischen Christen, die Lutheraner, heute in einer besonderen ökumenischen Verpflichtung. Eine rege Missionstätigkeit entfalten auch evangelikale Gruppen und christliche Friedenskirchen, besonders Baptisten. Sie sind gleichzeitig sozial sehr aktiv.

4. Historische Dimension der Wirtschaft und der Industrie (Prozess der Industrialisierung ab dem Russischen Zarenreich und in der Sowjetherrschaft), sozialistische Arbeitsteilung

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte der Ukraine einen Schub politischer und wirtschaftlicher Modernisierung. Eine entscheidende Voraussetzung für Nationsbildung und Nationalbewegung bei vorwiegend aus Bauern bestehenden Völkern war die Aufhebung der Leibeigenschaft. Die Bauerbefreiung löste die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Ukraine nicht. Die geographische und soziale Mobilität blieb in Russland eingeschränkt.

Die wichtigste Komponente der Modernisierung im Russischen Reich war die Industrialisierung. Für die Geschichte der Ukraine war von großer Bedeutung, dass sich das moderne industrielle Wachstum auf die südliche Ukraine konzentrierte. Wichtige Voraussetzungen schuf der Bau von Eisenbahnen in den 1860er bis 1880er Jahren. Damit wurden die wichtigsten Städte der Ukraine untereinander und mit Russland verbunden.

In der rechtsufrigen Ukraine setzte die Zuckerindustrie ihre stürmische Entwicklung fort. Die ukrainische Textilindustrie fiel dagegen weiter hinter die russische und polnische zurück.

[89] Ebd. S.194

Die soziale und wirtschaftliche Modernisierung, Industrialisierung, Urbanisierung und Arbeitsteilung, schritten in Teilgebieten der Ukraine innerhalb des Russischen Reiches deutlich weiter voran als im österreichischen Galizien. Der Handel war weitgehend in den Händen der Juden und Russen. Die meisten lebensmittelverarbeitenden Industriebetriebe in der rechtsufrigen Ukraine gehörten polnischen Adligen oder Juden. Bergbau und Schwerindustrie im Süden wurden von Ausländern und Russen kontrolliert. Auch unter den Industriearbeitern blieben die Ukrainer in der Minderheit, vor allem in den modernen Zweigen dominierten Russe, die aus unterschiedlichen Regionen Russlands in die boomende Südukraine zogen.[90] Für die ukrainischen Bauern blieb auch die Heimindustrie, vor allem die Hausweberei, ein wichtiger Erwerbszweig. Die ukrainische Textilindustrie blieb dagegen unterentwickelt. So produzierte die Ukraine nur etwa ein Prozent der Baumwollstoffe des Russischen Reiches. Die etwa zweihundert Zuckerfabriken produzierten dagegen über 70 % der gesamtrussischen Zuckerproduktion. Im Bereich der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte waren außerdem Tabakfabriken, Mühlen und Schnapsbrennereien wichtig.

Im Ganzen entfielen vor dem ersten Weltkrieg etwa 19 % der gesamtrussischen Industrieproduktion auf die Ukraine, ein Anteil, der ungefähr dem ihrer Bevölkerung entsprach. Die verschiedenen Industriezweige waren aber sehr ungleich vertreten.
Branchen wie der Kohlebergbau, die Stahl- und Zuckerproduktion, in denen die Ukraine in erster Linie fast Monopol hatte, machten sie zu einem unersetzbaren Bestandteil der Wirtschaft des Russischen Reiches. Für Russland war die Ukraine als Lieferantin von Rohstoffen und als Absatzmarkt von Fertigprodukten von Bedeutung.[91] Hier lassen sich durchaus Elemente eines wirtschaftskolonialen Verhältnisses erkennen. Außerdem gehörte die Südukraine in den Augen der russischen Regierung ohnehin zu Russland. Dabei ist es sehr wichtig hinzufügen, dass der Wirtschaftsboom zum größten Teil von Nicht- Ukrainern getragen wurde.
Am Ende der zwanziger Jahre entschloss sich die Führung in Moskau zu einer radikalen Neuorientierung der Politik. Die Stalinsche Revolution trat an die Stelle der Neuen Ökonomischen Politik Lenins. Diese Politik sollte die Sowjetunion in einen modernen Industriestaat verwandeln und ihre Gesellschaft fundamental transformieren.
Die im Ersten Fünfjahrplan (1929-1933) eingeleitete forcierte Industrialisierung brachte der südukrainischen Schwerindustrie gewaltige Wachstumsraten.

[90] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 128.
[91] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 157.

Den entscheidenden sozialen Umbruch aber brachte die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die Stalin Ende 1929 ankündigte. Tausende von Parteifunktionären, Arbeitern und Studenten zogen aufs Land und bewegten die Bauern mit Agitation zum Eintritt in die Kolchosen.

Die Zwangskollektivierung wurde in der Ukraine besonders rasch und brutal durchgeführt.

Im Winter 1929/30 stieg der Anteil der kollektivierten Höfe in der Ukraine von 2,5 % auf 63 %.[92] Der im März 1930 von Stalin dekretierte vorübergehende Rückzieher führte auch hier zu einem Massenaustritt der Bauern aus den Kolchosen, so dass der Anteil der kollektivierten Höfe wieder auf 41 % sank. Im folgenden Jahr schraubte eine Kollektivierungswelle den Anteil wieder auf 65 %, und im Jahre 1936 war die Kollektivierung der ukrainischen Landwirtschaft im Wesentlichen abgeschlossen. Die Kollektivierung erwies sich als wirtschaftlicher Fehlschlag, trotzdem konnte der Staat mit Hilfe der Kolchosen die Getreideablieferung effizienter organisieren und die unzuverlässigen Bauern kontrollieren.[93]

Zahlreiche Bauern sabotierten die Getreideablieferungen, schlachteten ihr Vieh und zerstörten ihr Inventar.

In den Jahren 1931/32 wurden gewaltsamen Protestaktionen häufiger: Häuser und Dörfer wurden in Brand gesetzt, Parteifunktionäre erschlagen. Als Folge der Kollektivierung ergab sich schon 1931 eine Missernte, und die landwirtschaftliche Produktion ging drastisch zurück.

Das Fazit der dreißiger Jahre war für die Ukrainer schrecklich. Erst waren die Bauern terrorisiert und in der Dekulakisierung und Hungersnot dezimiert worden, während ihre traditionelle wirtschaftliche und soziale Ordnung zerschlagen und durch das von Parteileuten kontrollierte Kolchossystem ersetzt wurde. In den Jahren 1917 bis 1920 und während der Ukrainisierung war praktisch die gesamte neu geschaffene ukrainische politische, wirtschaftliche und kulturelle Elite umgebracht oder in Straflager gesteckt worden.

Das Vorantreiben der Industrialisierung um jeden Preis, die großen Posten der neuen Investitionen, die Gigantomanie und die ungenügende Arbeitsorganisation führten jedoch auch zu ungeheuren Verlusten, die die sowjetische Staatsführung vor allem der Landwirtschaft auferlegte.

Die Einführung einer funktionierenden Marktwirtschaft in der Ukraine war und ist eine der großen politischen Herausforderungen der aktuellen Gegenwart. Dem ersten Präsidenten der

[92] Ebd. S. 199.
[93] Ebd.

Ukraine, Leonid Krawtschuk, wird für seine Amtszeit von 1991 bis 1994 ein „fehlender Plan“[94] nachgesagt.

Die Wirtschaftspolitik der Ukraine kann deshalb nicht erläutert werden, ohne kurz auf den Weg in die staatliche Unabhängigkeit einzugehen und die Grundprobleme bei der Einführung der Marktwirtschaft in der Ukraine aufzuzeigen. Die folgenden Ausführungen über die Wirtschaftspolitik der einzelnen Premierminister berücksichtigen deshalb auch strukturelle Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik.

Die Werchowna Rada als Parlament (Oberster Sowjet) der Sozialistischen Sowjetrepublik der Ukraine erklärte am 24. August 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine. Wittkowsky bezeichnet diesen „nationalen Konsens“ als „historischen Kompromiss“ zwischen drei strategischen Gruppen[95]. Die Einigung der Ukraine in der Frage der Unabhängigkeit sei auf die Verständigung der Unabhängigkeitsbewegung Ruch, der Bergarbeiter im ostukrainischen Donbas und der Gruppe der so genannten Nomenklatura, die sich unter der Führung von Leonid Krawtschuk zu National-Kommunisten wandelten, zurückzuführen.

Durch den Verbleib der alten Nomenklatura an der Spitze der unabhängigen Ukraine, blieb auch die Wirtschaftspolitik der Ukraine vom Anfang an in den Händen der Nomenklatura aus der Sowjetzeit. Dies sollte das Grundproblem bei der Einführung politischer Institutionen und der Marktwirtschaft unter Krawtschuk bleiben und ist ein wesentlicher Grund dafür, warum die wirtschaftliche Reformpolitik unter ihm scheiterte.

Nach der Unabhängigkeitserklärung im August 1991 kam es zunächst zu keinen nennenswerten Reformen in der Wirtschaftspolitik. Die Reformansätze des ersten Premierministers der unabhängigen Ukraine, Witold Fokin, scheiterten. Weder Präsident noch Regierung konnten die immer rasanter ansteigende Inflation eindämmen oder der Haushaltsprobleme Herr werden.

Die gescheiterte Reformpolitik kann nicht nur auf die Interessenpolitik Krawtschuks zurückgeführt werden, sondern auch auf politische und strukturelle Besonderheiten der ukrainischen Transformation, die nachfolgend in dieser Arbeit untersucht und ausgeführt werden.

In politischer Hinsicht kann man hier drei Gründe für die schwache Reformpolitik nennen. Zum einen der dominante Einfluss ideologischer Prägungen, die Dominanz des Staates hinsichtlich seiner hohen Beteiligungen an Unternehmen und ein hoher Grad an Bürokratisierung[96]. Zu Beginn der ukrainischen Transition stehen vor allem wirtschaftspolitische Besonderheiten, die noch aus dem planwirtschaftlichen Apparat der früheren Sowjetzeit stammen, im Vordergrund.

[94] Vgl. Wittkowsky, 1997, S. 15
[95] Vgl. Wittkowsky, 2000 The Ukrainian Desease: S.2
[96] Vgl. ebd. S. 166

Seit 1991 hat die Ukraine 10 Mal den Regierungschef gewechselt. Ott wertet dies als Zeichen für die Labilität der Exekutive, der es zugleich auch an einer durchdachten Reformpolitik fehle[97].
Wie oben erwähnt wurde, kann, der Präsident den Regierungschef jederzeit entlassen, weshalb dieser von beiden Präsidenten zum „Sündenbock“[98] für eine verfehlte Politik gemacht wurde. Durch die Untersuchung, ob die Verfassungsinstitution „Regierung“ institutionell Eigenständigkeit ist, sollte überprüft werden, inwiefern sich die Funktionslogik der Regierung mit anderen Institutionen vermischt und ob die Regierungswechsel in der Ukraine auf eine willkürliche Personalpolitik des Präsidenten zurückzuführen ist.
Es wird deshalb entlang der Wirtschaftspolitik überprüft, ob die Regierung durch andere Institutionen in Frage gestellt wird und wie der jeweilige Austausch des Regierungschefs wird. Die Schlussfolgerung ist, dass es sich bei der Regierung um die einzige Verfassungsinstitution handelt, die das Kriterium formaler Grenzen erfüllt.
Dies allerdings nicht, weil sie innerhalb dieser Grenzen eigenständig ist, sondern lediglich von den Entscheidungen des Präsidenten und der Präsidialadministration abhängig ist und diese ausführt. Durch die Darstellung der Wirtschaftspolitik während der Präsidentschaft Krawtschuks wird gezeigt, dass zu Beginn der Unabhängigkeit die Nomenklatura und damit die alten Eliten dominierend für die Umgestaltung der Wirtschaftspolitik blieben.
So sind die Wechsel an der Regierungsspitze zwischen 1991 und 1994 nicht nur auf eine willkürliche Personalpolitik durch den Präsidenten, der zum Beispiel politische Konkurrenz von seinem Regierungschef befürchtet, zurückzuführen, sondern vor allem inhaltliche Defizite und den Einfluss der Nomenklatura, die durch die Personalwechsel kaschiert werden sollten.
Unter der Präsidentschaft Kutschmas verstärken sich die Rivalitäten zwischen Präsident und Regierungschef. Kutschma arbeitete, wie gezeigt wird, bei der Entlassung mehrerer Premiers, vor allem gegen deren politischen Aufstieg. Bei der Untersuchung der Personalpolitik während Kutschmas zweiter Amtszeit ist besonders auffällig, dass Clan- Interessen in den Vordergrund treten.

Allgemeine Schlussfolgerungen

Die Ukraine wurde 1921 auf die geschilderte Weise scheinbar liquidiert. Alle ihre Bestandteile waren unter verschiedene Okkupationen geraten, die Bukowina stand seit 1918 unter rumänischer Herrschaft, das Zakarpattja (Transkarpatien) seit 1919 unter tschechischer, 1921 kam die Dnipro- Ukraine unter russisch- sowjetische und polnische Besatzung und Galizien 1923 unter polnische Okkupation.

[97] Ott, 2002: S. 85
[98] Ott, 2002: S. 85.

Der Friede von Riga beendete die heroische Epoche der Befreiungsbestrebungen, des Kampfes um die Freiheit der Ukraine, um ihren Staat und um ihre nationalen Rechte. Dieser Kampf dauerte nur vier Jahre (1917-1921), dieser Zeitraum zog aber eine scharfe Trennlinie zwischen den vorangegangenen und in den folgenden Jahren.

Er stärkte das Nationalbewusstsein des Volkes, seine Einheit, den Willen zur Staatlichkeit und den Wunsch, „im eigenen Haus das eigene Recht und den eigenen Willen“ zu besitzen.[99] Um den Traum von der Freiheit zu verwirklichen, hat das ukrainische Volk viel Blut vergossen.

Für das Scheitern des ukrainischen Nationalstaates war von großer Bedeutung, dass sich die Chance der Staatsbildung zu einem Zeitpunkt bot, als die ukrainische Nationsbildung im Russischen Reich noch wenig fortgeschritten war und erst seit wenigen Jahren ihre politische Phase erreicht hatte.

Ihre soziale Basis war sehr schmal, die Städte und Industriegebiete waren russisch und zum Teil jüdisch geprägt. Die Masse der ukrainischen Bauern war national noch nicht mobilisiert. Es fehlte an politische Erfahrungen, an ausgebildeten Kadern und an stabilisierenden Institutionen zur Lenkung und Verwaltung eines großen Staates.[100]

Andererseits waren das Auftreten nationaler Regierungen und die von ihnen erhobene Forderung nach Unabhängigkeit der Ukrainer und der ethnischen Heterogenität der Bevölkerung der Ukraine keineswegs selbstverständlich. Die Tatsache, dass erstmals ein moderner ukrainischer Staat entstand, macht die kurze und bewegte Geschichte der Ukrainischen Volksrepublik zu einer wichtigen Etappe der ukrainischen Nationsbildung. Die inneren Schwächen und die verzögerte Nationsbildung waren nicht die einzige Ursache für das Scheitern des ukrainischen Nationalstaates. Die äußeren Umstände hatten im Ganzen gesehen größeres Gewicht.

Das wird deutlich, wenn man den Blick auf die Ruthenischen Galiziens wirft, deren Nationsbildung weiter fortgeschritten war und die im österreichischen Verfassungsstaat politische Erfahrungen gesammelt und Institutionen geschaffen hatte. Dennoch konnte die Westukrainische Volksrepublik den polnischen Truppen nicht lange standhalten.

In den Jahren 1917 bis 1920 standen die Ukrainer im Brennpunkt des russischen Bürgerkrieges und internationaler Konflikte. Alleine waren sie zu schwach, um ihre Unabhängigkeit zu behaupten. Weder die Bolschewiken noch die Weißen, weder die Interventionstruppen der Entente noch Deutschland und Polen waren an der Unabhängigkeit der Ukraine interessiert.[101]

---

[99] Natalija Polonska- Vasylenko, Geschichte der Ukraine, Von den Anfängen bis 1923, Ukrainische Freie Universität, München 1988, S. 802.

[100] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 184.

[101] A. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck` sche Verlagsbuchhandlung, München 1994, S. 184.

Sie alle akzeptierten die Ukrainer nicht als Nation, sondern instrumentalisierten sie für ihre eigene Machtpolitik. Der ukrainische Nationalstaat hatte in der Konstellation der Jahre 1917 bis 1920 kaum eine Überlebungschance, weil niemand sich als Partner für die ukrainischen Regierungen anbot.

Für das Geschichtsbild der Ukrainer ist diese Periode 1917 bis 1921 von zentraler Bedeutung. Eine wichtige Frage wird immer gestellt: Weshalb gingen die Bolschewiken als Sieger aus dem Bürgerkrieg hervor? Daran schließt sich die nächste Frage an, welcher der anderen beteiligten Kräfte dies hätte gelingen können. Aufgrund der vorherigen Überlegungen kann man die ukrainischen Nationalregierungen, die Deutschen und die Ententemächte ausschließen. Es bleiben die weißen Russen und die Polen. Ihnen gegenüber besaßen die Bolschewiken die stärkere und disziplinierte Armee, die geschlossener und besser organisierte politische Führung und das für die Masse der Ukrainer attraktivere Programm. Die Weißen und Polen waren jedoch für die Masse der Ukrainer noch weniger akzeptabel. Im Jahre 1920 gingen die Bolschewiken zu einer flexibleren Politik über. Die meisten Russen und Juden betrachteten sie als Retter.

Dies war nicht nur für die Geschichte der Ukraine, sonder für das ganze Russische Reich ein entscheidender Wendepunkt, der den Bürgerkrieg endgültig für die Roten entschied.[102] Damit kam die Geschichte der Ukraine an die Schwelle einer neuen Zeit. Mit dem Abkommen von Riga begann ihre Geschichte unter der Herrschaft der Okkupation, die Geschichte des Kampfes um das nationale „Ich“, um die nationale Kultur und Freiheit. Andererseits nahm die Geschichte der ukrainischen Emigration ihren Anfang, der einzelnen Gemeinschaften des ukrainischen Volkes in Europa, Amerika, Australien und Asien. Das Schicksal all dieser Teile des ukrainischen Volkes, sowohl unter fremder Okkupation als auch in den einzelnen Ländern der Emigration, nahm in verschiedenen Bahnen seinen Lauf, gemeinsam war ihnen aber ihr nationales Bewusstsein und das Streben nach einem eigenen Staat. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende, verstrichen sind lediglich einzelne Etappen dieses Kampfes. Am Ende des 20. Jahrhunderts hat die Ukraine wieder eine Schlüsselrolle gespielt, diesmal im Prozess des Zerfalls der Sowjetunion.

Zwar konnte man auch jetzt in der Bildung des ukrainischen Nationsstaates eine ganze Reihe von inneren Schwächen feststellen, doch war die ukrainische Nationsbildung in den zwanziger und seit den fünfziger Jahren weiter vorangeschritten. Vor allem war die äußere Lage am Ende des 20. Jahrhunderts sehr viel günstiger.

[102] Ebd, S. 185.

In der Geschichte der Ukraine hatte es schon oft den Anschein, als sei sie endgültig bezwungen und vernichtet, dass es sie „nicht gibt und nicht geben werde“. Es verging aber nur eine gewisse Zeit, bis sie – erneuert und lebendig – abermals die geschichtliche Bühne betrat.

III. Systemtransformation der Ukraine1989 - 1991

a) Begriffe und theoretische Konzepte zur politischen Transformation

Für die Ukraine gilt, was auch auf Russland zutrifft: Die Transformation umfasst sowohl das politische als auch das ökonomische System, wodurch das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“[103] entsteht, denn beide Transformationen bedingen sich gegenseitig. Auf der einen Seite macht erst eine relativ entwickelte Marktgesellschaft Konkurrenzdemokratie als „Verfahren der innerstaatlichen Interessenaustragung und Friedensstiftung“[104] leistungsfähig. Auf der anderen Seite erscheint Demokratisierung als Voraussetzung für wirtschaftliche Liberalisierung[105]. Deutschland konnte nach dem Zweiten Weltkrieg auf einer Verwaltungs- und Marktwirtschaftstradition aufbauen, auch wenn letztere nach 1939 immer mehr zur Kriegswirtschaft verkommen war. Beides fehlt in der Ukraine. Hinzu kommt, dass Deutschland 1945 zerstört und das alte System militärisch besiegt worden war, während sich die Ukraine nicht in einer solchen Nullpunktsituation befand. Im Gegensatz zum Nachkriegsdeutschland, in dem die Siegermächte diese Aufgabe übernahmen und die Deutschen Stellen nur die ausführenden waren, muss die Ukraine die Transformation an sich selbst vornehmen. Zudem stehen nach dem Zusammenbruch des alten Systems die für die Machtübernahme erforderlich neuen Eliten in der Ukraine nicht zur Verfügung. Und schließlich fehlen sogar in Ansätzen Elemente einer Zivilgesellschaft, die vermittelnd zwischen dem alten und dem neuen System wirken könnte.[106]

Zunächst ist eine Begriffsklärung nötig, weil gelegentlich verschiedene Termini zur Bezeichnung ähnlicher Prozesse oder dieselben Begriffe zur Bezeichnung unterschiedlicher Entwicklungen verwendet werden. Gemeint sind die Begriffe “Systemwandel“, „Transition“, „Transformation“ und „Systemwechsel“.

[103] Offe, 1994, S. 64.
[104] Offe zitiert Lipset, macht aber leider keine genaue Quellenangabe (Offe 1994: S. 67).
[105] Ebd, S. 68.
[106] Schneider, Systemtransformation…

Mit „Systemwandel“ wird ein Reformprozess bezeichnet, der in einem in eine Krise geratenen System durchgeführt mit dem Ziel der Anpassung an die neue Situation, um so das System zu stabilisieren[107]. Während für einen Systemwechsel der Zusammenbruch des alten Systems die Minimalvoraussetzung ist, bleibt beim Systemwandel das alte System erhalten und passt sich nur an. „Transition“- abgeleitet vom lateinischen Verb transire – drückt die Phase des Übergangs von einem alten zu einem neuen Regime aus[108].

„Transformation“ ist die vollständige Umwandlung eines Systems in ein anderes, sozusagen die erfolgreich durchgeführte Transition. „Systemwechsel“ ist demnach eigentlich nur ein anderes Wort für „Transformation“[109]. Vielleicht drückt der Begriff „Systemwechsel“ konsequenter als der Begriff „Transformation“ den erfolgten Austausch des alten durch ein neues System aus. Diese vier Begriffe stellen gewissermaßen eine Steigerung hinsichtlich der Radikalität der Veränderung dar: Systemwandel, Transition, Transformation, Systemwechsel. Gescheiterter Systemwandel löst Transition aus, die nach einiger Zeit in Transformation übergeht und mit dem Systemwechsel endet.

Wenn von Transition und Transformation gesprochen wird, muss das Ziel der Transition oder der Transformation klar sein. Die Transformation, die von den ost- und mittelosteuropäischen Ländern im politischen Bereich erhofft wird, ist die Transformation in Richtung Demokratie. Dabei stellt sich Frage nach den Kriterien, nach denen „Demokratie“ definiert werden kann. Folgende sieben Demokratiekriterien wurden formuliert, die angesichts der institutionellen Bandbreite demokratischer politischer Systeme den kleinsten gemeinsamen institutionellen Nenner darstellen:

1) gewählte Vertreter, welche die Regierung kontrollieren,
2) freie Wahlen,
3) allgemeines aktives Wahlrecht,
4) allgemeines passives Wahlrecht,
5) Meinungsfreiheit,
6) Informationsfreiheit und
7) Vereinungsfreiheit [110]

Diese sieben klassischen Demokratiekriterien Dahls fasst Merkel zu folgenden sechs

Merkmalsgruppen zusammen:

1) *Herrschaftslegitimation:* „Demokratien sind legitimiert durch das Prinzip der in Freiheit und Gleichheit verwirklichten Volkssouveränität“.
2) *Herrschaftszugang:* „In Demokratien ist der Herrschaftszugang offen und durch die effektive Gewährleistung des allgemeinen, gleichen, geheimen und freien (passiven und aktiven) Wahlrechts institutionalisiert.“

[107] Schubert / Tetzlaff/ Vennewald: 1994.
[108] O`Donnel / Schmitter / Whitehead, 1986: S. 6.
[109] Beyme 1994.
[110] Dahl 1989: S. 221.

3) *Herrschaftsmonopol:* „In intakten liberal- konstitutionellen Demokratien müssen die politisch bindenden Entscheidungen alleine durch demokratisch direkt oder indirekt legitimierte Repräsentanten getroffen werden."
4) *Herrschaftsstruktur:* „In Demokratien sind die drei Gewalten zumindest soweit getrennt, dass sie sich wechselseitig effektiv kontrollieren können."
5) *Herrschaftsanspruch:* „In Demokratien bestehen konstitutionell verbriefte und gerichtlich überprüfbare Grenzen zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre."
6) *Herrschaftsweise:* „In Demokratien folgt die Herrschaftsweise konstitutionell legitimierten Prinzipien und unterliegt Beschränkungen und Kontrollen."[111]

b) Die Besonderheiten der politischen Transformation in der Ukraine (1989-1991)

Vorbereitung: Ära Breschnew, Gorbatschow(Glasnost und Perestrojka)

Die Dynamik des Transformationsprozesses eines autoritären Regimes hängt von der Differenzierung und Spaltung der regierenden politischen Elite, von der politischen Massenmobilisierung und von der Partizipation ab.[112] Da die Transformation in der Ukraine im Rahmen der Sowjetunion von oben gelenkt und kontrolliert begann, sollen hier in erster Linie die Dynamik und Besonderheiten der Spaltung innerhalb der kommunistischen Machtelite in der Ukraine analysiert und die Rolle sowie Bedeutung der kommunistischen Hardliner und Reformer im Transformationsverlauf bestimmt werden.

Obwohl Gorbatschow schon 1985 auf dem März- Plenum des ZK der KPdSU die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen in der Gesellschaft angekündigt hatte,[113] war er die ersten zwei Jahre mit der Erweiterung und Konsolidierung seiner Machtposition in den höchsten Führungsorganen des Parteiapparates und mit der Durchführung einiger Kampagnen im traditionell-administrativen Sinne (Antialkoholkampagne und die Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsdisziplin) beschäftigt. Gleichzeitig begann er mit der personellen Erneuerung des Parteiapparates auf der unteren Ebene, der ihm als Hauptinstrument bei der Realisierung seiner reformerischen Pläne dienen sollte. Die eigentliche Liberalisierungsphase des politischen Systems von oben begann nach dem Januar- Plenum des ZK der KPdSU 1987, als Gorbatschow im Unterschied zur Breschnewschen Phrase von der Vervollkommnung der Demokratie, von einer Demokratisierung der Gesellschaft sprach.[114]

[111] Merkel / Croissant 2000, S. 5-7.
[112] Przeworski, Adam: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy, in: O`Donnell, Guillermo/Schmitter, Philipe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.) a.a. O., S. 47-63.
[113] Kommunist, 1985, Nr. 7, S. 6-8.
[114] Pravda, 28. Januar 1987.

Seit 1987 entstanden Rahmenbedingungen für die spätere Massenmobilisierung, und es zeichnete sich eine klare Herauskristallisierung der Hardliner und Reformer innerhalb der KPdSU ab. Ursachen hierfür sind:

1. allmähliche Lockerung der ideologischen Zensur, Kritik und Verurteilung von Stalins Verbrechen, Rehabilitierung der Opfer des politischen Terrors.
2. begrenzter Meinungspluralismus und größere Toleranz des Regimes gegenüber Bürgerinitiativen, was sich stimulierend auf die Gründung unabhängiger Organisationen auswirkte.
3. Reduzierung und Dezentralisierung des Parteiapparates.

Das wichtigste aber ist, dass mit den von Gorbatschow eingeführten Reformen die Erosion der früher als Instrument zur Herrschaftssicherung so wirksamen Kaderpolitik der KPdSU begann.
Berücksichtigt man, dass das Prinzip der Nomenklatura auf der zentralen Kontrolle über die Rekrutierung und Nominierung der Führungskader auf allen Ebenen der Pyramide der Partei- und Staatsorgane beruht, so liegt es auf der Hand, dass ohne irgendwelche innere Liberalisierung des Entscheidungsprozesses und ohne die Einführung pluralistischer Elemente in der KPdSU selbst eine Differenzierung der kommunistischen Elite unmöglich gewesen wäre.
Weitere tiefgreifende Einschnitte erfuhr das System der Nomenklatura im Laufe der institutionellen Reformen 1989/1990. Mit der Erosion des Systems der Nomenklatura begann sich auch die Richtung des Legitimationsvektors der administrativen staatlichen Elite zu verändern. In den Regionen der Sowjetunion, in denen der Zerfall des Systems der Nomenklatura mit zunehmender politischer Massenaktivität einherging, war es zur starken Differenzierung innerhalb der kommunistischen Elite gekommen. Aber einen klassischen Systemcharakter nahm der Differenzierungs-, Transformations- und Spaltungsprozess in den herrschenden kommunistischen Eliten erst in den baltischen Republiken an. Dieser Prozess führte im Laufe der Jahre 1988-1990 zum Aufkommen des Phänomens Nationalkommunismus und mündete in die Spaltung der kommunistischen Partei in den baltischen Staaten. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entstehung des Nationalkommunismus war die Krise der sowjetischen Identität unter den politischen Eliten in den Unionsrepubliken. Dort, wo die nationale Identität und Loyalität der kommunistischen republikanischen Eliten sehr ausgeprägt waren, kam es relativ schnell zu Schwächung und Spaltung der kommunistischen Partei und zur Beschleunigung des Transformationsprozesses.

Wie ist dieser Prozess in der ukrainischen kommunistischen Elite verlaufen?

Der Beginn der Reformen, die Hinwendung zu Pluralismus, Transparenz und Achtung der Menschenrechte in der Sowjetunion unter dem Banner von „Glasnost“ und „Perestrojka“ wird hierzulande meist mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschews im März 1985 gleichgesetzt. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass der Reformer gerade zu Beginn seiner Amtszeit mit dem massiven Widerstand der Konservativen im Partei- und Staatsapparat konfrontiert war.

In besonderem Maße gilt dies für die Ukrainische SSR. Hier dauerte die „bleierne Zeit“ mit KGB-Repression und der Herrschaft eines verknöcherten Parteiapparates weit über das Frühjahr 1985 hinaus an. Weder die Übergangsperiode seit Breschnews Tod unter Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko noch der Durchbruch einer neuen Generation von Moskauer Parteiführern schlugen sich in der Ukraine in politischen Veränderungen nieder. Der KPU- Chef Scherbitsky und seine Mannschaft blieben dem Geiste Breschnews, in dem sie ihre Karrieren durchlaufen hatten, treu. Scherbitsky blieb bis zu seiner Amtsenthebung 1989 lange Zeit der einzige „überlebende“ Vertreter der berüchtigten „Breschnew- Mafia“ im KPdSU-Politbüro. Erstmals seit dem Sturz Schelests wagte die KPU- Führung offene Opposition gegen das Moskauer Zentrum — ein Novum in der Ukraine, deren Führung sich in der Vergangenheit eher durch blinden Gehorsam denn durch das Beharren auf eigenen Positionen ausgezeichnet hatte. Kiew blockierte, wo immer sich eine Möglichkeit dazu bot. Die auch in den anderen Republiken schleppend vorankommenden Wirtschaftsreformen waren in der Ukraine noch weniger erfolgreich. Gorbatschow hielt still und tastete zur Verwunderung vieler die ukrainische Führung nicht an. „Die Perestrojka ist auf ihrem Weg in die Ukraine in Chutir Michaltschewsky stecken geblieben“ — so lautete ein sarkastischer Kommentar, den man in der Ukraine jener Zeit oft hören konnte[115]. Chutir Michaltschewsky ist die ukrainisch-russische Grenzstation auf der Bahnstrecke Moskau-Kiew.

Sehr verbreitet ist die Meinung, dass es in der kommunistischen Elite unter Schtscherbyzky keine Veränderungen gab. Dieser Standpunkt ist nicht ganz korrekt. Schon seit 1985 kann man in der Ukraine eine intensive Auswechslung der Kader auf der mittleren Ebene der Parteihierarchie beobachten. Folglich sind aus verschiedenen Gründen 1985 525 (11,4%) Stellen der Nomenklatura des ZK der KPU neu besetzt worden, und darüber hinaus wurden 1986 zusätzliche 931 (12,3%) Stellen von neuen Inhabern bekleidet. Die Nomenklatura des ZK der KPU zählte damals insgesamt 8.134 Stellen.

[115] Neue Züricher Zeitung v. 23.2.1989.

Nach dem Januar- Plenum des ZK der KPdSU 1987 gab es auch einige Veränderungen auf Gebiets- und Republiksebene des ukrainischen Parteiapparates. Ende 1987 wurde die Nomenklatura des ZK der KPU von 8.134 auf 5.200 Stellen reduziert.

Dabei wurden auch fünf Sekretäre des Gebietskomitees ausgewechselt (ungefähr 20%).[116] Gleichzeitig wurde Hurenko, der vorher stellvertretender Ministerpräsident war, zum ZK-Sekretär der KPU für Parteiorganisation und Ideologie berufen.

Im Juli 1987 wurde der Ministerpräsident der Ukraine, Laschko, in den Ruhestand versetzt, und das ZK der KPU nominierte Masol, den Vorsitzenden des staatlichen Planungskomitees und Stellvertreter des Ministerpräsidenten für dieses Amt. Nach den Hinweisen auf dem Januar-Plenum des ZK der KPU von 1988 sind seit dem 27. Parteitag der KPdSU 1986 1912 Angehörige der Nomenklatura des ZK der KPU ausgewechselt worden. Darunter befanden sich außer dem Ministerpräsidenten fünf seiner Stellvertreter, sieben Minister und sechs Vorsitzende des Staatskomitees. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass 1985-1987 bestimmte personelle Veränderungen in der ukrainischen kommunistischen Nomenklaturaklasse stattgefunden haben. Dabei fällt jedoch auf, dass die Mehrheit der Neubesetzungen nach dem System der Nomenklatura erfolgte (d.h. aus dem zur Verfügung stehenden Personalreservoir). Anders ausgedrückt: der vollzogene Kaderaustausch war nur formeller Art und brachte keine qualitative Erneuerung innerhalb der führenden Elite (z.B. und begünstigte somit keine Reformen). Obwohl Schtscherbyzky formal Wahlen zu den Wirtschafts- und Parteikadern einführen musste, gelang es dem Ersten Sekretär des ZK der KPU, die Kontrolle über den Staats- und Parteiapparat aufrechtzuerhalten und eine Differenzierung innerhalb der kommunistischen Elite längerfristig zu verhindern.

Es ist nicht der Amtsantritt Gorbatschows, der für die Ukraine und im Bewusstsein vieler ihrer Bürger die Zeitenwende markiert, sondern nach Hungersnot und Krieg die dritte nationale Katastrophe der Ukraine in diesem Jahrhundert: der Reaktorunfall von Tschornobyl (russisch: Tschernobyl). Seit dem 26. April 1986 gilt in der Ukraine eine neue Zeitrechnung. „Nach Tschornobyl“ begann für die Bevölkerung in der Ukraine ein Alptraum: die Evakuierung zehntausender Menschen, die Erkrankung hunderttausender, die Lügen der Behörden, der Zynismus der Atomtechnokraten.

[116] Vice, 1993, Nr. 8, S. 118.

Tschornobyl wurde in der Ukraine, und nicht nur dort, zum Menetekel eines zentralistischen Systems, das in blindem Vertrauen auf den technischen Fortschritt das Land mit Risikoindustrien überzogen hatte, ohne die dort lebenden Menschen nach ihrer Zustimmung zu fragen. Tschornobyl war das Symbol der Bevormundung und Ausbeutung durch die mächtigen Bürokratien in Moskau.

Nach Tschornobyl begann sich in der ukrainischen Gesellschaft, die bis vor kurzem in ihrer überwältigenden Mehrheit das sowjetische System resigniert und stumm ertragen hatte, erster Widerstand zu regen. Erstmals seit der Verhaftung der Helsinki-Aktivisten knapp zehn Jahre zuvor wurde dieser Widerstand artikuliert und organisiert — diesmal unter Berufung auf allerhöchste Stellen und deren „Glasnost- Parole“. Der Erfinder der Perestrojka, Michail Gorbatschow, musste allerdings in der Ukraine einen nie wieder gutzumachenden Vertrauensverlust hinnehmen. Nach dem Unfall, der zunächst auf altsowjetische Weise verheimlicht wurde, war Gorbatschow für vierzehn Tage „abgetaucht“; erst am 14. Mai meldete er sich mit einer Fernsehansprache zu Wort, und erst Jahre später, im Februar 1989, besuchte er das nur 120 Kilometer von Tschornobyl entfernte Kiew, wo er mit Pfiffen und Protestdemonstrationen empfangen wurde.

Das Jahr 1 nach Tschornobyl, 1987, wurde zum wahren Geburtsjahr der Perebudova, wie die Perestrojka auf ukrainisch heißt. Der „Umbau“ manifestierte sich zunächst einmal in der von Moskau aus verfügter Absetzung einiger als besonders konservativ geltender ukrainischer Gebietsparteichefs. 1987 war auch das Jahr der ersten Entlassungen ukrainischer Polithäftlinge aus Lagern und Verbannungsorten. Sie engagierten sich sofort nach ihrer Ankunft in der Ukraine wieder beim Aufbau von Oppositionsgruppen. Die ersten „informellen“ (das heißt nach sowjetischem Sprachgebrauch: nicht registrierten und nichtstaatlichen) Gruppen entstanden in der Ukraine noch im selben Jahr. Der „Ukrainische kulturologische Club“ und die von Dissidenten gegründete „Ukrainische Helsinki-Liga“ gehörten zu den ersten Zusammenschlüssen dieser Art, und die Mitglieder solcher Gruppen nahmen die Arbeit dort auf, wo auch die „Sechziger“ und die Dissidentenbewegung begonnen hatten: beim Engagement für eine „Wiedergeburt“ der ukrainischen Kultur, bei der Beschäftigung mit „weißen Flecken“ der eigenen Geschichte, bei der Fortsetzung der nach 1956 begonnenen Rehabilitierungsanstrengungen. Jetzt wurden auch Themen behandelt, die sogar während der Entstalinisierung tabu gewesen waren: Der Hunger von 1932/33, die NKVD- Massenmorde und -Deportationen in der Westukraine 1940/41, die „bürgerliche“ Ukrainische Volksrepublik 1917— 1920.

In der Folgezeit erschienen Neuauflagen von Werken nichtkommunistischer ukrainischer Historiker und ukrainischsprachige Quelleneditionen, die seit Jahren auf Eis gelegen hatten. Wieder waren es vor allem Intellektuelle, insbesondere Schriftsteller, die in der Öffentlichkeit für eine Anknüpfung an die Zeiten des „Tauwetters“ warben.

Sie dominierten auch in den neu gegründeten Gruppen, und sie besaßen mit dem Schriftstellerverband und dessen Zeitung Literaturna Ukraina ein Diskussionsforum, das in den Folgejahren eine Führungsrolle beim Kampf für die „Perebudova“ übernahm.

Ende 1987 organisierten sich auch die ersten Gruppen der ukrainischen Ökologiebewegung, des Zelenyj svit (Grüne Welt). Sie sorgten im Verbund mit den zunehmend kritischen und mutig recherchierenden Medien für die Veröffentlichung der lange verschwiegenen Wahrheit über Tschornobyl. Erst in den Jahren 1989 und 1990 erfuhr eine breite Öffentlichkeit vom wahren Ausmaß der Katastrophe und von der Rolle der zentralen Behörden — insbesondere des Atomenergieministeriums und der Gesundheitsverwaltung — bei der Vertuschung der Strahlungsfolgen. Besondere Verbitterung rief hervor, dass das „Zentrum“ gegen den Willen der lokalen Behörden die Wiederinbetriebnahme des Tschornobyl‘er Atomkraftwerks durchsetzte. Das Verschwinden von Spendengeldern in den Kassen des Atomenergieministeriums und die zögerliche Evakuierung der Menschen aus Polesien, der am stärksten betroffenen Region nordwestlich von Kiew, sorgten für große Entrüstung. Erstmals geriet in den Blick einer breiteren Öffentlichkeit, was Dissidenten schon Jahre zuvor angeprangert hatten und Wirtschaftsspezialisten aus eigener Erfahrung wussten: die Entmündigung und wirtschaftliche Ausbeutung der Ukrainischen SSR, die mit den ökologischen Folgen einer rücksichtslosen Industrialisierung und einer verfehlten Agrarpolitik zunehmend alleine gelassen wurde, während ein unverhältnismäßig großer Anteil der erwirtschafteten Gewinne ans „Zentrum“ abfloss.

Diese Gewissheit teilten die Bewohner der gesamten Ukraine, sei es in den heruntergewirtschafteten und ökologisch verwüsteten Schwerindustriezentren des Ostens, sei es in der Hauptstadt Kiew oder in den über das ganze Land verteilten Standorten von Chemiekombinaten und Atomkraftwerken. Erstmals wurde im Zuge der Diskussion um „Ökologie“ und „wirtschaftliche Ausbeutung“ den Bürgern der sprachlich und kulturell tief gespaltenen Ukraine bewusst, dass sie trotz aller Gegensätze bestimmte gemeinsame Interessen hatten. Die Ökologiebewegung unter der engagierten Führung des Arztes und Schriftstellers Jurij Scherbak bemühte sich indessen, „unideologisch“ zu bleiben und ihre Reihen nach allen Seiten — auch zu den Kommunisten — offen zu halten.

Während der ersten von Zelenyj svit organisierten Anti- Atomenergie- Demonstration im November 1988 in Kiew, die von den Behörden unter der Auflage strikter Beschränkung auf ökologische Themen genehmigt worden war, traten auch ukrainische Oppositionelle auf, die den Schritt von kulturellen und ökologischen hin zu politischen Forderungen schon getan hatten und den Kampf für eine demokratische, souveräne Ukraine zur Hauptaufgabe erklärten. Solchen offenen Aufrufen zur politischen Veränderung standen Gemäßigte wie Scherbak reserviert gegenüber. Der Trend aber ging, nach dem Vorbild der baltischen „Volksfronten", unweigerlich in die Richtung weitergehender, politischer Forderungen — gegen den erbitterten Widerstand des kommunistischen Establishments.

Vorreiter dieser Entwicklung waren die Hauptstadt Kiew und die Westukraine. Hier waren die meisten und mitgliederstärksten „informellen" Gruppen aktiv, hier wurden auch erstmals in der Öffentlichkeit die alten ukrainischen Nationalfarben — blau-gelb — gezeigt. Spätestens jetzt wurde sichtbar, dass Stalin mit der Annexion des „ukrainischen Piemont" Ostgalizien ungewollt auch die Basis der ukrainischen Nationalbewegung verbreitert hatte. Keine Grenze trennte mehr die Westgebiete von der „Großukraine". In den Jahren unter sowjetischer Herrschaft waren allen alten Gegensätzen zum Trotz vielfältige Verbindungen zwischen Ost und West gewachsen, die nun beim Aufbau einer Opposition nutzbar gemacht wurden. Schon im Juni 1988 hatte in Lemberg eine Koordinationskonferenz baltischer, kaukasischer und ukrainischer Oppositioneller stattgefunden. Erste illegale Demonstrationen und darauf folgende Verhaftungsaktionen prägten Sommer und Herbst in der Westukraine. Auch die griechisch-katholische „Katakomben Kirche" trat aus dem Untergrund an die Öffentlichkeit und setzte den Kampf für ihre (1989 dann erreichte) Legalisierung mit der Unterstützung der westukrainischen Oppositionellen fort. Vielerorts führte dies zu heftigen Zusammenstößen zwischen loyalen russisch-orthodoxen Gläubigen und den *hrekokatolyky*, die die Rückgabe ihrer 1946 beschlagnahmten Kirchengebäude verlangten. Zusätzliche Brisanz erhielt der „Kirchenkampf", als sich kurze Zeit später auch die zweite (bislang verbotene) Konkurrentin der russischen Orthodoxie, die Ukrainische Autokephalen Orthodoxe Kirche (UAPC), zu reorganisieren begann. 1990 kehrte der im Zweiten Weltkrieg zum Bischof von Perejaslav geweihte Mstyslav aus dem amerikanischen Exil nach Kiew zurück, wo er zum Metropoliten geweiht wurde.

Die UAPC gewann besonders in der Westukraine viele Anhänger, obwohl sie hier früher nicht vertreten gewesen war. Als potentielle Konkurrentin der wiedererstandenen griechisch-katholischen Kirche sorgte die UAPC in der Westukraine, dem Hauptschauplatz konfessioneller Reibereien, für zusätzlichen Konfliktstoff.

Auch jenseits der ukrainisch-polnischen Grenze, in Przemysl, waren Konfessionskonflikte — hier zwischen polnischen Katholiken und ukrainischen Unierten — Anlass erster polnisch-ukrainischer Streitigkeiten. In der Grenzstadt am San, die zum ursprünglichen Siedlungsgebiet der (vertriebenen) „polnischen" Ukrainer gehört, verhinderten römische Katholiken die Rückgabe einer Kirche an die *hrekokatolyky* durch eine Besetzungsaktion. Alte antiukrainische Ressentiments gegen die „Halsabschneider aus den Wäldern" lebten wieder auf. Mit dem Przemysl- Konflikt und den politischen Veränderungen in der Ukraine wurde in Polen das Problem der ukrainischen Minderheit wieder aktuell, das offiziell lange totgeschwiegen und nur während der Solidarnosc- Zeit von einigen Intellektuellen angesprochen worden war. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass (ungeachtet der späteren raschen Anerkennung der Ukraine im August 1991) breite Schichten der polnischen Bevölkerung nach wie vor mit Angst und Misstrauen auf ihre ukrainischen Nachbarn schauten.

Auch die Russisch-Orthodoxe Kirche in der Ukraine blieb von den Umwälzungen der Perebudova- Jahre nicht unberührt. Ihr Kiewer Metropolit Filaret, ehedem ein treuer Gefolgsmann der Russifikatoren in der Ukraine, der sich durch seine Zusammenarbeit mit Staatsmacht und KGB diskreditiert hatte, versuchte nun, sich mit ukrainisch-nationaler Rhetorik den gewandelten Verhältnissen anzupassen. Im Februar 1990 wurde das Kiewer Exarchat der Russischen Kirche in „Ukrainische Orthodoxe Kirche" (Ukrains`ka Pravoslavna Cerkva) umbenannt. Seit dem Sommer 1991 ging Filaret zunehmend auf Konfliktkurs mit der Moskauer Kirchenleitung. Eine „moskautreue" Bischofssynode setzte ihn daraufhin im Mai 1992 ab und wählte einen neuen Metropoliten, Volodymyr. Filaret weigerte sich, abzutreten, wusste er doch zudem die Regierung Krawtschuk auf seiner Seite. Diese sah in Filaret einen Verbündeten bei der Errichtung einer eigenständigen Orthodoxie in der Ukraine, die die politische Unabhängigkeit auch kirchlich festschreiben sollte; die zwielichtige Person Filarets war dabei kein Hinderungsgrund. Zusätzliche Verwirrung stiftete im Sommer 1992 die von Filaret eingefädelte „Vereinigung" der „Ukrainischen Orthodoxen Kirche" mit Teilen der UAPC, die deren Metropolit Mstyslav jedoch im Oktober für ungültig erklärte. Inzwischen kam es in Kiew zu ersten Zusammenstößen zwischen Anhängern Filarets und seines Gegen- Metropoliten Volodymyr.

Nicht nur für die ukrainischen Kirchen, sondern auch für die Demokratiebewegung wurde das Jahr 1989 zum Wendejahr.

Im Februar wurde mit der „Taras- Schevtschenko- Gesellschaft für ukrainische Sprache“ eine der größten Oppositionsgruppen gegründet. Inzwischen war die Zahl der „informellen“ Gruppen bis zur Unübersichtlichkeit angewachsen, und die intellektuellen Vordenker der Bewegung begannen, über die Gründung einer Dachorganisation zu diskutieren, die alle diese Kräfte zusammenfassen sollte. Politische Zersplitterung hatte nach Ansicht vieler Nationalisten eine wesentliche Rolle bei den gescheiterten Versuchen der Ukrainer, ihre Unabhängigkeit zu erlangen, gespielt. Diesen Fehler wollte man nicht ein weiteres Mal begehen, und so kam es im September 1989 zur Gründung der „Volksbewegung der Ukraine für die Perestrojka“ (Narodnyj ruch Ukrainy za perebudovu), kurz Ruch („Bewegung“) genannt. Im Aktionsprogramm der neuen Sammlungsbewegung wurde an hervorragender Stelle die Forderung nach einer ukrainischen Souveränität genannt. Programmatisch war auch die Selbstbezeichnung „Volksbewegung der Ukraine...“ (und nicht: „ukrainische Volksbewegung...“): Man wollte alle Bürger der Ukraine, gleich welcher Nation, ansprechen. Russen, Juden und Vertreter kleinerer Minderheiten gehörten zu den Delegierten des Gründungskongresses. Die verschiedenen Dokumente, die Ruch 1989 und in der Folgezeit über Fragen der Minderheitenrechte und des russisch-ukrainischen Verhältnisses veröffentlichte, standen in der „internationalistischen“ Tradition der Dissidentenbewegung. „In den Lagern haben wir gelernt, was viele andere erst jetzt lernen: echten Internationalismus“, so formulierte es unlängst mit Vjatsheslav Kornovil, ein langjähriger Dissident und Ruch-Führer.[117] Besonders gegen den in der Sowjetunion latenten Antisemitismus trat Ruch in den Folgejahren immer wieder offensiv auf. Später, als die Vertreter der Demokratiebewegung schon im Kiewer Parlament saßen, waren sie es, die die Formulierung von Gesetzen und Resolutionen über die Gleichberechtigung und den Schutz der Minderheiten besonders vorantrieben.

Trotzdem unterlag auch die ukrainische Oppositionsbewegung einer inneren Differenzierung. In ihrem politischen Spektrum war auch der rechte Rand vertreten. Besonders in der Westukraine mit ihrer Erinnerung an UPA- Partisanenkampf und sowjetische Unterdrückung hatten nationalistische Gruppen ihre Basis, die in der OUN ihr Vorbild sah. Die bald einsetzende Heldenverehrung der von sowjetischen Agenten ermordeten OUN- Führer Stepan Bandera und Jewhen Konovalec gab besonders der Regierungspresse in Moskau wie Kiew Anlass, vor dem Vormarsch ukrainischer „Faschisten“ zu warnen. Auch in vielen westlichen Publikationen wurde und wird die ukrainische Nationalbewegung oft mit dem OUN- Flügel gleichgesetzt.

[117] Argumenty i Fakty, 1992 / 27.

Der Großteil der in Ruch organisierten Aktivisten konnte den nationalistischen Losungen solcher Gruppen allerdings nichts abgewinnen. Der ideologische Mainstream des Ruch orientierte sich an den Idealen der „Sechziger“ und der „Helsinki“- Dissidenten; nicht eine „Ukraine für Ukrainer“, sondern der Aufbau einer ukrainischen demokratischen Bürgerrepublik war das erklärte Ziel.

Auch in der Ostukraine, in den Kohleabbaugebieten des Donbas, offenbarte sich im Jahr 1989 ein gewaltiges Protestpotential. Im Sommer beteiligten sich die meisten Zechen des Reviers an einem die gesamte Sowjetunion erfassenden Bergarbeiterstreik. Streikkomitees übernahmen in einigen Städten faktisch die politische Macht. Zu ihren Forderungen gehörten Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitssicherheit, Arbeiterselbstverwaltung, wirtschaftliche Unabhängigkeit der Betriebe und die Bildung freier Gewerkschaften. Der Streik war eine Reaktion auf den seit Jahren immer schneller fortschreitenden Niedergang dieses traditionsreichsten sowjetischen Industriereviers. In die überalterten Betriebe war seit langem kaum mehr investiert worden, der Anteil der ukrainischen Kohle am gesamtsowjetischen Abbau war kontinuierlich gesunken. Die maroden Ausrüstungen sorgten immer wieder für Produktionseinbußen und Arbeitsunfälle. Zusätzlich traf die Arbeiter und ihre Familien die sich verschlechternde Versorgungslage. Die Arbeiter- und Streikkomitees, die auch nach dem Ende des Streiks bestehen blieben, ergänzten ihre gewerkschaftlichen Forderungen bald durch politische wie die Entfernung der KP-Zellen aus den Betrieben sowie die Bestrafung korrupter Cliquen in den örtlichen Parteiführungen und Verwaltungen.

Die Kiewer KPU- Zentrale, verschreckt durch die „Machtübernahme“ der Arbeiter in einigen Städten, reagierte in alter Manier mit Vorwürfen und Diffamierungen; sie musste allerdings bald den Rückzug antreten, da Gorbatschow selbst für die Streikenden Partei ergriff. Verhandlungen wurden aufgenommen, in deren Verlauf die Arbeiter einen Großteil ihrer Forderungen durchsetzen konnten. Was alle Beteiligten sowohl in Kiew als auch in Moskau überraschte, war die erstaunliche Disziplin und Effizienz, mit der die Arbeiter ihren Protest organisiert hatten. Der Donbas, in dem die letzten Streiks 1962 unter bürgerkriegsähnlichen Umständen niedergeschlagen worden waren, galt als Gebiet, das unter besonders rigider Parteikontrolle stand. Nicht nur die notorisch widersetzliche Westukraine, sondern auch der russischsprachige Osten hatte sich nun erstmals gegen die bestehende Ordnung aufgelehnt. Erste Querverbindungen der Streikkomitees zu ukrainischen Oppositionellen bildeten sich im Herbst 1989, obwohl die Arbeiter insgesamt auf vorsichtiger Distanz zu der intellektuell geprägten, hauptsächlich ukrainischsprachigen Demokratiebewegung blieben.

Auch die jahrelange propagandistische Gleichsetzung ukrainischer Oppositioneller mit „Nationalisten“, „Bandera- Leuten“ spielte hier keine unwesentliche Rolle. Der „Erste“ der KPU, Volodymyr Scherbitsky, überlebte den Streik politisch nicht lange. Im September 1989 wurde er in den Ruhestand versetzt, Volodymyr Iwaschko zu seinem Nachfolger ernannt. Iwaschko galt als Technokrat und Anhänger der Gorbatschow- Linie. Damit war nun auch innerhalb der ukrainischen Führung die „Stagnationszeit“ endgültig beendet.

Um die Dynamik und das Timing der Entstehung verschiedener Schichten in der ukrainischen kommunistischen Elite sowie die Herauskristallisierung der souveränkommunistischen Strömung und ukrainischen Souveränkommunisten aufzuzeigen, folgt hier eine kurze Bestandsaufnahme.
Dabei wurden folgende Kriterien betrachtet, die über die Transformationsprozesse in den kommunistischen Eliten wie auch über das Auftreten von Nationalkommunisten Aufschluss geben können.

1. Die Haltung der kommunistischen Partei der jeweiligen Republik der SU zur nationalen Wiedergeburt und zum Erlass des Sprachgesetzes.
2. Die Reaktion der einzelnen kommunistischen Parteiführungen auf neu entstehende Bewegungen, Organisationen und Volksfronten.
3. Die Souveränitäts- und Unabhängigkeitsdeklarationen.
4. Die formale Spaltung in den einzelnen kommunistischen Parteien und ihr Austritt aus der KPdSU sowie die Entstehung neuer unabhängiger linksorientierter Parteien.

Es ist allgemein bekannt, dass schon in den dreißiger Jahren und verstärkt in den sechziger Jahren das sowjetische Regime eine intensive Russifizierungspolitik und kulturelle Diskriminierung der nichtrussischen Nationen praktizierte, die als politisches Instrument sowohl im Kampf gegen den lokalen Nationalismus als auch für eine ethnische Homogenisierung des Imperiums einsetzte. (1963 wurde die Konzeption vom „sowjetischen Volk“ entworfen; 1977 wurde in der Präambel der Verfassung die Terminologie der „Völkerverschmelzung“ verankert; 1938 wurde die russische Sprache als Pflichtsprache und 1958-1959 die freie Wahl der Unterrichtssprache eingeführt, d.h. der Besuch der Nationalschule war nicht obligatorisch).[118]
Schon 1986 und insbesondere 1987 wurde als Antwort auf die jahrzehntelange Russifizierungspolitik Moskaus in Kreisen der kulturellen Intelligenz das Problem der Sprache wieder aufgegriffen und die Forderung aufgestellt, die nationale Sprache zur Staatssprache zu erheben und konstitutionell zu verankern. Im Juni 1987 standen nationale und sprachliche Probleme auf der Tagesordnung des ZK- Plenums der EKP.

[118] Kirkwood, Michael: Glasnost, “The National Question” and Soviet Language Policy, in: Soviet Studies, vol. 43, Nr. 1, 1991, S. 63-65.

Einen Monat später wurde auf dem Plenum des ukrainischen Schriftstellerverbandes die Forderung aufgestellt, die Nationalsprache zur Staatssprache zu erheben.[119] Das Politbüro des ZK der KPU prüfte auch im Juli 1987 „Die Beschlüsse des 27. Parteitages und des Januar-Plenums des ZK der KPdSU über die Realisierungsmaßnahmen in der Sphäre nationaler Beziehungen und zur Intensivierung internationaler und patriotischer Erziehung.“[120] Ungeachtet der formalen Absichtserklärungen, den Gebrauch des Ukrainischen in den Bereichen des öffentlichen Lebens stärker zu betonen, lehnte das Politbüro des ZK der KPU es ab, die Forderung der Intelligenz, die Nationalsprache zur Staatssprache zu erheben, zu erfüllen. Ebenso auch ihren Vorschlag, von der im Rahmen der Bildungsreform Chruschtschows 1958 / 1959 eingeführte freie Wahl der Schulunterrichtssprache abzusehen. So gesehen hat das ZK der KPU Moskaus Russifizierungspolitik, die nach einer kurzen Periode der Ukrainisierung in den zwanziger Jahren den kolonialen Charakter des Kulturmodells in der Ost- und Süd- Ukraine, wo in den Großstädten die russische Sprache und Kultur und in den ländlichen Regionen die ukrainische dominierten, wiederhergestellt hatte, unterstützt und in der Praxis fortgesetzt.

Gorbatschow, der die damit verbundene Gefahr sofort erkannt hatte, wandte sich zunächst mit aller Schärfe dagegen, bis er schließlich unter dem Druck der vollendeten Tatsachen zum Nachgeben gezwungen war.

Folglich verkündete im Sommer 1989 das ZK der KPdSU, dass die Staatssprachenfestlegungen den jeweiligen Republiken vorbehalten werden sollte, mit dem Vorbehalt aber, dass dies nicht zur Diskriminierung einer anderen Sprache führen dürfe.[121] Dieser Kompromiss der zentralen sowjetischen Führung ist auf dem September- Plenum des ZK der KPdSU 1989, das nationalen Fragen gewidmet war, bestätigt worden.

Erst nach der Legalisierung durch Moskau nahm die ukrainische Parteiführung das Sprachgesetz in Angriff. So gesehen stellte das durch den Obersten Sowjet der ukrainischen SSR im Oktober 1989 erlassene Sprachgesetzt keine Herausforderung an Moskau dar.

Im Gegenteil: Das ukrainische Sprachgesetzt, das neben der Anerkennung der ukrainischen Sprache als Staatssprache auch die russische Sprache zur Verständigung der einzelnen Nationalitäten untereinander auf dem Territorium der Ukraine bestimmte, gab somit wortwörtlich den Beschluss des ZK der KPdSU vom September 1989 wieder. Die ukrainische Partei erwies sich als konservativ im Vergleich zur reformorientierten Führung Moskaus und leitete mit Verspätung nur jene Schritte ein, die zuvor Moskau erlaubt hatte.

[119] Ebd. S. 70.
[120] Vice, 1993, Nr. 8, S. 121.
[121] Kirkwood, a.a. O (Anm. 14), S. 74.

Die kulturell-ethnische Identität der kommunistischen Parteielite in der Ukraine war so schwach, dass die Losung nach einer nationalen Wiedergeburt dem ukrainischen Parteiapparat im Grunde fremd, ja sogar gefährlich war.

Eines der wichtigsten Kriterien, das von einer Reformbereitschaft und Unabhängigkeitsbestrebungen in den republikanischen kommunistischen Eliten zeugte, war die Haltung der jeweiligen Parteiführung gegenüber der Gründung unabhängiger Massenorganisationen. Die ersten unabhängigen Initiativen und Organisationen, die sich auf kulturelle und ökologische Probleme konzentrierten, entstanden bereits 1987 in den verschiedenen Teilen der Sowjetunion. In der Ukraine waren die Organisationen der „kulturologische Klub“ in Kiew und die Gesellschaft Leva in Lviv. Der Hauptmotor für diese Prozesse waren die Signale aus Moskau: der politische Kurs und die reformorientierte Rhetorik Gorbatschows sowie die Lockerung der Zensur der offiziellen Presse. Bereits in der Anfangsphase wiesen die Reaktionen der unionsrepublikanischen Eliten auf die Signale aus Moskau erhebliche regionale Unterschiede auf. Spürbar tiefergehende Veränderungen in der Position Moskaus wurden auf dem Januar- Plenum des ZK der KPdSU 1987 sichtbar.

Dieses Plenum markierte auch die Anfangsphase der eigentlichen politischen Liberalisierung bzw. der Demokratisierung, wie sich Gorbatschow stets auszudrücken pflegte.[122] 1987 kehrten die amnestierten Dissidenten aus den Gefängnissen und Verbannungsorten in die Ukraine zurück, was den Gründungsprozess von unabhängigen Organisationen beschleunigte.

Wie reagierte die ukrainische Parteiführung auf diese Ereignisse?

Zunächst wurde die ukrainische Presse streng zensiert und erlaubte keinerlei reformfreudige bzw. nationale Sympathien.

Im Gegenteil: Auf Beschluss des ZK der KPdSU startete sie 1987 ihre Verleumdungskampagnen gegen die informellen Gruppen und begann, diese des Nationalismus sowie des Extremismus zu beschuldigen.[123]

Solche Reaktionen erklären sich aus der herrschenden Einstellung des ZK der KPU und des Politbüros sowie Schtscherbyzkys selbst, die deutlich im folgenden Dokument zum Ausdruck kommt.

[122] Meissner, Boris: Partei und Parteiführung unter Gorbatschow, in: Adomeit, Hannes/Höhmannm, Hans-Herman/Wagenlehner, Günter (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka, Stuttgart, Berlin, Köln, 1990, S. 36

[123] Vice, 1993, Nr. 8, S. 123-234.

In einem schriftlichen Referat der Abteilungen des ZK an das ZK und Politbüro vom 27. Juli 1987 „Über unabhängige gesellschaftliche Organisationen und entsprechende Maßnahmen zur Vorbeugung negativer Tendenzen ihrer Aktivitäten“ findet sich der Hinweis, dass in der Ukraine massive Bestrebungen extremistischer Elemente zu beobachten seien, gesellschaftliche Organisationen zu unterwandern, sie gegen Partei- und Staatsorgane aufzuhetzen und sie als Deckmantel für eigene politische Spekulationen zu missbrauchen, um sich auf diese Weise Zutritt zu einem breiteren Auditorium zu verschaffen. Der ZK- Apparat machte das ZK und Politbüro ausdrücklich darauf aufmerksam, dass einzelne Individuen, insbesondere aus dem Kreis der kürzlich entlassenen Dissidenten, bereits dabei seien, in Kiew, Lviv und Jalta nationalistisch orientierte Organisationen zu gründen.[124] Vor dem Hintergrund der realen Aktivitäten der ukrainischen informellen Gruppen, die sich anfänglich auf Diskussion beschränkt hatten, die um so harmlose Probleme, wie die Wiedergeburt des nationalen Erbes, der nationalen Kultur und Sprache kreisten und angesichts der Tatsache, dass es der dissidentischen Helsinki Gruppe erst Anfang 1988 gelang, ihre Strukturen zu erneuern, kommt in diesem Dokument, das für einen begrenzten Kreis der ukrainischen Führungselite bestimmt war, sowohl der stalinistische Geist als auch die antinationale und antireformistische Haltung des ukrainischen Parteiapparates zum Ausdruck.

Welche Haltung nahmen der ukrainische kommunistische Apparat und seine Führungselite gegenüber der Gründung der Massenorganisation Ruch (Bewegung) ein?

Was die Gründung von Massenbewegungen betrifft, so waren auch in der Ukraine ähnliche Prozesse wie in den baltischen Republiken zu beobachten. Es gab schon im Sommer 1988 die ersten Versuche, eine Massenorganisation nach baltischem Vorbild zu gründen.

Die ersten Reaktionen des unteren Apparates waren, z.B. in der Westukraine eine abwartende und teilweise sogar zu Gesprächen und Kompromissen mit den Aktivisten bereite. Entscheidend jedoch war die Haltung der Kiewer Parteiführung, und diese war sehr negativ.

Indem sie mit administrativ- repressiven Maßnahmen gegen die Aktivisten vorging, verhinderte sie auf diese Weise im Sommer 1988 in Großstädten wie Lviv, Chmelnizkyj, Schitomyr und anderen die Formierung der Fronten von unten. Der zweite Versuch, eine unabhängige Organisation zur Unterstützung der Perestrojka im Herbst 1989 zu konstituieren, wurde von der kulturellen Intelligenz legaler Organisationen unternommen. Ihre Initiatoren waren der Schriftstellerverband und das Institut für Literaturwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

[124] Ebd., S. 123-124.

Auch dieser Versuch scheiterte, als das Politbüro und der ganze Apparat des ZK der KPU sofort die noch nicht formal existierende Organisation zu bekämpfen begann. Als Gorbatschow im Februar 1988 in Kiew zu Besuch war, hatte Schtscherbyzky offiziell verkündet, dass er keine, erst recht keine politische Massenorganisation mit einem für die KPU unakzeptablen Programm zulassen werde.[125] Obwohl die Initiatoren der Volksbewegung (Narodny Ruch) mehrfach und auf unterschiedliche Weise ihre gemäßigte Position betont hatten, ließ sich die politische Führung der KPU nicht auf einen Kompromiss ein. Schon im März 1989 beschloss das Politbüro ein Maßnahmenpaket für den Kampf gegen die Aktivisten der Volksbewegung, verbot den Kommunisten, sich an der Gründung von Ruch zu beteiligen sowie an seinen Aktionen teilzunehmen.

Selbst solche Ereignisse wie die Wahlen zum Obersten Sowjet 1989 und mit ihnen der Einzug einer de facto politischen Opposition in den Obersten Sowjet der UdSSR, alle mit dem ersten Kongress der Volksdeputierten verbundenen Ereignisse sowie eine weitere Dezentralisierung der politischen Macht, konnten keine Änderung der Einstellung innerhalb der ukrainischen kommunistischen Führung bewirken. Dafür sprechen:

1. Ein von Schtscherbyzky selbst unterschriebenes Dokument des ZK der KPU an das ZK der KPdSU vom 9. August 1989 (Über gewisse Veränderungen in der Taktik nationalistischer Elemente in der UdSSR).
2. Darin beschuldigte man die national- demokratischen Kräfte des Nationalismus und Extremismus, verurteilte alle ihre Aktivitäten wie Kundgebungen und Demonstrationen sowie ihre Auslandsverbindungen. Diese Beschwerde endete mit der Bitte, die aus der Ukraine abgezogenen Armeekontingente wieder zurückzuschicken.

3. Auf dem September- Plenum 1989 des ZK der KPdSU, auf dem Schtscherbyzky in den Ruhestand entlassen wurde, appellierte Jelschynko, der ukrainische Sekretär für Ideologie, an das ZK der KPdSU und forderte es auf, mit administrativen Maßnahmen gegen Oppositionelle vorzugehen.[126]

Die ukrainische Parteiführung und ihr Apparat hielten nach Möglichkeit an ihren konservativen, pro- stalinistischen Positionen sowohl in Bezug auf die nationale Wiedergeburt als auch hinsichtlich autonomer, informeller Organisationen bis 1989 fest.

[125] Vice, 1993, Nr. 9, S. 149.
[126] Solchanyk, Roman (Hrsg.): Ukraine: From Chernobyl to Sovereignty, London, 1992, S. 51.

Nach der Entlassung Schtscherbyzkys und der Nominierung von Iwaschkos zum neuen Parteichef der KPU, hat sich die Position in der KPU, was ihren Opponenten, die Volksbewegung Ruch betrifft, etwas geändert. Die Hauptkonzession an Ruch, die seitens der KPU gemacht wurde, bestand darin, dass die KPU schließlich Ruch als legale, de facto politische Opposition anerkannte.

Das ganze Jahr 1989 hindurch fuhr die KPU fort, den im Entstehen begriffenen Ruch und seine Ideen zu bekämpfen und lehnte jegliche Form von Souveränitätsideen ab. Diese Position der KPU war selbst vor dem Hintergrund der Moskauer politischen Führung, die im Laufe des Jahres 1989 die Notwendigkeit einer Erweiterung der Souveränität der Republiken eingesehen hatte, anachronistisch. Die ersten mehr oder weniger ernsten Anzeichen einer Evolution der KPU wurden erst sichtbar, nachdem Schtscherbyzky auf dem August- Plenum des ZK der KPdSU 1989 aus dem Politbüro und von seiner Stellung des Ersten Sekretärs des ZK der KPU entlassen wurde. Der neue Erste Sekretär der KPU, Iwaschko, den Gorbatschow schon seit Frühjahr 1989 für den Posten Schtscherbyzkys bereithielt (Iwaschko stieg auf dem April- Plenum 1989 zum zweiten Sekretär des ZK der KPU auf), macht im Vergleich zu seinem Vorgänger zwei Schritte nach vorn:

1. Er lässt endlich die Legalisierung des Ruch als alternative, nichtkommunistische und unabhängige Massenorganisation zu.
2. Als erster ukrainischer Parteisekretär überhaupt spricht er die Souveränitätsfrage an.

Während der Wahlkampagnen 1989 verhielt sich die KPU nicht mehr ablehnend gegenüber einer Erweiterung der Souveränität. Im Gegenteil: Sie unterstützte die Forderung des Ruchs nach Souveränitätserweiterung.

Am 16. Juli 1990 verabschiedete endlich der Oberste Rat der USSR die ukrainische Souveränitätsdeklaration (355 Stimmen dafür, vier dagegen), in der der Vorrang republikanischer Gesetzte vor Unionsgesetzten sowie das Alleineigentum der USSR an Boden, Bodenschätzen und Produktionsmitteln usw. erklärt werden.

Bedenkt man, dass die orthodox- konservative kommunistische Fraktion im Parlament eindeutig über eine Mehrheit verfügte (ungefähr 55%) und die national- demokratische Opposition nur über 25%, dann könnte mit Blick auf die verabschiedete Souveränitätsdeklaration die Vermutung aufkommen, dass innerhalb der KPU eine bedeutende nationalkommunistische Fraktion entstanden war. Bei näherer Untersuchung jedoch gelangt man zu anderen Schlussfolgerungen. Zunächst stellt man fest, dass die im Juli 1990 proklamierte Souveränitätserklärung zu diesem Zeitpunkt keine Herausforderung mehr an Moskau darstellte, sondern eher ein routinemäßiger Akt war.

Lag die Ursache für die Souveränitätsdeklaration durch das ukrainische Parlament nicht in der Tatsache, dass die kommunistische Fraktion im russischen Obersten Sowjet bereits am 12. Juni 1990 mehrheitlich für die russische Souveränitätsdeklaration gestimmt (97 für, 13 dagegen)[127] und damit einen großen Einfluss auf die ukrainische Führung ausgeübt hatte? Möglicherweise wollte die KPU in der Entwicklung der Souveränitätsfrage nicht nur konservativer als die Mehrheit der orthodoxen russischen Kommunisten und nicht noch zentristischer als das Zentrum selbst dastehen. Eine plausible Erklärung dafür dürfte in der bis Sommer 1990 veränderten Taktik Gorbatschows bezüglich der Souveränitätsfrage liegen, die gegenüber den Gefahren, die von den baltischen Unabhängigkeitserklärungen ausgingen, das kleinere Übel war. Interessant ist ferner der Umstand, dass am Tage der Abstimmung über die endgültige Fassung der Souveränitätsdeklaration im ukrainischen Parlament sich die Mehrheit der KPU- Führung mit ihrem Parteichef Iwaschko an der Spitze, der zugleich auch Parlamentsvorsitzender war, in Moskau auf dem 28. Parteitag der KPdSU befand. Bewies sie nicht damit ihre politische Priorität? Gäbe es innerhalb der KPU- Führung Nationalkommunisten und läge ihnen die ukrainische Souveränität wirklich am Herzen, würden sie dann so ein bedeutsames politisches Ereignis zugunsten eines Moskauer Parteitags ignorieren?

Man hätte noch an eine Evolution von National- Souveränkommunismus glauben können, wenn die einzelnen Punkte der Souveränität über das von Moskau Erlaubte hinausgegangen waren. Aber nichts wies in diese Richtung. Im Gegenteil: Im März 1990 standen in der Ukraine erstmals freie Wahlen zum Republikparlament, der Verchovna Rada (Oberster Sowjet) und zu den Regional-, Kreis- und Stadtvertretungen an. „Frei“ und „gleich“ waren diese Wahlen allerdings in vielen Gebieten der Ukraine nur bedingt, weil entweder die für ein Mandat kandidierenden Oppositionellen massiv behindert wurden oder aber mangels vorhandener Oppositionskandidaten wie in den Jahren zuvor nur Repräsentanten der lokalen Partei- und Wirtschaftseliten zur Wahl standen.

Besonders auf dem Lande und im Osten und Süden der Ukraine war dies der Fall. Dafür feierte die Demokratie- und Unabhängigkeitsbewegung in der Westukraine und in Kiew beachtliche Wahlerfolge. In den drei Westgebieten, die die historische Landschaft Ostgalizien bilden — Lemberg, Iwano- Frankivsk, Ternopil — übernahm die Opposition die Macht. Die blau-gelben Fahnen wehten erstmals offiziell von den galizischen Rathäusern, und ab März herrschten „baltische“ Verhältnisse. In Kiew hatte Ruch seit dem September 1989 einen beträchtlichen Popularitätszuwachs erfahren.

[127] Izvestja, 12. Juni 1990.

Im Januar 1990 war als spektakulärste Aktion des Wahlkampfes eine Menschenkette von Lemberg nach Kiew organisiert worden, die in der ersten wirklichen Massendemonstration für eine unabhängige Ukraine ihren Abschluss fand.

Im März stimmte die Hälfte der überwiegend russischsprachigen Kiewer Wähler für Kandidaten der ukrainischen Opposition. Das wichtigste Ergebnis der Wahlen jedoch war der Einzug einer mit einem Viertel der Mandate zwar kleinen, aber kompetenten und schlagkräftigen Opposition ins Kiewer Republikparlament. Viele der ukrainischen Dissidenten, die Jahre in sibirischen Straflagern verbracht hatten, saßen jetzt als Abgeordnete ihren ehemaligen erbittertsten Widersachern gegenüber. Schon vor den Wahlen hatte die damals noch außerparlamentarische Opposition Druck auf das Parlament ausüben und einige Erfolge verzeichnen können, so die Einführung des Ukrainischen als Staatssprache vom 1. Januar 1990 an. Doch jetzt gelang es dem „Volksrat“ (Narodna rada), wie sich die Oppositionsfraktion bald nannte, in vielen Debatten Abgeordnete der KPU auf ihre Seite zu ziehen. Ohnehin wuchs stetig die Anhängerschaft der *suverenkommunisty* der KP-Mitglieder mit Sympathien für eine ukrainische Souveränität innerhalb einer reformierten Föderation der Sowjetrepubliken. Zu ihrem Wortführer wurde der Ideologiesekretär und spätere Parlamentspräsident Leonid Krawtschuk, der nach dem Wechsel Iwaschkos nach Moskau im Sommer 1990 in das Amt des Zweiten Sekretärs der KPU gewählt wurde, faktisch aber als Parteiführer agierte. Allerdings verließen 1990 die meisten reformorientierten Kommunisten die Partei, viele schlossen sich offen der Opposition an. Zum größten Erfolg der solchermaßen verstärkten Unabhängigkeits-Fraktion wurde die Souveränitätserklärung der Ukraine, die am 16. Juli 1990 mit großer Mehrheit verabschiedet wurde und erstmals das Recht der Ukraine auf eigene Streitkräfte betonte. Viele der Abgeordneten, die die Souveränitätserklärung unterstützt hatten, darunter auch Krawtschuk, dachten allerdings im Traume nicht an eine unabhängige Ukraine, sondern unterstützten Gorbatschows Projekt eines Unionsvertrages, der das Verhältnis von Zentrum und Republiken auf eine neue Grundlage stellen sollte.

Derartige Pläne wiederum lehnten die überzeugten Oppositionellen rundweg ab. Für sie hatte auch eine „erneuerte Sowjetunion“ keine Zukunft mehr. Von Verbündeten Gorbatschows in der Anfangszeit der Perestrojka waren sie zu Gegnern des Reformers geworden. Ruch tilgte auf seinem zweiten Kongress im Herbst den Zusatz „. . .für die Perestrojka“ aus seinem Namen. Nicht mehr „Souveränität“, sondern „nezaleschnist“ (Unabhängigkeit), wurde nun offen als politisches Ziel genannt. Damit war Ruch endgültig auf die Linie der baltischen Unabhängigkeitsbewegungen eingeschwenkt. Im Oktober 1990 kam es in der gesamten Ukraine zu Studentenstreiks und Massendemonstrationen.

Den Studenten, die im Zentrum Kiews einen Hungerstreik begonnen hatten, schlossen sich innerhalb kürzester Zeit immer mehr Demonstranten an. Ihre Hauptforderungen: „Nein zum Unionsvertrag!“ und „Weg mit Krawtschuk und Masol!“ (dem damaligen Ministerpräsidenten). Als der Hungerstreik bedrohliche Ausmaße annahm, erfüllte die Regierung eine der Forderungen — Masol trat zurück. Krawtschuk blieb im Amt und versuchte, der Opposition den Schneid abzukaufen, indem er ihre Forderungen (jedoch nicht das Verlangen nach völliger Unabhängigkeit) teilweise übernahm. Bei den Verhandlungen zum Unionsvertrag beharrte die ukrainische Seite hinfort immer häufiger auf ihren Positionen. Im Sommer 1991 war der von der ukrainischen Opposition abgelehnte Unionsvertrag endlich unterschriftsreif. Noch im März desselben Jahres hatte sich eine Mehrheit der ukrainischen Stimmberechtigten in einem (unionsweiten) Referendum für den Erhalt der Sowjetunion ausgesprochen; ein zweites Referendum über eine weit reichende ukrainische Souveränität erzielte allerdings einen wesentlich höheren Anteil an Ja- Stimmen. Die Westukrainer waren der Abstimmung nahezu geschlossen ferngeblieben. Alles in allem war der Fortbestand der Union in der Ukraine eine genügende, aber keinesfalls begeisterte Zustimmung gesichert. Das ukrainische Parlament trug dieser unsicheren Stimmung Rechnung, als es im Juni die endgültige Entscheidung über einen ukrainischen Beitritt zum Unionsvertrag auf den Herbst verschob.

Zur Entscheidung kam es nicht mehr: Am 19. August putschten in Moskau Militärs, KGB und Konservative, Gorbatschow wurde in seinem Ferienort auf der Krim festgesetzt. Im Gegensatz zum russischen Präsidenten Elzin, der von Anfing an den Putschisten offen entgegentrat, verhielt sich der ukrainische Parlamentspräsident Krawtschuk abwartend. Der Putsch wurde zur Angelegenheit Russlands erklärt, obwohl auch vor Kiew Panzer zusammengezogen wurden. In der ukrainischen Hauptstadt herrschte bis auf vereinzelte Proteste Ruhe, nur in der Westukraine kam es zu größeren Demonstrationen gegen die Putschisten. Vier Tage später war der Staatsstreich zusammengebrochen — dank dem Moskauer Widerstand, nicht durch Verdienst Krawtschuks.

Das alte System hatte sich im Zentrum selbst liquidiert, in der zweitgrößten Sowjetrepublik zog man die Konsequenzen: keine Union, kein Vertrag — am 24. August erklärte sich die Ukraine per Parlamentsbeschluss zum unabhängigen Staat. Krawtschuk hatte vorher seine Parteiämter niedergelegt und war aus der KPU ausgetreten. Am 1. September wurde die Tätigkeit der Kommunistischen Partei auf dem Gebiet der Ukraine verboten.[128]

[128] K. Bachmann, Keine Fahrkarten für die Ukrainer. Ein Symposium der ukrainischen Minderheit in Krakau, in: taz v. 18.05.1991; dies., Polen fürchten die Ukraine mehr als Deutschland, in: Kölner Stadt- Anzeiger v. 10.3.1992; E. Lüdemann, Bewegung in der Ukraine – von der „Ukrainisierung“ zur Unabhängigkeit, in: Osteuropa 40 (1990), S. 833-848; D.R. Marples, Ukraine Under Perestrojka. Ecology, Economocs and the Worker’s Revolt, London 1991; J.

Die halbjährige Tätigkeit des von den Kommunisten kontrollierten Parlaments und der Regierung bestätigten den halbherzigen, taktischen Charakter der von den Kommunisten verabschiedeten Souveränitätsdeklaration. Insbesondere wurde dies an den Ereignissen vom September und Oktober 1990 sichtbar, als die kommunistische Mehrheit im Parlament den Vorschlag des Volksrats, der Souveränitätsdeklaration verfassungsmäßigen Status zu geben, ablehnte. Und schließlich noch ein interessantes Detail: Man hätte erwarten können, dass Iwaschko, der doch als erster unter den ukrainischen Parteiführern die Souveränitätsfrage angesprochen und die KPU im Sommer 1990 zu deren Annahme geführt hatte, sich als Führer eines reformorientierten nationalkommunistischen Flügels profilieren wollte.

Der Verlauf seiner Karriere lehrt uns das Gegenteil. Iwaschko, der auf dem 28. Parteitag von Gorbatschow zu seinem Stellvertreter ernannt wurde, hielt es nicht einmal für notwendig, das ukrainische Parlament rechtzeitig davon zu unterrichten. Seiner Überzeugung treu geblieben, verurteilte er auch im August 1991 die Putschisten nicht.[129] Das oben gesagte läuft darauf hinaus, dass die ganze Souveränitätskonzeption und Deklaration nur ein taktisches Täuschungsmanöver der KPU und der KPdSU waren.

Dass dies eine doppelte Taktik der KPU und der KPdSU war, beweisen solche klassische politische Affären wie Gorbatschows Haltung zu der Invasion der Roten Armee in Baltikum sowie der operettenhaft verlaufende Putsch im August 1991. (Falin, ein Gefolgsmann Gorbatschows, bestätigte, dass der August- Putsch mit Gorbatschows Einverständnis durchgeführt wurde. Ferner geht aus den Gerichtsunterlagen über die Putschistenprozesse hervor, dass auf Gorbatschows Anordnung 1991 mehrere Konzeptionen zur Einführung eines Ausnahmezustandes ausgearbeitet worden waren.) Eine qualitative Bewegung im Transformationsprozess konnte es auch in der Ukraine nicht geben, solange in der KPU sowie deren Parteiführung Differenzierungsprozesse in Form von Reformkommunisten fehlten.

Scherbak, Protokolle einer Katastrophe, Frankfurt 1988; G. Simon, Was wird aus der Ukraine? Probleme der staatlichen, nationalen und kirchlichen Einheit, in: Herder- Korrespondenz 47 (1993), H. 2, S. 96-102.

[129] Nesavisimaja Gazeta, 29. Januar 1991.

Zusammenfassung

Eine Besonderheit der politischen Transformation in der Ukraine ist, dass ein Systemwechsel ohne Elitenaustausch stattgefunden hat. Waren 1990 / 1991 die gemäßigte demokratische Opposition, die Volksbewegung Ruch und die mit ihr verbundene Parteien sowie die Hardliner, die durch die Imperialkommunisten vertreten waren, und schließlich der Reformflügel der KPU, die sogenannten Souveränkommunisten, die wichtigsten politischen Akteure (die rechts-nationalistische Opposition war eher kümmerlich), so begann 1992 eine neue Phase, die sich stimulierend auf den Differenzierungsprozess der politischen Akteure und ihre Suche nach einer neuen Taktik und Strategie auswirkte. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine nahm die Differenzierung der alten Nomenklatura- Elite verstärkt zu, die damit ihre frühere Einheit verlor.

Der konkrete Verlauf der Transformation in der Ukraine bestätigt Terry Karls These, nach der die Dynamik sowie die Art und Weise des Transformationsverlaufs sich sowohl auf die Institutionalisierung des neuen politischen Regimes als auch auf die Stabilität und Konsolidierung der Demokratie auswirkt.[130] Das geschlossene monolithische Auftreten der wichtigsten politischen Kraft, der KPU sowie die Schwäche der Opposition hatten zur Folge, dass der Transformationsprozess 1989/1991 in der Ukraine sich auf eine spezifische Art und Weise vollzog. Im Tausch gegen die Unabhängigkeit, die die nationaldemokratische Opposition gefordert hatte, gelang es den Souveränkommunisten und dem alten Staatsapparat, ihre politischen Positionen zu halten.

Die Mehrheit der Transformationstheoretiker geht davon aus, dass so ein allmählicher, reformerischer Typ der Transformation vielversprechende Chancen habe, mit der Zeit eine stabile Demokratie zu errichten. Andererseits hat solch ein Modell zur Folge, dass der dominierende Machteinfluss der Nomenklatura den Transformationsprozess lähmt, so dass die Institutionalisierungs- und Konsolidierungsphase sehr schwerfällig verlaufen und lang andauern wird.

Aus der oben durchgeführten Analyse der Besonderheiten der politischen Transformation 1989/1991 in der Ukraine lasse sich folgende Thesen formulieren:

1. Es ist unmöglich, eine Transformation verschiedener Elemente der Gesellschaftsstruktur durchzuführen, ohne gleichzeitig die Existenz des ukrainischen Staates selbst zu gefährden.

[130] Schmitter, Philippe C./Karl, Terry: The Types of Democracy Emerging in Southern and Eastern Europe and South and Central America, in: Volten, P. M. (Hrsg.): Bound to Change, Consolidating Democracy in East Central Europe, New York, 1992, S. 61.

2. Die wichtigste Aufgabe, die die Ukraine dringend lösen musste, war die, zuerst mit der Institutionalisierungsphase der staatlichen Machtorgane zu beginnen, um mit deren Hilfe als nächsten Schritt den Formierungsprozess des vollwertigen Nationalstaates zu Ende zu führen.
3. Bei den Analysen der ukrainischen Transformation 1989/91 sollten die historischen Voraussetzungen, unter denen sich die ukrainische Gesellschaft entwickelte und das vorherige Regime funktionierte, mehr Beachtung finden. Es ist richtig, dass die Demokratie ohne Konfliktstrukturen in der Gesellschaft nicht möglich ist. Damit aber diese Konflikte zur Demokratie führen und nicht zum Zusammenbruch, ist ein bestimmter Vorrat an Stärke des gesellschaftlichen Organismus nötig. Mit anderen Worten, eine erfolgreiche Demokratie kann nur im Rahmen eines schon vorhandenen Nationalstaates erzielt werden. Natürlich können Anfänge einer Transformation und Modernisierung unter unterschiedlichen Voraussetzungen beginnen, so auch in der Ukraine 1989/91. Aber nur Gesellschaften, die moderne Nationen darstellen, sind in der Lage, hochentwickelte Formen der Demokratie und Ökonomie aufzubauen.
4. Die letzte These betrifft die Formen des Nationalismus. Das Vorhandensein einer bedeutsamen russischen Minderheit in der Ukraine kann theoretisch die Formierung des Nationalstaates nicht gefährden. Offenbar lag das Problem nicht an dem Anteil der russischen Bevölkerung bzw. einer russischen Minderheit überhaupt, sondern in dem schwach entwickelten kulturellen und politischen Potential des ukrainischen demokratischen Nationalismus und in dem unvollendeten Prozess einer vollständig entwickelten Nation im Osten und im Süden des Landes.

Schon bei oberflächlicher Betrachtung der Besonderheiten der ukrainischen Gesellschaft und ihrer Transformation sowie dem Vergleich mit analogen Prozessen in Russland, wird die Rolle zweier unterschiedlicher Typen der Demokratie sichtbar. Der ukrainische Nationalismus, der sich 1989/1991 eher durch einen defensiven Charakter auszeichnete und demokratisch orientiert war. Im Gegensatz dazu war der russische Nationalismus revanchistisch, imperialistisch, auf außerhalb Russlands liegende Interessen gerichtet und verbindet die linken und die rechten Kräfte.

Anhand der hier durchgeführten Analyse kommt man zu dem Schluss, dass in der Ukraine 1989/91 mit einer sehr schwierigen und lang andauernden Transformation zu rechnen war.

IV. Ukraine auf dem Weg zur Demokratie. Dimensionen 1991- 2004 :

a) Frage der Staatlichkeit : politische Identität als Voraussetzung

Die komplizierte internationale Vergangenheit der Ukraine gilt als ein Erklärungsfaktor für ihre relative Rückständigkeit. Weder die radikalen Verfechter einer unabhängigen Ukraine noch die Befürworter einer „erneuerten Sowjetunion“ waren vorbereitet auf das, was sich im August 1991 ereignete. Dass ausgerechnet die konservative Allianz aus Geheimdienst, Militärs und Altkommunisten zum Geburtshelfer eines ukrainischen Staates geworden war, irritierte alle Beteiligten — nicht nur die Ukrainer, sondern auch ihre russischen Nachbarn und die internationale Staatengemeinschaft. US-Präsident George Bush hatte noch im Juni die Ukrainer vor einem allzu schnellen Vorpreschen gewarnt und ihnen die Union Gorbatschows als gangbaren Weg empfohlen. Nun aber hatte der Putsch, organisiert von den engsten Mitarbeitern Gorbatschows, die Schwäche des sowjetischen Präsidenten offenbart und auch in den Augen der Bevölkerung sämtliche Unionspläne diskreditiert. Der Inhaber des höchsten ukrainischen Staatsamts, Parlamentspräsident Krawtschuk, erfasste die veränderte Situation schnell und entschied sich für die Linie der Opposition. Diese hatte unmittelbar nach dem Putsch im ukrainischen Parlament die Initiative übernommen. Die verschreckten und desorganisierten Kommunisten leisteten keinen Widerstand; sie folgten Krawtschuk und sorgten bei den Abstimmungen über die Unabhängigkeitserklärung und nachfolgende Gesetzesprojekte für satte Mehrheiten zugunsten der Oppositionsanträge. Für den 1. Dezember wurde ein Referendum angesetzt, in dem die Zustimmung der Bürger zur Unabhängigkeitserklärung eingeholt werden sollte. Am gleichen Tage sollten auch erstmals in der ukrainischen Geschichte Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Als aussichtsreichster Kandidat galt Krawtschuk, den die Oppositionsführer und Ex-Dissidenten Vjatsheslav Kornovil und Levko Lukjanenko herausforderten. Sie waren von Ruch und der wichtigsten Oppositionspartei, der liberalkonservativen Republikanischen Partei, aufgestellt worden. Auch unzählige Klein- und Kleinstparteien, die sich während der vergangenen eineinhalb Jahre gebildet hatten, schickten ihre eigenen Vertreter ins Rennen. Das junge ukrainische „Parteiensystem“ zeichnete sich vor allem durch Zersplitterung und Unübersichtlichkeit aus. Oft unterschieden sich die verschiedenen Parteien programmatisch kaum voneinander — für „Unabhängigkeit“, „Marktwirtschaft“, „Demokratie“ sprachen sich alle Bewerber um die Wählergunst gleichermaßen aus.

Für die Bürger der Ukraine war Politik einstweilen Personalpolitik, nicht Partei- oder Sachpolitik. Symbolfiguren wie der gewendete Kommunist Krawtschuk oder die Alt-Oppositionellen Lukjanenko und Kornovil waren es, an denen sich die Wähler orientierten. Krawtschuk als der Kandidat des Kompromisses und des Übergangs — und als der einzige Kandidat, der die Staatsmedien für seinen Wahlkampf mobilisieren konnte — hatte von Anfang an die besten Chancen. Sowohl „national" gesinnte Ukrainer, die gleichwohl einen zu radikalen Kurs der Oppositionskandidaten fürchteten, als auch die russischsprachigen Bürger der Ukraine sahen in Krawtschuk den idealen Garanten eines friedlichen Übergangs von der Sowjetrepublik zum unabhängigen Staat. Für das Heer der Funktionäre und Bürokraten war Krawtschuk das „kleinere Übel". Die Befürworter eines radikalen Wechsels und vor allem die Wähler in der Westukraine hingegen lehnten Krawtschuk als „Kandidaten des Apparates" ab und verschafften den Oppositionellen einen Achtungserfolg. Krawtschuk wurde mit solider Mehrheit zum ersten Präsidenten der Ukraine gewählt.

Viel wichtiger aber als die Präsidentschaftswahl war das Votum der Wähler für eine unabhängige Ukraine, das in allen Gebieten, selbst denen der Ostukraine, mit einer überwältigenden Mehrheit von durchschnittlich 90% zustande kam. Einzig auf der russisch dominierten Krim, deren altkommunistische Regierung im August die Putschisten offen unterstützt hatte, fiel die Zustimmung mit etwas über fünfzig Prozent knapp aus; die Wahlbeteiligung lag hier weit unter dem ukrainischen Durchschnitt. Damit war der Ausstieg der Ukraine aus der Sowjetunion besiegelt. Als erstes Land erkannte Polen den neuen Staat an; die meisten Staaten folgten im Frühjahr 1992 diesem Beispiel. Der Zerfall des Weltreichs, seit dem August 1991 durch die Unabhängigkeitserklärungen aller Republiken und den Austritt der baltischen Staaten eingeleitet, wurde zur vollendeten Tatsache.

Für Gorbatschow, der von Anfang an eine Sowjetunion ohne Ukraine für nicht vorstellbar erklärt hatte, war das „Unglück" eingetreten. Auf die Initiative Krawtschuks und Elzins gründeten die drei slawischen Republiken Weißrussland, Russland und die Ukraine kurz darauf die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (GUS), um das Auseinandergehen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion vertraglich zu regeln. Sie löste eine schon im Herbst vereinbarte Wirtschaftsunion zwischen der Zentralregierung und neun Sowjetrepubliken ab, der die Ukraine nur zögerlich beigetreten war. Der Erhalt eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und Armeekommandos sowie eine außenpolitische Abstimmung bildeten den Kern der Vereinbarungen.

Insbesondere die Ukraine trat entschieden gegen die Errichtung weitergehender supranationaler Strukturen auf, die ihre Souveränität wieder eingeschränkt hätten.

Auch die Notlösung GUS konnte nicht verhindern, was als „russischukrainischer Konflikt“ in der Folgezeit die Schlagzeilen beherrschte. Schnell wurde sichtbar, dass die Ukraine die GUS-Beziehungen so locker wie möglich gestalten wollte, während viele russische Politiker die „Gemeinschaft“ als Fortsetzung der Sowjetunion mit anderen Mitteln betrachteten. Die Spannungen mit Russland, geprägt von Streitigkeiten über Territorialfragen und Kontrolle der Streitkräfte, wurden zur ersten großen Belastungsprobe für die unabhängige Ukraine und banden Kräfte, die man an anderer Stelle, bei der Durchführung innenpolitischer und wirtschaftlicher Reformen, dringend benötigte. Schon kurz nach der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung begann sich abzuzeichnen, dass ein Großteil des politischen Spektrums in Russland einem ukrainischen Sonderweg ablehnend gegenüberstand. Immer offener meldete die Russische Föderation Anspruch auf die Rechtsnachfolge der Sowjetunion in Besitz- und Repräsentationsfragen an. Dass die Sowjetkonservativen (und auch antisowjetische russische Nationalisten wie der Schriftsteller Aleksandr Solschenizyn) die Sowjetunion meist mit Russland gleichsetzten und die Ukraine großzügig als Region Russlands betrachteten, war in der Ukraine bekannt. Selbst Gorbatschow hatte sich mehrfach ähnlich geäußert. Dass aber innerhalb kürzester Zeit auch die ursprünglichen Verbündeten der ukrainischen Opposition im Kampf gegen die konservativen Kräfte — die russischen Demokraten um Boris Elzin — den Schwenk zu russisch-patriotischen Positionen vollzogen, kam für die Ukrainer überraschend. Für den Fall, dass sich die Ukraine vollkommen von Russland lösen wolle, so verlautete aus Moskau, werde Russland sich Entscheidungen in der „Grenzfrage“ vorbehalten müssen. Zwar versuchte der russische Präsident, derartige Äußerungen abzuschwächen oder zu dementieren, war damit aber nicht sonderlich erfolgreich. Der Ausstieg und das offen demonstrierte Selbstbewusstsein der Ukraine erwiesen sich als Tatsachen, die die *classe politique* in Russland vor erhebliche Identitätsprobleme stellten. „Kiew gegen Moskau“, die alte Parole der ukrainischen Nationalisten, drohte plötzlich Gestalt anzunehmen. Angstbilder von einer undurchlässigen russisch-ukrainischen Grenze, einer durch die Westorientierung der ukrainischen „Brüder“ hervorgerufenen russischen Isolation beherrschten die Diskussion.

Die rasche Verständigung der Ukraine mit ihren westlichen Nachbarn Polen, SFR und Ungarn gab solchen Vorstellungen Auftrieb. Dabei übersah man, dass es gerade die russischen Drohungen waren, die den Befürwortern einer ukrainischen „Westintegration“ Bestätigung verschafften.

Stimmen aus dem demokratischen Lager waren sich plötzlich mit der konservativen Allianz von Slawophilen und Sowjetpatrioten einig, wenn es darum ging, die Legitimität eines ukrainischen Staates in Frage zu stellen. Gehörten nicht die Krim, der Donbas, Teile der Südukraine mit Odessa, also praktisch die halbe Ukraine, eigentlich zu Russland? Millionen Russen lebten dort, die russische Sprache dominierte. Waren nicht die Grenzen der Ukrainischen SSR erst in der Sowjet- zeit entstanden und willkürlich gezogen worden? Unterstützt wurden solche Äußerungen innerhalb der Ukraine von den verschiedenen Gruppierungen, die die Autonomisierung oder gar Abspaltung ihrer jeweiligen Region von der Ukraine befürworteten, so die „Republikanische Bewegung der Krim", die „Neurussland"- Gesellschaft in Odessa, diverse „internationalistische" oder „demokratische" Bewegungen im Donbas.

Auch im Donbas und in „Neurussland", den südukrainischen Gebieten Odessa, Mykolaiv und Cherson (wo allerdings Ukrainer die Mehrheit stellen), verloren die Verfechter einer Autonomisierung an Boden, als sich herausstellte, dass weder die prophezeite brachiale Ukrainisierung anstand noch eine massive Benachteiligung der Nichtukrainer stattfand. Schon im November 1991 hatte das ukrainische Parlament als Voraussetzung für die Anerkennung durch die EG-Staaten einen Kriterienkatalog über die Einhaltung von Menschen- und Minderheitenrechten gebilligt. Anders als in Lettland und Estland wurden in der Ukraine alle Einwohner zu vollberechtigten Staatsbürgern, die bei Inkrafttreten eines entsprechenden Staatsbürgerschaftsgesetzes ihren ersten Wohnsitz in der Ukraine hatten. Die liberale Minderheitenpolitik Kiews hatte auch im Westen des Landes erste Erfolge: für die ungarische Bevölkerung in Transkarpatien (Karpato- Ukraine) wurde mit der Budapester Regierung ein Autonomiestatus vereinbart, und auch den karpato- ukrainischen Ruthenen (Rusyny) mit ihrem ausgeprägten Regionalbewusstsein, die einen „Anschluss" an Galizien fürchteten, wurden (wirtschaftliche) Autonomierechte zugebilligt. Die ungarische Regierung hat in der letzten Zeit mehrmals auf den im osteuropäischen Vergleich vorbildlichen Charakter der ukrainischen Nationalitätenpolitik hingewiesen.[131]

Diese Erfolge ukrainischer Außen- und Minderheitenpolitik konnten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass innenpolitische Reformen, vor allem im Bereich der Wirtschaft, nur schleppend vorankamen. Der russisch-ukrainische Konflikt hatte zu einem vorübergehenden Burgfrieden großer Teile der oppositionellen Kräfte mit der Regierung geführt, die sich ja immer noch fast ausschließlich aus Vertretern des alten Apparates rekrutierte.

[131] Der Spiegel 46 (1992), Nr. 32, S. 137; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23.3.1993.

Kritischere Oppositionelle warnten davor, jetzt über Prestigefragen wie dem Streitkräftekonflikt zu vergessen, dass vor allem in der Provinz immer noch die „alten Kräfte“ regierten und der neue Ukrainische Sicherheitsdienst personell das Erbe des alten KGB angetreten hatte. Mit dem Argument, eben diese „alten Kräfte“ fern von Kiew unter Kontrolle bringen zu wollen, hatte Krawtschuk im Frühjahr 1992 die Einführung von „Präsidenten- Vertretern“ auf Kreis- und Regionalebene durchgesetzt. Faktisch handelte es sich um Statthalter Kiews, die an den lokalen Parlamenten vorbei das Handeln der Exekutive überwachen sollten. Kritiker wiesen auf die Gefahr einer totalen Entmachtung der Regionen zugunsten des Zentrums hin, zumal außerdem viele der 24 von Krawtschuk ernannten „Vertreter“ als Repräsentanten des alten Apparates galten. Vjatsheslav Kornovil, bis dahin Vorsitzender des Lemberger Gebietsparlaments, trat aus Protest gegen diese Bevormundung der lokalen Legislative zurück.

Das Fehlen von Reformkonzepten für die darniederliegende ukrainische Wirtschaft bei gleichzeitiger überhasteter Planung einer eigenen Währung war nach Meinung vieler die wirkliche Gefahr, die den jungen Staat bedrohte. Preiserhöhungen und galoppierende Inflation, die auch durch die Einführung einer Kupon- Parallelwährung im Winter 1991/92 nicht gestoppt werden konnte, belasteten die Bevölkerung. Während die Ukraine aufgrund der gemeinsamen Rubel-Währung und der russischen Energielieferungen faktisch abhängig von Russland und dessen wirtschaftspolitischen Entscheidungen blieb, wurde in zermürbenden Prestigekonflikten Zeit für eine Koordinierung der Reformanstrengungen vertan — so die Kritik von Wirtschaftsspezialisten und Opposition.

Keine rosigen Aussichten also für die unabhängige Ukraine im zweiten Jahr ihres Bestehens. Während die politischen Konflikte, die die erste Jahreshälfte 1992 prägten, einstweilen unter Kontrolle zu sein scheinen, steht das Land wie alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion vor immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die innenpolitische Lage zu destabilisieren drohen. Die Demokratisierung befindet sich immer noch in der Anfangsphase, das ungeklärte Verhältnis zum Nachbarn Russland birgt nach wie vor ein erhebliches Konfliktpotential.

Die Ukraine ist erpressbar: schon mehrfach machten russische Politiker Öl- und Gaslieferungen, ohne die die ukrainische Wirtschaft nicht überleben kann, vom politischen Wohlverhalten des jungen Staates abhängig. Die unklare rechtliche Situation und fehlende Anreize schrecken dringend benötigte ausländische Investoren ab. Die Konversion der gigantischen Rüstungskonzerne stellt die Ukraine vor ungeahnte Probleme.

Der „militärisch-industrielle Komplex“ hat nach wie vor eine starke Lobby in der Regierung und stellt seit dem Oktober 1992 mit Leonid Kutschma, früher Direktor des Raketenwerks *Juschmas*, auch den ukrainischen Ministerpräsidenten.

Seit zehn Jahren regierte Präsident Leonid Kutschma eigenmächtig die Ukraine, deren gesamtes Staatssystem von der umfassenden Transformation geschwächt war. Der internationalen Kritik erscheinen seit je Begriffe wie Korruption, Clanwirtschaft, Verletzung der Bürgerrechte, Medienlenkung bis hin zum Erlass der Mordbefehle gegen Oppositionelle und Journalisten mit der Regierungsära Kutschmas konform.
Die Zivilcourage der ukrainischen Bevölkerung wurde dabei in den westlichen Ländern stark bemängelt, bis die friedlichen Massenproteste in der Ukraine seit November 2004 drei intensive Wochen lang die Regierung und ihre Praktiken boykotierten. Die übrige Welt beobachtete die hartnäckigen ukrainischen Proteste mit Hochachtung.
In den letzten vierzehn Jahren entwickelte sich die Ukraine unter der Führung des Präsidenten Leonid Kutschma zu einem autoritären System mit einer stark ausgeprägten Präsidialvertikale. Nicht nur Kutschma sondern auch die regierungsnahe Umgebung haben zum verzögerten Demokratisierungsprozess in dieser schwierigen Transformationsphase beigetragen. Eine Bilanz der Kutschma-Ära wird in diesem Kapitel anhand von den für die Herausbildung eines demokratischen Staates notwendigen Kriterien gezogen. Dies sind: demokratischer Aufbau des politischen Systems, funktionierende Verfassung, politische Partizipation, Gewährung der Medienfreiheit, Achtung der bürgerlichen Freiheit und Menschenrechte und die aktive Zivilgesellschaft.

b) Politisches System

Die in einem langwierigen Verfassungsgebungsprozess entstandene ukrainische Verfassung von 1996 stellt ein präsidial- parlamentarisches System mit einem relativ ausgewogenen Verhältnis zwischen Parlament und Präsident dar. Der Präsident, der „direkt vom Volk gewählt (wird), hat unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, das Parlament aufzulösen“[132] und verfügt über eigene legislative Kompetenzen. Seine Regierung ist vom Vertrauen des Parlaments abhängig. Ein Drittel der Verfassungskapitel ist den individuellen Rechten und Pflichten der Bürger gewidmet, die direkt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention übernommen wurden.

[132] Bos 2004, 476.

Die politischen Institutionen in der Ukraine sollen demzufolge formal demokratisch sein. Die politische Praxis setzt jedoch die Methoden des altbekannten Nomenklaturstaates ein.[133]

Die Zentralmachtstrukturen in der Ukraine[134] sind zwar mit den bekannten Praktiken eines Einheitsstaates, wie Erpressung und Manipulation, weitgehend erfolgreich gewesen, sie mussten jedoch die Macht mit den in den 1990er Jahren aufgekommenen neuen Wirtschafteliten teilen. Kutschma geriet mit der Zeit in die Abhängigkeit von seiner von verschiedenen Interessen geprägten Umgebung. „Ein Großteil der Parteien sind lediglich Lobby- Gruppen einzelner Oligarchen und Finanzkonglomerate“[135], die kein Interesse an der Reformierung des Landes und an der Annäherung an die europäischen demokratischen Grundwerte hatten. Vor dem Hintergrund der staatlichen Intransparenz, Korruption und verworrenen Bündnissen zwischen Politik und Wirtschaft hatte Kutschma zwar eine starke Herrschaft aufgebaut, diese hatte sich jedoch nicht als stark genug erwiesen, um Aktivitäten der wiederstandswilligen ukrainischen Opposition gänzlich einzuschränken. Beispielhaft für Kutschmas Einschränkungsversuche sind Änderungen in der Verfassung in den Jahren 2000 und 2002.

Im ersten fall in Form eines Referendums für die Zustimmung der Bevölkerung zur Erweiterung präsidialer Vollmacht und Schwächungen des Parlaments mit Hilfe der präsidententreuen Medien. Dieser Versuch scheiterte jedoch an dem parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen. Im zweiten Fall, als die Gefahr der oppositionellen Machtübernahme drohte, versuchte Kutschma die verfassungsrechtliche Stellung des zukünftigen Präsidenten zu schwächen und die des Parlaments zu stärken – allerdings auch ohne Erfolg.

Diese widersprüchlichen Versuche der Verfassungsänderung kollidierten weitgehend mit einigen Punkten der Grundsatzprogramme der Kutschma – Koalitionsparteien.

„Das ukrainische Parlament wurde mit der Zeit zu einem „Sammelbecken“ für jene politischen Kräfte, die zur Opposition gehörten und für diejenigen, die sich von der Staatsmacht distanzierten und an den Rand des politischen Geschehens gedrängt wurden“.[136] Ein Teil der Abgeordneten hatte ihr Mandat der „Partei der Staatsmacht“ zu verdanken. Der andere Teil hätte sich ohne die direkte Wähler- Unterstützung nicht behaupten können.[137] Solche letzten regimekritischen Kräfte konzentrierten insgesamt die Hälfte der Stimmen im gespaltenen ukrainischen Parlament und bildeten somit eine gewichtige Kontrollinstanz.

[133] Zum Begriff „postsowjetische Fassadendemokratie“ siehe Rjabtschuk 2005, 8.
[134] Zu den Zentralmachtstrukturen zählen der Staatsapparat, der Präsident, Sicherheitskräfte, Steuerbeamte sowie einige der administrativen Verwaltungsstrukturen.
[135] Simon 2005, 20.
[136] Razumkow- Zentrum 2003, 5.
[137] Derhatschow 2003, 19.

Schließlich war zum Zeitpunkt der ukrainischen Präsidentschaftswahl 2004 ein „labiles bis chaotisches Institutionengefüge“[138] entstanden, das allerdings durch seine Instabilität eine für die Zukunft offene Situation bewahren konnte.

c) Verfassungsentwicklung / Umriss des Verfassungssystems: Präsidial-parlamentarisches System

Die Ukraine will ein zivilisierter Rechtsstaat sein. Natürlich möchte sie ein Grundgesetz haben, das dem demokratischen Standard des modernen Konstitutionalismus entspricht.

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassungsgrundlage in der Ukraine hat bereits im Jahr 1990 begonnen, fand aber seinen Abschluss erst am 28.6.1996, fünf Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion. Zentrale Streitpunkte in der Verfassungsdiskussion waren die Form und Funktion des Parlaments (insbesondere die Frage, ob das Parlament aus einer oder zwei Kammern bestehen sollte), die Rolle des Präsidenten, die Definition des Volkes der Ukraine, der Status der russischen Sprache und die Frage der Verankerung sozialer Grundrechte.[139] Dass die Zustimmung der Abgeordneten keinesfalls einem Konsens über die Ausgestaltung der neuen Verfassungsordnung entsprang, zeigte sich bereits wenige Tage nach der Abstimmung. Auch Präsident Kutschma machte deutlich, dass er mit dem erzielten Ergebnis nicht zufrieden war.

Das in der Verfassung der Ukraine verankerte Regierungssystem spiegelt den im langwierigen und konfliktreichen Verfassungsgebungsprozess mühsam erreichten Kompromiss zwischen Parlament und Präsident wider.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Verfassung in der politischen Praxis ist festzustellen, dass in der Ukraine generell noch typische Praktiken des Nomenklaturstaates ihre Fortsetzung finden.

Seit seinem Amtsantritt im Juni 1994 appellierte Präsident Kutschma wiederholt an das Volk, um seine politische Ziele durchzusetzen.

Die im Herbst eingesetzte Verfassungskommission bildete im Dezember 1995 einen Arbeitsausschuss aus Experten, der die Verfassungsentwürfe, die vom Präsidenten, vom Parlament und von einzelnen Fraktionen eingebracht worden waren, zu einen einheitlichen Verfassungstext zusammenzufassen hatte. Am 11. März 1996 legte er der Verfassungskommission einen neuen Verfassungsentwurf vor, der nach heftiger Diskussion die Zustimmung der Verfassungskommission fand und dem Parlament zugeleitet wurde.

[138] Razumkow- Zentrum 2003, 5.
[139] Bos, 2004, 450.

Im April 1996 begannen im Parlament die Beratungen über eine neue Verfassung. Da sich die Abgeordneten nicht einigen konnten, wurde eine Schlichtungskommission eingesetzt, in der alle Parlamentsfraktionen vertreten waren, mit der Aufgabe, den Entwurf der Verfassungskommission nachzubessern.

Ende Mai 1996 legte die Schlichtungskommission einen neuen Verfassungsentwurf vor, der am 4. Juni 1996 in der ersten Lesung mit einfacher Mehrheit angenommen wurde.

Allerdings stellten die Abgeordneten dabei 3 000 neue Änderungsanträge, die von der Schlichtungskommission überprüft wurden. Am 21. Juni 1996 begann das Parlament mit der zweiten Lesung. Am 26. Juni übte Kutschma Druck auf das Parlament aus, in dem er per Dekret für den 25. September 1996 ein Referendum über den alten präsidentenfreundlichen Verfassungsentwurf ansetzte (Installierung eines Zweikammerparlaments, Ausstattung des Präsidenten mit zusätzlichen Vollmachten hinsichtlich der Auflösung des Parlaments, Abschaffung der Abgeordnetenimmunität). Zwei Tage später, am 28. Juni 1996, nahm das Parlament den Verfassungsentwurf in der Kompromissvariante mit Zwei- Drittel- Mehrheit an[140]. Somit ersetzte die Ukraine als letzter GUS- Staat eine sowjetische durch eine postkommunistische Verfassung[141].

Verfassungsaufbau

Die neue Verfassung von 1996[142] ist folgendermaßen gegliedert:

Präambel,

Abschnitt I: Allgemeine Bestimmungen (Art. 1-20),

Abschnitt II: Die Rechte, Freiheiten und Pflichten des Menschen und des Bürgers (Art. 21-68),

Abschnitt III: Wahlen. Referendum (Art. 69-74),

Abschnitt IV: Der Oberste Rat der Ukraine (Art. 75-101),

Abschnitt V: Der Präsident der Ukraine (Art. 102-112),

Abschnitt VI: Das Ministerkabinett der Ukraine. Andere Organe der vollziehenden Gewalt (Art. 113-120),

[140] Ott ,Alexander, 1999,S. 35-37, Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998. Köln.
Ott, Alexander, 2002, S. 87, Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane? In: Simon, Gerhard (Hrsg.), Die neue Ukraine. Gesellschaft- Wirtschaft- Politik (1991- 2001). Köln, Weimar, Wien, S. 75-98.

[141] Luchterhand, Otto, 2002, Präsidentialismus in den GUS- Staaten, in: Luchterhand, Otto (Hrsg.), Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen. 2., aktualisierte Auflage. Berlin, S.225-371.

[142] Die Verfassung ist im Anhang im Volltext in deutscher Übersetzung abgedruckt.

Abschnitt VII: Die Staatsanwaltschaft (Art. 121-123),

Abschnitt VIII: Rechtsprechung (Art. 124-131),

Abschnitt IX: Die territoriale Gliederung der Ukraine (Art. 132-133),

Abschnitt X: Die autonome Republik Krim (Art. 134-139),

Abschnitt XI: Örtliche Selbstverwaltung (Art. 140-146),

Abschnitt XII: Das Verfassungsgericht der Ukraine (Art. 147-153),

Abschnitt XIII: Einbringung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine (Art. 154-159),

Abschnitt XIV: Schlussbestimmungen (Art. 160-161),

Abschnitt XV: Übergangsbestimmungen.

Zweiter Abschnitt: Schluss- und Übergangsbestimmungen.

Verfassungsänderungen

Bei der Frage der Änderungen der ukrainischen Verfassung unterscheidet die ukrainische Konstitution drei Gruppen von Artikeln bzw. Änderungsmöglichkeiten:

- der Bestimmungen über die Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger, über die Unabhängigkeit der Ukraine und über die territoriale Integrität des Landes;
- die Kernbestimmungen der Verfassung in den Abschnitten I „Allgemeine Bestimmungen“, III „Wahlen. Volksabstimmungen“ und XIII „Einbringung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine“ und
- den übrigen Artikeln.

Die Verfassung darf nicht geändert werden, wenn die Änderungen die Aufhebung oder Beschränkung der Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger vorsehen oder auf die Beseitigung der Unabhängigkeit oder die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine gerichtet sind (Art. 157).

Bei den Verfassungsänderungen wird zwischen den Essentials der Verfassung und den übrigen Bestimmungen unterschieden. Die Kernbestimmungen der Verfassung umfassen den Abschnitt I „Allgemeine Bestimmungen“, den Abschnitt III „Wahlen. Volksabstimmung“ und den Abschnitt XIII „Einbringung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine“ (Art. 155).

Im Abschnitt mit den allgemeinen Bestimmungen wird u.a. festgelegt, dass die Ukraine ein unitarer republikanischer Staat ist (Art. 2, 5) auf der Grundlage der Teilung der Gewalten in die gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende (Art. 6), dass das Volk der Souverän ist (Art. 5), dass das Prinzip der Oberhoheit des Rechts (Art. 8) sowie die Grundsätze der politischen, ökonomischen und ideologischen Vielfalt anerkannt werden (Art. 15).

Änderungswünsche der essentiellen Artikel müssen im Parlament vom Präsidenten oder von zwei Dritteln aller Abgeordneten eingebracht werden (Art. 156).
Ein Gesetzter Entwurf zur Änderung der übrigen Verfassungsbestimmungen kann vom Präsidenten oder einem Drittel der Parlamentsabgeordneten in der Werchowna Rada eingebracht werden (Art. 154).
Die Annahme von Änderungsgesetzen erfolgt jeweils in einem zweistufigen Verfahren:

- bei den Essentials: Sie gelten als angenommen, wenn zwei Drittel aller Abgeordneten ihnen zustimmen und wenn dieses Votum durch ein gesamtukrainisches Referendum bestätigt wird, das vom Präsidenten anberaumt wird. Die Mindestbeteilung am Referendum beträgt 50% (bei einem Referendum über die Auflösung des Parlaments oder die Auflösung des Präsidenten zwei Drittel der Wahlberechtigten), die Zustimmung mindestens 50% plus eine Stimme.
- bei den übrigen Artikeln: Der Gesetzentwurf gilt als angenommen, wenn die Mehrheit der Abgeordneten ihm zustimmt und wenn sich in der nächsten turnusmäßigen Sitzungsperiode des Parlaments zwei Drittel der Abgeordneten dafür aussprechen (Art. 155).

Beim Einbringen von Änderungsgesetzten müssen zwei Bedingungen bzw. Einschränkungen beachtet werden:

- eine verfahrensmäßige Bedingung: Vor der Behandlung eines Gesetzentwurfs über die Änderung und Ergänzung der Verfassung im Parlament muss ein Gutachten des Verfassungsgerichts vorliegen, das die Übereinstimmung des Gesetzentwurfs mit den Verfassungsbestimmungen über die Änderung der Verfassung feststellt (Art. 159).
- eine zeitliche Einschränkung: Unter den Bedingungen des Kriegs- oder Ausnahmezustandes darf die Verfassung nicht geändert werden (Art. 157).

Wenn die Verfassungsänderung nicht angenommen wurde, ist ein erneutes Einbringen der Änderungsvorlage nur in einem gewissen zeitlichen Abstand möglich:

- bei den Essentials: erst in der nächsten Legislaturperiode (Art. 156).
- bei den übrigen Artikeln: frühestens ein Jahr nach der Ablehnung (Art.158).
- Innerhalb einer Legislaturperiode darf ein und dieselbe Verfassungsbestimmung nicht zweimal geändert werden (Art. 158).

Präsident Kutschma versuchte im Jahr 2000 einen neuen Anlauf, seine Verfassungsvariante mit einer schwächeren Stellung des Parlaments mittels eines Referendums doch noch durchzusetzen, nachdem es ihm 1996 nicht gelungen war, seinen damaligen Verfassungsentwurf zu realisieren. Am 15. Januar 2000 ordnete er in einem Dekret ein Referendum zu folgenden Fragen an:

1. Sprechen Sie der Werchowna Rada der 14. Legislaturperiode (1988-2002) Ihr Misstrauen aus und treten damit auch für eine Änderung der Verfassung (Art.90) ein, wonach der Präsident die Werchowna Rada auflösen kann, falls ihr bei einem Referendum das Misstrauen ausgesprochen wird?
2. Unterstützen Sie die Ergänzung der Artikel 90 und 106 (Punkt 8), wonach der Präsident die Werchowna Rada vorzeitig auflösen kann, wenn sie nicht binnen eines Monats eine stabile parlamentarische Mehrheit bildet oder nicht binnen drei Monaten den Haushaltsentwurf der Regierung billigt?
3. Sind Sie damit einverstanden, dass die Abgeordnetenimmunität eingeschränkt und Artikel 80 entsprechend geändert wird, dem zufolge die Abgeordneten ohne Zustimmung der Werchowna Rada nicht strafrechtlich verfolgt, festgenommen und verhaftet werden dürfen?
4. Sind Sie damit einverstanden, dass die Zahl der Abgeordneten von 450 auf 300 reduziert wird und entsprechend die Verfassung (Art. 76) und das Wahlgesetz geändert werden?
5. Unterstützen Sie die Bildung eines Zweikammerparlaments, in dem eine Kammer die Interessen der Regionen vertritt, sowie eine entsprechende Verfassungsänderung und Wahlgesetzänderung?
6. Sind Sie damit einverstanden, dass die ukrainische Verfassung durch ein allukrainisches Referendum angenommen werden soll?

Von diesen sechs Fragen erklärte das Verfassungsgericht die erste (Misstrauenserklärung gegenüber dem Parlament und dessen Auflösung durch den Präsidenten) und die letzte Frage (Verfassungsänderung durch ein Referendum) nicht für verfassungskonform. Über die übrigen vier Fragen fand am 16. April 2000 das Referendum statt. Bei einer Beteiligung von 81,2% kam das Referendum rechtlich zustande. Die Zustimmung zu den vier Fragen lag (entsprechend ihrer Reihenfolge) bei 84,7%, 89,0%, 89,9% und 81,7%. Diese hohe Zustimmung ist folgendermaßen zu erklären:

- monatelange Propagierung des Referendums durch die präsidententreuen Medien,

- zum großen Teil selbstverschuldetes niedriges Ansehen des Parlaments der 14. Legislaturperiode wegen seiner Zerstrittenheit bei der Bevölkerung,
- Betriebe, Studentengruppen usw. gingen geschlossen zur Abstimmung;
- Fehlen einer geschlossenen Opposition[143].

Bereits am 25 April 2000 legte Kutschma dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Ereignisse des Referendums vor. Geändert werden sollten nur die im Referendum angesprochenen Artikel 76 (Reduzierung der Zahl der Abgeordneten von 450 auf 300), 80 (Aufhebung der Abgeordnetenimmunität), 90 und 106 (Auflösung der Werchowna Rada durch den Präsidenten, wenn sie nicht binnen eines Monats eine stabile parlamentarische Mehrheit bildet oder nicht binnen drei Monaten den Haushaltsentwurf der Regierung billigt)[144].

Das Verfassungsgericht befand am 27. Juni 2000, dass der vom Präsidenten dem Parlament vorgelegte Entwurf zur Änderung der Verfassung verfassungskonform sei. Allerdings müsste im Falle einer Revision der vier vorgesehenen Artikel eine Reihe weiterer Artikel präzisiert oder ergänzt werden.
Am 13. Juli 2000 entschied das Verfassungsgericht, dass der alternativ vom Parlament entwickelte Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung nicht verfassungskonform sei.
Der Alternativentwurf der Werchowna Rada sah die Umwandlung der Ukraine in eine parlamentarische Republik vor. Das Parlament sollte aus zwei Kammern bestehen. Das Unterhaus würde 300 Abgeordnete umfassen, die alle nach dem Verhältniswahlrecht über Parteilisten gewählt würden. Innerhalb eines Monats sollte das Unterhaus eine Mehrheit bilden, die dann den Regierungschef wählen sollte, was den Präsidenten in dieser Frage entmachten würde, der bisher den Premier mit Zustimmung des Parlaments ernennt. Das Oberhaus sollte aus 150 Abgeordneten bestehen, die nach dem Mehrheitswahlrecht in den Wahlkreisen gewählt würden. Es sollte im Gesetzgebungsprozess ein Vetorecht besitzen, den Generalstaatsanwalt wählen sowie den Staatshaushalt billigen.

[143] Ott, Alexander, 2002, S. 90-93, Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane? In: Simon, Gerhard (Hrsg.), Die neue Ukraine. Gesellschaft- Wirtschaft- Politik (1991- 2001). Köln, Weimar, Wien, S. 75-98.

[144] Ebd. S. 94 f.

Überraschenderweise stimmte noch am gleichen Tag, also am 13. Juli 2000, die Werchowna Rada dem Gesetzentwurf des Präsidenten – nicht des Parlaments – zur Änderung der Verfassung zu. Aufgrund einer schweren innenpolitischen Krise in den Jahren 2000 und 2001 (Rücktrittsforderungen an den Präsidenten wegen des Vorwurfs, die Ermordung des oppositionellen ukrainischen Journalisten Heorhij Gongadse angeordnet zu haben, und Veruntreuung von Staatsgeldern in Milliardenhöhe) wurde das Verfassungsänderungsgesetz in der präsidentialen Fassung und damit das Ergebnis des Referendums nicht umgesetzt[145]. In seiner Rede anlässlich des 11. Jahrestages der Unabhängigkeit der Ukraine am 24. August 2002 schlug Präsident Kutschma vor, die Macht des Präsidenten zu beschneiden und dem Parlament mehr Einfluss einzuräumen. Mittels Verfassungsänderung sollte erreicht werden, dass die Parlamentsmehrheit die Regierung bildet und die Verantwortung für deren Arbeit trägt.[146] Hintergrund dieses Vorschlags nach dem Sieg der oppositionellen Bewegung „Unsere Ukraina" bei den Parlamentswahlen am 31. März 2002 war wohl die Überlegung Kutschmas, dass bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2004 eventuell der Führer dieser Bewegung Juschtschenko siegen könnte. Er sollte dann ein machtpolitisch geschmälertes Präsidentenamt antreten.

In einer Fernsehrede präzisierte Kutschma am 5. März 2003 seine Vorschläge für den Übergang von einem „präsidial- parlamentarischen zu einem parlamentarisch- präsidialen Regierungssystem" und legte am 6. März 2003 dem Parlament einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Danach soll die Regierung vom Parlament gebildet werden. Das Parlament wählt den Regierungschef, der vom Präsidenten vorgeschlagen wird. Der Präsident will nur noch die ihm besonders zugeordneten Minister für Verteidigung, Äußeres, Inneres und Katastrophenschutz ernennen.

Auf der anderen Seite soll der Präsident das Recht haben, das Parlament aufzulösen, wenn keine Mehrheit zustande kommt, keine Regierung gebildet und der Staatshaushalt nicht fristgerecht verabschiedet wird.

Ferner wollte Kutschma eine zweite Parlamentskammer, das Oberhaus, aus Vertretern der Regionen einrichten, Das bisherige Parlament, das Unterhaus, sollte von 450 auf 300 Abgeordnete reduziert werden. In das Oberhaus mit dem Namen „Kammer der Regionen" sollten die 27 Verwaltungsgebiete (24 Gebiete, das Autonomie Gebiet KRIM und die Städte Kiew und Sewastopol) jeweils drei Vertreter entsenden.

[145]Ott, Alexander, 2002, S. 93-97, Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane? In: Simon, Gerhard (Hrsg.), Die neue Ukraine. Gesellschaft- Wirtschaft- Politik (1991- 2001). Köln, Weimar, Wien, S. 75-98.

[146] UKRINFORM, 24.8.2002.

Dieser Kammer sollte auch der ehemalige Präsident auf Lebenszeit angehören, der auf diese Weise Immunität erlangen würde.

An das Oberhaus, das nicht gewählt wäre, sollten 66 Kompetenzen des Unterhauses übergehen. Bei der Werchowna Rada verblieben nur noch vier.[147] Die Mitglieder des Oberhauses wurden nicht gewählt, sondern von den Regionen entsandt. Es dürften meistens die regionalen Oligarchen sein, welche die Interessen Kutschmas vertreten.

Damit sich die Ukraine nicht im ständigen Wahlkampf befindet, sollten die Wahlen nur alle fünf Jahre stattfinden und dann alle innerhalb eines Jahres: die Präsidenten- und die Parlamentswahl sowie die Wahl zu den kommunalen Vertretungsorganen.[148] Ferner sollte die gegenwärtige Legislaturperiode um ein Jahr verlängert werden, um die Abgeordneten geneigter zu machen, diese Gesetz anzunehmen. Das würde die Verlängerung der Amtszeit von Kutschma um drei Jahre bis zum 2007 bedeuten.[149]

Aufgrund der starken Kritik seiner Verfassungsänderungsvorschläge modifizierte Kutschma diese und brachte sie am 20. Juni 2003 als Gesetzentwurf im Parlament ein.[150] Seine Vorschläge, in der Ukraine eine zweite Parlamentskammer einzuführen, sowie die Zahl der Parlamentsabgeordneten zu reduzieren, ließ er fallen.

Die Norm, Gesetze durch Volksbefragungen direkt zu verabschieden, lehnte er nach wie vor ab.

Hinsichtlich der Regierungsbildung sollte folgende Regelung gelten: Der Präsident schlägt dem Parlament den Kandidaten für das Amt des Premierministers auf Vorschlag seiner Parlamentsmehrheit vor. Das Parlament ernennt die Regierungsmitglieder bis auf den Außen-, den Verteidigungs- und den Innenminister sowie die Leiter des Sicherheitsdienstes (SBU), des staatlichen Komitees zum Schutz der Staatsgrenze, die staatlichen Zolldienstes und der Staatlichen Steuerverwaltung.

Bezüglich des Parlaments wollte der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen:

- falls in der Werchowna Rada innerhalb eines Monats kein ständig arbeitende Parlamentsmehrheit zustande kommt,
- falls innerhalb von 60 Tagen nach einer Entlassung des Ministerkabinetts keine Regierung gebildet wird,
- falls jeweils bis zum 1. Dezember das Parlament keinen Staatshaushalt für das kommende Jahr verabschiedet.

[147] Der SPU- Vorsitzender Oleksandr Moros in einem Vortrag am 22.5.2003 in Berlin.
[148] Korespondent, 6.3.2002.
[149] Die ukrainische Oppositionspolitikerin Julija Tymoschenko in einem Interview mit der Deutschen Welle (Ukrainisches Programm) am 19.5.2003.
[150] President.gov.ua.ukrain.,19.6.2003.

Festhalten wollte Kutschma an seinem Vorschlag, die Wahlen des Präsidenten, des Parlaments und der örtlichen Selbstverwaltung in einem Jahr abzuhalten.
Der Termin der Präsidentenwahl 2004 sollte allerdings nicht geändert werden. Wann zum fünfjährigen Zyklus all dieser Wahlen übergangen wurde, sollte das Parlament entscheiden.
Im April 2004 scheiterte die Verfassungsreform im Parlament. Es fehlten elf Stimmen. Am 22. Juni 2004 wurde über die Verfassungsänderung in der Werchowna Rada unter einer neuen Nummer der Vorlage erneut abgestimmt und in der ersten Lesung mit 276 Stimmen angenommen. Auf diese Weise wurde versucht, die Verfassungsbestimmung zu umgehen (Art. 158), die besagt, dass eine Verfassungsänderung frühestens ein Jahr nach ihrer Ablehnung erneut in das Parlament eingebracht werden darf. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2004 wurde dann diese Verfassungsänderung nicht weiter verfolgt.
Als Ergebnis der „orangenen" Revolution nahm die Werchowna Rada am 8. Dezember 2004 ein umfassendes Verfassungsänderungsgesetz an[151], welches das Parlament und die Regierung auf Kosten der Präsidialmacht stärkte. Durch diese Verfassungsänderung wird die Ukraine vom politischen System her zum Vorbild für alle anderen GUS- Staaten.

d) Wahlregime / politische Partizipation / politische und gesellschaftliche Eliten: Die Regierung

Durch die Untersuchung der Exekutive soll überprüft werden, inwiefern die Regierung der Ukraine als Verfassungsinstitution eigenständig ist. Nach Artikel 113 der ukrainischen Verfassung ist das Ministerkabinett das höchste Exekutivorgan der Ukraine. Es besteht aus dem Premierminister der Ukraine, dem Ersten Vize- Premierminister, drei weiteren Vize-Premierministern und Ressortministern, die allesamt vom Präsidenten bestimmt werden. Der Präsident hat das alleinige Vorschlagsrecht für den Regierungschef. Das Parlament muss mit einfacher Mehrheit zustimmen (Art. 114 Verf.), hat aber dennoch wenig Einfluss auf die Exekutive, da der Präsident den Regierungschef jederzeit entlassen kann. Das Ministerkabinett ist im Vergleich zum Präsidenten und Parlament mit relativ wenig Kompetenzen ausgestattet. Artikel 116 definiert in nur zehn Punkten dessen Rechte. Eine Richtlinienkompetenz des Regierungschefs besteht nicht.[152]

[151] Zakon Ukraijny pro vnesenyja zmin do Konstitucii Ukrajiny (Gesetz zur Einführung von Änderungen in die Konstitution der Ukraine). http://zakon.rada.gov.ua/aws/main.cgi.
[152] Helmerich, 2003: S.68.

In diesem Kapitel soll überprüft werden, ob die Regierungswechsel in der Ukraine tatsächlich von einer willkürlichen Personalpolitik des Präsidenten geprägt waren und durch die Wirtschaftspolitik als vorgeschobenen Grund begründet wurden, und ob die Regierung institutionell eigenständig ist oder ein ausführendes Organ der Politik des Präsidenten und seiner Administration einnimmt. Die Regierungswechsel werden in drei Stufen untersucht. Zunächst während der Ära Krawtschuk von 1991 – 1994, daran anschließend die Regierungen der ersten Amtszeit Kutschmas von 1994 bis 1999 und die Regierungen von 1999 bis 2004.

e) Regierungen der Ära Krawtschuk

Die Einführung einer funktionierenden Marktwirtschaft in der Ukraine war und ist eine der großen politischen Herausforderungen. Dem ersten Präsidenten der Ukraine, Leonid Krawtschuk, wird für seine Amtszeit von 1991 bis 1994 ein „fehlender Plan“[153] nachgesagt. Die Wirtschaftspolitik der Ukraine kann deshalb nicht erläutert werden, ohne kurz auf den Weg in die staatliche Unabhängigkeit einzugehen und die Grundprobleme bei der Einführung der Marktwirtschaft in der Ukraine aufzuzeigen. Die folgenden Ausführungen über die Wirtschaftspolitik der einzelnen Premierminister berücksichtigten deshalb auch strukturelle Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik.

Die Werchowna Rada als Parlament (Oberster Sowjet) der Sozialistischen Sowjetrepublik der Ukraine erklärte am 24. August 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine. In einem Volksreferendum am 1. Dezember 1991 wurde die Zustimmung zur Unabhängigkeit der Ukraine mit 90,3% bestätigt[154]. Wittkowsky bezeichnet diesen „nationalen Konsens“ als „historischen Kompromiss“ zwischen drei strategischen Gruppen[155]. Die Einigung der Ukraine in der Frage der Unabhängigkeit sei auf die Verständigung der Unabhängigkeitsbewegung Ruch, der Bergarbeiter im ostukrainischen Donbas und der Gruppe der sogenannten Nomenklatura, die sich unter der Führung von Leonid Krawtschuk zu National- Kommunisten wandelten, zurückzuführen. Ruch gewann als treibende Kraft der Unabhängigkeitsbewegung nach der Gründung kontinuierlich an Bedeutung und zog schließlich bei den Wahlen zum damals noch „Obersten Sowjet“[156] mit großem Erfolg an das Parlament der USSR ein[157]. Der KPU Funktionär

[153] Vgl. Wittkowsky, 1997, S. 15.
[154] Vgl. Wittkowsky, 2000 The Ukrainian Desease: S. 2.
[155] Vgl. ebd.: S. 2f.
[156] Zu Verdeutlichung: Das Parlament der Ukraine hieß sowohl vor, als auch nach der Unabhängigkeit „Werchowna Rada“. Vor der Unabhängigkeit wird das Parlament auch als „Oberster Sowjet“ bezeichnet.
[157] Die Ruch zieht nicht selbst ein, sondern schließt sich zum „Demokratischen Block“ zusammen, da die Statuten der Ruch bis zur Regierungsfrist noch nicht durch die Wahlkommission anerkannt waren.

Krawtschuk adaptierte die Positionen der Ruch und wandelte die KPU zu einer Nationalkommunistischen Partei, die die politischen Reformen in einem „Reformprozess von oben“[158] durchführen sollte. Der aufkeimende Parlamentarismus im damals noch „Obersten Sowjet“ trug positiv zum Umdenken der KPU bei, da die kommunistische Mehrheitspartei fortan öffentlich politische Positionen begründen musste.[159] Dennoch blieb der Reformprozess in den Händen der Kommunisten, die mit ihrem Parlamentssprecher Leonid Krawtschuk das höchste Staatsamt in der USSR innehatten.

Leonid Krawtschuk wurde so im Dezember 1991 zum ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine gewählt. Der nationalen Bewegung, wie den Nationaldemokraten oder der Volksbewegung Ruch, gelang es nicht, die herrschende Elite aus ihren Positionen zu drängen, sondern sah sich selbst mit der Rolle der Opposition konfrontiert. Die Autoren D’Anieri, Kravchuk und Kuzio beschreiben diese Situation sehr treffend und zeigen gleichzeitig den Ausgangspolitik der Entwicklung der Machtstrukturen in der Ukraine auf:

„In return for national communists supporting independence, nationalists did not attempt a revolutionary removal of the ruling elite. The same people who had run the Soviet Ukrainian economy where therefore charged with creating a market economy, about which they had little knowledge an perhaps even less enthusianism.“[160]

Durch den Verbleib der alten Nomenklatura an der Spitze der unabhängigen Ukraine, blieb auch die Wirtschaftspolitik der Ukraine vom Anfang an in den Händen der Nomenklatura aus der Sowjetzeit. Diese konnte so das System zu ihrem Vorteil gestalten und ihre Klientelinteressen weiterhin bedienen. Dies sollte das Grundproblem bei der Einführung politischer Institutionen und der Marktwirtschaft unter Krawtschuk bleiben und ist ein wesentlicher Grund, warum die wirtschaftliche Reformpolitik unter Krawtschuk scheiterte.

Nach der Unabhängigkeitserklärung im August 1991 kam es zunächst zu keinen nennenswerten Reformen in der Wirtschaftspolitik. Die Reformansätze des ersten Premierministers der unabhängigen Ukraine, Witold Fokin, scheiterten. Weder Präsident noch Regierung konnten die immer rasanter ansteigende Inflation eindämmen oder der Haushaltsprobleme Herr werden. Die gescheiterte Reformpolitik kann nicht nur auf die Interessenpolitik Krawtschuks zurückgeführt werden, sondern auch auf politische und strukturelle Besonderheiten der ukrainischen Transformation, die nachfolgend kurz ausgeführt werden.

In politischer Hinsicht kann man drei Gründe für die schwache Reformpolitik nennen. Zum einen dominante Einfluss ideologischer Prägungen, die Dominanz des Staates hinsichtlich seiner

[158] Vorndran.: S. 42.
[159] Ebd. S. 43ff.
[160] Vgl. D’Anieri, Kravchuk, Kuzio, 1999: S.188.

hohen Beteiligungen an Unternehmen und ein hoher Grad an Bürokratisierung.[161] Zu Beginn der ukrainischen Transition stehen vor allem wirtschaftspolitische Besonderheiten, die noch aus dem planwirtschaftlichen Apparat der früheren Sowjetzeit stammen, im Vordergrund.

Hoffman und Siedenberg sehen die notwendigen Ansätze für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in der Ukraine nicht nur in den strukturellen Reformen wie Privatisierung und Preisliberalisierung, sondern stellen den Wettbewerbsdruck, dem Unternehmen am freien Markt ausgesetzt sind, in das Zentrum der erfolgreichen Einführung einer Marktwirtschaft.[162]

Dieser Wettbewerbsdruck entstehe durch Preisliberalisierung und Wettbewerb im nationalen Markt, welcher in erster Linie durch die Entstehung neuer Unternehmen gestützt wird. Notwendige Voraussetzung sei eine institutionelle Infrastruktur und ein Staat, der sich auf die Herstellung von Rahmenbedingungen zurücknimmt. In der Praxis ist die Ukraine in der Zeit von 1991 – 1994 nicht in der Lage, diese Reformen durchzusetzen. Rent- seeking Interessen, staatliche Regulierung der Wirtschaft, die starke Anhängigkeit von der Rubelzone und die Inflation sollen an dieser Stelle als Stichworte genannt werden, die die Defizite bei der Errichtung eines Wettbewerbmarktes begründen. Diese Defizite prägten vor allem die Amtszeit der Premierminister unter Krawtschuk: Witold Fokin, Leonid Kutschma, Juchym Swjahilsky.

Witold Fokin setzte während seiner Amtszeit als Premierminister vom April 1990 bis Oktober 1992 auf staatliche Regulierung und Produktion für Staatsaufträge[163]. Seine Wirtschaftspolitik orientierte sich somit an den planwirtschaftlichen Wirtschaftsmustern der Sowjetunion. Er versuchte zunächst, die Kontrolle über die früheren sowjetischen Betriebe zu gewinnen, indem dem er die alten Machtstrukturen übernahm. So wurde zum Beispiel einfach das frühere Plankomitee zum Wirtschaftsministerium umgestaltet. Allerdings waren damit keine strukturellen Reformen oder eine Neuausrichtung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien verbunden, was dazu führte, dass die Produktion weiterhin über zentralistische Planungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Staatsaufträge und Außenhandelsmonopole, gesteuert wurde. Dies konnte aber vor dem Hintergrund der industriellen Ausgangslage der Ukraine nicht zu der notwendigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen. Wittkowsky stellt hier drei Defizite der industriellen Ausgangslage der Ukraine als besonders kennzeichnend heraus:[164] Erstens eine überdimensionale Schwerindustrie, die eng mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verflochten war und dadurch geringe Wettbewerbspotenziale hatte und extrem

[161] Ebd. S. 166.
[162] Vgl. Siedenberg, Axel / Hofmann, Lutz, 1999: Ukraine at the crossroads. Economic Reforms in international perspective, Heidelberg, S. 13.

[163] Vgl. Wittkowsky, 1997: S. 84.
[164] Wittkowsky, 1998: S. 9.

energieintensiv produzierte. Zweitens eine Landwirtschaft, die im internationalen Vergleich Produktivitäts- und Qualitätsdefizite aufwies und drittens eine hohe Abhängigkeit von Energieimporten.
Fokin brachte vier Privatisierungsgesetze durch die Werchowna Rada, die alle nicht umgesetzt wurden. Lediglich 68 Betriebe wurden während seiner Amtszeit privatisiert. Während Fokins Nachfolger, Leonid Kutschma, dies auf die Blockade regionaler Verwaltungen zurückführte, nennt Wittkowsky als Grund für die Konkurrenz- und Blockadepolitik sogenannte „rent-seeking- Strategien“[165]. Rent- Seeking bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die verschiedenen Interessengruppen den Strukturwandel verhindern, indem sie weiterhin auf den Staat als Einkommensquelle setzen und nicht auf den freien Markt. In der politischen Folge bedeutet dies, dass die Interessengruppen um diese „Rente“ konkurrieren. Die „Rente“ setzt sich aus einer Vielzahl von staatlichen Begünstigungen zusammen. Zum Beispiel Subventionen, staatliche Kredite und Lizenzen. Um diese Tatsache begrifflich als interdependenten Zusammenhang der Verbindung fehlender Gewaltenteilung, planwirtschaftlicher Orientierung und rent- seeking Strategien klarer einzuordnen, wird dieser Zusammenhang als „verfehlter Regelkreis der ukrainischen Transition zwischen Plan- und Marktwirtschaft“ bezeichnet.

Der „Kreis“ besteht in einer immer wiederkehrenden Abfolge von Forderungen an den Staat auf der einen und Gegenleistungen desselben auf der anderen Seite, mit dem Ziel, den Status Quo unverändert zu lassen. Die von der Nomenklatura geführten Betriebe trauen den Einkünften und Subventionen der Staatsseite mehr als dem freien Markt, und der Staat kommt den Forderungen nach höheren Subventionen nach, ohne eine effizientere Mittelverwendung, zum Beispiel die Produktivitätssteigerung, zu fordern. Die Folge ist volkswirtschaftlich leicht nachzuvollziehen. Die Staatsquote steigt bei fehlender Steuerbasis, was zu Haushaltslöchern und zwangsweise zur Inflation führt, wenn diese Form der Politik beibehalten wird. Dieser „verfehlte Regelkreis“ wird im Verlauf der ukrainischen Transition immer deutlicher.
Krawtschuk und Fokin kamen der immer wiederkehrenden Forderungen der Nomenklatura nach höheren Subventionen nach. Schuldenerlass und Kompensationszahlungen an die Landwirtschaft ließen das Haushaltsdefizit auf 35% des Bruttoinlandproduktes ansteigen, was wiederum die Inflation anheizte.[166] Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde die Preisliberalisierung gestoppt und eine Stabilisierung der Preise durch weitere staatliche Defizite angestrebt. Beides blieb erfolglos, so dass die Bindung der ukrainischen Wirtschaft an den Rubel nun auch zum

[165] Ebd. S. 14.
[166] Vgl. Wittkowsky, 1997: S.85.

Problem für die russische Geldpolitik wurde. Als Konsequenz musste in der Ukraine am 12.11.1992 eine eigene Währung eingeführt werden. Dieser Schritt hatte zunächst zwei Folgen:

- Den Zusammenbruch des zwischenstaatlichen Zahlungs- und Verrechnungssystem, was dazu führte, dass die Energie- und Rohstofflieferungen auf Kredit zurückgingen und teilweise überhaupt keine Energie mehr an die Ukraine geliefert wurde.[167]
- Außerdem fielen mit der Einführung der ukrainischen Währung die letzten Beschränkungen für Kredite an die ukrainische Industrie weg, was letztlich in der Hyperinflation im Jahr 1993 endete.[168]

Am 30. September gab Krawtschuk den Rücktritt Fokins bekannt. Sein Nachfolger wurde der spätere Präsident Leonid Kutschma. Die Regierungszeit Fokins zeigt, dass zu Beginn der Transformation zu einer funktionierenden Marktwirtschaft die Interessen der Nomenklatura im Vordergrund standen und in der Folge Fokin aufgrund einer tatsächlich verfehlten Wirtschaftspolitik ausgetauscht wurde.

Zwar erkannte der neue Premierminister Leonid Kutschma die Notwendigkeit radikaler Wirtschaftsreformen, hielt aber dennoch am Prinzip der Staatsaufträge fest. Kutschma gelingt es zeitweise sogar, die Wirtschaft zu deregulieren, verliert aber letztlich den Kampf gegen Krawtschuk im Einfluss auf wirtschaftliche Reformen, was nachfolgend gezeigt wird.

Auffällig ist, dass gerade im Zentrum der Regierung Kutschmas informelle Akteure aus den Regionen eine bedeutendere Rolle spielen. Im Gegensatz zu Fokin, der als Vorsitzender des ehemaligen Planungskomitees, der Nomenklatura zuzuordnen ist, kam mit Kutschma ein direkter Vertreter der industriellen Elite in das Amt des Premiers.

Kutschma präsentierte sich zu Beginn seiner Amtszeit als Premierminister als Reformer:

„Meine Aufgabe ist es, das Fundament irreversibler Reformen zu legen. (...) Es gibt keinen anderen Weg als radikale Reformen.“[169]

Kutschma forderte den Abbau des Haushaltsdefizits und die Bekämpfung der Inflation. Das Parlament nahm Kutschmas Programm an und stattete ihn mit Sondervollmachten aus, die es ihm ermöglichen sollten, per Dekret[170] zu regieren.

Das Vorantreiben der Preisliberalisierung und eine wirtschaftliche Bindung an Russland sollten die tragenden Säulen Kutschmas Reformpolitik werden. Doch die Preisliberalisierung und Reformen wurden von den Ex- Kommunisten unterlaufen und die Kooperation mit Russland von den Nationalisten.

[167] Vgl. Wittkowsky, 1998: S. 16.
[168] Vgl. D’ Anieri, Kravchuk und Kuzio, Politics and society in Ukraine: S. 190.
[169] Vgl. Vorndran: S. 71.
[170] Das Parlament besitzt allerdings innerhalb von 10 Tagen nach Dekreterlass ein Vetorecht.

Die Tatsache, dass ein selbstständiger Premier mit zahlreichen Vollmachten ausgestattet, einen reformorientierten Kurs einschlug, konnten weder der Präsident, noch die Werchowna Rada akzeptieren.[171] Neben dem Widerstand im Parlament äußerte sich bald auch Krawtschuk, der vermutlich die wachsende Popularität Kutschmas in der Bevölkerung fürchtete, gegen den Privatisierungskurs der Regierung. Als Reaktion auf den Einbruch des Außenhandels und die weiterhin steigende Inflation forderte Kutschma im Mai 1993 die Verlängerung seiner Vollmachten, die Weiterführung der Wirtschafts- und Finanzreformen und eine stabilere Geldpolitik. Das Parlament kam dem nicht nach und hob die Wirtschaftsreformen der Regierung auf. Die Wirtschaftspolitik Kutschmas wurde so zwischen dem Präsidenten auf der einen Seite und dem Parlament auf der anderen Seite aufgerieben. Krawtschuk unterwanderte seine Wirtschaftspolitik und das Parlament blockierte jede Reform.

Der immer rasanter werdende Preisverfall, der im Lauf des Jahres 1993 die Inflationsquote von 10.000% erreichte, führte zu einem erneuten Streik der Bergarbeiter im Donbas. Die Forderung der Streikenden: Mehr Lohn und weniger Steuern, sowie die Ablösung der Regierung und Neuwahlen. Der Doneck Politiker und Direktor der Donbas Zeche, Juchim Swjahilsky, und der Donecker Politiker Valentyn Landyk wurden auf Initiative Krawtschuks zum 1. stellvertretenden Premier und Vizepremier berufen. Doch auch die Vermittlungsversuche der beiden Politiker konnten die Streiks nicht beenden.

Daraufhin beschloss die Werchowna Rada ein Referendum über das Vertrauen der Bevölkerung in Parlament und Präsident. Kutschma sah sich durch die Einflussnahme Krawtschuks nicht mehr in der Lage seine Reformpolitik fortzusetzen und gab seinen Rücktritt bekannt. Das Referendum, eigentlich für den 26. September 1993 angesetzt, wurde aufgehoben und Neuwahlen für das neue Jahr angesetzt. Die Bergarbeiter wurden durch die erneute Aufnahme von Krediten ruhig gestellt, und Krawtschuk übernahm noch im September die Regierung selbst. Swjahilsky bekam den Posten des amtierenden Premiers. Unter Swjahilsky setzte die Regierung den planwirtschaftlichen Kurs, mit dem schon Fokin scheiterte, in der Wirtschaftspolitik fort. Die administrative Kontrolle der Binnenwirtschaft überstieg bald das Niveau der Regierung Fokin, und nach der Annullierung der außenwirtschaftlichen Dekrete Kutschmas stieg die Kontrolle der Außenwirtschaft auf ein ähnliches Niveau.[172] Nach der Rücknahme der Reformansätze stieg mit den Zugeständnissen an die streikenden Bergarbeiter und der anwachsenden Wirtschaftsregulierung die Inflation jedoch immer weiter an.

[171] Vgl. Ott, 1999: S. 21f.
[172] Vgl. Wittkowsky, 1997: S. 80f.

Im Juni 1994 verlor Krawtschuk endgültig das Vertrauen der Wähler, und Leonid Kutschma wurde zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt.
Die Regierungszeit Krawtschuks verlief, wie gezeigt wurde, ohne nennenswerte Wirtschaftsreformen, die den Problemen des Landes auch nur in Ansätzen gerecht wurden. Krawtschuk führte im Prinzip die sowjetische Planungspolitik fort und versäumte die notwendigen institutionellen Reformen, die zu klaren Kompetenzzuweisungen in der Wirtschaftspolitik hätten führen können. Neben dem Gebiet der institutionellen Reformen versagte er auf dem Gebiet der Privatisierung.
Dies führte zu flexibleren Unternehmen, und der Staat sei in der Lage aufgrund einer breiteren Steuerbasis die Staatsquote zu verringern und das Wachstum zu beschleunigen. Krawtschuk zeigte kein Interesse an der Privatisierung von Unternehmen und Land. Die Folge waren der Zwang zu Subventionen, die durch „rent- seeking"- Interessen keine effiziente Verwendung fanden und eine rasant steigende Inflation. Der wirtschaftspolitische Spielraum Krawtschuks wurde in der Folge immer enger. Um seine Machtposition dennoch zu erweitern, bzw. den Status Quo zu erhalten, drehte er immer wieder geschickt das Personalkarussell, was sich an der Zahl der Premierminister in seiner nur 3,5 Jahre andauernden Amtszeit zeigt. Die Politik Krawtschuks, die stets den „rent- seeking" Interessen nachkam, förderte so das Auftreten mächtiger Wirtschaftsakteure aus der Nomenklatura und Industrielobby.

f) Regierungen der Präsidentschaft Kutschmas bis 1999

Die Ergebnisse der Reformpolitik und die Entstehung informeller Strukturen während Kutschmas erster Amtszeit wurden bereits beschrieben. Im Folgenden liegt der Fokus der Untersuchung auf den Premierministern der Amtszeit Kutschmas. Jewhen Martschuk löste im März 1995 seinen Vorgänger Massol ab. Er präsentierte im Oktober 1995 der Werchowna Rada ein weiteres wirtschaftliches Reformprogramm. Darin übernahm er wesentliche Teile des Programms von Kutschma aus dem Jahr 1994.[173] Das Parlament unterstützte zunächst öffentlich das Programm der Regierung, unterlief aber wiederum die Inkraftsetzung der Reformen. Wieder kam es zum Machtkampf zwischen den beiden Institutionen. Vor dem Hintergrund der hohen Inflation versuchte die Regierung Martschuk diese über die Anpassung der Löhne an das industrielle Wachstum einzudämmen.

[173] Vgl. D' Anieri, Kravchuk und Kuzio, 1999: S. 198f.

Die Werchowna Rada nahm das Programm zunächst an, forderte aber einen Tag später eine Anhebung der staatlich garantierten Mindestlöhne, was zu einer erneuten Steigerung der Inflation führte.[174] In der Folge kam es zu einer ernsthaften Wirtschaftskrise, da Löhne und Renten über Monate nicht gezahlt werden konnten. Durch die Hilfe internationaler Finanzorganisationen, wie dem IWF, in Höhe von 3 Milliarden US- Dollar für das Jahr 1995 konnte der staatliche Haushalt gestützt werden.[175] Dennoch blieb die Haushaltskrise ein anhaltendes Problem der ukrainischen Politik.[176]

Kutschma warf Martschuk schwere Managementfehler bei der Führung des Kabinetts und eine Verzögerung der Wirtschaftsreformen vor. Am 27. Mai 1996 wurde Martschuk daher aufgrund seiner verfehlten Wirtschaftspolitik entlassen. In Wirklichkeit seien allerdings zwei andere Gründe ausschlaggebend für die Entlassung des Premiers gewesen.[177] Kutschma fürchtete einerseits die politische Konkurrenz Martschuk's, der versuchte, sich in eine günstige Ausgangslage für die nächsten Präsidentschaftswahlen zu bringen[178], und andererseits dessen zunehmende Annäherung an das Parlament, mit dem Ziel die Reformen aufzuweichen.[179]

Mit der Entlassung Martschuks postulierte Kutschma erneut die Notwendigkeit seines wirtschaftlichen Reformkurses und ernannte am 28. Mai den bisherigen Vize- Premier und Oligarchen, Pavlo Lazarenko. War Martschuk als ehemaliger Chef des Geheimdienstes noch der Nomenklatura zuzuordnen, kam mit Lazarenko ein direkter Vertrauter Kutschmas aus der Region Dnipropetrovsk an die Spitze der Regierung. Der Wechsel von Martschuk zu Lazarenko zeigt, dass die Veränderung an der Spitze mit der Wirtschaftspolitik begründet wurde. Die Relevanz der Wirtschaftspolitik für die Entscheidung Kutschmas ist nicht zu widerlegen, dennoch ist zu bemerken, dass Kutschma die Verantwortung auf einen Premier übertrug, der nicht mit den nötigen Machtbefugnissen ausgestattet war, um die Reformen umzusetzen. Kutschma selbst hatte sich nämlich nach seiner Wahl per Dekret die Rechtlinienkompetenz übertragen und den Bereich der ökonomischen Reformen zu seiner Angelegenheit erklärt.[180] Wie gezeigt wurde, war der Wechsel zu Lazarenko ebenfalls von einer wachsenden Rivalität zwischen Kutschma und Martschuk beeinflusst. Das Bedienen von Claninteressen des Dnipropetrovsker Clans kann als Motiv ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.

---

[174] Ebd.
[175] Vgl. Hoffmann, Siedenberg, 1997: S. 273.
[176] Die Ausführung der Fiskalpolitik der Ukraine liegt nicht im Rahmen dieser Untersuchung. Mehr zu dieser Thematik bei: Hoffmann, Lutz / Siedenberg Axel, 1997: Aufbruch in die Marktwirtschaft – Reformen in der Ukraine von innen betrachtet, Frankfurt / Main; Kravchuk, Robert S., 2002: Ukrainian political economy: The first ten years, New York.
[177] Kravchuk, Robert S., 2002: S. 70.
[178] Vgl. Wittkowsky, 1997: S. 148f.
[179] Ebd.
[180] Vgl. Bos, 2002, S. 459f.

Lazarenko unterstützte den Reformkurs des Präsidenten. Durch weiteres Einbehalten von fälligen Gehalts- und Schuldentilgungszahlungen konnte die Inflationsrate Mitte 1996 auf unter 1% gedrückt werden[181], was zu günstigen Rahmenbedingungen führte, um die Übergangswährung Karbowanez gegen die neue Währung Hrywnja auszutauschen. Die Währungsreform von 1996 gilt als wichtiger Schritt für die Reformierung der Wirtschaft in der Ukraine, da die neue Währung gegenüber dem Dollar die nächsten Jahre stabil blieb[182] und dadurch weitere internationale Finanzhilfe mobilisiert werden konnte.[183]

Nur vier Monate nach der Ernennung Lazarenkos kam es zu Differenzen zwischen Kutschma und seinem Premier. Ein Grund war die aufkeimende Rivalität zwischen den beiden Politikern. So wurde die Meldung Kutschmas im September 1996, dass er erneut für das Amt des Präsidenten im Jahr 1999 kandidieren wolle, allgemein als Warnung an den Premier vor „zu hohen politischen Ambitionen"[184] interpretiert. Ein weiterer Grund war das Scheitern einer Steuerreform im Parlament, das Kutschma seinem Premier anlastete[185]. Die Differenzen zwischen dem Präsidenten und dem Premier führten so letztlich zu dessen Amtsentlassung am 19. Juni 1997.

Außerdem wurde Lazarenko, der während seiner Amtszeit konsequent versuchte, seinen Einfluss auf das Energieimportgeschäft von Gas auszubauen, der Veruntreuung und Geldwäsche beschuldigt, weshalb er am 16. Juli 1997 durch Walerij Pustovojtenko ersetzt wurde. Mit Pustovojtenko kam ein weiterer Vertreter aus Dnipropetrovsk und ein verbündeter Kutschmas an die Spitze der Exekutive. Die Regierungszeit Lazarenkos wird als Zeit des „Reformstillstandes"[186] beschrieben, da auf der einen Seite die Kutschma- Administration keine Anreize im Fortgang der Reformen sah, weil ihre Reformvorstellungen weitestgehend umgesetzt waren und andererseits die Gruppe um Lazarenko, die vornehmlich damit beschäftigt war, die Kontrolle über den Gasmarkt zu gewinnen.[187] Das Ergebnis der von Lazarenko vorangetriebenen Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft war ein Skandal, der lange Zeit die ukrainische Innenpolitik bestimmte.[188]

---

[181] Vgl. Wittkowsky, 1997: S. 149.
[182] Vgl. Kravchuk, Robert S., 2002: S. 71.
[183] Vgl. Wittkowsky, 1998: S. 28.
[184] Wittkowsky, 1997: S. 158.
[185] Vgl. Kravchuk, Robert S., 2002: S. 72f.
[186] Wittkowsky, 1998: S. 29.
[187] Vgl. ebd.
[188] Über diesen Skandal stolperte letztlich auch die spätere Energieministerin Julia Tymoschenko, die heute Premierministerin ist, damals allerdings von den Verbindungen zu Lazarenko profitierte, in dem ihr Unternehmen „Vereinigte Energiesysteme der Ukraine" zum Monopolisten in der Energieversorgung aufstieg. Tymoschenko wurde in diesem Zusammenhang häufig als „Gasprinzessin" in den Medien bezeichnet. Erweiterte Ausführungen zu diesem Skandal würden an dieser Stelle zu weit führen. Weiterführende Informationen: Lohmann, Manfred, 2001:

Der dritte Regierungswechsel während der Amtszeit Kutschmas zeigt, dass erneut ein möglicher politischer Konkurrent unter dem Deckmantel der Wirtschaftspolitik ausgeschaltet wurde. Lazarenko, der vermutlich immer mehr Einfluss auf den Energiemarkt ausübte, wäre sicher zu einem ernsthaften Rivalen Kutschmas geworden. Lazarenko muss damals über erhebliche finanzielle Mittel verfügt haben, die seine Aussichten während des Präsidentschaftswahlkampfes erheblich gesteigert hätten. Der Skandal um den ehemaligen Premier ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Lazarenko wird seit März 2004 vor einem US Gericht der Prozess gemacht.[189] Er steht unter dem Verdacht, mehr als 110 Millionen US- Dollar über US Banken gewaschen zu haben. Ein früherer Berater der ukrainischen Regierung in Wirtschaftsfragen sagte vor Gericht aus, dass Lazarenko wohl mehr als 1 Billionen US Dollar unterschlagen hat. Kutschmas Instinkt für die aufkeimende Konkurrenz war wohl begründet. Lazarenko sagte vor dem US Gericht aus, dass er seine Millionen dafür verwenden wollte, Kutschma aus dem Amt zu drängen.[190]

Die Ernennung Pustovojtenkos und Absetzung Lazarenkos wird als Versuch Kutschmas gewertet, verlorengegangene Legitimität wiederzugewinnen.[191]

Entweder hatte er Lazarenko zuviel Handlungsfreiheit eingeräumt oder selbst Interesse an den Geschäften Lazarenkos gehabt.[192]

Pustovojtenko übernahm das Amt des Regierungschefs im Juli 1997. Wirtschaftspolitische Reformimpulse gingen von Pustovojtenko nicht aus, bzw. gingen als Lippenbekenntnisse[193] während des Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999 unter. Pustovojtenko wurde neben seiner Rolle als amtierender Premier gleichzeitig Leiter des Wahlkampfes von Kutschma und mobilisierte die Unterstützung der „administrativen Ressourcen“,[194] die Kutschma das Engagement des Kabinetts und der nationalen und regionalen Verwaltungen sicherte. Diese Doppelrolle wurde Pustovojtenko letztlich zum Verhängnis. Nach der Wahl zum Präsidenten wurde er zwar erneut von Kutschma als Regierungschef vorgeschlagen, das Parlament verweigerte allerdings seine Zustimmung und Kutschma musste in der Folge einen anderen Kandidaten präsentieren. Am Ende des Jahres 1999 wurde Viktor Juschtschenko zum neuen Premierminister der Ukraine.

Innenpolitischer Druck auf Präsident Kutschma nimmt zu“, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 09.02.2001 / „Der ukrainische Energiemarkt. Über die Gasprinzessin und andere Akteure“, in: Wostock 03/2000.

[189] „Lazarenko faces trial in US“, Ukrajins’ka Prawda, 15.03.2004.

[190] Ebd.

[191] Vgl. Helmerich, 2002: S. 119.

[192] Ebd.

[193] Vgl. Kravchuk, 2002: S: 73ff. Im März 1999 stellte Pustovojtenko das “Ukraine 2010” Programm vor, nachdem es im vorangegangenen Jahr zu Auseinandersetzungen mit dem IWF gekommen war, der daraufhin seine Zahlungen an die Ukraine einstellte.

[194] Helmerich, 2002: S. 135.

g) Regierungen der Präsidentschaft Kutschmas bis 2004

Die Ernennung des achten Regierungschefs der Ukraine, Viktor Juschtschenko, wird auf den Druck des IWF und der USA zurückgeführt,[195] die vor allem die Möglichkeit wirtschaftlicher Reformen mit der Person des früheren Chefs der ukrainischen Nationalbank verbanden. In der nur 1,5 Jahre währenden Amtszeit stand die als Reformregierung angetretene Exekutive von mehreren Seiten unter Druck. Zum einen durch die Reorganisation der Exekutive, mangelnde Unterstützung durch Kutschma und die Auseinandersetzung des Regierungschefs mit den Oligarchen und dem Parlament. Die Reorganisation der Exekutive erfolgte Mitte Dezember 1999 durch drei präsidiale Dekrete. Die Ergebnisse trugen weniger zu einer Verschlankung der Exekutivorgane bei, sondern führten im Gegenteil zur weiteren personellen Erhöhung des Staatsapparates.[196] Zwar reduzierte sich die Zahl der Ministerien von 18 auf 15 und die zentralen Exekutivorgane von 87 auf 46, doch der Aufbau der ukrainischen Exekutive blieb unübersichtlich und wenig transparent.[197] Bis heute kommt es weiterhin zu Überschneidungen der Kompetenzbereiche einzelner Ministerien, neben denen es noch Staatskomitees, Staatsdienste und Behörden mit Sonderaufgaben gibt.

Zum Beispiel gibt es neben dem Wirtschaftsministerium zwei weitere Staatskomitees für Industriepolitik und regulative Politik und Unternehmertum.

Dennoch stabilisierten sich unter Juschtschenko die wirtschaftlichen Rahmendaten, was zu einer außerordentlichen Beliebtheit des Premiers in der Bevölkerung führte. So wurden während seiner Amtszeit ausstehende Löhne und Renten zurückgezahlt, das reale Wachstum der Industrie stieg um 17,4%, die Außenhandelsbilanz war positiv und der Haushalt in den Jahren 2000 und 2001 nahezu ausgeglichen.[198] Auf der anderen Seite führte die hohe Popularität Juschtschenkos jedoch zum Konflikt mit Präsident Kutschma, und seine Energiepolitik bedrohte die Einkommensquellen der Oligarchen. In der Gongadse Affäre stellte sich Juschtschenko öffentlich auf die Seite Kutschmas, in dem er die „Erklärung der drei“ unterschrieb.

Man sieht in diesem linientreuen Verhalten ein weiteres Zeichen für die schwache Position des Premiers im politischen System der Ukraine, da er mit seiner Entlassung hätte rechnen müssen, wenn er den Präsidenten nicht unterstützt hätte.[199] In der Folge verlor Juschtschenko sowohl in der Öffentlichkeit, als auch bei der Opposition im Parlament an Vertrauen.

---

[195] Ott, 2002: S. 85.
[196] Vgl. Ott, 2002: S. 86 / Bos, 2002: S. 460f.
[197] Vgl. Ott, 2002: S. 86.
[198] Vgl. Kravchuk, 2002: S. 88.
[199] Helmerich, 2003: S. 174f.

Der Konflikt mit Kutschma und den Oligarchen weitete sich ab November 2000 zu einer Frage des politischen Überlebens für Juschtschenko aus. Juschtschenko konnte die staatlichen Einnahmen vor allem durch eine drastische Reduzierung des Anteils sogenannter „Bartergeschäfte“[200] in der Strombranche erhöhen,[201] was die Öl- Oligarchen und Abgeordneten Surkis und Wolkow[202] gegen ihn aufbrachte.[203] Unter Führung des damaligen Parlamentspräsidenten Medwedtschuk formierte sich der parlamentarische Widerstand gegen Juschtschenko. Medwedtschuk forderte am 26. Februar 2001 eine Neubildung des Kabinetts,[204] was Juschtschenko als Versuch, die Interessen der Oligarchenparteien durchzusetzen, ablehnte. In der Folge organisierte sich eine Mehrheit, die am 26. April 2001 im Parlament die Vertrauensfrage stellte. Das Ergebnis war absehbar, nachdem der Rechenschaftsbericht der Regierung am 19. April mit 283 zu 65 Stimmen abgelehnt wurde.[205]

Juschtschenko wurde als erster Regierungschef der Ukraine durch ein Misstrauensvotum von 263 zu 69 Stimmen am 26. April aus dem Amt entfernt.[206] Die dahinterstehenden Akteure waren die „Kommunistische Partei“, die sich an der Wirtschaftspolitik der Regierung störten und vier Oligarchenparteien. Die „Vereinigten Sozialdemokraten“ unter Führung von Medwedtschuk, die „Demokratische Union“ unter Führung von Alexander Wolkow, die „Werktätige Ukraine“ mit dem Ölbaron Viktor Pintschuk und Serhij Tihipko an ihrer Spitze sowie die „Partei der Regionen“.[207]

Die Amtszeit Juschtschenko verdeutlicht in besonderem Maße die schwache Rolle des Premierministers im politischen System der Ukraine. Juschtschenko galt aufgrund seiner Wirtschaftspolitik als äußerst beliebt in der Bevölkerung und konnte, wie gezeigt wurde, beachtliche Erfolge aufweisen. Dennoch hatte er sprichwörtlich die „Rechnung ohne den Wirt“ gemacht, denn da er den politischen Interessen der Oligarchen nicht nachgekommen war, verbündeten sich diese unter Führung des Parlamentsvorsitzenden zur Absetzung Juschtschenkos.

---

[200] „Bartergeschäfte“ sind alle Formen von wirtschaftlichen Tauschgeschäften. Dienstleistungen werden zum Beispiel für den Erhalt von Waren ausgeführt. Die Problematik der Bartergeschäfte besteht darin, dass diese nicht-monetären Bewegungen nicht richtig besteuert werden können und dem Staat eine wichtige Einkommensquelle fehlt. Der Energiemarkt der Ukraine ist durch eine Vielzahl dieser Bartergeschäfte gekennzeichnet, in denen Strom im Gegenzug für Waren geliefert wird.

[201] Lohmann, Manfred, 2001: Innenpolitischer Druck auf Präsident Kutschma nimmt zu, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 09.02.2001.

[202] Wolkow und Surkis werden zu einem späteren Zeitpunkt detailliert behandelt.

[203] Vgl. Kravchuk, 2002: S. 86.

[204] „Date with destiny“, Eastern Economist, 11.03.2001.

[205] Vgl. Kravchuk, 2002: S. 86.

[206] Ebd.

[207] Ebd.

Trotz erfolgreicher marktwirtschaftlicher Reformpolitik diente erneut die Wirtschaftspolitik als „Deckmantel“ zur Entlassung des Premiers, was durch die Ablehnung des Rechenschaftsberichtes deutlich wird. Präsident Kutschma verteidigte seinen Premier in keiner Weise, da er vermutlich wie schon in anderen Fällen die wachsende Popularität Juschtschenkos fürchtete und in Folge des Gongadse- Skandals einen und wiederum loyalen Premier zur Stärkung seines eigenen Amtes bestellen konnte. Diesen loyalen Premier fand Kutschma in der Person Anatolij Kinach, der zuvor als Vorsitzender des Unternehmer- und Industriellenverbandes der Ukraine (USPP) tätig war[208] und im Mai 2001 die Regierungsgeschäfte übernahm. Die Regierung Kinach war nicht zu nennenswerten Reformimpulsen fähig, sondern eher durch Konzeptlosigkeit[209] und treue Untergebenheit gegenüber Kutschma[210] gekennzeichnet. Kinach kann als Übergangspremier bezeichnet werden, da er nach den Parlamentswahlen 2002 durch den Donezker Gouverneur, Viktor Janukowitsch, ohne besondere Begründung ersetzt wurde. Janukowitsch hatte als Gouverneur von Donezk vor allem die Medien und die Opposition unter seine Kontrolle gebracht und dadurch dem pro-präsidentiellen Wahlblock „Edyna Ukrajina“ den größten Stimmenanteil gesichert, weshalb ein Zusammenhang zwischen der Ernennung zum Premier und dem Wahlergebnis hergestellt werden kann.

Die aktuelle Zusammensetzung des derzeitigen Kabinetts weist zudem darauf hin , dass die regionalen Clans verstärkt an Einfluss gewinnen. Neben Janukowitsch wurden noch zwei weitere Mitglieder des Donezker Clans mit Regierungsämtern betraut. Mykola Azarov wurde erster Vizepremier und Finanzminister, Witalij Haiduk[211] bekam das Amt des Vizepremiers.[212]

Mit Medwedtschuk, der als Leiter der Präsidialadministration für den „Kiever- Clan“ stand, Janukowitsch und Azarov für den Donezker Clan hatte Kutschma geschickt die Interessen der unterschiedlichen Oligarchenclans in seiner neuen Regierung berücksichtigt.

[208] Vgl. Helmerich, 2003: S.178.
[209] Durkot, Juri, 2003: Ukrainische Wirtschaft: vom Plan zum Clan, in: Konrad- Adenauer Stiftung, KAS- AT 5/04: S. 29-45.
[210] Vgl. Helmerich, 2003: S. 178-182.
[211] Witalij Haiduk wurde mittlerweile durch Andry Klyuyev, ebenfalls aus Donezk, ersetzt.
[212] Vgl. Lohmann, Manfred, 2002: Kabinettsumbildung in der Ukraine, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 12.12.2002.

Zusammenfassung

Seit 1991 hat die Ukraine 10 Mal den Regierungschef gewechselt. Dies kann man als Zeichen für die Labilität der Exekutive, der es zugleich auch an einer durchdachten Reformpolitik fehlte,[213] werten. Wie gezeigt wurde, kann der Präsident den Regierungschef jederzeit entlassen, weshalb dieser von beiden Präsidenten zum „Sündenbock“[214] für eine verfehlte Politik gemacht wurde.

Durch die Untersuchung, ob die Verfassungsinstitution „Regierung“ institutionell Eigenständigkeit ist, sollte überprüft werden, inwiefern sich die Funktionslogik der Regierung mit anderen Institutionen vermischt und ob die Regierungswechsel in der Ukraine auf eine willkürliche Personalpolitik des Präsidenten zurückzuführen ist. Es wurde deshalb entlang der Wirtschaftspolitik überprüft, ob die Regierung durch andere Institutionen in Frage gestellt wird und wie der jeweilige Austausch des Regierungschefs begründet wurde. Zuvor wurde festgestellt, dass Institutionen formale Grenzen brauchen, innerhalb derer sie eigenständig agieren und Entscheidungen treffen können. Die Schlussfolgerung ist, dass es sich bei der Regierung um die einzige Verfassungsinstitution handelt, die das Kriterium formaler Grenzen erfüllt. Dies allerdings nicht, weil sie innerhalb dieser Grenzen eigenständig ist, sondern lediglich von den Entscheidungen des Präsidenten und der Präsidialadministration abhängig ist und diese ausführt.

Durch die Darstellung der Wirtschaftspolitik während der Präsidentschaft Krawtschuks wurde gezeigt, dass zu Beginn der Unabhängigkeit die Nomenklatura und damit die alten Eliten dominierend für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik blieben. Spezifische Probleme der Wirtschaftsinformation wurden durch „rent- seeking“ Interessen dieser alten Elite noch verstärkt. Wodurch das Haushaltsdefizit und die Inflation immer weiter anstieg und sich der Spielraum des Präsidenten zunehmend eingrenzte. So sind die Wechsel an der Regierungsspitze zwischen 1991 und 1994 nicht nur auf eine willkürliche Personalpolitik durch den Präsidenten, der zum Beispiel politische Konkurrenz in seinem Regierungschef befürchtet, zurückzuführen, sondern vor allem auf inhaltliche Defizite und den Einfluss der Nomenklatura, die durch die Personalwechsel kaschiert werden sollten.

Unter der Präsidentschaft Kutschmas verstärkten sich die Rivalitäten zwischen Präsident und Regierungschef. Kutschma arbeitete, wie gezeigt wurde, bei der Entlassung der Premiers Martschuk, Lazarenko und Juschtschenko, vor allem gegen deren politischen Aufstieg.

[213] Ott, 2002: S. 85.
[214] Ebd.

Bei der Untersuchung der Personalpolitik während Kutschmas zweiter Amtszeit ist besonders auffällig, dass Clan- Interessen in den Vordergrund treten und, wie gezeigt wurde, Kutschma den Versuch unternimmt, eine Art „Gleichgewicht“ zwischen den drei mächtigen Clans herzustellen. Durch das Beispiel Juschtschenko wird außerdem der wachsende Einfluss der Clans und Oligarchenparteien im Parlament und auf Kutschma deutlich.

h) Das Parlament: Die Werchowna Rada

Die Untersuchung der Verfassungsinstitution „Parlament“ soll überprüft werden, ob sich binnen dieser formalen Institution verschieden informelle Institutionen, wie zum Beispiel Clans oder Oligarchengruppen, gebildet haben, und welchen Einfluss diese auf das Parlament nehmen.
Ist das Parlament mit informellen Institutionen durchsetzt, dann ist ein wesentliches Kriterium für eine Konsolidierung der zentralen Verfassungsinstitutionen verletzt, wie im theoretischen Teil der Arbeit bereits gezeigt wurde.
Die Untersuchung ist in zwei Schritte gegliedert. Zunächst erfolgt eine kurze Darstellung des Verfassungsauftrags und der Verfassungswirklichkeit. Der Schwerpunkt der Analyse setzt bei den Akteuren an, da die These vertreten wird, dass Parteien in der Ukraine durch Personen repräsentiert werden. Deshalb wird unter dem Punkt „Verfassungswirklichkeit“ die hohe Instabilität des ukrainischen Parteiensystems erläutert, die Bedeutung der Parteiführer herausgestellt und die Verflechtung der Abgeordneten mit der Wirtschaft dargestellt. Dazu werden die Akteure auf der Basis der Ergebnisse der Parlamentswahlen im Jahr 2002 untersucht. Die Untersuchung geht gezielt darauf ein, wie die pro- präsidentielle Mehrheit zustande kommt und welche Akteure hinter den Parteien stehen.
Die Wanderbewegungen der Abgeordneten zwischen den Fraktionen und Blöcken dokumentieren die Interessenlage des pro- präsidentiellen Lagers. Im folgenden Kapitel soll gezeigt werden, dass sich die Anhängerschaft Kutschmas im Parlament mehrheitlich aus Wirtschaftseliten zusammensetzt. Hierzu werden die in der Werchowna Rada vertretenen Wahlblöcke und Parteien hinsichtlich ihrer Wirtschaftsverflechtung analysiert. Da der Grad an Verflechtung zwischen Parlament und Wirtschaft noch kein hinreichender Indikator für informelle Institutionen ist, werden im zweiten Schritt die relevanten Akteure und Oligarchen der pro- präsidentiellen Mehrheit vorgestellt und ihre Verflechtungen mit Wirtschaft und Medien an einigen Beispielen aufgezeigt.

Dadurch wird deutlich, dass verschiedene informelle Institutionen, wie Clans und Oligarchengruppen die bestimmenden Akteure der Werchowna Rada sind.

Nach Artikel 75 ist die Werchowna Rada (WR) das einzige gesetzgebende Organ der Ukraine und hat das alleinige Recht, die Verfassung durch eine Zweidrittel- Mehrheit zu ändern. Sie besteht aus 450 Abgeordneten, die alle vier Jahre in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen gewählt werden.

Wie der Präsident kann sie ein Volksreferendum zur Änderung der Verfassung ansetzen. Eine Verfassungsänderung kann in Form eines Gesetzentwurfes, entweder vom Präsidenten oder von mindestens einem Drittel der Abgeordneten, eingebracht werden (Art. 154 Verf.).

Das Parlament kann der Regierung das Misstrauen aussprechen (Art. 115 Verf.). In diesem Fall muss das Kabinett zurücktreten. Der Präsident muss innerhalb von 60 Tagen ein neues Kabinett ernennen. Die weiteren Rechte des Parlaments werden in Artikel 85 weitgehend in 37 einzelnen Punkten beschrieben.

In der Praxis ist das Parlament nicht die einzige gesetzgebende Gewalt in der Ukraine, sondern teilt sich die Gesetzgebung mit dem Präsidenten, dem Ministerkabinett und der Ukrainischen Nationalbank (NBU), die ebenfalls das Recht zur Gesetzesinitiative haben (Art. 93 Verf.).[215] Genauso wie das Parlament verfügt auch der Präsident über das Mittel des Referendums, von dem er, wie bereits gezeigt wurde, reichlich Gebrauch gemacht hat, um das Parlament unter Druck zu setzen.

Nach Ott fehlt in der Ukraine die Trennung von Macht und Geld, Politik und Geschäftswelt.[216] Der Autor sieht die Ursache dafür in der Person Kutschmas und der Rolle des Parlaments.

Unter Kutschma hätten Wirtschaftsclans und Holdings die Politik als „eine Art lukratives Geschäft entdeckt“[217], da in der Ukraine erfolgreiche Geschäfte vom Wohlwollen der Exekutive abhängig sind. Einem Abgeordneten des Parlaments ist der Kontakt zu Vertretern der Exekutive automatisch erleichtert. Der Zugang zu Krediten, Subventionen, Lizenzen, Informationen und Vergünstigungen wirkt sich für die wirtschaftlichen Interessen eines Oligarchen, der gleichzeitig im Parlament sitzt, günstig aus.[218] Im Parlament sitzen mehr als 100 Unternehmer, dazu Clans und Gruppierungen, die Reformen verhindern, um ihre Monopole oder Gewinne nicht zu verlieren.[219] Der damalige Chef der Staatlichen Steueradministration berichtete im April 2000, dass 364 Abgeordnete „direkt oder indirekt an kommerziellen Strukturen beteiligt sind“.[220]

[215] Vgl. D’ Anieri, Kravchuk, Kuzio, 1999: S.100f.
[216] Vgl. Ott, 2000: S. 8.
[217] Ebd.: S. 8.
[218] Vgl. Kowall, 2002: S. 14.
[219] Vgl. Ott, 2000: S. 8.
[220] Vgl. Ott, 2002: S. 84.

Er berichtet weiter, dass 437 Firmen von Abgeordneten der WR gegründet wurden und ca. 3100 Betriebe unter dem „Einfluss“ von Abgeordneten stehen.[221]

Das lässt erkennen, dass diese Abgeordneten in der Masse der pro- präsidentiellen Mehrheit zuzuordnen sind und die Exekutive so über ein Mittel verfügt, das Abstimmungsverhalten zu beeinflussen.[222] Das Engagement von Unternehmern bzw. Oligarchen im Parlament ist allerdings nicht nur auf die günstigen Kontaktmöglichkeiten zur Exekutive zurückzuführen, sondern das Mandat und die Kontrolle ganzer Parteien bieten weitere Vorteile.

Es sichert Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung und Einflussmöglichkeiten, um lästige Reformen verhindern zu können.[223]

In der Praxis ist die Arbeit des Parlaments durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Zum einen der latent vorhandene Machtkampf mit dem Präsidenten und eine ständig wechselnde und instabile Parteienlandschaft, an deren Spitze in der laufenden Legislaturperiode eine pro- präsidentielle Mehrheit steht. Der Machtkampf zwischen Präsident und Parlament drückt sich zum Beispiel im Gesetzgebungsverfahren aus, welches durch die „von beiden Seiten praktizierte Missachtung von Verfassungsnormen geprägt“ ist.[224] So blockieren Werchowna Rada, in dem sie die Entwürfe zum Teil erst gar nicht billigt oder behandelt, und der Präsident durch die häufige Verweigerung der Unterschrift, was zur Verzögerung der Inkraftsetzung führt.[225]

Die Instabilität der Parteienlandschaft ist in der Tatsache begründet, dass die Parteien in der Ukraine nicht auf programmatischen Grundlagen beruhen, sondern durch Personen repräsentiert werden. In der Folge kommt es häufig zu Partei- und Fraktionswechseln. Dies wird zusätzlich noch durch das Wahlsystem verstärkt, da die Hälfte der Abgeordneten über Direktmandate ins Parlament kommt und die Fraktionsbildung dieser Abgeordneten folglich nur schwach ausgeprägt ist.[226] Außerdem gibt es eine Reihe von freien Kandidaten, die zwar über die Parteiliste ins Parlament gelangen, aber selbst nicht Mitglied der Partei sind und somit keiner Parteidisziplin unterliegen.[227] Die fehlende Fraktionsidentifikation zeigte sich vor allem im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen Ende 1999.[228] Die Fraktionen der in den Präsidentschaftswahlen unterlegenen Kandidaten schrumpften zu Gunsten der präsidententreuen Fraktionen innerhalb von drei Monaten zusammen.

---

[221] Ebd.
[222] Ebd.
[223] Vgl. Helmerich, 2003: S. 15.
[224] Bos, 2002: S. 468.
[225] Ebd.
[226] Vgl. Ott, 2002: S.81.
[227] Ebd.
[228] Vgl. Bos, Ellen, 2002: Das politische System der Ukraine, in: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen: S. 464.

Die Schwäche der Parteien haben nur regionale Bedeutung und schaffen es nicht, durch ein klares Programm einer landesweiten Wählerklientel für sich zu gewinnen.[229] Um die 4%- Hürde zu erreichen, die für den Einzug ins Parlament notwendig ist, sind die Parteien deshalb auf den Zusammenschluss zu Wahlblöcken unter der Führung einzelner Parteiführer angewiesen, die über entsprechende Verbindungen zur Wirtschaft und den Medien verfügen, um den Wahlkampf mit Erfolg führen zu können.

Im Folgenden werden auf der Basis der Zusammensetzung der Werchowna Rada durch die Parlamentswahlen vom 31.03.2002 die aktuellen Mehrheitsverhältnisse untersucht. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Parteien nicht auf programmatischen Grundlagen basieren, sondern Einzelpersonen mit entsprechenden Verbindungen zur Machtzentrale die Parteien repräsentieren und als Instrument zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen nutzen.

Durch die Untersuchung an diesem Fallbeispiel soll nachgewiesen werden, dass sich die pro-präsidentielle Mehrheit in der WR aus Oligarchenparteien erst nach der Wahl bildet. Da es nur eine schwache Bindung an Parteien gibt, kommt es nach der Wahl zu erheblichen Wanderbewegungen von Abgeordneten, die im Folgenden nachvollzogen wird. In einem nächsten Schritt werden dann die Abgeordneten der pro- präsidentiellen Parteien und Wahlblöcke auf ihren wirtschaftlichen Verflechtungen hin analysiert. Dadurch wird deutlich, dass sich der pro- präsidentielle Block aus Abgeordneten zusammensetzt, die zugleich hohe Funktionen in der Wirtschaft begleiten.

Daran anschließend werden einzelne Oligarchen, bzw. einflussreiche Wirtschaftsakteure untersucht, um die abschließende Frage beantworten zu können, inwiefern diese Gruppierungen den Status einer informellen Institution einnehmen und damit die WR als formale Institution mit informellen Strukturen durchsetzt ist. Eine zusammenfassende Bewertung der Wanderbewegungen, des Verflechtungsgrades und der Bildung informeller Institutionen innerhalb der WR erfolgt am Ende dieses Kapitels.

i) Die Mehrheitsverhältnisse seit dem 31. März 2002

Drei der sechs Parteien, die nach der Parlamentswahl am 31.03.2002 in die Werchowna Rada einzogen, sind Wahlbündnisse. Nach ukrainischem Wahlrecht werden 225 der insgesamt 450 Abgeordnetenmandate über Parteilisten vergeben und die übrigen 225 Plätze über Direktmandate.

[229] Vgl. Kowall, Tina, 2002: Der Verlierer der ukrainischen Transformation: Die Partei, in: Gewinner und Verlierer post sozialistischer Transformationsprozesse, Forschungsstelle Osteuropa, Nr. 36.

Die vielen einzelnen Parteien hinter den Wahlblöcken hätten aufgrund ihrer mehrheitlich regionalen Ausprägung oder einseitigen inhaltlichen Ausrichtung kaum eine Chance gehabt die 4%- Hürde zu nehmen.

Die Direktmandate spielen im Parteiensystem der Ukraine eine gesonderte Rolle. Im Vorfeld der Wahlen kam es zum Konflikt über die Zusammensetzung des Parlaments. So sollten in einem ersten von den Kommunisten vorgelegten Gesetzentwurf alle Mandate nur noch über Parteilisten, und in einem zweiten Gesetzentwurf 75 Prozent der Sitze nach Parteilisten vergeben werden.[230] Kutschma legte bei beiden Gesetzesentwürfen ein Veto ein, mit dem Ergebnis, dass die Abgeordneten schließlich im September für die bisherige Regelung plädierten. Hintergrund für den Konflikt war, dass Kutschma und seine Administration weiterhin Einfluss auf deshalb eine Veränderung der Zusammensetzung verhindert haben.[231]

Direktmandate sind vor allem für die pro- präsidentiellen Wahlblöcke wichtig. So waren bei der Parlamentswahl 66 der 101 errungenen Mandate des pro- präsidentiellen Wahlblocks „Für die Einheit der Ukraine“ Direktmandate.[232]

Hinzu kommt, dass über die Direktwahlkreise auch viele unabhängige Kandidaten ins Parlament gewählt werden, die sich nach der Wahl dem pro- präsidentiellen Lager anschließen.

Dies sind überwiegend finanzstarke Kandidaten, die über gute Kontakte in den Regionen verfügen und so in der Lage sind, sich ein Abgeordnetenmandat zu sichern. Die Bindung an eine Partei wird in diesem Zusammenhang als hinderlich für die politische Handlungsfähigkeit eingestuft und ist zugleich Ausdruck für die Schwäche des ukrainischen Parteiensystems.[233] Getreu dem Motto: „Nach der Wahl ist vor der Wahl!“, ist so eine „Wanderung“ einer nicht unbeträchtlichen Anzahl unabhängiger Mandatsträger zum pro- präsidentiellen Lager zu beobachten (Vgl. Tabelle 2). Dadurch wurden neue Mehrheitsverhältnisse gebildet, die nicht dem eigentlichen Wählerwillen entsprechen.

Dies wird deutlich, wenn man die Sitzverteilung am Wahlabend des 31.03.2002 mit der Verteilung am Tag der konstituierenden Sitzung der Werchowna Rada am 14.05.2002 vergleicht (Tabelle 2). Unabhängige Kandidaten konnten insgesamt 93 Wahlkreise direkt gewinnen. Unmittelbar nach der Wahl kam es zu Wanderbewegungen der Mandatsträger und die Zahl der Unabhängigen reduzierte sich auf nur noch 12 Abgeordnete (Tabelle 2).

---

[230] Durkot, Juri / Lohmann, Manfred, 2002: Parlamentswahl in der Ukraine – Die Parteien im Koordinatensystem des Präsidenten, in: Konrad- Adenauer Stiftung, KAS- AI 2/02: S. 46-60.

[231] Vgl. Durkot, Juri / Lohmann, Manfred, 2002: Parlamentswahl in der Ukraine – Die Parteien im Koordinatensystem des Präsidenten, in: Konrad- Adenauer Stiftung, KAS- AI 2/02: S. 46-60.

[232] OSCE / ODIHR Final Report: „Parliamentary Elections, 31 March 2002 Ukraine“.

[233] Vgl. Helmerich, 2003: S. 201-207.

Der Wahlblock „Für die Einheit der Ukraine“ hatte anfangs 101 Mandate und wurde damit hinter dem Wahlblock „Nascha Ukraina“ (110 Mandate) des ehemaligen Premier, Juschtschenko, nur zweitstärkste Kraft. Bis zum 14.05.2002 konnte der von etlichen Oligarchen gestützte Wahlblock unter Führung des damaligen Leiters der Präsidialadministration Lytwin, seine Mandatsträger auf 177 erhöhen. Die Überläufer waren zuvor Abgeordnete der Gruppe der unabhängigen Kandidaten. Einem Abgeordneten des oppositionellen Tymoschenko- Blocks sollen gar 250.000 US Dollar für einen Seitenwechsel geboten worden sein.[234] Die Opposition warf dem „Präsidentenblock“ vor, die Kandidaten mit Hilfe der Generalstaatsanwaltschaft und der Steuerpolizei eingeschüchtert zu haben.[235]

[234] Lohmann, Manfred, 2002: Pattsituation im neuen Parlament, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 29.05.2002.
[235] Helmerich, 2003: S. 207ff.

Tabelle 1: Aufstellung der Mehrheitsverhältnisse in der WR

Oligarchen	Wahlblock/Partei	Parteiführer	Flügel	Mandate am 31.03.2002	Mandate am 14.05.2002
	Unsere Ukraina Nascha Ukraina	Viktor Juschtschenko(Ex-Premierminister)	Opposition	110	118
	Kommunistische Partei	Petro Simonenko	Opposition	66	64
Dnipropetrovs'ker Oligarchen: Pintschuk Derkach Tihipko Donezker Oligarchen: Mykola Asarov Rinat Akhmetov	Wahlblock "Für die Einheit der Ukraine"/ Edyna Ukraina	Volodymyr Lytvyn	Kutschma	101	177
	Tymoschenko Block	Julija Tymoschenko	Opposition	22	23
	Sozialistische Partei	Alexander Moroz	Opposition	22	22
Medwedtschuk Surkis Martschuk	SDPU(u)	Viktor Medwedtschuk/Leiter Präsidialadministration	Kutschma	24	31
Wolkow Bakai	Demokratische Union		Kutschma	4	
	Verschiedene		./.	5	
	Unabhängige		./.	93	12
	GESAMT Einfache Mehrheit liegt bei 226 Stimmen			447	447

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach : OSCE / ODIHR Final report: „Parliamentary Elections, 31 March 2002 Ukraine", Helmerich, 2003 und Zerkalo Nedeli – Parteienberichte.

Die Fraktion der Kommunisten zog mit 64 Mandaten in die WR ein, was in etwa der Hälfte gegenüber der vorangegangenen Legislaturperiode entspricht.

Die Vereinigten Sozialdemokraten (SDPUu) zogen mit 31 Abgeordneten ins Parlament ein und profitierten ebenfalls von der Wanderbewegung in Höhe von 7 Mandaten (Tabelle 1).

Wenige Wochen nach der Wahl kam es erneut zu einer Reihe von Fraktions- und Blockwechseln. Unter anderem wechselte der Vorsitzende der „liberalen Partei“, Wolodymyr Schtscherban vom „Juschtschenko Block“ zu „Edyna Ukraina“.[236] Kutschma konnte in der Folge am 28. Mai 2002 den früheren Leiter der Präsidialadministration, Lytvyn, der mit 226 Ja-Stimmen zum Vorsitzenden des Parlaments gewählt wurde, an die Spitze des Parlaments berufen.[237] Nachfolger als Leiter der Präsidialadministration wurde Viktor Medwedtschuk, dem es damit als erstem Oligarchen gelungen war, sich eine der einflussreichen Positionen im politischen System der Ukraine zu sichern.

Auch wenn es zu weiteren Fraktionswechseln kam und die Wechselfreudigkeit der Abgeordneten auch in Zukunft kaum abnehmen dürfte, scheint Kutschma die pro- präsidentielle Mehrheit bis zum Ende seiner Amtszeit sicher. Am 08. Oktober 2002 schlossen sich neun pro-präsidentielle Fraktionen in einer gemeinsamen Erklärung zu einer Mehrheit von 231 Abgeordneten zusammen.

Die Analyse der Mehrheitsverhältnisse der derzeitigen Legislaturperiode zeigt, dass die pro-präsidentielle Mehrheit auf der Macht verschiedener Oligarchenparteien beruht. Demnach stützt sich Kutschma auf die Oligarchen des Wahlblocks „Edyna Ukraina“, in dem sich auch die Oligarchen der regionalen Clans „Dnipropetrovsk“ und „Donezk“ wiederfinden. Die Vereinigten Sozialdemokraten SDPU(u) sind als vierstärkste Kraft, vor allem durch den Medien- und Wirtschaftseinfluss ihrer Parteiführer ein wichtiger Pfeiler des machthabenden Netzwerkes.

j) Wirtschaftsverflechtungen im Parlament

Bisher wurde gezeigt, dass die Zusammensetzung der Werchowna Rada sehr fluide ist und sich vor allem die unabhängigen Mandatsträger nach der Wahl den pro-präsidentiellen Blöcken angeschlossen haben. Die unabhängigen Direktmandate waren demnach für Kutschma unabdingbar für die Durchsetzung seiner Politik im Parlament.

Die Vermutung, dass es sich bei den unabhängigen Mandatsträgern um einflussreiche Wirtschaftsakteure handelt, die über entsprechende finanzielle Mittel und regionale Kontakte verfügen, lässt sich durch eine Zuordnung der Wirtschaftsaktivitäten jedes einzelnen Abgeordneten belegen. Verbindet man diese Zuordnung mit den jeweiligen Blöcken, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Gruppe der Unabhängigen ausschließlich um Personen handelt, die einflussreiche Positionen in der Wirtschaft innehaben.

[236] Vgl. ebd.
[237] Vgl.ebd.

Für die oppositionellen Parteien ist lediglich ein zu vernachlässigender Grad der Verflechtung festzustellen. So wird deutlich, dass zum einen der Grad der Wirtschaftsaktivitäten innerhalb des präsidentiellen Lagers wesentlich höher ist als bei der Opposition. Zum anderen wird dadurch nachgewiesen, dass die unabhängigen Mandatsträger, die zudem Wirtschaftspositionen innehaben, die Nähe des Präsidenten suchen, indem sie sich dem pro-präsidentiellen Block anschließen. Den dahinter stehenden Motiven und Interessen der Akteure kann sich nur auf spekulative Weise genähert werden. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass der Wechsel nicht aufgrund programmatischer Inhalte erfolgt, sondern sich schlichtweg eigene wirtschaftliche Interessen in der Nähe des Präsidenten und der Exekutive besser durchsetzen lassen, was im folgenden gezeigt wird.

Basis der nachfolgenden Untersuchung sind die Erkenntnisse über die Wechselbewegungen der einzelnen Abgeordneten und eine Analyse der Zusammenfassung über die Vertreter der Wirtschaft in der Werchowna Rada. Die Zusammenfassung wurde innerhalb des Projektes „Deutsche Regierungsberatung zu Fragen der Privatisierung in der Ukraine“ (Transform) im Auftrag des „Bundesministeriums der Finanzen“ und in Zusammenarbeit mit der „Gesellschaft für technische Zusammenarbeit“ (GTZ) veröffentlicht (Vgl. auch Anlage 1).[238]

Die Zusammenfassung wird zunächst und dann mit den Wechselbewegungen der Abgeordneten zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung der WR verbunden, um Aussagen über den jeweiligen Verflechtungsgrad eines Wahlblocks, bzw. einer Partei zu bekommen. Dies erfolgt in zwei Schritten:

a. Analyse der „Transform“ Zusammenfassung über die Vertreter der Wirtschaft in der Werchowna Rada

b. Übertragung auf die Blöcke und Parteien zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung der WR am 14.05.2002

[238] Vgl. Deutsche Regierungsberatung zur Privatisierung in der Ukraine- Transform, Wochenbericht 8.- 12.April, 2002, abrufbar unter: http://www.privatisation.kiev.ualPriv_DeulRepDfWochenberichtKW 109.htm zuletzt gesehen am: 15.03.2004 / Die Aufstellung ist unter Anlage 1 in dieser Arbeit zu finden. Die Aufstellung wurde so weit dies möglich war stichprobenartig überprüft

k) Analyse der „Transformation“- Zusammenfassung

Die zusammenfassende Darstellung der Wirtschaftsfunktionen von Abgeordneten der Werchowna Rada berücksichtigt die Zugehörigkeit zu einem Wahlblock oder einer Partei zum Zeitpunkt unmittelbar nach der Wahl am 31.03.2002.

Es erfolgt eine nach Branchen unterteilte Aufstellung der Firmen, die durch Abgeordnete im Parlament vertreten sind. Die Zahl der tatsächlich in wirtschaftliche Aktivitäten eingebundenen Abgeordneten liegt wahrscheinlich weit über dem hier angenommenen Wert, da bestimmte Branchen, Selbständigkeiten und Clanzugehörigkeiten in der vorliegenden Aufstellung nicht berücksichtigt wurden.[239]

Die Abgeordneten werden mit ihrer jeweiligen Funktion innerhalb der entsprechenden Firma namentlich aufgeführt. Der Kandidatur entsprechend ist die Wahlliste des Abgeordneten bzw. der Wahlbezirk genannt. Das bedeutet, dass bei Abgeordneten, die durch Mehrheitswahl gewählt wurden, der jeweilige Wahlblock bzw. die Partei aufgeführt wird und bei Abgeordneten, die ihre Kandidatur selbst aufgestellt haben, der Wahlbezirk genannt wird. Dadurch kann die Zahl der Abgeordneten, die eine Führungsposition in der Wirtschaft innehaben, ermittelt und den entsprechenden Wahlblöcken und Parteien zugeordnet werden (siehe Tabelle 2). Daraus ergibt sich folgende Verteilung:

[239] Vgl. Anlage 1

Tabelle 2: Anzahl der Abgeordneten, die eine Führungsposition in der Wirtschaft begleiten

Wahlblock / Partei	**Mandate am 31.03.2002**[240]	**Anteil Wirtschaftsrepräsentanten**
Unsere Ukraine (Nascha Ukraina)	110	26
Kommunistische Partei	66	1
Wahlblock (Edyna Ukraina) „Für die Einheit der Ukraine“	101	30
Tymoschenko Block	22	2
Sozialistische Partei	22	0
SDPU(u)	24	5
Demokratische Union	4	2
Verschiedene	5	0
Unabhängige	93	92(!)
Gesamt	447	158

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach: OSCE/ODIHR Final Report: “Parliamentary Elections, 31 March 2002 Ukraine“, Deutsche Regierungsberatung zur Privatisierung in der Ukraine-Transform, Wochenbericht 8-12. April, 2002

Mehr als ein Drittel der Abgeordneten der WR repräsentieren demnach nach den Wahlen 2002 ein Unternehmen im Parlament. Auffallend ist, dass die Kommunistische und Sozialistische Partei nur einen bzw. keinen Wirtschaftsrepräsentanten in ihren Reihen haben. Die als klassische Oligarchenparteien geltende SDPU(u) und der Wahlblock „Edyna Ukrajina“ kommen auf einen zu diesem Zeitpunkt eher niedrigen Wert von 35 Abgeordneten, welcher nicht deutlich höher liegt als die Zahl der oppositionellen Blöcke von „Nascha Ukrajina“ und dem „Tymoschenko Block“ (28). Diese Tatsache kann auf zweierlei Weise interpretiert werden. Einerseits könnte der Grund dafür sein, dass Abgeordnete aus der Gruppe der Unabhängigen eigentlich zum Präsidentschaftsblock gehören, allerdings ihre Kandidatur nicht über eine Parteiliste oder eine parteigebundene Direktkandidatur realisiert haben, sondern sich im Wahlkampf als ungebundene Kandidaten präsentiert haben.

[240] Der hier angegebene Wert berücksichtigt die Mandate aus der Parteiliste und die gewonnenen Direktmandate.

Prominentes Beispiel ist der Oligarch Wiktor Pintschuk, der eigentlich der Partei „Werktätige Ukraine“ und damit dem Wahlblock „Edyna Ukrajina“ zuzurechnen ist, aber seine Kandidatur selbst aufgestellt hat[241] und später in den Wahlblock wechselte. Für diese Möglichkeit würde auch die Tatsache sprechen, dass der Anteil der Wirtschaftsrepräsentanten in der Gruppe der Unabhängigen nahezu identisch mit der Zahl der Mandatsträger ist und die Mehrheit der Unabhängigen später zu den pro- präsidentiellen Parteien wechselt (siehe Tabelle 4). Andererseits würde der Vorwurf der Opposition, dass der Präsidentenblock die unabhängigen Abgeordneten durch Repressalien zum Wechseln in den Präsidentenblock gezwungen hat, gegen diese Möglichkeit sprechen.[242]

Zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung am 14.05.2003 ergibt sich ein verändertes Bild der Zugehörigkeiten im Parlament, was schon vorher gezeigt wurde (siehe auch Tabelle 2). Der Verflechtungsgrad innerhalb des Parlaments wird im Folgenden auf den Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung der WR übertragen.

l) Verflechtungsgrad zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung

Durch diese Übertragung wird belegt, dass der Grad der Wirtschaftsverflechtung des Präsidentenblocks sich bis zur konstituierenden Sitzung der WR deutlich durch den Wechsel der unabhängigen Abgeordneten erhöht hat. Bei der Berücksichtigung des Wechselverhaltens wird davon ausgegangen, dass sich die unabhängigen Mandatsträger mehrheitlich auf den Präsidentschaftsblock verteilen, da dieser auch die meisten Zuwächse verzeichnet.

[241] Vgl. Anlage 1

[242] Vgl. Helmerich, 2003: S. 207
Zur genaueren Prüfung müssten die Hintergründe der Wechselbewegungen für jeden einzelnen Abgeordneten erstellt werden. Aufgrund der Quellenlage war dies in dieser Arbeit nicht möglich. Eine Liste der einzelnen Abgeordneten und ihrer Herkunft, die bislang auf der Website der Werchowna Rada abrufbar ist zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht mehr in der englischsprachigen Version erhältlich. Vgl. dazu:
httn://l 95.230.149 .70/control/en/index zuletzt abgerufen am: 14.03.04

Tabelle 3: Anteil und Zugewinne an Wirtschaftsrepräsentanten in der WR

Wahlblock / Partei	**Mandate am 31.03.2002[243]**	**Mandate am 14.05.2002[244]**	**Anteile und Zugewinne an**	**Wirtschaftsrepräsentanten**
Unsere Ukraine (Nascha Ukraina)	110	118	26	26
Kommunistische Partei	66	64	1	1
Wahlblock „Für die Einheit der Ukraine“ (Edyna Ukraina)	101	177	30 + 76	106
Tymoschenko Block	22	23	2 + 1	3
Sozialistische Partei	22	22	0 + 0	0
SDPU (u)	24	31	5 + 6	11
Demokratische Union	4	0	0	0
Verschiedene	5	0	0	0
Unabhängige	93	12	92 - 81	11
Gesamt	**447**	**447**	**158**	**158**

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach: OSCE / ODIHR Final Report: „ Parliamentary Elections, 31 March 2002 Ukraine“, Deutsche Regierungsberatung zur Privatisierung in der Ukraine- Transform, Wochenbericht 8.-12. April, 2002, Siehe Anlage 1.

Zuvor wurde die Verteilung der Mandate zugunsten des Präsidentenblocks erläutert. Tabelle 4 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen den unabhängigen Kandidaten und ihrer Wirtschaftsverflechtung in Bezug auf die sich neu bildenden Mehrheitsverhältnisse.

Die Gruppe der Unabhängigen besteht demnach fast ausschließlich aus Vertretern der Wirtschaft. Die stärkste Abgeordnetenwanderung geht ebenfalls von der Gruppe der Unabhängigen aus. Mehr als 80 Abgeordnete verteilen sich auf die entsprechenden Blöcke und Parteien. Die Steigerung der Mandate erfolgt fast vollständig zu Gunsten des Präsidentenblocks „Edyna Ukrajina“, der einen Zuwachs von 76 Abgeordneten aus der Gruppe der Unabhängigen verzeichnen kann.

[243] Der hier angegebene Wert berücksichtigt die Mandate aus der Parteiliste und die gewonnenen Direktmandate.
[244] Vgl. Helmerich, 2003. S. 212: Am 8. Oktober 2002 erklären neun propräsidentielle Fraktionen der WR ihren Zusammenschluss zu einer Parlamentsmehrheit von insgesamt 231 Abgeordneten.

Der Grad der Verflechtung zwischen den pro-präsidentiellen Blöcken und Parteien und der Wirtschaft ist zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung am höchsten (Vgl. Tabelle 4).
Die Verbindung der genannten Oligarchen und Akteure im Parlament mit der Wirtschaft und den Medien wird im Folgenden genauer untersucht, um ein abschließendes Bild über die Frage zu bekommen, inwiefern diese Gruppierungen den Status einer informellen Institution innerhalb der Werchowna Rada einnehmen.

m) Oligarchen und Clans[245]

Durch die bisherige Analyse der Mehrheitsverhältnisse im ukrainischen Parlament konnte festgestellt werden, dass der Anteil der wirtschaftlichen Akteure im pro-präsidentiellen Lager fast vier mal so hoch ist wie bei der Opposition. Um daraus nun die Bildung von informellen Institutionen ableiten zu können, ist eine genaue Analyse der relevanten Einzelpersonen und der im Parlament vertretenen Clans und ihrer jeweiligen Einflussmöglichkeiten notwendig. Im Folgenden werden daher einzelne Oligarchen des pro-präsidentiellen Lagers und Wirtschaftsclans untersucht, um Hinweise auf die Präsenz informeller Institutionen in der WR nachzuweisen.
Zur Einschränkung des Akteurkreises werden jeweils nur ausgesuchte Vertreter der relevanten Gruppen zur Analyse herangezogen. Derzeit konkurrieren in der WR drei große Gruppen um Einfluss und mittlerweile auch um eine günstige Ausgangsposition für die anstehenden Präsidentschaftswahlen. Alle Gruppierungen sind dem pro-präsidentiellen Lager zuzuordnen, was eine Konkurrenz nicht zwangsläufig ausschließt. Erstens der Kiewer Clan, zu dem Medwedtschuk und Surkis zählen, zweitens der Clan um Kutschma und dessen Schwiegersohn Pintschuk aus der Region Dnipropetrovsk und als dritte Gruppe der Donezker Clan um Premier Janukowitsch.[246]
Nachfolgend werden exemplarisch die wichtigsten Clan-Vertreter der oben genannten Clans dargestellt und überprüft, ob Indizien feststellbar sind, die belegen, dass Kutschma diesen Akteuren verpflichtet ist. Mögliche Indizien sind der Einfluss oder Besitz von Medien, die Finanzierung von Wahlkämpfen und die Begleitung höchster Regierungsposten.

[245] Zur besseren Orientierung der Einordnung der Akteure ist Tabelle 2 hilfreich.
[246] Lohmann, Manfred, 2003: Der Wettlauf um das Präsidentenamt hat begonnen – Die Hauptakteure im Vorfeld der Wahl, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 01.06.2003.

Oligarchen

Wiktor Medwedtschuk

Medwedtschuk ist Leiter der Präsidialadministration, die direkt Kutschma unterstellt ist, und begleitet damit eine der einflussreichsten Positionen im politischen System der Ukraine. Auf seine politische Rolle wurde bisher schon im Fallbeispiel über die „Pressefreiheit“ eingegangen. Die Angaben an dieser Stelle konzentrieren sich deshalb auf Medwedtschuks Rolle als Parteichef sowie seine wirtschaftlichen Aktivitäten, um das Bild zu vervollständigen.

Als Parteichef der Vereinigten Sozialdemokraten (SDPUu) erlitt Medwedtschuk am 13. Dezember 2002 einen Rückschlag in seiner politischen Karriere.

Durch ein Misstrauensvotum der Nationaldemokraten und Kommunisten verlor er das Amt des Vizeparlamentspräsidenten in der Werchowna Rada. Durch diese Abstimmung beglichen die Nationaldemokraten eine offene Rechnung mit Medwedtschuk, der bei der Abwahl[247] des damaligen Premiers Juschtschenko eine führende Rolle spielte[248]. Kutschma ernannte Medwedtschuk am 16.06.2002 zum Chef seiner Administration, um Juschtschenko in Schach zu halten und um einen Ausgleich zwischen den drei großen rivalisierenden Oligarchen- Clans herbeizuführen.[249] Medwedtschuk als Repräsentant des „Kiewer Clans“, seinen Stellvertreter Choroschkowskij für den „Dnipropetrovsker Clan“ und Lewotschkin als ersten Berater aus dem „Donezker Clan“[250].

Medwedtschuk leitet zusammen mit seinem Geschäftspartner Surkis den Slawutitsch Konzern. Darüber hinaus besitzen beide zwei Banken, den Fußballverein Dynamo Kiew und den Konzern „Tytan“[251], was ihnen zur Kontrolle über Teile der Energie- und Ölwirtschaft und des Finanzwesens verhilft. Ihr Medieneinfluss erstreckt sich auf die Fernsehsender „Inter-TV“, „TET“, „1+1“ und die Zeitungen “Kiyevskiye vydemiosti“, „Zakan i Bisnes“, „Molod‘ Ukrainy“, „Den“ und „Nasha Gazeta+“.[252]

Das Selbstbildnis das Wiktor Medwedtschuk auf seiner Homepage[253] zeichnet, steht im Gegensatz zum Bild der Öffentlichkeit vom mächtigen Oligarchen und Drahtzieher im Hintergrund.

---

[247] Vgl. Helmerich, 2002: S. 210.
[248] Lohmann, Manfred / Durkot, Juri, 2002: Parlamentswahlen in der Ukraine – Die Parteien im Koordinatensystem des Präsidenten, in: Publikationen der Konrad- Adenauer Stiftung, 02/02: S. 46-60.
[249] Vgl. Helmerich, 2002: S. 210.
[250] Ebd.
[251] Vgl. Kowall, 2002: S.11
[252] „Who owns Ukraine?“, in: Eastern Economist, 04.-10. Januar 2002.
[253] Vgl. Viktor Medwedtschuk – Personal Information Server, abrufbar unter: http://www.medvedchuk.orgzuletzt gesehen am 01.03.2004; Dem Autor ist bewusst, dass es sich hier nicht um eine wissenschaftliche Quelle handelt. Es wird allerdings auf diese Art der Information Bezug genommen, da es das einzig auffindbare Dokument zur

Selbst unter Berücksichtigung der Annahme, dass es sich um eine Eigenwerbung im Sinne positiver Imagebildung handelt, gibt die Seite vor allem Aufschluss über Medwedtschuks Verhältnis gegenüber den formalen Institutionen eines Rechtsstaates. So seien Aktivitäten in der Wirtschaft, Politik und die Beeinflussung der Medien notwendig, um das Allgemeinwohl eines florierenden Landes herbeizuführen:

> *"To achieve this aim ii ' is necessary to be engaged in politics, create a party, influence the media, explain my position and propagate social democratic ideals. (...) There is no other way."*

Unter dem Punkt „Learn more" erläutert Medwedtschuk gängige „Mythen" über seine Person. Unter anderem den „Mythos" er sei ein Oligarch.

Sein Weg sei der einzig Richtige, um das Land zu verändern und jeder würde so vorgehen, wenn er das Wohl der Nation vor Augen habe. Seine abschließende Erläuterung, was einen Oligarchen ausmache, muss vor dem Hintergrund der bisherigen Erläuterungen auf den Leser fast schon ironisch wirken:

> *"That is why 1 smile when 1 hear that 1 am called an "oligarch".(...) 1 set myself the aims the realization of which, 1 am confident, will do people and the state good. If sincerity of beliefs and responsibility in actions are considered to be characteristic of an oligarch-I am not against their considering me an oligarch. "*

Hryhorij Surkis

Surkis ist ebenfalls Abgeordneter der WR und ein Partei- und Geschäftsfreund Medwedtschuks. Zusammen mit diesem steht er an der Spitze des Slawutitsch Konzerns. Surkis unterstützte den Präsidenten mit Geld und Medieneinfluss bei der Wiederwahl 1999, wie seine oligarchischen Parteigänger Wolkow und Medwedtschuk. Als Präsident des Fußballklubs Dynamo Kiew ist er bekannt dafür, so manches Geschäft mit den wichtigsten Amtsträgern am Spielfeldrand auszuhandeln.[254] Das Engagement im Sportumfeld rechnete sich für Surkis, der sowohl Zollvergünstigungen beim Alkohol- und Tabakimport erhielt, als auch mit Mitteln der Sportförderung die Expansion seiner Geschäfte betreiben konnte.[255]

Selbsteinschätzung Viktor Medwedtschuks war und einen wertvollen Beitrag zu dessen Einstellung gegenüber politischen Institutionen bietet.

[254] Vgl. Rybak, Andrey, 2001: Die Marionette von Kiew, in: Financinal Times Deutschland, 22.05.2001: S. 29.

[255] Ebd.

Alexander Wolkow

Der frühere Parteichef der „Demokratischen Union“ (DU) sitzt seit 1998 als Abgeordneter der DU in der Werchowna Rada und gehört zum engsten Beraterstab Kutschmas seit dessen Amtsbeginn. Kutschma zahlt an dieser Stelle eine politische Schuld zurück. Wolkow gehört zu den reichsten und mächtigsten Oligarchen des Landes, was er seinen Geschäften im Öl- und Kohlesektor[256] verdankt. Zwischen 1998 und 2000 war er der mächtigste Oligarch der Ukraine.

Er gründete 1992 neben einer ganzen Reihe von Firmen den privaten Fernsehsender „Gravis“, durch den Kutschma in dessen erstem Wahlkampf unterstützt wurde. Neben „Gravis“ kontrolliert Wolkow auch die Fernsehsender „UT-1“, „Studio 1+l und die Zeitungen „Nezavisimost“, „Prezydentsky Vestnik“ und „Prezydent magazine“.

Sein geschäftliches Verhalten kann als subversiv eingestuft werden, da er offiziell keine Unternehmen besitzt, sondern über Mittelsmänner agiert, die entsprechenden Banken und Betriebe kontrollieren.[257]

Auch im Präsidentschaftswahlkampf 1999 unterstützte Wolkow in seiner Funktion als Leiter des Wahlkampfstabes die erneute Kandidatur Kutschmas. Im Gegenzug zeichnete Präsident Kutschma ihn mit dem „Verdienstorden des Präsidenten der Ukraine“ aus[258].

In den USA gilt Wolkow als „persona non grata“ für die amerikanische Demokratie. Kutschma wurde von der amerikanischen Führung zur Distanzierung von Wolkow aufgefordert. In Belgien existiert ein Haftbefehl wegen „Geldwäsche“.[259] Gerade deshalb ist es wohl um Wolkow etwas ruhiger geworden. Sein wirklicher Einfluss lässt sich nicht richtig einschätzen.[260]

Ihor Bakai

Ihor Bakai ist Abgeordneter der Werchowna Rada und unterstützt den pro-präsidentiellen Block Kutschmas innerhalb der „Demokratischen Union“. Bakai geriet politisch im Jahr 2000 ins Wanken. 1998 wurde er von Präsident Kutschma zum Vorsitzenden der „Naftogaz Ukrainy“ gemacht und soll sich in dieser Position „im großen Stil“[261] bereichert haben. Differenzen mit der damaligen Energieministerin Julija Tymoschenko veranlassten ihn schließlich zum Rücktritt Mitte 2002.[262] Die wahren Hintergründe für diesen Rücktritt sind bis heute nicht klar.

---

[256] Wittkowsky 2000: S.13.
[257] Lewschin, Alexander, 2000: „Olexander Wolkow – Ein Mann und die Macht“, in: „Wostok“, 03/2000.
[258] Ebd.
[259] Ebd.
[260] Die Ausführungen zu Alexander Wolkow basieren auf eigenen Zusammenstellungen aus folgenden Quellen: „Who owns Ukraine?“, in: Eastern Economist, 22.-28. Februar 2001 / Durkot, Juri, 2002: „Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine?“, in: „Wostok“, 02/2002.
[261] Kowall, 2002: S. 12.
[262] Durkot, 2002.

Man vermutet, dass über „Naftogaz Ukrainy“ und „Ukrgasbank“ über 8 Millionen US-Dollar gewaschen wurden.[263] Über verschiedene ausländische Konten sollen Teile dieses Geldes zum Teil in den Wahlkampf Kutschmas 1999 geflossen sein. Wolkow und der damalige Chef der Steuerbehörde und jetzige Vize-Premier Nikolai Azarov sollen an den Finanztransaktionen ebenfalls beteiligt gewesen sein.

Bakai hat nach wie vor Einfluss auf verschiedene Fernsehsender und Rundfunkstationen. Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter wurde er von Kutschma im Oktober 2003 wieder in dessen Planungsstab berufen.[264]

Clans

Dnipropetrovsker—Clan

Der Dnipropetrovsker- Clan entstammt der gleichnamigen Region im Osten des Landes und ist nach Kiew die zweitgrößte Region der Ukraine. Die Eliten aus dieser Metropole waren schon zu sowjetischen Zeiten in den höchsten Machtetagen zu finden, da die Stadt das größte Gebietskomitee der KP in der Sowjetunion hatte.[265] Leonid Breschnew, Nikolaj Scerbickij und Leonid Kutschma selbst haben ihre politischen Wurzeln in dieser Region.[266] Dnipropetrovsk verdankt seinen Einfluss vor allem dem Ausbau der Industrie-, Weltraum- und Rüstungsindustrie. Schon in der Sowjetunion wurden die Maschinenbauindustrie, die Metallurgie und Chemieindustrie in der günstig gelegenen Region angesiedelt. Bis heute ist die Metallurgie mit einem Anteil von 20% des Bruttoinlandsproduktes der Ukraine, der wichtigste Wirtschaftszweig der Region.[267]

Mitte der 90er Jahre erlangte der Clan verstärkt durch Leonid Kutschma und die damaligen Premierminister Pawel Lazarenko und später Walerij Pustovojtenko an Bedeutung und Einfluss. In keiner anderen Region der Ukraine verbinden sich „politische Ambitionen mit Geld“[268] wie in Dnipropetrovsk, was am Beispiel der beiden als Oligarchen bezeichneten Abgeordneten Wiktor Pintschuk und Serhij Tihipko im Folgenden exemplarisch gezeigt wird.

---

[263] „Ukrainian officials sponsore terrorists“, Nachrichtenagentur Prima, 18.09.2003, abrufbar unter: htpp//www.prima-news.ru zuletzt gesehen am: 02.0.2004.

[264] „Kutschma upgrades Bakai to Master of Ceremonies, glavred.info-independent analitical agency, 03.10.2003 abrufbar unter htpp://www.glavred.info zuletzt gesehen am: 14.03.2004.

[265] Vgl. Trautmann, Ljuba, 1998: Die Wahlen in Dnipropetrovsk, in: Aktuelle Analysen des BiOST, Nr. 17/1998, Köln: S.1 ff.

[266] Ebd.

[267] Durkot, Juri, 2002: „Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine?“, in: „Wostok“, 02/2002.

[268] Vgl. Lindner, Rainer, 1998: Kutschmas Stuhl wackelt – Transformationsstau und Interessendifferenzen in der Ukraine, in: Osteuropa, 8/9: S. 928 f.

Wiktor Pintschuk

Wiktor Pintschuk ist Abgeordneter der WR und einer der Führer der Partei „Werktätige Ukraine“, die den pro-präsidentiellen Block „Edyna Ukrajina“ unterstützt. Er verfügt über engste Kontakte zum Präsidenten, da er mit Kutschmas Tochter, Olena Kutschma, verheiratet ist. Pintschuk kontrolliert die einflussreiche „Interpipe Gruppe“, die der größte ukrainische Röhrenhersteller ist und einige weitere Firmen in den Regionen Dnipropetrovsk und Donezk kontrolliert. Zu dieser Gruppe gehören Banken, Energie- und Handelsunternehmen. Außerdem ist Pintschuk Anteilseigner wichtiger Unternehmen im Stahl-Sektor der Ukraine, Russland und Weißrussland. Sein Firmennetzwerk umfasst ebenfalls die Zeitungen „Fakty“ und die Fernsehsender „ICTV“, „Novy Kanal“ und „STB“.

Die Medienkontakte und die Interpipe Gruppe machen Pintschuk zu einem wirtschaftlichen Standbein der „Werktätigen Ukraine“ und des Dnipropetrovsker- Clans.[269]

Serhij Tihipko

Als Chef der Nationalbank und Vorsitzender der Partei „Werktätige Ukraine“ ist Serhij Tihipko ebenfalls dem pro-präsidentiellen Block zuzuordnen. Tihipko begann seine Karriere in der unabhängigen Ukraine in der Dnipropetrovsker „Privatbank“, dessen Leiter er von 1991-1997 war. Die „Privatbank“ übt mit ihrer Beteiligungsstruktur erheblichen Einfluss auf das Erdölgeschäft in der Ukraine aus. Zu den wichtigsten Anteilseignern der Bank gehören die Handelsfirma „Sentosa“, die das dichteste Tankstellennetz der Ukraine betreibt, und das zweitgrößte ukrainische Unternehmen, den Erdölkonzern „Ukrnafta“. Unter Premierminister Juschtschenko war er von Dezember 1999 bis Mai 2001 Vize-Premierminister für Wirtschaftsfragen.[270]

Donezker—Clan

Der wirtschaftliche Einfluss des Donezker- Clans umfasst die Kontrolle der Kohle- und Metallwirtschaft mit der regionalen Begrenzung auf das Gebiet Donbass und Donezk.

---

[269] Die Ausführungen zu Viktor Pintschuk basieren auf eigenen Zusammenstellungen aus folgenden Quellen: „Who owns Ukraine? “, in: Eastern Economist, 22-28. Februar 2001 / „Who owns Ukraine? “, in: Eastern Economist, 04-10. Januar2002! „Ukraine‘s Oligarchs emerge from Soviet system, in Kyiv Post, 04.04.2002 / OSCE/ODIHR Final Report: “Parliamentary Elections, 31 March 2002 Ukraine“ / Durkot, Juri, 2002: “Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine?“, in: „Wostok“, 02/2002

[270] Die Ausführungen zu Serhij Tihipko basieren auf eigenen Zusammenstellungen aus folgenden Quellen: „Who owns Ukraine? “, in: Eastern Economist, 22.-28. Februar 2001 / „Who owns Ukraine? “, in: Eastern Economist, 04. - 10. Januar 2002 / Durkot, Juri, 2002: “Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine?“, in: „Wostok“, 02/2002 / Web Portal of Ukrainian Government abrufbar unter: http:!!www.kmu.gov.ua, zuletzt gesehen am: 20.02.2004.

Der Ukraineexperte Lindner rechnet die Region zu den „am meisten politisierten und zugleich von kriminellen Strukturen unterwanderten Regionen in der Ukraine“.[271] Die Struktur der Firmennetzwerke des Donbass ist genauso undurchsichtig wie die dahinter stehenden Akteure.[272] Fest steht, dass das Unternehmen „Donbas Industrie Union (ISD)“ das Zentrum der Donezker Kohlebarone bildet. ISD kontrolliert entweder direkt oder über Tochtergesellschaften und Kreuzbeteiligungen den Bereich der Kohleförderung, die Stahlindustrie, den Gas- und Energiemarkt und das lokale Bankwesen.[273]

Die Beteiligungen der ISD umfassen ebenfalls den Fußballklub „Schachtjohr“, dessen Präsident Rinat Akhmetov ist, auf den später noch eingegangen wird.

Leitfigur des Donezker- Clans ist der derzeitige Ministerpräsident und frühere Gebietsgouverneur des Oblast Donezk, Viktor Janukowitsch, der sich mittlerweile berechtigte Hoffnungen machen kann, den Präsidenten zu beerben. Hinter ihm steht die „Partei der Regionen“ aus dem Donezk. Die Vermutung liegt nahe, dass der sehr regional ausgerichtete Clan sich von der Förderung Janukowitschs mehr politische Einflussnahme in Kiew verspricht. Bezeichnend für die Steigerung des Einflusses des Donezker Clans ist, dass mit Andrej Kljujew und Mykola Asarow zwei weitere Clan — Vertreter höchste Regierungsposten innehaben. Kljujew hat das Amt des ukrainischen Vizepremiers für Fragen des Brennstoff- und Energiekomplexes von Witalij Haiduk[274] übernommen und Asarow hat das Amt des ersten Vizepremiers inne.[275]

Mykola Asarow

„Tax Zar“[276] Mykola Asarow ist, wie bereits erwähnt, erster Vize-Premierminister und Finanzminister der Ukraine. Damit fällt der Bereich Wirtschaft, Europäische Integration und das Finanzministerium in sein Einflussgebiet. Man spekuliert, dass Asarow in seiner Eigenschaft als Leiter der Steuerverwaltung von 1997 bis Ende 2002 häufig sein Amt missbrauchte, um unliebsame Medien und Unternehmen unter Druck zu setzen.[277]

---

[271] Lindner, 1998: S. 929.

[272] Vgl. Zimmer, Kerstin, 2002: „Einheit, Eintracht, Zwietracht und Wiedergeburt. Zur Roller und Relevanz des Donecker Clans“, 5. 29f, in: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine, in: Arbeitspapiere und Materialien — Forschungsstelle Osteuropa, Bremen Nr. 42: S. 22-50.

[273] Ebd.

[274] Haiduk gehört ebenfalls zum Donezker Clan, wurde allerdings im Dezember 2003 abgelöst, weil nach offiziellen Angaben er den Problemen bei der Vorbereitung des Brennstoff- und Energiekomplexes auf den Winter nicht Herr wurde. Vgl. „Andrej Kljujew neuer ukrainischer Vizepremier für Energiefragen“, Deutsche Welle, 11.12.2003 abrufbar unter: http://www.dw-world.com, zuletzt gesehen am 10.03.2004.

[275] Vgl. Ministerkabinett der Ukraine, abrufbar unter: http://www.kmu.gov.ua.

[276] „Who owns Ukraine? “, in: Eastern Economist, 04-10. Januar 2002.

[277] Lohmann, Manfred / Schedlbauer Tobias, 2002: Kabinettsumbildung in der Ukraine — Das Machtdreieck um Janukowitsch, Asarow und Medwedtschuk, in: Länderberichte der Konrad-Adenauer Stiftung, 12.12.2003.

Rinat Akhmetov

Rinat Akhmetov soll der eigentliche politische und wirtschaftliche Drahtzieher des Donezker Clans sein. Akhmetov begleitet als einziges offizielles Amt das des Präsidenten des erfolgreichen Fußballklubs "Schachtjohr", gilt aber dennoch als heimlicher „Direktor der Region Donezk".[278] Genauere Angaben zu seinen Geschäftsbeteiligungen macht Akhmetov nicht. Sein privates Vermögen wird auf 1,7 Milliarden US Dollar geschätzt, was ihn zum reichsten Mann der Ukraine macht.[279]

n) Aussage für den Transformationsprozess

Nachdem nun die wichtigsten Clan- Vertreter rund um Kutschma vorgestellt wurden, soll die Verflechtung des Parlaments abschließend bewertet werden.

Durch die Untersuchung der Verfassungsinstitution „Parlament" wurde nachgeprüft, ob sich informelle Institutionen in der Werchowna Rada gebildet haben und welchen Einfluss diese nehmen. Um dies zu zeigen, wurde zunächst die Bedeutung der Parteien in der Ukraine erörtert. Diese basieren nicht auf programmatischen Grundlagen, sondern werden durch einflussreiche Personen repräsentiert. Durch die Analyse der Mehrheitsverhältnisse in der aktuellen WR wurde gezeigt, welche Parteien und Blöcke dem oppositionellen und pro-präsidentiellen Lager zuzuordnen sind. Die anschließende Analyse der Vertreter der Wirtschaft im Parlament verdeutlicht, dass das pro- präsidentielle Lager den höchsten Grad an wirtschaftlicher Verflechtung aufweist. Das legt die Vermutung nahe, dass Kutschma auf eine Mehrheit im Parlament nur bauen kann, wenn er den Interessen seiner Anhängerschaft nachkommt. Folglich wurden deshalb einzelne Akteure der pro- präsidentiellen Anhängerschaft untersucht und festgestellt, dass die maßgeblichen Akteure Oligarchen sind, denen Kutschma verpflichtet ist. Zum Beispiel, weil diese Einfluss auf die Mehrheitsbildung im Parlament nehmen, seinen Wahlkampf finanziert haben oder durch Medienverbindungen die politische Meinungsbildung beeinflussen können.

Kutschma berücksichtigt im Gegenzug bei der Vergabe höchster Regierungsposten die unterschiedlichen Interessen verschiedener Clans und Oligarchen. Diese Punkte sprechen eindeutig für die Existenz informeller Regeln, die in der Folge zu informellen Institutionen führen.

[278] Vgl. Zimmer, 2002: S. 29f.
[279] zitiert nach: Zimmer, 2002: S. 30.

So wurde gezeigt, dass sich in der Ukraine informelle Institutionen im Parlament etabliert haben, die gegenseitig um die Steigerung ihres Einflusses kämpfen. Durch den hohen Grad der Verflechtung zwischen Abgeordneten und der Wirtschaft ist das derzeitige Parlament der Ukraine in einem hohen Maße abhängig von Wirtschaftsakteuren und „erpressbar geworden".[280] Die Politik des Präsidenten wird so durch die drei großen Clanfamilien aus Kiew, Donezk und Dnipropetrovsk gelenkt, die damit den Status einer etablierten informellen Institution in der Werchowna Rada einnehmen.

o) Rechtsstaatlichkeit

Die Rechtsstaatlichkeit ist in der oben genannten Verfassung verankert. Das einzige Organ der Verfassungsgerichtsbarkeit ist das Verfassungsgericht. Von den insgesamt 18 Richtern des Gerichts werden je sechs vom Staatspräsidenten, von der Verchovna Rada und von der Vereinigung der Ukrainischen Richter ernannt. Die Kompetenzen des Gerichts erstrecken sich auf die „Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und anderen Rechtsakten des Obersten Rates, von Rechtsakten des Präsidenten, der Regierung und des Obersten Rates der Autonomen Republik Krim. Dem folgen die offizielle Auslegung der Verfassung und der Gesetze der Ukraine,(...), Überprüfung internationaler Verträge mit der Verfassung und Erstellen von Gutachtern im Impeachment- Verfahren gegen den Präsidenten. Außerdem wird die Verfassungsmäßigkeitseingabe im Kompetenzbereich des Gerichts verankert, die auf die Sicherung und den Schutz der Grundrechte der Menschen gerichtet ist".[281]
Die Umsetzung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips weist in der Ukraine gravierende Mängel auf. Die ausbleibende Reformierung des Gerichtswesens erhöht die Abhängigkeit der Judikative und Möglichkeiten deren Missbrauchs. Die Vorschläge zur Änderung der Strafprozessordnung liegen seit vielen Jahren bei der Verchovna Rada vor und die geltenden, aus der Sowjetzeit übernommenen Gesetze, werden nicht eingehalten. Der Straf- und Kontrollapparat wurde in der Kutschma- Zeit massiv ausgebaut.
Die „Verfassungswirklichkeit wird durch die Eigenmächtigkeit und geringe Rechtsgebundenheit der staatlichen Behörden, eine widersprüchliche Rechtslage, eine generell geringe Rechtskenntnis und ein geringes Vertrauen in die Rechtssprechung geprägt".[282] Das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit der politischen Akteure, die Bürgerrechte in der Praxis zu schützen, ist sehr gering.

[280] Ott, 2002: S. 84.
[281] Bos 2004, 506.
[282] Bos 2004, 505.

So meinten nur 8,6 % der ukrainischen Bürger, dass der Staat die Menschenrechte und Freiheiten beachte, und 71,6 % hatten eine entgegengesetzte Meinung.[283]

Bezeichnend ist eine niedrige Informiertheit der Bürger über die grundsätzlichen Rechte, wie Meinungs- und Pressefreiheit (26,9%), Freiheit des Glaubens und der Weltanschauung (13,2%), das Recht, an der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben mitzuwirken, an Referenden teilzunehmen, zu wählen und gewählt zu werden (9,7%), die Versammlungs-, Demonstrations- und Telefongespräche (1,4%), der Anspruch auf die Rechtsmittelergreifung gegen Beschlüsse, Handlungen oder Untätigkeit der staatlichen Behörden und der kommunalen Selbstverwaltungsorgane, der Machtinhaber und Bediensteten (0,8%).[284]

Allgemein herrscht die Meinung, dass es gefährlich sei, für eigene Rechte zu kämpfen. Viel „vernünftiger" sei es, sich mit der Situation abzufinden und sie zu dulden.

Tabelle 1: Bereitschaft zur Teilnahme und die wirkliche Teilnahme an Protestaktionen (in Prozent der befragten)

	Hat teilgenommen	Könnte teilnehmen	Hat nie teilgenommen	Schwer zu beantworten
Petitionen unterschreiben	11,7	34,2	43,3	10,8
Teilnahme an genehmigten Aktionen	6,4	32,6	49,0	12,0
Teilnahme an nicht genehmigten Aktionen	1,4	9,1	77,5	12,0
Einnahme von administrativen Gebäuden und Betrieben	0,4	3,2	86,2	

***Quelle*: Informationsanalytische Materialien 2002, 7.**

Vor Schikanen der Steuerbehörden und massiven Rechtsverletzungen hatten die Geschäftsleute und Existenzgründer ebenso keinen Schutz. Unter die indirekte Staatskontrolle wurde die gesamte Wirtschaft und somit die Gesellschaft gebracht, was die freie Entwicklung öffentlicher Organisationen verhinderte.[285]

[283] Institut für Politik 1999, 25.
[284] Institut für Politik 1999, 25.
[285] Derhatschow 2003, 24.

Die Entwicklung des latenten Rechtsnihilismus im Bewusstsein der ukrainischen Bevölkerung war die negative Folge dieser Transformationsphase.

p) Medienfreiheit

Die Medienfreiheit in der Ukraine ist verfassungsrechtlich durch nationale Gesetze sowie internationale Konventionen[286] gesichert. Es besteht ein ausdrückliches Zensurverbot. Artikel 34 der Verfassung schränkt bereits diese Freiheit „im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Integrität oder öffentlichen Ordnung" ein und unterstützt dessen freizügige Auslegung durch die staatstragenden Institutionen.

Der Herausbildung der „Vierten Gewalt" standen in der Kutschma- Ära die politischen Interessen der Zentralgewalt gegenüber. Die nach der Unabhängigkeit von der Kontrolle befreiten Massenmedien wurden zunehmend und später uneingeschränkt von der Politik instrumentalisiert. Ebenso wurde der wichtige Artikel 32 über persönliche Veto- Rechte der Bürger zur Verbreitung privater Informationen für die Anklagen der Regimekritiker „zur Hilfe" gezogen.

Die staatlichen Methoden zur Einschränkung der Medienfreiheit reichen von willkürlichen Dekreten verschiedener Regierungsbehörden, die den Medienmarkt staatskonform veränderten, unklaren Eigentumsverhältnissen für die Medienanstalten, staatliche Kontrolle der Vertriebssysteme, beliebige Erteilung der Staatssubventionen, Anklagen gegen Ehrverletzung, Rufschädigung und hohe Entschädigungssätze für die regimekritischen Journalisten bis hin zu Morddrohungen und –ausübungen.[287]

97% der ukrainischen Massenmedien befanden sich im Privatbesitz, weil die Eigentumsverhältnisse unklar waren.

Die Lenkung der Medien machte sich während der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen besonders bemerkbar. Deren Auswirkungsgrad auf die Meinungsbildung der Bevölkerung kann man beinahe regionalspezifisch von Westen nach Osten verfolgen.

Die einseitige mediale Indoktrinierung der Bevölkerung im ukrainischen Osten und Südosten stellte eine Erblast der sowjetischen Nomenklatur dar.

---

[286] So z.B. wurden die grundlegenden Prinzipien der Rede- und Meinungsfreiheit der Europäischen Menschenrechtskonvention in die ukrainische Verfassung aufgenommen. Siehe dazu in: OSCE 2000, 250.

[287] Seit der Unabhängigkeit sind 40 Journalisten Mordanschlägen zum Opfer gefallen. Das prominenteste Beispiel ist der Mord am Journalisten Georgi Gongadze im Jahr 2000. Nachdem die geheimen Tonbandaufnahmen an die Öffentlichkeit gebracht wurden, die einen Beweis für die Involvierung Kutschma's lieferten, brach in der Ukraine eine schwere innenpolitische Krise aus.

Die Bevölkerung in diesen Gebieten ist überwiegend russophon und steht dem (west)ukrainischen Kulturkreis distanziert bis negativ gegenüber.

Die Angst vor der Oktroyierung durch westliche „fanatische Nationalisten“ und deren „regionale extremistische Kraft“[288], aber auch generell vor dem Westen wurde mit Hilfe gezielter politischer Werbekampagnen verstärkt und genutzt. Die Politiker und finanzkräftige Gruppen waren gleichzeitig Besitzer der überwiegenden Mehrheit der ukrainischen Zeitungen und Fernsehkanäle und sie hatten somit die Instrumente zur Lenkung der öffentlichen Meinung. Der „Pluralismus der Clans“ nach der Formel „Geld + Medien = Macht“ etablierte sich in diesen Jahren auf allen Ebenen des ukrainischen Mediensystems.[289]

q) Menschenrechte

Wie im Abschnitt zur Rechtsstaatlichkeit beschrieben, gehörte der Schutz der Grundrechte der Bürger für die Staatsmacht nicht auf die Prioritätenliste. Die Beschäftigung mit dem Erhalt und der Verfestigung eigener Macht verband sich mit der verantwortungslosen Vernachlässigung sozialer und politischer Rechte und Freiheiten der Bürger. Die Verstärkung der allgemeinen Staatskontrolle, die sich der Schwächen der sich transformierenden Gesellschaft großzügig bediente und somit die Entwicklung einer kontrollierenden Kraft dieser Gesellschaft gegenüber dem Staat verhinderte, wirkte zementierend auf das Bewusstsein der Bevölkerung. Eine ambivalente Einstellung gegenüber dem Staat wurde zur maßgeblichen Weltorientierung der Bevölkerung.

Zu den schwerwiegendsten, international verurteilten Verletzungen der Menscherechte in der Ukraine gehören Folter und Misshandlungen seitens der Polizei- und Strafvollzugsbeamten an den Inhaftierten und Tatverdächtigen (bis zu 30% aller Inhaftierten), Diskriminierung von HIV-Infizierten / AIDS- Kranken, massive Einschränkung der Pressefreiheit sowie Frauendiskriminierung am Arbeitsplatz und Menschenhandel.[290]

Zivilgesellschaft

In der Ukraine wurde das Verhältnis zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft in den letzen vierzehn Jahren neben der Bewältigung der Folgen sowjetischer Ordnung und deren ansatzweise gelungenen staatlichen Wiederbelebungsversuchen auch durch den erleichterten Informationsfluss und Repräsentanz der westlichen Organisationen in den großen Städten geprägt.

[288] Rjabtschuk 2005, 12.
[289] Bos 2004, 505.
[290] Human Rights Watch 2005, 2.

Die Glaubwürdigkeit in die staatlichen Fähigkeiten seinen schützenden und versorgenden Pflichten den Bürgern gegenüber nachzugehen, hat in diesen Jahren massiv abgenommen. Vielmehr bauten der Staat und die regierenden Eliten als Inhaber von öffentlichen Gütern und Produktionsmitteln ihre allgegenwärtige Kontrolle über das Leben der Bürger aus.

Die Öffentlichkeit als konstitutives Element der Zivilgesellschaft erfordert jedoch einen von der Staatskontrolle freien Raum. Die Funktion dieses Raums ist die Umsetzung des gesellschaftlichen Ausdrucks der Unabhängigkeits- und Demokratieforderungen.

Das Vorhandensein einer Zivilgesellschaft ist aber noch kein Garant für eine demokratische Entwicklung. Die allgemeine gesellschaftliche Ambivalenz bringt auch ambivalente Zivilgesellschaften hervor[291], die die Demokratisierungsprozesse eher bremsen als befördern.

Eine funktionierende Zivilgesellschaft soll keine Gegenmacht zum Staat und Wirtschaft darstellen, sondern eine vermittelnde Funktion auf die politisch- administrativen und ökonomischen Prozesse ausüben.[292] Diese Kontroll- und Schutzfunktion der Zivilgesellschaft macht sie zum Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Eine demokratische Staatsgewalt ist auf die Selbstbindung im Inneren – eine „verfassungspatriotische“ Verpflichtung der Bürger auf das politische Gemeinwesen angewiesen. Die Stabilität von Demokratien hängt davon ab, dass im demokratischen Prozess keine Anlässe zur Aufkündigung (solcher) Selbstverpflichtung aufkommen.[293] Diese Selbstverpflichtung der Bürger für den ukrainischen Staat war in der Kutschma- Ära undenkbar, weil der Regierung die grundlegende Legitimität fehlte.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit wurde die Nationalstaatsbildung in der Ukraine zum vorrangigsten Ziel. Die Verknüpfung des Nationalstaatsmodells an ein modifiziertes Wertesystem und an ein Projekt der zukünftigen Staatsentwicklung hat es aber nicht gegeben. Die herrschenden Eliten und die Staatsbürokratie gehörten zu den einzigen gut organisierten gesellschaftlichen Gruppen[294], die imstande waren, sich mit dem Konzept des „ukrainischen Nationalstaats“ auseinanderzusetzen. Die aktive Bevölkerung, die sich für die Unabhängigkeit der Ukraine am Anfang engagierte, war letztendlich von der Lösung der aktuellen Nationalstaatsprobleme ausgeschlossen. Deren Anführer beschäftigten sich später mit der Beschaffung von Positionen in den Staatstrukturen.

[291] Croissant, Lauth, Merkel 2000, 37.
[292] Walk 2000, 234.
[293] Offe 1996, 154.
[294] Derhatschow 2003, 14.

Die früheren Erfahrungen mit der zentralen Staatsgewalt und der strengen Hierarchie, die bis ins persönliche Leben der Menschen eingedrungen waren, prägten das Verhältnis der ukrainischen Bevölkerung zur Staatlichkeit.[295] Die Unantastbarkeit der Staatsgewalt und deren Repräsentanten, die Ausdehnung ihrer Einflussbereiche auf den neu gewonnenen Raum in der Zivilgesellschaft prägten die Bildung einer spezifischen politischen Pseudokultur. Die regierende Elite war zur Zeit des Systemwechsels in ihrer Anpassungsfähigkeit und in ihrem Auffassungstempo der Bevölkerung gegenüber überlegen.

Die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung erfolgte erneut, wie vor 70 Jahren, „von oben", der Bevölkerung wurde die formale Mitwirkung an der ukrainischen Demokratisierung aufgezwungen.[296]

Die ukrainischen zivilgesellschaftlichen Strukturen konnten sich aus einer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Erbgrundlage mangels Erfahrung nicht entfalten. Die anfängliche Entwicklung wurde auch von der Staatsmacht blockiert. Es war nur bedingt möglich, sich im Rahmen öffentlicher Institutionen zu engagieren. Die Aktiven wurden „auf die Straße" gedrängt und mussten nach anderen Organisations- und Finanzierungsmöglichkeiten suchen.

Die öffentlichen Institutionen in der Ukraine kann man aufgrund ihrer politischen Nähe zur Staatsmacht in drei Gruppen gliedern[297]: die Institutionen, die unter dem Dach der staatlichen Strukturen agieren; öffentlichen Vereine, die von Oligarchen und Clangruppen gebildet und finanziert werden; und schließlich der eigentliche Dritte Sektor, der aus der Selbstorganisation der Bürger gewachsen ist und Interessen einzelner Bürgergruppen vertritt.

Die ersten beiden Gruppen wurden massiv für politische Zwecke missbraucht. Einige so genannte Bürgerinitiativen wurden etwa „von oben" initiiert und finanziert[298]. So konnten solche Initiativen an den Aktivitäten des Dritten Sektors teilnehmen und Mitglieder unabhängiger Organisationen mit populären Vertrauen spendenden Solidaritätszusprüchen abwerben.

[295] Derhatschow 2003, 16.
[296] Derhatschow 2003, 17.
[297] Derhatschow 2003, 32.
[298] Zu diesen Bürgerinitiativen zählt z.B. die „Bürgerinitiative der Schytomir- Einwohner", die im Referendum 2000 eine organisierte Unterstützung „von oben" startete.

Tabelle 2: In welchem Maße tragen diese gesellschaftlichen Institutionen / Organisationen zur Entwicklung der Bürgeraktivität bei? (in Prozent)

	Tragen nicht bei	Eher kein Beitrag	Gleichermaßen Beitrag und Nichtbeitrag	Teilweise beitragen	Beitrag	Schwer zu antworten
Politische Parteien	11,1	15,5	24,3	24,9	9,3	14,9
Gesellschaftliche Organisationen	9,6	16,4	25,7	22,7	8,0	17,16
Gewerkschaften	17,6	20,0	22,6	15,7	4,6	19,5
Massenmedien	8,0	11,2	25,4	28,9	12,4	14,1
Selbstverwaltungsorgane	21,7	21,5	22,2	12,6	4,2	17,8
Örtliche Verwaltungsorgane	23,4	21,2	21,6	11,7	3,7	18,4

***Quelle*: Informationsanalytische Materialien 2002, 11.**

Angesichts des mangelnden Vertrauens der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und auch in Parteien, Gewerkschaften und unabhängige Initiativen, entwickelte sich eine spezifische politische Kultur des passiven Abwartens. Auf die Frage „Welche Eigenschaften sind für das ukrainische Volk charakteristisch?“, wählte die große Gruppe von 48 % die „Passivität und die Hoffnung, dass jemand unsere Probleme löst“.[299]

Das objektive Bedürfnis nach einer lebensfähigen, gerechten und effizienten Organisation der Gesellschaft und des Staates, das die Verschärfung der aktiven politischen Auseinandersetzung, die Stärkung der Opposition und die Einführung besserer Rahmenbedingungen für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Institutionen auf Grundlage allgemein demokratischer Grundsätze[300] befördert hätte, konnte sich in der Gesellschaft während der Kutschma- Ära allgemein nur sehr schwach und vereinzelt (begrenzt auf die west- und zentralukrainischen Großstädte) herausbilden.

Abschließend zu diesem Kapitel lassen sich folgende Gründe für die Unzufriedenheit mit der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Ukraine der Kutschma- Ära formulieren:

[299] Bos 2004, 501.
[300] Derhatschow 2003, 34.

der schwach entwickelte Parlamentarismus und ein instabiles Parteiensystem ohne verfestigte ideologische Ausrichtungen; eine stark autoritäre Präsidialmacht; der äußerst geringe Stellenwert des Rechts und eine willkürliche Umsetzung der Gesetzgebung; die Verfassung und Verfassungswirklichkeit stehen weit auseinander; die Vernachlässigung sozialer und politischer Rechte der Bürger; zentralisierte Lenkung aller Lebensbereiche; Schattenwirtschaft und kriminelle Geschäftsführung; die ungeklärten (Privat-) Eigentumsverhältnisse; die engen Verbindungen zwischen den Geschäftskreisen und der Politik; die Spaltung der Eliten; die hohe soziale Stellung der Bürokratie;
breite Entwicklung der Korruption; das schwache Potenzial des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft; das passive und ambivalente Bewusstsein der Großteile der Bevölkerung; fehlendes Vertrauen in die Regierung als Rückgrad der sozialen Ordnung.
Im folgenden Kapitel wird der Verlauf der Präsidentschaftswahlen 2004 in der Ukraine skizziert und dabei die Rolle ihrer wichtigsten Akteure untersucht.

Zusammenfassung

Ziel dieses Kapitels war zu belegen, dass die eigentliche politische Interessenrepräsentation und Artikulation nicht über die in der Verfassung vorgesehenen politischen Gewalten erfolgt, sondern durch Eliten, die sich in Schlüsselpositionen des gesamten politischen Systems der Ukraine etabliert haben. Dazu wurde die These aufgestellt, dass im politischen System der Ukraine keine Trennung zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten existent ist. Diese These konnte im Verlauf der Arbeit entlang der Analyse des Präsidenten, der Regierung und des Parlaments bestätigt werden, was wie im Theorieteil begründet, zu der Aussage führt, dass die Ukraine im Konsolidierungsprozess stecken geblieben ist. Im politischen System der Ukraine sind wesentliche Kriterien für die Konsolidierung der Verfassungsinstitutionen verletzt.
Um die Durchsetzung der verfassungsgemäßen Institutionen mit Wirtschaftseliten und Oligarchen im Einzelnen nachzuweisen, wurden eine Vielzahl von Akteuren entlang vier verschiedenen akteurstheoretische Kategorien analysiert.
Innerhalb der theoretischen Kategorien „strukturelle Konsolidierung“ und „delegatives Verhalten“ wurden zunächst Präsident Kutschma und die ihm unterstellte Präsidialadministration untersucht.
Der unbedingte Machterhalt, so das Fazit der Analyse Kutschmas und seines direkten Umfelds, leitet die politische Arbeit des Präsidenten und seiner Administration.

Durch die Analyse der Verfassungsinstitution „Präsident“ konnte somit eindeutig belegt werden, dass diese nicht demokratisch konsolidiert ist.

So ermöglicht die Macht der Oligarchen, die unmittelbar um den Präsidenten eine Art informelles Netzwerk bilden, eine weit reichende Kontrolle der Medien und der Wirtschaft in der Ukraine.

Egal wie der Ausgang Präsidentschaftswahlen 2004 beurteilt werden musste, so ist aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse der Schluss zulässig, dass entweder Kutschma selbst die Macht behält, oder er und sein Netzwerk einen Kandidaten benennen und diesen mit allen Mitteln zum Erfolg führen würde. Die Motive für die angestrebte Verfassungsänderung waren ein eindeutiger Indikator für das „delegative Verhalten“ des Präsidenten. Der Nachweis dieser auf O`Donnell zurückzuführenden Kategorie belegt eindeutig, dass der Präsident sich autoritärer Methoden bediente und eine unausgewogene Politik zu Gunsten der verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen betrieben hat.

Durch die Einschränkung der Pressefreiheit kommt es zu einer weiteren Verletzung der Voraussetzungen für eine konsolidierte Demokratie. So wurde gezeigt, dass die Medien in der Ukraine unter wirtschaftlicher Kontrolle verschiedener Oligarchen und inhaltlicher Kontrolle durch die Präsidialadministration stehen. Dadurch ist der Bevölkerung das Recht auf alternative und objektive Informationsmöglichkeiten genommen und damit die Durchführung von gerechten Wahlen eingeschränkt.

Durch die anschließende Analyse der Regierung innerhalb der theoretischen Kategorie „Institutionelle Autonomie“ wurde die Wirtschaftspolitik der Regierung von 1991 bis zum heutigen Zeitpunkt untersucht, um zu erörtern, inwiefern die Regierung als eine eigenständige Verfassungsinstitution bezeichnet werden kann. Dabei wurde festgestellt, dass die Elitenbildung in der Ukraine auf spezifische Voraussetzung bei der Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft zurückzuführen ist und sich dadurch der dominante Einfluss der Nomenklatura auch im neuen politischen System und damit auch in der Regierung verfestigen konnte.

Die Absetzung des heutigen Oppositionspolitikers und damaligen Regierungschefs Juschtschenko zeigt, was geschieht, wenn ein Premier sich gegen die wirtschaftlichen Interessen der Nomenklatura stellt. Die weitere Analyse führte zu dem Ergebnis, dass die häufigen Regierungswechsel durch eine willkürliche Personalpolitik des Präsidenten geprägt waren und der Premier dem Präsidenten oft als „Sündenbock“ diente. So ist das vermeintliche Versagen des jeweiligen Premiers auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in einigen Fällen nur ein vorgeschobener Grund um politische Konkurrenz klein zu halten, oder die Interessen verschiedener Clans zu bedienen, wie beispielsweise im Fall des aktuellen Regierungschefs.

Die schwache Position des Premiers im politischen System führt dazu, dass dieser mehr die Rolle einer ausführenden, als einer gestaltenden politischen Institution einnimmt und sich in einer Abhängigkeit zwischen Präsident und Präsidialadministration auf der einen Seite und den Akteuren im Parlament auf der anderen Seite befindet.

Aus dieser Abhängigkeit der Regierung von anderen Verfassungsinstitutionen, politischen Akteuren und wirtschaftliche Interessengruppen folgen zwei Gründe, die gegen eine Konsolidierung dieser Institution auf demokratische Weise sprechen: Erstens wurde die Regierung von anderen Institutionen in Frage gestellt und zweitens kam es zu häufigen Wechseln an der Regierungsspitze. In der Konsequenz bedeutet dies: Die Regierung der Ukraine war in ihrer Autonomie eingeschränkt und musste sich im politischen System unterordnen.

Die Analyse der Kräfteverteilung in der Werchowna Rada seit den Parlamentswahlen 2002 diente als aktuelle Grundlage, um einzelne Oligarchen und Abgeordnete auf ihren wirtschaftlichen Verflechtungsgrad hin zu untersuchen. Dadurch wurde innerhalb der theoretischen Kategorie „Klientelismus / Partikularismus“ deutlich, dass das Parlament in einem hohen Maße von Einzelinteressen verschiedener Clans und damit informellen Institutionen gelenkt wird.

In der vorliegenden Analyse wurden zunächst die Schwäche des ukrainischen Parteiensystems und die starke Orientierung der Wähler an einzelnen Akteuren dargestellt. Dadurch kam es, wie gezeigt wurde, nach den Parlamentswahlen 2002 zu erheblichen Wanderbewegungen der Mandatsträger im Parlament , die zu einer parlamentarischen Mehrheit der pro-präsidentiellen Parteien und Wahlblöcke führte. In einer Analyse dieser Wanderbewegungen wurde in einem nächsten Schritt festgestellt, dass die Mandatsträger, die sich den pro-präsidentiellen Parteien anschließen, den höchsten Grad an wirtschaftlicher Verflechtung aufweisen.

So konnte auch in dieser Untersuchung die Schwäche des Parteiensystems verdeutlicht werden, in erster Linie die Existenz einer engen Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik bei den pro-präsidentiellen Parteien und Blöcken. Diese werden von unterschiedlichen Clans und Oligarchen dominiert, deren wichtigste Vertreter detailliert vorgestellt wurden. Jeder einzelne Abgeordnete ist durch seine wirtschaftliche Verbindung Interessenkonflikten ausgesetzt.

Entscheidend ist allerdings, dass die Werchowna Rada durch den hohen Grad an Verflechtung zunehmend abhängig von diesen Wirtschaftsakteuren und damit erpressbar wurde. Daher konnte auch das Parlament nicht als demokratisch konsolidiert eingestuft werden.

Durch die Untersuchung der Verfassungsakteure wurde gezeigt, dass im politischen System der Ukraine Wirtschaft und Politik untrennbar zusammenhängen, da die ukrainische Politik von einigen wenigen Oligarchen und Eliten im Umfeld von Leonid Kutschma bestimmt wurde.

In der Fallstudie wurde außerdem deutlich, dass eine getrennte Betrachtung der verfassungsmäßigen Institutionen für die praktische Analyse kaum zu vollziehen ist, da die machthabenden Strukturen in Form des Präsidenten, seiner Administration und verschiedener Einzelakteure so dominant und verwachsen sind, dass sie das gesamte politische System der Ukraine zu ihren Gunsten gestalten können.
Damit hat dieser Abschnitt der Arbeit gezeigt, dass die Ukraine bis 2004 tatsächlich im Konsolidierungsprozess fest stecken geblieben ist.
Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 werden im nächsten Kapitel der Arbeit Aufschluss darüber geben, ob die politischen Akteure in der Ukraine den Weg der demokratischen Transition wieder aufnehmen oder sich die autokratischen Strukturen weiter verfestigen.

V. Orangene Revolution 2004 – 2005 : Kritische Analyse der Wirkung der Orangenen Revolution auf Politik und Gesellschaft in der Ukraine (Endgültiger Durchbruch?)

1. Die ukrainische Präsidentschaftswahl 2004

1.1. Wahlverlauf

Im Sommer 2004 gingen die Parteien des Kutschma- Regimes und der Opposition mit solide ausgerüsteten Kampagnen in den Wahlkampf um die ukrainische Präsidentschaft.

Der Kandidat des Kutschma- Blocks, und amtierender Ministerpräsident, Viktor Janukowitsch, rekrutierte seine Wähler in den östlichen und südöstlichen Regionen. Als ehemaliger Donezk-Gouverneur genoss Janukowitsch die Unterstützung der Wirtschaftsmachtinhaber des Donezker Kohlebeckens, so genannten „Donezker Clans“, der durch spezifische Mechanismen der Herrschaftsausübung die Wirtschaft und Politik in den oben erwähnten Gebieten kontrollierte. Dieses regional gebundene informelle Netzwerk finanzierte neben russländischen Investoren sowie Spenden aus der Kutschmas Staatskasse die groß angelegte Wahlkampagne von Janukowitsch.

Der oppositionelle Wahlblock „Nascha Ukraina“ (Unsere Ukraine) stellte Viktor Juschtschenko, ehemaliger Ministerpräsident von 1999-2001, als Gegenkandidaten zur Wahl. Juschtschenko wurde in den westlichen (Lviv, Luzk, Riane, Ternopil, Cherniazy, Ushgorod und Iwano-Frankivsk) sowie in den zentralwestlichen (Shitomir, Kiew, Chmelnizkyj, Vinniza, Kirowograd, Cherkasy) Regionen zum absoluten Wählerfavoriten.

In seiner fünfjährigen Tätigkeit als Leiter der ukrainischen Nationalbank sicherte er die nationale Währung *Hryvna* in Zeiten des Finanzkollapses in Russland im Jahre 1998. Als Ministerpräsident trieb er die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft voran, beseitigte mehrere Strukturen der Schattenwirtschaft[301], reduzierte Innen- und Außenschulden, beseitigte Barterhandel und setzte einige wichtige Reformen in Gang.[302] Als Zweckbündnis setzte sich sein Wahlblock aus Kreisen unterschiedlicher Nationalitäten und politischer Orientierungen zusammen und versuchte bereits bei den Parlamentswahlen 2002 mit dem neuen Programm eine zentristische Mehrheit zu erreichen.

Das nach dem ersten Wahlgang am 31. Oktober 2004 verkündigte Wahlergebnis (für beide Erstkandidaten jeweils 39,6% Stimmen) änderte sich innerhalb der nächsten 10 Tage mehrfach. Danach stand Janukowitsch deutlich vor Juschtschenko. Das Endergebnis der Obersten Wahlkommission lautete: Juschtschenko 39,87%, Janukowitsch 39,32%.[303] Hier wurden die ersten massiven Wahlfälschungen offensichtlich. Die OSZE- Wahlbeobachtermission sprach sich über die im Vergleich zu den ukrainischen Parlamentswahlen von 2002 massiveren und offeneren Fälschungen der Wahlergebnisse aus.[304] In dieser Zeit traten mehrere Fernsehjournalisten aus Protest gegen die staatliche Medienzensur in den Hungerstreik. Polizisten aus Charkiv meldeten in einem Brief an den Parlamentspräsidenten Lytvyn[305], dass über hunderttausend angekreuzte Wahlzettel, zuerst aufbewahrt und dann in Wahlbezirken verteilt werden sollten.[306] Rund Fünfzigtausend Menschen demonstrierten in den Tagen für Juschtschenko auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz unter dem Leitmotiv „Das Volk ist unbezwingbar!“.

Beim zweiten Wahlgang am 21. November 2004 wurde Janukowitsch offiziell von der Zentralen Wahlkommission mit 49,46% gegen Juschtschenko’ s 46,61% zum Sieger erklärt. In der Wahlnacht hatten das renommierte Kiewer Internationale Institut für Soziologie (KIIS) und das Razumkow- Zentrum ebenso ihre Ergebnisse der Exit- Poll- Befragungen bekannt gegeben – danach war Juschtschenko der Wahlsieger.[307]

[301] Für seine engagierte Korruptionsbewältigungsversuche wurde er 2001 seines Amtes entzogen.
[302] Rjabtschuk 2005, S. 13.

[303] Simon 2005, 22.
[304] Simon 2005, 22.
[305] Volodymir Lytvyn erklärte neben den vielen Abgeordneten seine politische Neutralität im Wahlkampf 2004. Von 1999 bis 2002 war er Chef der Präsidialadministration von Kutschma.
[306] Vgl. Independent, 17.11.2004.
[307] Simon 2005, 23.

Diese Stichwahl stellte geradezu „gesetzmäßig“ die Krönung einer mehrmonatigen Kampagne unglaublicher Lügen, Provokationen und des Drucks von Seiten des Staatsapparates, von Bestechungen und Drohungen dar.[308] Die Wahlmanipulationen verwiesen auf verschiedene Arten von Missbrauch.[309] Zudem wurde eine objektive Berichterstattung über den zweiten Wahlgang von der Regierung mit allen Mitteln verhindert und die Journalisten wurden angegriffen.[310]

Am 22. November 2004 gingen weitere zehntausende Oppositionsanhänger in Massenprotesten gegen Wahlbetrug auf die Kiewer Straßen.

„Am fünften Tag der Massenproteste(...) haben die Oppositionsanhänger die Regierungsarbeit lahm gelegt. Mit Bussen, Autos und Menschenketten blockierten sie am Freitag den Amtssitz der Regierung sowie das Präsidialamt in Kiew und verwehrten dem zum Sieger der Präsidentschaftswahl erklärten Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch den Zugang zu seinem Büro. Dieser erklärte, er wolle ein Blutvergießen vermeiden. Angesichts wachsender Aggressivität zwischen den Lagern bemühen sich Politiker aus der Europäischen Union um Vermittlung“.[311]

Drei darauf folgende internationale Vermittlungskommissionen[312], unter der Leitung des Hohen EU- Beauftragten für gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und unter der Beteiligung der Präsidenten Polens, Aleksandr Kwaschniewski’ s, und Litauens, Valdas Adamkus, trafen mit der ukrainischen Regierung und Opposition zur Konfliktlösung zusammen. Juschtschenko, Janukowitsch und Kutschma einigten sich auf eine Kompromisslösung und arbeiteten an den Tagen ein 7- Punkte- Reformpaket aus, das am 8.12.2004 von der Verchovna Rada verabschiedet wurde. Die im Paket festgelegten Verfassungs- und Gesetzesänderungen sehen eine umfassende Erweiterung der Vollmacht des ukrainischen Parlaments vor, treffen neue Regelungen zum Wahlsystem und stärken indirekt Parteien durch die Notwendigkeit der Fraktionsbildung.[313] Die Änderungen traten demnach am 1.9.2005 in Kraft.

[308] Rjabtschuk 2005, 11.
[309] Solche Beispiele für die Wahlmanipulationen sind: die Abwesenheitsscheine, die in verschiedenen Lokalen gleichzeitig eingeworfen wurden; die Abstimmung von kranken Wählern zu Hause; das „Wunder von Donbass“, demzufolge bei einer 96,7%- igen Wahlbeteiligung 96% der Stimmung auf Janukowitsch entfielen; ein Server der Präsidialadministration, der die eingehenden Ergebnisse massiv filtrierte, bevor sie an die Zentrale Wahlkommission gingen, u. a.
[310] Reporter ohne Grenzen 2004, 1.
[311] Urban, in: SZ, 27./ 28.11.2004.
[312] Mit jeweiligen Sitzungen am 26.12.2004, 1.12.2004 und 6.12.2004.
[313] Schneider; Saurenbach 2004, 5.

Ungeachtet der Forderung von Kutschma, die Präsidentschaftswahlen auf das Frühjahr 2005 zu verschieben, gab das Oberste Gericht der Wahlanfechtungsanklage Juschtschenkos nach, sprach sich für den nächsten Wahlwiederholungstermin am 26.12.2004 aus und setzte sich für die Neubildung der Zentralen Wahlkommission ein. Diesen wichtigsten Fortschritt der ukrainischen Rechtstaatlichkeit akzeptierten Kutschma und Janukowitsch. Die internationale Öffentlichkeit freute sich über diesen großen Erfolg. Nach der Wahlwiederholung am 26.12.2004 wurde Viktor Juschtschenko laut der Aufzählung des Nationalen Exit- Polls zum Sieger der Präsidentschaftswahl erklärt. Mit 56,3% der Stimmen stand er um 15% vor seinem Rivalen Viktor Janukowitsch (41,3%).[314] Die Wahlbeteiligung von 77,19 % war ausgesprochen hoch.

Zahlreiche Berichte der mehr als 12000 ausländischen Wahlbeobachter erwähnen zwar einige technische Probleme bei der Wahl, eine systematische und organisierte Fälschung jedoch wurde von niemandem festgestellt.[315]

„Nach unserer Einschätzung können die Menschen dieses großen Landes wirklich stolz sein, dass sie gestern bei der Wahl des nächsten Präsidenten der Ukraine einen großen Schritt vorwärts gemacht haben zu freien und demokratischen Wahlen“[316], sagte Bruce George, der Koordinator der OSZE- Beobachtermission in Kiew. Die ukrainischen Demonstrationen fanden nach der anschließenden Stimmenaiszählung ihren vorläufigen Abschluss.

Mehrere, beim Obersten Gericht von Viktor Janukowitsch eingereichten, Wahlanfechtungsklagen gegen die Opposition wurden abgewiesen. Die dadurch verzögerte festliche Inauguration des neuen ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko fand schließlich am 23.1.2005 statt.

1.2 Die „Geburt“ der freien Ukraine ? / Die Spaltung der ukrainischen Elite

Mykola Rjabtschuk, einer der renommiertesten ukrainischen Kulturwissenschaftler und Politologen[317], stellt die These auf, dass drei Faktoren, die gegenseitige Synergieeffekte erzeugen, für potentielle Veränderungen entscheidend sind: Spaltung der Elite, Druck „von unten“ und Druck „von oben“.[318]

[314] Fonds demokratischer Initiative 2004, 5.
[315] Simon 2005, 26.
[316] OSZE Press Release vom 27.12.2004, in: Simon 2005, 26.
[317] Im Jahre 2004 erschien sein Buch „Die Entfremdungszone“.
[318] Rjabtschuk 2005, 7.

In Anlehnung an diese These werden im Folgenden die Faktoren und deren Synergieeffekte untersucht. Die Begriffe „von unten“ und „von oben“ werden im Weiteren durch die Zivilgesellschaft und Internationale Organisationen ersetzt, ohne sich einer gängigen Hierarchisierung zu bedienen.

Vor der Erlangung der Unabhängigkeit bildete die einheitliche ukrainische Elite einen Grundbaustein der autoritären Staatsstruktur. In den 1990er Jahren spaltete sich die Elite zunehmend. Sie besaß entweder weiterhin hohe staatsnahe Positionen in der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, oder sie ging in die wirtschaftliche Selbstständigkeit oder wanderte gänzlich aus dem Land aus. Die Politisierung der Elite unterschied sich stark von solcher der Bevölkerung. Während die Elite ihre politischen Ansichten und Lager stets wechselte, blieb das politische Interesse in der Gesellschaft meistens passiv.

Die ukrainische Bevölkerung stand sowohl der gesellschaftlichen Entwicklung als auch der Politik sehr skeptisch gegenüber. Und noch ein Jahr nach der Orangenen Revolution war diese Einstellung erneut dominant. Die Haltung gegenüber den Protesten war gespalten. Die Enttäuschung über die neuen politischen Eliten war groß. Es gab deshalb weiterhin ein erhebliches Protestpotential in der Bevölkerung. Ein Kristallisationspunkt für dieses Potential ist allerdings nicht in Sicht. Anstelle einer erneuten „Revolution“ war deshalb eher mit anhaltender Frustration und Politikverdrossenheit zu rechnen.

1.3. Der ukrainische Kapitalismus

Der Zusammenbruch des Kommunismus ist in den meisten Ländern des ehemaligen sozialistischen Blocks relativ friedlich verlaufen. Eigentum ist weitgehend entstaatlicht worden und ein marktwirtschaftliches System für Konsumgüter, Arbeit und Grundbesitz ist eingeführt worden. „Oligarchen“ und „Clans“ sind die üblichen Bezeichnungen für die Eliten der neuen Kapitalistenklasse, die durch die oftmals korrupte Privatisierung des Staatsvermögens entstanden ist. Diese Klasse ist nicht nur in ihren Heimatländern aktiv, sondern tritt auch mehr und mehr in die Vorstandsetagen von westlichen Firmen auf. Aus der Ukraine hat es in dieser Hinsicht keine wirklich spektakulären Übernahmen gegeben, obwohl Ukrainer Dunaferr (Ungarns größtes Stahlwerk) erworben haben und System Capital Management aus Donezk sich bei Leman Commodities S.A., einer Schweizer Metallhandeisfirma, eingekauft hat. Ukrainisches Kapital ist im Ausland nicht so offensichtlich präsent, da es größere Kontrollen auf Kapitalexporte aus der Ukraine gibt und die Zurschaustellung von Reichtum im Ausland nicht akzeptabel wäre.

Die Mehrheit ohne Vermögen scheint in ihr Schicksal ergeben, trotz des sinkenden Lebensstandards während der 1990er Jahre und der durch die Marktwirtschaft bedingten Unsicherheiten, insbesondere der Arbeitslosigkeit. Innenpolitische Stabilität — auch wenn sie von Verbitterung und Enttäuschung begleitet wurde — war typisch für den „Umschwung zum Markt". Die Oppositionsparteien, meistens mit Kommunisten und „Nationalisten" an der Spitze, blieben im Hintergrund, äußerten Kritik, führten aber keinen bedeutenden öffentlichen Protest an. Es hat keine Massenstreiks gegeben, die auch nur annähernd dem Bergarbeiterstreik in Großbritannien [1984—1985] oder den häufigen Arbeitskämpfen und Demonstrationen in Frankreich ähnelten. Westliche Kommentatoren und Politikberater haben sich gegenseitig ein weiteres Mal zum Ende einer Politik „Ende der Geschichte" gratuliert, d.h., zum Ende einer Politik des aggressiven Klassenkampfes.

Ist die Ukraine anders? Nach Russland ist die Ukraine die zweitgrößte mittel- und osteuropäische Land. Wie Russland hat sie nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems einen beträchtlichen Wirtschaftsabschwung durchgemacht. In der Weltrangliste der sozialen Entwicklung ist die Ukraine dramatisch abgestürzt. 1987 war die UdSSR an 29. Stelle dieser Weltrangliste. In der neuesten Rangliste des UNDP liegt die Ukraine auf Platz 78 und Russland auf Platz 62. Relative Armut ist weit verbreitet. Die Lebensbedingungen haben sich für eine Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert.

1.4. Skeptische Bevölkerung

Eine Umfrage, die im März 2005 vom Institut für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften mit 1.800 Respondenten durchgeführt wurde, offenbarte eine Reihe beunruhigender Tatsachen über das Ausmaß der sozialen und politischen Desillusionierung der ukrainischen Bevölkerung. Der Umfrage zufolge glauben nur 23%, dass sie „die Fähigkeit haben, unter den neuen sozialen Bedingungen zu leben", 51% meinten, dass ihre Gesundheitsfürsorge „unzureichend" ist; 44% waren vollkommen oder ziemlich unzufrieden mit ihrem Leben insgesamt. Die Wirkungen der Transformation werden allgemein negativ gesehen: Nur 11% unterstützten diejenigen, „die den Kapitalismus entwickeln wollen". Furcht vor Arbeitslosigkeit wird von 67% der Bevölkerung erwähnt und 78% fürchten die Folgen einer unkontrollierten Inflation. Desillusionierung mit der Politik ist weit verbreitet. Nur 12% glaubten, dass ihr Parlamentsabgeordneter ihre Interessen vertreten könnte, und gerade 30% waren der Meinung, dass „die Ukraine ein Mehrparteiensystem nötig hat". 36% meinten hingegen, dass dies nicht nötig wäre.

Die Beteiligungsrate an „zivilgesellschaftlichen“ Vereinigungen ist eine der niedrigsten in Europa. 84% der Bevölkerung waren 2005 in keiner Vereinigung Mitglied. Im Herbst 2004 war die Ernüchterung auch in Bezug auf das Staatsoberhaupt groß: Der damalige Präsident Leonid Kutschma erhielt ein Rating von nur 2,7 auf einer Zehn-Punkte-Skala — Russlands Präsident Putin hingegen bekam von der ukrainischen Bevölkerung 6 Punkte.
Das Machtlager von Kutschma bestand zum einen aus den ehemaligen politischen Kadern der Sowjetunion und zum anderen aus den neuen wirtschaftlichen Eliten, deren Interesse an der Politik vorrangig materieller Natur war. Eine Reformierung und Demokratisierung der Ukraine hätte für beide Gruppen eine Schwächung oder gar der Verlust eigener Machtpositionen bedeutet. Umso mehr wehrten sie sich gegen jegliche (demokratische) Reformen und schickten die Bevölkerung zu Referenden zur öffentlichen Legitimierung eigener politischer Interessen. Trotz dieser relativ einheitlichen Zielvorstellungen hielt die Elite nicht zusammen. So betrieb Kutschma, nicht zuletzt von einzelnen Angehörigen seiner Umgebung gezielt provoziert, eine Multivektorenpolitik in Form von geschicktem innen- und außenpolitischem Taktieren.

Das Taktieren äußerte sich im gegensätzlichen „flirt mit dem Westen und Russland, in Erpressung beider mit Drohung, sich dem anderen gänzlich anzunähern“[319].

Dieses Taktieren hatte dem Image der ukrainischen Regierung auf der internationalen Ebene stark geschadet und gegensätzliche Interpretationen der ukrainischen Außenpolitik ausgelöst.

Dem Block der Opposition schlossen sich während der Kutschma- Amtszeit zunehmend die „Abweichler“ aus dem Staatsmachtlager an. Vor solch einem Schritt war aber ein Kalkül notwendig, was im Fall eines Misserfolgs geschehen solle. Damit sollte vermieden werden, dass man international oder von der Bevölkerung dem Regime zur Bestrafung überlassen wird.[320] Diese politischen Dissidenten wurden oft von den Wählern geschützt.[321] Die ukrainische Opposition war somit jene behutsame „Aufnahmestation“ für politische Kräfte, für deren Existenz sie sich konsequent gegen das herrschende Regime einsetzte. Der liberale prowestliche Reformer Juschtschenko warb in seinem Programm für eine umfassende Demokratisierung der Ukraine, für die Beseitigung der Korruption und Staatenwirtschaft, für die Herstellung einer demokratischen Gesellschaftsordnung und für eine Annäherung an die Europäische Union mit der Aussicht eines EU- Beitritts.

[319] Rjabtschuk 2005, 9.
[320] Rjabtschuk 2005, 7.
[321] Ein Beispiel für den Schutz von Dissidenten ist Julia Timoschenko, deren Block von der Bevölkerung bei den Parlamentswahlen 2002 Tausende Stimmen bekommen hatte, um sie vor der Staatsanwaltschaft zu retten.

Er plädierte für Souveränität und für gemeinsame europäische Herkunft. Sein Ruf als moderater, integerer, nicht korrumpierbarer[322] und von Oligarchen unabhängiger Politiker sowie seine berechtigte Regimekritik wegen „Missachtung des Volkswillens, Zensur, Lügen und Gewalt“[323], verschaffte ihm eine überragende Popularität und einen großen Vertrauensvorschuss bei den Wählern. Die Führungsspitze der Opposition bestand aus einem relativ gemäßigten und heterogenen Milieu, das sich aus Wirtschaft, Diplomatie und anderen Kreisen rekrutierte.[324] Von Antisemiten, Nationalisten, Russophoben und Extremisten, wie die Opposition im ukrainischen Osten in den Massenmedien dargestellt wurde, kann keine Rede sein. Die Entstellung Juschtschenko’s durch einen Giftanschlag[325] zielte vorrangig auf den Imageverlust der oppositionellen Führung. Während der Wahl erhielt Juschtschenko keinen Zugang zu den landesweiten Fernsehsendern, und seine Wahlveranstaltungen wurden durch die örtlichen Behörden blockiert.

Diese öffentliche Benachteiligung der Opposition empörte ihre Anhänger und die internationale Gemeinschaft. Das „übliche“ Szenario, nach dem die Polizei die Kiever „zahmen“ Demonstranten auflöst und der diplomatische Korpus die Kritik der internationalen Gemeinschaft mit leeren Versprechungen besänftigt, funktionierte diesmal nicht. Juschtschenko inkarnierte zu einem Revolutionshelden, der um das Allgemeinwohl zum Leiden gebracht wurde.

Während des gesamten Wahlkampfes wechselten zunehmend Politiker aus dem Regierungslager zur Opposition über. Die Regierung verfügte nach dem 21. November 2004 nicht mehr über ausreichende eigene Polizei- und Militärkräfte zur Auflösung der Massenproteste. Sie war gespalten und desorientiert.

1.5. Zivilgesellschaft

Die im 1. Kapitel beschriebenen gesellschaftspolitischen Erscheinungen lassen denken, dass die aktive ukrainische Bevölkerung auf die Wahl- Manipulationen vorbereitet war. In den Vorwahlmonaten hatte, diversen Umfragen zufolge, kaum jemand an faire Wahlen geglaubt.[326] Die offensichtlichen Wahlfälschungen wurden zum unmittelbaren Auslöser für die schnelle Massenmobilisierung.

[322] Simon 2005, 21.
[323] Urban, in: SZ, 28.12.2004.
[324] Rjabtschuk 2005, 13.
[325] Die Täter sind bisher noch nicht bekannt. Es handelte sich um eine Dioxyn- Vergiftung, jener Biowaffe, die schwere innerorganische Schäden, überwiegend mit tödlichen Folgen, verursacht.
[326] Simon 2005, 23.

Die bisher relativ stabile Balance zwischen der minimal notwendigen und der maximal tolerierbaren Verstöße gegen die Bürgerrechte kippte um. Die Fälschungstatsache brach somit mit der jahrelangen Geduld der Bevölkerung. Das erklärte Ziel der Massendemonstrationen war es, Juschtschenko durch die rechtmäßig abgehaltene Wahlen zum Präsidenten zu wählen.

Die Demonstranten fanden nicht nur in Kiev[327], im Westen der Ukraine statt, sondern auch, wenn auch in kleinerem Ausmaß, im Osten und Südosten (Charkiv, Dnipropetrovsk, Odessa). Dies waren politische Demonstrationen mit relativ gut situierten Teilnehmern[328] (Programmierer, Unternehmer, Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Übersetzer) und auch mit jungen Aktiven und Gleichgesinnten. Die Massenproteste wurden hauptsächlich durch die ukrainische Jugendbewegung „Pora!“ organisiert. Sie nutzte die Erfahrungen der serbischen Jugendbewegung gegen das Miloschevitsch- Regime[329] und die der „Rosenrevolution“ in Georgien.[330] Zahlreiche militärische und zivile Institutionen und Organisationen schlossen sich den Protesten an. Dazu gehörten Behörden der Stadt Kiev und vieler anderer westlicher und zentralukrainischer Städte, die Zentralanwaltschaft Kiev, beide landesweit sendende Fernsehsender 1+1 sowie UT 1 und viele Abgeordnete der Verchovna Rada.[331] Einige zivilgesellschaftliche Organisationen, wie das ukrainische Wählerkomitee, die Menschenrechtsgruppe Charkiv und das Razumkow- Zentrum für wirtschaftliche und politische Forschungen[332], konnten sich trotz des starken Regimedrucks mit der Zeit zu effektiven Beobachtern und Verteidigern der Menschenrechte profilieren. Sie trugen erheblich zum gewaltlosen und disziplinierten Verlauf der Demonstrationen in der Ukraine bei.

1.6. Internationale Organisationen

Von Beginn der Präsidentschaftswahlen an waren internationale Wahlbeobachter in der Ukraine aktiv tätig, um den zahlreichen Unregelmäßigkeiten auf die Spur zu kommen. Aus Erfahrungen der Parlamentswahlen von 2002 waren erneute Wahlfälschungen zu erwarten.

[327] Die Regierung verhinderte den Demonstrantenzufluss, indem sie die Strassen blockieren und keine Zugfahrkarten mehr nach Kiev verkaufen ließ.
[328] Aus Platzgründen findet im folgenden nur die männliche Form Verwendung, wobei gleichzeitig auch die weibliche Form mitgemeint ist.
[329] Die Mitglieder der ukrainischen Jugendbewegung wurden von den jungen serbischen Mitstreitern für die Protestaktionen aktiv geschult.
[330] Simon 2005, 24.
[331] Simon 2005, 25.
[332] Siehe Websites des Wählerkomitee (www.hgorg.ua), der Gruppe für Menschenrechte (www.khpg.org) und das Razumkow- Zentrums (www.uceps.com

Die OSZE 55 stellte „langfristige Beobachter“ zur kontinuierlichen Analyse der Wahl und weitere 1300 gut geschulte „Kurzzeitbeobachter“ zur wiederholten Wahl.[333] Außerdem kamen die Beobachterdelegation der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) mit 959 Personen und einige deutsche Bundestagsabgeordnete anlässlich der Wahlwiederholung nach Kiev. Die internationale Präsenz bei der ukrainischen Präsidentschaftswahl sowie zahlreiche schriftliche Solidaritätserklärungen verschiedener Organisationen aus den west- und osteuropäischen Ländern sollten die Überzeugung der ukrainischen Protestierenden an der „Richtigkeit der Sache“ bekräftigen. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gab ein Votum zur Legitimierung ihrer Protestforderungen. Ebenso trug die hohe internationale Vermittlung zur Einigung auf ein Kompromiss- Paket sowie zur Regelung in einzelnen Konfliktpunkten zwischen der Regierung und Opposition in den „heißen“ Dezembertagen 2004 bei. Während die USA die ukrainischen demokratischen Kräfte direkt unterstützten[334], hielt sich Deutschland vom aktiven Engagement in der Ukraine heraus. Die deutsche Außenpolitik beschränkte sich auf die Anerkennung aktueller politischer Ereignisse, während die USA- Politik offen gegen das Kutschma- Regime protestierte.[335] Wie ersichtlich ist, gab es auf der internationalen Ebene unterschiedliche Reaktionen auf die Ereignisse in der Ukraine. Sicherlich liegt dies nicht nur an landeseigenen demokratischen Ansprüchen, sondern auch an den wirtschaftlichen und anderen Prioritäten in der Außenpolitik des jeweiligen Landes. Die demokratischen Wertvorstellungen, die westeuropäischen Staaten in Osteuropa implementieren möchten, kommen ihren eigenen landesspezifischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten eher nach.

Zusammenfassend muss zu den drei analysierten Faktoren für den potentiellen Wandel verdeutlicht werden, dass die gesellschaftliche Legitimität der Opposition, auch wenn diese nur auf die West- und Zentralgebiete der Ukraine begrenzt ist, und der wichtige Anteil in der Verchovna Rada bereits die Präsenz einer möglichen Regierungsalternative sichtbar machte. Auch wenn die breite Bevölkerung überwiegend passiv geblieben ist, hatte die Opposition bei diesen Wählern ebenso einen Vertrauensvorschuss mitnehmen können wie bei der aktiven, sich in diversen Initiativen organisierenden, Wählerschaft.

[333] Urban, in: SZ, 28.12.2004.
[334] Die USA haben die ukrainischen demokratischen Kräfte durch die politische Bildung von Mitgliedern der Opposition, Ausbildung von Wahlbeobachtern und die Durchführung von Nachwahlbefragungen sowie durch Hilfeleistungen beim gesamten Aufbau der Infrastruktur der „Revolution in Orange“ unterstützt. Für diese Förderung wurden jährlich mit 50 Mio. US- Dollar zur Verfügung gestellt. Siehe dazu Schneider- Deters 2005, 57.
[335] So ging im Sommer 2004 ein Gesetzesentwurf für ein Einreiseverbot für die gesamte Führungsspitze Kutschma’s sowie die Sperrung privater Konten im Repräsentantenhaus ein. Der Senat verabschiedete auf Vorschlag von Republikanern und Demokraten eine Resolution zur Aufforderung der ukrainischen Regierung, freie und transparente Wahlen sicher zu stellen. Siehe dazu Schneider- Deters 2005, 57.

Die unterschiedlichen Reaktionen der EU- Mitgliedstaaten können nur im Gesamtkontext der EU-internen Situation verstanden werden. Den neuen Mitgliedern der EU, Polen und Litauen, die sich bei den Protesten aktiv als Vermittler und Unterstützer engagierten, war es aus landeseigener Erfahrung aus der Sowjetunion bekannt, in welchem Ausmaß sich die ukrainische Souveränität innerhalb des von Russland kontrollierten Staatenbündnisses mit der Zeit entfalten könnte. Der massive finanzielle und mediale Einsatz der russländischen Führung im Wahlkampf von Viktor Janukowitsch und die Unterbindung von oppositionellen Wahlkampagnen in der östlichen und südöstlichen Ukraine durch Anti- Werbung signalisiert den Wunsch Russlands nach der Kontrolle in dem strategisch wichtigen Energielieferungsland Ukraine.

Die alten EU- Mitgliedstaaten waren aufgrund der aktuellen Erweiterungsgrunde und den damit verbundenen Regelungsmomenten zu stark beschäftigt, um sich intensiver mit den internen Problemen der GUS- Nachfolgestaaten auseinanderzusetzen. Hier kann die vorrangige Bedeutung eines eventuell anfallenden finanziellen Aufwands in der Region, das mangelnde Vertrauen in die Stärke der Zivilgesellschaft und der Opposition sowie die nicht zu unterschätzende Mitberücksichtigung der russländischen Interessen an der Ukraine vermutet werden.

Die Bedeutung der USA als Vorreiter der demokratischen Mission lässt sich anhand von harten finanziellen Tatsachen nicht verleugnen. Jedoch sind die Friedensmissionen und Aufklärungs- und Schulungskampagnen der NGO’s, diverse Initiativen aus Westeuropa und die überzeugte Arbeit sich selbstorganisierender ukrainischer Protestgruppen von grundlegender Bedeutung.

Mit Sicherheit kann man dem Dritten Sektor eine Demokratie bewahrende Funktion zuschreiben. Der Dritte Sektor dient weltweit der Vermittlung zwischen den staatlichen Strukturen und der Gesellschaft. Ein funktionierender Dritter Sektor gilt als ein wichtiges Merkmal einer liberalen rechtsstaatlichen Demokratie.

Kiew im Januar 2005. Noch weht auf dem Monument des Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, eine orange Fahne.

Sie ist Zeugin des Sieges der Demokratie in der Ukraine. Getragen von den Massen der Straße haben Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko mit der Forderung nach freien und fairen Wahlen die bisherigen Amtsinhaber entmachtet. Nach einem Jahrzehnt der Abhängigkeit von Moskau hat die Bevölkerung ihren Präsident erstmals nach demokratischen Standards gewählt.

Wie immer ist die Wirklichkeit komplizierter. Denn freie und faire Wahlen allein vermögen noch keine Demokratie zu etablieren.

Der Präsident Juschtschenko, einst Hoffnungsträger und Oppositionsspitzenkandidat trägt auch das Vertrauen aus den Regierungskreisen und aus der Bevölkerung auf seinen Schultern.

Die steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung, das Bewusstsein eigener Überflüssigkeit, soziale Apathie und fehlende subjektive Zukunftsaussichten waren die psychologischen Folgen der Rückkehr zur autoritären Herrschaft. Die „Revolution in Orange“ war als Reaktion auf eine große Verantwortungslosigkeit zu erwarten gewesen.

Die Orangene Revolution war von einem mächtigen Solidaritätsimpuls getragen, der mit seinem großen Überraschungseffekt wichtige Veränderungen zustande brachte. Die drei bedeutenden Faktoren dürfen aber Mitwirkung und Einfluss von vielen anderen kleineren Faktoren nicht schmälern.

Dazu gehören die Bedeutung der Medien; die Glaubens- und Nationalitätsfrage in der Ukraine und die damit verbundene gesellschaftliche Spaltung des Landes; die geschichtlich erfahrenen Unabhängigkeitsbewegungen, die bereits als eine Option zum vorhandenen Regime existierten sowie zahlreiche Kontakte auf verschiedenen Ebenen zu östlichen und westlichen Staaten, die im Erfahrungsaustausch Aufklärungsarbeit leisteten.

Kann man nun sagen, dass eine freie Ukraine in der „Revolution in Orange“ wirklich „geboren“ wurde? Neben den schwierigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ausgangsvoraussetzungen war die postsowjetische Kaderregierung an der anhaltenden Hemmung der Demokratisierung der Ukraine mitverantwortlich.

Die kontinuierliche Verelendung und steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung, das Bewusstsein eigener Überflüssigkeit, soziale Apathie und fehlende subjektive Zukunftsaussichten sind die psychologischen Folgen der Rückkehr zur autoritären Herrschaft.

Die „Revolution in Orange“ war als Resultat einer großen Verantwortungslosigkeit zu erwarten gewesen.

Die demokratische Verfassung von 1996 bot eine fruchtbare Grundlage für die Reformen. Die Kutschma- Regierung und ihre Umgebung zerstörte das Vertrauen der Bevölkerung in eine gerechte Staatlichkeit. Das Vertrauensproblem scheint für diese Untersuchung zum Schlüsselbegriff zu werden. In der ukrainischen Gesellschaft mangelt es an Vertrauen in den Staat als Verteidiger deren Rechte, in die öffentlichen Organisationen, deren Ruf der Staat mitruiniert hat. Schließlich mangelte es gewaltig an Selbstvertrauen der Bevölkerung (siehe Kapitel 1).

Die „Revolution in Orange“ war von einem mächtigen Solidaritätsimpuls getragen, der mit seinem großen Überraschungseffekt wichtige Veränderungen zustande brachte.

Die drei Faktoren in ihrer überragenden Bedeutung dürfen aber die Mitwirkung von vielen anderen kleineren und differenzierten Faktoren nicht schmälern. Dazu zählen die Bedeutung der Medien; die Glaubens- und Nationalitätsfrage in der Ukraine und die damit verbundene gesellschaftliche Spaltung des Landes; die geschichtlich erfahrenen Unabhängigkeitsbewegungen, die bereits als eine Option zum vorhandenen Regime existierten sowie zahlreiche Kontakte auf verschiedenen Ebenen zu östlichen und westlichen Staaten, die im Erfahrungsaustausch Aufklärungsarbeit leisteten. Neben seiner jahrelangen Erfahrung im Staatsapparat trug Präsident Juschtschenko, einst Hoffnungsträger und Oppositionsspitzenkandidat, auch das Vertrauen aus den Regierungskreisen und aus der Bevölkerung auf seinen Schultern. Die öffentliche Aufmerksamkeit war hoch, was die Umsetzung der Revolutionsversprechen in der Außen- und Innenpolitik anspornen wird. Die schnelle „Europäisierung“ der Ukraine war sein vorrangiges Ziel. In seiner Rede vor dem deutschen Parlament am 9. März 2005 war der „rasche Genesungswunsch“ für die Ukraine offensichtlich. Redewendungen wie die „gemeinsamen europäischen demokratischen Werte“, „Neue Hellas“ und „Neues Jerusalem“, „Frische Keime und herrliche Früchte“ wurden zu einem Appell an die „Weisheit des europäischen Volkes“, für dessen Mitverantwortung an den Revolutionsfolgen hiermit symbolisch appelliert wird. Die EU sieht sich heute vor der Entscheidung stehen, der Ukraine eine mögliche EU- Beitrittsoption zu gewähren, um die sich anbahnende Demokratisierung der Ukraine nicht zu bremsen und um das eigene Demokratie bewahrende Image in der Welt zu bestätigen.

1.7. Die Einschätzung der Orangenen Revolution

Dies war der Hintergrund für die Proteste, die im November 2004 in Kiew begannen und sich in andere Teile der Ukraine ausbreiteten. Diese Ereignisse wurden dann als „Orangene Revolution“ bekannt und führten zur Wahl von Wiktor Juschtschenko in das Amt des Präsidenten. Die Erwartung des Volkes, dass es zu Veränderungen kommen würde, wurde durch die Rhetorik der Protagonisten und deren Deutung als Anfang einer neuen Ära für die ukrainische Nation angefacht. Vor allem im Westen der Ukraine war die Meinung weit verbreitet, dass sich die Ukraine jetzt in Richtung auf ihren angemessenen Platz in Europa bewegen würde.

Die EU würde, so die damalige Wahrnehmung, ihre Arme für ein Land öffnen, das bald von der Korruption und Stagnation des Kutschma- Regimes befreit sein würde. Sofort nach Juschtschenkos Wahl wurden Gefühle wie Hoffnung (38% der Respondenten), Befriedigung (27%) und Freude (19%) ausgedrückt.

Diese Gefühle waren jedoch auch pessimistische Empfindungen beigemengt. Befragt, wie das image der heutigen Ukraine beschrieben werden könnte, sahen es 29% als eine Gesellschaft des „Elends" an, 28% nannten „Chaos", 20% sprachen von einer Gesellschaft des „Zusammenbruchs" und 18% von einer „Konfrontationsgesellschaft".

Das Image der Orangenen Revolution als spontane Protestbewegung wurde zunehmend in Frage gestellt. Ein Drittel der Ukrainer erklärte in einer landesweiten Umfrage, dass die Orangene Revolution eine „vollständig organisierte Aktion" war und weitere 24% meinten, dass sie „mehr organisiert als spontan" war. Nur 12% sahen die Orangene Revolution als „spontanen" öffentlichen Protest. Auf die Frage, wie die Revolution politisch zu definieren sei, meinten 24%, sie sei mit „der Unterstützung des Westens durchgeführt worden" und 12% waren der Ansicht, die Orangene Revolution sei „von der politischen Opposition vorbereitet worden".

Dies ist jedoch nicht die ganze Wahrheit. Viele derjenigen, die in Zelten auf dem Maidan im Zentrum Kiews protestierten, gehörten zu der Gruppe, von der ein weiteres Drittel der Bevölkerung meinten, sie beteiligten sich an einem „Kampf von Bürgern zum Schutz ihrer Rechte". Es waren viele Studenten in dieser Gruppe (40%). Sie erwarteten, dass die Wahl Juschtschenkos zum Präsidenten die negativen Trends, die vom vorherigen Regime in Gang gesetzt worden waren, umkehren würde.

Die politischen Ansichten verschiedener Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich sehr von einander, vor allem in Hinblick auf die Präsidentschaft Juschtschenkos und auf das Wesen der Orangenen Revolution.

Die Tabelle auf dieser Seite zeigt Antworten aus der Westukraine, die für die EU und für Juschtschenko war, im Vergleich zur Ostukraine, die für Janukowitsch und pro-russisch war. Im Osten sahen so nur 9% die Orangene Revolution als bewussten Kampf der Bürger für ihre Rechte, während die Hälfte von einem Staatsstreich mit westlicher Unterstützung sprach. (Der Einfachheit halber wurden die Mitte und der Süden des Landes nicht in die Tabelle aufgenommen).

Regionale Variationen bei der Bewertung der Orangenen Revolution

	Westukraine (Prozentzahl, die der Aussage zustimmt)	Ostukraine (Prozentzahl, die der Aussage zustimmt)
Staatsstreich (perevorot), durchgeführt mit Unterstützung aus dem Westen	5,5 %	50,5 %
Ein bewusster Kampf von Bürgern, die sich zur Verteidigung ihrer Rechte zusammengetan haben	60,4 %	8,8 %

Ein Jahr nach der Orangenen Revolution betrug Juschtschenkos Rating auf der oben erwähnten Zehn-Punkte-Skala 5,6 im Gegensatz zu Kutschmas 2,7. Juschtschenko wurde damit von der ukrainischen Bevölkerung aber immer noch schlechter bewertet als Präsident Putin und sogar als Alexander Lukaschenko, Präsident des Nachbarlandes Belarus.

Um die öffentliche Meinung genauer einzuschätzen, habe ich als Beispiel Gruppendiskussion zusammen mit dem Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der Ukraine fünf Fokusgruppen von politischen Aktivisten vorgeführt. Die Idee war, politische Aktivisten von der Basis, die in Kiew wohnen und die unterschiedliche Haltungen zur Transformation der ukrainischen Gesellschaft haben, zusammen zu bringen. Ich behaupte nicht, dass diese Meinungen wirklich repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind, sie verleihen unserem Verständnis für die ukrainische Politik aber eine qualitative Dimension.

Ihre Meinungen spiegeln die Spaltungen in der ukrainischen Gesellschaft wider.

Sogar Reformanhänger waren über die Amtsführung des kürzlich gewählten Präsidenten Juschtschenko enttäuscht. Die allgemeine Ansieht unter den Teilnehmern war, dass keine Revolution stattgefunden hatte, auch wenn dies anfangs geglaubt wurde.

Viele Linksaktivisten sahen dies als Teil eines längeren Prozesses revolutionärer Veränderung: es war der erste Schritt einer Revolution, die bestimmt kommen wird. Ein Teilnehmer sah eine Analogie zur russischen Februarrevolution von 1917. „Die Oktoberrevolution kommt noch und sie wird kommen!“ In diesen Diskussionen wurde besonders das revolutionäre Potenzial betont, das durch die Orangene Revolution geweckt wurde, auch wenn die Revolution von oben arrangiert worden sei.

Andere kritisierten jedoch Juschtschenkos Führung; sie sahen die Ereignisse nicht als Revolution und meinten, dass sie nirgendwo hinführten. „ Niemand war damals zufrieden mit der Regierung. Gleichzeitig hatte Juschtschenko die finanziellen und technischen Mittel (Medien), um weit verbreiteten Protest zu schüren Es war ein Tausch; es ließ sie neue Kraft schöpfen.“ Desillusionierung wurden von einem weiteren Aktivisten so ausgedrückt: „Es war Betrug. Viel wurde versprochen. Jetzt warten die Menschen darauf, dass die Versprechen gehalten werden“.

1.8. Was ist nach der Revolution zu tun?

Zunächst müssen in der Verfassung von 1996 festgeschriebenen Verpflichtungen institutionell zu Tatsachen gemacht werden. Die erweiterten Verfassungsänderungen traten im Herbst 2005 in Kraft. Dazu gehört eine weitere Stärkung der Rolle der Parteien. An den Fragen der Korruption- und Intransparenzbewältigung in wirtschafts- politischen Beziehungen arbeitet die neue Regierung seit dem Frühjahr 2005, da diese zum Hauptvorwurf im Wahlprogramm gegen die Kutschma- Regierung unter besonderer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stehen.

Die ehemaligen Oppositionskräfte werden sich in den Parteien und in der Wirtschaft organisieren. In der Außenpolitik ist die Strategie einer ausgewogenen Ost- West- Öffnung für Juschtschenko vorzuziehen. Eine einseitige Ausrichtung auf Russland beziehungsweise auf die EU ist abzuraten. Erforderlich ist auf jeden Fall, dass eine klare außenpolitische Strategie ausgearbeitet wird.

Die ukrainische Bevölkerung erwartet von der Regierung eine sichtbare Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen. Dieses wird sicherlich nicht schnell und zunächst in Form von partiellen Vergünstigungen und Erleichterungen realisierbar sein. Die strukturellen Probleme des Landes erfordern zurzeit die volle Aufmerksamkeit der Regierung. Die Palette der zivilgesellschaftlichen Institutionen wird sich weiter differenzieren und somit zu diversen speziellen internationalen Programmen Zugang finden.

Schließlich können die Erfahrungen der friedlichen revolutionären Tätigkeit in anderen Ex-Sowjetstaaten zum ukrainischen Exportgut werden, so z.B. in Weißrussland, das seit Ende 1990er Jahre auf Veränderungen hin zur Demokratisierung hofft. Hier könnte die Ukraine weitere Bonuspunkte nach dem Vorbild des Engagements von Polen und Litauen erwerben, wobei hier mit den spezifischen Interessen Russlands erneut zu rechnen wäre.

Nach mehr als 10 Jahren der Unabhängigkeit steht die Ukraine im Jahr 2009 am Scheideweg zwischen Demokratie und Rückfall in autokratische Strukturen. Die Ukraine hat seit 1996 eine demokratische Verfassung und ein Verfassungsgericht.

Doch in der Verfassungswirklichkeit ist die Ukraine weit von dem Status einer konsolidierten Demokratie entfernt, da wesentliche Kriterien, wie zum Beispiel die Pressefreiheit oder Gewaltenteilung, in der Praxis nicht eingehalten oder unterlaufen werden. Zunächst müssen die in der Verfassung von 1996 festgeschriebenen Verpflichtungen institutionell zu Tatsachen gemacht werden. Dazu gehört eine weitere Stärkung der Rolle der Parteien.

Um die Demokratie zu stützen, muss Präsident Juschtschenko demokratische Verfahren etablieren und die wirtschaftliche Dynamik aufrechterhalten. Gleichzeitig.

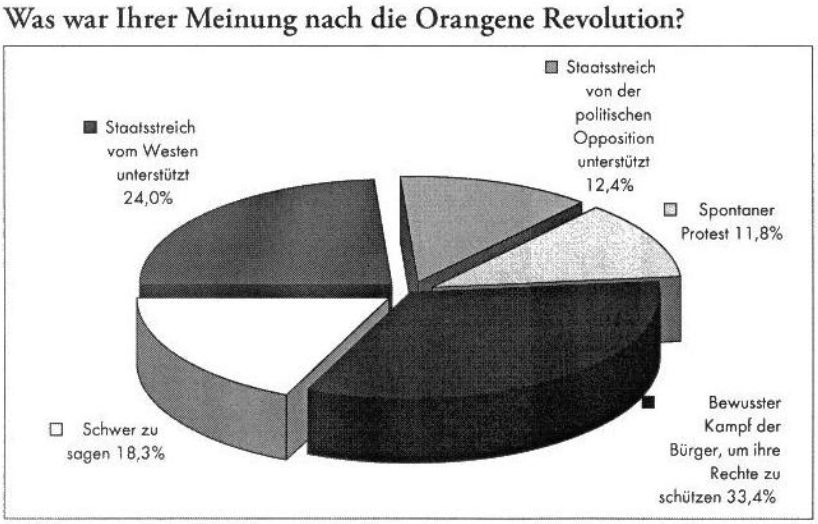
Gemessen wird er außerdem daran, mit welchem Erfolg er die Korruption bekämpft und wirtschaftliche und politische Macht entflechte. Damit die Ukraine diesen hindernisreichen Weg durchhalten kann, benötigt sie neben Reformwillen und Konsequenz eine glaubwürdige Vision von ihrer künftigen Entwicklung sowie eine internationale Einbindung. Der Kreml ist bei der Gestaltung des postsowjetischen Raumes gescheitert. Die Bevölkerung in der Ukraine hat sich gegen die undemokratische Bevormundung aus Moskau gewehrt.

Die Ukraine braucht Zeit für die institutionelle und gesellschaftliche Stabilisierung und Konsolidierung. Zu diesem Zeitpunkt des Demokratisierungsprozesses ist es verfrüht, Prognosen über die Herausbildung eines spezifischen ukrainischen Weges in Europa abzugeben. Hoffentlich stoßen die Bemühungen der ukrainischen Akteure auf weitere Anerkennung und Würdigung.

VI. Parlamentswahlen 2006 / Das Problem der Koalitions- und Regierungsbildung

1. Die politische Stimmung in der Ukraine vor der Parlamentswahl 2006

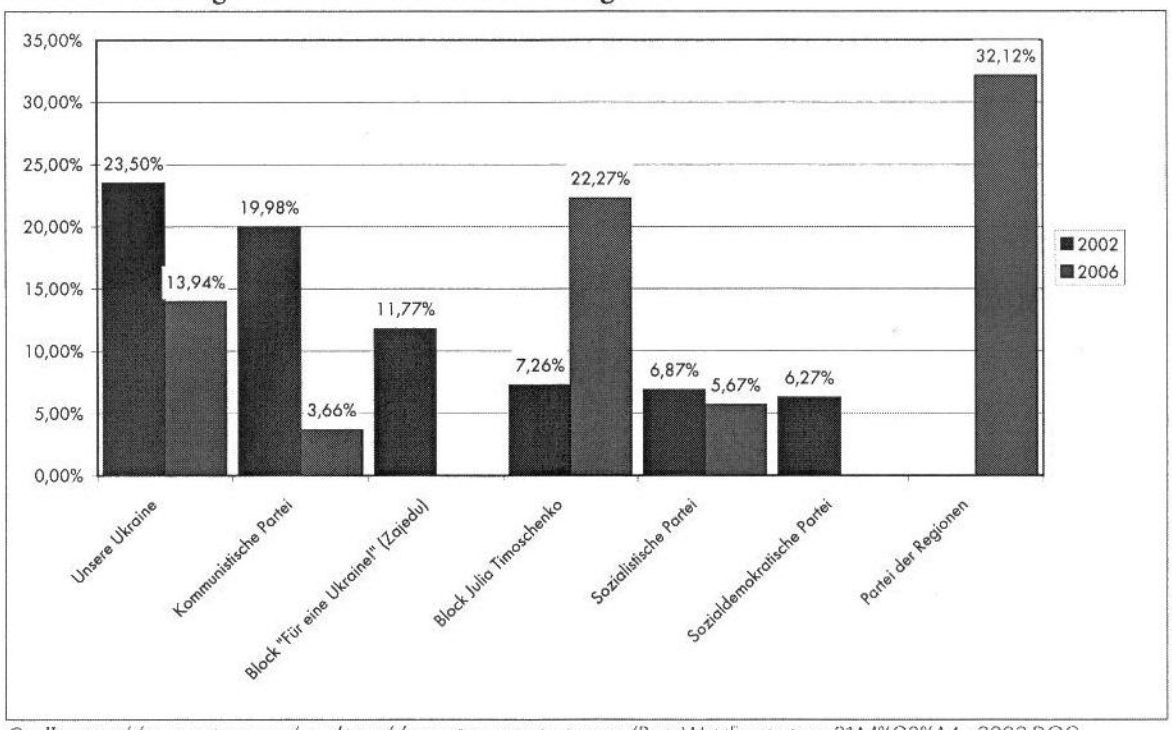
Die regionale Verteilung der Juschtschenko- Wähler
(Letzte Runde der Präsidentenwahlen 2004)



Quelle: *Die regionale Verteilung der Juschtschenko -Wahler in %, Institut für Soziologie, Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, März 2005.*

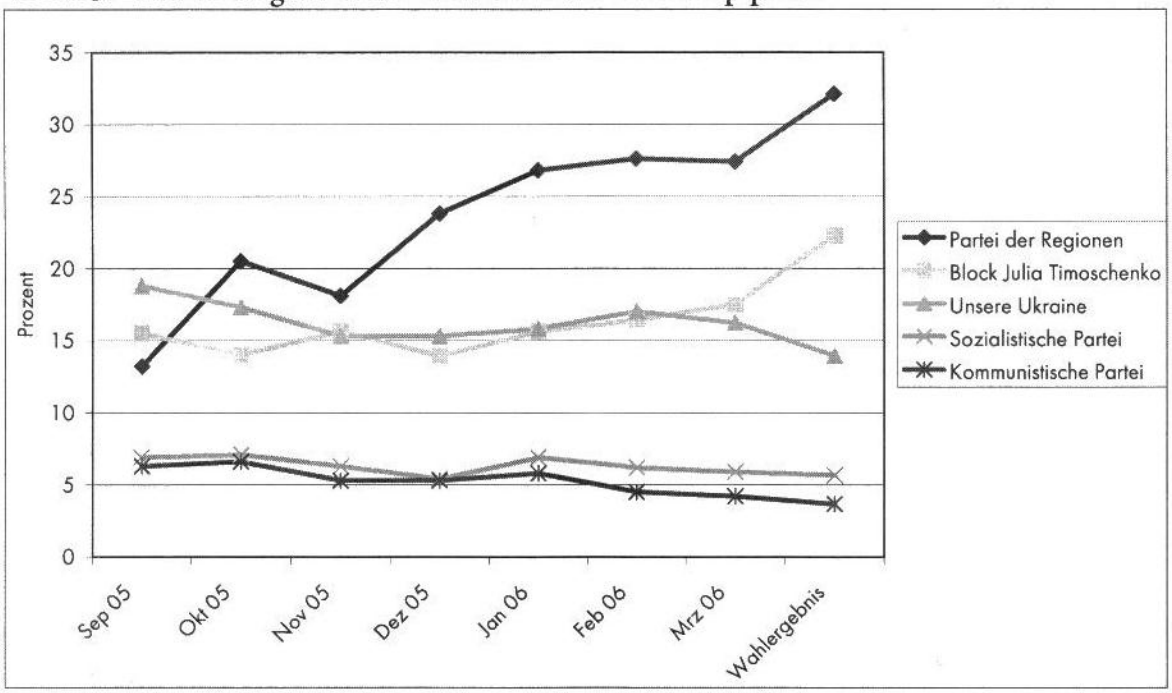
- Konnte wegen der Änderungen im Wahlverhalten nicht abstimmen 1,8%
- Habe nicht abgestimmt – 9,2 %
- Gegen beide – 5,6 %
- Janukowitsch- 68,7 %
- Juschtschenko – 14,6 %

Grafik 2: Wahlergebnisse 2002 und 2006 im Vergleich



Quellen: http://www.cvk.gov.ua/ ***und*** http://www.forumnetukraine.org/ParlaWahlErgebnisse_31M%C3%A4rz2002.DOC

Grafik 3: Zustimmungswerte der Parteien in der Wahlkampfphase

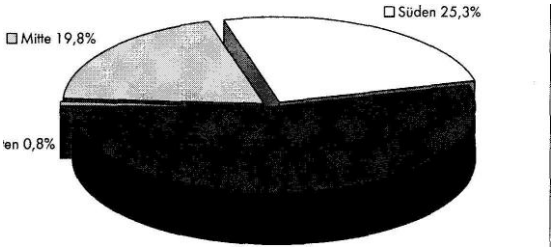


Quelle: INSI, Kiew; http://insi.org.ua

Die regionale Verteilung der Janukowitsch- Wähler

Westen 0,8%

• Osten 54,1%



Quelle: Die regionale Verteilung der Janukowitsch-Wahler in %, Institut für Soziologie, Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, März 2005.

Bekundetes Wahlverhalten bei der letzten Runde der Präsidentschaftswahlen 2004(in %)

Region	**Juschtschenko**	**Janukowitsch**	**Gegen beide**	**Habe nicht abgestimmt**	**Konnte wegen der Änderungen im Wahl rech nicht abstimmen**	**Insgesamt**
Westen	**94,5** 31,1	**1,2** 0,8	**04** 2,0	**2,8** 5,6	**0,9** 10	**100** 18,3
Mitte	69,1 44,1	*15,5* 19,8	6,0 37,6	7,8 30,2	1,6 33,3	100 35,5
Süden	43,7 19,0	29,1 *25,3*	9,1 38,6	15,8 42	2,3 33,3	100 24,2
Osten	14,6 5,8	68,7 54,1	5,6 21,8	9,2 22,2	1,8 23,3	100 21,9
Insgesamt	*55,7* 100	27,9 100	*5,7* 100	**9,1** 100	**1,7** 100	**N=** 1777

Quelle: Umfrage des Instituts für Soziologie, Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, März 2005.

Tabelle 2: Was war Ihrer Meinung nach die „Orangene Revolution“? (in %)

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kyiv International Institute of Sociology (KIIS),
http//wwwküscornLn/txt/doc/press-relise2005dec doc

Antwort nach Region	**Staats-streich, vom Westen unterstützt**	**Staats-streich, von der politischen Opposition unterstützt**	**Spontaner öffentlicher Protest**	**Bewusster Kampf der Bürger, um ihre Rechte zu schützen**	**Schwer zu sagen**	**Insgesamt**
Westen	*5,5* 4,2	7,1 10,3	17,8 27,4	60,4 32,8	9,2 9,1	100 18,2
Mitte	17,6 26,0	11,9 34,1	14,9 44,8	37,7 40	17,8 34,3	100 *35,5*
Suden	22,8 23,0	15,4 30,0	8,1 16,5	*29,5* 21,3	24,2 31,9	100 24,2
Osten	50,5 46,7	14,3 25,6	6,0 11,3	8,8 5,8	20,4 24,6	100 22,2
Insgesamt	24,0 100	12,4 100	**11,8** 100	**33,4** 100	**18,3** 100	N=1704

Tabelle 3: Vertrauen in die drei zentralen Politiker, Mehrfachnennungen möglich (Dezember 2005)

	Juschtschenko	**Timoschenko**	**Janukowitsch**
Westen	58,8%	58,3%	7,7%
Zentrum	46,5%	52,6%	14,0%
Süden	18,9%	20,2%	46,5%
Osten	8,9%	11,0%	72,1%
Insgesamt	33,5%	**36,0%**	34,2%

Quelle:Repräsentative Umfrage des Kiews Intarnational Institute of Sociology (KIIS)

2. Orangene Lager

Die Koalition, die Juschtschenko während der Orangenen Revolution im November und Dezember 2004 zur Macht verhalf, hatte eine breite Basis. Sie reichte von liberalen Geschäftsleuten, die sich in Unsere Ukraine (jetzt Volksunion — Unsere Ukraine (NS-NU) zusammengeschlossen hatten, und der Partei der Industriellen und Unternehmer (PPPU) bis zu radikalen Populisten (Julia Timoschenko), Sozialisten und anti-russischen Nationalisten.

Hinzu kamen politische Parteien, die offiziell die Kandidatur von Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch während der Präsidentenwahlen 2004 unterstützten, sich tatsächlich aber nicht festlegen wollten. Diese „dritte Kraft“ hat sich um den Sprecher des Parlaments Wolodimir Lytwin formiert. Er war unter Präsident Kutschma Leiter der Präsidialverwaltung und während der Parlamentswahlen 2002 Spitzenkandidat des Pro- Kutschma- Wahlblockes „Für die Einheit der Ukraine“. Somit waren die Protagonisten der Orangenen Revolution eine labile Mischung aus Pragmatikern und radikalen Populisten. Präsident Juschtschenko versuchte diese beiden Gruppierungen auszubalancieren, indem er den Radikalen (Julia Timoschenko) die Regierung und den Pragmatikern (Petro Poroschenko) den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat (NRBO) übergab.

Im September 2005 versagte dieser Kompromiss, als Korruptionsvorwürfe gegen den pragmatischen Flügel des Juschtschenko- Lagers gerichtet wurden. Präsident Juschtschenko entließ die Beschuldigten und ersetzte darüber hinaus Timoschenko mit Ministerpräsident Juri Jechanurow. Seit September 2005 sind somit sowohl Regierung (Jechanurow) als auch der NRBO (Anatoli Kinach) unter der Kontrolle von Pragmatikern. Der radikale Flügel der Revolution (Timoschenko) wurde aus der Regierung ausgeschlossen.

Die beiden Timoschenko- Parlamentsfraktionen stimmten zusammen mit der Opposition gegen den Staatshaushalt für 2006 und sprachen der Regierung Jechanurow am 10. Januar 2006 das Misstrauen aus.

Die Sozialisten, zusammen mit NS-NU und PPPU, sind in der Regierung Jechanurow verblieben und stimmten gegen das Misstrauensvotum.

3. Die Opposition und die bevorstehenden Parlamentswahlen

Die Opposition hat sich um den geschlagenen Präsidentschaftskandidaten gebildet, der die Partei der Regionen anführt. Auf der Wahlliste seiner Partei stehen viele ehemalige hochrangige Mitglieder der Kutschma- Administration. Andere Kräfte der Opposition wie die Kommunistische Partei haben Wählerstimmen an die Partei der Regionen abgegeben. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (SDPUo), die den Wahlblock „Nicht auf diese Art!“ gebildet hat, war unter Kutschma eine bedeutende Kraft, wird aber mit einem voraussichtlichen Stimmenanteil von unter 1% kaum in das neue Parlament einziehen.

Einer der Hauptslogans der Orangenen Revolution lautete „Banditen ins Gefängnis!“. Nichtsdestotrotz hat die Staatsanwaltschaft 2005 erfolgreich alle Anklagen gegen hochrangige Beamte der Kutschma- Administration abgeblockt. Diese Beamten werden parlamentarische Immunität erhalten, wenn sie auf der Wahlliste der Partei der Regionen ins Parlament gewählt werden.

Die Wahlen im März 2006 waren die ersten in der Ukraine, die mit einem reinen Verhältniswahlrecht durchgeführt wurden, und mit der niedrigen Sperrklausel von 3%. Umfragen zeigten, dass von den mehr als 50 Wahlblöcken, die an der Wahl teilnahmen, nur sechs eine realistische Chance hatten, die 3%-Hürde zu überwinden. Die Opposition hat sich um Janukowitsch und die Partei der Regionen vereinigt, wodurch die Kommunisten, die Progressiven Sozialisten (PSPU) und die SDPUo ihre Bedeutung verloren haben. Im Gegensatz dazu ist das Lager der Orangenen Revolution zwischen fünf politischen Kräften zersplittert. Diese sind: die NS-NU von Juschtschenko, der Timoschenko Block, der Block „Reformen und Ordnung — Pora“ von Finanzminister Wiktor Pinsenik, der Block von Juri Kostenko und Leonid Pljuschtsch (der auf der Ukrainischen Volkspartei basiert) und die Patriotische Partei unter Oleksandr Sintschenko (der im September 2005 als Leiter des präsidialen Sekretariats zurücktrat, nachdem er Geschäftspartner von Juschtschenko der Korruption beschuldigt hatte). Nur die ersten zwei oder drei dieser Blöcke der Orangenen Revolution haben eine Chance, die 3%-Schwelle zu überschreiten, sodass die Stimmen der anderen Blöcke verloren sind. Unter den sechs politischen Kräften, die voraussichtlich in das neue Parlament einziehen werden, werden eingefleischte Anti- Juschtschenko –Gruppierungen sein, wie die Partei der Regionen, die höchstwahrscheinlich die größte Fraktion stellen wird, und die Kommunisten; die übrigen vier Blöcke werden NS-NU, Timoschenko, die Sozialisten und der Litwin- Block sein.

Der Litwin- Block, der sich als „dritte Kraft“ positioniert, ist eine Wechselfraktion. Obwohl er mit der Regierung für den Staatshaushalt von 2006 stimmte, unterstützte er das

Misstrauensvotum gegen die Regierung. Die Verfassungsreform vom Januar 2006 schreibt vor, dass innerhalb von einem Monat nach den Wahlen im Parlament eine Koalition gebildet werden muss, die eine Regierung vorschlägt. Eine mehrheitsfähige Koalition wird aus zwei der drei großen Fraktionen (NS-NU, Timoschenko, Partei der Regionen) bestehen müssen. Die Kluft zwischen Juschtschenko und Timoschenko ist seit dem Misstrauensvotum tiefer geworden. Timoschenko wird eine Koalition nur eingehen, wenn sie wieder zur Ministerpräsidentin ernannt wird. Wenn NS-NU mit Timoschenko keinen Kompromiss erreichen kann, wird die Partei einen solchen mit der Partei der Regionen aushandeln oder eine Minderheitsregierung ohne Timoschenko oder der Partei der Regionen bilden müssen.
Quelle: Repräsentative Umfrage des Kyiv International Institute of Sociology (KJIS) http// www.kiscornua/txt/doc/09022006/pressO9O22006.doc

Resultierende Stimmenverteilung im Parlament
Wahlabsichten der ukrainischen Bevölkerung (Januar 2006)

- Partei der Regionen 43%
- Litwin- Block 3%
- Sozialisten 6%
- Kommunisten 7%
- Timoschenko Block 15%
- Unsere Ukraine 26%

4. Die freien Wahlen in der Ukraine und das Wahlergebnis

Die vierten Parlamentswahlen in der Ukraine wurden am 26. März 2006 in einer Atmosphäre abgehalten, die sich völlig von derjenigen der vorhergehenden Wahlen unterschied. Präsident Juschtschenko verdient Anerkennung dafür, dass diese Wahlen die ersten fairen und freien Wahlen waren, seitdem die Ukraine im Januar 1992 ein unabhängiger Staat wurde. Der demokratische Durchbruch, der durch die Orangene Revolution von 2004 initiiert wurde, ist gefestigt worden. Dieses stellt einen völligen Kontrast zum benachbarten Belarus dar: Die Präsidentenwahlen, die dort eine Woche früher stattfanden, haben gezeigt, dass das Regime von Aleksandr Lukaschenko die letzte Diktatur in Europa ist. Russland hat das Wahlergebnis in Belarus anerkannt, während EU, OSZE und die USA es abgelehnt haben.

Im Falle der Ukraine verhält es sich genau umgekehrt: Russland hat die Wahlen als „unfair“ bezeichnet, während die EU, OSZE und die USA sich positiv, sogar begeistert geäußert haben. Im Vergleich zu den drei Runden der Präsidenten- Wahlen 2004 hat sich das Abstimmungsverhalten nicht sehr geändert. Damals wie jetzt waren der Westen und die Mitte pro- Orange (also pro- Juschtschenko und pro- Timoschenko), während der Osten und Süden pro- Blau (also pro- Janukowitsch) sind. Es gibt aber zwei wesentlich Unterschiede. Erstens haben 2006 im Gegensatz zur Präsidentenwahl am 26. Dezember 2004 nicht noch einmal 44% für Janukowitsch gestimmt, sondern gerade einmal 30%. Zweitens war die Wahlbeteiligung 2006 in der gesamten Ukraine, insbesondere aber im Osten, sehr viel niedriger. Die Kommunisten erlitten eine vernichtende Niederlage und erhielten von den Parteien, die den Sprung ins Parlament schafften, die geringste Stimmenanzahl. Ihr Niedergang von 102 Sitzen 1998 auf 20 im Jahre 2006 ist dramatisch. Zwei der ukrainischen Oligarchen- Parteien werden nicht im Parlament vertreten sein: Ne Tak! (Nicht So!), die von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei des Kiewer Clans angeführt wird, und die Arbeiterpartei der Ukraine, die den Dnipropetrovsker Clan vertritt. Das ehemalige Kutschma- Lager hat für die Partei der Regionen gestimmt. Es stand immer außer Zweifel, dass nur 5 oder 6 politische Kräfte in das Parlament einziehen würden, obwohl die Sperrklausel mit 3% sehr niedrig ist. Von diesen Kräften sind drei die „Big players“ — Partei der Regionen, der Block Unsere Ukraine und der Block Julia Timoschenko. Jede parlamentarische Koalition müsste aus zwei dieser drei Kräfte gebildet werden. Da Juschtschenko der Ehrenvorsitzende von Unsere Ukraine ist, ist sein Block auf jeden Fall einer der Partner einer Koalition geworden.

5. Mögliche Koalitionen

Somit gibt es zwei Möglichkeiten für eine Koalitionsregierung: Unsere Ukraine und Timoschenko oder Unsere Ukraine und Partei der Regionen. Höchstwahrscheinlich wird die neue parlamentarische Koalition, die Regierung und Premierminister stellen wird, eine Neuauflage der Orangenen Koalition aus Unsere Ukraine, Timoschenko und den Sozialisten (SPU) sein. Timoschenko hat sich in ihrer Wahlkampagne ausdrücklich für eine Orangene Koalition ausgesprochen und vor den Gefahren eines Bündnisses mit Janukowitsch gewarnt.

Zwei Faktoren sprechen für eine Orangene Koalition. Erstens wäre ein Bündnis mit der Partei der Regionen für Juschtschenko politischer Selbstmord. Es würde als „Verrat“ an der Orangenen Revolution gesehen werden und die Unterstützung für Juschtschenko würde zusammenbrechen.

Die Popularitätswerte von Unsere Ukraine brachen ein, nachdem die Partei Ende September 2005 ein strategisch nutzloses Memorandum mit der Partei der Regionen unterzeichnete, welches Juschtschenko selber im Januar 2006 verwarf. Janukowitsch ist kein Reformpolitiker und seine Partei der Regionen sandte ebenso wie die Kommunisten Glückwünsche an Lukaschenko zu seinem „Sieg“ (Juschtschenko und das ukrainische Außenministerium schlossen sich der Position des Westens an und verweigerten eine Anerkennung der Wahlen in Belarus). Janukowitsch hat seine Wahlniederlage 2004 bis heute nicht eingestanden, sondern beharrt immer noch darauf, dass er die Wahl gewann, aber vom damaligen Präsident Kutschma „verraten“ wurde. Während der Wahlen verurteilte die Partei der Regionen die Legitimität der Orangenen Revolution weiterhin als „illegalen Coup“ und verunglimpfte ihre Anhänger als „Orangene Ratten“. Die Partei der Regionen ist für Wirtschaftsreformen, da sie von Oligarchen und Geschäftsleuten dominiert wird. Trotzdem stimmte sie 2005 gegen Gesetze zum ukrainischen WTO-Beitritt. Die Partei der Regionen ist gegen Mitgliedschaft in der NATO, für eine Vollmitgliedschaft im Einheitlichen Wirtschaftsraum der GUS und befürwortet die Aufwertung des Russischen zur zweiten Amtssprache. Außerdem würde eine Allianz zwischen Juschtschenko und der Partei der Regionen EU und NATO signalisieren, dass sich die Orangene Revolution auf dem Rückzug befindet. Die EU ist jetzt schon passiv in ihrer Haltung gegenüber der Ukraine und ein Bündnis mit der Partei der Regionen würde diejenigen in der EU bestärken, die gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine sind. Darüber hinaus würde ein Bündnis mit einer politischen Partei, die keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wünscht, dazu führen, dass die NATO ihr Angebot an die Ukraine, an einem „Aktionsplan zur Mitgliedschaft“ (Membership Action Plan, MAP) teilzunehmen, bei dem Gipfel im November in Riga zurückstehen würde. Timoschenko hat eine günstige Stellung, da sie an zweiter Stelle steht und die Anzahl der Parlamentssitze ihres Blockes im Vergleich zu 2002 vervierfacht hat. Im Gegensatz dazu ist Unsere Ukraine weit abgeschlagen an dritter Stelle und hat weniger Sitze als 2002.

6. Kräfteverschiebung im Orangenen Lager

Warum hat Unsere Ukraine so schlecht abgeschnitten, wenn doch ihr Ehrenvorsitzender der Präsident der Ukraine ist, der durch den Willen des Volkes in sein Amt gelangt ist? Juschtschenko ist ein „Kamikaze-Präsident“. Er hat 2005 zahllose Fehler gemacht, beispielsweise indem er die Regierung Timoschenko entließ und das Orangene Lager spaltete, indem er das oben erwähnte Memorandum zusammen mit Janukowitsch unterschrieb, indem er den Erdgaskonflikt mit Russland auf intransparente Weise handhabte und indem er den Staatsanwalt Swjatoslav Piskun bis Oktober im Amt beließ und somit gegen hochrangige

Beamte keine Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Auch hat Juschtschenko das Jahr, in dem er als Präsident noch die von Kutschma übernommenen beträchtlichen Vollmachten hatte, verschwendet und es nicht vermocht, dem Land seinen Stempel aufzudrücken. Timoschenko ist auf dem zweiten Platz gelandet, da die Orangenen Proteststimmen gegen Juschtschenkos „Kamikaze-Fehler" an sie gegangen sind und nicht an „Pora- Reformen und Ordnung". Unsere Ukraine hat sich als arrogant herausgestellt, sowohl gegenüber Orangenen Wählern als auch gegenüber Juschtschenko selbst. Orangene Geschäftsleute, die der Korruption bezichtigt werden, weigerten sich im September, auf eine Kandidatur in Unserer Ukraine zu verzichten und ignorierten damit Juschtschenkos Rat. Auch weigerten sich die politischen Parteien in Unserer Ukraine, sich zu einer einzigen pro-präsidialen Partei zusammenzuschließen. Juschtschenko hat es nicht vermocht, die vielleicht wichtigste Motivation für die Orangene Revolution zu verstehen: die weit verbreitete Stimmung gegen Ungerechtigkeit, gegen Machtmissbrauch, Korruption und gegen die „Banditen", die die Ukraine regieren. Premierminister Jun Jechanurow hat dieses Gefühl völlig verkannt, als er im Oktober die Oligarchen der Ukraine zu einem Treffen einlud, bei dem er sie als die „nationale Bourgeoisie der Ukraine" bezeichnete. Die Rechtsstaatlichkeit kann in der Ukraine keine Fortschritte machen, wenn die folgenden Probleme aus der Vergangenheit nicht juristisch aufgearbeitet werden: der Wahlbetrug 2004, Korruption auf hoher Ebene, der Mord an dem Journalisten Georgi Gongadze und der Anschlag auf Juschtschenko.

7. Ausblick

Timoschenko wird Premierministerin oder Parlamentssprecherin werden. Vieles von dem, das sich Juschtschenko bzw. Unsere Ukraine im Bereich der Wirtschaft als Verdienst anrechnen, wurde unter ihrer Regierung in Gang gesetzt. Die Besorgnisse von ausländischen Investoren über Besitzrechte werden beruhigt werden müssen. Die freien Wahlen 2006 und eine daraus resultierende Orangene Koalition zeigen, dass sich der demokratische Fortschritt in der Ukraine nach der Orangenen Revolution gefestigt hat. Es ist jedoch zweifelhaft, ob das ukrainische Parlament die volle Amtszeit von fünf Jahren durchhält. Die internen Widersprüche in der Partei der Regionen zwischen Geschäftsleuten und pro-russischen, ehemals kommunistischen Wählern werden dazu führen, dass sie implodiert, was vorzeitige Wahlen zur Folge haben wird.

8. „Damit müssen wir leben“: Das neue Parlament und das neue Regierungssystem der Ukraine

Zusammenfassung

Aufgrund der dieses Jahr in Kraft getretenen Verfassungsänderungen wird zum ersten Mal in der Ukraine das Parlament eine Regierungskoalition bilden und die Regierungsposten besetzen müssen. Dieses bedeutet, dass „Einsatz“ und „Beute“ für diejenigen Parteien, die die 3%-Hürde überwinden konnten, potenziell sehr viel größer sind als früher. Und bereits früher hat das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, sich immer schwer getan, die „Beute“ an Posten aufzuteilen.

Die geänderte Verfassung lässt den Abgeordneten einen Monat, um eine Koalition zu bilden und einen weiteren Monat für die Regierungsbildung. Angesichts der neuen Kräftekonstellation in der Rada und der persönlichen und politischen Feindschaften zwischen den Vertretern der größten Parteien, könnte sich die Einhaltung dieser Frist als schwierig erweisen. Während sich die Hauptakteure prinzipiell darauf geeinigt haben, dass eine „Orangene Koalition“ wünschenswert wäre, werden die Verhandlungen über Posten erneut schwierig sein. Noch schwerer wird es dann, eine eventuelle Koalition zusammenzuhalten, nicht nur wegen unvermeidbarer interner Machtkämpfe, sondern auch, weil die geänderte Verfassung die Beziehungen zwischen den einzelnen Gewalten nicht definiert und vielleicht mehr Probleme schaffen könnte als sie löst.

a) Historische Veränderungen

Der Bedeutung der ukrainischen Parlamentswahlen 2006 steht außer Zweifel, nicht nur, da sie die ersten international anerkannt freien und fairen Wahlen seit 1994 sind und auch die erste Gelegenheit für das ukrainische Volk darstellen, ein Urteil über die Leistung von Präsident Juschtschenko abzugeben. Es sind auch die weit reichenden Verfassungsänderungen, die im Gefolge der Orangenen Revolution angenommen wurden, in Kraft getreten, wie z.B.: Die Parlamentswahlen werden nach einem vollen Verhältniswahlrecht abgehalten, das auf Parteilisten basiert; das Regierungssystem wird geändert, sodass das Parlament mehr Gewicht erhält, wobei eine Regierungskoalition den Premierminister und andere Schlüssel- Posten der Regierung ernennt.

b) Konsolidierung des Parteiensystems?

Befürworter des vollständigen Übergangs zum Verhältniswahlrecht mit Parteilisten hatten argumentiert, dass die neue Regelung die Konsolidierung des Parteiensystems in der Ukraine begünstigen würde. Gleichzeitig wurde davon ausgegangen, dass die Möglichkeit, einen Abgeordnetensitz zu kaufen, auf ein Minimum reduziert würde (die Logik war in etwa: „Es ist leichter, einen Wahlkreis zu kaufen als eine erfolgreiche Partei."). Als 45 Parteien zur Parlamentswahl registriert wurden, waren die russischen Medien schnell zur Stelle mit dem Hinweis, wie chaotisch die ukrainische Politik sei. Angeblich sollen die Parteilisten auch einigen Parteiführern Möglichkeiten verschafft haben, an ausreichende Wahlkampffinanzierung zu gelangen, indem sie Listenplätze verkauften.

Tatsächlich hat das neue Wahlsystem trotz einer reduzierten Sperrklausel (jetzt 3% im Vergleich zu 4% bei den Wahlen 1998 und 2002) dazu geführt, dass weniger Parteien und Blöcke in die Rada gelangt sind. 1998 konnten acht Blöcke und Parteien die Hürde überspringen, 2002 ging die Anzahl auf sechs zurück, 2006 waren es nur fünf.

Können wir aber die Wahl als Zeichen für eine Konsolidierung des Parteiensystems ansehen? Wenn wir uns die höhere Anzahl von teilnehmenden Blöcken und die Menge angeblich gleich gesinnter Politiker anschauen, die es nicht geschafft haben, zusammenzuarbeiten, ist die 3%-Hürde offensichtlich als niedrig genug angesehen worden, um auch für kleine Parteien eine individuelle Wahlbeteiligung lohnend erscheinen zu lassen, wenn sie einen Anführer mit Wiedererkennungswert und ausreichende Finanzen hatten.

Man darf auch nicht vergessen, dass Unsere Ukraine und der Block Julia Timoschenko beide ziemlich instabile Koalitionen sind, die mehr durch die Popularität ihrer Anführer als durch gemeinsame Programmatik zusammengehalten werden. Hierarchische Strukturierung prägt nach wie vor für die wichtigsten ukrainischen politischen Kräfte und der „demokratische Zentralismus" setzt sich bei der Vergabe der Listenplätze für die Wahlen immer noch durch.

Trotzdem scheinen die Wahlen das Ende für zwei bedeutende parlamentarische Akteure des letzten Jahrzehnts zu markieren: die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (SDPUo) (die politische Basis des Kiewer Clans) ist in der Bedeutungslosigkeit verschwunden und die Kommunistische Partei im Parlament marginalisiert. Darüber hinaus ist wohl deutlich geworden, dass neue Parteien wie die Volkspartei von Wolodimir Litwin, PORA, Witsche und viele andere keinen bedeutenden Erfolg bei den Wählern erzielen konnten.

Die ukrainischen Wähler, obwohl von der Wahlkampagne sichtlich gelangweilt, gingen in ansehnlicher Zahl zur Wahl (67,7%) und stimmten größtenteils für Parteien oder Koalitionen, die wahrscheinlich den Sprung in das Parlament schaffen würden. Das Wahlergebnis zeigt auch eine Fortsetzung der schon lange bekannten geographischen Verteilung der Wählerstimmen: Die Partei der Regionen kam in allen 10 Regionen der Ost- und Südukraine auf den ersten Platz, der Block von Julia Timoschenko gewann in 14 Regionen der Zentral- und Westukraine, während Unsere Ukraine sich nur in drei westlichen Oblasten (Transkarpatien, Lwiw und Iwano-Frankivsk) durchsetzen konnte. (siehe Tabelle 2 auf Seite). Diese Stimmenverteilung kann als Bestätigung des Resultates der Präsidentenwahlen von 2004 gewertet werden, wenn auch mit einem wesentlichen Unterschied. Die Teilung des Orangenen Lagers bedeutete, dass Julia Timoschenko aus der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit Juschtschenkos Präsidentschaft erfolgreich Kapital schlagen konnte. Die Sozialisten blieben auf ihr Kerngebiet beschränkt und erhielten trotz ihrer Unterstützung der Orangenen Revolution weniger Stimmen als 2002, als sie 6,9% der für die Parteilisten abgegebenen Stimmen einfuhren. (siehe Grafik 2 auf Seite). Wir können also den Schluss ziehen, dass es eine gewisse Kontinuität gibt, wenn es auch zu früh ist, von Konsolidierung zu sprechen.

c) Mehrheitsbildung im Parlament

Die fünfte Werchowna Rada, die zum ersten Mal für eine Legislaturperiode von 5 Jahren gewählt wurde, wird ihren Vorgängerinnen in sofern ähnlich sein als es keine einzelne Partei mit einer absoluten Mehrheit (226 Sitze) gibt. Seit der Unabhängigkeit ist der Kampf um eine funktionierende Mehrheit ein herausragendes Merkmal der ukrainischen Politik gewesen. Gesetze sind überwiegend durch ad- hoc- Koalitionen verabschiedet worden. Künstliche propräsidiale Mehrheiten wurden im Januar 2000 und im April 2002 durch eine Kombination aus Erpressung, Bestechung und Aktionen des Präsidenten zusammengebastelt, waren aber von Natur aus instabil und kurzlebig. Bedingungen für eine relativ stabile parlamentarische Mehrheit zu schaffen, die das Regierungsprogramm durchsetzen könnte, war ein Hauptgrund für die Debatte über eine Verfassungsreform, die auch nach der Annahme der Verfassung 1996 fortgesetzt wurde. Auf den ersten Blick scheint die fünfte Rada strukturierter als ihre Vorgängerinnen zu sein, in denen es im Durchschnitt 13 Fraktionen gab. Die Verfassungsänderungen, die den Abgeordneten verbieten, die Fraktion der Partei oder des Blockes zu verlassen, für die sie gewählt worden sind, bedeuten, dass zumindest formal diese Rada nur fünf Fraktionen haben wird und Bestechungen und „politische Prostitution“, die bezeichnend für frühere Parlamente waren, ausgeschlossen sind.

Während jedoch die formale Fassade der Struktur von fünf Parteien bzw. Blöcken erhalten bleibt, wird es in der Praxis möglicherweise interne Spaltungen in den Fraktionen geben und die Abstimmungsdisziplin schwierig zu erhalten sein, insbesondere, da die Verfahren zur Mandatserhebung im Falle eines Fraktionswechsels keineswegs klar sind. Die Verfassungsänderungen, die von Präsident Kutschma vorgeschlagen und letztlich auf ziemlich fragwürdige Weise angenommen wurden, als die Orangenen Proteste im Dezember 2004 an ihrem Höhepunkt angelangt waren, schreiben vor, dass eine parlamentarische Koalition (die aus mindestens 226 Abgeordneten besteht) 30 Tage nach der ersten Sitzung des Parlamentes gebildet werden muss, wonach das Parlament einen weiteren Monat hat, um die Zusammensetzung der neuen Regierung zu entscheiden. Falls das Parlament innerhalb von 30 Tagen keine Koalition bilden kann, hat der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Diese Bestimmungen sind jedoch wage, und es ist nicht klar, wie sie in der Praxis durchgeführt werden sollen. Zum Beispiel wird weder klar definiert, wie eine Koalition aussieht noch wie sie gebildet werden soll. Vor der Wahl einigten sich die so genannten „Orangenen Kräfte“, Unsere Ukraine, der Timoschenko- Block und die Sozialisten, provisorisch darauf, eine Koalition zu bilden, und dass die dominierende Kraft unter ihnen den Premierminister stellen würde. Während wenigstens Unsere Ukraine damit rechnete, die stärkste Kraft zu werden, gaben die tatsächlichen Ergebnisse dem Block von Julia Timoschenko einen bedeutenden Vorsprung gegenüber Juschtschenkos Block und statteten sie so mit einem guten Anspruch auf das Amt der Premierministerin in jeder „Orangenen“ Koalition aus. Die Kräfteverteilung in der neuen Rada bedeutet, dass die zwei wahrscheinlichsten Koalitionen eine „Orangene“ (die 243 Sitze haben würde) und eine „Blau- Orangene“ aus Partei der Regionen und Unsere Ukraine (267 Sitze) sind. I)as gute Abschneiden von Julia Timoschenko führte dazu, dass Beobachter die „Orangene“ Koalition als wahrscheinlichste Variante prognostizierten und die drei „orangenen“ Parteien haben diese Einschätzung mittlerweile bestätigt.

Das Haupthindernis für Verhandlungen ist jedoch zweifellos der Posten des Premierministers. Timoschenko besteht darauf, die Position wiederzuerhalten, die sie im September 2005 verloren hat, während Unsere Ukraine zu dieser Frage bestenfalls gemischte Gefühle hegt. Teile von Juschtschenkos Partei sehen ein solches Ergebnis als inakzeptabel an. Juschtschenko selbst scheint die Vergabe des Postens der Premierministerin an Timoschenko als Bedrohung für seine Autorität und Popularität anzusehen. Es gibt im Übrigen auch bedeutende ideologische Unterschiede zwischen den drei orangenen Kräften, sodass eine Koalition, die auf dieser Grundlage gebildet würde ziemlich instabil wäre.

Dies zeigte sich bei den Konflikten um die Gesetze zum WTO-Beitritt genauso wie bei den gegenseitigen Korruptionsvorwürfen in der Regierung Timoschenko im letzten Jahr. Darüber hinaus würde Julia Timoschenko als Premierministerin potenziell auch Russland gegen die Ukraine aufbringen und westliche Investoren beunruhigen. Nichtsdestotrotz wäre die beste Option für Juschtschenko vielleicht, Timoschenko Premierministerin werden zu lassen, wenn er sie zynischerweise als Rivalin neutralisieren wollte. Julia Timoschenko wäre vielleicht gut beraten, die Position der Parlamentssprecherin anzunehmen, in der sie einige Macht hätte und ein ziemlich hohes Profil, aber weniger politische Verantwortung während der nächsten Monate, die mit einer drohenden Haushaltskrise und der Aussicht auf erneute Gasverhandlungen mit Russland wahrscheinlich ziemlich schwierig werden.

d) Blau-Orange Alternative?

Obwohl eine „Blau- Orangene" Koalition zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlicher ist, könnte sie aus Sicht einiger Beobachter stabiler und disziplinierter sein, in Anbetracht der Tatsache, dass sowohl Unsere Ukraine als auch die Partei der Regionen weitgehend pragmatische Kräfte sind, die Wirtschaftsinteressen vertreten. Diese Wirtschaftsinteressen sind jedoch ziemlich heterogen. Hinzu kommt, dass Unsere Ukraine der Juniorpartner in einer solchen Koalition wäre. Darüber hinaus sind Juschtschenkos Wähler gegen eine Koalition mit einer politischen Partei, die Unsere Ukraine während der Wahlkampagne ständig als „Kriminelle" und „Banditen" gebrandmarkt hatte, sodass eine solche Allianz für die Zukunft von Unsere Ukraine und für Juschtschenko persönlich sehr gefährlich wäre. Ein blau- oranges Bündnis wird von Beobachtern als Grundlage für eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland gesehen, da praktisch die gesamte russische politische Elite keinen Hehl aus ihrer Präferenz für Janukowitsch macht, den die russische Zeitung Kommersant Wlast jüngst „Held Russlands" titulierte. Andererseits befinden sich die ukrainischen Wirtschaftsinteressen, die hinter der Partei der Regionen stehen, wie Rinat Achmetow und andere Geschäftsleute aus dem Osten der Ukraine in der Regel in einem Konkurrenzverhältnis zu russischen Firmen. Auch ist zu bedenken, dass es den national-demokratischen Kräften in Unsere Ukraine (Ruch und der Kongress der Ukrainischen Nationalisten) sehr schwer fallen würde, mit der Partei der Regionen zu koalieren, was als Katalysator für eine Fragmentierung von Unsere Ukraine dienen könnte. Obwohl eine Orangene Koalition wahrscheinlich die neue Regierung der Ukraine bilden wird, deutet die Erfahrung von 2005 darauf hin, dass es schwer sein wird, eine solche Koalition zusammenzuhalten. In diesem Falle könnte die Partei der Regionen eine Chance erhalten.

e) Verfassungsreform als Streitpunkt

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine ist die Werchowna Rada ein instabiles Gremium mit unklaren Strukturen, was dazu geführt hat, dass praktisch alle wichtigen Entscheidungen seit 1991 das Ergebnis von schmerzlichen und unsystematischen Kompromissen gewesen sind. Die Verfassung von 1996 ist der Inbegriff eines solchen Kompromisses. Alexander Moros, der Vorsitzende der Sozialisten, hat immer für eine größere Rolle des Parlaments im politischen System plädiert, das zu mehr Rechenschaftspflicht und mehr „checks and balances" im System führen würde. Leider waren die Verfassungsänderungen vom Dezember 2004 das Ergebnis eines hastigen Kompromisses, der unter außergewöhnlichen Umständen entstand. Diese Veränderungen haben nicht zu einer klareren Definition der Gewaltenteilung geführt, die in der Verfassung von 1996 festgelegt ist. Im Gegenteil, die Veränderungen können möglicherweise Spannungen zwischen den Gewalten verschärfen, da es in vielen Fällen keine klaren Regeln und Kompetenzabgrenzungen gibt. So ist etwa das Gesetz „Über das Ministerkabinett" lange überfällig. Gleichzeitig haben die Verfassungsänderungen scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern einer möglichen „Orangenen Koalition" verursacht. Präsident Juschtschenko hat sich verpflichtet, mit Hilfe eines Referendums und einer Klage vor dem Verfassungsgericht die Verfassungsreform anzufechten. Alexander Moros ist hingegen ein klarer Befürworter der Reform. Julia Timoschenko ist in dieser Frage pragmatischer.

In den 1990er Jahren war der Konflikt zwischen Präsident, Regierung und Parlament typisch für die ukrainische Politik. Präsident Kutschma gelang es dann ab 1999, die Rada stärker seinen eigenen Interessen unterzuordnen. In Anbetracht der Tatsache, dass es im Parlament keine führende Kraft gibt und dass neue Verfassungsregeln verhandelt werden müssen, hängt das Regierungssystem der Ukraine immer noch von den Handlungen des jetzigen Präsidenten ab.

f) Zusammenfassung der Verfassungsänderungen vom Dezember 2004

• Eine neue Regierung wird nach Parlaments- (nicht Präsidenten-) Wahlen gebildet. Dieses muss innerhalb von 60 Tagen nach dem Rücktritt der vorherigen Regierung geschehen.

• Die Werchowna Rada muss innerhalb eines Monats nach den Wahlen eine parlamentarische Mehrheit bilden, sonst kann sie vom Präsidenten aufgelöst werden.

• Die parlamentarische Mehrheit bildet die Regierung. Sie bestätigt und entlässt nicht nur den Premierminister, sondern auch individuelle Minister.

• Die Legislaturperiode der Werchowna Rada wird von vier auf fünf Jahre verlängert. Sie wird vollständig auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts mit Parteilisten gewählt.

• Abgeordnete der Rada werden in Zukunft ihren Parlamentssitz verlieren, wenn sie die Fraktion verlassen, auf deren Liste sie gewählt worden sind.

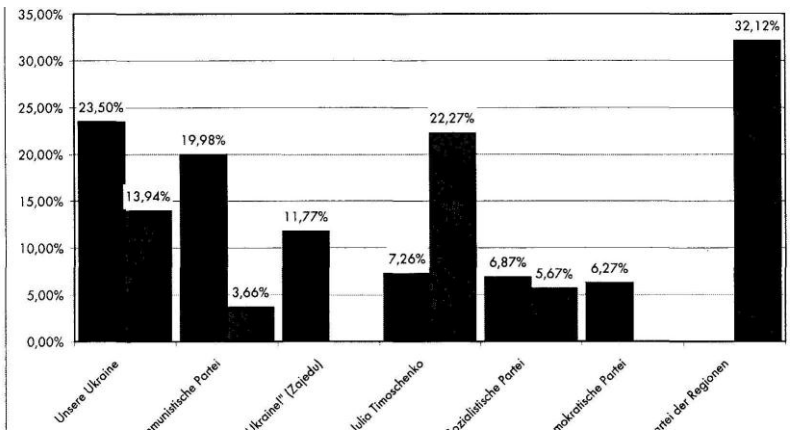
• 1)er Sprecher der Rada, nicht der Premierminister, nimmt die Amtsgeschäfte des Präsidenten war, wenn dieser handlungsunfähig ist oder ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn läuft.

• Die Richter des Verfassungsgerichtshofes werden zu gleichen Teilen von der Rada und dem Präsidenten ernannt.

• Der Generalstaatsanwalt ist für die Überwachung [ohljad] der Menschenrechte und deren Einhaltung durch die Exekutivorgane verantwortlich.

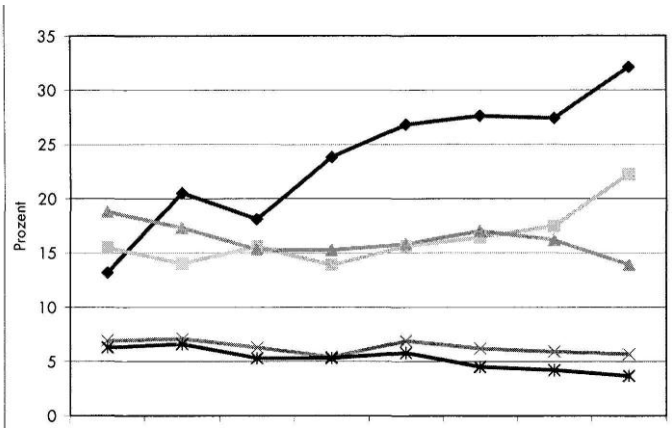
Tabellen und Grafiken zum Text
Das vorläufige amtliche Endergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006

Grafik 1: Wahlergebnisse 2002 und 2006 im Vergleich



Quellen. http://www,cvkgov.ua/ *und* http://wwwforurnnetukrnine.org/ParlaWahlErqebnisse_31 M%C3%A4rz2002DOC

Grafik 2: Zustimmungswerte der Parteien in der Wahlkampfphase



Quelle: INSI, Kiew; http://nsi.org.LIa

VII. Außenpolitische Rahmenbedingungen in der ukrainischen Systemtransformation

a) Außenpolitische Beziehungen zwischen Russland und Ukraine: Streitpunkt Schwarzmeerflotte / Sonderfall Krim / Tschernobyl

Die Außenpolitik der Ukraine bewegt sich in einem Rahmen, der von der,, ambivalenten psychologischen, kulturellen und geopolitischen Einstellung der ukrainischen Eliten" bestimmt wird, was mit den „unterschiedlichen Orientierungen innerhalb des ukrainischen Ethnos (je nach Region) im Zusammenhang"[336] steht. Diese regionalen unterschiedlichen außenpolitischen Orientierungen sind vor dem Hintergrund der gesamtukrainischen Vorstellungen über den Entwicklungsweg des Landes zu sehen. Ein fünfjähriges Monitoring öffentlichen Meinung durch das Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine ergab folgendes Bild: An erster Stelle gaben die Befragten 1999 mit 23,9 % einer slawischen Union Ukraine-Russland- Weißrussland den Vorzug in der ukrainischen Außenpolitik. Es folgten dann mit 19,7 % diejenigen, die dafür waren, dass sich die Ukraine vorrangig auf ihre eigenen Ressourcen stützt und ihre Unabhängigkeit stärkt. An dritter Stelle rangierten mit 18,4% die GUS-Beziehungen und erst an vierter Stelle mit 16,4% die Beziehungen zu den westlichen Industrieländern.

[336] Haran 2002b: 267.

Wenn der zeitliche Verlauf der außenpolitischen Interessenlage der Befragten analysiert wird, fällt auf, dass sich von 1994 bis 1999 die Zahl derjenigen, die den Beziehungen der Ukraine zu den GUS-Staaten den Vorzug geben, mehr als halbiert hat (von 40,5 % 1994 auf 18,4 % 1999). Ebenso sank das Interesse an in den ukrainisch-russischen Beziehungen um das Dreieinhalbfache (von 17,5 % 994 auf 4,8% 1999). Dagegen nahm die Zahl der Befürworter eines außenpolitischen Unabhängigkeitskurses um die Hälfte zu (von 13,3% 1994 auf 19,7% 1999).

Diese Verschiebung der außenpolitischen Interessenlage nach 1994 drückt sich auch im Erfolg oder Misserfolg außenpolitischer Parolen bei den Präsidentschaftswahlen aus: So siegte Leonid Krawtschuk 1991 mit der Devise der Russlandausrichtung der Ukraine, während sein Gegner Wjatscheslaw Tschornowil für eine Westorientierung des Landes war. 1994 gewann Kutschma, der sich ebenfalls für die politische Orientierung Kiews in Richtung Moskau einsetzte, gegen Krawtschuk, der dieses Mal für eine Ausrichtung der ukrainischen Politik nach Westen eintrat. 1999 siegte Kutschma bei der Präsidentenwahl mit dem Programm der Westausrichtung der Ukraine, während sein Gegner, der KPU- Chef Petro Simonenko, mit seinem Plädoyer für eine russlandfreundliche Politik der Ukraine die Präsidentschaftswahl verlor.[337] 2004 gewann Juschtschenko die Präsidentenwahl mit einer klaren Orientierung in Richtung Europa. Das bedeutet, dass 1991 und 1994 die Russlandorientierung die meiste Zustimmung bei den Wählern fand, 1999 aber schon nicht mehr. Die außenpolitische Interessenlage regional aufgeschlüsselt, ergab aus nach einer Umfrage von Mitte 2000 folgendes Bild: Knapp zwei Drittel der Ukrainer sind laut obiger Umfrage für eine Mehrgleisigkeit der ukrainischen Außenpolitik, 13 % für vorrangig für gute Beziehungen zum Westen und nur 6% für gute Beziehungen zu Russland. Nach einer Umfrage des sehr angesehenen Kiewer Razumkow- Zentrums zwischen dem 27.Januar und dem 3. Februar 2004 sprachen sich 41,3% der Befragten dafür aus, dass sich die ukrainische Außenpolitik in Richtung Russland orientieren soll und 30,9 % in Richtung Europäische Union. Die meisten Anhänger einer westorientierten Außenpolitik sind im Nordwesten des Landes (25 *%),* im Westen (22%) und im Süden (17%) festzustellen. Die Anhänger einer stärkeren Russlandorientierung sind im Nordosten (15 %),im Zentrum, im Südosten sowie im Osten des Landes (je 8 *%)* zu finden. Diese regionale Verteilung der außenpolitischen Interessenlage verwundert nicht, denn der westliche Teil der Ukraine ist - wie sich bereits aus der Geschichte der Regionen ergibt - stärker westlich ausgerichtet und der an Russland angrenzende la stärker östlich orientiert.

[337] Schneider, Eberhard, Das politische System der Ukraine, 1.Auflage, Juli 2005.

Das Interesse an einer mehrgleisigen Außenpolitik, die gute Beziehungen sowohl zu Russland als auch zum Westen unterhält, ist in allen Regionen relativ stark vertreten. Eine besondere Rolle spielen bezüglich der außenpolitischen Orientierung die Oligarchen. Sie sind fast alle in Branchen aktiv, die von Russland abhängig sind oder in denen sie auf Zusammenarbeit mit Russland angewiesen sind wie Energie, Metallurgie, Rüstung, Transport, Kommunikation und Medien. Sie haben zudem mit ihren russischen Kollegen viel Gemeinsames (gleiche Wurzeln, ähnliche Geschäftsmethoden, übereinstimmende Werte, identische Mentalität). Allerdings sind sie viel schwächer als die russischen Oligarchen mit Kapital ausgestattet und müssen darauf achten, von den russischen Konkurrenten nicht geschluckt zu werden[338]. Sie müssen gegenüber Russland eine dialektische Politik betreiben: Kooperation mit der nötigen Distanz. Die ukrainische Außenpolitik wird in ihren Grundlagen vom ukrainischen Parlament bestimmt (Art. 85.5). Diese Grundlagen werden ausschließlich durch Gesetze festgelegt (Art. 92.9). Die Führung der ukrainischen außenpolitischen Tätigkeit liegt allerdings in der Hand des Präsidenten, der den ukrainischen Staat in den internationalen Beziehungen vertritt, Verhandlungen führt und die internationalen Verträge der Ukraine schließt (Art. 106.3). Zugleich nimmt er die Führung in den Bereichen der nationalen Sicherheit und der Verteidigung der Ukraine wahr (Art.106.17). Die Umsetzung der vom Parlament beschlossenen außenpolitischen Linie durch den Präsidenten wird von der Präsidialadministration vorbereitet, worauf in dem entsprechenden Abschnitt bereits eingegangen wurde. Der Präsident fasst Beschlüsse zur Anerkennung ausländischer Staaten, ernennt und entlässt die Leiter der diplomatischen Missionen der Ukraine in anderen Staaten sowie bei internationalen Organisationen und nimmt die Beglaubigungs- bzw. Abberufungsschreiben der diplomatischen Vertreter anderer Staaten entgegen (Art. 106.4 5). Die Ukraine unterhält diplomatische Beziehungen zu 153 Staaten. Das Parlament erteilt die Zustimmung zur Verbindlichkeit internationaler Verträge der Ukraine und zu deren Kündigung (Art. 85.32), bestätigt Beschlüsse die Gewährung von Krediten und Wirtschaftshilfen an andere Staaten und internationale Organisationen sowie die Annahme solcher Kredite und kontrolliert deren Verwendung (Art 85.14), billigt die Gewährung militärischer Hilfe für andere Staaten über die Entsendung von Einheiten der Streitkräfte der Ukraine in anderen Staat oder über den Zutritt von Einheiten der Streitkräfte anderer Staaten auf das Territorium der Ukraine (Art. 85.23), erklärt auf Vorschlag des Präsidenten den Kriegszustand sowie den Friedensschluss und billigt die Beschlüsse des Präsidenten über den Einsatz der ukrainischen Streitkräfte und anderer militärischer Einheiten im Falle einer bewaffneten Aggression (Art. 85.9).

[338] Ott 2003: 226.

Für die Behandlung internationaler Angelegenheiten spielt das gleichnamige Komitee des Parlaments eine besondere Rolle, denn in ihm werden die entsprechenden Gesetzesvorlagen geprüft, und das Ergebnis wird in einer Empfehlung für die Annahme- oder Ablehnung des Vertrags ausgesprochen. Trotz häufiger Kritik an der Werchowna Rada trat das ukrainische Parlament mehrmals für den Schutz der ukrainischen territorialen Integrität ein. Als der erste ukrainische Präsident Krawtschuk 1993 faktisch die Schwarzmeerflotte für ukrainische Schulden an Russland abtrat, rief das eine derartige Entrüstung hervor, dass er sich gezwungen sah, sich von dieser Vereinbarung wieder zu distanzieren. Ferner legte die Werchowna Rada gegen den Beschluss von Präsident Kutschma 1994/96 über die Bildung von Finanz-Industrie-Gruppen mit Russland ihr Veto ein und blockierte die Übergabe von Gasleitungen und Gasbehälter an die russische GASPROM für ukrainische Schulden. Die Werchowna Rada war es auch, die während des Präsidentschaftswahlkampfes 1999 den Westen (OSZE, Europarat, Europäisches Parlament) auf die zunehmenden autoritären Tendenzen in der Politik von Präsident Kutschma (andauernde Diskreditierung des Parlaments durch präsidiale Strukturen, Druck auf Gerichte, Offensive gegen die Massenmedien) aufmerksam machte[339]. Das Ministerkabinett gewährleistet die Durchführung der ukrainischen Außenpolitik (Art. 116.1). Für die operative Umsetzung der außenpolitischen Linie die das Parlament festgelegt hat und die vom Präsident führend vertreten wird, ist das Außenministerium zuständig. Der Außenminister wird — wie die übrigen Minister — auf Vorschlag des Premierministers vom Präsidenten ernannt (Art. 114, Abs. 3) und untersteht ihm direkt. Nach dem Inkrafttreten der Verfassungsreform vom 8. Dezember 2004 ernennt das Parlament den Außenminister auf Vorschlag des Präsidenten.
Eine gewisse Rolle im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess spielt der Rat der nationalen Sicherheit und Verteidigung, der die bewaffneten Strukturen koordiniert und dessen Vorsitz der Präsident innehat (Art, 106.18). Dieser Rat hat aber nicht die Bedeutung wie in Russland. Nicht von der Hand zu weisen ist der außenpolitische Einfluss des ukrainischen Auslandsnachrichtendienstes (Glavnoe upravlenie razvedki), der — wie früher beim KGB Teil des ukrainischen Sicherheitsdienstes ist und nicht — wie in Russland — ein eigener Dienst. Die ukrainische Außenpolitik wird bestimmt durch die geographische Lage des Landes und seine unterschiedlichen politisch-kulturellen Traditionen, wie sie oben im Kapitel über die Regionen aufgezeigt wurden. „Aufgrund einer gespaltenen Vergangenheit unter russischer, österreichisch-ungarischer sowie polnischer Herrschaft und unterschiedlicher historischer Erfahrungswelten bilden ‚sie die ukrainischen außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen aus unterschiedlichen Perzeptionen.

[339] Haran 2002b: 287.

Deren Wurzeln reichen in die Zeit vor und währen des Ersten Weltkrieges, in die traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges sowie in die Zeit des Kalten Krieges zurück. Die grundsätzliche Frage, die sich die Ukrainer noch immerzu stellen haben, ist die Frage, ob die Ukraine eher dem Osten — dem ‚eurasischen Raum' — oder dem Westen — dem ‚klassischen Europa — zugehört?[340]

In seiner Inaugurationsrede 1994 als neuer ukrainischer Präsident machte Kutschma einen großen politischen Feh1er, wie er den scharfen Reaktionen entnehmen konnte, als er die Ukraine als historischen Teil des eurasischen wirtschaftlichen und kulturellen Raums bezeichnete.[341] Die ukrainische Außenpolitik kann in zwei Phasen eingeteilt werden: unter Präsident Krawtschuk von 1991 bis 1994 und unter Präsident Kutschma von 1994 bis 2004. Die erste Phase war bestimmt durch das vorrangige Bestreben der Ukraine, ihre Unabhängigkeit von Russland abzusichern. Deshalb orientierte sie stärker in Richtung Washington. Zugleich begann im Lande ein schwieriger Prozess der Transformation des politischen und ökonomischen Systems. Unter Kutschma wurde die ukrainische Außenpolitik pragmatischer. Er versuchte eine Balance der ukrainischen Interessen zwischen Ost und West. In seiner Inaugurationsrede zu Beginn seiner zweiten Amtszeit am 30. November 1999 betonte Kutschma die Multivektoralität der ukrainischen Außenpolitik und nannte in diesem Zusammenhang die USA, Europa und Russland[342].

a) Ostorientierung: Russland

In den Beziehungen der Ukraine zu Russland ist Moskau der agierende Teil und Kiew der reagierende[343]. Hauptstreitpunkte zwischen beiden Ländern war die Aufteilung der Schwarzmeer-Flotte, der Status Krim, die russischen territorialen Ansprüche auf Sewastopol und die ukrainischen Gasschulden. Diese Probleme wurden zwischenzeitlich alle geregelt durch den Abschluss des „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft" und das Abkommen über die Schwarzmeerflotte 1997 und durch den Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit 1998. Im Freundschaftsvertrag Russland die Ukraine als Staat an und erhebt keinerlei territoriale Ansprüche an das Land.

[340] Alexandrova 2001: 247.
[341] Holos Ukrainy (Stimme der Ukraine), 21.07.1994 (zitiert nach Alexandrova 2001: 247).
[342] Boyko 2002: 619-621.
[343] Alexandrova 2001: 254.

Die Schwarzmeerflotte wurde nach einem bestimmten Schlüssel und mit Ausgleichszahlungen entsprechend dem ukrainischen Vorschlag aufgeteilt und Russland darf drei der vier Buchten Sewastopols auf Pachtgrundlage für 20 Jahre nutzen[344]. Kutschma rechnet die Unterschrift Moskaus unter den Freundschaftsvertrag dem persönlichen Engagement Jelzin zu[345]. Der russische Präsident verfolgt gegenüber der Ukraine eine Art „Umarmungsstrategie". 2001 trafen sieh Kutschma und Putin zwölfmal und 2002 elfmal. Putin wollte die Ukraine stärker an Russland binden und verhindern, dass die Ukraine in ihrer Westpolitik weiter geht als Russland. Ausdruck der enger werdenden Beziehungen zwischen beiden Ländern war die Ernennung des ehemaligen russischen Premiers Wiktor Tschernomyrdin zum Botschafter in Kiew und Beauftragten des Präsidenten für Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine durch Putin im Mai 2001. Im Herbst 2000 hatte Kutschma bereits Außenminister Boris Tarasjuk durch den Russland gegenüber vorsichtiger und freundlicher agierenden Anatolij Slenko ersetzt. In zahlreichen Kooperationsbereichen wie z.B. in der in der Ukraine gilt entwickelten Rüstungsindustrie (Flugzeug Antonow-70) und im Bereich der Reaktorsicherheit sowie des Atomkraftwerkbaus (in Chmelnizki und Riwne) wurde die Zusammenarbeit intensiviert.

Im Februar 2001 unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie ein Programm für regionale und grenznahe Kooperation bis 2007. Die ebenfalls vereinbarte Parallelschaltung der Energiesysteme beider Länder erfolgte am 20. August 2001[346]. Am 8. Juni 2002 unterzeichneten Kutschma und Putin in St. Petersburg eine Erklärung über die strategische Zusammenarbeit beider Länder in der Gasbranche, welche die Schaffung eines Konsortiums für das Management und die Entwicklung des Gastransportsystems der Ukraine vorsieht, Am nächsten Tag schloss sich Bundeskanzler Gerhard Schröder dieser Erklärung an, befürwortete die Beteiligung deutscher Gasgesellschaften am Konsortium und unterschrieb eine entsprechende dreiseitige Erklärung, wobei die deutsche Beteiligung bisher nur auf dem Papier steht[347]. Nach zweijährigen Auseinandersetzungen über Erdgaslieferungen und Energietransit einigten sich Russland und die Ukraine im Oktober 2001 dergestalt, dass Russland den Wünschen der Ukraine entsprach und einem zwölfjährigen Liefervertrag sowie einem ebenso langfristigen Umschuldungsabkommen zustimmte. Russland schraubte seine ursprünglichen Preisvorgaben zurück und verrechnet den Lieferpreis mit den Transitgebühren[348].

[344] Lüdemann 2001: 117.
[345] Kutschma 2003: 445.
[346] Ott 2003: 233.
[347] Deutsch-ukrainische Rundschau, 2002, Heft 3, S.2.
[348] Lüdemann 2002: 1053.

Die verbleibenden Gasschulden soll die Ukraine im Verlauf von zwölf Jahren 2004 abzahlen[349]. Zudem drängte Putin zur Bezahlung der Gasschulden auf die Übernahme strategischer Teile der ukrainischen Industrie und Pipelines[350]. Am 28. Januar 2003 wurde in Kiew ein Grenzabkommen unterzeichnet, auf das sich beide Länder nach jahrelangen Verhandlungen — mehr als 200 Fragen waren strittig - und vielen Rückschlägen geeinigt hatten. Danach wurde der Verlauf der 2000 km langen gemeinsamen Grenze festgelegt ohne jegliche Gebietsansprüche. Dazu gehört auch, dass Russland endgültig die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine anerkennt. Strittig ist lediglich noch die Aufteilung des Asowschen Meeres. Kiew will die Aufteilung des Meeresbodens und die Demarkierung der Meeresoberfläche. Moskau ist mit der Aufteilung des Meeresbodens einverstanden, ist aber gegen die Demarkierung der Meeresoberfläche, weil der Kreml das ganze Meer als ukrainisches und russisches Binnengewässer nutzen will.[351]Im Herbst 2003 spitzten sich die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland für kurze Zeit zu. Grund war der Bau eines Dammes vom russischen Festland zur ukrainischen Insel Tusla im Golf von Kertsch am Asowschen Meer. Für Kiew bedeutete der Dammbau, der hundert Meter vor der Insel dann von Russland gestoppt wurde, den Versuch Moskaus, seine Seegrenze zu verschieben und die territoriale Integrität der Ukraine in Frage zu stellen. Die Ukraine zieht als Gegenleistung ihre Grenztruppen von der Insel zurück, die Kiew auf dem Höhepunkt der Krise auf der Insel stationiert hatte. Am 20. April 2004 ratifizierten das russische und das ukrainische Parlament die Dokumente, die eine gemeinsame Nutzung des Asowschen Meeres vorsehen. Bei seinem Besuch bei Putin in Sotschi Mitte August 2004 stellte Kutschma fest, dass der bilaterale Handel zwischen beiden Ländern im ersten Halbjahr 2004 um 40% zugenommen hat. Zum Abschluss des Treffens schlossen am 17. August 2004 die ukrainische und die russische Regierung ein Abkommen, in dem die Ukraine Russland den jährlichen Transport von 85 Mio. t Öl über ihr Territorium garantiert. Das Abkommen hat eine Laufzeit von 15 Jahren und verlängert sich automatisch jeweils um fünf Jahre. Ukrainefreundlich ist die Regelung, wonach die Mehrwertsteuereinnahmen für russisches Öl, das durch die Ukraine transportiert wird, Kiew zufließen, was Moskau 800 Mio. $ jährlich kostet, Russland- freundlich ist die Entscheidung Kiews, die 674 km lange Pipeline von Odessa nach Brody nicht für den Transport von Öl, z.B. vom Kaspischen Meer, nach Westeuropa zu verwenden, was Kiew der EU zugesagt hatte, sondern für russisches Öl in umgekehrter Richtung. Ferner schlossen die beiden Regierungen ein weiteres Erdgasabkommen. Dieses Abkommen wurde im Rahmen der Gründung eines internationalen Erdgas-Transportkonsortiums unterzeichnet.

[349] Ott 2003: 235.
[350] Simon 2002: 26.
[351] UNIAN, 28.01.2003.

Es legt die Bedingungen für den Bau und den Betrieb der neuen Erdgaspipeline Bohorodtschany-Uschhorod fest. Die GmbH „Internationales Konsortium zum Betrieb und Ausbau des Erdgas-Transportsystems der Ukraine“ ist Auftraggeber des Baus der Erdgasleitung. Sie wird nach Inbetriebnahme der Erdgasleitung deren Eigentümerin und auch für deren Betrieb zuständig sein. Gemäß diesem Abkommen stellt Russland der Ukraine für den Transit zusätzliches Erdgas bereit, von fünf Milliarden Kubikmetern im Jahr 2005 bis zu 19 Milliarden Kubikmetern im Jahr 2010 und in der Folgezeit, abhängig von den Bedürfnissen des europäischen Erdgasmarktes. Die Ukraine gewährleistet die notwendigen Bedingungen für ungehinderte Baumaßnahmen und die dafür erforderlichen Genehmigungen, wie beispielsweise für die Nutzung von Grund und Boden. Die Kosten der Baumaßnahmen werden zu gleichen Teilen von den Gesellschaften „Naftogaz Ukrajiny“ und „Gasprom“ getragen. Finanziert werden sollen sie mit eigenen Mitteln, aber auch mit Krediten. Das Abkommen gilt bis Ende des Jahres 2030 und wird automatisch um jeweils fünf weitere Jahre verlängert, wenn keine der Seiten unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr den Wunsch äußert, das Abkommen aufzuheben. Moskau versuchte, auf die Parlamentswahlen im März 2002 und die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2004 Einfluss zu nehmen. So führte Putin im März 2002 ein einstündiges Gespräch mit dem KPU- Vorsitzenden Petro Simonenko, an dem auch der russische Kommunistenchef Gennadij Sjuganow teilnahm. Der Leiter der Administration des russischen Präsidenten, Aleksandr Woloschin, bezeichnete das Wahlbündnis „Für eine einige Ukraine!“ als freundschaftlich und das Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ als nicht freundschaftlich, weil es nicht mit Russland zusammenarbeiten wolle. Ferner lobte Woloschin die „Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine“ und die „Kommunistische Partei der Ukraine“. Der russische Botschafter in der Ukraine, Wiktor Tschernomyrdin, äußerte nach einem Treffen mit Wiktor Juschtschenko seine Besorgnis über die Zusammensetzung des zu Kutschma oppositionellen Wahlbündnisses „Unsere Ukraine“.

Massiv mischte sich Putin im Herbst 2004 in die ukrainische Präsidentenwahl ein. Zunächst lud er seine »Freunde« Kutschma und Janukowitsch anlässlich seines Geburtstages am 7.Oktober und vor versammelter Presse in seine Residenz unweit von Moskau ein. Am 12. November — etwas mehr als eine Woche vor der Stichwahl — eröffnete Putin mit Kutschma eine Fährverbindung zwischen der Krim und der russischen Stadt Tusla. Dann reiste Putin selbst am 17. November — nur vier Tage vor dem zweiten Wahlgang — nach Kiew. Während des dreitägigen Aufenthalts in Kiew wich Janukowitsch selten von Putins Seite, ob bei dem Besuch eines Konzerts oder bei der Abnahme einer (aus leicht einsehbaren Gründen um einige Tage vorverlegten) Militärparade zur Befreiung Kiews von deutscher Besatzung im Jahre 1943.

Der Höhepunkt dieses Besuchs Putins war ein mehrstündiges Live- Interview, das auf drei ukrainischen Fernsehkanälen ausgestrahlt wurde und in dem Putin die Leistungen der ukrainischen Regierung und die hervorragenden bilateralen Beziehungen lobte. Selbst die russische Staatsduma wurde für Wahlkampfzwecke eingespannt: Noch vor der Stichwahl wurden Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für ukrainische Staatsbürger erleichtert und die Grundlage für ein bilaterales Übereinkommen zur doppelten Staatsbürgerschaft gelegt. Die Ukraine weigerte sich hartnäckig, dem Wunsch Moskaus nachzugeben und der Union Russland-Weißrussland beizutreten sowie der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG), zu der sich im Oktober 2000 Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kyrgystan und Tadschikistan zusammengeschlossen haben[352].

Allerdings entschied Kutschma im Mai 2002, dass die Ukraine der EAWG als Beobachter beitritt mit der Perspektive einer Vollmitgliedschaft[353]. Experten in Kiew halten den Beobachterstatus und die aktive Beteiligung an einzelnen ausgewählten EAWG- Projekten für besser als die volle Mitgliedschaft[354]. Am 20. April 2004 ratifizierte das ukrainische Parlament das Abkommen über die Schaffung des Einheitlichen Wirtschaftsraums (EWR) zwischen Russland, der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan, das am 19. September 2003 von den Staatschefs dieser vier Länder in Jalta auf der Krim unterzeichnet worden war. Als erster Schritt soll zwischen diesen vier Ländern eine Freihandelszone eingerichtet werden. Kiew sprach sich allerdings gegen die Bildung von supranationalen EWR-Organen und die Schaffung einer einheitlichen Währung aus. Die Einrichtung des EWR wurde sowohl von ukrainischer als auch von Brüsseler Seite kritisiert. Gegen den Beitritt zum EWR sprachen sich sowohl der Stellvertretende Außenminister Oleksandr Tschalnyj aus, der von Kutschma im Mai 2004 entlassen wurde, als auch der ehemalige Außenminister Anatolij Slenko, der von Kutschma bereits Anfang September 2003 durch den ukrainischen Botschafter in den USA, Kostjantyn Hryschtschenko, ersetzt worden war. Den Beitritt der Ukraine zum EWR kritisierte zudem der ukrainische Wirtschafts- und Europaminister Walerij Choroschkowskij, der am 3. Januar 2004 zurücktrat, weil er keine weitere Entwicklung in Richtung der europäischen Integration für die Ukraine sah.

[352] Lüdemann 2002: 1051.
[353] Malek 2002: 31
[354] Razumkow- Centre 2002: 34.

Brüssel interpretierte den Beitritt der Ukraine zum EWR als eine Absage des Landes an seine EU-Ambitionen. Kiew antwortete, dass es für die Schaffung des EWR-Raumes die EU-Standards anwenden wolle. Zudem könne die Bildung des EWR eine Stufe auf dem Weg zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums sein, den die EU anstrebe.

GUS: Die Ukraine hat zwar am 8. Dezember 1991 die GUS mit gegründet, ist aber kein formales GUS-Mitglied, sondern nur Teilnehmerstaat. Das ist ein mittlerer Weg zwischen den Forderungen der national-politischen Kreise, vor allem in der Westukraine, nach einem völligen GUS-Austritt der Ukraine und den linkskonservativen sowie kommunistischen Stimmen, hauptsächlich aus der Ostukraine nach einer vollen GUS-Mitgliedschaft des Landes[355]. Obwohl die Ukraine bis heute das GUS-Statut nicht ratifiziert hat, ließ sich Kutschma Ende Januar 2003 zum GUS-Vorsitzenden wählen. Die Ukraine ist auch kein volles Mitglied der Zwischenparlamentarischen Versammlung der GUS, sondern hat lediglich den Status eines assoziierten Mitglieds. Ebenso ist die Ukraine nur assoziiertes Mitglied der Wirtschaftsunion der GUS. Sie lehnt es auch ab, dem kollektiven Verteidigungssystem der GUS, dem Taschkenter Vertrag, beizutreten[356]. Lediglich 1995 unterzeichnete die Ukraine zusammen mit den meisten GUS-Staaten eine Vereinbarung über die Schaffung eines „Vereinigten Luftabwehrsystems der GUS“. Tatsächlich hat die Ukraine sich bisher real an diesem Luftabwehrsystem nicht beteiligt, trotz wiederholter russischer Anregung, doch eine gemeinsame GUS- Abwehr mit aufzubauen. Dafür ist die Ukraine am Anti-Terror-Zentrum der GUS in Moskau beteiligt, dessen Gründung Mitte 2000 beschlossen worden war und das von einem russischen Geheimdienstgeneral geleitet wird. „Es soll vor allem in Mittelasien tätig werden, und es ist nicht klar, worin das unmittelbare sicherheitspolitische Interesse der Ukraine an dieser Region bestehen soll.“[357]

GUUAM: Am 10. Oktober 1997 gründeten die Präsidenten Aserbajdshans, Georgiens, Moldawiens und der Ukraine in Straßburg das politisch-konsultative Forum GUAM, benannt nach den Anfangsbuchstaben der Gründerländer. Der Zweck dieses Zusammenschlusses war die Stärkung der Position der beteiligte Länder gegenüber Russland, dessen Vorherrschaft in der GUS sie ablehnen sowie dessen Wunsch, in der GUS supranationale Organe einzurichten. Ferner verfolgte man das Ziel, gemeinsame außenpolitische Positionen gegenüber der UN und der OSZE auszuarbeiten.

[355] Alexandrova 2001: 259.
[356] Ebd., S.258f.
[357] Malek 2002: 26.

Am Rande des NATO-Jubiläumsgipfels trat am 24. April 1999 in Washington Usbekistan der GUAM bei, deren Abkürzung sich daraufhin um ein U in GUUAM erweiterte. Im Juni 2002 legte allerdings Usbekistan seine Mitgliedschaft in GUUAM still[358]. Der nächste Schritt auf dem Weg der Vertiefung der Zusammenarbeit der GUUAM- Staaten wurde am 6. und 7. Juni 2001 in Jalta unternommen. Auf diesem Gipfel wurde eine Charta über die Ziele, die Prinzipien, die Richtungen der Zusammenarbeit und die Organisationsstruktur der GUUAM unterzeichnet sowie eine Konvention über gegenseitigen Beistand in Konsularfragen. Festgelegt wurde, dass die jährlichen Treffen der Staatsoberhäupter das höchste Organ der GUUAM ist. Die Präsidentschaft der GUUAM übernehmen in alphabetischer Reihenfolge die Teilnehmerstaaten jeweils für die Zeit zwischen den Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter. Das Exekutivorgan der GUUAM ist die Sitzung der Außenminister, die in der Regel zweimal im Jahr stattfinden sollen: Arbeitsorgan der GUUAM ist das Komitee der Nationalen Koordinatoren, dem die von den Außenministern ernannten Koordinatoren — jeweils einer von jedem Staat — angehören. GUUAM- Beschlüsse müssen einstimmig verabschiedet werden. Das Interesse der Ukraine an der GUUAM als deren Motor besteht darin, dass die GUUAM ein „wichtiges politisches Mittel zur Selbstversicherung als regionale Führungsmacht“ ist. Diese Führungsrolle wird von den GUUAM Staate anerkannt, „da Kiew als Garant eigener Souveränität und aufgrund der besonderen ukrainischen Beziehungen zur NATO als Bindeglied und Multiplikator eigener Integrationsanstrengungen mit dem euroatlantischen Raum betrachtet wird“. Das zweite ukrainische Hauptinteresse an GUUAM liegt im „Potential zur vertieften Wirtschafts-, Energie- und Transportzusammenarbeit durch den Zugang zum kaspischen Öl und Gas“[359].

Die Analyse der außenpolitischen Zusammenarbeit der GUUAM ergibt folgendes Bild: Die multilaterale Zusammenarbeit der GUUAM erstreckte sich niemals auf die außenpolitischen Prioritäten ihrer Mitgliedsländer. Die GUUAM- Staaten konnten zwar gemeinsame politische Positionen zu internationalen Fragen entwickeln, doch es gelang ihnen nicht, diese in konkrete außenpolitische Ergebnisse umzusetzen. Für die Realisierung der GUUAM-Initiativen in den internationalen Finanzinstitutionen, der EU und der NATO fehlten den GUUAM- Staaten der entsprechende Einfluss, um die Entscheidungen dieser internationalen Organisationen zu beeinflussen. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit verläuft keineswegs zufrieden stellend. Im Handel hat der Intra- GUUAM- Warenaustausch keineswegs Priorität bei den Mitgliedsländern.

[358] Malek 2002: 28.
[359] Schmidt 2002: 363.

So hatte der Intra- GUUAM- Handel bei den Mitgliedsländern nur ein Volumen von 4 % ihres gesamten Außenhandels, bei der Ukraine nur 2 %. Im Jahr 2000 erreichte er lediglich 74 % des Außenhandelsumfangs der GUUAM- Länder von 1995. Der Handel entwickelte sich bloß nach der aktuellen Nachfrage und umfasste vor allem Rohstoffe, Halbfabrikate und Lebensmittel. Die Ursache für den geringen Intra- GUUAM- Handel sind das niedrige Wirtschaftsniveau der GUUAM- Staaten im Allgemeinen und das unterschiedliche technologische Niveau sowie die fehlenden finanziellen Ressourcen im Besonderen.

In der Jalta-Charta von 2001 vereinbarten die Mitglieder die ökonomische Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Umwelt, Transport, Energie und Telekommunikationsinfrastruktur. Die Schaffung einer Freihandelszone wurde jedoch entgegen den Wünschen der Ukraine und Georgiens nicht als gemeinsames Ziel vereinbart. Es wird auch weder eine Zollunion noch ein gemeinsamer Wirtschaftsraum angestrebt[360]. Die GUUAM- Mitgliedsländer hatten sich 1992 geweigert, in Taschkent den GUS-Vertrag über kollektive Sicherheit zu unterzeichnen. In Jalta wollten sie ihrer Gemeinschaft keine militärisch-politische Struktur geben. Es bestehen nur freiwillige bilaterale militärische Kontakte. Der Grund dafür ist das Fehlen einer gemeinsamen militärischen Bedrohung und die schlechten Erfahrungen, welche die GUUAM- Mitgliedsländer mit der militärischen Zusammenarbeit mit Russland gemacht haben. Die GUUAM legt den Schwerpunkt ihrer Zusammenarbeit auf die Durchführung ihrer zivilen Projekte. Wenn diese realisiert sind und wenn sich dann eine militärische Bedrohung ergeben sollte, will die Gemeinschaft über eine militärische Zusammenarbeit nachdenken. Die Bedrohungen, die sich in der Jalta-Charta widerspiegeln, haben einen nicht-militärischen Charakter: Terrorismus, Drogenhandel, internationale Kriminalität, Separatismus, technische und humanitäre Katastrophen. GUUAM ist ein Konsultativorgan für die Koordinierung der außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten. Die Wichtigkeit dieser Zusammenarbeit dürfte im Lauf der Zeit für die Mitgliedsländer an Bedeutung verlieren, wenn es nicht gelingt, die politische Zusammenarbeit durch die wirtschaftliche Kooperation, vor allem im Energiesektor, zu ergänzen[361].

[360] Troschke 2003: 383- 387.
[361] Pavliuk 2000: 51.

b) Westorientierung und EU-Beziehungen

In den ersten Jahren nach ihrer Unabhängigkeit verfolgte die Ukraine — ähnlich wie Russland — einen stark auf die USA ausgerichtete außenpolitischen Kurs. Unter Kutschma vollzog die Ukraine eine stärkere Orientierung nach Europa. In diesem Zusammenhang stellt sich für die Ukraine inzwischen das Problem der Neutralität. In ihrer Unabhängigkeitsdeklaration bekannte sich die Ukraine am 16. Juli 1990 zur Neutralität. Doch wenn sich das Land in die westlichen Strukturen integrieren will, bekommt Kiew mit den Grundsätzen der Blockfreiheit Schwierigkeiten. Bereits im außenpolitischen Konzept „Hauptrichtungen der Außenpolitik der Ukraine vom Juli1993 wurde die Notwendigkeit einer Anpassung des Blockfreienstatus des Landes festgehalten[362]. Die Integration der Ukraine in die EU gilt als strategisches Ziel der Außenpolitik des Landes. Über Parteigrenzen hinweg teilen die ukrainischen Eliten mehrheitlich dieses Ziel. „Europa“ findet sich in den Parteiprogrammen und Wahlaussagen zwischen 1998 und 2002 von der gemäßigten Linken über die Parteien der Mitte bis zur gemäßigten Rechten. Gemeint sind dabei oft „nicht nur die EU-Mitgliedschaft als Fernziel und die damit angestrebte Anhebung des Lebensstandards auf europäisches Niveau“, sondern es werden nicht selten die gemeinsamen Werte hervorgehoben und die „Zugehörigkeit der ukrainischen Kultur zur europäischen Zivilisation“[363]. Als erster GUS-Staat unterzeichnete die Ukraine am 16. Juni 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU, das am 1. März 1998 in Kraft trat.[364]Diese Vereinbarung steckt ein breites Feld für die Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Handel, Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Umwelt und Kultur ab. Um die Durchführung des Abkommens zu überwachen, wurde aus den Mitgliedern des Rats der Europäischen Union, der EU-Kommission und den Mitgliedern der ukrainischen Regierung ein Kooperationsrat gebildet, der mindestens einmal jährlich auf Ministerebene tagt. Ferner wurde aus Abgeordneten des Europäischen und des ukrainischen Parlaments ein Parlamentarischer Kooperationsausschuss geschaffen, er in regelmäßigen Abständen tagt, die er selbst festlegt.

Am 11. Juni 1998 bestätigte der ukrainische Präsident Kutschma durch ein Dekret die Strategie der Integration der Ukraine in die EU[365] und am 14. September 2000 das Programm für diese Integration. In jährlichen Plänen sollen der Staat, die Volkswirtschaft und die Bevölkerung auf die Integration der Ukraine in die EU vorbereitet werden. Einen ersten derartigen Plan verabschiedete die ukrainische Regierung am 14. April 2001.

[362] Alexandrova 2001: 251.
[363] Lüdemann 2002: 1042 f.
[364] Deutsche Übersetzung in: Ponomarenko 1999; 18-42.
[365] Text in englischer Übersetzung in: Ponomarenko 1999; 13-17.

Am 30. August 2000 war bereits beim Präsidenten ein Nationaler Rat für die Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung an die europäische Gesetzgebung gebildet worden. Im August 2001 wurde zum Bevollmächtigten der Ukraine für Fragen der europäischen Integration der damalige Vizepremier Wassyl Rohowyj ernannt. Am 11. Dezember 1999 verabschiedete die EU — analog zur gemeinsamen Russland- Strategie der EU — eine Gemeinsame Ukraine-Strategie. Infolge des EU- Ukraine- Gipfels am 15. September 2000 intensivierte sich der politische Dialog zwischen der Ukraine und der EU sowie die praktische Zusammenarbeit auf den Gebieten Handel, Wirtschaft, Außenpolitik, Sicherheit, Justiz und Inneres. Begrüßt wurde in Kiew die Resolution des Europäischen Parlaments vom 15. März 2001, in der keine Gründe genannt wurden, die einen zukünftigen EU- Beitritt der Ukraine ausschließen. Am 27. Dezember 2001 stellte die Europäische Kommission ihr Strategiepapier für die Gestaltung ihrer Beziehungen zur Ukraine für die Jahre 2002 bis 2006 vor. Darin ist die Unterstützung bei der institutionellen, administrativen und Rechtsreform, bei der Reform des Privatsektors und der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der Abfederung der sozialen Folgen der Transformation vorgesehen.

Ende August 2002 schuf Kutschma den „Staatlichen Rat für europäische und euroatlantische Integration", der direkt vom Präsidenten geleitet wird. Er soll die Tätigkeit der Staatsorgane bei der Integration der Ukraine in den europäischen Wirtschafts-, Sicherheits- und Rechtraum verbessern. Ihm gehören de Parlamentspräsident, der Premierminister, ein Vizepremier, der Außen- und der Verteidigungsminister an. Kutschma strebt für die Ukraine die assoziierte EU Mitgliedschaft bis zum Jahr 2007 an. Nach seinen Vorstellungen möchte er mit der EU in den Jahren 2003 oder 2004 ein Abkommen über das Assoziierungsziel unterzeichnen und Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone führen. In den Jahren 2004 bis 2007 will die Ukraine alle für die Unterzeichnung der assoziierten Mitgliedschaft notwendigen Verfahren abschließen. Anschließend soll die Ukraine bis 2007 mit der EU eine Zollunion bilden und in den Jahren 2007 bis 2011 die Bedingungen erfüllen, die für einen Beitritt zur EU notwendig sind.[366] Bei seinem Besuch in Kiew Anfang Februar 2003 ließ der Hohe Vertreter der EU für Außenpolitik, Javier Solana, keinen Zweifel daran, was er von der Ukraine auf ihrem Weg in Richtung FU erwarte: Sicherung der Pressefreiheit, Verbesserung der Beziehungen zwischen der Regierung und der Opposition und Reform des Justizwesen.[367]

[366] Korespondent, 30.8.2002.
[367] Deutsch- Ukrainische Rundschau, 2003, Heft 1, S.6.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, schloss in einem Gespräch mit dem ukrainischen Premier Janukowitsch am 17. März 2003 in Brüssel die EU-Mitgliedschaft des Landes langfristig nicht aus.[368]Die Ukraine ist nach der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 Teil der neuen Nachbarschaftspolitik der Gemeinschaft, die in einem bilateralen Arbeitsprogramm umgesetzt wird. Der ehemalige ukrainische Botschafter in Deutschland, Anatolij Ponomarenko, betonte, dass die Dominanz der europäischen Idee in der heutigen außenpolitischen Doktrin der Ukraine nicht bedeutet, „dass wir Russland den Rücken kehren", denn die Ukraine war schon immer durch die „Schwerkraft eines Großnachbarn beeinflusst". Das Ziel der Ukraine liegt darin, „in Europa zu sein, aber nicht gegen Russland"[369]. Am 13. Dezember 2004 vereinbarten die EU und die Ukraine einen 29seitigen Aktionsplan, der 14 Aufgabenstellungen von der Stärkung der Stabilität und Effektivität der demokratischen und rechtlichen Institutionen über Respektierung der Medien- und Meinungsfreiheit, Zusammenarbeit in Abrüstungsfragen und nachbarschaftlicher Sicherheitspolitik. Beitritt zur WTO, Bekämpfung der Korruption, Steuerreform und Verbesserung des Investitionsklimas bis hin zu Visafragen reicht. Die Angebote der EU werden in dem Maße ausgeweitet, wie die Ukraine Fortschritte bei der Erfüllung der Vereinbarungen machen. In einem Interview mit russischen Journalisten erklärte der designierte neue Präsident Juschtschenko am 22. Dezember 2004, dass bisher die Beziehungen zu Russland in der Ukraine von einer Clan- Brigade gestaltet worden seinen, was Russland entgegengekommen sei. Das habe die Beziehungen der Ukraine zu Russland verzerrt. Russland sei laut Juschtschenko für die Ukraine immer ein strategischer Partner gewesen und werde es auch in Zukunft sein.

c) NATO

Weniger populär als das Streben der Ukraine nach einer EU- Mitgliedschaft ist der Versuch des Landes, der NATO beizutreten. Dessen ungeachtet unterzeichnete die Ukraine — ebenfalls als erstes GUS-Land - am 8. Februar 1994 das Rahmendokument der „Partnerschaft für den Frieden" (PfF). Im September 1995 folgte ein individuelles Partnerschaftsprogramm, und im gleichen Jahr sandte Kiew seinen ersten Verbindungsoffizier zur Partnerschafts-Koordinationszelle der NATO nach Mons in Belgien.

Die gemeinsamen Aktivitäten der Ukraine mit der NATO übertrafen die Russlands: So nahm die Ukraine von 1994 bis 2000 an über 80 Truppenübungen im Rahmen von PfF teil. Das größte

[368] Eastern Economist Daily Nr. 2078 vom 19.3.2003.
[369] Ponomarenko 1999: 11f.

Manöver der NATO in einer ehemaligen Sowjetrepublik fand 2000 in der Ukraine statt[370]. Die Ukraine ist Mitglied des Euro-atlantischen Partnerschaftsrats (EAPC), der das politische Dach der PfF darstellt. Am 9. Juni 1997 unterzeichneten auf dem NATO-Gipfel in Madrid, auf dem auch die erste Runde der NATO- Erweiterung entschieden wurde, die NATO und die Ukraine die „Charta über eine besondere Partnerschaft". Sie legt die Grundsätze für die Entwicklung der Beziehungen sowie Bereiche für Konsultationen und Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine fest. Das Dokument ist politisch weniger bedeutend als die „Gründungsakte über gegenseitige Beziehungen, Kooperation und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation" vom 27. Mai 1997. Es enthält weder Sicherheitsgarantien noch eröffnet es eine Beitrittsperspektive. Für den Fall einer Bedrohung des Landes enthält das Dokument nur einen Hinweis auf auszuarbeitende Konsultationsmechanismen[371]. Doch während sich in der Grundakte die NATO und Russland lediglich nicht mehr als Gegner betrachten, wird in der Charta die positive Rolle der NATO bei der Förderung von Frieden und Stabilität in Europa sowie bei ihrer Öffnung in Richtung Osten Europas hervorgehoben[372]. 1997 eröffnete die NATO in Kiew ein Informations- und Dokumentationszentrum. Im März 2000 tagte der Nordatlantikrat erstmals in einer ehemaligen Sowjetrepublik, in Kiew. Ende Januar 2001 bestätigte Kutschma in Fortsetzung des ersten Programms von 1998-2000 das neue „Staatliche Programm der Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO für 2001 -2004". Es sieht eine Stärkung der Zusammenarbeit mit der NATO in den Bereichen Militärreform, Rüstungstechnik, Planung für zivile Krisensituationen und Vorbereitung auf Naturkatastrophen, Wissenschaft und Technologie, Rüstungswirtschaft und Konversion, Standardisierung und Kompatibilität von Waffensystemen sowie Nutzung des Luftraums vor[373]. Die laufende Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO umfasst außer der von PfF vorgesehenen u.a. Peacekeeping an den von der NATO geführten Friedensoperationen auf dem Balkan (SFOR in Bosnien-Herzegowina und KFOR im Kosovo), Militärreform, „Planning and Review Process" zur Verbesserung der Interoperabilität der Ukraine mit der NATO im Hinblick auf gemeinsame Operationen), Rüstungstechnik, Beseitigung der Folgen von zivilen Notsituationen, Wirtschaft (u.a. ökonomische Sicherheit), Wissenschaft, Information, Raumfahrttechnik, Standardisierung und Meteorologie, Luftverkehr sowie Parlamentszusammenarbeit[374].

[370] Malek 2002: 32.
[371] Ebd., S.33.
[372] Alexandrova 2001: 261.
[373] Malek 2002: 33.
[374] Ebd.

Kiew strebt bezüglich der NATO vereist den Status eines Aspiranten an. Der Rat der nationalen Sicherheit und Verteidigung billigte im Herbst 2002 — im Mai 2002 war der „NATO-Russland-Rat“ gebildet worden - ein Programm, das die Ukraine in die NATO führen soll[375].Im Parlament bildete sich im September 2002 die fraktionsübergreifende Vereinigung „Ukraine- NATO“ mit 33 Abgeordneten, die vom Ständigen Vertreter des Präsidenten in der Werchowna Rada, Oleh Sarubinskyj, geleitet wird. Am 12. April 2004 räumte das Parlament der NATO das Recht auf schnellen Zugang zum Territorium der Ukraine ein, wenn dieser zur Erfüllung der gemeinsamen Politik der Allianz nötig sei. Eine Analyse der Streitkräftezusammenarbeit zeigt zudem, dass die Militärbeziehungen zur NATO kontinuierlicher und intensiver sind als zur GUS, woraus die grundlegende Westausrichtung der ukrainischen Außenpolitik abgelesen werden kann[376]. Der ukrainische Premier Wiktor Janukowitsch formulierte es so: „Die Ukraine hat ihre Wahl getroffen. Wir wollen Mitglied in der Europäischen Union (EU) und in der NATO werden.“

Am 15. Juni 2004 trat die neue Militärdoktrin der Ukraine in Kraft. Darin wird als Ziel die Mitgliedschaft des Landes in der EU und in der NATO formuliert.[377] Weil die EU und auch die NATO keinen Zeitpunkt für einen Beitritt des Landes zu ihren Strukturen nennen konnten, strich Kutschma einen Monat später am 15. Juli 2004 durch einen Erlass aus der ukrainischen Militärdoktrin die Bestimmung über den Beitritt des Landes zur NATO und zur EU und formulierte statt dessen als Ziel der ukrainischen Politik die euro-atlantische Integration. Dazu wählte Kutschma als Zeitpunkt für die Veröffentlichung des Dekrets den Tag vor dem routinenmäßigen Ukraine- Russland-Gipfel mit Putin. Laut Wassyl Basiw, Steilvertretender Leiter der ukrainischen Präsidialadministration, war Kutschma darüber verärgert, dass die Parlamentarische Versammlung der NATO-Staaten auf ihrer Konferenz am 1. Juni 2004 in Bratislava von Kutschma den Verzicht auf eine dritte Kandidatur forderte. Zudem erfüllte der NATO-Gipfel in Istanbul am 28/30. Juni 2004 nicht die Erwartungen der Ukraine, als Kandidatenland bezeichnet zu werden. Ebenfalls war Kutschma über den Verlauf des EU-Ukraine- Gipfels in Den Haag am 8. Juli 2004 enttäuscht, weil auf ihm deutliche Kritik an den wenig demokratischen Zuständen in der Ukraine geübt worden war. Der Stellvertretende ukrainische Außenminister Oleh Schamschur versuchte zu beschwichtigen, indem er am 27. Juli 2004 betonte, dass die Streichung der EU- und NATO-Passage nicht bedeute, dass die Ukraine eine Integration in diese Strukturen ablehne.

[375] Ebd. S.34.
[376] von Wedel-Parlow 2004.
[377] Ukrinform, 2.4.2003.

Kutschma erklärte Mitte August in einem Zeitungsgespräch, dass die Ukraine ihre langfristigen Pläne nicht geändert habe, doch sie habe sich wohl zu blauäugig die Lösung aller politischen und sozio- ökonomischen Probleme von der engen Zusammenarbeit mit der EU und der NATO versprochen.

VIII. Die Wahl von Viktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine 2010

a) Das amtliche Wahlergebnis

Fünf Jahre nach der Orangenen Revolution wählte die Bevölkerung der Ukraine mit knapper Mehrheit Viktor Janukowitsch zum neuen Präsidenten - also den Mann, den der autoritäre Präsident Kutschma im Jahre 2004 zu seinem Nachfolger „bestimmt" hatte, und dessen gefälschter Wahlsieg vom Obersten Gericht unter dem Druck des empörten Wahlvolkes annulliert worden war.[378]

In der Stichwahl am 7.Februar 2010 verfehlte er mit 49% der Stimmen die absolute Mehrheit;[379] seine Kontrahentin Julia Timoschenko, die Ikone der Orangenen Revolution, unterlag ihm mit 45,5 %. Janukowitsch erhielt rund 12,5 Millionen Stimmen, Julia Timoschenko 11,6 Millionen; der Abstand zwischen den beiden beträgt weniger als 900 000 Stimmen – gleich 3,5 %.

Gegen beide[380] Kandidaten stimmten 1,1 Million, das sind mehr als 4% der Wähler.[381] Trotz der verbreiteten politischen Apathie[382] nach 5 Jahren „Orangener Demokratie" – und ungeachtet der verschneiten und vereisten Wege und Temperaturen von minus 10 bis 15 Grad Celsius an beiden

---

378 Yesterday's vote was an impressive display of democratic election - sagte João Soares, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Sonder-Koordinator der kurzfristigen Beobachter-Mission der PV der OSZE auf der Pressekonferenz der IEOM am 08.02.2010.

379Am 03.12.2004 erklärte das Oberste Gericht die Stichwahl vom 21.11.2004 für ungültig und ordnete deren Wiederholung am 26.12.2004 an. Die 'dritte Runde' gewann der 'orangene' Präsidentschaftskandidat Viktor Juschtschenko. Janukowitsch bestreitet die Fälschung der (ersten) Stichwahl vom 21. November 2004; der Wahlsieg sei ihm damals 'gestohlen' worden, wie er wiederholt betonte. Der damalige Präsident der Zentralen Wahlkommission, Serhij Kivalov, Mitglied der Fraktion der Partei der Regionen, der Janukowitsch damals zum Sieger erklärt hatte, bestreitet den Vorwurf, das Ergebnis gefälscht zu haben.

380 Im Jahre 2004 erhielt Janukowitsch in der „dritten Runde" 44 %.

381 Das ukrainische Wahlrecht sieht eine solche Möglichkeit vor.

382 Die im Text angeführten Wahlergebnisse sind gerundet. Die von der Zentralen Wahlkommission bekannt gegebenen Zahlen lauten wie folgt: Stichwahl am 07.01.2010: Viktor Janukowitsch: 48,95 %, Julija Timoschenko: 45,47 %; Differenz: 3,48 %. „gegen beide" Kandidaten: 4,36 %. Ungültig waren 1,19 % der abgegebenen Stimmen. Erster Wahlgang am 17.01.2010: Viktor Janukowitsch: 35,32 %; Julija Timoschenko: 25,05; Serhij Tihipko: 13,05 %; Arsenij Jacenjuk: 6,96 %; Viktor Juschtschenko: 5,45 %; Petro Simonenko: 3,55 %; Lytvyn: 2,35 %. http://www. cvk.gov. ua/vp2010/wp0011.html.

Wahltagen – gingen über 2/3 der 37 Millionen Wahlberechtigten zu den Urnen: Die Wahlbeteiligung betrug im ersten Wahlgang 67 %, in der Stichwahl 69 %.[383]

b) Internationale Wahlbeobachtung: Eindrucksvolle Demonstration einer demokratischen Wahl?[384]

Die zweite Runde der Präsidentschaftswahl in der Ukraine bestätigte die Einschätzung der ersten Runde, dass die meisten Verpflichtungen (der Ukraine gegenüber) der OSZE und dem Europa-Rat erfüllt wurden, heißt es in der Erklärung der Internationalen Wahlbeobachter- Mission (IOEM).[385] Auch in den Augen der Wahlbeobachter- Mission der Interparlamentarischen Versammlung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (MN / MPA- SNG) „entsprach die Wahl vom 7. Februar 2010 im Großen und Ganzen demokratischen Normen", wie der Leiter der Mission, Aleksandr Torin, auf einer Pressekonferenz am 8. Februar in Kiev sagte.[386] Die Stichwahl am 7. Februar – wie bereits der erste Wahlgang am 17. Januar – verlief im ganzen Land in „ruhiger Atmosphäre", wie die IEOM feststellte, obwohl beide Seiten zwischen der ersten und zweiten Runde durch die gegenseitige Bezichtigung, Fälschungen in großem Maßstab vorzubereiten, den Wahlkampf angeheizt hatten.[387]

Es waren nur Wortgefechte, wie die internationalen Beobachter meinen: Die „Stimmabgabe und Stimmenauszählung war professionell, transparent und ehrlich", heißt es in der Pressemitteilung der IOEM.[388] Und in ihrem vorläufigen Bericht konstatiert sie: „Trotz der ansteigenden

---

383 Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung (48 %) glaubte nach einer Umfrage von FOM- Ukraine vom 17. bis 22. Dezember 2009, dass die Präsidentschaftswahlen einen Einfluss auf ihr Leben haben würden. http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrainjeo/du091229/printableMAbs1.

384 Im „Revolutionsjahr" 2004 waren es 75 Prozent.

385 Yesterday's vote was an impressive display of democratic election - sagte Joäo Soares, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Sonder-Koordinator der kurzfristigen Beobachter-Mission der PV der OSZE auf der Pressekonferenz der IEOM am 08.02.2010

386 International Election Observation Mission (Europäisches Parlament, Pawel Kowal, Polen; Parlamentarische Versammlung der OSZE, Joäo Soares, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Special Coordinator der 'short term OSCE PA observer Mission'; OSZE / ODIHR (Heidi Tagliavini), Parlamentarische Versammlung des Europa-Rates (Mätyäs Eörsi, Ungarn); Parlamentarische Versammlung der NATO (Assen Agov, Bulgarien). IOEM / Presseerklärung: Ukraine - Presidential Election, 17 January 2010; IOEM / Statement of Preliminary Finding and Conclusions, 18.01.2010. ***http://www. osce. org/documents/odihr/2010/02/426797en.pdf.***

387 ***http:/www.korrespondent.net/Ukraine/poiitics/1039250.*** Die Mission bestand aus 84 Beobachtern aus acht GUS-Ländern. Rund 30 russische Parlamentarier beobachteten die Stichwahl im Rahmen der Parlamentarischen Versammlungen verschiedener internationaler Organsiationen (OSZE, GUS, BSEC / PABSEC (Black Sea Economic Cooperation) und als direkte Repräsentanten der Gosudarstvennaja Duma und des Föderationsrates der Russländischen Föderation. Tor?in ist der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Föderationsrates der Russländischen Föderation.

388 Die IEOM monierte, dass „unsubstanziierte" gegenseitige Vorwürfe die Atmosphäre angespannt hätten. IEOM: Statement of Preliminary Finding and Conclusions, 18.01.2010.

politischen Spannung arbeitete die Zentrale Wahlkommission weiter… in einer überwiegend unparteilichen Weise.[389]

Die Mitglieder der Wahlkommissionen (auf den nachgeordneten Ebenen) managten den (Wahl-) Prozess…ohne ernsthafte Verstöße oder Vorkommnisse.“[390] Es waren „gute Wahlen“, erklärte Joao Soares, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Sonder-Koordinator der kurzfristigen Beobachter- Mission der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, in der Pressekonferenz der IEOM am Tage nach der Wahl.

Die Folgerungen der internationalen Beobachter betreffen die Stimmabgabe am Wahltag; was weiter geschah, lag außerhalb ihres Gesichtsfeldes. „Sie wissen nicht, dass bei uns bis heute die stalinistische Regel gilt: Es ist nicht wichtig, wie sie gewählt haben; die Hauptsache ist, wie gezählt wird,“ spottete Walentina Samar in der Wochenzeitung „Zerkalo Nedeli“.[391]

Die Sitzungen der Kreiskommissionen nach der Wahl hätten sie nicht besucht. Auf der Krim, wo Janukowitsch 4/5 der Stimmen erhielt, hätten sie die Praktiken studieren können, mit denen Wahlen in der Ukraine gefälscht werden können.[392]

Der Unterschied zwischen dem Ergebnis von Janukowitsch und Timoschenko beträgt nach den offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission weniger als eine Million Stimmen.[393] In der Ukraine zweifelt niemand daran, dass es möglich ist, bei einer Gesamtzahl von 25 Millionen Stimmen eine Million zu fälschen. Ob sich die „konsolidierten“ großen und kleinen Betrügereien der „Wahlhelfer“ der beiden Präsidentschaftskandidaten auf ein Resultat zugunsten von Julija Timoschenko summieren, wollte weder die Zentrale Wahlkommission noch das Oberste Verwaltungsgericht ernsthaft ermitteln.

---

[389]Pressemitteilung der IEOM: „Run-off confirms that Ukraines presidential election meets most international commitments, Kyiv, 8 February 2010, ausgehändigt nach der Pressekonferenz am Tag nach der Stichwahl.

[390] Anders als vor der Wahl „beobachtet“, brach nach der Wahl in der ZWK ein offener Konflikt zwischen den Vertretern des Kandidaten Janukowitsch und der Kandidatin Julija Tymoschenko aus.

[391] IEOM, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, S. 3 bzw. S. 5.

[392] Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 5 (785), 13.02.2010, S. 3. Diese „autoritative“ Wochenzeitung erscheint in ukrainischer und in russischer Sprache (Zerkalo Nedeli); hier wird durchgehend die russische Ausgabe zitiert.

[393] Dort wurden noch in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar Stimmen „gezählt“. Zu den gängigen Methoden gehören die Eintragung von Wählern am Tag der Wahl in die Wahllisten; Stimmabgabe 'zu Hause' ohne ärztliches Attest; kollektiver Transport zu den Wahllokalen und Bezahlung der „Unkosten“, etc. Im Osten und Süden des Landes, insbesondere in ihren Hochburgen Donbass und Krim „regiert“ die Partei der Regionen auf der kommunalen Ebene; sie „organisierte“ die Wahlen.

Die Ergebnisse der sechs unabhängigen Nachwahlbefragungen vom 7. Februar lagen alle dicht am amtlichen Ergebnis der Zentralen Wahlkommission;[394] der durchschnittliche Vorsprung des Wahlsiegers Janukowitsch betrug gerundet 4 %, der kleinste 3 und der größte 5 %. In „alten Demokratien" sind solch knappe Wahlergebnisse „normal"; in einer „jungen Demokratie" sind sie zumindest dubios. Angesichts der von beiden Seiten dem Gegner unterstellten „großmaßstäbigen" Fälschungsabsichten war bei einem Abstand von 3,5 % zwischen den Stimmenanteilen des Gewinners und des Verlierers eine prompte Anerkennung einer Wahlniederlage durch keinen der beiden Kandidaten zu erwarten. Es liegt in der Natur der Sache, dass der „Schwellenwert" für die Anerkennung eines Wahlergebnisses „als nicht entscheidend von Fälschungen beeinflusst" vom Grad der demokratischen Reife eines Landes abhängt. Der kommissarisch amtierende Minister des Innern, Jurij Luzenko, meinte in einem Interview mit der Wochenzeitung „Zerkalo Nedeli", ein Wahlergebnis mit einem Abstand von 3 bis 5 % würde „von der Gesellschaft" (der Ukraine) akzeptiert werden.[395]

Janukowitsch selbst sagte in einer Fernseh-Sendung vor der Stichwahl, ein Vorsprung von 15 % sei die Garantie dafür, dass Fälschungen nicht wahlentscheidend gewesen seien; er forderte seine Anhänger auf, in der Stichwahl zumindest den Vorsprung von 10 %, den er im ersten Wahlgang vor Julija Timoschenko erzielt hatte, zu halten.[396] Die internationalen Wahlbeobachter aus Ost und West haben bereitwillig das Ergebnis der offiziellen Stimmenauszählung anerkannt, die einen, weil ihnen der Sieger genehm war, die anderen, weil sie die ukrainische Demokratie „konsolidiert" sehen wollten, damit endlich Ruhe in der Nachbarschaft zu Russland eintritt.[397] Nicht expressis verbis, doch indirekt legten sie Julija Timoschenko nahe, ihre Niederlage anzuerkennen.[398]

---

[394] Die genaue Zahl ist 887 914 Stimmen; Anzahl der Wahllokale: 33 668

[395] Ekzit-pol R Ekzit-pol INTER / FOM / USS. Janukowitsch: Durchschnitt 6 Exit-Polls: 49,25; ZWK: 48,95. Timoschenko: Durchschnitt 6 Exit-Polls: 45,08; ZWK: 45,47.Der durchschnittliche Vorsprung von Janukowitsch vor Julija Timoschenko betrug 4,17 %, der kleinste 2,8 %, der größte 5,1 %; ZWK: 3,48 %. Ukrainskaja Prawda (russ. Version); 07.02.2010; ***http://www.pravda.com.Ua/articles/2010/02/7/47294831.***

[396] Sergej Rachmanin: „Jurij Luzenko: Ruhige Wahlen werden mein Sieg sein, unabhängig davon, wer gewinnt", in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 4 (784), 05. - 12.02.2010. ***http://www.zn.ua/1000/1550/68446/***

[397] Donbass Television und Radio Gesellschaft, Doneck, 02.02.2010. Interfax- Ukraine, Kiew, 03.02.2010. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 02.02.2010: Janukowitsch: ein Vorsprung unter 10 % darf nicht zugelassen werden.

[398] Es ist kaum anzunehmen, dass die erfahrenen internationalen Wahlbeobachter die Fälschung von 1 Million Stimmen 4 % von insgesamt 25 Millionen abgegebenen) nicht für möglich gehalten haben; aber es ist zu hoffen, dass sie nicht glaubten, an dem Wahlfälscher von 2004 etwas gut machen zu müssen.

Von Joao Soares wurde Julija Timoschenko ermahnt: „Es gehört zu freien Wahlen, dass der Verlierer die Niederlage anerkennt.“[399]

Einheimische Kenner der Praktiken, die in Wahlen in der Ukraine angewendet werden, nahmen die Einschätzung der internationalen Beobachter mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sind der Ukraine müde. Noch bevor das Wahlergebnis von der Zentralen Wahlkommission - am 14. Februar - offiziell verkündet worden war, haben die Europäische Union (der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy, der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, der Präsident des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek), die europäischen Staats- und Regierungschefs (u. a. Bundespräsident Köhler, Bundeskanzlerin Merkel, Präsident Sarkozy, Prime Minister Brown), der amerikanische Präsident Barack Obama und der Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen) dem „president- elect“ Janukowitsch zu seinem Wahlsieg gratuliert. Der russische Präsident Medvedev gratulierte erst,[400] nach dem Janukowitsch von der Zentralen Wahlkommission zum Sieger der Präsidentschaftswahl erklärt worden war. Und der scheidende Präsident Juschtschenko wartete mit seiner Gratulation zu der „legitimen“ Wahl seines Kontrahenten aus dem Jahre 2004 bis zum Rückzug der Klage Julija Timoschenkos vor dem Obersten Verwaltungsgericht am 20. Februar 2010.

c) Anfechtung der Wahl vor Gericht - ohne Druck von der Straße

„Verteidigung des Sieges“ vor der Wahl

Janukowitsch war fest entschlossen, „dieses Mal“ Präsident zu werden - sicherlich vorzugsweise durch ehrliche Wahl; doch aus seiner Wahlkampf- Rhetorik konnte man schließen, dass Janukowitsch die Macht „ergreifen“ würde, wenn sie ihm nicht als Ergebnis der Wahl zufiele.

---

399 Pawel Kowall, der Leiter der Beobachterdelegation des Europäischen Parlaments (und Kovorsitzender des parlamentarischen EU- Ukraine Kooperationskomitees) sagte auf der Pressekonferenz der IEOM am Tage nach der Wahl: „If she is seriously thinking about her political future she will not question the result“. Interfax- Ukraine, Kiew, 08.02.2010.

400 Zitiert nach Schuller, FAZ. „Der Verlierer hat dem Gewinner die Hand zu reichen“, sagte Assen Agow, der Leiter der Beobachtermission der Parlamentarischen Versammlung der NATO. Die Beachtung demokratischer Gepflogenheiten lässt sich nicht in einem Land erwarten, in welchem Wahlen nicht so sehr ein ehrlicher Wettstreit zwischen politischen Konzepten sind, sondern viel mehr ein 'Kampf um die Ressourcen des Landes, es also um mehr geht, als um eine Legislaturperiode „an der Regierung“ oder „in der Opposition“. Wo der ganze Staat die „Beute“ ist, haben die Politiker gute Gründe, sich zu misstrauen; Regeln werden in diesem Machtkampf nur so weit eingehalten, wie die Kontrolle des Gegners reicht.

Während Julija Timoschenko vor der Stichwahl weiter leidenschaftlich um Wähler warb, schloss Janukowitsch eine Wahlniederlage kategorisch aus. Sollte das Ergebnis am 7. Februar anders ausfallen, so konnte dies nur die Folge von massiven Wahlfälschungen sein.

Diese Sicht wurde dem Wahlvolk durch die täglich wiederholte Behauptung aufgedrängt, Julija Timoschenko plane die Fälschung der Wahl in großem Maßstab. Doch damit dieser Fall gar nicht erst eintrete, „werden wir niemandem erlauben, die Wahlen zu fälschen oder zu stören", wie er wieder und wieder verkündete. Seine „Partei der Regionen" treffe Vorsorge gegen Fälschungsversuche seitens des „Blocks Julija Timoschenko", sagte Janukowitsch, und rief seine Wähler dazu auf, die Wahllokale gegen Störungen zu „schützen", die Julia Timoschenkos Kommando im Osten und Süden plane. Dem wurde von ihrer Seite entgegengehalten, dass es Janukowitsch nicht darum ginge, die Wahllokale in seinen Hochburgen zu schützen, sondern seine eigenen Fälschungsversuche zu decken.

Im Donbass hat sich die Partei der Regionen der Ukraine als eine alles beherrschende „regionale Partei der Macht" (Wilfried Jilge)[401] etabliert, die sehr wohl in der Lage ist, das Abstimmungsverhalten der Bürger zu „kontrollieren".

Als Vorbeugung gegen einen „zweiten Maidan" - und auch für den Fall, dass „sein Wahlsieg" von Julija Timoschenko vor Gericht angefochten werden sollte - hielt Janukowitsch Tausende sportlicher junger „Kumpel" aus dem Donbass-Revier zur „Verteidigung seines Wahlsiegs" - in blauen Umhängen sichtbar in Kiew und „in Zivil" in Erholungsheimen um Kiew - in Bereitschaft:[402] Dieses Mal sollte der „orangene Mob" ihrem Führer Janukowitsch den Wahlsieg nicht wieder entreißen können.

Um Zusammenstößen vorzubeugen, verbot das Kiewer Verwaltungsgericht der Partei „Vaterland" und dem Verband „Union der Jugend der Regionen der Ukraine" vom 1. Februar bis zum 1. März 2010 auf dem „Maidan" - wegen dessen symbolischer Bedeutung als „Schauplatz" der Orangenen Revolution - Massen- Veranstaltungen abzuhalten.[403]

---

401 Der russische Präsident Medvedev kam nicht zur feierlichen Inauguration seines ukrainischen Kollegen nach Kiew.

402 Wilfried Jilge: Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen, in: Ukraine- Analysen, Nr. 70, 16.03.2010, S. 2 - 9. Jilge zitiert Kerstin Zimmer, die die PR im Donbass als eine Art „Zwangsverband" für regionale Akteure (Unternehmer, Beamte der regionalen Verwaltung, Belegschaften von Betrieben) bezeichnete.

403In einem Interview mit Sergej Rachmanin sagte der Stellvertretende Innenminister Luzenko, die Partei der Regionen habe 2000 professionelle Mitarbeiter von Objekt- und Personen-Schutzgesellschaften angeworben für 50 USD pro Tag. Sergej Rachmanin: „Jurij Luzenko: Ruhige Wahlen werden mein Sieg sein, unabhängig davon, wer gewinnt", in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 4 (784), 05. - 12.02.2010. ***http://www.zn.ua/1000/1550/68446/.*** Julija Tymoschenko erklärte in einem Fernseh-Interview im „Fünften Kanal", in den (ex-sowjetischen)

Das gegenseitige Misstrauen zwischen den Lagern der beiden Präsidentschaftskandidaten saß tief. Die Auseinandersetzungen weiteten sich vor dem zweiten Wahlgang zu einem Kampf um die Kontrolle der Institutionen aus, die im Wahl-Prozess eine entscheidende Rolle spielen. Das Gebäude der staatlichen Druckerei „Ukrajina", welche die offiziellen Wahlzettel druckte, musste unter den Schutz der Truppen des Innenministeriums gestellt werden.[404] Den Platz „Lesja Ukrajinka" vor dem Gebäude der Zentralen Wahl-Kommission verwandelte die Partei der Regionen in ein Feldlager von blauen Zelten, auf dem mehrere Tausend Anhänger des Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch bereits vor der Wahl dessen Wahlsieg „verteidigten".[405]

Um sicher zu stellen, dass die zuständigen Gerichte dieses Mal „richtig" entscheiden, versuchten Parteigänger des Kandidaten Janukowitsch insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die für Wahlanfechtungen zuständig ist, unter ihre Kontrolle zu bekommen.[406]

Drei Mitglieder der parlamentarischen Fraktion der Partei der Regionen „besetzten" am 27. Januar das Gebäude des Kiewer Verwaltungsberufungsgerichts; dessen Vorsitzender Richter, Anatoly Denisov, galt ihnen als Timoschenko- Sympathisant. Julija Timoschenko beschuldigte die Generalstaatsanwaltschaft (Generalna prokuratura Ukrainy), die seit einem Jahr unter Kontrolle der Partei der Regionen stünde, [407]Richter wegen ihrer Entscheidungen mit Entlassung zu bedrohen. Gegen fünf Richter des Kiewer Verwaltungsberufungsgericht wurden von der Generalstaatsanwaltschaft und dem „Höchsten Justiz-Rat" Verfahren eröffnet.[408]

Erholungsheimen am Stadtrand von Kiew würden Schläger zur Eroberung der Macht in Bereitschaft gehalten. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), Timoschenko hat am Stadtrand von Kiew Schläger gesehen, 31.01.2010.

404 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 02.02.2010. Interfax- Ukraine, 02.02.2010.

405 Druck, Lagerung und Versand der Wahlzettel wurden auf Anordnung des Präsidenten Juschtschenko unter die Aufsicht des (geheimen) „Sicherheitsdienstes der Ukraine" (Sluschba Bezpeky Ukrajiny) gestellt. Mit der Begründung, der Wahlkampfstab Timoschenkos plane den Druck von 1,5 Millionen Wahlzettel zu Fälschungszwecken, hatten „unbekannte" Anhänger des Kandidaten Janukowitsch - unterstützt von Mitgliedern der Fraktion der Partei der Regionen - versucht, das Gebäude zu besetzen; zuvor soll der zuständige (stellvertretende) Finanzminister den langjährigen Direktor der Firma abgesetzt haben. Umstände und Tathergang wurden durch widersprüchliche Behauptungen verdunkelt.

406 Am Tage der Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses, am 14.02.2010, blockierte ein Dutzend Mitglieder der Fraktion der Partei der Regionen den Haupteingang des Gebäudes; Journalisten konnten das Gebäude weder betreten noch verlassen. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 14.02.2010, unter Hinweis auf „Ukrainskie Novosti".

407 Das Oberste Verwaltungsgericht ist für Entscheidungen der Zentralen Wahlkommission zuständig; das Kiewer Kreisverwaltungsgericht und das Verwaltungsberufungsgericht für Anfechtungen von Entscheidungen der Wahlkommissionen auf unteren Ebenen.

408 Der kommissarisch amtierende Minister des Inneren, Jurij Luzenko, behauptete, „seine" Miliz sei von den Organen der Staatsanwaltschaft daran gehindert worden, am Wahltag gegen Verstöße lokaler Wahlkommissionen einzuschreiten. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 12.02.2010, mit Verweis auf eine Pressekonferenz der Agentur „Ukrainskie Novosti" und „Obkom" des gleichen Tages.

Nachdem der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Janukowitsch den Wahlsieg zugesprochen hatte, verlagerten sich die „Verteidiger des Wahlsiegs“ von Janukowitsch vor das Gebäude des Obersten Verwaltungsgerichts in der Moskauer Straße, wo Julija Timoschenkos ihre Klage gegen die Zentrale Wahlkommission eingereicht hatte.

d) Kein „zweiter Maidan“

Noch vor der Stichwahl vermochte die siegesgewisse Partei der Regionen (PR) - opportunistische Mehrheiten für Initiativen im Parlament mobilisieren, die gegen die Präsidentschaftskandidatin Julija Timoschenko gerichtet waren; dabei stimmten Mitglieder 'ihrer' Regierungskoalition aus der Fraktion des abgewählten Präsidenten Juschtschenko (NU-NS) mit der „Opposition“ gegen sie.

Wenige Tage vor der Stichwahl gelang es der PR- Fraktion, Änderungen zum Wahlgesetz durchzubringen, was nicht nur von den „westlichen“, sondern auch von „östlichen“ Wahlbeobachtern moniert wurde.[409] Ferner setzte sie im Parlament die Entlassung des Ministers des Innern („Polizeiminister“), Jurij Luzenko, durch.[410]

Und dennoch: Pessimistische Szenarien, welche eine gewaltsame Entladung der hoch gespannten Atmosphäre prophezeiten, erwiesen sich als unbegründet. Es ist dies das Verdienst der „Revolutionärin“ Julija Timoschenko, die ihre Anhänger nicht auf „die Straße“ rief, um den von Janukowitsch in Bereitschaft gehaltenen „Demonstranten“ zu begegnen.

Eine Woche lang hatte sich Julija Timoschenko nicht in der Öffentlichkeit zu dem von der Zentralen Wahlkommission bekannt gegebenen Ergebnis der Stimmenauszählung geäußert; erst am 13. Februar trat sie - in mehreren Fernseh-Kanälen gleichzeitig - mit einer kurzen Botschaft „vor das Volk“: „Janukowitsch ist nicht unser Präsident“ erklärte sie - und „er wird nie der ehrlich gewählte Präsident der Ukraine sein“. Über eine Million Stimmen seien gefälscht worden - mehr als genug für „unseren gemeinsamen Sieg“. Sie werde das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vor Gericht anfechten.

---

409 Ukrainskaja Prawda, UNIAN, 16.02.2010.

410 Die wichtigste Änderung war die Streichung der Vorschrift eines Quorums für die Beschlussfähigkeit der lokalen Wahlkommissionen. Diese Änderungen hatten allerdings keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung der lokalen Wahlkommissionen, wie die IEOM konstatierte.

„Ich werde mit juristischen Argumenten unseren Staat und unsere Wahl verteidigen“.[411] Ihre Verantwortung vor dem Land gebiete ihr, für die Herstellung von Gerechtigkeit zu kämpfen; nicht vor Gericht zu ziehen würde bedeuten, die Ukraine kampflos der „Kriminalität“ zu überlassen.[412] Sie werde aber nicht zu zivilem Widerstand aufrufen; mehr denn je benötige die Ukraine jetzt Ruhe. Zu diesem weisen Entschluss[413] mag sie wohl die Einsicht gebracht haben, dass in der Bevölkerung keine „vorrevolutionäre Stimmung“ herrschte.

Die Bürger - auch im Westen der Ukraine - sind des Machtkampfs der politischen Klasse überdrüssig und wünschen, dass in der Politik Normalität einkehrt - selbst wenn dies bedeutet, dass ein Präsident Janukowitsch das Heft in der Hand hält, den fast die Hälfte des Wahlvolks dieses Amtes nicht für würdig hält. Zu einem „zweiten Maidan“ hätte auch die begnadete Demagogin Julija Timoschenko „das Volk“ nicht bewegen können.[414]

IX. „Janukowitsch: nicht unser Präsident“ - Absetzgefecht Julia Timoschenkos vor Gericht

411 Premierministerin Julija Timoschenko parierte diesen parlamentarischen Streich mit der Ernennung Luzenkos zum kommissarisch amtierenden Minister des Innern, was wiederum vom Kiewer Kreisverwaltungsgericht für unzulässig erklärt wurde.

412 Auszüge aus der Erklärung zitiert von der Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 13.02.2010: Timoschenko ne priznaet sebja pobeschdennoj. Dabei zog sie die „Qualität“ des ukrainischen Gerichts in Zweifel.

413Damit spielte Julija Timoschenko darauf an, dass die Hintermänner (wie auch einige sichtbare Figuren) der Partei der Regionen von Janukowitsch die Überlebenden der - im Sinne des Wortes – „mörderischen“ Auseinandersetzungen um das industrielle Erbe der untergegangenen Sowjetunion im Osten und Süden der ehemaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) sind.

414 Besonnene Köpfe ihrer Fraktion, wie Mykola Tomenko, hatten ihr zu Anerkennung des offiziellen Wahlergebnisses geraten. M. T. (MP, BJuT) ist der Zweite Stellvertretende Vorsitzende der Verchovna Rada.

Eine Woche nach der Stichwahl, am 14. Februar 2010, erklärte die Zentrale Wahlkommission / ZWK (CVK) Viktor Janukowitsch auf der Grundlage des Protokolls der Ergebnisse des zweiten Wahlgangs zum Sieger der Präsidentschaftswahl.[415] Noch vor der Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission hatte sie erklärt, dass sie das von der ZWK ermittelte Wahlergebnis nicht akzeptieren werde. „Janukowitsch ist nicht unser Präsident", wiederholte sie in einer zweiten „Botschaft an das ukrainische Volk"[416] am 22. Februar.

Bereits in der Wahlnacht (am 7. Februar) hatte die unbeugsame Kämpferin Julija Timoschenko ihren Wahlkampfstab angewiesen, einen juristischen Feldzug vorzubereiten, um „jede ihrer Stimmen zu verteidigen": Der Leiter ihres „Kommandos", der erste Vizepremierminister Oleksandr Turtschinov, erklärte am 10. Februar, es lägen Beweise für Fälschungen zugunsten von Janukowitsch vor, die „das Wahlergebnis wesentlich beeinflusst haben"; erforderte eine erneute Auszählung der Stimmen aus über Tausend Wahllokalen; die entsprechenden Unterlagen seien der Zentralen Wahlkommission übergeben worden.[417] Mychajlo Ochendovsky, der parteiliche Sprecher der Vertreter des Kandidaten Janukowitsch in der ZWK, qualifizierte die Dokumente, die als Beweise eingereicht wurden, als „juristischen Spam".

Andrej Mahera, einer der Stellvertretenden Vorsitzenden der ZWK, erklärte, dass die Stimmabgabe in einigen Wahllokalen bereits für ungültig erklärt worden sei; der Einfluss auf das Gesamtergebnis liege aber im Bereich von Zehntel oder Hundertstel Prozent.[418]

Am 16. Februar reichte Julia Timoschenko vor dem Obersten Verwaltungsgericht der Ukraine / OVGU (VASU) eine Klage gegen die Zentrale Wahlkommission ein; sie verlangte, die

---

[415] Im Jahre 2004 hatte sich nach 10 Jahren Kutschma in der Bevölkerung moralische Empörung über dessen kriminalisiertes Regime angestaut; nach 5 Jahren „orangener Macht" nur Verdruss.

[416] Von den 15 Mitgliedern der ZWK (CVK) haben die 5 Vertreter Julija Timoschenkos das Protokoll nicht unterschrieben. Die Stellvertretende Vorsitzende der Kommission erklärte, die ZWK habe u. a. mit dem Beschluss vom 14. Februar über das Wahlergebnis Gründe für eine gerichtliche Klage geliefert. Der Stellvertretende Vorsitzende der ZWK, Andrej Mahera, kritisierte die Eile, mit der die Kommission das Ergebnis bekannt gab. (Die gesetzliche Frist betrug 10 Tage.) Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 15.02.2010.

[417] Ausstrahlung im „Ersten Nationalen" (Perwyj nacionalny) Kanal, 22.02.2010; Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 22.02.2010.

[418] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 10.02.2010 mit Verweis auf den Pressedienst des Blocks Julija Timoschenko.

Erstellung des Ergebnisprotokolls durch die ZWK für gesetzeswidrig zu erklären - und diese anzuweisen, eine Wiederholung der Stichwahl (eine dritte Runde) für den 3. Sonntag nach dem Tag der Entscheidung des OVGU anzusetzen. Am gleichen Tag legte eine Mehrheit in der Verchovna Rada den 25. Februar 2010 für die Inauguration des neuen Präsidenten Janukowitsch fest - ganz offenkundig, um das Oberste Verwaltungsgericht (OVG) unter Zeitdruck zu setzen.[419] Das OVGU suspendierte am folgenden Tag das von der ZWK erstellte Ergebnis-Protokoll[420]: Bis zum Abschluss der Überprüfung wurde der „gewählte Präsident" Janukowitsch rechtlich wieder zum Präsidentschaftskandidaten. Ungeachtet dessen liefen die Vorbereitungen für die Inauguration von Janukowitsch - einschließlich der Einladung ausländischer Gäste - weiter. Julia Timoschenkos „rechte Hand" Turtschinov nannte dies den Versuch, die Macht zu usurpieren.[421]

Das Verfahren vor dem OVGU wurde am 19. Februar eröffnet; die Klage Julia Timoschenkos wurde, wie von ihr beantragt, in öffentlichen Sitzungen von dem gesamten Richter- Kollegium verhandelt.[422] Nicht stattgegeben wurde ihrem Antrag, die Erörterung ihrer Beweise für den Wahlbetrug im Fernsehen live übertragen zu lassen. Zum Berichterstatter in ihrer Sache wurde der Richter Aleksandr Netschitajlo durch ein elektronisches Zufallsverfahren bestimmt.[423]
Weil ihr persönliches Verhältnis zu dem Vorsitzenden des OVGU, Aleksandr Pasenjuk, gespannt sei, stünden ihre Chancen schlecht, vor diesem Gericht Recht zu bekommen, reflektierten die Medien die Einschätzung der Justiz in der Bevölkerung.[424] In einer Fernsehsendung sagte Turtschinov: „Wir haben derzeit kein Vertrauen in die Judikative. Insbesondere wissen wir, welche Situation im Obersten Verwaltungsgericht entstanden ist.

---

419 Ukrainskaja Prawda, 12.02.2010: Der Kampf Timoschenko in den Gerichten ändert nicht das Ergebnis.

420 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.02.2010. Der letzte verfassungsrechtlich vorgeschriebene Termin war der 14. März 2010 - 30 Tage nach der Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses durch die ZWK / CVK.

421 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 17.02.2010.

422 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 18.02.2010.

423 Insgesamt umfasst das Kollegium 55 Richter. Damit wollte sie verhindern, dass die fünf Richter, die der Partei der Regionen nahe stehen, über ihre Klage befinden, wie Turtschinov in einem Briefing mitteilte. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 15.02.2010, mit Verweis auf die Nachrichtenagentur UNIAN. Auch der scheidende Präsident Juschtschenko mischte sich ein; er traf sich mit dem Vorsitzenden des Obersten Verwaltungsgerichts, Aleksandr Pasenjuk, wie der präsidiale Pressedienst mitteilte; Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 15.02.2010.Die Übertragung der Verhandlung im Fernsehen wurde auf Antrag des Anwalts von Janukowitsch nach 5 Minuten eingestellt.

424 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.02.2010.

Die Recht sprechende Gewalt garantiert derzeit keine objektive Prüfung diesen und anderen Problemen.“ Am zweiten Verhandlungstag (am 20. Februar) zog Julia Timoschenko ihre Klage „in Anbetracht des Unwillens (des Gerichts), die objektive Wahrheit festzustellen“, zurück.[425]

Sie warf dem Gericht Parteilichkeit vor; es habe sich am Vortage faktisch geweigert, die Beweise zu untersuchen, auf der ihre Klage gründe, und die Zeugen, die sie benannt habe, anzuhören. „Unter diesen Umständen sehen wir einfach keinen Sinn in der weiteren Prüfung dieser Sache“, erklärte Julia Timoschenko.[426] Dass die Anfechtung des Wahlergebnisses keinen „Sinn“ haben würde, d. h., dass das Oberste Verwaltungsgericht - anders als im Jahre 2004 - keine „dritte Runde“ verfügen würde, war von allen politischen Beobachtern vorhergesagt worden.

Es ging Julia Timoschenko wohl nur darum, die Legitimität des Präsidenten Janukowitsch öffentlich in Zweifel zu ziehen - und wohl auch darum, ihre Weigerung, seinen Wahlsieg anzuerkennen, zu „legitimieren“. Der Vertreter des Kandidaten Janukowitsch in der Zentralen Wahlkommission und vordem OVGU, Mychajlo Ochendovsky, verlangte die Fortsetzung der gerichtlichen Verhandlung. „Wir meinen, das OVGU sollte dem Disput über die Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses und seiner Feststellung durch die Zentrale Wahlkommission ein Ende setzen“.[427] Auf der Website Julia Timoschenko wurde beispielhaft das Beweismaterial aus der Oblast- Hauptstadt Dnipropetrovsk veröffentlicht, das dem OVGU übergeben worden war und das dieses nicht öffentlich erörtern wollte.

Daraus gehe hervor, auf welch schamlose Weise die Partei der Regionen ihrem Kandidaten den „Wahlsieg gesichert“ habe.[428] Ein Appell an das Oberste Gericht der Ukraine war nicht möglich, da die Verchovna Rada im Jahre 2009 das Oberste Verwaltungsgericht der Ukraine zur letzten Instanz für die Anfechtung von Wahlen bestimmt hat. Der Vorsitzende Richter des Obersten Gerichts, Vasilij Onopenko, gehörte vor seiner Berufung in dieses Amt der Fraktion des Blocks Julia Timoschenko in der Verchovna Rada an.

---

[425] In dessen Konflikt mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden, Mykola Syrisch, um die Leitung des Gerichts, hatte Julija Timoschenko für Syrisch Partei ergriffen.

[426] Eine Anschuldigung, die das Gericht zurückwies. Hätte das OVGU die Klage Julija Timoschenkos für hinreichend begründet gehalten, hätte es das von der Zentralen Wahlkommission konstatierte Wahlergebnis für ungültig erklären und die Kommission anweisen können, die Fälschungen aufzuklären.

[427] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 20.02.2010: „Timoschenko otosvala isk iz suda“. Interfax-Ukraine, 20.02.2010. UNIAN, 20.02.2010.

[428] Interfax- Ukraine, Kiew, 20.02.2010.

In einigen Medien wurde es für möglich gehalten, dass Onopenko „indirekten“ Druck auf das Oberste Verwaltungsgericht ausüben könnte, zu dessen Vorsitzendem Pasenjuk er ein gestörtes Verhältnis haben soll.[429]

X. Der ungute Nachgeschmack der Orangenen Revolution

In den fünf Jahren ihrer Regierung haben die „orangenen Demokraten“ nichts unternommen, um der Judikative in der Öffentlichkeit die Anerkennung als unabhängiger Dritter Gewalt zu verschaffen. Im Gegenteil, beide, Präsident Juschtschenko und Premierministerin Julia Timoschenko, haben den herrschenden Eindruck der Bevölkerung eher verstärkt, dass die ukrainischen Gerichte kein Recht sprechen. Bereits ihre Ankündigung, vor dem Obersten Verwaltungsgericht gegen die Zentrale Wahlkommission klagen zu wollen, hatte Julia Timoschenko mit einem öffentlich geäußerten Zweifel an dessen „Qualität“ versehen. Präsident Juschtschenko, der seinen Wahlkampf weniger um einer zweiten Amtszeit willen geführt hat, als viel mehr um einen Wahlsieg Julia Timoschenkos zu verhindern, traf sich vor der Eröffnung des Verfahrens zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Obersten Verwaltungsgerichtes, Pasenjuk, wie er selbst der Presse ohne einen Anflug von Unrechtsbewusstseins mitteilte.[430]
Die friedliche Orangene Revolution gegen das Unrechtsregime des Präsidenten Kutschma war demokratisch legitimiert - hatte aber einen kongenialen Defekt: Um ihrer grundsätzlichen Gewaltfreiheit willen „vergewaltigte“ sie die Rechtsprechung, d. h., sie „nötigte“ das Oberste Gericht der Ukraine, die Stichwahl für ungültig zu erklären und deren Wiederholung zu verfügen, anstatt in einem Akt „revolutionären Rechts“ den oppositionellen Kandidaten Viktor Juschtschenko zum Präsidenten auszurufen - oder die Zentrale Wahlkommission zu zwingen, die Unfreiheit der Wahl und die Fälschung ihres Ergebnisses offen zu legen.

[429]Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 26.02.2010. Manipulation der Wählerlisten (die Wahllisten werden von den örtlichen staatlichen Behörden geführt, die zu der Zeit dem Präsidenten Juschtschenko unterstanden), Stimmenkauf, organisierter Transport von Wählern zu den Wahllokalen und Wahlagitation während der Fahrt. Die betreffenden Wahlkommissionen weigerten sich, die Beschwerden der Vertreter Julija Timoschenko zu prüfen oder auch nur anzunehmen.

[430] Die Stichwahl im Jahre 2004, nach welcher der damalige Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Serhij Kivalov (heute Mitglied der Fraktion Partei der Regionen), den Präsidentschaftskandidat Janukowitsch zum Wahlsieger erklärt hatte, war vom Obersten Gerichtshof annulliert worden. In der Verchovna Rada ließ die Fraktion der Partei der Regionen einen Entwurf zur Änderung ihrer Verordnung „Über die Auswahl der Richter des Obersten Gerichts“ registrieren, mit dem Ziel, den derzeitigen Vorsitzenden Vasilij Onopenko abzusetzen. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 01.02.2010.

Damit verstießen die demokratischen Revolutionäre gegen den demokratischen Grundsatz der Unabhängigkeit der Justiz. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade im Bereich der „Justizreform“ die Ukraine nach der Orangenen Revolution keinen Fortschritt gemacht hat.

1. Die Wahl: Kein Votum für den „Wechsel“

Während es im Jahre 2004 bei der Konfrontation zwischen Viktor Juschtschenko und Viktor Janukowitsch um die Entscheidung zwischen Demokratie und demokratisch camouflierter Diktatur[431], also um eine grundsätzliche Richtungswahl ging, sah die Bevölkerung in der Wahl des Jahres 2010 eher die Konkurrenz zwischen persönlichen Ambitionen als zwischen alternativen politischen Konzepten. Julia Timoschenko aber griff die elektorale Alternative des Jahres 2004 wieder auf und ideologisierte ihren Machtkampf mit Janukowitsch zu einer Entscheidung zwischen „europäischer Demokratie“ und „korrupter Oligarchie“, während Janukowitsch die Wähler pragmatisch vor die Entscheidung zwischen dem „orangenen Chaos“ und einem „effektiven Staat“ stellte. In Julia Timoschenkos „orangener Rethorik“ lebte der „Maidan“ wieder auf - doch ungleich gemäßigter als im Jahre 2004: Niemand wurde mit Gefängnis bedroht; ihren Kontrahenten Janukowitsch bezeichnete sie lediglich als „Werkzeug der Oligarchien“: „Janukowitsch ist für mich…eine Marionette der ukrainischen Oligarchie, durch den sie (die Oligarchen) weiterhin dem Staat alle strategischen Objekte abnehmen wollen.“[432]

„Der Wähler“ entschied sich durchaus nicht für den „Wechsel“, d. h., gegen die Verlängerung des Mandats für die „orangenen Macht“, wie Janukowitsch und die Partei der Regionen der Bevölkerung einzureden versuchen. Wohl wünschten sich die Bürger der Ukraine ein Ende der politischen Tragikomödie auf dem Hügel von Petschertschik.[433]

---

[431] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.02.2010.

[432] Das heißt nicht, dass die Wähler von Viktor Janukowitsch, des Präsidentschaftskandidaten des Regimes Kutschma, mehrheitlich ein autoritäres Regime der Demokratie vorgezogen hätten; sie stimmten für Janukowitsch, weil sie in ihm den Repräsentanten ihrer regionalen – kulturellen - Interessen sahen, konkret den Verteidiger der russischen Sprache im Osten und Süden der Ukraine.

[433] Ukrainskaja Prawda (russ. Version): Timoschenko verspricht, sie werde niemals etwas mit Janukowitsch zu tun haben, 03.02.2010.

Nicht die „orangene Idee“, wohl aber Viktor Juschtschenko hat sich in den Augen der Bevölkerung total diskreditiert;[434] abgewählt wurde der „orangene“ Präsident, nicht Julia Timoschenko. Die 5,5 %, die Juschtschenko im ersten Wahlgang erhielt, ist wohl das denkbar schlechteste Wahlergebnis eines amtierenden Präsidenten.

Die – offiziellen - 45,5 % der Stimmen, die Julia Timoschenko in der Stichwahl erhielt, nachdem alle Konkurrenten aus dem „national-demokratischen“ Lager im ersten Wahlgang aus dem Rennen ausgeschieden waren,[435] bedeuten, dass die „national-demokratischen“ Wähler Julia Timoschenko als legitime Erbin der Orangenen Revolution betrachten. Es stimmt nicht, dass „mit der Niederlage von Julia Timoschenko, der zweiten Hoffnungsträgerin von 2004, und dem Sieg von Viktor Janukowitsch im zweiten Wahlgang, das Ende der orangenen Revolution endgültig besiegelt“ wurde, wie Joschka Fischer in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung schrieb.[436] Angesichts der infamen Diskreditierungskampagne gegen die Premierministerin Timoschenko, die für die von außen über die Ukraine hereingebrochene wirtschaftliche Krise verantwortlich gemacht wurde, bedeutet der geringe Abstand zu den – offiziell - 49 % der Stimmen für Janukowitsch einen „qualifizierten“ Wahlsieg Julija Timoschenkos. Janukowitsch verfehlte in der Stichwahl die absolute Mehrheit; dieses schwache, vermutlich geschönte Ergebnis, ist kein überzeugender Beweis für eine mehrheitliche „Zustimmung“ der Bevölkerung zu seiner Präsidentschaft. In 17 (in 16 Oblasti und in der Hauptstadt Kiew) der 27 Verwaltungseinheiten[437] des Landes gewann Julia Timoschenko mit absoluten Mehrheiten. Bei der verfestigten regionalen Spaltung der Wählerschaft verdankt Janukowitsch den offiziellen - ob er der wahre ist, sei dahingestellt - Vorsprung von 3,5 % nur der Demographie: In den 9 Verwaltungseinheiten (in 8 Oblasti und in der Stadt Sewastopol[438]), in denen Janukowitsch mit absoluten Mehrheiten siegte, wohnen 60 % der Bevölkerung.

---

434 Auf dem Hügel von Petschertschik liegen das Parlament (die Verchovna Rada), die Administration des Präsidenten und die Regierung (das „Ministerkabinett“ des Premierministers).

435 Präsident Viktor Juschtschenko erhielt - nach fünfjähriger Amtszeit -in der Mitte des Landes die ihm in den Meinungsumfragen vorhergesagten 3 % (in der Hauptstadt Kiew 4 %); durch die relativ hohen Stimmenanteile in drei westlichen Oblasti - zwischen 25 % in der Oblast Ivano - Frankivsk und über 30 % in Lviv /Lemberg) -kam er insgesamt auf 5,5 %.

436 Zusammen erhielten die „national-demokratischen“ Präsidentschaftskandidaten im ersten Wahlgang über 40 %.

437 Joschka Fischer: Ein Wechsel, mehr nicht, in: Süddeutsche Zeitung; ***http://www.sueddeutsche.de/politik/635/502865/text/*.**

438 25 Oblasti plus die beiden Städte mit einem besonderen Status, Kiew und Sewastopol.

In der Stichwahl - wie bereits im ersten Wahlgang - bestätigte sich diese elektorale Zweiteilung der Ukraine[439]: Viktor Janukowitsch gewann in den Oblasti des Ostens und Südens des Landes mit Mehrheiten von über 70 %[440] seinen beiden östlichen Hochburgen im Donbass mit 90 % (in den Oblasti Doneck und Luhansk). Doch ist die regionale Teilung nicht mehr so stark ausgeprägt wie im Jahre 2004:

In den zentralen Oblasti gelang es Janukowitsch im Durchschnitt fast ein Drittel der Stimmen zu gewinnen - in der Hauptstadt Kiew ein Viertel[441]; und selbst im Westen des Landes erhielt er, die drei galizischen Oblasti ausgenommen, fast ein Fünftel der Stimmen.[442] Julia Timoschenko siegte im Westen (in den 3 galizischen Oblasti[443] und in Wolhynien mit Stimmenanteilen zwischen 80 und 90 %) und in der Mitte des Landes einschließlich der Hauptstadt Kiew (65 %) - bei beachtenswerten Unterschieden zwischen den einzelnen Oblasti - mit drei Fünfteln der Stimmen im Durchschnitt. Im Süden erzielte Julia Timoschenko - die Krim ausgenommen - fast ein Viertel der Stimmen. In den östlichen Industriezentren Charkiv über 20 % und in Dnipropetrovsk, ihrer Heimatstadt, fast 30 %. Die erheblichen Stimmengewinne von Janukowitsch bzw. Julia Timoschenko im Elektoraten Revier des Konkurrenten - die jeweiligen Hochburgen Donbass und Krim bzw. Galizien und Wolhynien ausgenommen - können als Indiz dafür gewertet werden, dass in kommenden Wahlen die Spaltung nach und nach überwunden werden wird.

Auch erscheint sehr wohl möglich, dass der im ersten Wahlgang drittplazierte Serhij Tihipko bzw. seine Partei „Sil'na Ukrajina" (Starke Ukraine) als neue, „dritte Kraft" (siehe unten) in zukünftigen Wahlen die verfestigte regionale Zweiteilung der Wählerschaft aufbricht - ganz abgesehen davon, dass einige Jahre Regierungspraxis des „regionalen Führers" Janukowitsch auch dessen heimattreue regionale Wähler desillusionieren werden.

---

[439] Sewastopol hat wegen der dort liegenden russischen Schwarzmeerflotte einen besonderen Status.

[440] In der Orangenen Revolution hatte sich die Bevölkerung im Osten und Süden mit „ihrem" regionalen Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch solidarisiert. In den beiden Parlamentswahlen nach der Orangenen Revolution gewann seine Partei der Regionen in allen Oblasti des Ostens und des Südens.

[441] Mit Ausnahme der Oblast Dnipropetrovsk, der Heimat von Julija Timoschenko, 63,70 , und bemerkenswerterweise in der Oblast Cherson: 59,98 %. Auf der Krim erhielt Janukowitsch 78,24 %, in Sewastopol, der Marinebasis der russischen Schwarzmeerflotte, 84,35. Doneck: 90,44 %; Luhansk: 88,96 %.

[442] Kiew: 25,72 %.

[443] In „Galizien" 7, 8 %; in den anderen fast ein Fünftel (in Chmelnitskij 24,94, in Volyn 14.01.) Auffallend abweichend ist das Wahlverhalten der ethnisch gemischten Bevölkerung in der Oblast „Transkarpatien" (Zakaparttja) im äußersten Westen an der ungarisch-slowakischen Grenze.

So wenig, wie die Orangene Revolution ein Aufstand der ganzen Bevölkerung der Ukraine war - es war die Hauptstadt Kiew, die Mitte und der Westen des Landes, die gegen den Wahlbetrug des Kutschma- Regimes im Jahre 2004 aufbegehrten - so wenig ist die Wahl von Viktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine ein repräsentatives Votum des ganzen Landes. Sein Wahlsieg beruht weder auf seinen persönlichen Qualitäten[444], noch auf einem überzeugenden Programm, sondern auf der chronischen Ost-West Spaltung des ukrainischen Wahlvolkes. Der russisch- sprachige Osten und Süden[445] wählt seinen „regionalen" Einheitskandidaten Janukowitsch, der Westen wählt diesen nicht - und dies unabhängig von dessen bizarren Versprechungen für die Zeit nach dem „Wechsel", wie z. B. die Erhöhung der Zahl der Einwohner des Landes von gegenwärtig 46 auf 50 Millionen durch Erhöhung der Fertilitätsrate, auch ungeachtet seiner unrealistischen Modernisierungsperspektiven für die ukrainische Wirtschaft.

In der Mitte des Landes[446] einschließlich der Hauptstadt Kiew hatte allerdings sein schamloser Populismus[447] - wie die versprochene Verdoppelung der Mindestrenten im ersten Jahr seiner Amtszeit - Erfolg: das Drittel der Stimmen, das er in den zentralen Oblasti der Ukraine erhielt, entspricht fast dem Anteil der „Pensionäre" an der gesamten Bevölkerung, der fast 30 % ausmacht.[448]

„Aufgestellt" als politischer Repräsentant ihrer ökonomischen Interessen wurde Janukowitsch bereits in der Ära Kutschma vom „Donbass-Klan".

---

444 Lviv (Lemberg), Ivano- Frankivsk, Ternopil.

445 Janukowitsch gewann die Wahl eher trotz des augenfälligen Mangels an persönlicher Eignung. Sein Defizit an Allgemeinbildung lässt Patrioten um das Ansehen der Ukraine in der Welt fürchten. Während seines ersten offiziellen Besuches in Brüssel verwechselte er den Kosovo mit der Herzegowina. Sein Masters Degree und seinen Doktortitel „erwarb" er als Gouverneur der Oblast Donezk. Der Unterschied zwischen der schönen und klugen, charismatischen und rethorisch begnadeten Julija Timoschenko und dem hölzernen, um Worte (auch in seiner russischen „Muttersprache") ringenden Riesen (195 cm, 115 kg) könnte größer nicht sein.

446 Der elektorale Landesteil „Osten und Süden" umfasst vier Oblasti im „Osten" und die fünf an das Schwarze Meer (und Asowsche Meer) grenzenden Oblasti sowie die Autonome Republik Krim (ARK) im „Süden". Russisch-sprachig ist die städtische Bevölkerung; auf dem Lande wird auch im Osten und Süden mehrheitlich ukrainisch gesprochen.

447 Der geographische „Norden" zählt in dieser elektoralen Zweiteilung zur „Mitte".

448 Der Vorsitzende einer Partei, die der „politische Arm" oligarchischer Interessen ist, posierte im Wahlkampf als Retter der Armen. Ungeachtet der schweren wirtschaftlichen Krise setzte die Partei der Regionen in der Verchovna Rada - entgegen den Warnungen des Internationalen Währungsfonds - eine massive Erhöhung der Mindestlöhne und Renten durch. Vor der Stichwahl versprach der Präsidentschaftskandidat Janukowitsch (am 27. Januar 2010), im Laufe des Jahres 2010 die Renten zu vervierfachen; Interfax- Ukraine, Zaporogja, 29.01.2010.

Als Gouverneur der Oblast Donezk und als Premierminister des Präsidenten Kutschma hatte Janukowitsch sich als durchsetzungsfähig - und loyal - erwiesen, Eigenschaften, die in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen werden als Julia Timoschenkos perfekte Inszenierung ihrer selbst. Alle anderen potenziellen Konkurrenten um die Stimmen der russisch- sprachigen Bevölkerung der Ost- und Süd- Ukraine - namentlich die Kommunistische Partei und die Progressive Sozialistische Partei - sind im Laufe der letzten fünf Jahre durch die massive finanzielle Unterstützung der mächtigen „Sponsoren" der Partei der Regionen marginalisiert worden. Der „extremistische" Populismus des Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch im letzten Wahlkampf nahm ihnen den Rest des sozialistischen Windes aus den Segeln.

Die eigentliche, folgenreiche Änderung, die mit dem „Personal-Wechsel" im Amt des Präsidenten erfolgte, ist die Ausschaltung des persönlich motivierten, irrationalen Konflikts zwischen dem Präsidenten Juschtschenko und der Premierministerin Julia Timoschenko, welche eine Voraussetzung für sachliche Politik in der Zukunft ist. Doch diese Änderung hätte auch ein Wahlsieg Julia Timoschenkos zur Folge gehabt; einen Premierminister Juschtschenko hätte es mit einer Präsidentin Julia Timoschenko sicher nicht gegeben.

2. Die erste Runde: Vorgezogene Wahl des Premierministers durch das Volk ?

Im ersten Wahlgang kosteten die Kandidaturen von Serhij Tihipko und Arsenij Jacenjuk, die mit 13 bzw. mit 7 % abschnitten, den beiden Spitzenreitern Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko erhebliche Stimmenanteile auf deren jeweiligen Elektoraten Terrain:

Die Kandidatur des als „moderater Janukowitsch" apostrophierten Tihipko kostete den von Natur aus aggressiven Janukowitsch aus dem rauen Milieu des Donbass[449] vor allem im Süden einen beträchtlichen Anteil an Stimmen.[450]

[449] Die Anzahl der „Pensionäre", d. h., der Bezieher von Alterseinkünften, beträgt 13,5 Millionen - bei einer Gesamtzahl von 46 Millionen Einwohnern der Ukraine. Die Mindestrente betrug Anfang des Jahres 2010, zu Beginn der Amtszeit des neuen Präsidenten Janukowitsch, 600 UAH (65 Euro) pro Monat; im Wahlkampf hatte er versprochen, diese auf 1200 UAH bis zum Beginn des Jahres 2011 zu erhöhen. Janukowitsch warb nicht nur indirekte mit unhaltbaren Wahlversprechungen; seine Wahlhelfer kauften Stimmen auch direkt -3- in Dörfern Wolhyniens z. B. für 300 UAH (rund 30 EURO) das „Stück". Das „ehrlich"' Landvolk gibt seine Stimme am Wahltag mehrheitlich seinem „Wohltäter".

[450] Mit sichtbarem Erfolg haben ihm seine amerikanischen PR-Berater die Kanten abgeschliffen. Paul J. Manafort berät Janukowitsch seit dem Jahre 2005. (Manafort ist Partner von Rick Davis, der den Präsidentschaftswahlkampf von Senator McCain im Jahre 2008 leitete.) Manafort wurde von Journalisten auf dem Empfang anlässlich der Inauguration des Präsidenten Janukowitsch im „Ukrainischen Haus" gesehen. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 25.02.2010.

Die Kandidatur Arsenij Jacenjuks kostete Julia Timoschenko einen erheblichen Anteil „ihrer" Stimmen im ersten Wahlgang, da er in ihrem Elektoraten Revier wilderte.[451] Bis zur Jahresmitte 2009 hatte Julia Timoschenkos jugendlicher Herausforderer der Premierministerin den zweiten Platz in den Meinungsumfragen streitig gemacht. Nach dem steilen Anstieg sank jedoch seine demoskopische Popularität von 14 auf 7 %, fast genau der Stimmenanteil, mit welchem er im ersten Wahlgang am 17. Januar auf Platz vier landete.[452] Serhij Tihipko, der im Verlauf des offiziellen Wahlkampfes den „orangenen" Hoffnungsträger Jacenjuk in den Meinungsumfragen überholte, gewann im ersten Wahlgang „aus dem Stand" mit 13 % den dritten Platz.

Der im Jahre 1960 in Moldawien[453] geborene Tihipko ist kein Newcomer in der Politik; seine Kandidatur war eine Rückkehr. Tihipkos Karriere ähnelt der von Julia Timoschenko, mit deren Laufbahn sich die seine in Dnipropetrovsk berührte. Sie begann wie die vieler im Kapitalismus erfolgreicher Geschäftsleute im Komsomol[454]; wie Timoschenko wechselte Tihipko in die Politik, nachdem er sich als Banker (sie als „gas trader") eine materiell unabhängige Basis geschaffen hatte.[455]

---

[451] In den östlichen Oblasti erzielte Tihipko zwischen 7 und 13 % - in Dnipropetrovsk, der Heimat Julija Timoschenkos, 22 %; in den südlichen Oblasti zwischen 10 und 18 % - in Odessa 21 %. Auch Julia Timoschenko verlor im ersten Wahlgang einen Teil ihrer (früheren) Wähler in der Mitte des Landes an Tihipko ? im Durchschnitt 13 %; in der Hauptstadt Kiew 19 %. In vier Oblasti des Westens erhielt Tihipko 10 % der Stimmen. In der Oblast Kiew erhielt Julija Tymoschenko in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 12 % weniger als ihr Block in den Parlamentswahlen des Jahres 2007.

[452] In den Oblasti im Westen und in der Mitte des Landes gewann er zwischen 9 und 11 % der Stimmen; besonders schmerzlich war die Einbuße in der Hauptstadt Kiew, wo er ihr 16 % der Stimmen „wegnahm". In seiner Heimat, der Bukowina (Oblast Tschernivci, Tschernowitz) erhielt Jacenjuk 20 % der Stimmen.

[453] Die Blitz-Karriere als Wirtschafts- und Außenminister sowie als Parlamentspräsident in drei Jahren (von 2005 bis 2008), die der im Jahre 1974 in der Bukowina (Oblast Tschernivci) geborene Arsenij Jacenjuk mit der Protektion von Präsident Juschtschenko machte, ermunterte den Aufsteiger zum großen Sprung: Noch bevor er das Wählbarkeitsalter von 35 Jahren erreichte (im Mai 2009), eröffnete er seinen (inoffiziellen) Wahlkampf um das Amt des Präsidenten. Der Volksmund heftete dem Überraschungskandidaten mit dem kindlichen Gesicht schnell das Label „kinder- sjurpriz" an. Eine Zeit lang faszinierte das (eigentlich nicht ganz) „neue Gesicht" das der „alten Gesichter" überdrüssige Wahlvolk. Der unreife Jungpolitiker distanzierte sich von diesen, indem er die Verchovna Rada, der er ein Jahr lang vorsaß, als „Saustall" verunglimpfte. Doch der zwar auffallende doch befremdliche, von russischen Beratern inspirierte militante Stil seines Wahlkampfes überzeugte die Wähler letztlich nicht. Iskander Valitov (Leitung), Timofej Sergejcev, Dmitrij Kulikov arbeiteten im Jahre 2004 für Viktor Janukowitsch.

[454] Ein Handicap in den Augen voreingenommener Ukrainer. Auch Präsident Juschtschenko bediente sich des despektierlichen Clichees „Moldavan".

[455] Vollständiger Name: Vsesojuznyj leninskij kommunistitscheskij sojuz molodeschi
(Gesamtsowjetischer Leninscher Kommunistischer Jugendbund).

Tihipko diente dem Präsidenten Kutschma als Stellvertretender Premierminister 1997 (im Alter von 37 Jahren) im Kabinett des Premierministers Pavlo Lazarenko[456] als Minister für Wirtschaft und als Präsident der Nationalbank - und dem Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch im Jahre 2004 als Wahlkampfleiter; die Fälschung der Wahl durch seinen Patron wird ihm nicht entgangen sein. Als „neues Gesicht" konnte sich der Präsidentschaftskandidat Tihipko den ukrainischen Wählern im Jahre 2009 deshalb empfehlen, weil er sich - und seine Partei „Trudova Ukraina"[457] nach der Orangenen Revolution von der Politik fern gehalten hatte, und deshalb nicht mit der politischen Tragikomödie der letzten fünf Jahre assoziiert wurde. Tihipko appellierte in seinem nüchternen Wahlkampf ohne den geringsten Anflug von Aggressivität mit pragmatischen Aussagen an die jüngeren, gebildeten Wähler, die sich - wie er - nach dem Kollaps des Kommunismus in der neuen Zeit zu Recht gefunden haben. In der Hauptstadt Kiew nahm er Julia Timoschenko im ersten Wahlgang fast ein Fünftel der Stimmen ab. Der starke dritte Platz Tihipkos in den Präsidentschaftswahlen konnte als seine plebiszitäre Vorwahl in das Amt des Premierministers gedeutet werden. Tihipko selbst hatte bereits vor den Wahlen seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, das Amt des Premierministers anzunehmen, gleichgültig, ob der neue Präsident Janukowitsch oder Timoschenko heiße.[458] Das Land brauche Reformen; wenn er eingeladen werde, diese - auch die unpopulären - als Premierminister durchzusetzen, sei er dazu bereit. Er werde jedoch weder Timoschenko noch Janukowitsch in der Stichwahl unterstützen. Julia Timoschenko bot Tihipko nach dem ersten Wahlgang öffentlich das Amt des Premierministers an (eigentlich eine Prärogative des Parlaments), um ihn zu einer Empfehlung an seine Wähler zu ihren Gunsten zu bewegen.[459]

---

[456] TAS -Kommerzbank (Tihipko Anna Sergejeva), er verkaufte sie an die schwedische Swedbank - vor der globalen Finanzkrise. Sein privates Vermögen wird auf eine halbe Milliarde USD geschätzt. Die Kosten seines Wahlkampfes - nach eigenen Angaben 110 Millionen UAH - hat er zu 90 % aus der eigenen Tasche bezahlt.

[457] Im Jahre 1999 ersuchte Pavel Lazarenko um „politisches Asyl" in den USA, wo er aber wegen Geldwäsche und anderer Delikte verurteilt wurde. Bei seiner Rückkehr in die Ukraine droht ihm eine Anklage wegen mehrerer Auftragsmorde, u. a. an dem Präsidenten der Nationalbank Vadim Hetman und dem Unternehmer Jewhen Tscherban.

[458] Die Partei mit dem irreführenden Namen „Werktätige Ukraine" war eine politische Interessen-Vertretung erfolgreicher Geschäftsleute, der u.a. auch der Oligarch Viktor Pinchuk angehörte. Zu Beginn seines Wahlkampfes benannte Tihipko die - wohl nur noch im Parteiregister des Justizministeriums existente - Partei „Trudova Ukraina" in „Sil'na Ukrajina" um.

[459] Interfax, Kiew, 26.01.2010. Nach der Stichwahl brachte er sich in einem Interview mit der Tageszeitung „Sevodnja"(„Heute" 12.02.2010) in Erinnerung; ohne parlamentarische Basis aber hat seine finanzpolitische Kompetenz, derer das Land bedarf, keinen „Wert" in den parlamentarischen Verhandlungen um die Bildung einer Mehrheit.

Der gewiegte Politiker Tihipko erklärte noch in der Wahlnacht, seinen – mündigen - Wählern keine Empfehlung geben zu wollen.[460] Janukowitsch soll Tihipko mit dem Angebot vorgezogener Parlamentswahlen zu einer Wahlempfehlung zu seinen Gunsten gelockt zu haben.[461] Die baldige Neuwahl der Verchovna Rada liegt in Tihipkos Interesse, da sie ihm verspricht, den „Schwung" aus dem Wettlauf um das Amt des Präsidenten für den Einzug seiner Partei „Sil'na Ukraina"(Starke Ukraine) in das Parlament nutzen zu können. Zudem versprach Janukowitsch den Wählern Tihipkos, dessen Wahlprogramm In sein Programm zu integrieren.[462]

3. Präsident Juschtschenkos persönlicher Wahlkampf gegen Julia Timoschenko

Der permanente Konflikt des Präsidenten Juschtschenko mit Julia Timoschenko machte seine fünfjährige Amtszeit zu einer „Zeit der Wirren". Die Schuld an dem „orangenen Chaos" der letzten fünf Jahre ist nicht, wie von ausländischen Beobachtern vielfach angenommen wird, zwischen Präsident Juschtschenko und Premierministerin Timoschenko gleich verteilt: Die Hauptschuld trägt Präsident Juschtschenko. Er hat mit allen Befugnissen, welche ihm die Verfassungsänderung vom 1. Januar 2006 gelassen hat - präsidentiales Veto, legislative Initiativen, Annullierung von Beschlüssen des Ministerkabinetts durch präsidiale Erlasse, Vorsitz im Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat - die Regierungspolitik der Premierministerin konterkariert.. Julia Timoschenko kämpfte zwischen zwei Fronten, dem „Sekretariat des Präsidenten"[463] und der Opposition der Partei der Regionen, der stärksten Fraktion in der Verchovna Rada. Mit seiner Präsidentschaftskandidatur wollte Juschtschenko vor allem Julia Timoschenko schaden, die er seit seiner Inauguration im Januar 2005 mit krankhafter Missgunst[464] verfolgt;

[460]Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 20.01.2010: „Timoschenko gibt Tihipko ihren Sessel".

[461] Ohne ihm eine Wahlempfehlung für sich abringen zu können, erklärte Julia Timoschenko den Teilnehmern des World Economic Forum in Davos per Tele-Brücke, nach ihrer Wahl zur Präsidentin Tihipko zum Premierminister ernennen zu wollen, und zusammen mit ihm ein Programm zur Modernisierung der Ukraine zu erarbeiten. (Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 29.01.2010. Interfax- Ukraine, Cherson, 28.01.2010.)

[462] Mykola Tomenko, der Zweite Stellvertretende Vorsitzende der Verchovna Rada (BJuT) behauptete dies in einer Sendung des „Fünften Kanals". Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 21.01.2010: „Janukowitsch versucht Tihipko und Jacenjuk im Tausch gegen Sitze in der Rada zu kaufen" - BJuT.

[463] Interfax- Ukraine, Kiew, 18.01.2010.

[464]Das „Sekretariat" war unter Präsident Juschtschenko ein grotesk aufgeblähter sowjetischer „Apparat" unter ständig wechselnder Leitung.

in seinem ganz persönlichen Wahlkampf gegen sie nahm diese Obsession pathologische Züge an.[465] Insofern ist Julia Timoschenkos Wahlniederlage Juschtschenkos persönlicher Sieg über die Frau, deren allseitige Überlegenheit dem selbstverliebten „Hetman“[466]unerträglich war.

Nach seiner Abwahl in der ersten Runde forderte Juschtschenko seine Wähler auf, ihre Stimme weder Timoschenko noch Janukowitsch zu geben, da beide gleichermaßen dieses Amtes unwürdig seien; beider Präsidentschaftskandidaturen seien „un-ukrainische“ Projekte.

Er verdächtigte sie, für die Zeit nach der Stichwahl eine „Kreml Koalition“ und den „Ausverkauf ukrainischer Interessen“ zu planen.[467]

In Bezug auf Janukowitsch mag diese Aussage noch als eine dem Wahlkampf geschuldete Schmähung des Gegners zu verstehen sein; immerhin kann die angedeutete Bereitschaft, im Gegenzug für konzessive Gaspreise das ukrainische Transitsystem von einem internationalen Konsortium[468] - eine alte Forderung von Gasprom - managen zu lassen, als „Ausverkauf nationaler Interessen“ angesehen werden. In Bezug auf die glaubhaft patriotische Julia Timoschenko, die dies kategorisch ausschließt,[469] ist diese Behauptung ein Indiz für die paranoide Verblendung, die Juschtschenko befallen hat. Auf seiner letzten Pressekonferenz reklamierte Präsident Juschtschenko für sich das „moralische Recht“, den „größten Fehler der vergangenen fünf Jahren zu nennen“, nämlich: „Timoschenko“.[470]

---

[465] „Zazdrist“ (ukr.), „Zavist“ (russ.), „Neid“(deutsch) wird von selbstkritischen Ukrainern als nationale Untugend erkannt.

[466] Der hoch angesehene Philosoph Miroslav Popovitsch, Direktor des G. S. Skovorody- Instituts für Philosophie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, fühlte sich durch die ständige Verleumdung der Premierministerin Timoschenko gedrängt, den Präsidenten Juschtschenko in einem offenen Brief zu rügen.

[467] Hetman: Seit dem Aufstand Bogdan Chmelnitskij Mitte des 17. Jahrhunderts Titel des gewählten Oberhaupts des ukrainischen Kosaken-Staates „Hetmanschina“. Präsident Juschtschenko suchte die nationale Identität des unabhängigen ukrainischen Staates in der - zum Teil imaginisierten - Geschichte, ohne die aktuelle Aufgabe des Aufbaus eines modernen Staates damit verbinden zu können.

[468] Pressekonferenz am 12.01.2010. Präsident Juschtschenko spickte seine Auftritte mit absurden und invektiven Äußerungen. Aus Respekt vor dem Amt nehmen ukrainische Journalisten solche Aussagen hin, ohne (öffentlich) an Juschtschenkos Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln.

[469] Konzessive Gaspreise liegen im Interesse der energie- intensiven metallurgischen und chemischen Betriebe seiner oligarchischen Sponsoren. Hinter der Ankündigung einer ukrainischen Beteiligung an den russischen North- und South- Stream Projekten steckt vermutlich das Interesse Oligarchien Achmetow an der Lieferung von Rohren aus seinem Röhrenwerk in.

[470] „…das Gas-Transportsystem, welches staatliches Eigentum ist, ist der Schlüssel zur Energie-Unabhängigkeit des Staates; es sichert den Einfluss der Ukraine auf alle Energie-Prozesse in unserer Region, auf die Energiepolitik der Europäischen Union und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten; es ist unser strategisches Eigentum“, sagte Timoschenko in einer Sendung des Fernseh-Kanals „Inter“. „Ich werde keine Machenschaften zulassen, keine Konsortien, keine Joint Ventures oder Leasing-Verträge irgendwelcher Art.“ Interfax, Kiew, 29.01.2010. Im Februar 2007 mobilisierte Timoschenko 430 (von 450) Stimmen für ein Gesetz, das jede Form des Transfers der ukrainischen Pipelines verbietet.

Das beschämende Wahlergebnis von fünfeinhalb Prozent ist kaum mit Juschtschenkos politische Inkompetenz allein zu erklären; seine Wähler aus dem Jahre 2004 haben erkannt, dass Juschtschenko dem höchsten Amt im Staate auch charakterlich nicht gewachsen war.[471] Er hat seine Wähler als Mensch enttäuscht. Die angemaßte Rolle des „geistigen Führers“ (duchovnyj lider) untergrub Juschtschenko selbst durch die offenkundige Niedrigkeit der Beweggründe seiner unablässigen Angriffe gegen Julia Timoschenko – und durch klientelistische Patronage.[472]
Es ist Juschtschenkos - vielleicht einziges - bleibendes Verdienst, den Holodomor enttabuisiert und die ukrainische Geschichte aus den Fesseln der sowjetischen Historiographie befreit zu haben.
Mit seiner Überhöhung des ukrainischen Patriotismus - auf Basis zumeist national-romantischer Imaginationen -hat er allerdings die historisch bedingte kulturelle Spaltung des Landes, die sich auf der politischen Ebene in der regionalen Zweiteilung des Wahlvolkes manifestiert, eher vertieft als geheilt.

XI. Machtwechsel in der Ukraine

Exkurs:

Die „de –formierte“ Verfassung - die Wurzel allen Übels

Mit der Wahl eines neuen Präsidenten änderte sich nichts an der Dysfunktionalität des politischen Systems der Ukraine: Die – formale - Quelle der politischen Instabilität des Landes seit der Orangenen Revolution war die als „politische Reform“ apostrophierte Deformation der Verfassung, die der „orangene“ Präsidentschaftskandidat Juschtschenko dem Regime des damaligen Präsidenten Kutschma als Preis für dessen „Verzicht“ auf die blutige Niederschlagung des Aufstandes zahlen musste.

[471] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.02.2010

[472] Aus Rachsucht entließ Präsident Juschtschenko nach dem ersten Wahlgang die Gouverneure der Oblasti Charkiv und Dnipropetrovsk, weil sie nicht genügend Stimmen für ihn mobilisiert hatten, sowie drei Botschafter, weil sie ihrem Obersten Dienstherrn nicht einmal ihre eigenen Stimmen gegeben hatten.

Allerdings war es dem Präsidenten Kutschma und dem von ihm „erwählten“ Nachfolger Janukowitsch im Dezember 2004 nicht um eine Neuverteilung der Macht zwischen Präsident und Parlament aus demokratischem Prinzip gegangen, sondern um die Erhaltung ihrer Macht.[473] Die am 1. Januar 2006 in Kraft getretenen Verfassungsänderungen schränkten die Befugnisse des Präsidenten zugunsten des Parlaments ein; die Verchovna Rada erhielt das Recht, den Premierminister - auf einem zeremonialen Umweg[474]- zu wählen. Die Innenpolitik (einschließlich der Wirtschaftspolitik) fiel in die Zuständigkeit des Premierministers; er bildet zusammen mit seinem Ministerkabinett „die Regierung“. Der Präsident ist für die Außenpolitik zuständig, wenn auch nur im Konsens mit dem Parlament, das laut Verfassung die Prinzipien der auswärtigen Politik bestimmt. Mit dem „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat“, der ihm unterstellt ist, verfügt der Präsident über eine Art „Parallelregierung“, mit der er sich - in Abhängigkeit vom Verständnis seiner Rolle - in die Geschäfte der Regierung einmischen kann, was Präsident Juschtschenko seit seiner Inauguration im Januar 2005 in destruktiver Weise tat. Kompetenzkonflikte in der exekutiven Doppelspitze waren vorprogrammiert. Die Ambiguitäten, Inkonsistenzen und ungeregelten Fälle der novellierten Verfassung wurden durch politische Unkultur der politischen Klasse verschärft. Wegen der persönlichen Animosität, die Präsident Juschtschenko gegenüber Premierministerin Julia Timoschenko empfand, nahm die Konkurrenz zwischen Präsident und Premierminister groteske Formen an.[475] Zudem führte das Gleichgewicht der politischen Kräfte, das sich in zwei Parlamentswahlen eingestellt hatte, zur Lähmung des legislativen Prozesses in der Verchovna Rada: Dem in sich zerstrittenen „orangenen Lager“ stand eine sich konsolidierende „regionale“ Opposition gegenüber, die sich - zusammen mit der fundamentaloppositionellen Kommunistischen Partei - numerisch zu einer gleich starken parlamentarischen Kraft entwickelte. Von der Notwendigkeit einer erneuten Änderung der geltenden Verfassung sind alle Politiker und Politologen überzeugt.

---

473 Siehe Winfried Schneider- Deters, Teil III, Kapitel 2.6, Die „politische Reform“ - ein verfassungsrechtliches Chaos, in: Winfried Schneider- Deters, Peter W. Schulze, Heinz Timmermann (Hg.): Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik. Berlin 2008, S. 281 9-285.

474Das Parlament (eine parlamentarische Mehrheit) benennt dem Präsidenten einen Kandidaten für das Amt des Premierministers, eine „Empfehlung“, die dieser nicht ablehnen kann. Der Präsident schlägt seinerseits dem Parlament den von ihm „nominierten“ Kandidaten zur Wahl vor.

475 Julija Timoschenko reagierte erst nach Jahren der Zurückhaltung auf die Gehässigkeiten Juschtschenkos mit politischen Gegenangriffen. Siehe Winfried Schneider- Deters: „Ein Paradiesvogel unter Aasgeiern“. Die Metamorphose der Julia Timoschenko (Rezensionsessay), in: Osteuropa, 56. Jg., 9/2006, S. 121-128.

Die Debatte über die Entscheidung zwischen einem präsidentiellen und einem parlamentarischen System wurde aber bisher nicht grundsätzlich geführt, sondern taktisch: Wegen der situativ bestimmten Interessen der drei maßgeblichen Politiker, des amtierenden Präsidenten Juschtschenko und der Präsidenten in spe, Julia Timoschenko und Janukowitsch, kam weder der von Juschtschenko geforderte Volksentscheid[476] noch eine verfassungsändernde Mehrheit in der Verchovna Rada, mit der Julia Timoschenko und Janukowitsch spielten, zustande. Präsident Juschtschenko betrieb in der begründeten Erwartung einer Mehrheit in der Bevölkerung für einen „starken", d. h., durch das Volk gewählten Präsidenten ein Referendum, während Julia Timoschenko - das Amt des Präsidenten vor den eigenen Augen - mit der Einführung einer parlamentarischen (Kanzler-)Demokratie (nach deutschem Muster)[477] nur drohte. Zusammen mit der - in dieser Frage auch nur taktierenden - Fraktion der Partei der Regionen hätte die Fraktion ihres „Blocks Julia Timoschenko" über weit mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit (300 von 450 Stimmen) verfügt, wenn Timoschenko und Janukowitsch es denn mit einer Verfassungsänderung ernst gemeint hätten.[478] Bei dem gegebenen Kräfteverhältnis ist eine Entscheidung zwischen parlamentarischem und präsidialem System auch nach der Wahl eines neuen Präsidenten nicht zu erwarten. Vorstellbar ist - bei einem Minimum an gutem Willen im Interesse der Effektivität des ukrainischen Staates - eine schrittweise „Verbesserung" der Funktionalität bzw. eine Minderung der Dysfunktionalität des geltenden hybriden parlamentarisch-präsidialen Systems.[479]

[476]Juschtschenko veröffentlichte am 25. August 2009 einen Entwurf seines Präsidialsekretariats; eine öffentliche Debatte fand nicht statt. Der Präsident drohte dem Parlament mehrfach mit seiner Auflösung, wenn sein „Nationaler Verfassungsentwurf" nicht innerhalb von 100 Tagen angenommen würde. Vorgezogene Parlamentswahlen würden zusammen mit einem Verfassungsreferendum abgehalten werden.

[477]Mit einem die „Richtlinien der Politik bestimmenden", vom Parlament gewählten Premierminister sowie der Wahl des Präsidenten durch das Parlament.

[478] Im Sommer des Jahres 2009 führte der Block Julija Timoschenko mit der Partei der Regionen Gespräche über eine Verfassungsänderung, nach welcher der Präsident der Ukraine vom Parlament - und nicht mehr vom Volk - gewählt werden sollte. Premierministerin Timoschenko versuchte den Führer der Opposition Janukowitsch dazu zu bringen, sich von der Werchowna Rada zum Präsidenten wählen zu lassen: Er wäre „der beste Präsident", kolportiert Anna German, die Stellvertretende Vorsitzende der PR süffisant die damalige Argumentation Julia Timoschenkos. Ukrainskaja Prawda (russ. Version) 03.02.2010: „German: Tymoschenko überzeugte Janukowitsch, dass er der beste Präsident sei."

[479]Es erhebt sich die Frage, weshalb die beiden „Machtmenschen" Julia Timoschenko und Viktor Janukowitsch überhaupt das durch die „politische Reform" geschwächte Amt des Präsidenten anstrebten. Eine Erklärung dafür mag darin liegen, dass dieses Amt nach wie vor das formal höchste im Staate ist - und im Volke für das „mächtigste" gehalten wird. Beide, Janukowitsch und Timoschenko hatten bereits zwei Mal das Amt des Premierministers inne. Es besteht kein Zweifel daran, dass Julia Timoschenko seit ihrem „Eintritt in die Politik" das Amt des Präsidenten anstrebte. Janukowitsch antwortete auf die Frage, warum er Präsident werden wolle, in seiner schlichten Art: „Ich stehe schon lange in der Reihe; jetzt bin ich dran." Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 04.02.2010; „Ja davno usche v otscheredi stoju, i ja ne chotschu iz nee vychodit"

1. Nach der Präsidentschaftswahl ist vor der Parlamentswahl

Rein rechtlich ist die Wahl eines neuen Präsidenten durch das Volk in keiner Weise mit der Bildung oder Umbildung einer Mehrheit im Parlament und der Abwahl oder Neuwahl eines Premierministers (und damit der Regierung) verbunden. Auch nach der Wahl von Janukowitsch zum Präsidenten bleibt die personale Zusammensetzung, der Verchovna Rada bis zu den regulären Parlamentswahlen im Jahre 2012 unverändert; [480]es denn, es käme zu einer vorgezogenen Neuwahl. Solange sich im derzeitigen Parlament keine neue Mehrheit bildete, welche die Premierministerin ihres Amtes enthob, war Julia Timoschenko nicht „in der Opposition", wohin Janukowitsch sie gerne kommandiert hätte, sondern blieb in diesem Amt. Und ihr „Block Julia Timoschenko" (BJuT) blieb „an der Regierung", während die Partei der Regionen des neu gewählten Präsidenten Janukowitsch formal „in der Opposition" war.

Doch schon vor der Wahl hatte Premierministerin Julia Timoschenko keine verlässliche Mehrheit im Parlament; bezeichnend für den politischen Wirrwarr nach der Wahl wurde die – bizarre - Frage, ob die (Regierungs-)Koalition überhaupt existiere oder nicht.

Auf den Prüfstein legen wollte Premierministerin Julia Timoschenko „ihre Mehrheit" nicht; nach ihrer Niederlage in der Präsidentschaftswahl kämpfte sie um die „Konsolidierung" ihrer de jure weiter bestehenden „Regierungskoalition" und um den Erhalt ihre Stellung als Premierministerin. Auf einer Sitzung der (Koalitions-)Fraktion „Nascha Ukraina - Narodna Samooborona / NU-NS" (Unsere Ukraine - Selbstverteidigung des Volkes) am 16. Februar erklärte Julia Timoschenko, dass sie nicht beabsichtige zurückzutreten; die Präsidentschaftswahlen stünden in keiner rechtlichen Beziehung zur Regierung.[481]

[480] Ursprüngliche Sitzzahl der Fraktionen in der VI. Legislaturperiode: Partei der Regionen der Ukraine (PR) 175 Februar 2010: 172, Block Julia Timoschenko (BJuT) 156 – 153, Bündnis „Unsere Ukraine - Selbstverteidigung des Volkes" (NU-NS) 72 – 72, Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) 27 – 27, Block Lytvyn 20 – 20, „Unabhängige" - 6, Insgesamt 450 -450.

[481] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.02.2010. Timoschenko ne ujdet v otstavku (Timoschenko tritt nicht zurück); die U.P. zitiert Roman Zvarisch, Mitglied der Fraktion NU-NS.

Doch ihre rechtmäßig konstituierte Koalition aus den Fraktionen BJuT, NU-NS und „Block Lytvyn“ (BL) war von Anfang an politisch nicht „effektiv“: Im Parlament der Ukraine herrscht de facto eine Patt-Situation; Mehrheiten für legislative Initiativen - von welcher Seite auch immer - waren in der zurückliegenden Zeit „situativ“: Lytvyns „persönliche“ Fraktion hatte sich der „demokratischen Koalition“ aus BJuT und NU-NS nur angeschlossen, um diesem das Amt des Parlamentspräsidenten zu verschaffen. Ahnend, dass mit seinem Wahlsieg sein Machtkampf mit Julia Timoschenko noch nicht gewonnen war, forderte Janukowitsch sie immer wieder auf, „freiwillig“ vom Amt der Premierministerin zurückzutreten.

Vor der Wahl hatte der Präsidentschaftskandidat Janukowitsch wiederholt erklärt, vorgezogene Parlamentswahlen seien nach den Präsidentschaftswahlen dann unvermeidlich, wenn in der derzeitigen Verchovna Rada nicht eine stabile Regierungskoalition zustande komme.[482] Er hoffe aber darauf, dass sich eine parlamentarische Mehrheit bilden werde; angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage sollten die Kosten für eine Neuwahl des Parlaments vermieden werden. Wenn jedoch vorgezogene Parlamentswahlen unvermeidlich seien, dann sollten sie mit den bereits für den 30. Mai 2010 bereits terminierten Kommunalwahlen zusammengelegt werden.[483] Die Hoffnung, die Janukowitsch vor der Wahl gehegt haben mochte, mittels einer vorgezogenen Parlamentswahl seinen persönlichen Sieg in der Präsidentschaftswahl durch einen Sieg seiner Partei konsolidieren zu können, ist nach der Wahl stark gesunken.

Das schwache Mimentum seines Wahlsieges - der kleine Vorsprung von 3,5 % - würde nicht ausreichen, die Anzahl der Mandate der Partei der Regionen in der nachten Verchovna Rada zu erhöhen, selbst wenn ihm die für das Jahr 2010 zu erwartende Erholung der Wirtschaft gut geschrieben würde; unter der unabdingbaren und unaufschiebbaren Autoritätspolitik, die „seine“ Regierung betreiben muss, wird die Popularität des Präsidenten Janukowitsch und seiner Partei der Regionen leiden. Der in den Präsidentschaftswahlen drittplazierte Tihipko und der viertplazierte Jacenjuk haben keine Basis in dem derzeitigen Parlament. Der politische Wert ihrer relativ hohen Stimmenanteile in den Präsidentschaftswahlen liegt in ihrem Potenzial in vorgezogenen Parlamentswahlen.

---

[482] U. a. in einem Interview mit der Zeitung „Kommersant Ukraine“ am 09.12.2010. Interfax, Kiew, 09.12.2009.

[483] 16. Februar beschloss die Verchovna Rada die Verschiebung der Kommunalwahlen, ohne einen neuen Termin zu bestimmen - ein verfassungswidriger Akt, wie Kritiker monierten. Begründet wurde die Verschiebung mit der leeren Kasse des Staates, da mit einer rechtzeitigen Annahme des Hauhaltes für das Jahr 2010 nicht gerechnet werden könne - ein vordergründiges Argument.

Es ist sehr wohl möglich, dass ihre Parteien „Sil'na Ukrajina" (Starke Ukraine)[484] und „Front zmin" (russ. „Front peremen", „Front für Veränderungen") bei einer Neuwahl der Verchovna Rada nicht nur die Drei-Prozent-Hürde überwinden, sondern auf ähnliche Stimmenanteile kommen, wie ihre Vorsitzenden Tihipko bzw. Jacenjuk in den Präsidentschaftswahlen. Dies wird aber auf Kosten der Partei der Regionen (Tihipko) und des Blocks Julia Timoschenko (Jacenjuk) geschehen. Aus der Opposition heraus wird bei einer Neuwahl der Verchovna Rada der BJuT das Drittel der Sitze (153), über den er im derzeitigen Parlament verfügt, nicht halten können, weshalb Julia Timoschenko vorgezogene Parlamentswahlen ablehnt. Ob der BJuT von dem Zerfall des Parteien-Bündnisses „Nascha Ukraina - Narodna Samooborona" des abgewählten Präsidenten Juschtschenko profitieren würde, ist zu bezweifeln: Auf der Liste von Jacenjuks „Front zmin" ist die Aussicht, nach vorgezogenen Parlamentswahlen wieder in der Verchovna Rada Platz nehmen zu können, größer als auf der Liste des Blocks Julia Timoschenko, und ein Teil ihrer oligarchischen „Sponsoren" werden ihr Kapital aus Julia Timoschenkos „politischem Projekt" abziehen, was sich auf die Stimmenwerbung im Wahlkampf auswirken wird. Unter den Gästen, die Janukowitsch bereits in der Wahlnacht zu seinem Sieg gratulierten, wollen Journalisten „Sponsoren" gesichtet haben, die im Wahlkampf auf Julia Timoschenko gesetzt hatten. Der angesehene Journalist und politische Analytiker Serhij Rachmanin (Zerkalo Nedeli) erörterte im Detail die einschlägigen rechtlichen Vorschriften - insbesondere die drei Varianten des Artikels 90 (Auflösung) sowie den Artikel 77 (Neuwahl) der Verfassung - und kam zu dem Schluss, dass eine Neuwahl der Verchovna Rada zu dem ins Auge gefassten Termin am 30. Mai 2010 verfassungsrechtlich nicht möglich ist.[485] Eine später - rechtlich mögliche und von der Partei der Regionen „angedrohte" - Neuwahl hielt Rachmanin für unwahrscheinlich: In allen Fraktionen gäbe es viele Deputierte, die kein Interesse daran hätten, ihr mit vielen Privilegien dotiertes Mandat[486] niederzulegen - mit dem Risiko, nicht wieder aufgestellt[487] bzw. nicht wieder gewählt zu werden. Und die Sponsoren wollten endlich ihre bisherigen Investitionen amortisieren und nicht erneut investieren.

[484] „Sil'na Ukrajina" ist die umbenannte Partei „Trudova Ukrajina" (Werktätige Ukraine).

[485] Sergej Serhij Rachmanin: „Setzt nicht auf den Mai", in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 3 (783), 30.01.-04.02.2010, S. 1 und 3. Der noch amtierende Präsident Juschtschenko ist nach Artikel 90 nicht befugt, das Parlament aufzulösen.

[486] Hinzugefügt werden könnte: und mit „Zuverdienstmöglichkeiten" ausgestattetes Mandat.

[487] Eine Neuwahl des Parlaments böte Janukowitsch die Möglichkeit einer „Säuberung" der eigenen Reihen (Rachmanin), d. h., mehr „eigene Leute" in der Verchovna Rada zu platzieren; seine Emanzipation von seinem früheren „Patron" Achmetow hat das Verhältnis zwischen den beiden „angespannt", wie Insider wissen.

Widerstand gegen eine Auflösung der Verchovna Rada wäre auch von dem derzeitigen Parlamentspräsidenten Volodymyr Lytvyn zu erwarten, der bei vorgezogenen Wahlen nur verlieren könne.[488] Und in der Tat fanden Journalisten, die sich unter den Parlamentariern umhörten, keinen, der sich für eine Neuwahl des Parlaments aussprach.

2. Der „Block Juschtschenko" nach der Wahl - ein koalitionspolitisch wertvoller Scherbenhaufen

Angesichts der Unsicherheiten, die mit einer Neuwahl der Verchovna Rada verbunden sind, war Janukowitsch bestrebt, das derzeitige Parlament der VI. Legislaturperiode unter seine Kontrolle zu bringen. Ohne eine verlässliche Mehrheit in der Verchovna Rada kann der Präsident sein sachpolitisches Programm nicht umsetzen und seine „Kader-Politik" nicht durchsetzen. Um den „Machtwechsel" zu vervollständigen, war das vordringlichste machtpolitische Ziel des neuen Präsidenten Janukowitsch die Bildung einer neuen, stabilen Regierungskoalition und die Wahl eines „kooperativen" Premierministers durch das Parlament.

Die Partei der Regionen des Präsidenten Janukowitsch verfügt im derzeitigen Parlament über 172 Sitze, konnte also ohne Koalitionspartner nicht einen Premierminister wählen. Für eine Koalition mit der „kapitalistischen" Partei der Regionen hatte sich schon vor den Wahlen die kleine Fraktion der Kommunistischen Partei (27 Sitze) angeboten, deren Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat Petro Simonenko (3,5 % im ersten Wahlgang) sich auch in der Vergangenheit ideologisch ungebunden verhielt; er schloss mit Janukowitsch ein Abkommen über „gegenseitige" Unterstützung. Die noch kleinere Fraktion des „Blocks Lytvyn" (20 Sitze), die mit der Fraktion des Blocks Julia Timoschenko und der Fraktion NU-NS die bisherige – nominelle – „Regierungskoalition" bildete, bezeugte dem neuen Präsidenten schon vor dessen Wahl vorauseilenden Gehorsam, indem sie für legislative Initiativen der Partei der Regionen stimmte, die gegen den Koalitionspartner, den Block Julia Timoschenko und gegen die Premierministerin selbst gerichtet waren. Der Block Lytvyn wollte in einer Koalition mit der PR für ihren Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten (2,4 % im ersten Wahlgang) Volodymyr Lytvyn den Posten des Parlamentspräsidenten retten.

[488] Volodymyr Lytvyn selbst erreichte in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen einen Stimmenanteil von 2,35 %. Die „goldene Aktie", die der Vorsitzende der derzeitigen Verchovna Rada mit seiner kleinen Fraktion von 20 Sitzen hält, könnte er in vorgezogenen Parlamentswahlen verlieren, weshalb er sich nachdrücklich gegen eine Neuwahl ausgesprochen hat.

Die Anzahl der eigenen Mandate der PR plus der Mandate der KP und des „Blocks Lytvyn“ reichen aber nicht einmal zur Bildung einer absoluten Mehrheit (226 von insgesamt 450) aus.[489] Die für eine Mehrheit in der Verchovna Rada nötigen Stimmen konnten nur aus der drittstärksten Fraktion „Nascha Ukrajina - Narodna Samooborona“ / NU-NS („Unsere Ukraine - Selbstverteidigung des Volkes“, 72 Mandate) kommen, der zersplitterten Fraktion des - aus 11 (Mini-)Parteien und Gruppierungen bestehenden – „Blocks Juschtschenko“, des inoffiziell so genannten Wahlbündnisses des Präsidenten Juschtschenko in den Parlamentswahlen des Jahres 2007.[490] Symptomatisch für den Zustand der Fraktion NU-NS ist, dass vier ihrer Mitglieder für das Amt des Präsidenten kandierten, ohne dass einer von ihnen die Unterstützung „seiner“ Fraktion gehabt hätte. (Neben Präsident Juschtschenko dessen ehemaliger Günstling Arsenij Jacenjuk, der Vorsitzende der „Ukrainska Narodna Partija“ (Ukrainische Volkspartei) Jurij Kostenko und der Vorsitzende der Partei „Hromadjanskaja Pozycija“ (Bürgerschaftliche Position) und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Verchovna Rada, Anatolij Hryzenko. Der Wahlsieger Janukowitsch und seine Partei der Regionen konnten sich der für die Abwahl von Premierministerin Julia Timoschenko nötigen Stimmen von Überläufern aus der fragmentierten Fraktion „NU-NS“ sicher sein:[491] Schon vor den Präsidentschaftswahlen verhalfen einzelne Mitglieder der „Regierungskoalition“ der Opposition - bestehend aus den Fraktionen der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei, die numerisch über 199 Stimmen verfügte - bei Abstimmungen zu einer Mehrheit. So stimmten nach dem ersten Wahlgang, aus dem Janukowitsch mit einem Vorsprung von 10 % vor Julia Timoschenko als vorläufiger Sieger hervorging, Mitglieder der „regierenden“ Koalitionsfraktion NU-NS zusammen mit der - formal noch oppositionellen, faktisch bereits „regierenden“ - Partei der Regionen für die Entlassung des Innenministers Luzenko.[492]

---

489 Gerechnet werden muss auch mit den 6 versprengten Mitgliedern der Verchovna Rada, die aus den Fraktionen BJuT und PR ausgestoßen wurden; sie könnten zu einem „Player“ im parlamentarischen Machtspiel werden. Aus der Fraktion BJuT: 3; aus der Fraktion PR: 3; aus der Fraktion NU-NS: 1.

490 Vier Präsidentschaftskandidaten gehören dieser Fraktion an, ein fünfter war Mitglied der Partei „Unsere Ukraine“.

491 Janukowitsch selbst teilte den Zuschauern des TV-Kanals „1 plus 1“ mit, dass die Partei der Regionen mit einigen Gruppierungen „selbständiger“ Mitglieder („die sich auch ohne Führer orientieren“) der Fraktion NU-NS (nicht der Fraktion als ganzer) Verhandlungen über die Bildung einer neuen Koalition führe. Ukrainskaja Prawda (russ. Version): Die Leute von Janukowitsch verhandeln mit den Resten der (Fraktion) NU-NS, 04.02.2010.

492 Für die die Absetzung des Ministers des Innern, Jurij Luzenko, stimmten 231 Abgeordnete, also 32 Mitglieder der „Regierungskoalition“. Parlamentarier würden „wie ein Pfund Fleisch gekauft die Käuflichkeit in der Politik ist grenzenlos“, sagte Julia Timoschenko. Timoschenko glaubt, dass unter Janukowitsch die Parlamentarier (eine Handelsware) wie Fleisch werden“, in: Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 02.02.2010.

Und fünf Tage vor der Stichwahl, am 3. Februar, stimmten 29 Mitglieder der Fraktion NU-NS für die von der Partei der Regionen eingebrachte und vom Block Julia Timoschenko heftig bekämpfte Änderung des Wahlgesetzes.[493] Nach der Stichwahl, am 16. Februar stimmten 15 Mitglieder der Fraktion NU-NS (und 1 Mitglied des BJuT, sowie 3 fraktionslose Parlamentarier) für den 25. Februar als Termin für die Inauguration von Janukowitsch, obwohl das Oberste Verwaltungsgericht in der Klage Julia Timoschenkos gegen die Zentrale Wahlkommission noch keinen Spruch gefällt hatte.[494] Damit schienen die Umrisse einer zukünftigen Mehrheit in der Verchovna Rada bereits umrissen. Doch der „totale" Machtwechsel war mit einzelnen Überläufern aus Juschtschenkos fragmentiertem Block „Nascha Ukrajina - Narodna Samooborona" nicht zu vollziehen. Ein Handvoll opportunistischer NU-NS Mitglieder genügte zwar für die Bildung einer absoluten Mehrheit, mit der die Premierministerin Julia Timoschenko ihres Amtes enthoben werden konnte; doch für die Wahl eines neuen Premierministers schreibt die Verfassung die Konstituierung einer „Koalition" vor, die nur von Fraktionen, nicht von einzelnen Parlamentariern gebildet werden kann; dabei müssen die Mitglieder der koalierenden Fraktionen zusammen die absolute Mehrheit im Parlament bilden (also mindestens 226 von den insgesamt 450 Mitglieder der Verchovna Rada). Und auch laut der Geschäftsordnung der Verchovna Rada, die am 10. Februar 2010 von der Verchovna Rada mit großer Mehrheit in Form eines Gesetzes verabschiedet wurde, können nur Fraktionen eine (Mehrheits-)Koalition bilden; einzelne Parlamentarier können ihr nicht beitreten; das Gesetz verlangt zusätzlich die Unterschrift von mindestens 226 für die Konstituierung einer Koalition, eine Vorschrift, welche die bis dato geltende Geschäftsordnung nicht enthielt. Um als Fraktion NU-NS eine Koalition mit der Fraktion der Partei der Regionen eingehen zu können, hätte diesem „Wechsel" die Mehrheit ihrer Mitglieder, also mindestens 37 von 72, zustimmen müssen. Die „37" aber erwies als die „verflixte Zahl" in dem postelektoralen Machtspiel. Die Anzahl der wechselwilligen Mitglieder der verschiedenen Gruppierungen der NU-NS Fraktion „changierte", aber die Zahl 37 ließ sich nicht auf Unterschriftenlisten fixieren: Janukowitsch, der Sieger der Wahl des Jahres 2010, sah sich unversehens abhängig von den parlamentarischen Trümmern des zerfallenen „Blocks" des abgewählten Präsidenten Juschtschenkos, seines Besiegers in der Wahl des Jahres 2004.

---

[493] Gegen „Bezahlung", wie ihnen aus der Fraktion des BJuT vorgeworfen wurde. Die Änderung hob die bisher geltende Vorschrift auf, nach der für die Beschlussfähigkeit der Wahlausschüsse auf lokaler Ebene ein Quorum erforderlich war.

[494] Ukrainskaja Prawda (russ. Vers.), 16.02.2010. „Deputaty naznatschali Koronaciju Janukowitscha". („Krönung von Janukowitsch"

Die starke Stellung, die der Fraktion NU-NS durch die Wahl von Janukowitsch zum Präsidenten zufiel, ermunterte die ambitiösen „lidery“ ihrer diversen Parteien und Gruppierungen, aus denen sich der ehemalige „Block Juschtschenko“ zusammensetzt, an dem Machtspiel zwischen Julia Timoschenko und Janukowitsch teilzunehmen - und mit beiden Seiten zu „verhandeln“. Der geplante parlamentarische „Blitzkrieg“ - Formierung einer neuen, „pro-präsidentiellen“ Mehrheit in der Verchovna Rada und Wahl eines neuen, „kooperativen“ Premierministers - blieb nach der Absetzung der Premierministerin Timoschenko stecken. Janukowitsch scheint den opportunistischen „Wechselwillen“ in der Fraktion „NU-NS“ überschätzt zu haben. Der ehemalige Außenminister Boris Tarasjuk, Vorsitzender der Partei „Narodnyj Ruch Ukrainy“ und Mitglied der Fraktion NU-NS, antwortete auf die Frage, ob er die Bildung einer neuen Koalition für möglich halte: „…alles hängt ab von dem Grad der politischen Käuflichkeit einerseits, und von der Menge der Mittel, welche die andere Seite bereit ist zu zahlen.“[495] Die Existenz von Listen mit den Unterschriften von wechselwilligen Mitgliedern der Fraktion NU-NS wurde behauptet (und von den betroffenen Personen und Gruppen (Mykola Martynenko, „Ukrainska Narodna Partija“) als provokante Fälschungen geleugnet.[496] So behauptete Jurij Grymschak aus der Gruppierung NS (Narodna Samooborona) in der Fraktion NU-NS, es hätten bereits 25 Mitglieder der Fraktion NU-NS ihre Unterschrift unter ein Koalitionsabkommen mit der Partei der Regionen gesetzt. Nur wenige „Sprecher“ der Fraktion NU-NS propagierten offen eine Koalition mit der PR, denn die angebliche - oder auch bekundete - Bereitschaft zu einer Koalition mit der Partei der Regionen implizierte den Verdacht, „gekauft“ worden zu sein. Julia Timoschenko behauptete in einer Fernsehsendung, die Partei der Regionen bezahle 3 bis 5 Millionen US Dollar für eine Stimme.[497] Dass der Partei der Regionen die Bildung einer (Regierungs-)Koalition letztlich gelingen würde, stand für viele Beobachter außer Zweifel: Der Übertritt der Fraktion NU-NS sei eine „Frage des Geldes … und der Posten“, sagte der angesehene Politikwissenschaftler Kostjantyn Bondarenko.[498] In seiner Euphorie über den Wahlsieg hat Janukowitsch den Preis für eine Koalition mit der Fraktion NU-NS selbst heraufgesetzt:

[495] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 26.02.2010, unter Verweis auf die Agentur UNIAN.

[496] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2010.

[497] In der Sendung des Kanals TRK „Ukraina“. Darüber berichtete die Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2010.

[498] Interfax, Kiew, 03.03.2010. Bondarenko ist Direktor des Kiewer Instituts für Management-Probleme, (russ.: Kievskij Institut problem upravlenija imeni Gorschenina).

Mit seinen unbedacht geäußerten Absichten bezüglich einer möglichen Verlängerung des Pachtvertrages für die russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol (Krim), über die Beteiligung von Gasprom am ukrainischen Gastransportsystem (GTS), über die Erhebung der russischen Sprache zur zweiten amtlichen Sprache der Ukraine u. a. m. stieß er die „patriotischen Politiker" dieser Fraktion vor den Kopf, so dass die Verhandlungen mit den verschiedenen Gruppierungen über die Bildung einer neuen Koalition sich unerwartet verkomplizierten. Die koalitionswilligen „NUNSisten" konnten sich hinter „ideologischen Divergenzen" verstecken - und völlig inakzeptable Forderungen an die personale Beteiligung ihrer Fraktion an der neuen Regierung stellen, um den „Schutz der nationalen Interessen der Ukraine" zu sichern. Von der Drohung vorgezogener Parlamentswahlen, die nur wenige NU-NS Parlamentarier überleben würden, ließen sich diese nicht von ihren Forderungen nach einem „ungebührlich" großen Anteil an der Macht, d. h., an den Pfründen, abbringen, da sie wussten, dass die Partei der Regionen ebenso wenig wie sie an der Auflösung der Verchovna Rada interessiert ist. Offene interfraktionelle „Koalitionsverhandlungen" konnte die Partei der Regionen mit der Fraktion NU-NS nicht führen, da sich in ihr keine Mehrheit - öffentlich - zu einer Koalition mit der Partei der Regionen - und mit den Kommunisten - bereitfand; eine diesbezügliche Erklärung des nominellen Vorsitzenden der Fraktion NU-NS, Mykola Martynenko, wurde sofort aus den Reihen der koalitionsunwilligen Gruppierungen der Fraktion dementiert. Einige der Parteien, aus denen sie sich zusammensetzt, erteilten einer Koalition mit der Partei der Regionen öffentlich eine Absage - so die Partei „Narodny Ruch Ukrainy" (Volksbewegung der Ukraine)[499] des ehemaligen Außenministers Boris Tarasjuk. Die Partei „Ukrainska narodna partija" (UNP) von Jurij Kostenko sprach sich öffentlich für eine Koalition mit der Partei der Regionen aus, lehnte aber eine Koalition ab, an der die Kommunistische Partei beteiligt ist. Sie verteilte in der Verchovna Rada ein Memorandum mit ihren Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen über eine Koalition namens „Einigung für Reformen".

Darin fordert die UNP die „Verhängung eines Moratoriums" über alle Fragen, die in der zukünftigen Koalition und in der Gesellschaft Konflikte hervorrufen könnten.[500] Des Weiteren fordert sie die Hälfte aller Ministerien für Vertreter der NU-NS, einschließlich des Amtes des Premierministers und des Ministeriums des Innern.

[499] Der NRU ist das parteipolitische Relikt des „Ruch", der ukrainischen (Unabhängigkeits-)Bewegung für Glasnost Ende der achtziger / Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

[500] Status der russischen Sprache, Mitgliedschaft in der NATO, Einbringung des ukrainischen Gastransportsystems in ein Internationales Konsortium, Holodomor und OUN-UPA, russische Schwarzmeerflotte. Mitteilung des Pressedienstes der UNP, wiedergegeben in der Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2005.

Einige „Deputierten-Gruppen“ erklärten sich zu einer Koalition mit der Partei der Regionen bereit - unter der Bedingung, dass ihr Kandidat für das Amt des Premierministers von den anderen Koalitionären akzeptiert würde.[501] So schlug der ehemals „orangene Millionär“ David Zhvanija, dem der Entzug der ukrainischen Staatsangehörigkeit (und damit der parlamentarischen Immunität) droht, vor, die Bildung einer Koalition mit der Partei der Regionen an die Bedingung zu knüpfen, dass diese den Präsidentschaftskandidaten Arsenij Jacenjuk, der Mitglied der Fraktion NU-NS ist, als Premierminister akzeptiert.[502] Jacenjuk selbst schlug dem Präsidenten Janukowitsch in einem offenen Brief eine verfassungsrechtlich einwandfrei gebildete, zweimonatige Übergangsregierung zur Vorbereitung von vorgezogenen Parlamentswahlen vor, die „seine“ Fraktion NU-NS in der Verchovna Rada unterstützen würde, ohne ihr mit eigenen Ministern anzugehören.[503]

Die Partei „Za Ukrainu“ (Pro Ukraine) des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der NU-NS, Vatscheslav Kirilenko vollzog im Verlauf der taktischen Positionierungsmanöver der einzelnen Fragmente der Fraktion NU-NS eine Wende: Sie werde nun doch keine Koalition mit der Partei der Regionen eingehen; sie betrachtete sich aber auch nicht länger als Teil der Regierungskoalition.

Die Partei „Za Ukrainu“ sei aber bereit, mit dem Block Julia Timoschenko zu koalieren - unter der Bedingung, dass Julia Timoschenko auf das Amt des Premierministers zugunsten von Viktor Juschtschenko verzichte.[504]

Vor den Wahlen war von einigen Politologen Präsident Juschtschenkos aussichtslose Präsidentschaftskandidatur als Ambition auf das Amt des Premierministers gedeutet worden. Von Seiten Julia Timoschenkos wurde sogar eine diesbezügliche Abmachung zwischen Juschtschenko und Janukowitsch unterstellt.

---

[501] Die Gruppierung um Viktor Baloha, des ehemaligen Leiter des Sekretariats des Präsidenten Juschtschenko, erklärte öffentlich ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der neuen, „pro- präsidentialen“ Koalition; als es am 11. März zur Abstimmung über die neue Regierung kam, stimmte sie aber nicht für den Kandidaten Azarov und dessen Kandidaten für des Ministerkabinett.

[502] Zhvanija ist der Stellvertretende Vorsitzende von Narodna Samooborona (NS / Selbstverteidigung des Volkes), mit dessen ersten Vorsitzenden Jurij Luzenko er verfeindet ist. Der Ex-Innenminister Jurij Luzenko hat sich bereits vor dem Wahlkampf von Präsident Juschtschenko losgesagt und auf die Seite Julia Timoschenkos gestellt. Der Vorsitzende der Fraktion NU-NS, Mykola Martynenko, stand im Wahlkampf auf der Seite Julia Timoschenkos; andererseits ist er Zhvanijas Geschäftspartner und das „Geschäft“ geht im Ernstfall vor.

[503] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 07.03.2010, mit Verweis auf den Pressedienst der „Front zmin“ (Front für Veränderungen; russ. Front peremen).

[504] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 18.02.2010.

Da kam es gelegen, dass der Stellvertretende Leiter der „Hauptabteilung für innenpolitische Fragen und Regionalpolitik“ im Sekretariat des Präsidenten, Jaroslav Kozatschok, am 25. Dezember 2009 von diesem Posten zurücktrat - aus Protest, wie er auf einer Pressekonferenz in der Agentur UNIAN erklärte, gegen eine geheime „Vereinbarung über politische Versöhnung und Entwicklung der Ukraine“ zwischen den Präsidentschaftskandidaten Juschtschenko und Janukowitsch, in der sich beide verpflichteten, sich im Wahlkampf gegenseitiger Kritik zu enthalten. Sowohl Juschtschenko als auch Janukowitsch wiesen das von Kozatschok in Faksimile präsentierte Dokument, das beider Unterschriften trägt, als Fälschung zurück.[505]

Um ihre „Regierungskoalition“ zusammenzuhalten, bot Julia Timoschenko ihrerseits der Fraktion NU-NS eine Umbildung des Kabinetts an, konkret die Hälfte aller Ministerposten - ein sinnloses Unterfangen, da der dritte Koalitionspartner, die Fraktion des „Blocks Lytvyn“ bereits den Ausstieg de facto bereits vollzogen hatte; aufhalten konnte Julia Timoschenko ihre zweite Niederlage, nämlich ihre Abwahl durch das Parlament, mit diesem Angebot nicht. In der Fraktion NU-NS wurde ihr unterstellt, dass es ihr nur darum ginge, in Verhandlungen mit Präsident Janukowitsch zu erreichen, als „kohabitierende“ Premierministerin akzeptiert zu werden.

In ihrer „Botschaft an das ukrainische Volk“ vom 22. Februar aber erklärte Julia Timoschenko, dass sie unter keinen Umständen eine Koalition mit Janukowitsch eingehen werde, „denn ich anerkenne ihn nicht als den Präsidenten der Ukraine[506] und ich akzeptiere nicht sein anti-ukrainische und anti-europäische Politik“. Wenn einige demokratische Parteien aus der Fraktion NU-NS mit der Partei der Regionen politische Geschäfte machen sollten, dann „gehe ich in die Opposition“, verkündete sie.[507] Es galt bis zum Beginn des Wahlkampfes unter politischen Beobachtern nicht als ausgeschlossen, dass Präsident Janukowitsch bis zu den regulären Parlamentswahlen im Jahre 2012 zu einer „großen Koalition“ mit dem Block Julia Timoschenko bereit sein könnte;

---

[505] Ein Faksimile des von Kozatschok vorgelegten Textes – mit den Unterschriften von Viktor Juschtschenko und Viktor Janukowitsch wurde auf der Website PROTEST am 30.12.2009 veröffentlicht; http://pro-test.org.ua/index.php?id=50058&show=news&newsid=50898, sowie auf der Website: http://ura-inform.com/politics/2009/12/25/oni/?.... Siehe auch: Pavel Korduban: Will Juschtschenko help Janukowitsch in Election Campaign, in: Eurasia Daily Monitor, Volume 7, Issue 3, and 06.01.2010. Taras Kuzio hält Papier mit der Begründung für echt, dass Präsident Juschtschenko die Staatsanwaltschaft mit der Untersuchung beauftragte - nicht wegen „Fälschung“, sondern wegen „Verrats“ eines Staatsgeheimnisses. Category: Eurasia Daily Monitor, Home Page, Domestic/Social, Ukraine, Featured Taras Kuzio: Yushchenko and Yanukovych Forge an Electoral Alliance, in: Eurasia Daily Monitor, Volume 7 Issue 2, 05.01.2010.

[506] Der feierlichen Inauguration des Präsidenten Janukowitsch in der Verchovna Rada blieb die BJuT- Fraktion geschlossen fern.

[507] Staatliche Fernsehgesellschaft „Perwyj Kanal“, 22.02.2010; Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 22.02.2010: Timoschenko schwört, sie werde sich nicht mit Janukowitsch verständigen.

eine solche „PR und BjuT“ -Koalition war im Frühjahr 2009 von Julia Timoschenko angestrebt worden, um ihre Regierung in der Krise handlungsfähig zu machen. Diese war jedoch nicht zustande gekommen, wohl weil Janukowitsch erkannte, dass seine eigene Präsidentschaftskandidatur größere Chancen aus der Opposition heraus haben würde.[508] Nach dem ersten Wahlgang schloss Janukowitsch eine Koalition der Fraktion der Partei der Regionen mit der Fraktion des Blocks Julia Timoschenko kategorisch aus. In einer live Sendung des Programms „Große Politik“ (ukr: Velyka Politika) des Fernseh-Kanals INTER[509] am Abend vor dem ersten Wahlgang, sagte Janukowitsch, dass er Julia Timoschenko nicht im Amt des Premierministers „belassen“ werde, wenn er zum Präsidenten gewählt werden würde. Er sehe Julia Timoschenko als Führerin der Opposition; dies sei ihre natürliche Rolle. Wenn sie nicht bereit sei, den Posten aufzugeben, „wird man sie bitten - herzlich (laskovo)“. „Wenn sie eine politische Zukunft haben will, dann muss sie freiwillig zurücktreten“, sagte der Stellvertretende Vorsitzende der PR, Boris Kolesnikov, drei Tage nach der Stichwahl. „Wenn sie nicht geht, wird sie abgesetzt werden“, drohte er.[510] Nach dem polarisierten Wahlkampf - und vor allem nach ihrer Weigerung, den Wahlsieg von Janukowitsch anzuerkennen, wäre den Wählern der beiden Kontrahenten eine Koalition der Partei der Regionen und des Blocks Julia Timoschenko nicht zu vermitteln gewesen; sie wäre nicht als „nationale Versöhnung“, sondern als persönliches „Arrangement“ gewertet worden. Abgesehen davon konnte ausgeschlossen werden, dass die beiden „Führer“ für einen solchen Pakt in ihren beiden Fraktionen die nötigen Mehrheiten gefunden hätten. Alle zur Wahrung des „national-demokratischen“ Gesichts in die Öffentlichkeit lancierten Vorschläge der diversen Gruppierungen in der Fraktion NU-NS zur „Rettung der Koalition“ waren scheinheilig: Der Koalitionspartner „Block Lytvyn“ und der Parlamentspräsident Lytvyn selbst hatten sich durch konkludentes Abstimmungsverhalten bzw. Vorsitzführung in der Verchovna Rada längst aus der Koalition verabschiedet; und die beiden Fraktionen des BJuT und NU-NS verfügten numerisch nur über 225 Stimmen, eine Stimme weniger als die absolute Mehrheit; aber allen kannten namentlich die große Zahl der Gegner der Premierministerin Julia Timoschenkos in den eigenen Reihen.

---

[508] Unwahrscheinlich ist, was Claudia Kamke und Kristin Wesemann schreiben, dass nämlich Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko bereits vor der Wahl vereinbart hätten, dass der Verlierer der Stichwahl den Posten des Premierministers behält bzw. erhält. Claudia Kamke, Kristin Wesemann: Die Ukraine vor der Präsidentschaftswahl. Ernste Kandidaten für ernste Zeiten , Kommentar in: Ukraine-Analysen, 60/90, S. 7-9.

[509] Kanal Inter; Ukrainskaja Prawda (russ. Version), „Janukowitsch laskovo vyneset Timoschenko, nesmotrja na kaprizy“,(„Janukowitsch wird Timoschenko ertragen, trotz ihrer Laune“) 15.01.2010.

[510] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 10.02.2010, mit Verweis auf das Interview von Janukowitsch mit der russisch- sprachigen Tageszeitung „Sevodnja“ (Heute).

In den Koalitionsverhandlungen, in denen es vor allem um den parlamentarischen Kandidaten für das Amt des Premierministers ging, spielte Tihipko - der über keine parlamentarische „Verhandlungsmasse“ verfügt - keine Rolle mehr. Er selbst brachte sich nach der Stichwahl wieder „ins Gespräch“. Doch Präsident Janukowitsch wollte dem potenziellen – persönlichen - Konkurrenten nicht das Amt des Premierministers „anbieten“. Laut einer Nachwahlumfrage hätte Tihipko, wenn er es in die Stichwahl geschafft hätte, die Präsidentschaftswahl gewonnen.[511] In den nächsten Parlamentswahlen -und in den anstehenden Kommunalwahlen - wird Tihipkos Partei „Sil’na Ukraina“ (Starke Ukraine) sicher vor allem auf Kosten der Partei der Regionen in die Verchovna Rad bzw. in die kommunalen Räte einziehen, was kaum im Interesse des Präsidenten Janukowitsch liegen kann.

In ihren „interpersonellen“ Verhandlungen mit einzelnen Mitgliedern der Fraktion NU-NS, die selbstverständlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden, kamen die „Einkäufer“ der Partei der Regionen nicht zu dem gewünschten Ergebnis, nämlich 37 Mitglieder dieser Fraktion für eine - rechtlich einwandfreie – „pro- präsidentielle“ Koalition zu gewinnen. Um die Fraktion NU-NS unter Druck zu setzen, ließ die Partei der Regionen ihren potenziellen Koalitionspartnern den Entwurf eines Koalitionsabkommens zugehen, laut dem den Mitgliedern des Parlaments eine individuelle Mitgliedschaft in einer Koalition möglich gemacht werden sollte - womit dem „stückweisen Kauf“ (Internet-Zeitung „Ukrainskaja Prawda“) von Abgeordneten Tür und Tor geöffnet worden wäre. Vatscheslav Kirilenko deutete die in dem Entwurf vorgesehene individuelle Mitgliedschaft in der Koalition als Erpressungsversuch: Wenn sich die Fraktion NU-NS nicht als Ganzes für eine Koalition mit der Partei der Regionen entscheiden könne, „dann werden wir jeden einzelnen von Euch individuell bearbeiten“, unterstellte Kirilenko der Partei der Regionen in einer Fernseh- Sendung.[512]

---

511 Exit- poll im Auftrag der Fernsehgesellschaft ICTV, durchgeführt von GfK NOP; Interfax-Ukraine, Kiew, 09.02.2010.

512 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 27.02.2010; Kirilenko in der politischen Show, im „Telekanal Ukraina“ der Teleradiokompanija (TRK) „Ukraina“, 26.02.2010. Streitpunkte sind die Sprachpolitik, der blockfreie Status der Ukraine und deren Eurointegration.

3. Machtübernahme der „Regionalen“

Coup de grace für die „demokratische Koalition“

Die Marodiertet der Konstruktion der „demokratischen Koalition“, mit der die Premierministerin Julia Timoschenko im Krisenjahr 2009 „regieren“ musste, manifestierte sich nach der Wahl eines neuen Präsidenten in dem lächerlichen Streit darüber, ob sie überhaupt existiere oder nicht. Am 2. März erklärte der Präsident des Parlaments, Lytvyn, die Koalition der Fraktionen BJuT, NU-NS und des „Block Lytvyn“ unter Bezug auf das „Gesetz über das Reglement der Verchovna Rada“[513] vom 16. Februar 2010 für nicht mehr bestehend, da diese ihre Existenz nicht durch mindestens 226 (die absolute Mehrheit von 450) Unterschriften bestätigt habe.[514]
Am 17. Februar hatte der hilfswillige Vorsitzende der Verchovna Rada[515] - auf Betreiben der Partei der Regionen - eine zehntägige Frist für den schriftlichen Nachweis der faktischen Existenz der de jure existierenden Koalition gesetzt. Das Gesetz „Über das Reglement der Verchovna Rada der Ukraine“[516] war am 10. Februar 2010 vom Parlament mit der großen Mehrheit von 368 Stimmen verabschiedet und am 16. Februar 2010 von dem - noch amtierenden - Präsidenten Juschtschenko unterschrieben worden. Im Unterschied zu der „alten“ Geschäftsordnung, nach der die Entscheidung über die Bildung einer Koalition „bei den Fraktionen“ lag, erforderte das neue „Gesetz über die Geschäftsordnung“ zusätzlich die Unterschrift von mindestens 226 Abgeordneten. Kapitel 12 des Gesetzes definiert eine Koalition als nicht länger bestehend, wenn sie in einer ordentlichen Sitzung der Verchovna Rada nicht die Mindestzahl von 226 Unterschriften beibringt. Justizminister Mykola Onitschuk erklärte, dass dieses Gesetz keine rückwirkende Kraft habe, die bestehende Koalition also nicht davon betroffen sei. Keine der drei Fraktionen, die diese Koalition im Dezember 2008 gebildet haben, hatte ihren Austritt erklärt - auch nicht die Fraktion des „Block Lytvyn“.

---

513 Am 10. Februar hatte das Parlament seine Geschäftsordnung als Gesetz verabschiedet; Präsident Juschtschenko setzte das „Gesetz über das Reglement der Verchovna Rada“ am 16. Februar mit seiner Unterschrift in Kraft.

514 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 02.03.2010:Litvin objavil o smerti koalicii (Lytvyn: „Tod der Koalition“).

515 Das Bedürfnis nach persönlicher Revanche beförderte das politische Kalkül: In einer Erklärung des Blocks Lytvyn wurde darauf verwiesen, dass Mitte des Jahres 2009 der Block Julija Timoschenko mit der Partei der Regionen „hinter dem Rücken“ des Blocks Lytvyn die Bildung einer Koalition vereinbart habe - und dass beide, der BJuT und die PR das perfide Gesetz über die Wahl des Präsidenten verabschiedet hätten. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 02.03.2010.

516 Gesetz (Nr. 1861-VI), in der Redaktion vom 19.09.2008.

Die Fraktion des BJuT und Teile der Fraktion NU-NS hatten das Ultimatum des Parlamentspräsidenten zurückgewiesen. Der Vorsitzende der Fraktion des Blocks Julia Timoschenko, Ivan Kirilenko[517], betonte in der Sitzung des Schlichtungsrates, dass die Koalition gemäß der Verfassung und der seinerzeit geltenden Geschäftsordnung gebildet worden sei; das neue Gesetz über das Reglement der Verchovna Rada habe keine rückwirkende Geltung. Der Vorsitzende der Fraktion NU-NS, Mykola Martynenko, bestätigte jedoch auf dieser Sitzung im Namen der Fraktion NU-NS das „Out" der Koalition - ohne dafür von einer Mehrheit seiner Fraktion bevollmächtigt worden zu sein. Mykola Kateryntschuk, der Vorsitzende der „Europäischen Partei der Ukraine" (Jevropejskaja Partija Ukrainy/ JePU), deren Abgeordnete Mitglieder der Fraktion NU-NS sind, reichte vor dem Kiewer Bezirksverwaltungsgericht Klage gegen den „Spiker" der Verchovna Rada ein.

4. Das Misstrauensvotum gegen die Regierung Timoschenko

Die Fraktion des Blocks Julija Timoschenko forderte für den 24. Februar, dem Tag vor der Inauguration des Präsidenten Janukowitsch, eine Sondersitzung des Parlaments, auf der die Premierministerin die Vertrauensfrage stellen wollte - in der Erwartung, dass die Stimmen für ein Misstrauensvotum nicht reichen würden. In diesem Fall wäre Premierministerin Julia Timoschenko für einige Monate vor einer Amtsenthebung sicher gewesen, da die Vertrauensfrage in einer Sitzungsperiode des Parlaments nur ein Mal gestellt werden kann. Parlamentspräsident Lytvyn, der nach der Wahl von Janukowitsch offenkundig die Seiten gewechselt hatte, verweigerte die Einberufung einer Sondersitzung mit formalen Argumenten.

Einen Tag nach der Liquidierung der de facto bereits inexistenten Koalition, am 3. März, stellte sich in der Verchovna Rada „situativ" eine Mehrheit ein, die auf Antrag der Fraktion der Partei der Regionen der Regierung Timoschenko das Misstrauen aussprach[518] - ohne einen neuen Premierminister zu wählen. (Ein konstruktives Misstrauensvotum kennt die ukrainische Verfassung nicht.) Für den Misstrauensantrag stimmten 243 Deputierte, außer den Mitgliedern der Fraktionen der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des „Blocks Lytvyn" 15 Mitglieder der Fraktion Nascha Ukraina - Narodna Samooborona.

---

[517] Vatscheslav Kirilenko war der Vorsitzende der Fraktion NU-NS; er ist nach wie vor der Vorsitzende der Partei „Za Ukrainu".

[518] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03.03.2010: Rada uvolila Timoschenko (Rada hat Timoschenko entlassen.

Sieben Mitglieder ihres „Blocks“ stimmten gegen Julia Timoschenko;[519] es waren sicher mehr als „30 Silberlinge“, die sie für diesen Dienst erhielten.

Nach dem Misstrauensvotum trat die Premierministerin Julia Timoschenko zurück, bzw. „beurlaubte“ sich selbst; die rechtliche Deutung dieses ihres Schritts war nicht klar. Die Funktion des kommissarisch amtierenden („i.o.“) Premierminister übertrug sie dem Ersten Stellvertretenden Premierminister Oleksandr Turtschinov.[520] Alle Minister aus den Reihen des BJuT (nicht so die Minister der NU-NS Quote) legten ihre Ämter nieder, versahen aber ihren Dienst kommissarisch weiter. Vor der Abstimmung über den Misstrauensantrag der Partei der Regionen hielt der Wunschkandidat des Präsidenten Janukowitsch für das Amt des Premierministers, Mykola Azarov, der sich eher durch politische Agitation als durch ökonomische Argumentation auszeichnet, Gericht über die Regierung Timoschenko: Er lastete ihr - zum vielfach wiederholten Male - die alleinige Schuld an dem „katastrophalen Niedergang“ der ukrainischen Wirtschaft an; sie hinterlasse das Land in einem desperaten (Janukowitsch: wie nach einem „Tsunami“) Zustand. In ihrem mit pathetischen Einlagen – „das Land über alles“ - gespickten Rechenschaftsbericht reklamierte Julia Timoschenko für ihre Regierung das Verdienst, die Ukraine vor dem finanziellen Kollaps gerettet zu haben, als die Finanzkrise die ganze Welt zu ruinieren drohte. Im Kampf gegen die Krise habe sie allein gestanden; „alle anderen Organe blockierten die Arbeit der Regierung…[521] In der Tat hielt Premierministerin Timoschenko den ukrainischen Staat finanziell über Wasser - trotz der schwindenden Einnahmen und angesichts des kollabierenden Finanzsektors. Schnell entschlossen sicherte sie der Ukraine eine Kreditlinie des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 11,1 Milliarden Euro (16,4 Milliarden USD). Die Auslandsschulden wurden in ihrer Amtszeit bedient, und die Rechnungen für russisches Erdgas wurden pünktlich bezahlt. Und trotz der unablässigen Beschwörung sozialer Unruhen durch die Partei der Regionen kam es zu keinen Protestdemonstrationen gegen die Regierung.

---

519 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03.03.2010: Otstavka Timoschenko. Kak to bylo (Entlassung von Timoschenko). Partei der Regionen: 172; Kommunistische Partei: 27; „Blok Lytvyn“: 19 (Lytvyn selbst stimmte nicht mit ab); NU-NS: 15; BJuT: 7; Fraktionslose: 3. Aus der Fraktion NU-NS stimmten die Mitglieder der Partei „Jedynyj Center“ (Vorsitzender Igor Kril; Mitglied des Präsidiums: Viktor Baloha, ehemaliger Leiter des Sekretariats des Präsidenten Juschtschenko für Amtsenthebung Julia Timoschenkos. Die Mitglieder der Partei „Narodny Ruch“ (Vorsitzender: Boris Tarasjuk) in der Fraktion NU-NS „folgten“ Julia Timoschenko in die Opposition.

520 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03.03.2010: Timoschenko pereschla v oppoziciju (Timoschenko geht in die Opposition).

521 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03003.2010: Timoschenko uverena, schto spasla stranu (Timoschenko ist sicher, dass sie das Land rettete).

Julia Timoschenkos Leistung wiegt umso mehr, als sie permanenter Sabotage seitens des Präsidenten Juschtschenko und der „regionalen“ Opposition in der Verchovna Rada ausgesetzt war, in welcher sie keine wirkliche Mehrheit hatte, sondern nur eine unzuverlässige „Koalition“, aus der bei jeder Abstimmung über ihre legislativen Initiativen Teile der Fraktion NU-NS ausscherten. Das vernichtende Urteil, das Janukowitsch und seine Partei der Regionen im In- und Ausland über die Regierung der Premierministerin Julia Timoschenko fällten, wird von der Bevölkerung nicht geteilt, wie eine Umfrage des Razumkow- Zentrums zeigt, die eine Woche vor ihrer Amtsenthebung abgehalten wurde.[522] Für den besten Premierminister in der Geschichte der unabhängigen Ukraine halten 28,5 % zwar Janukowitsch; doch trotz der Krise, mit der sie in ihrer Amtszeit konfrontiert war, meint jeder Fünfte (21 %), dass Julia Timoschenko dieses Amt am besten versehen hat. Zu einem erheblichen Teil hat sich Julia Timoschenko Ergebnis der Präsidentschaftswahl, welches sie letzten Endes in die Opposition „verbannte“, selbst zuzuschreiben: Anstatt in der globalen Krise, welche die Ukraine mit großer Wucht traf, den Kampf um das Amt des Präsidenten aus der Opposition heraus zu führen, nahm sie ihn mit dem Malus der verantwortlichen Regierungschefin auf, was sie leicht verwundbar machte. Und einige konzessive Gesten in Richtung der russisch- sprachigen Bevölkerung in der Ost- und Süd-Ukraine hätten ihr dort sicher erhebliche Stimmengewinne eingebracht, ohne dass sie dies Einbußen in der West- Ukraine gekostet hätte.

5. Die Koalition „Stabilität und Reformen“: eine Koalition der „Schlachthühner“

Parlamentspräsident Lytvyn hatte die „Regierungskoalition“ der Premierministerin Julia Timoschenkos für tot erklärt, ohne eine neue, „pro- präsidentielle“ Koalition aus der Taufe zu heben. Die Verfassung gibt dem Parlament 30 Tage Zeit, eine neue Koalition - und 60 Tage, um eine neue Regierung zu bilden, d. h. in erster Linie, einen neuen Premierminister zu wählen. Wenn das Parlament diese Fristen nicht einhält, hat der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen und seine Neuwahl auszuschreiben.

---

[522] Umfrage des Razumkow- Zentrums für wirtschaftliche und politische Studien vom 26. Februar bis 2. März 2010; Pressemitteilung. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 04.03.2010: Nur 6 Prozent hielten Juschtschenko für den besten Premierminister.

Nach der „reformierten“ Verfassung wählt „das Parlament“, genauer eine formal als Koalition konstituierte parlamentarische Mehrheit, den Premierminister und sein Ministerkabinett, d. h., die „Regierung“. Nach dem bisherigen allgemeinen Verständnis des einschlägigen Artikels 83 der Verfassung können nur Parlamentsfraktionen eine Koalition bilden - und auch nur dann, wenn die Zahl ihrer Mitglieder zusammen genommen mindestens die absolute Mehrheit von 226 Stimmen umfasst. Mitglieder der Verchovna Rada können demnach generell nicht als Individuen einer Koalition beitreten - und damit auch nicht, wie in diesem speziellen Fall, den drei koalitionswilligen Fraktionen der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des Blocks Lytvyn, deren Mitglieder zusammen nicht auf die erforderliche absoluten Mehrheit kommen, die fehlenden Mandate zu liefern. Um das Interregnum zwischen dem Rücktritt der Premierministerin Julia Timoschenko und ihrer „eigenen“ Regierung abzukürzen, gab die Partei der Regionen ihre Werbung um die widerspenstige Fraktion NU-NS auf, und bereitete deren wechselwilligen Mitgliedern durch eine legislative Offensive einen quasi-legalen Weg in die neue, pro- präsidentielle Koalition: Sie brachte den Entwurf einer Änderung des Artikel 61 des „Gesetzes über das Reglement der Verchovna Rada“ in das Parlament ein. Eine „Koalition“ - gemeint ist eine Regierungskoalition - ist demnach eine „Vereinigung von Fraktionen, (und) von (einzelnen) Abgeordneten, welche die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder (der Verchovna Rada) umfasst.[523] Damit wurde die Bildung einer neuen (Regierungs-)Koalition sowie einer neuen Regierung - nach der Beerdigung der alten Koalition und der geglückten Liquidierung der Regierung Julia Timoschenkos - zu einem verfassungsrechtlichen Problem.

Der Artikel 83 der Verfassung[524] ist nicht präzise formuliert und erlaubt - bei schlechtem Willen - eine andere Auslegung, als die bisher gültige. (Die Ungenauigkeiten der ukrainischen Verfassung insbesondere in ihren Verfahrensvorschriften verleiten die ukrainischen Parteipolitiker - einschließlich des Parlamentspräsidenten - dazu, „mit den Regeln anstatt nach den Regeln zu spielen“, wie der ukrainischen Politik von europäischen Parlamentariern vorgeworfen wird.)[525]

---

523 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03.03.2010. „Regiony chotjat uzakonit koaliciju „tutschkami“ (Regionen wollen die Koalition durch „Wolkchen“ legitimieren).

524 In der Verchovna Rada konstituiert sich „die Koalition der Abgeordneten- Fraktionen, welche die Mehrheit der Abgeordneten umfasst“.

525 So u. a. Hanne Severensen, die Leiterin der Wahlbeobachter- Mission der Parlamentarischen Versammlung des Europa-Rates (PACE) zu den Parlamentswahlen am 30. September 2007. OSCE / ODIHR, Press release, 01.10.2007. http://www.osce.org/odihr/item_1_26824.html.

Das Verfassungsgericht hatte am 17. September 2008 das Verfassungsverbot der Aufnahme von einzelnen Deputierten in eine Koalition ausdrücklich bestätigt - mit offenkundiger Absicht: Es sollte die Machtanreicherung einer Fraktion durch den „Kauf“ von Mitgliedern andere Fraktionen, d. h., den in der Ära des Präsidenten Kutschma gängigen Fraktionswechsel unterbinden. Der Sprecher des Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch in der Zentralen Wahlkommission, Ochendovsky, erklärte, diese Entscheidung des Verfassungsgerichtes widerspreche der Verfassung.[526] Auch der bisherige erste Stellvertretende Vorsitzende der Verchovna Rada - und heutige Justizminister - Oleksandr Lavrynovy, behauptete, Absatz 6 des Artikels 83 der Verfassung besage nicht, dass nur Abgeordnete, die einer der koalierenden Fraktionen angehören, Mitglieder einer Koalition sein könnten.[527] Am 4. März nahm die Verchovna Rada in erster Lesung mit einer knappen Mehrheit von 229 Stimmen die vorgeschlagene Änderung ihrer (gesetzlich verankerten) Geschäftsordnung an, die es einzelnen Abgeordneten erlaubt, einer Koalition beizutreten[528] Am 9. März verabschiedete die Verchovna Rada in zweiter Lesung das Änderungsgesetz mit 235 Stimmen. Aus den Fraktionen der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei, des „Block Lytvyn“ und vier fraktionslosen Parlamentariern stimmten ihm 7 Mitglieder des BJuT (!) und 5 Mitglieder der Fraktion NU-NS zu.[529] In den Fraktionen des Blocks Julia Timoschenko und NU-NS wurde diese Änderung des Gesetzes über das Reglement der Verchovna Rada als „konstitutioneller Staatsstreich“ (Verfassungsputsch) und als Usurpation der Macht bezeichnet, wie Julia Timoschenko sagte, die Bildung einer Koalition und einer Regierung auf der Grundlage dieses verfassungswidrigen Gesetzes bedeute, dass sie durch „Bestechung, Erpressung und Verrat zustande kämen und illegal seien“ wie der Vorsitzende der Fraktion NU-NS, Mykola Martynenko, appellierte an Präsident Janukowitsch, das novellierte Gesetz nicht zu unterschreiben; eine verfassungswidrig zustande gekommene Koalition deligitimiere die von ihr gewählte Regierung - und den Präsidenten selbst, den „Garanten der Verfassung“, wie er in den Medien apostrophiert wird.

526 Interfax- Ukraine, Kiew, 05.03.2010.

527 Interfax- Ukraine, Kiew, 09.03.2010

528 Die Fraktionen der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des „Blocks Lytvyn“, sowie 4 Mitglieder der Fraktion des BJuT und 2 Mitglieder der Fraktion NU-NS sowie 4 fraktionslose Abgeordnete. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 04.03.2010.

529 Von den 16 fraktionslosen Abgeordneten erklärten 14 tags darauf ihre Absicht, eine parlamentarische Gruppe mit dem Namen „Für Wettbewerbsfähigkeit und Reformen“ bilden zu wollen.

Seine Fraktion würde in diesem Fall in die Opposition gehen und das Verfassungsgericht anrufen. Jacenjuk, Vorsitzender der Partei „Front zmin“ und Mitglied der Fraktion NU-NS ersuchte das Verfassungsgericht, den Absatz 6 des Artikels 83, den er für doppeldeutig hält, offiziell auszulegen. Jacenjuk erinnerte daran, dass die ukrainischen Bürger nicht einen bestimmten Kandidaten in das Parlament wählen, sondern eine bestimmte Partei. Die Verletzung des von der Verfassung vorgeschriebenen Prozedere für die Bildung einer Koalition verzerre den Willen des Wählers. Er plädierte für eine Neuwahl des Parlaments, die in seinem Interesse liegt, um die Bildung einer „Koalition mit Schlachtgeflügel“[530] (koalicija „tutschek“, Sing. Tutschka, Plural Tutschki, Schlachthühner im Sinne von Handelsware, womit die „zugekauften“ Mitglieder der Fraktionen NU-NS und BJuT gemeint waren) zu vermeiden. Diese Koalition würde kollabieren, wenn unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssen, die das Rating des Präsidenten, der Regierung und der Koalitionsfraktionen beeinträchtigen. Serhij Tihipko, der an der Auflösung der derzeitigen Verchovna Rada interessiert war, nachdem er erkennen musste, dass diese ihn nicht zum Premierminister wählen würde, bezeichnete das Vorgehen der Partei der Regionen in der Verchovna Rada als „politischen Raubzug“ sei dumm, das Schicksal der Koalition und der Regierung von dem Appetit einiger weniger fraktionsloser Abgeordneten abhängig zu machen. Es gäbe keine Garantie dafür, dass sie nicht bei jeder Abstimmung über wichtige Gesetze den Premierminister und den Präsidenten erpressten, sagte Tihipko.[531] Die Ukraine hat ein rein proportionales System, d. h., die Ukrainer delegieren nicht Individuen ins Parlament, sondern Parteien bzw. „Wahlblöcke“, die ihrerseits parlamentarische Fraktionen bilden. Die „Tutschki“ sind aus ihren Fraktionen ausgeschert, was mit dem proportionalen Prinzip nicht vereinbar ist - zumal in der Ukraine zusätzlich ein quasi-imperatives Mandat Gesetz ist.[532] Durch ihren Wechsel in die neue Koalition als fraktionslose Mitglieder des Parlaments verhalfen die Überläufer der Partei der Regionen zur Macht; sie missachteten damit den Willen des Wählers der Verchovna Rada der 4. Legislaturperiode. Aus dem Europäischen Parlament, aus der Parlamentarischen Versammlung des Europa-Rates und seitens des Office for Democratic Institutions and human Rights (ODIHR) der OSZE kamen bislang noch keine Reaktionen auf diesen parlamentarischen Coup.

---

530 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 04.03.2010: „Nacional-demokraty uvideli konstitucionnyj perevorot“, (National-Demokraten haben in der Verfassung eine Wende festgestellt) unter Verweis auf den Pressedienst des BJuT.

531 Interfax- Ukraine, Kiew, 20.03.2010.

532 Interfax- Ukraine, Kiew, 09.03.2010.

Ungeachtet der Proteste unterzeichnete Präsident Janukowitsch am 10. März die Gesetzesänderung - nach einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden der Verchovna Rada, an der Julia Timoschenkos Block nicht teilnahm. Er begründete seinen Schritt mit der Notwendigkeit, politische Stabilität im Lande herstellen und so schnell wie möglich eine „effektive" Regierung bilden zu müssen.[533] Mit der Veröffentlichung des novellierten Gesetzes in den Parlaments- und Regierungszeitungen „Holos Ukrainy" bzw. „Urjadovyj Kurier" trat es am 10. März in Kraft. Damit war der Weg frei für die Unterzeichnung der - den Partnern diktierten, nicht mit ihnen ausgehandelten - Vereinbarung über die so genannte Koalition „Stabilität und Reformen". Sie besteht aus den Fraktionen der Partei der Regionen (172 Mitglieder), der Kommunistischen Partei (27 Mitgliedern) und des „Blocks Lytvyn" (20 Mitglieder), sowie 6 Mitgliedern des Blocks Julia Timoschenko, 6 Mitgliedern der Fraktion NU-NS sowie 4 fraktionslosen Abgeordneten - insgesamt 235 Mitgliedern der Verchovna Rada. Die Koalitionsvereinbarung wurde in der Parlamentszeitung „Holos Ukrainy" (Stimme der Ukraine) - mitsamt der Liste der 235 Unterzeichner[534]- veröffentlicht Organe der Koalition sind die „Allgemeine Versammlung" und der „Koalitionsrat", bestehend aus den Fraktionsvorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern jeder Fraktion. Er begutachtet monatlich die Tätigkeit der Regierung; seine Beschlüsse fasst der Koalitionsrat im Konsens. Die Funktion des Koordinators der Koalition wird abwechselnd von den Vorsitzenden der koalierenden Fraktionen für eine Sitzungsperiode des Parlaments wahrgenommen. Die Vereinbarung ist das umgeschriebene Wahlprogramm des „regionalen" Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch, schreibt die Tageszeitung „Kommersant". Die militär-politische Blockfreiheit der Ukraine soll gesetzlich verankert, die Zusammenarbeit mit der NATO „im Rahmen des gegenseitiges Interesses" fortgesetzt werden. Die Beziehungen zur Russländischen Föderation sollen gestärkt werden, und zwar „auf der Grundlage strategischer Partnerschaft, Freundschaft und guter Nachbarschaft, sowie beidseitig nützlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit". Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern der GUS - wie überhaupt die „wirtschaftliche Integration der Ukraine in den postsowjetischen Raum" - soll entwickelt werden.

[533] Interfax- Ukraine, Kiew, 10.03.2010.

[534] Für die abtrünnigen Mitglieder der Fraktionen NU-NS und BJuT hat sich schnell der Terminus 'tutschki' (Sing. Tutschka), ausgenommenes Schlachtgeflügel, verbreitet - im Sinne von Handelsware.

Die politischen Ziele der Vereinbarung sind - mit Ausnahme der klaren Absage an die beiden militär-politischen Blöcke NATO und OVKS - mehrseitig auslegbare Absichtserklärungen; konkret sind die Bestimmungen zur Sicherung der Koalitionsdisziplin, die offensichtlich Präsident Janukowitsch den Koalitionären auferlegt hat, um das politische Chaos der letzten fünf Jahre zu beenden und die Effektivität des Staates wiederherzustellen. Der Parlamentspräsident, die Minister und die parlamentarischen Mitglieder der Koalition werden verpflichtet, sich bei der Ausübung ihrer Pflichten an die programmatischen Prinzipien und an die Entscheidungen der leitenden Organe der Koalition zu halten. Wer die offiziellen Entscheidungen der Organe der Koalition öffentlich kritisiert („diskreditiert"), hat wegen „Inakzeptanz des Kurses der Koalition" zurückzutreten. Ganz im Sinne der neuen Ordnung soll die Koalition die „Effektivität" der Regierung kontrollieren.

6. Der „11. März" - Tag der Machtergreifung

Am 11. März verkündete der Parlamentspräsident Lytvyn in der Sitzung der Verchovna Rada, dass sich eine neue Koalition namens „Stabilität und Reformen", bestehend aus den Fraktionen der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des Blocks Lytvyn und weiteren Deputierten, mit insgesamt 235 Mitgliedern des Hauses konstituiert habe.[535] Mit 242 Stimmen, 7 mehr als die neue Koalition umfasst, wurde Mykola Azarov anschließend vom Parlament in das Amt des Premierministers gewählt, nachdem Präsident Janukowitsch seine Kandidatur „vorgeschlagen" hatte. Das kommissarisch amtierende Ministerkabinett von Julia Timoschenko wurde vom Parlament förmlich entlassen. Der neue Premierminister und die neue Regierungskoalition verloren keine weitere Zeit: Das Parlament billigte - mit einer Mehrheit von 240 Stimmen - die vorgelegte Liste der 29 Mitglieder seines Kabinetts (darunter keine Frau), und bestätigte auch die beiden Ernennungen, die dem Präsidenten zustehen: den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Kostantyn Hryzenko[536] und den Minister für Verteidigung, Mychajlo Eschel.[537] Janukowitsch stand nach seiner Wahl zum Präsidenten der Ukraine vor dem Dilemma: unverzügliche Herstellung einer „effektiven Regierung" versus Einhaltung einer unklaren Verfassungsvorschrift.

[535] „Polititscheskoe rejderstvo". Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 09.03.2010

[536] Interfax- Ukraine, Kiew, 09.03.2010.

[537] Logisch wäre, wenn der Austritt aus einer Fraktion den Verlust des Mandats zur Folge hätte: Die ist in der Ukraine nicht der Fall - ein weiteres Beispiel für die Inkonsistenz der ukrainischen Verfassung und der relevanten Gesetzgebung. Es ist unklar, ob die Überläufer formal noch Mitglieder der Fraktionen sind, aus denen sie kommen, es sei denn, sie wurden förmlich ausgeschlossen.

Dass sich Präsident Janukowitsch, den keine demokratischen Skrupel plagen, für die erste Alternative entschied, entspricht seinem Image als „Macher". Wenn das Verfassungsgericht die Bildung der neuen Koalition für verfassungswidrig erklärt, dann wäre die Wahl der Regierung Azarov am 11. März ein Staatsstreich zu nennen, meint auch Andreas Umland.[538]

Die chaotische politische Lage, konkret die völlige Handlungsunfähigkeit der Regierung infolge der faktischen Inexistenz einer parlamentarischen Regierungskoalition, und die Perspektive einer endlosen Verlängerung dieses Zustandes, rechtfertigt diesen „Staatsstreich" - so wie das autoritäre Regime des Präsidenten Kutschma die Orangene Revolution rechtfertigte.

Wenn eine Verfassung in ihren prozeduralen Bestimmungen so impraktikabel formuliert ist, wie es die ukrainische ist, und wenn eine Pattsituation im politischen Kräfteverhältnis absolut ist,[539] und wenn aufgrund der politischen Unkultur eines Teils seiner Mitglieder dieser objektive Defekt des Systems unüberwindlich ist, wie dies zu Anfang des Jahres 2010 in der Ukraine der Fall war, dann kann dieser gordische Knoten nur durch einen „Coup" durchschlagen, werden. Die klare Entscheidung für den „effektiven Staat" unter Inkaufnahme einer gewissen Illegitimität der neuen Regierung mag dem gerade erst in den letzten Wahlen gefestigten demokratischen Ruf der Ukraine schaden - der wirtschaftlichen Erholung des Landes wird sie nutzen. Immerhin hat auch die Partei der Regionen das Verfassungsgericht angerufen, um die Verfassungsmäßigkeit ihres Mehrheitsfindung in der Verchovna Rada prüfen zu lassen - in der Erwartung, dass ihre Regierung bis zu einer Entscheidung sich so weit „bewährt" hat, dass sie die eventuell fällige Neuwahl des Parlaments nicht fürchten muss.

XII. *Julia Timoschenko: Führerin der „vereinigten Opposition"*

Die Premierministerin Julia Timoschenko hatte am 5. März in der Verchovna Rada für den Fall eines Misstrauensvotums gegen ihre Regierung eine rigorose Opposition angekündigt:[540] Da sie nicht Mitglied des Parlaments ist, erhebt sich die Frage, in welcher Weise sie den Kampf gegen Präsident Janukowitsch fortzusetzen gedenkt. Julia Timoschenko könne während der Sitzungen ungehindert auf der Besuchergalerie Platz nehmen, höhnte der neue Vorsitzende der Fraktion der Partei der Regionen, Oleksandr Jefremov.

---

538 Interfax- Ukraine, Kiew, 10.03.2010.

539 Die Internet-Zeitung Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.03.2010, veröffentlichte den in der Zeitung der Verchovna Rada „Holos Ukrainy" abgedruckten Wortlaut der Koalitionsvereinbarung.

540 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.03.2010, unter Bezug auf die Tageszeitung „Kommersant".

Mit ungebrochenem Kampfgeist erwiderte ihm Julia Timoschenko auf einer Pressekonferenz am 11. März, dass ihr Geist im Sitzungssaal der Verchovna Rada „anwesend“ sein werde.

Es ist zu erwarten, dass ihr Geist die Regierung „heimsuchen“ wird: „Janukowitsch wird täglich vor dem Land und der Opposition Rechenschaft ablegen müssen“, sagte sie am 5. März in der Verchovna Rada, als eine Mehrheit ihr das Vertrauen entzog. Für Julia Timoschenko ist Janukowitsch nicht der legitime Präsident der Ukraine. Ihr Block hält die neue Regierungskoalition für verfassungswidrig zustande gekommen - und damit auch die neu gewählte Regierung Azarov. Der Block Julia Timoschenko gehe „in die Opposition zu einer illegitimen Koalition und Regierung“; dies habe die Fraktion einstimmig (das kann nur heißen, ohne ihre 6 abtrünnigen Mitglieder) beschlossen, teilte ihr Vorsitzender, Ivan Kyrylenko, am 11. März von der Tribüne des Parlaments mit.[541] Auf einer „Versammlung ukrainischer Patrioten“ (überhöht durch den historischen Terminus „Vetsche“ - Volksversammlung) zu Füßen des Denkmals der Nationaldichters Taras Schewtschenko an dessen 196. Geburtstag am 9. März, an der neben ihrem „Block“ auch Teile des Bündnisses „NU-NS“, insbesondere des Sektors „Narodna Samooborona“ (NS) von Jurij Luzenko, teilnahmen, ließ sich Julia Timoschenko zur „Führerin der vereinten Opposition“ küren.[542]

Doch die „Führer“ (lidery) minderen Kalibers aus der NU-NS Fraktion wollen ihr diesen Alleinvertretungsanspruch nicht zugestehen. Die Fraktion „Nascha Ukraina - Narodna Samooborona“, die sich nicht für eine Koalition mit der Partei der Regionen hatte entscheiden können, fand sich in der Opposition wieder, nachdem ihre abtrünnigen Mitglieder der PR zur Macht verholfen hatten.[543] Noch am 11. März hatte ihr Vorsitzender Martynenko offiziell die neue Positionierung der Fraktion NU-NS in der Opposition erklärt.[544] Aber dort wollte sie sich nicht mit der Rolle der „jüngeren Schwester“ (Martynenko) des Blocks Julia Timoschenko zufrieden geben. Die Fraktion NU-NS werde nicht in eine „oppositionelle Regierung Timoschenko“ eintreten, erklärte ihr Vorsitzender Martynenko:

---

[541] Interfax- Ukraine, Kiew, 11.03.2010. Es ist dies die dritte Koalition, die in dem derzeitigen Parlament gebildet wurde.

[542] Interfax- Ukraine, Kiew, 11.03.2010. Hryzenko war bereits Außenminister unter Präsident Kutschma von 2003 bis 2005 im Kabinett des Premierminister Janukowitsch. Seit Juni 2008 war er Botschafter der Ukraine in Moskau.

[543] Interfax - Ukraine, Kiew, 11.03.2010.

[544] Andreas Umland: Golosuj - ne golosuj, wse ravno polutschisch, in Ukrainskaja Prawda (russ, Version), 16.03.2010. http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2010/03/16/4865618/. Andreas Umland ist zurzeit Gastdozent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Nationalen Universität „Kijevo-Mogiljanska akademija“.

„Wir sehen das Ziel unserer Tätigkeit in der Opposition - nicht in der Revanche eines bestimmten Politikers (einer bestimmten Politikerin), sondern in der Verteidigung der Entwicklung der Ukraine als eines europäischen Staates.“[545]

Die Fraktion NU-NS brachte sofort einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung in die Verchovna Rada ein: Danach soll jede Fraktion, die sich als in Opposition zur Regierung stehend erklärt, die Möglichkeit erhalten, ihre Kontrollfunktion in vollem Umfange auszuüben; so soll sie u. a. das Recht haben, eine „oppositionelle Regierung“ (oppozicionnoe pravitel’stvo; Schattenregierung) zu bilden, sowie sich vom Rednerpult aus an die Verchovna Rada zu wenden. Was andernorts (Russland ausgenommen) als selbstverständlich erscheint, ist in der Ukraine mit den Stimmen der beiden stärksten Fraktionen, der Fraktion der Partei der Regionen und der Fraktion des Blocks Julia Timoschenko, anders geregelt worden: Gezielt sei im Reglement die Monopolisierung der Opposition durch die stärkste Oppositionsfraktion festgelegt worden, sagte der Vorsitzende der Fraktion NU-NS, Martynenko. Und Mykola Tomenko, der Vizeparlamentspräsident aus dem Block Julia Timoschenko, wies expressis verbis darauf hin, dass es laut Gesetz im Parlament nur „eine Opposition“ geben könne.

Nach der geltenden Geschäftsordnung Verchovna Rada ist das Recht der Fraktionen auf oppositionelle Aktivität beschränkt, insofern als sie formalisierte Möglichkeiten zu effektiver Opposition nur der größten Oppositionsfraktion gewährt. Laut dem Gesetz über die Geschäftsordnung steht der „offiziellen“ Opposition der Vorsitz in zehn Ausschüssen zu. Auch Arsenij Jacenjuk, der Führer der Partei „Front peremen“ und Mitglied der Fraktion NU-NS, der sich mit nichts weniger als dem Posten des Premierministers in einer neuen Regierung zufrieden geben wollte, entschied sich nach einem Gespräch mit Präsident Janukowitsch für die Opposition.[546] Der ehrgeizige - anmaßende und sich selbst überschätzende - Jungpolitiker Jacenjuk, der Julia Timoschenko bereits im Präsidentschaftswahlkampf herausgefordert hatte, macht ihr nun in der Opposition die Führungsrolle streitig. Julia Timoschenko könne nicht die Führerin der parlamentarischen Opposition sein, da sie nicht Mitglied des Parlaments sei, ließ er den Vorsitzenden seiner Partei „Front zmin“, Andrej Ivantschuk, erklären.[547] Er selbst betonte dies, um seinen Anspruch auf Führung der Opposition zu bekräftigen. Auch Jacenjuk brachte den Entwurf einer Änderung der Geschäftsordnung ein, wonach „die Opposition“ nach dem Willen der Parlamentarier, nicht nach dem Willen der Vorsitzenden von Fraktionen gebildet

---

[545] Rein numerisch hatte die Koalition aus den Fraktionen BJuT und NU-NS nach dem de facto Austritt des „Blocks Lytvyn“ exakt die Hälfte der Stimmen in der Verchovna Rada, nämlich 225 von 450; BJut 153; NU-NS 72.

[546] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03.03.2010.

[547] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 11.03.2010.

werden soll. Die Ukraine habe kein Zwei-Parteien-System; deshalb könne es auch nicht nur eine Oppositionspartei geben. Er habe als erster den Vorschlag gemacht, eine Schattenkabinett zu bilden, teilte er in einem Gespräch Journalisten mit. Seine Partei „Front zmin“ (Front für Veränderungen, Reformfront) verhandelt mit einzelnen Mitgliedern der Fraktion NU-NS über die Bildung einer „oppositionellen Regierung“.[548] Julia Timoschenko appellierte an die „Führer der oppositionellen Kräfte“, sich gegenseitiger Beleidigungen zu enthalten. Es sollte der Mut aufgebracht werden, zuzugeben, dass der Streit zwischen den demokratischen Kräften die Ursache für den „schweren Schlag“ sei, den die „demokratischen Kräfte in den Präsidentschaftswahlen“ erlitten hätten. „Wir haben zusammen - eine strategische Aufgabe - die Verteidigung der Ukraine“, sagte sie, und forderte zu einer „konstruktiven Zusammenarbeit der oppositionellen demokratischen Kräfte“ auf.[549] „Ich persönlich und mein Kommando sind zu einer neuen partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der Opposition bereit.“

Am 16. März unterschrieben die Vorsitzenden von 8 oppositionellen Parteien und Gruppierungen eine Vereinbarung über die Schaffung einer „vereinigten Opposition“.[550] Wie Vizeparlamentspräsident Tomenko erklärte, handelt es sich dabei „nicht um die Gründung einer neuen Partei, sondern nur um die Konsolidierung aller demokratischen Kräfte.“ Nach seiner Meinung werden 180 Deputierte dieses Projekt unterstützen. Jacenjuk hat, wie zu erwarten, die Vereinbarung nicht unterschrieben. Rein arithmetisch bleibt ihm und den anderen Mitgliedern der Fraktion NU-NS, die sich nicht der „vereinten Opposition“ angeschlossen haben, nur noch eine Minderheit („Za Ukrainu“, Vjatsheslav Kyrylenko; „Jedynyj Center“, Baloha; „Ukrainska narodna partija“, Kostenko) für ein zweites Schattenkabinett bleiben. (Jacenjuk ist das einzige Mitglied seiner „Front zmin“ in der Verchovna Rada.) In einem Interview mit der Tageszeitung „Kommersant- Ukraina“ sagte Jacenjuk, „eine „oppositionelle Kolchose“ werde es nicht geben“ - in einem Multi-Parteien-System kann es nicht eine „alleinige Opposition“ geben.[551] Der junge Ehrgeizling Jacenjuk ist entschlossen, seine eigene Opposition auf der Basis des Rests der Fraktion NU-NS zu formieren. Julia Timoschenko schlug Serhij Sobolev für den Posten des Schatten-Premierministers vor.[552]

---

[548] Ukrainskaja Prawda (russ. Version). 09.03.2010.

[549] Der Block Julia Timoschenko appellierte an die Zentrale Wahlkommission, ihre „tutschki“, d. h., den sechs Mitgliedern seiner Fraktion, die sich der neuen Koalition angeschlossen haben, das parlamentarische Mandat zu entziehen, wie Andrij Koschemjakin, der Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion des Blocks Julia Timoschenko mitteilte. Das geltende imperative Mandat sieht ihren Ausschluss aus der Fraktion des BJuT vor.

[550] Interfax- Ukraine, Kiew, 11.03.2010.

[551] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 15.03.2010, unter Verweis auf UNIANm und 19.03.2010.

[552] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 09.03.2010. Janukowitsch: Ja predloschil Jacenjuku vysokuju dolschnost. No on otkazalsja. „Ich habe Arsenij Jacenjuk einen hochrangigen Posten in der zukünftigen Regierung angeboten.

Insgesamt soll sich das „Schattenkabinett“ aus 16 „Schattenministern“ zusammensetzen - nicht 29 (!), wie die Regierung Azarov. Im Interesse des ukrainischen Staates ist zu hoffen, dass es der „begnadeten“ Politikerin Julia Timoschenko gelingt, ein neues Kapitel ukrainischer Politik zu eröffnen: das Kapitel sachlicher, konstruktiver Oppositionspolitik.

XIII. Die innenpolitischen Konsequenzen

1. Autoritäre Restauration ?

Der neue Präsident Janukowitsch diente dem kriminalisierten Regime des autoritären Präsidenten

Kutschma nicht nur als Premierminister, sondern auch als williger Vollstrecker anderer Aufträge, durch die er sich diesem als Nachfolger empfahl. Ob der bisherige Vorsitzende der Partei der Regionen in der Opposition geläutert wurde, sei dahin gestellt;[553] in den drei Wochen vor der entscheidenden Wahl am 7. Februar verschmierte in der Tat nur selten die Maske, welche die professionellen politischen Visagisten aus den USA ihm aufgetragen hatten.[554] Doch selbst wenn er noch „kutschmistische“ Neigungen verspüren sollte: Janukowitsch kann das Rad nicht mehr zurückdrehen: Die Ukraine ist seit der Orangenen Revolution eine Demokratie, die allerdings weniger auf internalisierten demokratischen Normen basiert, als vielmehr auf dem Gleichgewicht der politischen Kräfte, d. h., der Elektoraten Balance zwischen dem „national-demokratischen“, ehemals „orangenen“ und dem „regionalen“ Lager. Eine Rückkehr zum Stil des Präsidenten Kutschma, der sich zur Absegnung seiner autoritären Entscheidungen durch Drohung und Nötigung immer eine Mehrheit im Parlament beschaffen konnte, ist nicht mehr möglich.

Aber Arsenij Petrovitsch wies (mein Angebot) zurück.“. Interfax- Ukraine, Kiew, 09.03.2010; Zitat laut Pressedienst des Präsidenten.

553 Er selbst sagte in einem Interview mit CNN, dass er sich in den letzten fünf Jahren geändert habe. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 10.02.2010. In einem Interview mit der spanischen Zeitung El Paris gab Janukowitsch zu, dass in der Ukraine dank der Orangenen Revolution „Demokratie und Pressefreiheit existiert“ - Worte, die ihm wohl seine amerikanischen PR-Berater in den Mund gelegt haben. „Janukowitsch fühlt sich als Stiefsohn der Revolution“, in: Ukrainskaja Prawda, 02.02.2010, unter Verweis auf Inopressa.

554 Seit dem Jahre 2005 wird Janukowitsch von dem amerikanischen PR-Spezialisten Manafort beraten. In einer Wahlkampfrede rutschte er aus: Er verwies Julia Timoschenko „an den Herd“.

Insofern ist die „Orangene Revolution“ mit der Wahl von Janukowitsch zum Präsidenten nicht „gescheitert“, wie Pessimisten behaupten: „Dank der Orangenen Revolution sind demokratische Wahlen nun in der Ukraine eine Realität“, sagte Matyas Eörsi, der Leiter der Wahlbeobachter-Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europa-Rates.[555] Die politische Gleichrichtung von Exekutive und Legislative, die dem Präsidenten Janukowitsch innerhalb von vierzehn Tagen nach der Übernahme seines Amtes gelang, bestätigt seinen Ruf als „Macher“. Es wird ihm vorgeworfen, dass er sie durch die Dehnung - oder gar Überdehnung - der Verfassung erreichte; die Alternative wäre die endlose Fortsetzung der Suche nach einem Kompromiss - sprich des Geschachert um Posten - mit den prätentiösen „Führern“ der Fraktion NU-NS gewesen, und damit die Verlängerung der politischen Instabilität. Die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass das institutionelle Kräftedreieck Präsident – Parlament - Premierminister in der Ukraine nicht eine „balance of power“ sichert, sondern eine gegenseitige Blockade bewirkt, die nur situativ durch verdeckte – „kuluarnische“[556] - Deals durchbrochen wird.

Die größte Errungenschaft der Orangenen Revolution ist die „Freiheit des Wortes“, konkret die Pressefreiheit und -Vielfalt, auch wenn die Medien den kommerziellen (und politischen Interessen) ihrer oligarchischen Eigner unterworfen sind. Janukowitsch bewertete in einem Interview mit Associated Press die freie Meinungsäußerung positiv; doch der Preis, den das ukrainische Volk dafür bezahlt habe, sei „zu hoch“.[557] Demokratie bedeute vor allem die „Herrschaft des Rechts“; und diese sei von den Protagonisten der Orangenen Revolution ausgehöhlt worden.[558] Die gedankliche Nähe zu Putin ist unüberhörbar; doch die Macht, dessen Form von Demokratie zu imitieren, fehlt dem neuen ukrainischen Präsidenten.

---

555 ”Some say the Orange Revolution has failed. I say no. Thanks to the Orange Revolution, democratic elections are in Ukraine now a reality,” sagte Matyas Eörsi auf der Pressekonferenz der IEOM am 08.02.2010.

556 Gängiger politischer Begriff; Adjektiv kuluarnyj von kuluary, Wandelgänge (hier im Gebäude der Verchovna Rada).

557 Interview mit Associated Press am 28.12.2009, wiedergegeben auf der web **Site** der (english- sprachigen) Kiev Post, Kiew, 29.12.2009 unter der Überschrift: Yanukovych says Orange Revolution failed to bring rule of law. *http://www.kyivpost.com/news/nation/detail/56128/?.*

558 Im Programm „Shuster live“ des TV-Kanals TRK „Ukraina“ versprach Janukowitsch, die „Freiheit des Wortes“ zu garantieren. Ukrainskaja Prawda, 30.01.2010. In einem Gespräch mit Journalisten sagte Janukowitsch, er sei bereit, bei der Schaffung eines öffentlichen („gesellschaftlichen“, quasi- „öffentlich- rechtlichen“) Rundfunks – „eines solch wichtigen Instruments der Demokratie“ - zu helfen. Interfax- Ukraine, Kiew, 24.12.2009. Anna Herman, die Stellvertretende Vorsitzende der Partei der Regionen und Vorsitzende des Medien-Ausschusses des Parlaments (für „Freiheit des Wortes und der Information“), bedauerte in einer Anhörung am 03. 12. 2009 die Herabstufung der Ukraine um zwei Punkte im Rating der Reporter ohne Grenzen. Interfax- Ukraine, Kiew, 03.09.2009.

Mit der ihm persönlich weit überlegenen Julia Timoschenko in der Opposition wird Präsident Janukowitsch eine „effektive“, aber nicht eine autoritäre Exekutive etablieren können. Und seine oligarchischen Hintermänner brauchen einen international respektablen Statthalter an der Spitze des ukrainischen Staates, keinen ungebärdigen Autokraten.

2. „Regierender Präsident“

In der Opposition wird die Wiederherstellung politischer Handlungsfähigkeit des ukrainischen Staates durch Janukowitsch naturgemäß kritisch gesehen: In einem Interview mit der Wochenzeitung „Zerkalo Nedeli“ warnte der ehemalige Erste Stellvertretende Premierminister Oleksandr Turtschinov vor der „absoluten Macht“, die Präsident Janukowitsch sich aneigne. Präsident Janukowitsch habe selbst das Ministerkabinett formiert, selbst die Chefposten der bewaffneten Organe staatlicher Gewalt („siloviki“), d. h., des innen- (Polizei-Ministeriums und des geheimen (Staats-)Sicherheitsdienstes („SBU“), besetzt und sei nun dabei, sich gänzlich die exekutive Vertikale (die Organe der staatlichen Verwaltung in den Oblasti und nachgeordneten Verwaltungseinheiten) zu unterwerfen. Ein großer Teil des Kabinetts zeichnet sich nicht durch „Professionalität“ der Minister aus, sondern durch deren persönliche Loyalität - konkret deren Ergebenheit - gegenüber dem Präsidenten Janukowitsch. Der Turtschinov bezweifelt, dass die großen Sponsoren den Präsidenten Janukowitsch, dem sie zur Macht verholfen haben, einhegen könnten. Auch in Russland hätten die Oligarchen geglaubt, sie hätten den Präsidenten Putin im Griff; sie seien schnell eines anderen belehrt worden.[559]

Die vordringlichste Aufgabe, die Überwindung der schweren wirtschaftlichen Krise, die Sanierung des staatlichen Haushalts und des Rentenfonds, die Restrukturierung und Rekapitalisierung des Finanzsektors, die unabdingbare Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds[560] fallen verfassungsrechtlich in die Zuständigkeit der Regierung, konkret des Premierministers Azarov.

---

559 Inna Vedernikova: Aleksandr Turtschinov, in: Zerkalo Nedeli, Nr. 11 (791), 20.-26.03.2010; http: www.zn.ua/1000/1550/68891/.

560 Die Ukraine erhielt per 15. Oktober 2009 drei Tranchen von zusammen 11 Milliarden USD aus einem Stand-by-Abkommen, das ein Kreditvolumen von 16,4 Milliarden USD umfasst, ausgezahlt. Die für Dezember 2009 vorgesehene Auszahlung der vierten Tranche wurde ausgesetzt; elektoraler Populismus machte die von der Regierung Timoschenko mit dem IWF vereinbarten Parameter für den staatlichen Haushalt zur Makulatur. Bezüglich der 11 Milliarden USD, welche die Ukraine bis zum 15. Oktober 2009 vom Internationalen Währungsfonds zur Überwindung der Krise ausgezahlt erhalten hat, erklärte Mykola Azarov, der „Schatten-Finanzministers“ der Partei der Regionen und Wirtschaftsberaters des Präsidenten Janukowitsch, die Ukraine sei nicht verpflichtet, diese Kredite, die für die Umsetzung der „ineffektiven Politik“ der Regierung Timoschenko

Präsident Juschtschenko hatte sich damit begnügt, alle Initiativen der Premierministerin Timoschenko im Kampf gegen die Krise durch sein Veto und seine legislative Intrigen in der Verchovna Rada - aus niederen persönlichen Motiven - zu konterkarieren. Präsident Janukowitsch maßte sich gleich am Tage seines Amtsantritts verfassungswidrig die Befugnis an, eine „schnelle Lösung sozial-ökonomischer Fragen umzusetzen. Um diese ihm „aufgrund der Verfassung zustehende Vollmacht - genau diese Vollmacht wurde dem Präsidenten durch deren Reform genommen - effektiv ausüben“ zu können, verfügte er die Umbenennung des „Sekretariats des Präsidenten“ in „Administration des Präsidenten“.[561] Schon im Wahlkampf sprach der Kandidat Janukowitsch - wie übrigens auch alle seine Konkurrenten - nicht über seine zukünftigen Aufgaben als Präsident im Rahmen der von der Verfassung eingeschränkten präsidialen Vollmachten, sondern so, als ob ihm mit seiner Wahl „alle Macht“ zufallen würde. Wie Präsident Juschtschenko hat auch Janukowitsch die „politische Reform“ vom Januar 2006 nicht internalisiert: wie dieser meint er, dass die „Richtlinienkompetenz“ noch immer beim Präsidenten liege. So „versprach“ er in einer Sendung („Shuster live“) des TV-Kanals TRK „Ukraina“, das Parlament nicht aufzulösen zu wollen, wenn dieses den politischen Willen aufbringe, sein Programm umzusetzen. In einem Interview mit dem Fernseh-Kanal „Rossija 24“ drohte er: „Die Verhandlungen (mit den im Parlament vertretenen Parteien) werden zeigen, ob das Parlament imstande ist, sich auf der Basis meines Programm zu konsolidieren“; wenn nicht, würde es aufgelöst.[562] Welches –„kutschmistische“ Verständnis er von seiner Rolle als Präsident hat, demonstrierte er am Tage nach seinem Amtsantritt:

Er bestellte den Parlamentspräsidenten Lytvyn in den Präsidialpalast ein und „beauftragte“ ihn in einer - ganz im Stile des russischen Präsidenten Medvedev - in den Fernseh-Nachrichten übertragenen „Unterredung“, für die Auflösung der de jure bestehenden Koalition, dem sein „Block Lytvyn“ angehöre, zu sorgen. Wie ein getadelter Schüler versicherte Lytvyn, der um sein Amt bangte, dass die Koalition de facto schon nicht mehr existiere.

Die in Verfassung angelegte Konkurrenz zwischen Präsident und Premierminister bzw. Parlament kann nur durch eine Verständigung auf der persönlichen Ebene gemildert werden.

---

verwendet worden seien, zurückzubezahlen; der IMF könne diese Kredite „abschreiben“. Interfax- Ukraine, Kiew, 14.10.2009.

[561] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 25.02.2010.

[562] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 13.02.2010, unter Verweis auf das Interview, das Janukowitsch dem Programm „Vesti Nedeli“ des TV-Kanals „Rossija 24“ gab.

Durch die Ausschaltung der widerspenstigen Fraktion NU-NS aus dem Koalitionsprozess „handelte“ sich Präsident Janukowitsch mit den „Tutschki“ eine handzahme „pro- präsidentielle“ Mehrheit im Parlament ein, die ihm einen folgsamen Premierminister wählte, mit dem er die „effektive Exekutive“ bildet, die er in seiner Antrittsrede am 25. Februar angekündigt hatte.[563]

a) „Kampf gegen die Armut“ – anhaltender Populismus

Im Wahlprogramm[564] des Präsidentschaftskandidaten einer Partei, die als „politischer Arm“ des reichsten Oligarchen der Ukraine gegründet wurde und die im Parlament durch eine große Zahl von (USD-)Millionären vertreten ist, figuriert der „soziale Schutz“ der Bevölkerung ganz oben. In seinem skrupellos populistischen Wahlkampf hatte Janukowitsch mit der schlichten Losung: „Eine Ukraine für die Menschen!“[565] geworben. Die mitten in der Krise von seiner Fraktion in der Verchovna Rada durchgesetzte Erhöhung der Mindestlöhne und Renten[566] war aber nicht etwa das praktische Bekenntnis einer ideologisch „sozialdemokratisierten“ Partei der Regionen zu sozialer Gerechtigkeit, sondern ein schamlose Bestechung der Wähler.

---

[563] Hätte Präsident Janukowitsch keine eigene Mehrheit in der Verchovna Rada zustande gebracht, und wäre Julia Timoschenko somit Premierministerin geblieben, so hätte dies nicht eine „balance of power“ zum Wohle der ukrainischen Demokratie, sondern eine Fortsetzung der politischen Paralyse zum Schaden des ukrainischen Staates bedeutet: Der Regierung Timoschenko wären die Hände gebunden geblieben, weil auch sie im Parlament keine Mehrheit gefunden hätte; und ihre „patriotische“ Regierung hätte sich in einem permanenten Konflikt mit der Präsidialadministration wegen der „anti-ukrainischen“ Politik des Präsidenten Janukowitsch befunden - realiter nicht wegen ideologischer Gegensätze, sondern weil Präsident Janukowitsch und Premierministerin Timoschenko aufgrund der Inkompatibilität ihrer Charaktere nicht kooperieren können. „Ich habe eineinhalb Jahre lang Verhandlungen geführt - und mich davon überzeugt, dass es für uns unrealistisch ist, einen Weg für ein Bündnis zu suchen, weil wir völlig verschiedene Ansichten bezüglich des Aufbaus unseres Landes haben“, begründete Janukowitsch seine Absage an eine Kooperation mit Julia Timoschenko kurz vor dem ersten Wahlgang. Doch Janukowitsch nannte auch den wahren Grund: Aufgrund ihres autoritären Charakters sei Julia Timoschenko nicht fähig, mit irgendjemandem als Partner zu kooperieren.

[564] http://www.cvk.gov.ua/vp_2010/kandydaty/programa/programa_yanikovich.pdf.

[565] „Ukraina dlja ljudej“. Welche Menschen damit gemeint waren, konnte man auf dem Empfang sehen, den Präsident Janukowitsch anlässlich seines Amtsantritts im „Ukrainischen Haus“ gab; unter den Teilnehmern erkannten Journalisten alle Oligarchen, deren finanzieller Unterstützung er seine Wahl zu verdanken hat.

[566] Die IWF-Mission erklärte nach ihrer Rückkehr aus Kiew am 25. Oktober 2009 in Washington, das von der Partei der Regionen eingebrachte, und von Präsident Juschtschenko durch seine Unterschrift in Kraft gesetzte „Gesetz über die Erhöhung der sozialen Standards“ (Erhöhung der Mindestlöhne und Renten) befinde sich nicht im Einklang mit dem - mit der ukrainischen Regierung vereinbarten - ukrainischen Programm zur wirtschaftlichen Erholung. Diese Kritik des IWF könne als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine“ verstanden werden, wie die Partei der Regionen in ihrem Presse-Dienst verlauten ließ.

Es ist kaum zu glauben, dass die verkündete „Bekämpfung der Armut“ auch das wichtigste Anliegen des (verdeckten) Regierungsprogramms des Präsidenten Janukowitsch sein wird; sie ist eher Teil der Wahlkampfbereitschaft der Partei der Regionen für den Fall vorgezogener Parlamentswahlen und für die anstehenden Kommunalwahlen. Wohl deshalb begann Präsident Janukowitsch schon ab dem ersten Tag nach seiner Machtübernahme „seine Wahlversprechen zu erfüllen“, wie er seinen Pressedienst verlauten ließ:[567] Mit seinem ersten „Ukas“ nahm er den „Kampf gegen die Armut“ auf. Dabei sind realiter mehr als symbolische Gesten nicht möglich: Der ukrainische Fiskus ist hoch verschuldet und das Defizit des staatlichen Rentenfonds ist enorm, u. a. auch deshalb, weil nur die offiziell erklärten 10 bis 50 % der im privaten Sektor bezahlten Entgelte für die von den Arbeitgebern abzuführenden Beiträge zur Altersversorgung herangezogen werden.[568] Die oligarchischen „Sponsoren“ des Wahlkampfes des Präsidenten Janukowitsch werden wohl kaum für Armutsbekämpfung spenden; und die vielen Fabrikanten in der Parlamentsfraktion seiner Partei der Regionen haben kein Interesse an der Erhöhung der Mindestlöhne.

Bereits vier Tage nach der Stichwahl entlarvten sie sich: Nur zwei „regionale“ Parlamentarier stimmten in der zweiten Lesung für den von ihrer Fraktion vor den Wahlen eingebrachten Gesetzentwurf über die Erhöhung des Kindergeldes.[569] Es ist nicht ersichtlich, wie die Regierung Azarov, die den Haushalt sanieren muss, das Gesetz über die Erhöhung der Mindestlöhne und Renten umsetzen kann; die Regierung Timoschenko hatte sich geweigert, dieses geltende Gesetz, das vom Parlament verabschiedet und vom Präsidenten durch seine Unterschrift in Kraft gesetzt worden war, zu verwirklichen.[570]

b) Bekämpfung der Korruption - allen Ernstes

Angebracht ist Skepsis auch bei der angekündigten Bekämpfung der Korruption, denn Bestechung und Bestechlichkeit liegen im Interesse aller Ukrainer - des Verkehrssünders und des „biznesmen“, des Beamten und des „Deputierten des Volkes“. Korruption ist das Schmieröl der ukrainischen Gesellschaft - mit verhängnisvoller Langzeitwirkung.

---

[567] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 26.02.2010.

[568] Der größte Teil der Gehälter wird „im Couvert“ ausbezahlt

[569] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 11.02.2010.

[570] Ein perfider Hintergedanke dieses - vom Internationalen Währungsfonds kritisierten - Gesetzes war, die Auszahlung der vierten Tranche des stand by Kredits des IWF an die Regierung Timoschenko zu hintertreiben, und die finanziellen Schwierigkeiten der Premierministerin und Präsidentschaftskandidatin zu verschärfen.

Mit seinem dritten Erlass gründete der Präsident am Tage nach seinem Amtsantritt ein konsultatives „Komitee gegen Korruption“, zu dessen Leiter er sich selbst und zu dessen „Exekutivsekretärin“ er die Leiterin („Sekretärin“) des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Raisa Bohatyrova, ernannte.[571] Die in diesem Erlass angeregte Vereinfachung der Lizensierungsprozeduren für kleinere und mittlere Unternehmen, welche die Zahl der Hebel reduzieren würde, mittels derer korrupte Beamte ihr offizielles Gehalt vervielfachen, ist ein hoffnungsloses Unterfangenen.[572] Ein aufschlussreicher Lackmus- Test für die Ernsthaftigkeit des Kampfes an dieser breiten Front wird der Umgang des Präsidenten Janukowitsch mit den Interessen der Oligarchen, namentlich einer der Hauptsponsoren seines Wahlkampfes, des suspekten „gas traders“ Dmytro Firtasch sein, der seine dubiose (Zwischen-)Handelsgesellschaft „RosUkrEnergo“ wieder in das Erdgasgeschäft der Ukraine mit Russland und Zentralasien einschalten will, aus dem sie von den beiden Premierministern Timoschenko und Putin ausgeschlossen worden war.

c) Niedrige Gaspreise - Täuschung der Wähler

„Eine Ukraine für die Menschen!“ lautete die einzige Losung des Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch im Wahlkampf, die nach der gewonnenen Wahl weiter plakatiert wurde: „Den Menschen“ versprach er niedrigere Gaspreise durch eine Revision des Abkommens, das Premierministerin Timoschenko Anfang des Jahres 2009 mit ihrem russischen Kollegen Putin geschlossen hat. Julia Timoschenko hatte sich mit Putin darauf verständigt, den Import und Transit russischen Erdgases auf Markt-Preise zu basieren - der stärkste Antrieb für Investitionen in Energieeffizienz und damit für die Minderung der Abhängigkeit von russischen Lieferungen.[573]

Mit der angedeuteten Bereitschaft, das ukrainische Gastransportsystem (GTS) in ein internationales Konsortium einzubringen,[574] an welchem Russland beteiligt ist, vermittelte er die Illusion, die Ukraine könne in Zukunft aus Russland wieder Gas „unter Marktpreis“ beziehen.

[571] Bohatyrova war von Präsident Juschtschenko auf den Posten des „Sekretärs“ (der Rat ist dem Präsidenten direkt unterstellt) des RNBOU berufen worden. Sie gehörte zuvor der Fraktion der Partei der Regionen an. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 26.02.2010. Website des Präsidenten.

[572] Das „Korruptionsniveau“ stieg im Jahre 2009 gegenüber dem Vorjahr. In der Liste von Transparency International liegt die Ukraine auf Platz 146 (2008: 134).

[573] Vor der Krise war die Ukraine der sechstgrößte Verbraucher der Welt.

[574] Dahinter steckt, so wird spekuliert, das Interesse des Erdgashändlers Firta an einer Beteiligung seiner Centragas Holding AG.

Angesichts der russischen Marktmacht ist dies eine bewusste Täuschung der ukrainischen Wähler; wenn überhaupt, dann kämen „privilegierte“ Gaspreise nur in kompensatorischen Deals den Industriemagnaten zu gute, nicht den privaten Verbrauchern. Im Übrigen sinkt das Interesse Russlands an dem Gastransportsystem der Ukraine mit dem Baufortschritt der Projekte Nord- und South- Stream.

d) Wirtschaftliche Reformen - in wessen Interesse ?

Am Tage nach seinem Amtsantritt rief Präsident Janukowitsch ein „Komitee für wirtschaftliche Reformen“[575] ins Leben. Zur Geschäftsführerin ernannte er Irina Akimova, die Erste Stellvertretende Leiterin der Präsidialadministration - und einzige Ökonomin mit post-sowjetischer wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung (Zentrum für Wirtschaftsforschung, Universität Warschau; Abteilung für Wirtschaft, Universität Magdeburg). Er selbst übernahm den Vorsitz in diesem Komitee, was darauf schließen lässt, dass Präsident Janukowitsch es zumindest mit den Reformen in der Wirtschaft ernst meint. Dem Komitee gehören des Weiteren der Premierminister Azarov sowie alle Vizepremierminister und der Leiter der Präsidialadministration an, von denen in der Vergangenheit keiner einen besonderen Reformeifer an den Tag gelegt hat. Reformen im wirtschaftlichen Bereich werden sich eher an den Interessen der Finanz- und Industrie-Konglomerate („FPGs / finansovo- promyschlennye grupy“, russ. / finansovo- promyslovi hrupy, ukr.) als an den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen orientieren; denn: was gut ist für den Oligarchen Achmetow und seinesgleichen, wird auch als gut für das ganze Land ausgegeben werden. Zu deren weiterer Bereicherung werden wieder „privilegierte“ Privatisierungen staatlicher Unternehmen gehören - wie zu Präsident Kutschmas Zeiten. Julia Timoschenko hat schon angekündigt, dass ihre „oppositionelle Regierung“ ganz besonders den Umgang des Präsidenten Janukowitsch und seines Premierministers Azarov mit dem staatlichen (Betriebs-)Vermögen im Auge behalten wird.[576]
Das „investitiv- innovative Modell der Entwicklung“ der ukrainischen Wirtschaft, das der Präsidentschaftskandidat Janukowitsch in seinem Wahlprogramm propagierte, ist eigentlich eine rückwirkende Verurteilung seiner oligarchischen Sponsoren.

---

575 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 26.02.2010, unter Verweis auf die offizielle Website des Präsidenten.

576 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 17.03.2010. Julia Timoschenko behauptete in ihrer Rede vor der Verchovna Rada am 3. März, bereits am dritten Tag nach dem Amtsantritt von Janukowitsch seien die Abbau- und Aufbereitungs-Betriebe für Titanerz, die von ihrer Regierung „rückverstaatlicht“ worden waren, unter Einsatz des (geheimen) Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) und der Generalstaatsanwaltschaft (GPU), an den Magnaten Firtasch übergeben worden. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03.03.2010: Timoschenko: Janukowitsch und Firtas strategische Objekte.

Sie waren es, die bislang Investitionen und Innovationen in die staatlichen Betriebe, die sie sich in den „informalen Zeiten“ (Rinat Achmetow) angeeignet haben, unterließen - und die ihre exorbitanten Gewinne aus der globalen Rohstoff-Konjunktur der vergangenen Jahre off shore versteckten, anstatt sie in die - nunmehr von „ihrem“ Präsidenten angemahnte - Modernisierung der ukrainischen Industrie zu investieren. Ein großer Teil des ukrainischen Bedarfs an Erdgas - und damit die prekäre Abhängigkeit der Ukraine von russischen Lieferungen - geht auf das Konto der extrem energieintensiven Dinosaurier der oligarchischen - ehemals sowjetischen - Kombinate der metallurgischen und chemischen Industrie. „Viele unserer Probleme wurden dadurch verursacht, dass wir - anstatt uns auf eine postindustrielle Gesellschaft des 21. Jahrhunderts hin zu bewegen - den Pfad der ursprünglichen Kapitalakkumulation, den so genannten „wilden Kapitalismus“ gewählt haben“, sagte Präsident Janukowitsch in seiner Antrittsrede.[577] Der impliziten Kritik an der ukrainischen Oligarchie war sich Janukowitsch sicher nicht bewusst, als er diesen Satz vom Blatt ablas.

3. „Kaderpolitik“

Im Wahlkampf - und auch nach seiner Wahl zum Präsidenten - betonte Janukowitsch immer wieder, dass er sein Programm umsetzen wolle. Nach Überzeugung kritischer Beobachter liegen den von Janukowitsch im Wahlkampf bezogenen Positionen in der Innen- und Außenpolitik keine tiefen eigenen Überzeugungen zu Grunde; „seine“ Politik unterliegt den partikularen Interessen der oligarchischen Gruppierungen in der Partei der Regionen - und dem Einfluss der maßgeblichen Politiker, die diese repräsentieren. Auf inhaltliche politische Positionen der beiden Koalitionspartner, der Kommunistischen Partei und des „Blocks Lytvyn“, braucht er wenig Rücksicht zu nehmen; der letztere existiert nur, um seinem Namenspatron den Posten des Parlamentspräsidenten zu sichern; und den Kommunisten hat Janukowitsch durch seinen „Kampf gegen die Armut“ allen Wind aus den Segeln genommen.

Janukowitsch galt in der Vergangenheit nicht als ein Politiker, der eigene Akzente setzt, sondern eher als einer, der die Politik anderer effektiv umsetzt, als geborener „zweiter Mann“ sozusagen. Nicht von ungefähr hat der Donezker Oligarch Achmetow ihn zu seinem Statthalter in Kiew gemacht und Präsident Kutschma ihn zu seinem Nachfolger bestimmt.

[577] Antrittsrede in der Verchovna Rada am 25.02.2010. http://www.president.gov.ua/ru/news/16600.html

Aus Äußerungen über ihn lässt sich ableiten, dass Janukowitsch Entscheidungen lieber Personen seines Vertrauens überlässt - so dem (bisherigen) Leiter seines Büros Lövotschkin, den er noch am Tage seines Amtsantritts zum Leiter der Präsidialadminstration ernannte. Es wurde von einigen Beobachtern vermutet, dass Janukowitsch das „Geschäft" des Präsidenten anderen überlassen werde; der „Auftakt" seiner Präsidentschaft - seine Kampfansagen an die Übel der Gesellschaft, die unverzügliche Aufstellung „seiner" Mannschaft und seine umgehenden Antrittsbesuche in Brüssel und in Moskau lassen erkennen, dass Janukowitsch entschlossen ist, das Heft selbst in die Hand zu nehmen.

Es ist weniger die Person[578] des Präsidenten Janukowitsch, als vielmehr seine Hintermänner, die in Teilen der Bevölkerung in der Mitte und im Westen der Ukraine Besorgnis erregen. Ihnen wird eine nur instrumentelle Akzeptanz der Demokratie unterstellt; während die Politiker auf der Bühne „Demokratie" inszenieren lassen, betreiben „sie", die Oligarchien, hinter den Kulissen partikulare Interessenpolitik.

Auch wenn diese Besorgnisse sich eher sich auf die auswärtige Orientierung der Ukraine beziehen[579] als auf die direkten Auswirkungen der Wahl von Janukowitsch im Inneren, so wird mit einer Abwendung von „Europa" (konkret von der Europäischen Union) und einer Hinwendung zu Russland eine Regression in der inneren Entwicklung der Ukraine befürchtet.

Die Partei der Regionen ist kein monolithischer Block. Die ukrainischen Industrie- und Finanzmagnaten, die nicht nur „ihr" Geld gewaschen, sondern auch sich selbst vom „Dreck" ihrer speziellen Form der ursprünglichen Kapitalakkumulation gereinigt haben,[580] repräsentieren heute eher das „fortgeschrittene" Element innerhalb dieser Partei; ihre längerfristigen geschäftlichen Interessen erfordern die „Modernisierung" der Ukraine, ihre Öffnung nach Westen, ihre „Europäisierung". Der Donezker Oligarch Achmetow lässt in zwei Think Tanks darüber nachdenken, wie die Zukunft der Ukraine aussehen soll - in der Foundation for Effective Governance und im Bureau for Economic and Social Technologies (BEST). Die Vorstellungen der ukrainischen Millionäre über die wünschenswerte Entwicklung der Ukraine sind von ihren Erfahrungen im Westen Europas geprägt, wo sie ihren Reichtum verleben.

---

578 Janukowitsch selbst ist keine negative Figur, wie aus der Beschreibung von Taras Tschernovil hervorgeht, der viele Jahre lang (bis Oktober 2008) beredt die Politik der Partei der Regionen vertrat, obwohl - oder gerade weil - er der Sohn des prominenten Dissidenten und „national-demokratischen" Politikers Vjatsheslav Tschernovil ist. Podiumsdiskussion, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung, Kiew, 16.02.2010.

579 Ukrainische Bildungsbürger sorgen sich um das Image der Ukraine im Ausland, die in den nächsten fünf Jahren von einem Mann repräsentiert werden wird, der durch ein hohes Defizit an Allgemeinbildung und Mangel an sprachlicher Gewandtheit auffällt. Viktor Janukowitsch ist ein Politiker ohne jedes Charisma. Gestik und Mimik sind hölzern; bei öffentlichen Auftritten wirken die mit langen Pausen vorgetragenen kurzen Sätze wie souffliert.

580 Redliche ukrainische Bürger werfen ihm seine eigene „schwere Jugend" vor; doch die Vorstrafen wurden längst gelöscht und sollten in seiner Beurteilung nur noch ein Erinnerungsposten sein.

Doch daraus ließe sich auch der umgekehrte Schluss ziehen, wie es Ludmila Sangina tut[581]: Sie genössen alle Freizügigkeiten eines demokratischen Staates dort, wo sie feiern, sich erholen, sich medizinisch behandeln und ihre Kinder ausbilden lassen. Die Ukraine interessiere sie nur insoweit, als sie in diesem Land ihr Geld verdienten. Sie interessiere nur die – billige - ukrainische Arbeitskraft; und politische Stabilität in der Ukraine interessiere sie nur insoweit, als sie Ruhe an der Arbeitsfront sichere. Julia Timoschenko hieb in ihrer Botschaft an das ukrainische Volk vom 22. Februar in diese Kerbe: „Die Oligarchie [?] braucht billige Arbeitskraft, arme und rechtlose Menschen, die sie zwingen können, in ihren Fabriken für niedrige Löhne zu arbeiten (…) Sie sind nicht interessiert an Eurem Schicksal und an der Zukunft Eurer Kinder. Schon seit langer Zeit leben sie nicht in der Ukraine; sie beuten diese nur aus.“[582] Neben - oder inzwischen möglicherweise über - diesem bislang in der Partei der Regionen dominierenden oligarchischen Clan hat sich durch massive finanzielle Unterstützung im Wahlkampf die Gruppe Dmytro Firtasch im Machtapparat des Präsidenten Janukowitsch positioniert. Firtasch hat sein Milliarden-Vermögen (in USD versteht sich) durch „Abschöpfung“ der ukrainischen Erdgasimporte aus Zentralasien mittels der intransparenten Zwischenhandelsgesellschaft „RosUkrEnergo“, an welcher er mit 45 % beteiligt ist, gemacht.[583] Mit seinem „Agenten“ Serhij Lövotschkin als Leiter der Präsidialadministration steht er dem Präsidenten am nächsten, und mit Jurij Bojko als Minister für Kraftstoff und Energie ist er auch in der Regierung Azarov gut vertreten; zur notfalls repressiven Absicherung seiner Interessen konnte Firtasch „seinen Mann“ Valerij Choroschkowskij als Chef der ukrainischen KGB-Nachfolgeorganisation „SBU“ (Sluschba bezpeky Ukrainy, Sicherheitsdienst der Ukraine) installieren. Die Ernennung von Choroschkowskij zum Leiter des „Sicherheitsdienstes der Ukraine“ (SBU) ist ein eklatantes Beispiel für die Kapitulation der Politik vor oligarchischer Macht. Es erhebt sich die Frage, zu welchem Zweck der Multimillionär und Medienmogul Choroschkowskij ein öffentliches Amt benötigt - und noch dazu den des Chefs des Geheimdienstes.

---

[581] Beitrag von Ludmila Sangina, Razumkow- Zentrum, in: Alla Kotljar: „Zwei Ukrainen“: was tun mit ihnen? in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 5 (785), 13.02.2010, S. 15.

[582] Julia Timoschenko in ihrer Botschaft an das ukrainische Volk am 22.02.2010.

[583] Zum Thema „RosUkrEnergo“ siehe Kapitel 5.6, Der „Gaskrieg“ gegen die Ukraine, in Teil III, Die Ukraine, in: Winfried Schneider- Deters, Peter W. Schulze, Heinz Timmermann: Die Europäische Union, Russland und Eurasien, Die Rückkehr der Geopolitik, Berlin 2008, S., 379 - 385. Für eine aktualisierte Beschreibung dieses Korruptionssumpfes siehe: Taras Kuzio, Gas Lobby Takes Control of Ukraine’s Security Service, in: Eurasia Daily Monitor (The Jamestown Foundation), Volume 7, Issue 53, 18.03.2010.

Präsident Juschtschenko hatte diesen Mann im Januar 2009 zum Stellvertretenden Leiter dieser „Behörde“ ernannt. Zuvor war er Chef des Zollamtes, eine der korruptesten Behörden der Ukraine, aus welcher ihn Premierministerin Julia Timoschenko entfernt hatte. In seiner neuen Funktion befahl er dem Sondereinsatzkommando („specnaz“) der SBU eine Operation im Sitz der staatlichen Erdgasgesellschaft Naftogaz, die in der Öffentlichkeit als eine gegen Julia Timoschenko gerichtete Aktion angesehen wurde, die Anfang des Jahres 2009 mit Hilfe des russischen Premierministers Putin die Vermittlungsgesellschaft „RosUkrEnergo“ (RUE) seines Kompagnons Firtasch aus dem russisch-ukrainischen Erdgasgeschäft herausgedrängt hatte.[584] Die intransparente „RosUkrEnergo“, an der Firtasch mit 45 % beteiligt ist, war der Profitgenerator des enorm lukrativen - und korrupten - Zwischenhandels mit russischem und zentralasiatischem Erdgas. Wenige Tage nach dem Amtsantritt von Präsident Janukowitsch wurden die Abbau- und Aufbereitungsbetriebe für Titanerz, die von der Regierung Timoschenko „rückverstaatlicht“ worden waren, auf Befehl Choroschkowskijs unter Einsatz von bewaffneten Einheiten des staatlichen Sicherheitsdienstes an den Oligarchen Firtasch „rückerstattet“, wie Julia Timoschenko vor der Verchovna Rada mitteilte. Bojko war in der zweiten Amtszeit des Präsidenten Kutschma Vorsitzender der staatlichen Gesellschaft „Naftogaz Ukrainy“ und gleichzeitig Stellvertretender Energieminister; in der zweiten Regierung Janukowitsch - in der Amtszeit des Präsidenten Juschtschenko - war er Minister für Kraftstoff und Energie, das u. a. zuständig ist für den Gassektor.[585] Aufgrund seiner Geschäftsbeziehungen zu Gasprom ist der Milliardär Firtasch „nach Osten“ orientiert. Boris Kolesnikov und Andrij Kljujew repräsentieren den Typ des „biznesmen- polityk“ in der Partei der Regionen: Erfolgreiche Geschäftsleute, die durch einen (über die Parteiliste erworbenen) Sitz in der Verchovna Rada ihre kommerziellen Interessen absichern und persönliche Immunität genießen - und sich zusätzlich zu ihrer ökonomischen auch noch politischer Macht erfreuen. Kolesnikov vertritt in der Regierung Azarov die Interessen des Oligarchen Achmetow, dem er geschäftlich verbunden ist. Kolesnikov war „on speaking Terms“ mit ex- Präsident Juschtschenko und ex- Premierministerin Julia Timoschenko. Mit der Ersten Stellvertretenden Leiterin der Administration des Präsidenten, der liberalen Irina Akimova, hat Achmetow einen direkten Draht zu Janukowitsch, der sich von seinem Gönner emanzipiert hat.

---

[584] Firtasch behauptete, RosUkrEnergo sei enteignet worden; (es ging um 11 Milliarden Kubikmeter eingelagerten Gases im Werte von 2 Milliarden USD).

[585] Mit der Ernennung von Serhij Vinokurov zum Direktor der staatlichen Gesellschaft „UkrTransGaz“ erhielt der Oligarch Firtasch einen weiteren Zugriff auf das Gastransitgeschäft der Ukraine. Bis dato war Vinokurov Generaldirektor der Gesellschaft „OSTChEM Ukraina“ (Stickstoffdünger), die von Firta kontrolliert wird. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 22.03.2010.

Kljujew vertritt in der Regierung Azarov als Erster Stellvertretender Premierminister mit dem Verantwortungsbereich Energie seine eigenen Interessen - und die seines Bruders Serhij, die den Elektrizitätssektor der ukrainischen Wirtschaft beherrschen.

Die Einflüsse der großen Interessengruppen in der Partei der Regionen erscheinen somit ausgewogen. Die „reinen" Parteipolitiker wie Janukowitsch selbst und Mykola Azarov haben sich ihrer sowjetischen Mentalität noch nicht ganz entledigt - daher die ihnen gemeinsame Neigung zum politischen Osten. Sie denken in Kategorien sowjetischer „vlada" (russ. vlast): „alle Macht" ihrer Partei. Zum Glück für das Land zwingt sie das Kräfteverhältnis in der Verchovna Rada zu einer Koalition; vor allem aber sehen sie sich einer „vereinigten Opposition" unter Julia Timoschenko konfrontiert, die über 40 % der Stimmen verfügt, und die ihrem heimlichen Wunsch nach einem „demokratischen Zentralismus" Grenzen setzt. Der Regierungsstil dieser Parteikader wird durch politische Patronage, durch Klientelismus und Favoritismus geprägt sein; die ersten nepotistischen Ernennungen wurden schon bekannt.[586] Die Interessen der Industrie- Finanz- und Medien-Magnaten, die selbst Mitglieder der Partei der Regionen sind oder ihr nahe stehen, sind alle in der Administration des Präsidenten Janukowitsch und in der Regierung „seines" Premierministers Azarov repräsentiert. Ihre Konkurrenz ist eine Garantie dafür, dass die ukrainische Oligarchie nicht zu einer präsidialen Autokratie wie in der Ära des Präsidenten Kutschma ausartet.

4. Premierminister Mykola Azarov: Ein „Apparatschik" als Chef einer „Reform-Regierung"

Um die dem Land versprochene „effektive Regierung" organisieren, d. h., endlich eine „gleichgerichtete" Politik der dualen Exekutive realisieren zu können, braucht Präsident Janukowitsch einen „kooperativen" Premierminister. Mykola Azarov, Mitglied des Präsidiums des Politischen Rates der Partei der Regionen, galt von Anfang an als der für Janukowitsch „komfortabelste" Premierminister; doch „nicht einmal für eine Milliarde" würden die Mitglieder der Fraktion NU-NS für Azarov stimmen, sagte Taras Tschornowil[587]. Doch auch innerhalb der Partei der Regionen hat Azarov nicht nur Freunde; Achmetow gehört nicht zu ihnen.

[586] So wurde der Sohn von Anna Herman, Mykola Korovicin, bislang Assistent eines Mitglieds des Parlaments, zum Vizeminister für außergewöhnliche Situationen ernannt. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 17.03.2010.

[587] Ukrainskaja Prawda (russ. Ausgabe), 22.02.2010.

Die Wahl von Azarov zum Premierminister durch die neue Regierungskoalition lässt darauf schließen, dass es Präsident Janukowitsch darauf ankam, eher einen „exekutiven“ Funktionär in diesem Amt zu haben - als einen eigenwilligen „Reformer“. Nicht von ungefähr steht die Maxime „Stabilität“ vor „Reform“ im Titel seiner Regierungskoalition. „Das Jahr 2010 wird ein Jahr der Stabilisierung sein“, sagte Azarov im Parlament.[588] Die politische und ökonomische Stabilisierung ist sicher die vordringlichste Aufgabe - und die Voraussetzung für Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft. Und für diese Aufgabe mag Azarov der richtige Mann aus dem Umfeld des Präsidenten Janukowitsch sein.

Der neue Chef der ukrainischen Regierung, ein gebürtiger Russe, spricht nur „gebrochen“ ukrainisch. Azarov ist ein Parteipolitiker (Mitbegründer der Partei der Regionen), der sich im zurück liegenden Wahlkampf mehr durch sein Talent für Agitprop auszeichnete als durch ökonomische „Professionalität“, für die seine Partei ihn preist. In der Ära des Präsidenten Kutschma war Azarov als erster Leiter der - von ihm gegründeten - Staatlichen Steuerbehörde berüchtigt wegen der „steuerlichen“ Einschüchterung oppositioneller Medien und „unfreundlicher“ Firmen. Azarov diente dem Premierminister Janukowitsch zweimal als Finanzminister (2002-2004; 2006-2007). Azarov orientiert sich eher nach Osten als nach Westen; in Präsident Kutschmas Auftrag forcierte er im Jahre 2004 die Integration der Ukraine in Präsident Putins „Einheitlichen Wirtschaftsraum“.[589] Die Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft ist eine Aufgabe, welche auch die neue Regierung nicht allein bewältigen kann. Seine Regierung werde mit allen internationalen Finanzinstitutionen einschließlich des Internationalen Währungsfonds zusammenarbeiten, kündigte Azarov an. Die wichtigste und dringlichste Aufgabe sei die Aufstellung und Annahme eines realistischen Haushalts, wofür die Regierung einen Monat benötigen würde. Er werde Ordnung in die Finanzen der großen staatlichen Unternehmen bringen. Die strukturelle Reform des Steuersystems und des Rentenfonds sind dabei Elemente der Stabilisierungspolitik. Ob die Regierung Azarov parallel dazu mit der angekündigten Förderung neuer Technologien bereits das Wachstum der Wirtschaft vorantreiben kann, ist aufgrund des hierfür erforderlichen Zeitraums - und aufgrund der kurzfristigen Profitorientierung der Industriemagnate - zu bezweifeln.

[588] Interfax- Ukraine, Kiew, 11.03.2010.

[589] Azarov war im letzten Jahr der Amtszeit des Präsidenten Kutschma zuständig für die Integration der Ukraine in das eurasische Projekt „Einheitlicher Wirtschaftsraum“ des russischen Präsidenten Putin. Siehe Winfried Schneider-Deters: Teil III, Kapitel 2.6, Die „politische Reform“ - ein verfassungsrechtliches Chaos, in: Winfried Schneider-Deters, Peter W. Schulze, Heinz Timmermann (Hg.): Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik. Berlin 2008, S. 281 ? 285.

Ein gewisses Wachstum wird sich infolge der Erholung der Weltwirtschaft von der globalen Krise durch die wieder steigende Nachfrage nach den Exportprodukten der Ukraine einstellen, was nicht ein Verdienst der Regierung Azarov sein wird. Besondere Aufmerksamkeit will der neue Premierminister der Reform der Gerichtsbarkeit und dem Kampf gegen Korruption gewidmet. Die „demokratische Opposition“ wird diese Ankündigung sicher nicht für ernst gemeint halten - schließlich ist die Käuflichkeit von allem und jedem ein konstitutives Element des Systems, das sich in der Ukraine herausgebildet hat. Wenn das Verfassungsgericht „mitspielt“ und die Aufnahme von einzelnen Mitgliedern in die Regierungskoalition nicht als wider die Verfassung beurteilt, dann kann mit einer raschen Herstellung politischer Stabilität gerechnet werden, da zum ersten mal seit fünf Jahren Präsident, Regierungskoalition und Premierminister „auf einer Linie“ liegen. Die Stabilität der der Regierungskoalition wird Geld kosten, da die „tutschki“ Faktoren von Unsicherheit sind - aber darüber verfügen die Sponsoren der (Regierungs-)Partei der Regionen.

5. Das Ministerkabinett - eine „Regierung sowjetischen Typs“

Präsident Janukowitsch hatte ein „professionelles“ (anstatt eines nach parteipolitischem Proporz gebildetes) Ministerkabinett angekündigt;[590] mit der von ihm durchgesetzten Wahl von Mykola Azarov erhielt er ein Ministerkabinett von „Administratoren, und nicht von Reformatoren“, wie Tihipko sagte, der dieses eine „Regierung sowjetischen Typs“ nannte, noch bevor sie gebildet war.[591] Umso überraschter waren die politischen Beobachter, dass er sich von seinem „alten Patron“ Janukowitsch - formal von Premierminister Azarov - zu einem der sechs Stellvertretenden Vizepremierminister ernennen (und von der Verchovna Rada bestätigen) ließ. In einem Interview mit der Zeitschrift „Kontrakty“ nannte Vizepremierminister Tihipko Premierminister den Premierminister Azarov einen „guten Administrator“, aber keinen „Reformator“ (Reformer). „Wenn ein gestriger Premierminister und eben solche Minister an die Macht kommen, […] dann finden diese Leute Schliche, die es ihnen erlauben, im alten Stil zu arbeiten“, sagte Tihipko über seine neuen Kollegen.[592] Serhij Tihipko ist der einzige „Reformer“ in der Regierung Azarov.

[590] Der neue Finanzminister Fedir Jaroschenko ist einer der wenigen professionellen apolitischen Technokraten; er hatte im Kabinett Timoschenko (von 2008 bis 2010) den Posten des Stellvertretenden Leiters der Steuerbehörde / DPA innehatte.
[591] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2010
[592] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 15.03.2010, unter Verweis auf die Zeitschrift „Kontrakty“.

Er ist der designierte „Prügelknabe“[593] für den Fall, dass die von ihm angekündigten „unpopulären Reformen“ den Unmut der Bevölkerung und die Popularität des Präsidenten Janukowitsch beeinträchtigen. Es ist nicht ersichtlich, warum sich der materiell und politisch unabhängige Tihipko in diese Regierung einbinden ließ. Zum Ersten Stellvertretenden Premierminister wurde Andrij Kljujew ernannt, ein „biznesmen“ aus Donezk, der im zweiten Kabinett Janukowitsch Energieminister war; zu einem der sechs (!) weiteren Stellvertretenden Premierministern avancierte der Magnat Boris Kolesnikov, der dem Oligarchien Achmetow geschäftlich verbunden ist. Beide waren bis dato Mitglieder der Fraktion der PR.[594]

Zum - eigentlich überflüssigen - Minister für Wirtschaft wurde (aufgrund der Koalitionsquote der KPU) der Kommunist Vasili Cuzko ernannt.[595] Seine belächelten Intelligenzdefizite werden durch die ökonomische Kompetenz des „Stellvertretenden Premierministers für wirtschaftliche Fragen“, Tihipko, kompensiert. Der reformorientierte Vizepremierminister Tihipko ist für Cuzkos Parteichef Simonenko, den „Ersten Sekretär des Zentralkomitees“ der Kommunistischen Partei der Ukraine und Vorsitzenden ihrer Fraktion in der Verchovna Rada, ein rotes Tuch; in dessen verbaler Attacke auf Tihipko kurz nach dessen Ernennung[596] manifestiert sich die große „ideologische“ Spannbreite der Regierungskoalition. Der starr in sowjetischen Kategorien denkende - wenn auch nicht handelnde - Kommunist Simonenko plädiert für einen rigorosen Protektionismus, kritisiert die Mitgliedschaft der Ukraine in der Welthandelsorganisation und bekämpft alle eurointegrationistischen Tendenzen, was ihn nicht daran hindert, mit dem Klassenfeind eine Koalition einzugehen. Zum Vorsitzenden des „Fonds des staatlichen Vermögens“ („FGI“ / „Fond gosimuschestva“, russ. Fond gosudarstvennogo imuschestva, ukr. „Fond derschavnoho majna Ukrainy“, eine Art Treuhandgesellschaft staatlicher Unternehmen) ernannte die Regierung den Quoten-Kommunisten Oleksandr Rjabtschenko.[597] Angeblich hat sich der „rote Oligarch“ Kostjantyn Grygoryschyn, der die Kommunistische Partei finanziert, für ihn eingesetzt. Mit der erneuten Ernennung des ehemaligen Präsidenten der staatlichen Gesellschaft „Naftogaz Ukrainy“ Jurij Bojko zum Energieminister befürchtet die Opposition die Rückkehr zu den intransparenten, d. h., korrupten Praktiken der Vergangenheit im Erdgasgeschäft.

---

[593] Pavel Korduban: All the President’s Men in a Deja-vu Ukrainian Cabinet, in: Eurasia Daily Monitor (The Jamestown Foundation), Volume 7, Issue 52, 17.03.2010.

[594] Zwischenzeitlich war er Mitglied der Sozialistischen Partei der Ukraine.

[595] Das Wirtschaftsministerium existiert neben dem Amt des „Stellvertretenden Premierministers für Wirtschaft“, das Serhij Tihipko innehat.

[596] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 17.03.2010.

[597] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 18.03.2010, unter Bezugnahme auf die Tageszeitung „Delo“.

Zum Innenminister wurde der (in Russland geborene) ehemalige Polizeichef (Leiter der Hauptabteilung des Ministeriums für innere Angelegenheiten) der Autonomen Republik Krim, Anatolij Mogilev (russ.) ernannt, der in einer Zeitung die Deportation der Krim-Tataren durch Stalin gerechtfertigt hat.[598] Er war Leiter des Wahlkampfstabes des Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch auf der Krim. Die Ernennung des Historikers Dmytro Tabatschnyk zum Minister für Bildung und Wissenschaft war eine Provokation der ukrainischen Patrioten. Vatscheslav Kyrylenko, der Vorsitzende der Partei „Za Ukrainu" in der Fraktion NU-NS, beantragte im Parlament sofort die Entlassung Tabatschnyks wegen „antiukrainischer Äußerungen und einer negativen Einstellung zur nationalen Identifikation der Ukrainer."[599] In einem Artikel, den er im September 2009 in der Zeitung „Izvestja" veröffentlichte, hatte Tabatschnyk einen Bogen „Von Ribbentrop bis zum Maidan" gezogen: „… die Galizier haben praktisch nichts gemeinsam mit dem Volk der Großen Ukraine [?] ihre „Helden" (Bandera) sind für uns Mörder, Verräter und Handlanger von Hitlers Henkern." In dem neuen Ministerkabinett (Kabinet Ministriv Ukrainy) mit seinen 29 (!) Ministern dominieren die Mitglieder Partei der Regionen - sechs der sieben Stellvertretenden Premierministern gehören der PR an - und der Donezk Klan: 13 Minister stammen aus der Oblast Donezk, 3 sind, wie Azarov selbst, gebürtige Russen, die ihre Karriere in Donezk begannen. In der Besetzung der Leitungsstellen seiner „Administration" brauchte der Präsident keine Rücksicht auf das Parlament zu nehmen; noch am Tage seines Amtsantritts ernannte er Serhij Lövotschkin, dessen „Nähe" zu den parasitären Händlern im grenzüberschreitenden Gasgeschäft bekannt ist, zum Leiter der Präsidialadministration. Mit dessen Ernennung hat der oligarchische „gas trader" Firtasch einen direkten Draht zum Präsidenten. Firtasch hat wohl die größte Summe in die Wahl von Janukowitsch investiert, um unter dessen Präsidentschaft seine lukrative Position im Zwischenhandel mit Russland und Zentralasien, aus der ihn Premierministerin Julia Timoschenko verdrängt hatte, wieder zu gewinnen. Seine persönliche „Sprecherin" Anna Herman, bis dato Stellvertretende Vorsitzende der Partei der Regionen, ernannte Präsident Janukowitsch zu Stellvertretenden Leiterin der Administration des Präsidenten, eine administrative Funktion, in der sich die Journalistin mit Talent für „public relations" nicht wohl fühlen kann; in der Tat fungiert sie auch nach ihrer Ernennung in dieses Amt weiter als sein „Sprachrohr", eher noch als seine Interpretin - und als heimliche First Lady.

[598] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.03.2010.

[599] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 15.03.2010.

Anders als das „national-demokratische Lager“, das durch die offene Austragung seiner - als „konzeptionelle“ Differenzen kamuflierten - persönlichen Rivalitäten die Orangene Revolution diskreditiert hat, dringen aus der Partei der Regionen nur Gerüchte über die konkurrierenden Interessen nach außen.[600] Die politische Disziplin - und eine gewisse „omerta“ - in der PR basiert auf dem „Landfrieden“ der oligarchischen Clans, aber nicht zuletzt darauf, dass die inzwischen „ehrbaren Kaufleute“ die „informalen Zeiten“ (Rinat Achmetow) noch in lebendiger Erinnerung haben und bei einem Ausbruch von Feindseligkeiten nicht nur um „Hab und Gut“, sondern um ihr Leben fürchten müssen. „Regionale“ Politiker scheuten sich, ihre Verquickung mit kriminellen Hintermännern zu lösen, um den Ausgleich ihrer Interessen, den im wahren Sinne des Wortes modus vivendi, den sie gefunden haben, nicht zu stören, meint Taras Tschornowil, ein „Insider“, der bis Oktober selbst Mitglied der Partei der Regionen war.[601]

6. Viktor Janukowitsch - Präsident aller Ukrainer oder „Präsident des Don bass?“

Die Demokratie hat sich etabliert in der Ukraine; nicht nur die Verfassung, auch das reale Gleichgewicht der politischen Kräfte lässt eine Usurpation „aller Macht“ durch den Präsidenten nicht zu. Die bürgerschaftliche Gesellschaft ist stark genug, um etwaigen autoritären Versuchungen des Präsidenten zu begegnen. Und auch die ukrainischen Oligarchien sehen ihre Interessen in der Demokratie, in der sie auf politische Entscheidungen großen Einfluss nehmen können, gewahrt. Achmetow meinte gegenüber Journalisten, dass in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 die Ideale der Orangenen Revolution gesiegt hätten.[602] Ein Rückfall in den Autoritarismus der Ära Kutschma ist also nicht zu befürchten, d. h., die Wahl von Janukowitsch ist kein „Grund zum Auswandern“.

---

[600] Nicht zurückhalten kann sich der notorisch skandalöse Nestor Schufritsch; er kritisierte öffentlich die Ernennung von Serhij Lövotschkin zum Leiter der Präsidialadministration. Er soll diesen vor einiger Zeit mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben.

601 Taras Tschornowil, der Sohn des legendären Führers des „Ruch“, Vatscheslav Tschornowil, der in einem - wahrscheinlich inszenierten - Verkehrsunfall im Jahre 1999 ums Leben kam. Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung, „Die Ukraine nach der Wahl: wie kann man den gordischen Knoten der ukrainischen Politik durchschlagen?“ Kiew, 16.02.2010. Er wurde im Juni 2009 aus der Fraktion der Partei der Regionen ausgeschlossen, der er weiterhin angehört hatte - wegen seiner öffentlich geäußerten Kritik an den Verhandlungen der Partei der Regionen mit dem Block Julia Timoschenko, wie er sagte.

602 Es hätten die Werte gesiegt, für welche die Menschen im Jahre 2004 gekämpft haben. „Unsere Wahlen waren ehrlich, demokratisch und unabhängig [?] ihr Ergebnis wurde von den internationalen Beobachtern bestätigt. Was wollten denn die Menschen damals? Sie wollten die Möglichkeit haben, den Präsidenten ehrlich und demokratisch zu wählen.“ Er mahnte politische Kultur an; der Verlierer müsse seine Niederlagen anerkennen und dem Sieger die Hand reichen. Interfax- Ukraina, 25.02.2010, unter Hinweis auf den Pressedienst der Partei der Regionen.

In der Amtszeit ihres Präsidenten Viktor Janukowitsch werden die Ukrainer im Osten und Süden des Landes - 20 Jahre nach Erlangung seiner Unabhängigkeit - endlich die unabhängige Ukraine auch als ihren Staat begreifen. Am 22. Januar, dem „Tag der Einheit“ (Den sobornosti), sagte Janukowitsch: „Der Tag der Einheit ist heute aktueller denn je - für die Einigung des Volkes, für die Vereinigung des Landes. Eine seiner wichtigsten Aufgaben als Präsident werde die Einigung des Landes sein.“[603] Wie Janukowitsch das Land zu einigen gedenke, sei schwer zu sagen, schrieb Miroslav Popovitsch, der Direktor des Instituts für Philosophie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, denn dieser habe „keinerlei Plattform für die Einigung.“[604] Der scheidende Präsident Juschtschenko verband seinen telefonischen Glückwunsch an Janukowitsch mit der Hoffnung, dass dieser im Amt des Präsidenten seine ganze Kraft der Konsolidierung der Ukraine widme. Jetzt sei die Möglichkeit gegeben, die Losung „Ost und West zusammen“ (vostok i zapad vmeste) umzusetzen.[605] Juschtschenko selbst hat sich um die Lösung dieser existenziellen Aufgabe eines „Präsidenten aller Ukrainer“ nicht einmal bemüht; durch seinen forcierten Ausstieg aus den gemeinsamen Kapiteln der russisch-ukrainischen Geschichte. Einige Aussagen des neu gewählten Präsidenten Janukowitsch waren jedoch auch kein Beitrag zur „Einigung“ der Bevölkerung des Landes, sondern eher zur Vertiefung ihrer Spaltung; der neue Präsident reizte die ukrainischen Patrioten mit der Andeutung einer möglichen Verlängerung des Flottenvertrages mit Russland und die Erhebung der russischen Sprachen zur zweiten Staatssprache und mit der - dem Moskauer Kreml - versprochenen Zurücknahme der Verleihung des Titels „Held der Ukraine“ an Stepan Bandera. Gegen die Ernennung des auch in der PR umstrittenen „ukrainophoben“ Historikers Tabatschnyk zum Erziehungsminister hat Präsident Janukowitsch die ersten widerständischen Aktionen - Hungerstreik von patriotischen Studenten - provoziert. Präsident Janukowitsch wird auch den Drang seiner Anhänger „nach Westen“ im Zaum halten müssen, wo sie lukrative Pfründe wittern; die Bevölkerung vor allem in der Hauptstadt Kiew befürchtet eine „feindliche Übernahme“ durch den „Donezker Clan“.

[603] UNIAN, 22.01.2010, http://unian.ua/rus/news/news-358612.html.

[604] Miroslav Popovitsch, Beitrag zu Alla Kotljar: Dve Ukrainy: Schto s nimi delat? in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 3 (785), 13.02.2010. S. 15.

[605] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 20.02.2010.

Die höchsten Posten in der Abteilung Verkehrspolizei (DAI) der Stadt und der Oblast Kiew des Innenministeriums haben bereits „Donezki“ erbeutet, wie die Internet- Zeitung Ukrainskaja Prawda (russ. Version) berichtet.[606] Den Vorsitzenden der „Prokuratura“ (Staatsanwaltschaft) der Hauptstadt Kiew ersetzte er durch einen loyalen Staatsanwalt aus Donezk (Jurij Udarcov).[607] Dass Janukowitsch drei Honoratioren seiner Geburtsstadt Makeevka in der Oblast Donezk mit Posten auf der Krim versorgt hat, wird in der Hauptstadt Kiew nur mit einer gewissen Häme vermerkt. In der Sprachenfrage machte Janukowitsch bereits einen unerwarteten Rückzieher: In einer Zeremonie am Grab des ukrainischen Nationaldichters Taras Schewtschenko in Kaniv sagte er wörtlich: „In der Ukraine wird sich die ukrainische Sprache als die einzige Staatssprache entwickeln.“[608] Seinen Wählern in der Ukraine - und dem Kreml in Moskau - hatte er versprochen, den Schutz der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine gesetzlich umzusetzen. Dies sei kein Widerspruch, interpretierte seine Verehrerin Anna Herman ihren Präsidenten:

Es ginge um die Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitssprachen von 1992, welche die Ukraine im September - mit Vorbehalten und Erklärungen - ratifiziert hat. Im Einklang mit dieser Charta, die in der Ukraine am 1. Januar 2006 in Kraft trat, kann der russischen Sprache der Status einer „regionalen Sprache“ gewährt werden - ein Kompromiss, mit dem die politische Polarisierung der Bevölkerung schon längst hätte entschärft werden können. Was den Sinneswandel des Präsidenten in der Sprachenfrage veranlasst hat, ist nicht klar; vielleicht ist es nur die Einsicht, dass er nie die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Verchovna Rada für die Verfassungsänderung erhalten würde, die für die Aufwertung der russischen Sprache zur zweiten Staatsprache der Ukraine erforderlich ist. Die Geste des guten Willens von Kaniv gegenüber den ukrainischen Patrioten entwertete er aber sofort wieder mit der Ernennung des in ihren Augen „ukrainophoben“ Geschichtsprofessors Tabatschnyk zum - für die Schulen und alle staatlichen höheren Bildungseinrichtungen zuständigen - Erziehungsminister.

Der Grund für die Berufung des bisherigen Mitglieds der Fraktion der Partei der Regionen in dieses Amt ist nicht ersichtlich; Tabatschnyk hat keine eigene Lobby.

---

606 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 17.03.2010. Von der Korruption in der Verkehrspolizei kann jeder Autofahrer in der Ukraine aus eigener Erfahrung berichten.

607 Zum Chef der Hauptabteilung des Ministeriums des Innern in Odessa ernannte Präsident Janukowitsch den aus der Oblast Donezk stammenden Oberst der Miliz, Michail Jackov. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 22.03.2010, mit Verweis auf die Nachrichtenagentur UNIAN.

608 Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 09.03.2010, mit Verweis auf die Nachrichtenagentur UNIAN.

Möglicherweise wollte Präsident Janukowitsch „nach Kaniv“ nur seine eigenen Wähler beschwichtigen.[609] Präsident Janukowitsch muss die Ukrainer in der Mitte und im Westen des Landes erst noch davon überzeugen, dass er auch ihr Präsident ist - und nicht nur der „Präsident des Donbass“.

XIV. Rückkehr zu bi- vektoraler Außenpolitik?

Die Außenpolitik ist die Domäne des Präsidenten; er vertritt die Ukraine in internationalen Angelegenheiten, führt internationale Verhandlungen und schließt internationale Verträge; doch die Prinzipien der auswärtigen Politik bestimmt nach der ukrainischen Verfassung das Parlament. Der Präsident ernennt den Minister für auswärtige Angelegenheiten; seine Ernennung bedarf aber der Bestätigung durch das Parlament, das diesen auch seines Amtes entheben kann.
Präsident Janukowitsch ist „Innenpolitiker“; die für Außenpolitik zuständige Journalistin der Wochenzeitung „Zerkalo Nedeli“, Tatjana Sylina, spricht ihm „eigene Ideen“ ab; er habe keine Vorstellungen von den globalen politischen Prozessen. Auf seinen Besuch in Brüssel, der ersten Auslandsreise, die Präsident Janukowitsch unternahm, hat ihn der letzte noch von Präsident Juschtschenko eingesetzte Außenminister Petra Poroschenko vorbereitet; er begleitete den Präsidenten auf seiner ersten offiziellen Auslandsreise am 1. März - nach Brüssel, wo er den unter „Russophilie“- Verdacht stehenden Janukowitsch als „Europragmatiker“ einführte. Auf seinen Besuch in Moskau bereitete ihn der bisherige Botschafter der Ukraine in Russland, Kostjantyn Hryzenko, vor, den er nach seinem Amtsantritt zum Außenminister ernannte. Bis dahin hatte sich niemand aus seiner Partei der Regionen für das Amt des Außenministers oder für die Leitung der außenpolitischen Abteilung des Präsidialsekretariats profiliert.
Für seine Interviews mit amerikanischen und russischen Medien wurde Janukowitsch von seinen Beratern professionell auf die betreffende Leser- bzw. Hörerschaft vorbereitet. In seinem Interview mit E. Revenko vom staatlichen TV-Kanal „Rossija 24“ kam er russischen Erwartungen entgegen, während er in seinem Interview mit CNN[610] westliche Befürchtungen zu zerstreuen suchte.

[609] Die Ernennung Tabatschnyks geht sicher auf Janukowitsch zurück; dieser hatte erklärt, dass er sich als Präsident selbst um den „humanitären Bereich“ kümmern wolle, zu dem in erster Linie die Bildung gehört.

[610] Matthew Chance Kiev, Ukraine, CNN exclusive: Ukraine’s Yanukovych: lm no Kremlin stooge. http://www.cnn.com/2010/WORLD/europe/02/09/yanukovichMkraine/indexMml

1. Die NATO: ein Unthema

Bei seinem Besuch in Brüssel erregte Verwunderung, dass sich der neue ukrainische Präsident nicht auch mit dem Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, traf. Gegenüber Journalisten begründete Janukowitsch dies damit, dass die weitere Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO gesonderter Gespräche bedürfe.

Die NATO war auch im Jahre 2009 kein Thema im Wahlkampf; sie tauchte nur in Interviews mit ausländischen Journalisten auf. In keinem Wahl-Programm wurde die NATO auch nur erwähnt.[611] Janukowitsch machte in der Vergangenheit (als Premierminister und als Vorsitzender der Oppositions-Partei der Regionen) einen eventuellen Beitritt der Ukraine zur NATO von einem Referendum abhängig; er konnte sich eines negativen Votums der Bevölkerung sicher sein. Für den militär-diplomatischen Kontakt zum Westen genügt dem Präsidenten Janukowitsch die „Partnerschaft für den Frieden“ und die „Charta über eine besondere Partnerschaft NATO-UA“ vom 09.07.1997. In einem Interview, das Janukowitsch am 12. Januar 2010 der New York Times gab,[612] sagte er: „Die Ukraine hat immer mit der NATO zusammengearbeitet; die Ukraine hat immer die (vereinbarten) Programme realisiert. Wir meinen, dass dieses Niveau der Zusammenarbeit zurzeit ausreicht.“ Das ukrainische Volk unterstütze gegenwärtig nicht einen NATO-Beitritt der Ukraine.[613] Andererseits wird Präsident Janukowitsch dem Druck des Kremls widerstehen, der auf einen Beitritt der Ukraine zur Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit drängt. Auf dem Nominierungskongress seiner Partei verkündete Janukowitsch zum ersten Mal seine neue Vorstellung von der Ukraine als einem „blockfreien“.[614]

„Angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Realitäten, ist […] der blockfreie Status[615] der Ukraine das Schlüssel- Element ihrer nationalen Sicherheit“.

---

[611] Taras Kuzio, EDM, Vol 6, Issue 211, 16.11.09, “Ukrainian Presidential Candidate Yulia Tymoshenko’s Foreign Policy: „Traditionally, NATO is not mentioned in any election program by even the staunchest pro-NATO political forces, such as Our Ukraine and Yushchenko in 2004.” Nicht einmal der ehemalige Minister für Verteidigung und Präsidentschaftskandidat Anatolij Hryzenko erwähnt in seinem Programm die NATO.

[612] Clifford J. Levy: Toppled in Ukraine but Nearing a Comeback, Interview mit dem Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch, in: The New York Times, Europe, Dniprodzeržyns’k, 14.01.2010; http://www.nytime.com/2010/01/15/world/europe/15ukraine.html. Interfax- Ukraine (en), 12.01.2010. Ukrainskaja Prawda (ru), 12.01.2010 mit Verweis auf OBKOM (Obščestvennaja Kommunikacija; http://obkom.net.ua/news/2010-01-2010/1513.shtml

[613] Der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung, Serhij Hrynevecky (Fraktion des „Block Lytvyn“), erklärte, dass laut seinem Gesetzentwurf aus allen außenpolitischen Dokumenten die Formel „euro-atlantische Integration“ gestrichen werden soll. Verchovna Rada Press Service; Interfax-Ukraine, Kiew, 27.11.2009.

[614] Interfax- Ukraine, Kiew, 23.10.2009.

[615] Auch der Parlamentspräsident Lytvyn kündigte für die Zeit nach der Wahl eine Debatte über ein Gesetz an, in welchem der „blockfreie Status“ der Ukraine verankert werden soll.

Wiederholt sprach sich Janukowitsch für die „Initiative Russlands und Frankreichs“ aus, und befürwortete eine Beteiligung der Ukraine an der „Schaffung eines neuen Systems kollektiver europäischer Sicherheit“.[616]

2. „Euro-Isolation“[617]

Der Abschluss des Assoziierungsabkommens sei die vordringlichste Aufgabe „auf der Tagesordnung der EU-ukrainischen Beziehungen“, hatte der scheidende Präsident Juschtschenko auf seiner offiziellen Website verlauten lassen;[618] zur großen Überraschung sieht der neue Präsident das auch so: „Die Schlüsselaufgabe (in der Zusammenarbeit mit der EU) ist die Fortsetzung der Verhandlungen über den Abschluss des Assoziierungsabkommens“, sagte Janukowitsch in Brüssel.[619] Mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, erörterte er die Möglichkeit, diese bis zum Jahresende unter Dach und Fach zu bringen. Alles nur „Täuschung“ - kommentierte Julia Timoschenko. Bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel traf sich Präsident Janukowitsch auch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek.

Die Europäische Union enthielt sich - anders als im Jahre 2004 - jeglicher Parteinahme während des Wahlkampfes: „Berlin, Paris und London unterstützen keinen der Kandidaten“, sagte der französische Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Pierre Lellouche; doch ermahnten europäische Politiker die Ukraine, friedliche Beziehungen zu Russland zu unterhalten.

Nach der Stichwahl aber gratulierten die Präsidenten der Institutionen der Europäischen Union - Rat, Parlament und Kommission - und die europäischen Staats- und Regierungschefs dem Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch noch vor der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission, die der russische Präsident Medvedev wenigstens abwartete. Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Verchovna Rada und „Schatten-Außenminister“ der Partei der Regionen, Leonid Koschara, der selbst nicht als Außenminister im Gespräch war, präsentierte im Dezember 2009 auf einer Pressekonferenz – mündlich - eine „außenpolitische Plattform“ des Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch.

---

[616] Clifford J. Levy, Interview mit dem Präsidentschaftskandidaten Janukovyč, in: The New York Times, Europe, Dniprodzeržyns’k, 14.01.2010; http://www.nytime.com/2010/01/15/world/europe/15ukraine.html.

[617] „Euro-Integration oder Euro-Isolation“ („Euro-Integraciaja ili Euro-izolacija“); mit dieser Alternative (eingeblendet auf der Website der Ukrainskaja Prawda) insinuierte Julija Tymošenko, dass nach der Wahl von Janukovyč zum Präsidenten die Ukraine auf Distanz zur EU gehen werde.

[618] Press Office of President Jushchenko, official website; http://www.president.gov.ua/en/news/15896.html.

[619] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 01.03.2010.

Darin war laut Tatjana Sylina von dem strategischen Ziel der Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union die Rede, und von der Einführung europäischer Standards in allen Bereichen des ukrainischen Staates und der ukrainischen Gesellschaft.[620] Das Team des Präsidenten Janukowitsch werde an dem Abkommen über die Assoziierung der Ukraine mit der Europäischen Union weiter arbeiten - mit dem Inhalt vor Augen, nicht dem Datum der Unterzeichnung. Diese Ankündigung fand in der Folge keine weitere Beachtung; sie wurde für Koscharas persönliche Meinung gehalten. Mit seinen eigenen Aussagen gab sich der Präsidentschaftskandidat Janukowitsch eher als Euroskeptiker zu erkennen.

Im Wahlkampf um das Amt des Präsidenten befand sich Janukowitsch mit seiner Euro-Skepsis im Einklang mit einem neuen Trend - und dies zu einer Zeit, als das Etappen-Ziel der „Assoziierung" der Ukraine mit der Europäischen Union bereits in Sicht war.[621] Die Kritik an pro-europäischen Positionen gehöre heute zum guten Ton, schrieb der Politologe Kostjantyn Bondarenko.[622] Die ukrainische Euro-Skepsis resultiere aus der Not der „Nicht- dazu-gehörigen", d. h., der von der EU ausgegrenzten Nachbarn. Das geflügelte Wort „in Europa wartet niemand auf uns",[623] mit dem Präsident Kutschma im Jahre 2004 seine Abkehr von Brüssel und seine Reorientierung nach Moskau begründete, finde wieder Anklang in der Ukraine - sogar bei Politikern, die gestern noch zu den „Euro- Integrationisten" gehörten.

Präsident Juschtschenko und Premierministerin Timoschenko waren die einzigen, die gegen diesen Trend die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union zu ihren Ziele erklärten.[624]

Die Euro-Skeptiker blieben nicht bei der Forderung nach einer Revision des bisherigen außenpolitischen Kurses der Integration in „euroatlantische" Strukturen stehen; sie propagierten ein alternatives, „osteuropäisches" Integrationsprojekt „vom Pamir bis zu den Karpaten" mit „Kiew als Hauptstadt" - angesichts der Unfähigkeit der politischen Klasse der Ukraine, Ordnung im eigenen Lande zu schaffen, ein Irrwitz. Und es waren nicht nur Außenseiter, die eine Neuorientierung der Ukraine ins Spiel brachten.

---

[620] Tatjana Sylina (Tat'jana Silina, russ): Mnogotočečnost' vmesto mnogovektornosti , in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 5 (785), 13.02.2010, S. 3.

[621] Präsident Juschtschenko hoffte vergeblich, seine Amtszeit mit der Unterzeichnung dieses Abkommens auf dem EU- Ukraine Gipfeltreffen am 4. Dezember 2009 krönen zu können.

[622] Konstantin Bondarenko, in der Zeitschrift: „Levyj Bereg" (russ. Version), Nr. 72, 23 – 29. 10 2009, S. 3. Bondarenko ist Direktor des Kiewer Horšenin-Instituts für Management (Kievskij institut problem upravlenija imeni Goršenina) und Redakteur der Zeitschrift „Levyj Bereg" („gesellschftlich-politische Wochenzeitung", ein Projekt des Goršenin Instituts); www.lb.ua.

[623] „V Evrope nas ne ždut".

[624] Timoschenko nannte den Abschluss eines Assoziierungsabkommens und die Bildung einer Freihandelszone mit der Europäischen Union die prioritären Ziele der ukrainischen Außenpolitik. Interfax- Ukraine, Davos, 29.01.2010.

Spektakulär war der Kurswechsel des jungen Präsidentschaftskandidaten Arsenij Jacenjuk, dem zeitweilig zugetraut wurde, in die Stichwahl mit Janukowitsch zu kommen. Der Günstling Präsident Juschtschenkos galt als „pro-westlicher" Politiker;[625] im Wahlkampf aber sprach er von einem Kiew-zentrierten Integrationsprojekt einer Union der Ukraine mit Russland, Weißrussland und Kasachstan - inklusive Serbien.[626] Die megalomanen Phantasien ukrainischer Politiker decken sich räumlich mit den realen „eurasischen" Integrationsprojekten Moskaus. Der ukrainische Anspruch auf das Zentrum einer „neuen Rus" aber würde durch die Macht des Faktischen relativiert: Mehr als die Rolle einer Ehrenhauptstadt käme Kiew bei deren Realisierung nicht zu. Auch der Parlamentspräsident und Präsidentschaftskandidat Lytvyn schwadronierte auf dem VII. Kongress seiner „Volkspartei" (Narodna Partija) von einem „eigenen Weg" der Ukraine - und davon, die „Krücken" - EU und NATO - wegzuwerfen.

Lytvyn sieht die Ukraine als „regionalen Leader.[627] Umringt von der Europäischen Union und Russland ist allerdings - außer vielleicht dem „überseeischen" Georgien - kein Land in Sicht, das ukrainischer „Führung" folgen wollte.[628]

Der politische Hoffnungsträger des neuen Mittelstandes, Serhij Tihipko, thematisierte als erster die mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union verbundene Übertragung von Souveränität an Brüssel und forderte dazu auf, darüber nachzudenken - was bisher in der Ukraine in keinster Weise getan wurde. Er riet, die Ukraine solle von ihrer Lage zwischen den zwei integrierten Wirtschaftsräumen, der EU und der neuen eurasischen Zollunion[629] profitieren.

---

[625] Jacenjuk zog seine Unterschrift unter den „Brief der Drei" zurück, in welchem er als Präsident des Parlaments, Präsident Juschtschenko und Premierministerin Timoschenko vor dem Gipfeltreffen der NATO in Bukarest den NATO-Generalsekretär ersuchten, sich für die Gewährung eines Membership Action Plans (MAP) für die Ukraine einzusetzen.

[626] In einer Wahlkampfrede, die er Anfang Oktober 2009 in Tschernivci hielt, sagte Jacenjuk: „Die Ukraine kann und soll die Initiatorin einer neuen Vereinigung – der Osteuropäischen Vereinigung – werden, die ich vor Augen habe, und die von Uschhorod (an der ukrainisch-slowakischen Grenze) bis Wladiwostok reichen wird. Und Kiew wird das Zentrum sein." Zitiert nach Kostjantyn Bondarenko, in: Levy Bereg, Nr. 72, 23.-29. Okt 2009, S. 3.

[627] Die Vorstellung von der Ukraine als eines regionalen „Leaders" hat auch im ukrainischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten seine Anhänger; der Stellvertretende Außenminister Kostjantyn Jelyseev bekannte sich dazu auf einer Veranstaltung der Heinrich Boell Stiftung: Ukrainian Civil Society: Experiences of the Orange Revolution and a look at the EUropean Future; Kiew, 01.12.2009.

[628] Vasilij Filiptschuk: Wie sollte man sich da nicht verirren zwischen panukrainischem Imperialismus und Eurokritizismus, in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 46 (774), 28.11. – 04.12.2009, S. 1 und 6. Filiptschuk ist Leiter des Pressedienstes des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine.

[629] Die Präsidenten Russlands , Weißrusslands und Kasachstans unterzeichneten am 27.11.2009 in Minsk das Gründungsprotokoll einer Zollunion, die am 01.01.2010 in Kraft trat. Ein einheitlicher Zolltarif wird ab dem 01.07.2010 angewendet werden.

Laut seinem Presse-Dienst befürwortet Tihipko eine „multilaterale Außenpolitik“ und sowohl einen Neuanfang in den Beziehungen zu Moskau, als auch ein Assoziierungsabkommen und eine Freihandelszone mit der EU. Die „Rolle eines Bindeglieds zwischen dem alten Europa und unseren östlichen Nachbarn“ sei eine „sehr starke und profitable Position“.[630] Nach dem ersten Wahlgang am 17. Januar 2010 nahm sich Janukowitsch auch des ihm fremden, „pro-europäischen“ Elektorats von Julia Timoschenko an:[631] „…ich werde die Ukraine nach Europa führen“, behauptete er. „Aber wir kommen nach Europa als ein starkes und unabhängiges Land, in welchem europäische Lebensverhältnisse herrschen.“[632] Die vorausgesetzte Erreichung eines europäischen Lebensstandards impliziert allerdings eine sehr langfristige Perspektive. Präsident Kutschmas „Europa-Politik“ war Außenpolitik - losgelöst von seiner Innenpolitik. Präsident Janukowitsch hat begriffen, dass europäische Integrationspolitik in erster Linie Innenpolitik ist; in dem Interview mit der New York Times verwies er auf die unabdingbaren Reformen:

In den vergangenen fünf Jahren sei nichts getan worden, um die Ukraine der EU anzunähern; es werde seine Aufgabe sein, als neuer Präsident diese Reformen durchzuführen und die Verpflichtungen, welche die Ukraine gegenüber der EU eingegangen sei, zu erfüllen.[633] In einem Artikel, der unter seinem Namen im Wall Street Journal erschien,[634] heißt es:

„Wir sind eine Nation mit einer europäischen Identität; aber wir haben auch historische, kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen mit Russland. Wir sollten nicht gezwungen werden, eine falsche Wahl zwischen den Vorteilen des Ostens und denen des Westens zu treffen. Als Präsident werde ich bestrebt sein, eine Brücke zwischen beiden zu bauen, nicht eine Einbahnstraße in die eine oder andere Richtung. Die Wiederherstellung der Beziehungen mit der Russischen Föderation ist kompatibel mit unseren europäischen Ambitionen. Und das ist meine Agenda - eine wirtschaftlich und politisch freie und offene Ukraine vorzubereiten, die der Europäischen Union beitritt, wenn die Zeit gekommen ist.“

---

[630] Interfax- Ukraine, Kiew, 23.11.2009.

[631] Im Gegensatz zu Julija Timoschenko unterhält Janukowitsch keine Kontakte zu europäischen Politikern.

[632] Gespräch mit Journalisten im Kiewer Höhlenkloster am orthodoxen Epiphanie- Feiertag. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), Janukowitsch nimmt sich des pro-europäischen Elektorats an, 19.01.2010. Interfax- Ukraine, Kiew, 19.01.2010.

[633] Der Autor der Antrittsrede des Präsidenten Janukowitsch am 25. Februar 2010 erlaubte sich ein albernes Spiel mit der Abkürzung für die Europäische Union in ukrainischer Sprache: „JeS“ für Jevropejs’kij Sojuz („Je“ für ukr. „Є“ laut DIN 1460): „Die Menschheit, die Ukraine eingeschlossen, braucht die JeS […] damit meine ich die Jedynyj Svit…“; d. h., die „Vereinigte Welt“, etwa in dem Sinne: „EU…damit meine ich das Einige Universum.“ Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 25.02.2010: Inauguracionnaja reč’ Janukowitscha. .

[634] Opinion Europe: By Victor Yanukovych, The Wall Street Journal, NY, NY, Wed, Feb 17, 2010: Ukraine will be a Bridge between East and West, zitiert nach Action Ukraine Report (AUR), Number 951, Washington, D.C., 20.02.2010.

Bei aller Skepsis gegenüber solch trefflichen Formulierungen - Fakt ist, dass sich die Interessen-Lage der Montan-Magnaten des Donbass, die Janukowitsch vertritt, geändert hat: Russland liefert Energie nicht mehr zu privilegierten Preisen, und auf dem heimischen Markt müssen sie sich russischer Konkurrenten erwehren. Sie drängen mit ihren Erzeugnissen auf globale Absatzmärkte und expandieren mit Investitionsprojekten „nach Westen", für deren Realisierung sie auf die internationalen Finanzmärkte angewiesen sind. Präsident Janukowitsch wird den bisherigen „Kurs auf Europa" - mit Abweichungen - beibehalten, ohne das Ziel der ukrainischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union anzusteuern. Das Tempo seiner Politik der ziellosen „Annäherung" an Europa, d. h. die diplomatischen Bemühungen um freien Zugang zu den Märkten der EU, wird von den protektionistischen Interessen des ukrainischen Big Business („krutoj Bisnes") bestimmt werden. Die Übernahme der Normen der Europäischen Union liegt nicht in dessen Interesse. Die bisherigen Aussagen des neuen Präsidenten Janukowitsch zur zukünftigen auswärtigen Politik der Ukraine waren unstimmig - ja widersprüchlich: In seinen Texten waren verschiedene Handschriften erkennbar; und Janukowitsch drückt diesen Vorlagen nicht einen eigenen Stempel auf. Seine Berater haben dieses Manko erkannt: In seiner Antrittsrede[635] vor der Verchovna Rada am 25. Februar versicherte der neue Präsident Janukowitsch „eine klare Vorstellung" davon zu haben, „welche außenpolitische Strategie heute den nationalen Interessen der Ukraine entspricht."

Jetzt sieht Janukowitsch die Ukraine „als einen blockfreien Staat" im „politisch-militärischen" Sinne, also weder der NATO noch der OVKS angehörig. „Als Brücke zwischen Ost und West, als integraler Teil Europas und der ehemaligen UdSSR entscheidet sich die Ukraine für eine Außenpolitik, die unserem Staat erlaubt, ein maximales Ergebnis aus der Entwicklung gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit der Russländischen Föderation, der Europäischen Union, den USA und mit anderen Staaten, welche die Lage in der Welt beeinflussen." Er wolle diese Konzeption dem Parlament zur Erarbeitung der Grundlagen der auswärtigen Politik der Ukraine vorlegen; er hoffe, dass „das höchste gesetzgebende Organ" ihn unterstütze.

Es schien, als ob die Europa-Müdigkeit der ukrainischen „Jevrointegratoren" - wie auch die Ukraine-Müdigkeit der „Freunde der Ukraine" in den Hauptstädten der EU und in Brüssel - die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU unter Präsident Janukowitsch zu einem „Unthema" werden lassen würde, wie es die NATO bereits geworden ist.

[635] Antrittsrede vom 25.02.2010. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 25.02.2010: Inauguracionnaja reč' Janukowitscha. http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2010/02/25/4809133

Doch ein rascher Entschluss des Europäischen Parlaments, der fast schon ein „Coup“ zu nennen ist, ließ dieses Thema wieder aufleben: Die Anerkennung der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 als frei und wahr durch die Wahlbeobachter der Parlamentarischen Versammlungen der OSZE, des Europa-Rates, der NATO und des Europäischen Parlaments wurde in Brüssel prompt prämiert: In seiner „Entschließung zur Lage in der Ukraine“[636] vom 25. Februar 2010 gesteht das Europäische Parlament der Ukraine expressis verbis das Recht zu, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union stellen zu können, ein Recht, das zu bestätigen der Europäische Rat und die Europäische Kommission bisher immer vermieden haben.

Unter Punkt „B“ heißt es, dass die Ukraine: „in der Erwägung, dass die Ukraine ein europäischer Staat ist und gemäß Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union so wie jeder europäische Staat, der sich auf die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit stützt, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellen kann,“ - ein Recht, das in Berlin sogar in Abrede gestellt wurde. Was die Europäische Union dem bekennenden „Euro- Integrator“ Juschtschenko fünf Jahre lang verweigerte, schenkte sie dem erklärten „Euro- Skeptiker“ Janukowitsch - am Tage seiner Inauguration als Präsident der Ukraine.[637]

Ebenso kurz entschlossen unternahm Präsident Janukowitsch seine erste Auslandsreise - nicht wie für den 5. März geplant - nach Moskau, sondern am 1. März nach Brüssel. Anders als sein Vorgänger Juschtschenko nervte Janukowitsch die Europäische Kommission nicht mit der Forderung nach einer Integrationsperspektive für die Ukraine. Die pragmatische „Europapolitik“ des neuen Präsidenten der Ukraine kommt der praktizierten Ukraine-Politik der EU entgegen: Die Brüsseler Position, nämlich „dass wir konkrete Schritte identifizieren, gemeinsam über sie befinden und sie gemeinsam umsetzen“, entspricht voll und ganz unserer Auffassung, betonte Janukowitsch: „Darin unterscheidet sich Europragmatismus von Euroromantizismus“[638] - seines Vorgängers Juschtschenko, versteht sich.

---

[636] Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. Februar 2010 zur Lage in der Ukraine, P7_TA-PROV0035. http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0035+0+DOC+XML+VO//DE

[637] In derselben Resolution bedauert das Europäische Parlament die posthume Verleihung des Titels „Held der Ukraine“ an Stepan Bandera durch den scheidenden Präsidenten Juschtschenko, den Führer der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN), der zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion im Kampf um die Unabhängigkeit der Ukraine mit dem nationalsozialistischen Deutschland kollaborierte, und von 1941 bis Jahresende 1944 im Konzentrationslager Sachsenhausen gefangen gehalten wurde, in welchem zwei seiner Brüder umkamen. Dieser Punkt 13 der Resolution wurde von polnischer Seite initiiert – und von den in dieser Sache ignoranten Mitgliedern des Europäischen Parlaments ohne Diskussion pauschal angenommen. Fakt ist, dass polnische Zivilisten unter der „Ukrainischen Aufständischen Armee“ (UPA), dem „bewaffneten Arm“ der OUN litten; aber Fakt ist auch, dass ukrainische Zivilisten unter der polnischen Untergrund-Armee „Armia Krajowa“ zu leiden hatten.

[638] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 01.03.2010.

Der Wahlsieg von Janukowitsch wird deshalb in Brüssel und Berlin mit „klammheimlicher" Freude aufgenommen worden sein.[639] In der Tat kam Präsident Janukowitsch in Brüssel gut an; davon zeigt die Bereitschaft der Europäischen Kommission, einen Fahrplan („road map") für den für die visafreie Einreise ukrainischer Bürger in die Europäische Union zu erstellen. Kommissionspräsident Barroso sagte in seiner Erklärung gegenüber der Presse:

Die Aufhebung der Visa- Pflicht[640] wäre ein klares Signal an die Ukraine als „Mitglied der europäischen Nationen-Familie" - Barrosos Standardformel für europäische Staaten, denen die Europäische Union keine Integrationsperspektive bieten will: „Die Europäische Union schätzt die Ukraine als einen sehr engen europäischen Partner…"[641] Er habe mit dem ukrainischen Präsidenten die Reform-Agenda der Ukraine erörtert; sobald sich die Ukraine mit dem IWF geeinigt habe, könne die EU eine halbe Milliarde Euro an finanzieller Unterstützung freigeben.

In dieser Zusage, die für die neue Regierung der Ukraine lebenswichtig ist, mag das Motiv für den „vorgezogenen" Besuch in Brüssel liegen; in Moskau hätte der drohende Staatsbankrott der Ukraine wohl eher dazu gedient, den neuen ukrainischen Präsidenten unter Druck zu setzen. Und für die ukrainischen Oligarchen ist Barrosos Hinweis darauf interessant, dass nämlich ein „Tiefes und Umfassendes Freihandelsabkommen" (Deep and Comprehensive Free Trade Agreement / DCFTA) Teil des gegenwärtig verhandelten Assoziierungsabkommen sei, welches der Ukraine einen Markt von 500 Millionen Verbrauchern öffne - mit der Perspektive, innerhalb kurzer Zeit ihre Ausfuhr in die EU zu verdoppeln. Präsident Janukowitsch versicherte in seiner Erklärung, dass „für die Ukraine ihre europäische Integration die vorrangige Priorität ihrer auswärtigen Politik und die Strategie für die Realisierung von Reformen" sei. „Wir sind Realisten, wir verstehen, dass wir Reformen realisieren müssen, wir müssen (unsere) Gesetzgebung harmonisieren, (unsere) technischen Standards", sagte Präsident Janukowitsch in einem Interview mit der Agentur Interfax- Ukraina.[642] „Wir werden uns Schritt für Schritt integrieren."

---

[639] João Soares, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, sagte in einem Gespräch mit dem ukrainischen Außenminister Petro Poroschenko: "We, as members of the EU, want to see Ukraine in this union, because it's not only Ukraine that needs the EU, but the European Union that needs Ukraine." Interfax- Ukraine, Kiew, 18.01.2010. Diese Meinung wird sicher nicht von der Mehrheit der europäischen Staats- und Regierungschefs geteilt.

[640] Sie setzt die definitive Delimitierung der russisch-ukrainischen Grenze voraus, die noch in bestimmten strittigen Abschnitten noch nicht erfolgt ist.

[641] José Manuel Durão Barroso, President of the European Commission, Statement following the meeting with the President of Ukraine Viktor Joint Press Point, Brussels, 1 March 2010; Reference: SPEECH/10/50. Kommissionspräsident Barroso sagte in seiner Erklärung nach dem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Janukowitsch am 1. März, er sei erfreut darüber, dass dieser seine erste Auslandsreise nach Brüssel unternommen habe. "Hier sind Sie unter Freunden, Herr Präsident, die sich verpflichtet haben, Stabilität und Prosperität in Ihrem Lande zu unterstützen."

[642] Interfax- Ukraina, 04.03.2010, wiedergegeben in Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 04.03.2010.

3. Wiederannäherung an den „strategischen Partner“ Russland

Beobachter des Kreml wollen Anzeichen dafür erkannt haben, dass Präsident Medvedev einen Präsidenten Janukowitsch favorisierte, während Premierminister Putin einen modus vivendi auch mit einer Präsidentin Timoschenko gefunden hätte.[643]

Im August 2009 hatte Medvedev in einem offenen Brief[644] an Präsident Juschtschenko die ukrainische Führung einer „anti-russischen“ Innen- und Außen-Politik bezichtigt. Die Breitseite gegen die „nationalistischen“ Politiker der Ukraine war eine unverhohlene Werbung für den genehmeren Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch.[645] Andererseits wurde in der Nachsicht des russischen Premierministers Putin in punkto einer fälligen Vertragsstrafe eine Wahlhilfe für seine Kollegin Timoschenko gesehen. Julia Timoschenko hatte in ihren Verhandlungen mit Putin erreicht, dass die Ukraine weniger als die in den - von ihr ausgehandelten - Verträgen festgelegten Mengen an Erdgas abnehmen muss.[646]

Doch in der Folge verhielten sich Medvedev und Putin ostentativ neutral.[647] Nicht so Boris Gryzlov, der Präsident der Gosudarstvennaja Duma und des Obersten Rates der Partei „Jedinaja Rossija“ (Geeintes Russland)[648]: „In der ersten Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen erlitt die anti-russischen Politik Viktor Juschtschenkos eine Niederlage“, erklärte er befriedigt.[649]

Präsident Janukowitsch hat nicht nur das Plazet Moskaus, sondern auch den Segen Gottes, den Kirill, der Patriarch Moskaus und der ganzen Rus’ am 25. Februar in einem Gottesdienst im Kiewer Höhlenkloster - vor seiner Inauguration in der Verchovna Rada - auf ihn herabrief.

---

[643] Pavel Korduban: “Yanukovych and Timoschenko courting Moscow ahead of election”, in: EDM, Vol 6, Issue 164, 09.09.2009.

[644] Der Brief wurde am 11.08.2009 auf der offiziellen Website des russischen Präsidenten Veröffentlicht http://www.kremlin.ru/news/5158 und im Video Blog des russischen Präsidenten vom 11.08.2009 kommentiert http://blog.kremlin.ru/post/30/transcript.

[645] Auf der Tagung des Valdai Clubs in Moskau wies Medvedev diese Deutung allerdings zurück: Mit seinem Brief an Präsident Juschtschenko habe er nicht „die politische Landschaft in der Ukraine beeinflussen wollen“. Interfax, Moskau, 15.09.2009. Unmittelbar nach dem Sieg von Janukowitsch im ersten Wahlgang wies Medvedev vor laufenden Kameras den bereits im August 2009 ernannten Botschafter Michail Zurabov an, seinen Posten in Kiew anzutreten.

[646] Statt der stipulierten 41 Milliarden Kubikmeter importierte die Ukraine im Krisenjahr 2009 nur 27 Milliarden Kubikmeter.

[647] Nachdem Janukowitsch aus dem ersten Wahlgang als Sieger hervorgegangen war, bevorzugten die russischen Medien den „pro-russischen“ Kandidaten in ihrer Berichterstattung über die Wahlen in der Ukraine. Taras Kuzio: Russia Backs Yanukovych in Ukraine’s 2010 Elections, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 7, Issue 20, 29.01.2010. Nach der Abwahl von Präsident Juschtschenko begannen sie, sich auf das Feindbild Julija Timoschenko einzuschießen (“Marionette des Westens”).

[648] Die Partei der Regionen der Ukraine hat ein Abkommen über Zusammenarbeit mit der russischen Regierungspartei “Jedinaja Rossija”.

[649] Interfax, Moskau, 18.01.2010.

Janukowitsch erklärte die „Wiederherstellung normaler, nachbarlicher, gleichberechtigter und gegenseitig nützlicher Beziehungen mit unserem strategischen Partner Russland“ als seine erste Aufgabe nach seiner Wahl zum Präsidenten.[650] Zur atmosphärischen Verbesserung gehört die angedeutete Bereitschaft, den Vertrag über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol über das Jahr 2017 hinaus zu verlängern. Dazu bedarf es allerdings einer verfassungsändernden Mehrheit von mindestens 300 Stimmen im Parlament (zwei Drittel), die aus der gegenwärtigen Warte nicht in Sicht ist.

In der „Aufarbeitung“ der gemeinsamen Geschichte wird Janukowitsch die den Kreml irritierende „nationalistische“ Interpretation des Präsidenten Juschtschenko verurteilen und wie Russland die sowjetische Geschichtsbild weiter pflegen;[651] die Erinnerung an den „Holodomor“ hat Janukowitsch bereits von der offiziellen Website des Präsidenten entfernen lassen. Der sowjetisch

(re-)sozialisierte[652] Präsident Janukowitsch demonstrierte in Moskau Übereinstimmung mit der gegenwärtigen russischen Führung, die eine Revision der sowjetischen Historiographie nicht zulassen will. Um den geschichtlichen Schulterschluss wiederherzustellen, ist die Synchronisierung der Militärparaden anlässlich des 65. (Jahres-) „Tages des Sieges“ am 9. Mai 2010. geplant.

Nach dem ersten Wahlgang, in welchem er selbst schon aus dem Rennen ausgeschieden war und in der Westukraine nichts mehr zu gewinnen hatte, verlieh Präsident Juschtschenko posthum dem in der Ost- und Südukraine höchst umstrittenen UPA- Führer Stepan Bandera den Titel eines „Helden der Ukraine“; dem anderen UPA- Führer Schuschkevitsch hatte er bereits im Oktober 2007 diesen Titel verliehen. Präsident Janukowitsch versprach seine russischen Gastgebern, die Auszeichnung zurückzunehmen - und zwar noch vor dem 9. Mai 2010. Durch diese Identifikation mit der sowjetischen historischen Orthodoxie, die im post-sowjetischen Russland des Duumvirats Medvedev und Putin wieder dominiert, bringt Präsident Janukowitsch die Bevölkerung der Westukraine gegen sich auf, wo Stepan Bandera als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine verehrt wird.

---

[650] Clifford J. Levy, Interview mit dem Präsidentschaftskandidaten Janukovyč, in: The New York Times, Europe, Dniprodzeržyns’k, 14.01.2010; http://www.nytime.com/2010/01/15/world/europe/15ukraine.html

[651] Als eine seiner letzten Amtshandlungen verlieh Präsident Juschtschenko am 22.01.2010 Stepan Bandera posthum den Titel „Held der Ukraine“. Stepan Andriyovych Bandera (geboren am 01.01.1909 – ermordet vom KGB in München am 15.10.1959) – war der Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die am 30.06.1041 in Lviv (Lemberg) die Unabhängigkeit eines ukrainischen Staates erklärte. Bandera ist eine umstrittene Figur: in der Westukraine wird er als Unabhängigkeitskämpfer verehrt; in der Ostukraine, wo die sowjetische Indoktrination kaum erschüttert nachwirkt, gilt er als Kollaborateur mit dem Nationalsozialisten Deutschland und „Terrorist“.

[652] In seiner „bewegten“ Jugend wurde er zweimal straffällig.

So wenig wie sein Vorgänger Juschtschenko ist Präsident Janukowitsch fähig, die ambivalenten Figuren der ukrainischen Geschichte in ein in Ost und West akzeptables Bild zu integrieren.
Doch Janukowitsch, der im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2004 als „Kandidat des Kreml" galt, wird sich als Präsident der Ukraine sicher nicht zum Vasallen des Kreml machen lassen. In einem Interview mit CNN nach der Stichwahl betonte Janukowitsch, dass er nicht „am Zügel Russlands" gehen wird, und dass er keine Marionette Russlands sei.
Er werde sich in seiner Politik nur von den „nationalen Interessen" der Ukraine leiten lassen.[653]
Und auch die ukrainischen Oligarchen, die in seine Präsidentschaftskandidatur investiert haben, werden sich nicht von Moskau an die Kandare nehmen lassen.[654] Eine wirtschaftliche „Re-Union" der Ukraine mit der Russischen Föderation lehnt Präsident Janukowitsch ab. Mit der am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Zollunion Russland, Weißrussland und Kasachstan sollte die Ukraine auf der Basis „3 plus 1" selektiv kooperieren, sagte Janukowitsch.
Irina Akimova, die Erste Stellvertretende Leiterin der Administration des Präsidenten Janukowitsch, sagte einen Tag nach ihrer Berufung in dieses Amt unmissverständlich, dass die Ukraine dieser Zollunion Russland, nicht beitreten werde; diese Zollunion widerspreche der Mitgliedschaft der Ukraine in der Welthandelsorganisation. „…neue Schritte in der internationalen Zusammenarbeit können nur unter der Bedingung unternommen werden, dass bereits geschlossene Verträge nicht verletzt werden.[655] Bereits im Jahre 2006 hatte es der damalige Premierminister Janukowitsch abgelehnt, den Beitrittsprozess der Ukraine zur WHO mit Russland zu „koordinieren". Julia Timoschenko behauptete, Janukowitsch habe bereits mit Moskau vereinbart, dass die Ukraine der Zollunion, die sie mit dem – virtuellen – „Einheitlichen Wirtschaftsraum / EWR" (Edinoe Ekonomitscheskoe Prostranstvo / EEP) gleich setzte, beitrete. Ihm sei dafür eine Senkung des Gaspreises um 20 bis 30 % angeboten worden.[656] Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass Präsident Janukowitsch die Ukraine in den EWR einbringt. Als Premierminister hat er bereits im Jahre 2004 die volle Mitgliedschaft der Ukraine in Putins und Präsident Kutschmas (Exil-)Projekt verzögert. Für die Industrie- und Finanzmagnaten ist der freie Handel mit der Europäischen Union wichtiger als der Handel mit Russland hinter einem gemeinsamen Zolltarif.

---

[653] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 10.02.2010.
[654] Demokratie ist für ihre Geschäfte ein günstiges Umfeld. „Demokratie", sagte der reichste aller reichen Oligarchen, Rinat Achmetow, „ist der konstituierende Wert unseres Staates." Zitiert nach Julija Mostovaja: Vor dem Sprung, in: Zerkalo nedeli (russ. Version), Nr. 2 (782), 23.01.2010, S. 2.
[655] Anna Akimova in der politischen Show „Velika Politika" des TV-Kanals „INTER", 26.02.2010. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 26.02.2010: V administracii Janukowitscha otkrestilis' ot sojuza s Rossiej. Die Ukraine unterstütze die Aufnahme der anderen GUS-Länder in die WTO, sagte Akimova.
[656] Julia Timoschenko soll dies bei ihrem Besuch in der Fraktion NU-NS behauptet haben, um die „patriotischen" Parlamentarier von der „anti-ukrainischen" Politik des gewählten Präsidenten Janukowitsch zu überzeugen. Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.02.2010, mit Verweis auf Interfax.

Bis zum Besuch des Präsidenten Janukowitsch in Brüssel war nicht auszuschließen, dass eine wie auch immer geartete „Kooperation“ der Ukraine mit der „eurasischen Zollunion“ den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union (und damit des Abkommens über eine EU-Assoziierung) zumindest verzögern würde.

Am 5. März, vier Tage nach seinem Besuch in Brüssel, reiste Präsident Janukowitsch auf Einladung seines russischen Kollegen Medvedev zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Moskau.

Es sei erwogen worden, diesen Besuch zu einem Arbeitsbesuch herabzustufen, weil er „nach Brüssel“ erfolgte, was vom russischen Außenministerium dementiert wurde.[657]

Der Besuch des neuen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch in Moskau am 5. März[658] brachte den vorhergesagten Wärmeeinbruch im politischen Klima im meteorologisch spätwinterlichen osteuropäischen Tiefland; konkrete Resultate zeitigte er nicht. Die „ernste Revision“ der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine soll nach der Bildung der neuen Regierung erfolgen, welche die abgezehrte „ukrainisch-russische zwischenstaatliche Kommission“ für diesen Zweck wiederbeleben wird.[659] Präsident Janukowitsch erwartet qualitative Veränderungen in den Beziehungen der Ukraine zu Russland.[660] Als Präsident sehe er ein Ziel darin, die Russländische Föderation in der sozialen und ökonomischen Entwicklung einzuholen, den Lebensstandrad auf russisches Niveau anzuheben. Die Möglichkeiten Russlands und der Ukraine erlaubten beiden Staaten, durch Synergieeffekte ihre Wirtschaft auf ein neues qualitatives Niveau zu heben. „Wer schrieb die Thesen für die Gespräche […] mit der Führung der Russländischen Föderation?“ fragte Tatjana Sylina in der Wochenzeitung Zerkalo Nedeli.[661]

Dem ersten Auslandsbesuch des Präsidenten Janukowitsch wurde von politischen Beobachtern eine richtungweisende Bedeutung beigemessen. Präsident Janukowitsch erklärte, warum er zuerst nach Brüssel gereist sei - und fügte – sinnigerweise - hinzu; „Alle Wege führen nach Moskau.“[662] Der russische Präsident Medvedev erwiderte den Besuch des ukrainischen Präsidenten am 17. /18. Mai 2010.[663]

---

[657] Interfax, Moskau, 03.03.2010. Ukrainskaja Prawda, 03.03.2010, mit Verweis auf die russische Zeitung „Vedomosti“. Janukowitsch sei bedeutet worden, dass sein Besuch in Moskau verschoben werden würde, hätte er sich in Brüssel auch mit dem Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, treffen wollen.

[658] Nach Brüssel sei er für den 1. März eingeladen worden, nach Russland für den 5. März. Wenn es umgekehrt gewesen wäre, wäre er zuerst nach Russland gefahren. Interfax- Ukraina, 04.03.2010, wieder gegeben in Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 04.03.2010.

[659] Janukowitsch, Interfax, Moskau, 05.03.2010.

[660] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2010.

[661] Tatjana Silina: Pokazatel’nye vystuplenija, in: Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 9 (789), S. 2. Wie allgemein bekannt, lese „Viktor Federovyč“ (Janukowitsch) bei wichtigen Treffen von einem Blatt ab, was ihm seine „Umgebung“ aufgeschrieben habe.

[662] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2010: Nobyj perl Janukowitscha: Vse puti vedut v Moskvu. Nicht auszuschließen ist auch eine gewisse Verstimmung des neuen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch darüber, dass

Doch „die (Außen-) Politik der Ukraine wird ausgeglichen sein; […] an erster Stelle wird das nationale Interesse stehen“, erklärte Janukowitsch selbst - vor seiner Wahl zum Präsidenten der Ukraine.[664] Janukowitsch wird sich für die Ukraine mit dem Status eines „Nachbarn der EU“ begnügen und gleichzeitig die Beziehungen zu dem strategischen Partner Russland „normalisieren“ - ohne den von Moskau erhobenen Anspruch auf „privilegierte Interessen“ in der Ukraine zu akzeptieren. Das heißt, Präsident Janukowitsch wird die „bi- vektorale“ Politik des ehemaligen Präsidenten Kutschma wieder aufleben lassen: Um die Achse „nationales Interesse“ - wie auch immer definiert - wird die Schaukel mal zur einen, mal zur anderen Seite schwingen.

XV. Ausblick:

Ukraine als gelungene oder defizitäre Demokratie? Perspektive der Entwicklung

1991 ergriff die Ukraine die Chance, die sich ihr zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert nach einem kurzen Zwischenspiel von 1918 bis 1921 bot, einen unabhängigen Staat zu schaffen, der nun schon 13 Jahre besteht. Dieser Staat will ein „souveräner und unabhängiger, demokratischer, sozialer und Rechtsstaat“ sein (Verfassungsartikel 1), Er übt die Staatsgewalt auf der Grundlage der Gewaltenteilung aus (Art. 6). Das Öffentliche Leben begründet sich auf den Grundsätzen des Pluralismus (Art. 15). In welchem Maße hat die Ukraine die Transformation in einen demokratischen, pluralistischen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung erreicht? Auf der zentralen Ebene wurde die institutionelle Transformation formal durch die Herausbildung der staatlichen Institutionen wie Präsident, Parlament, Regierung und Judikative sowie die Entwicklung eines Wahlsystems abgeschlossen. Ihre rechtliche Verankerung erfolgte im Rahmen einer Verfassung. Auf der mittleren Eben lässt die repräsentative Transformation noch viel zu wünschen übrig, denn vom Bestehen eines wirklichen Parteiensystems kann in der Ukraine noch keine Rede sein. Ferner fehlt die Verhaltenstransformation, denn mächtige Akteure wie die Clans setzen ihre Interessen zwar formal im Rahmen der Verfassungsinstitutionen durch, nachdem sie sich diese vorher gefügig gemacht haben. Und von der Herausbildung einer Zivilgesellschaft an der Basis ist die Ukraine noch weit entfernt.

---

der russische Präsident Medvedev nicht selbst zu seiner Inauguration nach Kiew gekommen war, sondern „nur“ den Leiter seiner Administration, Sergej Naryschkin geschickt hat.

[663] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 17.03.2010, unter Hinweis auf den Pressedienst des Präsidenten der Ukraine.

[664] Ukrainskaja Prawda (russ. Version), Janukowitsch nahm sich des pro-europäischen Elektorats an. 19.01.2010.

Das Beispiel der Massenmedien zeigt, wie unter formaler Einhaltung der Verfassung die Grundsätze der Pressefreiheit verletzt werden. Die „orange“ Revolution im Herbst 2004 in Kiew und anderen ukrainischen Städten deuten auf die Herausbildung einer selbstbewussten Zivilgesellschaft hin, die in einem parlamentarischen System mit ausgeprägten *checks and balances* einen viel stärkeren Einfluss auf Politikgestaltung nehmen könnte als bisher. Dass die Verfassung den Präsidenten mit exekutiven Befugnissen ausstattet, widerspricht nicht automatisch den Grundsätzen der Demokratie. Träfe das zu, wären die USA oder Frankreich keine demokratischen Länder. Zudem fehlen dem ukrainischen Präsidenten einige wichtige Kompetenzen, über die sein russischer Kollege verfügt. Bei der Ukraine handelt es sich nicht um einen föderalen, sondern um einen zentralistischen Staat, deshalb gibt es bloß eine Parlamentskammer. Aufgrund der Zersplitterung des Parteiensystems ist es nur durch die Bildung von Wahlblöcken, die verschiedene Parteien und Wählervereinigungen umfassen, möglich, Mehrheiten zustande zu bringen. Doch die Wahlblöcke zerfallen teilweise in der Werchowna Rada wieder in ihre Bestandteile, so dass es dann schwierig wird, stabile Abstimmungsverhältnisse zu erreichen. Die Unabhängigkeit der Richter lässt oft zu wünschen übrig, weil sie sich nicht selten in wichtigen Urteilen den Wünschen staatlicher Instanzen oder starker Interessengruppen beugen. Und bei einem weiteren Element der institutionellen Transformation sieht die Realität ebenfalls anders aus: Wahlfälschungen in der Größenordnung von bis zu 10 % sind nicht selten. Die Massenproteste vom Herbst 2004 zeigten, dass sich die Wähler dies nicht mehr länger bieten lassen. Die gegenwärtige Ukraine ist eine defekte Demokratie illiberaler Form, weil nicht legitimierte Machtgruppen fungieren, wichtige Politikbereiche aus dem politischen Prozess ausgeklammert sind und die Gewaltenteilung durch Übergriffe der einen staatlichen Gewalt auf die andere eingeschränkt ist. Es hat sich ein Geflecht von formalen demokratischen Institutionen und informal erzeugten demokratischen Defekten in einen reproduzierenden Gleichgewichtszustand eingependelt. Dieser ist so lange stabil, wie die spezifischen Defekte der Demokratie zur Herrschaftssicherung der systemtragenden Elite sowie zur Befriedigung der systemunterstützenden Bevölkerung beitragen. Gerät allerdings die illiberale Form der defekten Demokratie in eine akute wirtschaftliche, politische und soziale Krise und sind die demokratischen Widerstandskräfte schwach, droht das Abgleiten in eine offene Autokratie. Am Schluss stellt sich die Frage nach der Realisierung der Verfassung. Karl Loewenstein unterscheidet zwischen einer normativen, einer nominalistischen und einer semantischen Verfassung[665].

[665] Loewenstein *1959:* 152-157.

Eine normative Verfassung besteht darin, dass deren Organisations-, Kompetenz- und Verfahrensregelungen tatsächlich das Handeln der staatlichen Organe bestimmen.

Bei einer normativen Verfassung sind Verfassung und Gemeinschaft eine Symbiose eingegangen. Loewenstein vergleicht die Verfassung mit einem Anzug, der passt und tatsächlich getragen wird. Von einer nominalistischen Verfassung ist dann zu sprechen, wenn die politische Praxis sich nicht nach ihr richtet, ihr die „existentielle Wirklichkeit" fehlt. Im Falle einer nominalistischen Verfassung stehen zum gegenwärtigen Zeitpunk die gegebenen sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, z.B. das Fehlen von politischer Kultur und Tradition sowie das Nichtvorhandensein einer unabhängigen Mittelklasse, einer vollständigen Übereinstimmung der Verfassungsnormen mit den Erfordernissen des Machtprozesses entgegen. Der Verfassungsanzug hängt zurzeit noch im Schrank, soll aber getragen werden, wenn die Figur der Nation in ihn hineingewachsen ist.

„Die primäre Funktion der nominalistischen Verfassung ist ein erzieherische; ihr Ziel ist, in der näheren oder ferneren Zukunft in vollem Umfang normativ zu werden und die Dynamik der Machtprozesse wirklich zu bestimmen, anstatt sich dieser Dynamik zu beugen."

Eine semantische Verfassung liegt vor, wenn ihre „ontologische Realität nichts anderes als die Formalisierung der augenblicklich bestehenden politischen Machtsituation zum ausschließlichen Nutzen der faktischen Machthaber" darstellt, die über den staatlichen Zwangsapparat verfügen. „Gäbe es überhaupt keine Verfassung, so würde der tatsächliche Ablauf des Machtprozesses kein merklich anderer sein… Der Anzug ist überhaupt kein ehrliches Kleidungsstück; er ist nur eine Maskerade." Loewenstein nennt einige untrügliche Anzeichen für das Bestehen einer semantischen Verfassung: „Wenn der Staatspräsident ohne zeitliche Begrenzung in seinem Amt bleiben kann; wenn er befugt ist, den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften mit seinem Veto zu begegnen, ohne das dabei letztlich die Wählerschaft aufgerufen werden kann; wenn die Bestätigung von politischen Grundentscheidungen den manipulierten Volksabstimmungen vorbehalten und nicht einem frei gewählten Parlament übertragen ist; wenn bei den Wahlen nur eine einzige Partei zugelassen ist." Für Steffani ist in Osteuropa das rein semantische Verfassungsverständnis überwunden[666]. Das trifft auch auf die Ukraine zu. Aber wir können auch nicht von einer normativen Verfassung sprechen, denn der Verfassungsanzug wird nicht getragen, sondern hängt im Schrank. Eher haben wir es mit einer nominalistischen Verfassung zu tun, denn die politische Praxis richtet sich oft nicht nach ihr.

[666] Steffani 2002: 39.

Die Opposition kämpft dafür, dass in der näheren oder fernen Zukunft die Verfassung in vollem Umfang normativ wird und die Dynamik des Machtprozesses wirklich bestimmt, statt sich ihr zu beugen. Die „orangene“ Revolution mit Änderung der Verfassung vom 8. Dezember 2004 schafft der Ukraine die Chance für eine zweite Transformation und dass aus der nominalistischen Verfassung eine normative wird.

Literaturverzeichnis

M. Antonowitsch, Die Geschichte der ukrainischen Staatlichkeit, in: Handbuch der Ukraine, Eine ausführliche Darlegung der Anten- Theorie findet sich bei S. Mitschko, Narys rann`oi istorii Rusy-Ukrainy, New York 1981.
Bihl, Wolfdieter: Die historischen und ethnischen Grundlagen der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine, 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin,
Bihl, Wolfdieter l: Die Beziehungen zwischen Österreich- Ungarn und Russland in Bezug auf die galizische Frage 1908-1914, in: Galizien und die Jahrhundertwende. Politische, soziale und kulturelle Verbindungen mit Österreich, hg. v. K. Mack, Wien/München 1990
Bos, Ellen (2004):Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang(Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske + Budrich, 469-514.
Bos, Ellen, 1996: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen,in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen: S. 81-109.
Clement, Hermann / Knogler, Michael / Sekarev, Alexei, 1995: Die wirtschaftliche Lage der Ukraine, Working Papers des Osteuropa-Institut München, Nr. 189, München.
D' Anieri, Kravchuk und Kuzio, Politics and society in Ukraine, 1999
Derchaschow, Oleksandr (2003): „Besonderheiten der Entwicklung und Gestaltung von Strukturen einer bürgerlichen Gesellschaft", Studie des Regionalbüros Ukraine und Moldova der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew. Download am 12.12.2005 unter: www.forumnetukraine.org.
Durkot, Juri, 2003: Ukrainische Wirtschaft: vom Plan zum Clan, in: Konrad- Adenauer Stiftung, KAS- AT 5/04: S. 29-45.
Durkot, Juri, 2002: „Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine?", in: „Wostok", 02/2002
Frojanov I./ A .Ju. Dwornitschenko: Goroda- gosudarstva Drevnej Rusi, Leningrad 1988.
„Forschungen zur osteuropäischen Geschichte". Bd. 40 (darin der Aufsatz von Ernst Lüdemann), Wiesbaden 1988.
Golczewski F. „Geschichte der Ukraine", Göttingen 1993.
Hellmann,M. „Das Handbuch der Geschichte Russlands", Bd. 1, II, Stuttgart 1989.
Horak, Stefan: Ukraine in der internationalen Politik 1917- 1953. Verträge, Abkommen, Deklarationen, Noten und Interventionen, München 1957.
Hruschewskyj,M. „ Das übliche Schema der „russischen" Geschichte und die Frage einer rationalen Gliederung der Geschichte des Ostslawentums", in: Prof. Michael Hruschewskyj. Sein Leben und Wirken, Berlin 1935.
326
Jb. F. Geschichte Osteuropas N.F.14, 1996, S.539-550
Jb. F. Geschichte Osteuropas N.F. 34, 1986, S. 403-419
Jilge Wilfried: Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen, in: Ukraine- Analysen, Nr. 70, 16.03.2010, S. 2 - 9.
Kappeler, Andreas, 2000: Kleine Geschichte der Ukraine, München.
Klymkevyc, R.: Die höchsten Abzeichen der Westukrainischen Nationalrepublik, in: Ukr. Istoryk, Nr. 1-4, 1968.
Kis, Theofil: Nationhood, Statehood and the International Status of the Ukrainian SSR / Ukraine, Ottawa- London 1989.
Kirkwood, Michael: Glasnost, "The National Question" and Soviet Language Policy, in: Soviet Studies, vol. 43, Nr. 1, 1991
Kosyk, Wolodymyr (Hrg.): das Dritte Reich und die ukrainische Frage. Dokumente 1934-1944, München 1985;

Kowall, Tina, 2002: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluss von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine, in: Arbeitspapiere und Materialien- Forschungsstelle Osteuropa, Bremen Nr. 42: S. 5-22
Krupnyckyj,B. „Geschichte der Ukraine. Von den Anfängen bis zum Jahre 1920“, Leipzig 1943.
Kumke Carsten, in: F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993.
Lewschin, Alexander, 2000: „Olexander Wolkow – Ein Mann und die Macht“, in: „Wostok“, 03/2000.
Lindner, Rainer, 1998: Kutschmas Stuhl wackelt – Transformationsstau und Interessendifferenzen in der Ukraine, in: Osteuropa, 8/9: S. 928 f.
Luchterhand, Otto, 2002, Präsidentialismus in den GUS- Staaten, in: Luchterhand, Otto (Hrsg.), Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen. 2., aktualisierte Auflage. Berlin.
Lohmann, Manfred / Durkot, Juri, 2002: Parlamentswahlen in der Ukraine- Die Parteien im Koordinatensystem des Präsidenten, in: Publikationen der Konrad- Adenauer Stiftung, 02/02, S. 46-60
Lohmann, Manfred, 2001: Innenpolitischer Druck auf Präsident Kutschma nimmt zu, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 09.02.2001.
Lohmann, Manfred, 2002: Kabinettsumbildung in der Ukraine, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 12.12.2002.
Lohmann, Manfred, 2003: Der Wettlauf um das Präsidentenamt hat begonnen – Die Hauptakteure im Vorfeld der Wahl, in: Länderberichte der Konrad- Adenauer Stiftung, 01.06.2003.
327
Lohmann, Manfred / Schedlbauer Tobias, 2002: Kabinettsumbildung in der Ukraine — Das Machtdreieck um Janukowitsch, Asarow und Medwedtschuk, in: Länderberichte der Konrad-Adenauer Stiftung, 12.12.2003.
Lüdemann E. „Ukraine“, 3., neu bearbeitete Auflage, Verlag C.H. Beck oHG, München 2006.
Mark Rudolf A. „Die gescheiterten Staatsversuche“, in: F. Golczewski, Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993.
Marples D.R. “Ukraine Under Perestrojka. Ecology, Economocs and the Worker’s Revolt”, London 1991.
Meissner, Boris: Partei und Parteiführung unter Gorbatschow, in: Adomeit, Hannes/Höhmannm, Hans- Herman/Wagenlehner, Günter (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka, Stuttgart, Berlin, Köln, 1990.
Merkel, Wolfgang, 1999: Systemtransformation, Opladen.
Merkel, Wolfgang, Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant, Claudia Eicher, Peter Thiery: Defekte Demokratien, Band 1: Theorie. Opladen: Leske + Budrich 2003.
Mommsen, Margarete, 1997: „Delegative“, „halbierte“ und „Nomenklatura“ – Demokratien. Zu den Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen demokratischer Gemeinwesen in Osteuropa, in: Glaeßner, Gert / Reiman, Michael (Hrsg.), Systemwechsel und Demokratisierung. Russland und Mittel- Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen.
O`Donnel / Schmitter / Whitehead, 1986.
Ott, Alexander, 2000: Die Ukraine auf dem Weg zu einer autoritären Präsidialherrschaft?, in: BIOst Nr. 17/2000, Köln.
Ott, Alexander, 2002: Präsident, Parlament, Regierung- Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane? in: Simon, Gerhard (Hrsg.), 2002: Die neue Ukraine: Gesellschaft-Wirtschaft- Politik, Köln.
Polonska- Vasylenko Natalia, Geschichte der Ukraine, Von den Anfängen bis 1923,

Ukrainische Freie Universität, München 1988.
Pritsak,O., Kievan Rus` and Sixteenth- Seventeenth Centry Ukraine, in: Rethinking Ukrainian History, hg. V. I.L. Rudnytsky, Edmonton 1981.
Przeworski, Adam: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy, in: O`Donnell, Guillermo/Schmitter, Philipe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.) 1987.
Rjabčuk, Mykola (2005): Die Ukraine am Scheideweg: Ist ein Erpresserstaat reformierbar? In: Osteuropa Nr.1, Jg. 55. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 4-14.
Rüß H. „Die frühen Rjurikiden", in: Handbuch der Geschichte Russlands, Bd.1, Stuttgart 1981.
Rybak, Andrey, 2001: Die Marionette von Kiew, in: Financinal Times Deutschland, 22.05.2000.
Siedenberg, Axel / Hofmann, Lutz, 1999: Ukraine at the crossroads. Economic Reforms in international perspective, Heidelberg.
Simon, Gerhard (2005) Neubeginn in der Ukraine: Vom Schwanken zur Revolution in Orange. In: Osteuropa Nr.1, Jg. 55. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 16-33.
Simon G. „Was wird aus der Ukraine? Probleme der staatlichen, nationalen und kirchlichen Einheit", in: Herder- Korrespondenz 47 (1993).
Schneider, Eberhard, Das politische System der Ukraine, 1.Auflage, Juli 2005.
Schneider- Deters Winfried, Teil III, Kapitel 2.6, Die „politische Reform" - ein verfassungsrechtliches Chaos, in: Winfried Schneider- Deters, Peter W. Schulze, Heinz Timmermann (Hg.): Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik. Berlin 2008.
Scherbak J. „Protokolle einer Katastrophe", Frankfurt 1988.
Schmitter, Philippe C./Karl, Terry: The Types of Democracy Emerging in Southern and Eastern Europe and South and Central America, in: Volten, P. M. (Hrsg.): Bound to Change, Consolidating Democracy in East Central Europe, New York, 1992.
Solchanyk, Roman (Hrsg.): Ukraine: From Chernobyl to Sovereignty, London, 1992, Osteuropa 40 (1990), S. 833-848.
G. Schramm, Die Herkunft des Namens Rus`, in : Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 30 (1982).
Stoy, Manfred: Hans Uebersbergers Kritik an der Deutschen Ostpolitik, Berlin 1943. In: Mitt. d. Inst. F. Österr. Geschichtsforschung 97, 1989.
Stökl G., „Das Fürstentum Galizien- Wolhynien, in: Handbuch der Geschichte Russlands",1988.
Tomascheivskyj S. „ Istorija Ukrainy. Starynni i seredni viky", München 1948.
Trautmann, Ljuba, 1998: Die Wahlen in Dnipropetrovsk, in: Aktuelle Analysen des BiOST, Nr. 17/1998, Köln.
Wittkowsky, Andreas, 1997: Fünf Jahre ohne Plan: 1991-1996, Bremen.
Wittkowsky, Andreas, 2000: The Ukrainian Disease: Rent-Seeking, the Debt Economy, and Chances to Harden Budget Constraints, DIW, Berlin.
Zimmer, Kerstin, 2002: „Einheit, Eintracht, Zwietracht und Wiedergeburt. Zur Roller und Relevanz des Donecker Clans", 5. 29f, in: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine, in: Arbeitspapiere und Materialien — Forschungsstelle Osteuropa, Bremen Nr. 42: S. 22-50.

Zeitungen und Zeitschriften

Argumenty i Fakty, 1992 / 27
Der Spiegel 46 (1992), Nr. 32, S. 137
Eastern Economist, 22.-28. Februar 2001
Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23.3.1993
Izvestja, 12. Juni 1990
Holos Ukrainy (Stimme der Ukraine), 21.07.1994 (zitiert nach Alexandrova 2001: 247)
Deutsch-ukrainische Rundschau, 2002, Heft 3, S.2
IEOM: Statement of Preliminary Finding and Conclusions, 18.01.2010
Interfax- Ukraine, Kiew, 14.10.2009
Interfax- Ukraine, Kiew, 18.01.2010
Interfax, Kiew, 26.01.2010
Interfax- Ukraine, Kiew, 20.02.2010
Interfax, Kiew, 03.03.2010
Interfax- Ukraine, Kiew, 05.03.2010
Interfax- Ukraine, Kiew, 09.03.2010
Interfax- Ukraine, Kiew, 10.03.2010
Interfax- Ukraine, Kiew, 20.03.2010
Kommunist, 1985, Nr. 7, S. 6-8
Korespondent, 6.3.2002
Korespondent, 30.8.2002
Nesavisimaja Gazeta, 29. Januar 1991
Neue Züricher Zeitung v. 23.2.1989
OSCE / ODIHR Final Report: „Parliamentary Elections, 31 March 2002 Ukraine".
OSCE/ODIHR Final Report: "Parliamentary Elections, 31 March 2002 Ukraine"
Human Rights Watch 2005, 2
OSZE Press Release vom 27.12.2004
OSCE / ODIHR, Press release, 01.10.2007. http://www.osce.org/odihr/item_1_26824.html

Süddeutsche Zeitung, 27./ 28.11.2004
UKRINFORM, 24.8.2002
UKRINFORM, 2.4.2003
UNIAN, 28.01.2003
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2005
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 20.01.2010: „Timoschenko gibt Tihipko ihren Sessel".
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 01.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 02.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version) 03.02.2010: „German: Tymoschenko überzeugte Janukowitsch, dass er der beste Präsident sei."
Ukrainskaja Prawda (russ. Version): Timoschenko verspricht, sie werde niemals etwas mit Janukowitsch zu tun haben, 03.02.2010.
Ukrainskaja Prawda, UNIAN, 16.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 22.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 10.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 16.02.2010
Ukrainskaja Prawda, 12.02.2010: Der Kampf Timoschenko in den Gerichten ändert nicht das Ergebnis.
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 17.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 18.02.2010

Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 20.02.2010: „Timoschenko otosvala isk iz suda“. Interfax- Ukraine, 20.02.2010. UNIAN, 20.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 27.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 25.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 26.02.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 03.03.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 04.03.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 05.03.2010
Ukrainskaja Prawda (russ. Version), 07.03.2010
„Who owns Ukraine? “, in: Eastern Economist, 04.-10. Januar 2002
„Wostok“, 02/2002
Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 3 (783), 30.01.- 04.02.2010
Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 4 (784), 05. - 12.02.2010
Zerkalo Nedeli (russ. Version), Nr. 5 (785), 13.02.2010
Vice, 1993, Nr. 8

Internetquellen:

http://www.medvedchuk.orgzuletzt

htpp://www.prima-news.ru

htpp://www.glavred.info

htpp://www.hgorg.ua

htpp://www.khpg.org

http://www. osce. org/documents/odihr/2010/02/426797en.pdf.

http:/www.korrespondent.net/Ukraine/poiitics/1039250

http://www.pravda.com.Ua/articles/2010/02/7/47294831

http://www.zn.ua/1000/1550/68446/

http://www.sueddeutsche.de/politik/635/502865/text/
.
http://pro-test.org.ua/index.php

http://ura-inform.com/politics/2009/12/25/oni/